LANDESHAUSHALTSPLAN

für das Haushaltsjahr 2009

Einzelplan 05

für den Geschäftsbereich des

Hessischen Ministeriums der Justiz,

für Integration und Europa

INHALT

Kapitel	Bezeichnung	Seite
Vorwort		2
05 01	Ministerium	8
05 02	Allgemeine Bewilligungen	48
05 03	Staatsanwaltschaften und Amtsanwaltschaft	96
05 04	Ordentliche Gerichte	142
05 05	Vollzugsanstalten	218
05 08	Hessisches Finanzgericht	251
05 09	Verwaltungsgerichtsbarkeit	271
05 40	Gerichte für Arbeitssachen	304
05 50	Gerichte der Sozialgerichtsbarkeit	339
	Abschluß des Einzelplans	366
	Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen	368
	Stellenpläne, Stellenübersichten	369

Vorwort zum Einzelplan

A. Aufgaben und Aufbau der Verwaltung in den wichtigsten Grundzügen

I. Der Epl. 05 enthält die Einnahmen/Ausgaben bzw. Erträge/Aufwendungen

1. des Ministeriums (05 01)

2. der Allgemeinen Bewilligungen (05 02)

3. der Staatsanwaltschaften und der Amtsanwaltschaft (05 03)

4. der ordentlichen Gerichte (05 04)

5. der Vollzugsanstalten (05 05)

6. des Hessischen Finanzgerichts (05 08)

7. der Gerichte der allgemeinen Verwaltungsgerichtsbarkeit (05 09)

8. der Gerichte für Arbeitssachen (05 40)

9. der Gerichte der Sozialgerichtsbarkeit (05 50)

II. Dem Justizministerium eingegliedert ist das Justizprüfungsamt mit der Prüfungsabteilung I für die erste juristische Staatsprüfung und der Prüfungsabteilung II für die zweite juristische Staatsprüfung.

III. Ordentliche Gerichte

a. Das Oberlandesgericht Frankfurt am Main mit auswärtigen Zivilsenaten in Darmstadt und Kassel.

b. 9 Landgerichte in

1. Darmstadt	4. Gießen	7. Limburg a. d. Lahn
2. Frankfurt am Main	5. Hanau	8. Marburg
3. Fulda	6. Kassel	9. Wiesbaden

c. 46 Amtsgerichte, davon 5 Amtsgerichte mit insgesamt 5 Zweigstellen

11 Amtsgerichte im Landgerichtsbezirk Darmstadt

1. Bensheim	5. Groß-Gerau	9. Offenbach am Main
2. Darmstadt	6. Lampertheim	10. Rüsselsheim
3. Dieburg	7. Langen (Hessen)	11. Seligenstadt
4. Fürth	8. Michelstadt	

4 Amtsgerichte im Landgerichtsbezirk Frankfurt am Main

1. Frankfurt am Main	3. Königstein im Taunus
2. Bad Homburg v.d. Höhe	4. Usingen

4 Amtsgerichte im Landgerichtsbezirk Fulda

1. Fulda
2. Bad Hersfeld
3. Hünfeld
4. Rotenburg a. d. Fulda

5 Amtsgerichte im Landgerichtsbezirk Gießen

1. Alsfeld
   Zweigstelle: Lauterbach
2. Büdingen
3. Gießen
4. Friedberg
5. Nidda

3 Amtsgerichte im Landgerichtsbezirk Hanau

1. Gelnhausen
2. Hanau
3. Schlüchtern

6 Amtsgerichte im Landgerichtsbezirk Kassel

1. Bad Arolsen
2. Eschwege
3. Fritzlar
4. Kassel
   Zweigstelle: Hofgeismar
5. Korbach
6. Melsungen

4 Amtsgerichte im Landgerichtsbezirk Limburg a. d. Lahn

1. Dillenburg
   Zweigstelle:
   Herborn
2. Limburg a.d. Lahn
   Zweigstelle: Hadamar
3. Weilburg
4. Wetzlar

5 Amtsgerichte im Landgerichtsbezirk Marburg

1. Biedenkopf
2. Frankenberg (Eder)
3. Kirchhain
4. Marburg
5. Schwalmstadt

4 Amtsgerichte im Landgerichtsbezirk Wiesbaden

1. Idstein
2. Rüdesheim am Rhein
   Zweigstelle: Eltville
3. Bad Schwalbach
4. Wiesbaden

IV. Staatsanwaltschaften und Amtsanwaltschaften

Die Staatsanwaltschaften bestehen bei dem Oberlandesgericht sowie bei den Landgerichten. Die Staatsanwaltschaft bei dem Landgericht Darmstadt hat eine Zweigstelle in Offenbach am Main; die Staatsanwaltschaft bei dem Landgericht Limburg a.d. Lahn eine Zweigstelle in Wetzlar. Eine selbständige Amtsanwaltschaft besteht in Frankfurt am Main.

V. Vollzugsanstalten

1. Justizvollzugsanstalt Butzbach
2. Justizvollzugsanstalt Darmstadt - Fritz-Bauer-Haus - mit Abteilung für offenen Vollzug
3. Justizvollzugsanstalt Dieburg mit Sachgebiet für offenen Vollzug
4. Justizvollzugsanstalt Frankfurt am Main I mit
   a) Zweiganstalt Höchst
   b) Zweiganstalt Offenbach - Einrichtung für Abschiebungshaft
5. Justizvollzugsanstalt Frankfurt am Main III mit Mutter-Kind-Heim und Abteilung für offenen Vollzug für Frauen
6. Justizvollzugsanstalt Frankfurt am Main IV - Gustav-Radbruch-Haus -
7. Justizvollzugsanstalt Fulda mit Sachgebiet für offenen Vollzug
8. Justizvollzugsanstalt Gießen mit Abteilung für offenen Vollzug - Wolfgang-Mittermaier-Haus -
9. Justizvollzugsanstalt Hünfeld
10. Justizvollzugsanstalt Kassel I
11. Justizvollzugsanstalt Kassel II - Sozialtherapeutische Anstalt -
12. Justizvollzugsanstalt Kassel III mit
    a) Zweiganstalt Kaufungen
    b) Zweiganstalt Baunatal (offener Vollzug)
13. Justizvollzugsanstalt Limburg a.d. Lahn
14. Justizvollzugsanstalt Rockenberg mit
    a) Zweiganstalt Gelnhausen für den Vollzug von Jugendarrest
    b) Zweiganstalt Friedberg für den Vollzug von Jugendarrest
    c) Sachgebiet für offenen Vollzug in der JVA Gießen - Wolfgang-Mittermaier-Haus -
15. Justizvollzugsanstalt Schwalmstadt mit Kornhaus
16. Justizvollzugsanstalt Weiterstadt
17. Justizvollzugsanstalt Wiesbaden

VI. H. B. Wagnitz-Seminar - Dienstleistungszentrum für den hessischen Justizvollzug / Hessische Justizakademie in Wiesbaden

VII. Das Hessische Finanzgericht in Kassel

VIII. Gerichte der allgemeinen Verwaltungsgerichtsbarkeit

a) Der Hessische Verwaltungsgerichtshof in Kassel

b) 5 Verwaltungsgerichte in
1. Darmstadt
2. Frankfurt am Main
3. Gießen
4. Kassel
5. Wiesbaden

IX. Gerichte für Arbeitssachen

a. Das Hessische Landesarbeitsgericht in Frankfurt am Main

b. 12 Arbeitsgerichte in

1. Darmstadt	5. Hanau	9. Marburg
2. Frankfurt am Main	6. Bad Hersfeld	10. Offenbach am Main
3. Fulda	7. Kassel	11. Wetzlar
4. Gießen	8. Limburg a.d. Lahn	12. Wiesbaden

X. Gerichte der Sozialgerichtsbarkeit

a) Das Hessische Landessozialgericht in Darmstadt

b) 7 Sozialgerichte in

1. Darmstadt	4. Gießen	7. Wiesbaden
2. Frankfurt am Main	5. Kassel	
3. Fulda	6. Marburg	

B. Gliederung der Einnahmen und Ausgaben (in EUR)

Einzelplan 05

		2009	2008
0	Steuern und steuerähnliche Abgaben	—	—
1	Eigene Einnahmen .	383 728 600	389 886 500
2	Übertragungseinnahmen	3 878 200	4 423 300
3	Vermögenswirksame und besondere Finanzierungseinnahmen	51 802 300	48 742 500
	Gesamteinnahmen	**439 409 100**	**443 052 300**
4	Persönliche Verwaltungsausgaben	537 550 500	524 666 100
5	Sächliche Verwaltungsausgaben	378 420 500	357 698 000
	Ausgaben für den Schuldendienst	374 200	349 300
6	Übertragungsausgaben	20 640 400	19 565 400
7	Bauausgaben	500 000	500 000
8	Sonstige Investitionsausgaben	12 056 800	10 611 300
9	Besondere Finanzierungsausgaben	139 874 300	292 020 800
	Gesamtausgaben	**1 089 416 700**	**1 205 410 900**
	Zuschuss / Überschuss	**-650 007 600**	**-762 358 600**

C. Personalsoll des Einzelplan 05

	Stellen			
	2009	davon Leerstellen	**2008**	davon Leerstellen
Beamte und Richter	8 331,0	340,0	8 148,0	323,0
Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst	787,0	–,–	837,0	–,–
Angestellte	6 406,0	244,5	6 408,5	265,0
davon Auszubildende	602,0		583,0	
Arbeiter	92,0	2,0	104,5	2,0
davon Auszubildende	–,–		–,–	
Zusammen	15 616,0	586,5	15 498,0	590,0

D. Stellenabbau nach dem Zukunftssicherungsgesetz:

Die Abbauverpflichtung des Einzelplans 05 ist seit dem Haushaltsjahr 2008 vollständig erfüllt.

E. Zielsystem des Ministeriums der Justiz, für Integration und Europa

Oberziel

Alle Produkte des Einzelplans 05 dienen der Umsetzung von Fachzielen, die zu einem Oberziel zusammengefasst werden. Das Oberziel des Einzelplans 05 lautet:

"Die hessische Justiz verwirklicht das Rechtsstaatsprinzip und schafft Rechtssicherheit. Die Voraussetzungen für eine zeitnahe und qualitativ hochwertige Erledigung gerichtlicher und staatsanwaltlicher Aufgaben werden nachhaltig gesichert. Ein konsequenter, auf die Sicherheit und die Resozialisierung ausgerichteter Strafvollzug wird ebenso gewährleistet wie die Unterbringung, Betreuung und Führung von gefährlichen Tätern auch nach der Haftverbüßung. Der Schutz, die Betreuung und die finanzielle Besserstellung der Opfer von Straftaten werden gefördert.

Die hessische Landesregierung wird ihre Aktivitäten auf dem Gebiet der Integration gebündelt und verstärkt vorantreiben. Aufbauend auf wissenschaftlichen Analysen werden integrationspolitische Maßnahmen neu justiert und durch innovative Projekte ergänzt. Der Kontakt mit zugewanderten Menschen wird intensiviert, ihre gesellschaftliche Beteiligung gefördert.

Die hessische Landesregierung wird den Fortgang der europäischen Einigung nachdrücklich unterstützen. Sie versteht die Europäische Union als Werte-, Kultur- und Wirtschaftsgemeinschaft. Sie wird den Europagedanken, die internationale und interregionale Zusammenarbeit fördern, die Interessen des Landes Hessen auf europäischer Ebene entschlossen vertreten und die Europafähigkeit des Landes Hessen konsequent ausbauen und verbessern. Dabei fühlt sie sich dem Subsidaritätsgedanken in besonderer Weise verpflichtet."

Die Produktkosten ergeben sich aus den Leistungsplänen, die Teil der in den einzelnen Kapiteln dargestellten Wirtschaftspläne sind.

Ministerielle Produkte (unmittelbar dem Oberziel zugeordnet)	Plankosten 2009 1.000 EUR	Plankosten 2008 1.000 EUR	Istkosten 2007 1.000 EUR
Anfragen und Initiativen aus dem Parlament	1.313,5	893,0	754,8
Politikgestaltung und -vermittlung sowie Beratung und Unterstützung der Landesregierung	8.252,5	2.661,8	1.946,5
Normsetzung Hessisches Ministerium der Justiz, für Integration und Europa	1.802,9	2.419,3	1.567,8
Fach- und Vollzugssteuerung	15.296,4	16.570,4	10.097,5
Förderung Hessisches Ministerium der Justiz, für Integration und Europa	373,6	131,7	305,5

Fachziele	Plankosten 2009 1.000 EUR	Plankosten 2008 1.000 EUR	Istkosten 2007 1.000 EUR
Fachziel: Effektive Rechtsschutzgewährung sowie effiziente Justiz- und Gerichtsverwaltung auf hohem Qualitätsniveau garantieren und effektive Strafverfolgung sowie Rechtssicherheit gewährleisten.			
- Rechtsprechungspotential Oberlandesgericht (Kap. 05 04, Bukr. 2410, Produkt-Nr. 1)	20.082,4	24.902,0	18.245,3
- Rechtsprechungspotential Richter Landgericht (Kap. 05 04, Bukr. 2410, Produkt-Nr. 2)	65.403,0	80.297,0	64.114,3
- Rechtsprechungspotential Rechtspfleger Landgericht (Kap. 05 04, Bukr. 2410, Produkt-Nr. 3)	2.520,4	2.833,0	4.526,9
- Rechtsprechungspotential Richter Amtsgericht (Kap. 05 04, Bukr. 2410, Produkt-Nr. 4)	135.484,7	162.014,0	142.003,8

Fachziele	Plankosten 2009 1.000 EUR	Plankosten 2008 1.000 EUR	Istkosten 2007 1.000 EUR
- Rechtsprechungspotential Rechtspfleger Amtsgericht (Kap. 05 04, Bukr. 2410, Produkt-Nr. 5)	112.542,7	131.821,0	113.956,8
- Justizverwaltungsangelegenheiten Landgericht (Kap. 05 04, Bukr. 2410, Produkt-Nr. 6)	1.677,4	2.085,0	1.906,6
- Justizverwaltungsangelegenheiten Amtsgericht (Kap. 05 04, Bukr. 2410, Produkt-Nr. 7)	4.182,4	4.629,0	4.942,7
- Justizverwaltungsangelegenheiten Oberlandesgericht (Kap. 05 04, Bukr. 2410, Produkt-Nr. 9)	703,3	663,0	581,7
- Rechtsprechungspotential Richter Hess. Finanzgericht (Kap. 05 08, Bukr. 2440, Produkt-Nr. 1)	6.840,9	8.185,0	8.230,8
- Rechtsprechungspotential Richter Hess. Verwaltungsgerichtshof (Kap. 05 09, Bukr. 2460, Produkt-Nr. 1)	5.818,6	6.428,6	6.231,7
- Rechtsprechungspotential Richter Verwaltungsgerichte (Kap. 05 09, Bukr. 2460, Produkt-Nr. 2)	23.048,9	25.500,0	23.016,1
- Rechtsprechungspotential Richter Hess. Landesarbeitsgericht (Kap. 05 40, Bukr. 2420, Produkt-Nr. 1)	4.469,9	5.076,0	4.183,1
- Rechtsprechungspotential Rechtspfleger Hess. Landesarbeitsgericht (Kap. 05 40, Bukr. 2420, Produkt-Nr. 2)	229,6	257,0	155,8
- Rechtsprechungspotential Richter Arbeitsgerichte (Kap. 05 40, Bukr. 2420, Produkt-Nr.3)	15.241,5	16.618,0	13.692,4
- Rechtsprechungspotential Rechtspfleger Arbeitsgerichte (Kap. 05 40, Bukr. 2420, Produkt-Nr. 4)	3.959,4	4.565,0	4.073,1
- Rechtsprechungspotential Richter Hess. Landessozialgericht (Kap. 05 50, Bukr. 2470, Produkt-Nr. 1)	6.233,3	6.736,0	5.634,8
- Rechtsprechungspotential Richter Sozialgerichte (Kap. 05 50, Bukr. 2470, Produkt-Nr. 2)	15.482,2	17.904,0	14.632,7
- Ermittlungs- und Strafverfahren StA (Kap. 05 03, Bukr. 2430, Produkt-Nr. 1)	63.955,6	70.610,4	61.438,2
- Vollstreckungssachen StA (Kap. 05 03, Bukr. 2430, Produkt-Nr. 2)	20.400,9	23.955,1	20.397,3
- sonstige Aufgaben StA (Kap. 05 03, Bukr. 2430, Produkt-Nr. 3)	3.870,5	4.531,6	3.933,2
- Rechtsbehelfe und Haftprüfungsverfahren GStA (Kap. 05 03, Bukr. 2430, Produkt-Nr. 4)	2.198,2	2.984,5	2.695,8
- Ermittlungs- und sonstige Verfahren GStA (Kap. 05 03, Bukr. 2430, Produkt-Nr. 5)	1.549,7	1.915,9	1.923,7
- Zentralstelle für Kriegsverbrechen (Kap. 05 02, Bukr. 2495, Produkt-Nr. 1)	69,8	69,8	53,4
- Kindertagesstätten (Kap. 05 02, Bukr. 2495, Produkt-Nr. 5)	170,0	170,0	170,0
Fachziel: Gewährleistung der Juristenausbildung			
- Juristenausbildung Hess. Ministerium der Justiz (Kap. 05 01; Bukr. 2400, Produkt-Nr. 6)	37.109,1	37.806,0	2.413,0
Fachziel: Zügige Zwangsvollstreckung garantieren			
- Vollstreckungsleistung der Gerichtsvollzieher (Kap. 05 04, Bukr. 2410, Produkt-Nr. 8)	27.938,1	33.319,0	31.493,6
Fachziel: Konsequenten, auf Sicherheit und Resozialisierung ausgerichteten Justizvollzug gewährleisten			
- Erwachsenenvollzug (Kap. 05 05, Bukr. 2450, Produkt-Nr. 1)	181.370,5	208.682,0	183.686,3
- Jugendvollzug (Kap. 05 05, Bukr. 2450, Produkt-Nr. 2)	31.534,3	33.841,0	28.851,6
- Qualifizierung von Gefangenen (Kap. 05 02, Bukr. 2495, Produkt-Nr. 6)	1.643,0	1.643,0	1.448,5
Fachziel: Betreuung und Führung von Straftätern vor und im Rahmen der Bewährungs- und Führungsaufsicht nach der Haft sicherstellen.			
- Ehrenamtliche Bewährungshilfe (Kap. 05 02, Bukr. 2495, Produkt-Nr. 3)	126,0	43,0	43,0
- Haftvermeidung und Haftentlassenenhilfe (Kap. 05 02, Bukr. 2495, Produkt-Nr. 7)	662,1	442,1	415,1
Fachziel: Opfer von Straftaten in Hessen schützen und betreuen sowie finanziell unterstützen			
- Opferhilfe (Kap. 05 02, Bukr. 2495, Produkt-Nr. 2)	964,9	934,9	533,9
Fachziel: Praxisbezogene kriminologische Forschung fördern			
- Kriminologische Zentralstelle (Kap. 05 02, Bukr. 2495, Produkt-Nr. 4)	607,3	639,3	656,0
Fachziel: Durch Bürgerengagement den Europagedanken und die interregionale und internationale Zusammenarbeit fördern und stärken sowie Landesinteressen auf europäischer Ebene fördern			
- Förderung Europa- und internationalen Angelegenheiten (Kap. 05 02, Bukr. 2495, Produkt-Nr. 8)	166,0	–	–
Fachziel: Aktivitäten auf dem Gebiet der Integration bündeln und verstärkt vorantreiben			
- Förderung von Integrationsmaßnahmen (Kap. 05 02, Bukr. 2495, Produkt-Nr. 9)	1.145,0	–	–
- Förderung der Geschäftsstelle der Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte Hessen (Kap. 05 02, Bukr- 2495, Produkt-Nr. 10)	357,0	–	–
- Modellregionen Integration (Kap. 05 02, Bukr. 2495, Produkt-Nr. 11)	50,0	–	–

F. Wesentliche Änderungen gegenüber dem Vorjahr:

Zum Haushaltsjahr 2009 sind die Bereiche Europa aus dem Einzelplan 02 (Hessischer Ministerpräsident) und Integration aus den Einzelplänen 07 (Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung) und 08 (Hessisches Ministerium für Arbeit, Familie und Gesundheit - ehemals Hessisches Sozialministerium -) zum Einzelplan 05 umressortiert worden.
Einzelheiten können den Kapiteln 05 01 und 05 02 entnommen werden.
Durch die erfolgten Umressortierungen erfolgte eine Anpassung des Zielsystems.
Der bisherige Förderbuchungskreis 2499 wurde zum Haushalt 2009 auf Grund einer landesweiten Reorganisation des Förderbereichs in den neuen Fördermittelbuchungskreis 2495 übernommen. Die fachlichen Inhalte bleiben von dieser Reorganisation unberührt. Mit der Reorganisation geht unter anderem eine veränderte Darstellung in den Produktblättern einher.

W i r t s c h a f t s p l a n

Ministerium

A. Vorbemerkungen

Dem Hessischen Ministerium der Justiz, für Integration und Europa obliegt die Steuerung der nachgeordneten Verwaltungen einschließlich der Dienst- und Fachaufsicht. Der Geschäftsbereich des Hessischen Ministeriums der Justiz, für Integration und Europa gliedert sich in die ordentliche Gerichtsbarkeit (1 Oberlandesgericht, 9 Landgerichte, 46 Amtsgerichte), die Staatsanwaltschaften (1 Generalstaatsanwaltschaft, 9 Staatsanwaltschaften, 1 Amtsanwaltschaft), die Arbeitsgerichtsbarkeit (1 Landesarbeitsgericht, 12 Arbeitsgerichte), die Sozialgerichtsbarkeit (1 Landessozialgericht, 7 Sozialgerichte), die Verwaltungsgerichtsbarkeit (1 Verwaltungsgerichtshof, 5 Verwaltungsgerichte), das Finanzgericht sowie den Justizvollzug (17 Justizvollzugsanstalten sowie das H. B. Wagnitz-Seminar).

Grundlage für die Tätigkeit des Ministeriums ist das Regierungsprogramm für die Legislaturperiode 2009 bis 2014, die Regelung über die Zuständigkeit der Ministerinnen und Minister gem. Artikel 104 Abs. 2 der Hessischen Verfassung und der Haushaltsplan des Landes Hessen.

Bei der Planung des Produkthaushaltes 2009 wurden die Änderungen in der Ressortzuständigkeit berücksichtigt, die sich auf Grund der Regierungsneubildung ergeben haben. Im Buchungskreis musste eine nicht dv-gestützte kostenrechnerische Planung erfolgen, da die Anpassung der Strukturen im DV-System technisch bis zur Beschlussfassung über den Haushaltsplan nicht umsetzbar war.
Die Anpassung der Strukturen wird derzeit aufbereitet und umgesetzt und ist dann Grundlage des Haushaltsvollzugs. Dies kann zu Plan-Ist Abweichungen führen.

Unterhalb der Ministeriumsleitung ist das Hessische Ministerium der Justiz, für Integration und Europa in nunmehr acht Abteilungen aufgeteilt:

- **Abteilung Z** (Justizverwaltung - Personal, Statistik und Strategie) mit dem **Zentralbüro**
- **Abteilung I** (Justizverwaltung - Informationstechnik, Modernisierung, Haushalt und Liegenschaften)
- **Abteilung II** (Zivilrecht und Öffentliches Recht einschließlich Rechtspflege und Gesetzgebungsangelegenheiten, Ausbildung)
- **Justizprüfungsamt**
- **Abteilung III** (Strafrecht und Gnadenwesen)
- **Abteilung IV** (Justizvollzug)
- **Abteilung V** (Integration)
- **Abteilung VI** (Europa)

Für das Hessische Ministerium der Justiz, für Integration und Europa wurden folgende sechs Produkte gebildet:

- Anfragen und Initiativen aus dem Parlament,
- Politikgestaltung und -vermittlung sowie Beratung und Unterstützung der Landesregierung,
- Normsetzung,
- Fach- und Vollzugssteuerung,

- Förderung,
- Juristenausbildung,

die in den Erläuterungen zum Leistungsplan detailliert beschrieben werden.

B. Bewirtschaftungsvermerke

Allgemein

Die Bewirtschaftung richtet sich insbesondere nach den §§ 7a, 70 bis 72 und 74 bis 80 LHO und den dazu ergangenen Verwaltungsvorschriften.

Ständig nicht vollbeschäftigte Kräfte können im Reinigungsdienst und für sonstige Dienstleistungen mit zusammen höchstens 30 Arbeitsstunden je Woche ohne Inanspruchnahme einer Stelle beschäftigt werden.

Leistungsplan

Überschreitungen oder Unterschreitungen von Mengen sind je Produkt im Rahmen der Produktabgeltung bis zu 10 v.H. der jeweiligen Produktmenge zulässig.

Die in den Produktblättern aufgeführten Kennzahlen bzw. Kennzahlendefinitionen sind noch nicht verbindlich. Zu den Produkten Nr. 1 bis 4 wurden durch die AG "ministerielle Standardprodukte" auf Basis des Leitfadens zur Erstellung einer Balanced Scorecard für Produkte konkrete Kennzahlen erarbeitet.

Erfolgsplan

50 v. H. des Jahresüberschusses aus laufenden Geschäften können in eine Gewinnrücklage eingestellt werden. Im Übrigen erfolgt eine Gewinnabführung an den Landeshaushalt.

Finanzplan

Nicht verausgabte Investitionsmittel können einer Investitionsrücklage zugeführt werden.

Kapitel 05 01 / Buchungskreisnummer 2400
Ministerium

W i r t s c h a f t s p l a n

L e i s t u n g s p l a n

- Beträge in 1.000 EUR -

Nr	neu / weg-gef.	Bezeichnung	Soll 2009				
			Menge	Gesamt-kosten	Eigene Erlöse	Produkt-abgeltung	Ergebnis
Produkte							
1		Anfragen und Initiativen aus dem Parlament	1.870	1.313,5	–	1.313,5	–
2		Politikgestaltung und -vermittlung sowie Beratung und Unterstützung der Landesregierung	10.152	8.252,5	–	8.252,5	–
3		Normsetzung	2.756	1.802,9	–	1.802,9	–
4		Fach- und Vollzugssteuerung	17.357	15.296,5	–	15.296,5	–
5		Förderung HMdJIE	368	373,6	–	373,6	–
6		Juristenausbildung HMdJIE	2.413	37.109,1	64,7	37.044,4	–
		Summe Produkte		**64.148,1**	**64,7**	**64.083,4**	**–**
Zwischenbehördliche Leistungen							
1		Telefonzentrale Extern	1.483	176,7	176,7	–	–
2	weg	Zwischenbehördliche Leistungen	–	–	–	–	–
3	weg	Beistellung NVS HMdJ	–	–	–	–	–
4		Abgeordnete Personen	–	–	–	–	–
		Summe Zwischenbehördliche Leistungen		**176,7**	**176,7**	**–**	**–**
		Gesamtsumme		**64.324,8**	**241,4**	**64.083,4**	**–**

Kapitel 05 01 / Buchungskreisnummer 2400
Ministerium

W i r t s c h a f t s p l a n

L e i s t u n g s p l a n

- Beträge in 1.000 EUR -

Soll 2008					Ist 2007				
Menge	Gesamt-kosten	Eigene Erlöse	Produkt-abgeltung	Ergebnis	Menge	Gesamt-kosten	Eigene Erlöse	Produkt-abgeltung	Ergebnis
2.127	893,0	–	893,0	–	1.169	755,0	–	–	-755,0
4.341	2.662,0	–	2.662,0	–	2.786	1.946,0	–	–	-1.946,0
3.586	2.419,0	–	2.419,0	–	1.936	1.568,0	–	–	-1.568,0
20.305	16.570,0	–	16.570,0	–	15.094	10.097,0	–	–	-10.097,0
164	132,0	–	132,0	–	167	305,0	–	–	-305,0
2.460	37.806,0	14,0	37.792,0	–	2.460	2.413,0	8,0	–	-2.405,0
	60.482,0	**14,0**	**60.468,0**	**–**		**17.084,0**	**8,0**	**–**	**-17.076,0**
1.477	159,0	159,0	–	–	1.483	170,8	–	–	-170,8
–	–	–	–	–	–	8,7	–	–	-8,7
1.210	169,0	169,0	–	–	–	–	–	–	–
–	–	–	–	–	2	109,4	53,3	–	-56,1
	328,0	**328,0**	**–**	**–**		**288,9**	**53,3**	**–**	**-235,6**
	60.810,0	**342,0**	**60.468,0**	**–**		**17.372,9**	**61,3**	**–**	**-17.311,6**

Kapitel 05 01 / Buchungskreisnummer 2400
Ministerium

W i r t s c h a f t s p l a n

L e i s t u n g s p l a n - E r l ä u t e r u n g - P r o d u k t b l a t t

Erläuterungen zu Produkt Nr. 1:
Anfragen und Initiativen aus dem Parlament

1. Erbringer

Alle Fach-Organisationseinheiten des Hessischen Ministeriums der Justiz, für Integration und Europa

2. Rechtsgrundlage oder sonstige Grundlage

Hessische Verfassung, Beschluss über die Zuständigkeit der einzelnen Minister nach Art. 104 Abs. 2 der Verfassung des Landes Hessen, Geschäftsordnung des Landtages, Kooperationsvereinbarung zwischen Landtag und Landesregierung, Gemeinsame Geschäftsordnung der Ministerien in der jeweils gültigen Fassung

3. Produkt- und Leistungsbeschreibung

3.1 Beschreibung des Produkts

Mit diesem Produkt werden alle Leistungen erfasst, die aufgrund von formellen Anfragen und Anträgen aus dem Parlament zu erbringen sind. Hierzu gehören u. a. die Beantwortung von Stellungnahmen zu Budgetanfragen, mündlichen Fragen, Auskunftsersuchen, Kleinen und Großen Anfragen, Berichts- und Entschließungsanträgen, Petitionen, insbesondere zu Gesetzentwürfen sowie Vor- und Nachbereitungen von und Teilnahme an Plenar- und Ausschusssitzungen.

3.2 Leistungen zum Produkt

Zum Produkt gehören folgende Leistungen:

- Initiativen und Anfragen aus dem Parlament Ministeriumsleitung
- Initiativen und Anfragen aus dem Parlament Abteilung Z
- Initiativen und Anfragen aus dem Parlament Abteilung I
- Initiativen und Anfragen aus dem Parlament Abteilung II
- Initiativen und Anfragen aus dem Parlament Abteilung JPA
- Initiativen und Anfragen aus dem Parlament Abteilung III
- Initiativen und Anfragen aus dem Parlament Abteilung IV

Die aufgrund der Umressortierung zusätzlich erforderlichen Leistungen zum Produkt sind noch einzurichten.

4. Bezug zu politischen Zielen

Das Produkt dient als Standardprodukt dem Oberziel des Ressorts.

5. Empfänger

Hessischer Landtag, das heißt Landtagsabgeordnete, Fraktionen, parlamentarische Gremien Petenten

6. Zählgröße / Mengen im Haushaltsjahr

W i r t s c h a f t s p l a n

L e i s t u n g s p l a n - E r l ä u t e r u n g - P r o d u k t b l a t t

Zählgröße	Soll 2009	Soll 2008	Ist 2007
Anzahl der Beratungseinheiten (in Personentagen)	1.870	2.127	1.169

Eine Vergleichbarkeit der Werte aus dem Jahr 2007 und dem Jahr 2008 mit dem Soll 2009 ist aufgrund der Umressortierung und der bereinigten Planung in 2008 nicht gegeben.

7. Kostenzusammensetzung / Stückkosten / Preis

Kostenartenschichtung (in EUR)

Kostenarten	Soll 2009 EUR	Soll 2008 EUR	Ist 2007 EUR
Personalkosten	677.387	460.685	285.238
Sachkosten	318.784	237.053	282.428
Kalkulatorische Kosten	5.052	8.532	13.374
Sonstige Kosten *	312.289	186.733	173.734
Gesamtkosten	**1.313.512**	**893.003**	**754.774**
Erlöse	–	–	–
Produktabgeltung	1.313.512	893.003	–
Ergebnis	**–**	**–**	**-754.774**

* Kosten der innerbehördlichen Leistungsverrechnung

Stückkosten (in EUR)

Gesamtkosten / Menge	Soll 2009 EUR	Soll 2008 EUR	Ist 2007 EUR
Anzahl der Beratungseinheiten (in Personentagen)	702,41	419,84	645,66

Preis (in EUR)

Produktabgeltung / Menge	Soll 2009 EUR	Soll 2008 EUR	Ist 2007 EUR
Anzahl der Beratungseinheiten (in Personentagen)	702,41	419,84	–

Eine Vergleichbarkeit der Werte aus dem Jahr 2007 und dem Jahr 2008 mit dem Soll 2009 ist aufgrund der Umressortierung und der bereinigten Planung in 2008 nicht gegeben.

8. Produktspezifische Kennzahlen / Qualitätskennzahlen

Die Kennzahlen der ministeriellen Standardprodukte sind nicht verbindlich. Es werden deshalb keine Sollwerte ausgewiesen.
Bei den ministeriellen Standardprodukten werden nur quantitative Leistungsmerkmale beschrieben.

W i r t s c h a f t s p l a n

L e i s t u n g s p l a n - E r l ä u t e r u n g - P r o d u k t b l a t t

8.1 Kennzahlen zur Leistungswirkung (Effektivität der Leistungen)

Vorgabe: Anfragen und Initiativen nach GOHLT bearbeiten
- Anteil schriftlicher Nachfragen

8.2 Kennzahlen zur Finanzwirtschaft (Effizienz der Leistungen)

Vorgabe: Bearbeitung von Anfragen und Initiativen mit angemessenem Aufwand durchführen
- Relative Entwicklung Produktmenge
- Relative Entwicklung der Stückkosten

8.3 Kennzahlen zu quantitativen Leistungsmerkmalen

Vorgabe: Alle den Geschäftsbereich betreffenden Anfragen und Intiativen bearbeiten
- Anzahl Große Anfragen
- Anzahl Kleine Anfragen
- Anzahl Auskunftsersuchen
- Anzahl Petitionen
- Anzahl mündlicher Fragen
- Anzahl Stellungnahmen zu Gesetzesinitiativen
- Anzahl Anträge
- Anzahl Budgetanfragen

8.4 Kennzahlen zur Prozessqualität

Vorgabe: Anfragen und Initiativen termingerecht bearbeiten
- Anteil Große Anfragen, die in der Regelfrist nach GOHLT beantwortet wurden
- Anteil der übrigen Anfragen, die in der Regelfrist nach GOHLT beantwortet wurden

8.5 Kennzahlen zur Kundenperspektive

Entspricht der Leistungswirkung

W i r t s c h a f t s p l a n

L e i s t u n g s p l a n - E r l ä u t e r u n g - P r o d u k t b l a t t

Erläuterungen zu Produkt Nr. 2:
Politikgestaltung und -vermittlung sowie Beratung und Unterstützung der Landesregierung

1. Erbringer

Alle Fach-Organisationseinheiten des Hessischen Ministeriums der Justiz, für Integration und Europa

2. Rechtsgrundlage oder sonstige Grundlage

Hessische Verfassung, Beschluss über die Zuständigkeit der einzelnen Minister nach Art. 104 Abs. 2 der Verfassung des Landes Hessen

3. Produkt- und Leistungsbeschreibung

3.1 Beschreibung des Produkts

Beratende und unterstützende konzeptionelle Zuarbeit und Mitwirkung bei der Erarbeitung, Präsentation, Vermittlung und Umsetzung politischer Maßnahmen und Ziele der Hessischen Landesregierung.

3.2 Leistungen zum Produkt

Zum Produkt gehören folgende Leistungen:

- Politikgestaltung und -vermittlung Ministeriumsleitung
- Politikgestaltung und -vermittlung Abteilungen Z
- Politikgestaltung und -vermittlung Abteilungen I
- Politikgestaltung und -vermittlung Abteilungen II
- Politikgestaltung und -vermittlung Abteilungen JPA
- Politikgestaltung und -vermittlung ohne Gremienarbeit Abteilung III
- Gremienarbeit Bund und International Abteilung III
- Politikgestaltung und -vermittlung Abteilungen IV

Die aufgrund der Umressortierung zusätzlich erforderlichen Leistungen zum Produkt sind noch einzurichten.

4. Bezug zu politischen Zielen

Das Produkt dient als Standardprodukt dem Oberziel des Ressorts.

5. Empfänger

Hess. Bevölkerung, EU/Bund/Länder-Gremien, Bundesrat, Unternehmen und Interessenverbände, Medien, politische Gruppierungen usw.

6. Zählgröße / Mengen im Haushaltsjahr

Zählgröße	Soll 2009	Soll 2008	Ist 2007
Anzahl der Beratungseinheiten (in Personentagen)	10.152	4.341	2.786

W i r t s c h a f t s p l a n

L e i s t u n g s p l a n - E r l ä u t e r u n g - P r o d u k t b l a t t

Eine Vergleichbarkeit der Werte aus dem Jahr 2007 und dem Jahr 2008 mit dem Soll 2009 ist aufgrund der Umressortierung und der bereinigten Planung in 2008 nicht gegeben.

7. Kostenzusammensetzung / Stückkosten / Preis

Kostenartenschichtung (in EUR)

Kostenarten	Soll 2009 EUR	Soll 2008 EUR	Ist 2007 EUR
Personalkosten	4.491.565	1.354.603	747.002
Sachkosten	1.951.225	741.155	794.117
Kalkulatorische Kosten	29.954	25.765	29.282
Sonstige Kosten *	1.779.717	540.301	376.053
Gesamtkosten	**8.252.461**	**2.661.824**	**1.946.454**
Erlöse	–	–	–
Produktabgeltung	8.252.461	2.661.824	–
Ergebnis	**–**	**–**	**-1.946.454**

* Kosten der innerbehördlichen Leistungsverrechnung

Stückkosten (in EUR)

Gesamtkosten / Menge	Soll 2009 EUR	Soll 2008 EUR	Ist 2007 EUR
Anzahl der Beratungseinheiten (in Personentagen)	812,89	613,18	698,66

Preis (in EUR)

Produktabgeltung / Menge	Soll 2009 EUR	Soll 2008 EUR	Ist 2007 EUR
Anzahl der Beratungseinheiten (in Personentagen)	812,89	613,18	–

Eine Vergleichbarkeit der Werte aus dem Jahr 2007 und dem Jahr 2008 mit dem Soll 2009 ist aufgrund der Umressortierung und der bereinigten Planung in 2008 nicht gegeben.

8. Produktspezifische Kennzahlen / Qualitätskennzahlen

Die Kennzahlen der ministeriellen Standardprodukte sind nicht verbindlich. Es werden deshalb keine Sollwerte ausgewiesen.
Bei den ministeriellen Standardprodukten werden nur quantitative Leistungsmerkmale beschrieben.

8.1 Kennzahlen zur Leistungswirkung (Effektivität der Leistungen)

-

8.2 Kennzahlen zur Finanzwirtschaft (Effizienz der Leistungen)

<u>Vorgabe: Politikgestaltung und -vermittlung mit angemessenem Aufwand durchführen</u>

W i r t s c h a f t s p l a n

L e i s t u n g s p l a n - E r l ä u t e r u n g - P r o d u k t b l a t t

- Relative Entwicklung Produktmenge
- Relative Entwicklung der Stückkosten

8.3 Kennzahlen zu quantitativen Leistungsmerkmalen

Vorgabe: Politische Entscheidungen vorbereiten und herbeiführen

- Anzahl der Kabinettvorlagen
- Anzahl der Bundesratsinitiativen
- Anzahl der Fachministerkonferenzvorlagen

Vorgabe: Politik an Bürger und Institutionen vermitteln

- Anzahl der Publikationen

8.4 Kennzahlen zur Prozessqualität

-

8.5 Kennzahlen zur Kundenperspektive

-

W i r t s c h a f t s p l a n

L e i s t u n g s p l a n - E r l ä u t e r u n g - P r o d u k t b l a t t

<u>Erläuterungen zu Produkt Nr. 3:</u>
Normsetzung

1. Erbringer

Alle Fach-Organisationseinheiten des Hessischen Ministeriums der Justiz, für Integration und Europa

2. Rechtsgrundlage oder sonstige Grundlage

EU-Vorschriften, Grundgesetz, Hessische Verfassung, Bundes- und Landesgesetze in der jeweils gültigen Fassung

3. Produkt- und Leistungsbeschreibung

3.1 Beschreibung des Produkts

Das Produkt dient der Sicherstellung und Gestaltung des staatlichen Ordnungsrahmens. Dazu gehören die Erstellung von Gesetzentwürfen, Verordnungen und Verwaltungsvorschriften und die Mitwirkung bei der Normsetzung auf EU-, Bundes- und Landesebene.

3.2 Leistungen zum Produkt

Zum Produkt gehören folgende Leistungen:

- Normsetzung Abteilung Z
- Normsetzung Abteilung I
- Normsetzung Hessen Abteilung II
- Normsetzung Hessen Abteilung III
- Normsetzung Bund und Internationales Abteilung II
- Normsetzung Bund und Internationales Abteilung III
- Normsetzung Abteilung IV
- Normsetzung Abteilung JPA

Die aufgrund der Umressortierung zusätzlich erforderlichen Leistungen zum Produkt sind noch einzurichten.

4. Bezug zu politischen Zielen

Das Produkt dient als Standardprodukt dem Oberziel des Ressorts.

5. Empfänger

Hessischer Landtag (stellvertretend für die Bürger)

6. Zählgröße / Mengen im Haushaltsjahr

Zählgröße	Soll 2009	Soll 2008	Ist 2007
Anzahl der Beratungseinheiten (in Personentagen)	2.756	3.586	1.936

W i r t s c h a f t s p l a n

L e i s t u n g s p l a n - E r l ä u t e r u n g - P r o d u k t b l a t t

Eine Vergleichbarkeit der Werte aus dem Jahr 2007 und dem Jahr 2008 mit dem Soll 2009 ist aufgrund der Umressortierung und der bereinigten Planung in 2008 nicht gegeben.

7. Kostenzusammensetzung / Stückkosten / Preis

Kostenartenschichtung (in EUR)

Kostenarten	Soll 2009 EUR	Soll 2008 EUR	Ist 2007 EUR
Personalkosten	936.955	1.317.309	647.839
Sachkosten	420.543	553.528	595.630
Kalkulatorische Kosten	6.732	23.553	22.086
Sonstige Kosten *	438.714	524.917	302.257
Gesamtkosten	**1.802.944**	**2.419.307**	**1.567.812**
Erlöse	–	–	–
Produktabgeltung	1.802.944	2.419.307	–
Ergebnis	**–**	**–**	**-1.567.812**

* Kosten der innerbehördlichen Leistungsverrechnung

Stückkosten (in EUR)

Gesamtkosten / Menge	Soll 2009 EUR	Soll 2008 EUR	Ist 2007 EUR
Anzahl der Beratungseinheiten (in Personentagen)	654,19	674,65	809,82

Preis (in EUR)

Produktabgeltung / Menge	Soll 2009 EUR	Soll 2008 EUR	Ist 2007 EUR
Anzahl der Beratungseinheiten (in Personentagen)	654,19	674,65	–

Eine Vergleichbarkeit der Werte aus dem Jahr 2007 und dem Jahr 2008 mit dem Soll 2009 ist aufgrund der Umressortierung und der bereinigten Planung in 2008 nicht gegeben.

8. Produktspezifische Kennzahlen / Qualitätskennzahlen

Die Kennzahlen der ministeriellen Standardprodukte sind nicht verbindlich. Es werden deshalb keine Sollwerte ausgewiesen. Vielmehr werden die Istwerte im Sinne einer Zeitreihe fortgeschrieben und ausgewertet.
Bei den ministeriellen Standardprodukten werden nur quantitative Leistungsmerkmale beschrieben.

8.1 Kennzahlen zur Leistungswirkung (Effektivität der Leistungen)

Vorgabe: Rechtssicherheit schaffen

- Anzahl der außer Kraft getretenen sowie aufgehobenen Rechtsvorschriften
- Anzahl der neu geschaffenen Rechtsvorschriften

8.2 Kennzahlen zur Finanzwirtschaft (Effizienz der Leistungen)

Vorgabe: Normsetzung und -evaluierung mit angemessenem Aufwand durchführen

- Relative Entwicklung der Produktmenge
- Relative Entwicklung der Stückkosten

8.3 Kennzahlen zu quantitativen Leistungsmerkmalen

Vorgabe: Rechtsvorschriften schaffen, ändern, prüfen und bereinigen

- Anzahl neu geschaffener Vorschriften
- Anzahl geänderter Vorschriften
- Anzahl aufgehobener und außer Kraft getretener Vorschriften

Vorgabe: Rechts- und Verwaltungsvorschriften evaluieren

- Anzahl evaluierter Vorschriften

Vorgabe: Rechtsförmliche Prüfung vornehmen

- Anzahl der geprüften Rechtsvorschriften

8.4 Kennzahlen zur Prozessqualität

Vorgabe: Fristgerechte Evaluierung bei Rechtsvorschriften einhalten

- Anteil fristgerecht evaluierter Normen

8.5 Kennzahlen zur Kundenperspektive

Entspricht der Leistungswirkung

W i r t s c h a f t s p l a n

L e i s t u n g s p l a n - E r l ä u t e r u n g - P r o d u k t b l a t t

<u>Erläuterungen zu Produkt Nr. 4:</u>
Fach- und Vollzugssteuerung

1. Erbringer

Fach-Organisationseinheiten des Hessischen Ministeriums der Justiz, für Integration und Europa

2. Rechtsgrundlage oder sonstige Grundlage

EU-Vorschriften, Grundgesetz, Hess. Verfassung, Bundes- und Landesgesetze, Verordnungen, Verwaltungsvorschriften, Richtlinien, technische Regelwerke in der jeweils gültigen Fassung

3. Produkt- und Leistungsbeschreibung

3.1 Beschreibung des Produkts

Steuerung der nachgeordneten Verwaltungen einschl. der Dienst- und Fachaufsicht sowie ggf. Qualitätsvorgabe und Qualitätskontrolle für die Produkte der nachgeordneten Verwaltungen und Leistungen interner Dienstleister.

3.2 Leistungen zum Produkt

Zum Produkt gehören folgende Leistungen:

- Fach- und Vollzugssteuerung ohne IT, ohne Fort- und Weiterbildung, ohne Personalbeschaffung Abteilung Z
- Fach- und Vollzugssteuerung Fort- und Weiterbildung nachgeordneter Bereich Abteilung Z
- Fach- und Vollzugssteuerung Personalbeschaffung nachgeordneter Bereich (Ri,StA, hD) Abteilung Z
- Fach- und Vollzugssteuerung IT nachgeordneter Bereich Abteilung I
- Fach- und Vollzugssteuerung Organisation/ Haushalt/ Bau Abteilung I
- Fach- und Vollzugssteuerung Abteilung II
- Fach- und Vollzugssteuerung Abteilung JPA
- Fach- und Vollzugssteuerung ohne kriminologische Sonderaufgaben Abteilung III
- Fach- und Vollzugssteuerung insbesondere kriminologische Sonderaufgaben Abteilung III
- Fach- und Vollzugssteuerung Personal und Organisation Abteilung IV
- Fach- und Vollzugssteuerung Sicherheit und Ordnung Abteilung IV
- Fach- und Vollzugssteuerung Betreuung und Behandlung Abteilung IV
- Fach- und Vollzugssteuerung Versorgung Haushalt Bau Abteilung IV
- Fach- und Vollzugssteuerung CO, Rechnungswesen u. EDV Abteilung IV
- Management und Führung Hauptpersonalrat

4. Bezug zu politischen Zielen

Das Produkt dient als Standardprodukt dem Oberziel des Ressorts.

5. Empfänger

Hessischer Landtag (stellvertretend für die Bürger)

W i r t s c h a f t s p l a n

L e i s t u n g s p l a n - E r l ä u t e r u n g - P r o d u k t b l a t t

6. Zählgröße / Mengen im Haushaltsjahr

Zählgröße	Soll 2009	Soll 2008	Ist 2007
Anzahl der Beratungseinheiten (in Personentagen)	17.357	20.305	15.094

Eine Vergleichbarkeit der Werte ist wegen der bereinigten Planung im Jahr 2008 nicht gegeben.

7. Kostenzusammensetzung / Stückkosten / Preis

Kostenartenschichtung (in EUR)

Kostenarten	Soll 2009 EUR	Soll 2008 EUR	Ist 2007 EUR
Personalkosten	6.425.354	9.205.242	3.881.652
Sachkosten	5.963.635	3.514.294	3.878.078
Kalkulatorische Kosten	111.440	201.864	157.945
Sonstige Kosten *	2.795.995	3.649.002	2.179.793
Gesamtkosten	**15.296.424**	**16.570.402**	**10.097.468**
Erlöse	–	–	–
Produktabgeltung	15.296.424	16.570.402	–
Ergebnis	**–**	**–**	**-10.097.468**

* Kosten der innerbehördlichen Leistungsverrechnung

Stückkosten (in EUR)

Gesamtkosten / Menge	Soll 2009 EUR	Soll 2008 EUR	Ist 2007 EUR
Anzahl der Beratungseinheiten (in Personentagen)	881,28	816,07	668,97

Preis (in EUR)

Produktabgeltung / Menge	Soll 2009 EUR	Soll 2008 EUR	Ist 2007 EUR
Anzahl der Beratungseinheiten (in Personentagen)	881,28	816,07	–

Eine Vergleichbarkeit der Werte ist wegen der bereinigten Planung im Jahr 2008 nicht gegeben.

8. Produktspezifische Kennzahlen / Qualitätskennzahlen

Die Kennzahlen der ministeriellen Standardprodukte sind nicht verbindlich. Es werden deshalb keine Sollwerte ausgewiesen. Vielmehr werden die Istwerte im Sinne einer Zeitreihe fortgeschrieben und ausgewertet.

W i r t s c h a f t s p l a n

L e i s t u n g s p l a n - E r l ä u t e r u n g - P r o d u k t b l a t t

Bei den ministeriellen Standardprodukten werden nur quantitative Leistungsmerkmale beschrieben.

8.1 Kennzahlen zur Leistungswirkung (Effektivität der Leistungen)

Vorgabe: Kompetenten und umfassenden Aufgabenvollzug sicherstellen

- Wirkungsindex
- Zufriedenheitsindex

Diese Kennzahlen können erst erhoben werden, wenn Kennzahlen für die Statusermittlung im nachgeordneten Bereich vollständig erhoben worden sind.

8.2 Kennzahlen zur Finanzwirtschaft (Effizienz der Leistungen)

Vorgabe: Dienst-, Fach- und Rechtsaufsicht mit angemessenem Aufwand durchführen

- Relative Entwicklung der Produktmenge
- Relative Entwicklung der Stückkosten

8.3 Kennzahlen zu quantitativen Leistungsmerkmalen

Vorgabe: Aufsicht (inhaltlich, personell, organisatorisch und finanziell) über nachgeordneten Bereich sicherstellen

- Anzahl der Buchungskreise
- Anzahl der Dienststellen
- Anzahl der Mitarbeiter aller Dienststellen

Vorgabe: Beantwortung von Schreiben von Bürgern und Verbänden koordinieren

- Anzahl der eingehenden Schreiben von Bürgern und Verbänden

8.4 Kennzahlen zur Prozessqualität

Vorgabe: Zusammenarbeit optimieren

- Beratungseinheiten je Mitarbeiter aller Dienststellen

8.5 Kennzahlen zur Kundenperspektive

Entspricht der Leistungswirkung

W i r t s c h a f t s p l a n

L e i s t u n g s p l a n - E r l ä u t e r u n g - P r o d u k t b l a t t

Erläuterungen zu Produkt Nr. 5:
Förderung Hessisches Ministerium der Justiz, für Integration und Europa

1. Erbringer

Alle Fach-Organisationseinheiten des Hessischen Ministeriums der Justiz, für Integration und Europa

2. Rechtsgrundlage oder sonstige Grundlage

Hier sind die jeweiligen Produktblätter des Förderbuchungskreises zu beachten.

3. Produkt- und Leistungsbeschreibung

3.1 Beschreibung des Produkts

Verwaltungsaufwand für die Erstellung der Förderprodukte des Hessischen Ministeriums der Justiz, für Integration und Europa (Förderbuchungskreis)

3.2 Leistungen zum Produkt

Zum Produkt gehören folgende Leistungen:

- Zentralstelle Kriegsverbrechen
- Kindertagesstätten für Justiz
- Opferhilfe
- Ehrenamtliche Bewährungshilfe
- Kriminologische Zentralstelle
- Haftvermeidung/Entlassenenhilfe
- Berufliche Qualifizierung von Gefangenen
- Förderung Europa- und internationale Angelegenheiten
- Förderung von Integrationsmaßnahmen
- Förderung der Geschäftsstelle der Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte Hessen
- Lotto und Tronc EP 17

4. Bezug zu politischen Zielen

Hier sind die jeweiligen Produktblätter des Förderbuchungskreises zu beachten.

5. Empfänger

Hier sind die jeweiligen Produktblätter des Förderbuchungskreises zu beachten.

6. Zählgröße / Mengen im Haushaltsjahr

Zählgröße	Soll 2009	Soll 2008	Ist 2007
Anzahl Förderbescheide	368	164	167

Eine Vergleichbarkeit der Werte aus dem Jahr 2007 und dem Jahr 2008 mit dem Soll 2009 ist aufgrund der Umressortierung nicht gegeben.

Wirtschaftsplan

Leistungsplan - Erläuterung - Produktblatt

7. Kostenzusammensetzung / Stückkosten / Preis

Kostenartenschichtung (in EUR)

Kostenarten	Soll 2009 EUR	Soll 2008 EUR	Ist 2007 EUR
Personalkosten	215.630	81.447	27.172
Sachkosten	64.663	14.286	255.426
Kalkulatorische Kosten	1.412	1.399	1.480
Sonstige Kosten *	91.862	34.524	21.384
Gesamtkosten	**373.567**	**131.656**	**305.462**
Erlöse	–	–	–
Produktabgeltung	373.567	131.656	–
Ergebnis	**–**	**–**	**-305.462**

* Kosten der innerbehördlichen Leistungsverrechnung

Stückkosten (in EUR)

Gesamtkosten / Menge	Soll 2009 EUR	Soll 2008 EUR	Ist 2007 EUR
	1.015,13	802,78	1.829,11

Preis (in EUR)

Produktabgeltung / Menge	Soll 2009 EUR	Soll 2008 EUR	Ist 2007 EUR
	1.015,13	802,78	–

Eine Vergleichbarkeit der Werte aus dem Jahr 2007 und dem Jahr 2008 mit dem Soll 2009 ist aufgrund der Umressortierung nicht gegeben.

8. Produktspezifische Kennzahlen / Qualitätskennzahlen

8.1 Kennzahlen zur Leistungswirkung (Effektivität der Leistungen)

-

8.2 Kennzahlen zur Finanzwirtschaft (Effizienz der Leistungen)

-

8.3 Kennzahlen zu quantitativen und qualitativen Leistungsmerkmalen

-

8.4 Kennzahlen zur Prozessqualität

-

8.5 Kennzahlen zur Kundenperspektive

-

W i r t s c h a f t s p l a n

L e i s t u n g s p l a n - E r l ä u t e r u n g - P r o d u k t b l a t t

<u>Erläuterungen zu Produkt Nr. 6:</u>
Juristenausbildung Hessisches Ministerium der Justiz, für Integration und Europa

1. Erbringer

Hessisches Ministerium der Justiz, für Integration und Europa (Justizprüfungsamt), Gerichte, Staatsanwaltschaften und Landesverwaltungen

2. Rechtsgrundlage oder sonstige Grundlage

Berufsfreiheit
(Art. 12 Abs. 1 GG, 28 Abs. 1 und 2 HV)
Ausbildungsvorschriften
(§§ 5 ff. DRiG, 10 GVG, JAG, JAO, Ausbildungspläne)

3. Produkt- und Leistungsbeschreibung

Hier sind u.a. 33.955.700 Euro an zwischenbehördlichen Leistungen für die Referendarausbildung in der ordentlichen Gerichtsbarkeit enthalten (für die Koordination der Referendarausbildung, die Ausbildung sowie die Personalkosten der Referendare).

3.1 Beschreibung des Produkts

Einzelausbildung (Rechtsreferendare)
Gruppenausbildung (Rechtsreferendare und praktische Studienzeiten)
Grundsatzangelegenheiten juristische Ausbildung
Organisation und Koordination der Ausbildung innerhalb und außerhalb der Landesverwaltung
Abnahme der I. juristischen Staatsprüfung
Abnahme der II. juristischen Staatsprüfung

3.2 Leistungen zum Produkt

Zum Produkt gehören folgende Leistungen:

- Staatliche Pflichtfachprüfung Abteilung JPA
- Grundsatzangelegenheiten juristische Ausbildung Abteilung II
- Abnahme der II. juristischen Staatsprüfung Abteilung JPA
- Ausbildung nachgeordneter Bereich der Rechtsreferendare Abteilung II

4. Bezug zu politischen Zielen

Gewährleistung der Juristenausbildung

5. Empfänger

Hessischer Landtag
Rechtsreferendare und Studenten der Rechtswissenschaften

W i r t s c h a f t s p l a n

L e i s t u n g s p l a n - E r l ä u t e r u n g - P r o d u k t b l a t t

6. Zählgröße / Mengen im Haushaltsjahr

Zählgröße	Soll 2009	Soll 2008	Ist 2007
Anzahl Referendare (Plätze)	2.413	2.460	2.460

7. Kostenzusammensetzung / Stückkosten / Preis

Kostenartenschichtung (in EUR)

Kostenarten	Soll 2009 EUR	Soll 2008 EUR	Ist 2007 EUR
Personalkosten	1.942.642	2.167.432	1.592.617
Sachkosten	34.620.414	35.034.935	440.900
Kalkulatorische Kosten	9.754	36.678	35.882
Sonstige Kosten *	536.272	566.968	343.335
Gesamtkosten	**37.109.082**	**37.806.013**	**2.412.734**
Erlöse	64.700	14.100	7.920
Produktabgeltung	37.044.382	37.791.913	–
Ergebnis	**–**	**–**	**-2.404.814**

* Kosten der innerbehördlichen Leistungsverrechnung

Stückkosten (in EUR)

Gesamtkosten / Menge	Soll 2009 EUR	Soll 2008 EUR	Ist 2007 EUR
	15.378,82	15.368,30	977,57

Preis (in EUR)

Produktabgeltung / Menge	Soll 2009 EUR	Soll 2008 EUR	Ist 2007 EUR
	15.352,00	15.362,57	–

8. Produktspezifische Kennzahlen / Qualitätskennzahlen

8.1 Kennzahlen zur Leistungswirkung (Effektivität der Leistungen)

<u>Vorgabe: Juristenausbildung gewährleisten</u>

- Erfolgsquote II. juristische Staatsprüfung
- Anteil der Prädikatsexamina II. juristische Staatsprüfung
- Bedarfsdeckungsquote Rechtsreferendarplätze

- Anzahl erfolgreicher Absolventen staatliche Pflichtfachprüfung mit mehr als sechs Monaten Wartezeit auf einen Rechtsreferendarplatz

8.2 Kennzahlen zur Finanzwirtschaft (Effizienz der Leistungen)

Vorgabe: Produktabgeltung wirtschaftlich einsetzen

- Kosten-/ Erlösabweichung
- Ausbildungskosten pro Auszubildenden

8.3 Kennzahlen zu quantitativen und qualitativen Leistungsmerkmalen

Vorgabe: Referendarausbildung sicherstellen

- Anzahl erfolgreicher Absolventen staatliche Pflichtfachprüfung

Vorgabe: Prüfungsabnahme sicherstellen

- Teilnehmerzahl staatliche Pflichtfachprüfung
- Teilnehmerzahl II. juristische Staatsprüfung

8.4 Kennzahlen zur Prozessqualität

Vorgabe: Optimale Umsetzung der Lerninhalte nach JAG und JAO sicherstellen

- Anzahl durchgeführte Fortbildungsmaßnahmen

Vorgabe: Optimale Prüfungsverfahren sicherstellen

- Anteil fortgebildete Prüfer staatliche Pflichtfachprüfung
- Anteil fortgebildete Prüfer II. juristische Staatsprüfung
- Durchschnittliche Dauer Fortbildungsmaßnahmen
- Anzahl erfolgreicher Prüfungsanfechtungen

8.5 Kennzahlen zur Kundenperspektive

-

W i r t s c h a f t s p l a n

L e i s t u n g s p l a n - E r l ä u t e r u n g e n

Erläuterungen zu zwischenbehördlicher Leistung Nr. 1:
Telefonzentrale Extern

1. Erbringer

Hessisches Ministerium der Justiz, für Integration und Europa

2. Rechtsgrundlage oder sonstige Grundlage

Verwaltungspraxis

3. Produkt- und Leistungsbeschreibung

3.1 Kurzbeschreibung der zwischenbehördlichen Leistung

Betreiben einer Telefonzentrale

3.2 Fachleistung zur zwischenbehördlichen Leistung

4. Bezug zu politischen Zielen

Dient der Zielerreichung des Empfängers/der Empfänger

5. Empfänger

Hessische Staatskanzlei, Hessisches Ministerium der Finanzen, Hessisches Ministerium für Wissenschaft und Kunst, Hessische Landeszentrale für politische Bildung, Verwaltungsgericht Wiesbaden

6. Zählgröße / Mengen im Haushaltsjahr

Zählgröße	Soll 2009	Soll 2008	Ist 2007
Anzahl Telefone	1.483	1.477	1.483

7. Kostenzusammensetzung / Stückkosten / Preis

Kapitel 05 01 / Buchungskreisnummer 2400
Ministerium

W i r t s c h a f t s p l a n

L e i s t u n g s p l a n - E r l ä u t e r u n g e n

Kostenartenschichtung (in EUR)

Kostenarten	Soll 2009 EUR	Soll 2008 EUR	Ist 2007 EUR
Personalkosten	88.456	–	76.496
Sachkosten	88.280	156.800	88.043
Kalkulatorische Kosten	–	2.400	2.207
Sonstige Kosten *	–	–	4.056
Gesamtkosten	**176.736**	**159.200**	**170.802**
Erlöse	176.736	159.200	–
Produktabgeltung	–	–	–
Ergebnis	**–**	**–**	**-170.802**

* Kosten der innerbehördlichen Leistungsverrechnung

Stückkosten (in EUR)

Gesamtkosten / Menge	Soll 2009 EUR	Soll 2008 EUR	Ist 2007 EUR
	119,74	107,79	115,17

Kapitel 05 01 / Buchungskreisnummer 2400
Ministerium

W i r t s c h a f t s p l a n

E r f o l g s p l a n

Pos.	VKR	Bezeichnung	Soll 2009 EUR	Soll 2008 EUR	Ist 2007 EUR
1	**50/51**	**Umsatzerlöse und Erträge aus Verwaltungstätigkeit**	**241.400**	**173.300**	**7.920**
	500-509	Umsatzerlöse	176.700	159.200	–
	510-518	Gebühren und Leistungsentgelte aus Verwaltungstätigkeit; Sonstige Erträge	64.700	14.100	7.920
	519	Erlösminderungen	–	–	–
1a	**544**	**Erträge aus Produktabgeltungen**	**64.083.400**	**60.468.100**	**23.333.472**
2	**520-524**	**Bestandsveränderungen**	**–**	**–**	**–**
3	**525-529**	**aktivierte Eigenleistungen**	**–**	**–**	**–**
4	**530-539**	**Sonstige betriebliche Erträge**	**305.000**	**100.100**	**169.783**
		Betriebsertrag	**64.629.800**	**60.741.500**	**23.511.175**
5	**60/61**	**Bezogene Waren und Leistungen**	**974.400**	**274.700**	**750.151**
	600-604	Roh-, Hilfs-, Betriebsstoffe etc.	–	700	21
	605	Aufwendungen für Energie und Wasser	39.400	21.400	37.167
	606-609	Sonstige Aufwendungen (Waren)	142.200	96.500	343.072
	616	Aufwendungen für Fremdinstandhaltung	282.100	34.800	159.817
	610-615, 617, 619	Sonstige Aufwendungen (Leistungen)	510.700	121.300	210.074
	618	Aufwandsberichtigungen (Skonti etc.)	–	–	–
6	**620-649, 652, 655, 659**	**Personalaufwand**	**17.135.800**	**17.297.600**	**15.600.918**
	620-626	Löhne	299.900	388.400	320.461
	627-632	Gehälter	3.473.400	3.545.200	2.436.423
	633-638	Bezüge	10.168.600	6.225.700	5.557.487
	639	Sonstige Aufwendungen mit Gehalts- oder Bezügecharakter	1.108.600	855.300	1.119.799
	640-649	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	2.079.300	6.277.900	6.160.763
	652, 655, 659	Sonstige Personalaufwendungen	6.000	5.100	5.985
7	**660-664, 666-667**	**Abschreibungen**	**195.500**	**377.500**	**336.560**
8	**650-651, 653-654, 656-658, 670-696, 699-709**	**Sonstige betriebliche Aufwendungen**	**46.237.300**	**42.961.100**	**6.980.216**
	650-651, 653-654, 656-658	Sonstige mittelbare Personalaufwendungen	35.602.800	36.080.300	200.554
	670-679	Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten	9.587.300	6.195.500	5.996.946
	680-689	Aufwendungen für Kommunikation, Dokumentation, Information, Reisen, Werbung	1.024.700	668.500	549.935
	690-696, 699	Aufwendungen für Beiträge und Sonstiges sowie Wertkorrekturen und periodenfremde Aufwendungen	17.500	13.100	228.829
	700-709	Betriebliche Steuern	5.000	3.700	3.952
8a	**718**	**Aufwendungen aus Produktabgeltung**	**–**	**–**	**–**
		Betriebsaufwand	**64.543.000**	**60.910.900**	**23.667.845**
		Eigenergebnis	**86.800**	**-169.400**	**-156.670**

Kapitel 05 01 / Buchungskreisnummer 2400
Ministerium

W i r t s c h a f t s p l a n

E r f o l g s p l a n

Pos.	VKR	Bezeichnung	Soll 2009 EUR	Soll 2008 EUR	Ist 2007 EUR
9	540-543, 545-549	betriebliche Erträge aus Transferleistungen	37.600	169.400	107.356
10	550-559	Steuererträge und steuerähnliche Erträge	–	–	–
		Steuererträge und Leistungsabgeltung	37.600	169.400	107.356
11	710-717, 719	Betrieblicher Aufwand aus Transferleistungen	124.400	–	118.023
12	720-729	Steueraufwand und ähnliche Aufwendungen	–	–	–
		Leistungstransfers	124.400	–	118.023
		Steuer- und Leistungsergebnis	-86.800	169.400	-10.667
		Verwaltungsergebnis	–	–	-167.337
13	560-569	Erträge aus Beteiligungen und anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	–	–	–
14	570-579	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	–	–	386
		Finanzertrag	–	–	386
15	740-749	Abschreibungen auf Finanzanlagen und Wertpapiere des Umlaufvermögens und Verluste aus entsprechenden Abgängen	–	–	–
16	750-769	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	–	–	–
		Finanzaufwand	–	–	–
		Finanzergebnis	–	–	386
		Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	–	–	-166.951
17	590-599	Außerordentliche Erträge, Erträge aus Verlustübernahme	1.720.000	–	4.838.049
		Außerordentlicher Ertrag	1.720.000	–	4.838.049
18	665, 668-669, 697-698, 730-739, 790-799	Außerordentlicher Aufwand, Aufwand aus Gewinnabführungen, Aufwendungen für sonstige Leistungen Dritter	1.720.000	–	8.484.376
		Außerordentlicher Aufwand	1.720.000	–	8.484.376
		Außerordentliches Ergebnis	–	–	-3.646.327
19	580-589	(durchlaufende) Erträge aus Zuwendungen, Zuschüsse für Investitionen und besondere Finanzeinnahmen	–	–	–
		Transferzuwendungen	–	–	–
20	780-789	(durchlaufende) Aufwendungen für Zuwendungen und Zuschüsse für Investitionen und besondere Finanzausgaben	–	–	–
		Transferzahlungen	–	–	–
		Transferergebnis	–	–	–
		Neutrales Ergebnis	–	–	-3.646.327
21	770-779	Steuern vom Einkommen und Ertrag	–	–	–
		Jahresergebnis	–	–	-3.813.278

Kapitel 05 01 / Buchungskreisnummer 2400
Ministerium

W i r t s c h a f t s p l a n

E r l ä u t e r u n g e n E r f o l g s p l a n

1. Standarderläuterungen

Im aus der Kostenrechnung generierten Leistungsplan und dem auf der Grundlage der Finanzbuchhaltung erstellten Erfolgsplan sind kostenmindernde Erlöse unterschiedlich darzustellen. Diese Erlöse sind im Leistungsplan bereits mit Kosten saldiert ausgewiesen, während der Ausweis im Erfolgsplan entsprechend den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung nicht saldiert erfolgt.

Entgelte zentraler Dienstleister
Für Leistungen zentraler Dienstleister sind in den Aufwandspositionen des Erfolgsplans folgende Beträge geplant worden:

Oberfinanzdirektion Frankfurt am Main (Kfz-Selbstversicherung)	2.200,00 EUR
Hessisches Immobilienmanagment (HI)	1.989.900,00 EUR
Hessisches Competence Center (HCC)	382.600,00 EUR
Hessische Bezügestelle (HBS)	35.000,00 EUR
Hessische Zentrale für Datenverarbeitung (HZD)	261.000,00 EUR

Zu Pos. 6: Im Personalaufwand sind folgende Rückstellungen enthalten:

Vorsorgeprämie Beamte (Umressortierung nicht enthalten)	1.089.600,00 EUR
Altersteilzeitrückstellungen	603.800,00 EUR
Rückstellungen für Urlaub Beamte	180.000,00 EUR
Rückstellung für Überstunden Beamte	200.000,00 EUR
Rückstellung Arbeitgeberanteil Sozialversicherung	15.000,00 EUR

Neutrale Aufwendungen / Erträge:
Für das Haushaltsjahr 2009 wurde eine Rücklagenauflösung als neutrale Aufwendung und neutraler Ertrag in Höhe von jeweils 1.720.000 EUR eingeplant.

2. Erläuterungen zu Einzelpositionen

Zu Pos. 1:
Zu VKR 500 - 509:
Hier werden die Erträge aus der zwischenbehördlichen Leistung der gemeinsamen Telefonzentrale geplant.

Das Ministerium hat für das Jahr 2008 erstmalig einen Produkthaushalt aufgestellt. Es sind daher keine Ist-Werte 2007 vorhanden.

Zu VKR 510 - 518:
Für das Plan-Jahr 2009 werden Gebühren und Leistungsentgelte aus Verwaltungstätigkeit (Gebühren aus Widerspruchsverfahren im Rahmen des 1. und 2. Staatsexamen) sowie Gebühren für den seit 1. Januar 2008 eingeführten Verbesserungsversuch im Rahmen der 2. Juristischen Staatsprüfung in Höhe von 64.700,00 EUR geplant.

Zu Pos. 1a:
Zu VKR 544:
Durch den geänderten Ressortzuschnitt mit den Bereichen Integration und Europa erhöhen sich die Erträge aus Produktabgeltung für das Planjahr 2009.

W i r t s c h a f t s p l a n

Der Ist-Wert 2007 ist nicht aussagekräftig, da zu diesem Zeitpunkt noch kein Produkthaushalt zu erstellen war.

Weitere Auswirkungen auf die Produktabgeltung siehe Erläuterung zu Pos. 6.

Zu Pos. 4:
Zu VKR 530 - 539:
Der Planwert 2009 ergibt sich unter anderem aus folgenden Positionen:

Erträge Integrationsfonds schwerbehinderter Menschen:	24.000,00 EUR
Erträge private Mitbenutzung staatlicher Einrichtungen:	18.000,00 EUR
Erträge aus dem Betrieb des Justizministerialblatt für Hessen:	21.000,00 EUR
Erträge aus Vermietungen an Partnerregionen (Brüssel)	181.500,00 EUR
Erträge aus zweckgebundenen Spenden	50.000,00 EUR

Zu Pos. 5:
Zu VKR 605:
Unter diesen Kontengruppen werden die Aufwendungen für die Treibstoffe der Dienstwagen erfasst.
Aufwendungen für Strom und Wasser werden seit dem Übergang der Liegenschaften an das Hessische Immobilienmanagement nicht mehr hier geplant, sondern sind nunmehr in den Mietnebenkosten (siehe Pos. 8) enthalten.

Zu VKR 606 - 609:
Hierunter fallen u.a. Materialaufwendungen für Reparaturen und Instandhaltung, Datenverarbeitung und Telekommunikation, Büromaterial, Formulare und Vordrucke und Reinigungsmaterialien.

Der größte Posten in dieser Position ergibt sich aus Materialaufwand für Datenverarbeitung und Telekommunikation.

Zu VKR 616:
Hierunter fallen u.a. Instandhaltungs- und Wartungskosten für bewegliche Anlagegüter, Fuhrpark, PC und Zubehör und Softwarepflege.

Der größte Posten in dieser Position ergibt sich aus den Pflege- und Wartungskosten für Software.

Zu VKR 610 - 615, 617, 619:
Hierunter fallen u.a. Aufwendungen für Bekanntmachungen (Druck- und Vertrieb des Justizministerialblattes für Hessen, Gastvorträge und Lehraufträge, Gutachten, medizinische Untersuchungen und sonstige Fremdleistungen, z. B. Erstellung diverser Broschüren).

Der größte Posten in dieser Position ergibt sich aus den Kosten für sonstige Fremdleistungen.

Zu Pos. 6:

Der Planwert 2009 hat sich insbesondere durch den veränderten Ressortzuschnitt erhöht, gleichzeitig aber gegenüber dem Ist-Wert 2007 ohne Berücksichtigung der Umressortierung verringert, da im Jahr 2007 eine Einmalzahlung an Beamte und Tarifpersonal gewährt wurde.

Zu VKR 639:
Hier werden hauptsächlich Entschädigungen/ Unterrichtsvergütungen für Prüf- und Lehrtätigkeiten im Rahmen der nebenamtlichen Ausbildung geplant.

W i r t s c h a f t s p l a n

Zu VKR 640 - 649:
Der veränderte Wert im Plan-Jahr 2009 gegenüber dem Ist-Jahr 2007 resultiert aus der Neuorganisation der Versorgungsverpflichtungen (einschließlich Beihilfe) ab dem Jahr 2008 an zentraler Stelle in der Vorsorgekasse. Die bisher vom HMdF/ Fachlichen HCC (F-HCC) personenbezogen ermittelten Werte für Pensions- und Beihilferückstellungen werden durch eine Vorsorgeprämie, die durch die Vorsorgekasse laufbahngruppenspezifisch jährlich neu ermittelt wird, abgelöst.

Kalkulationsbestandteile dieser Vorsorgeprämie sind:
- die fiktive Nettoprämie für die Pensionsverpflichtungen
- die fiktive Nettoprämie für die Beihilfeverpflichtungen
- Beihilfeaufwendungen für Aktive
- die zentralen Verwaltungskosten

Die Prämie beträgt:

- für Beamte des höheren Dienstes:	11.200,00 EUR
- für Beamte des gehobenen Dienstes:	9.000,00 EUR
- für Beamte des mittleren und einfachen Dienstes:	8.800,00 EUR

Zu VKR 652, 655, 659:
Unter anderem werden hier Aufwendungen für Arbeitssicherheit, Arztkosten und Dienstjubiläen gebucht.

Zu Pos. 8:
Zu VKR 650 - 651, 653 - 654, 656, 658:
In dieser Position sind unter anderem folgende Positionen enthalten:

Unfallkasse Hessen:	16.200,00 EUR
Leistungsverrechnung für Referendarausbildung:	33.500.000,00 EUR
Aufwendungen für Aus-, Fort- und Weiterbildung:	315.700,00 EUR
Fahrt- und Umzugskosten:	82.800,00 EUR
Tage- und Übernachtungsgeld für Aus-, Fort- und Weiterbildung (u.a. für die Hessische Justizakademie):	131.600,00 EUR
Fahrt - und Flugkosten i.R.v. Aus-, Fort- und Weiterbildung (u.a. für die Hessische Justizakademie):	18.900,00 EUR
sonstige Aufwendungen Aus-, Fort- und Weiterbildung (u.a. für die Hessische Justizakademie):	534.700,00 EUR

Die Differenz zum Ist-Wert 2007 ergibt sich u.a. daraus, dass das HMdJ für das Jahr 2007 noch keinen Produkthaushalt aufgestellt hat und die Aufwendungen aus zwischenbehördlichen Leistungen somit erst ab dem Jahr 2008 vollständig abgebildet werden.

Zu VKR 670 - 679:
Die Erhöhung des Plan-Wertes 2009 im Vergleich zum Ist-Wert 2007 ist unter anderem mit einer Erhöhung des Dienstleistungsentgeltes an die Hessische Bezügestelle und einer Erhöhung der Zahlungen an das Hessische Immobilienmanagement für Miete, Nebenkosten und Dienstleistungsentgelte zu erklären.
In dieser Position sind unter anderen folgende Werte eingeplant:
a) Entgelte an zentrale Dienstleister:

Hessisches Immobilienmanagement:	1.989.900,00 EUR
davon Mietkosten:	1.045.200,00 EUR
davon Mietnebenkosten:	944.700,00 EUR
Hessisches Competence Center für Neue Verwaltungssteuerung:	382.600,00 EUR
Hessische Zentrale für Datenverarbeitung:	261.000,00 EUR
Hessische Bezügestelle:	35.000,00 EUR

W i r t s c h a f t s p l a n

In den Beträgen für das Hessische Competence Center, für die Hessische Zentrale für Datenverarbeitung und für die Hessische Bezügestelle sind die durch die Umressortierung entstandenen Mehraufwendungen nicht enthalten.

b) Aufwendungen für Leasing und Mieten	
Mieten Fahrzeuge:	56.500,00 EUR
Mieten Fotokopierer:	54.000,00 EUR
Leasing EDV:	32.800,00 EUR
c) Softwarelizenzen:	48.700,00 EUR
d) Sonstige Dienste (u.a. Übersetzungskosten):	236.900,00 EUR
e) IT-Dienstleistungen:	2.106.700,00 EUR
f) ZBLV-Kosten für abgeordnetes Personal:	2.660.000,00 EUR
g) Kosten für die Prüfung der Teilkonzernbilanz:	180.000,00 EUR
h) Projekt "OnlineRechtsinformationssystem":	79.500,00 EUR
i) Dienstleistungsvereinbarung Hess. Staatskanzlei	600.000,00 EUR
j) ZBLV-Kosten für Verwaltungsleistungen Regierungspräsidium Darmstadt	60.200,00 EUR

Zu VKR 680 - 689:
Unter die Position Aufwendungen für Kommunikation, Dokumentation, Information, Reisen und Werbung fallen unter anderem die Aufwendungen für Fachzeitschriften und Fachliteratur, Reise- und Telefonkosten, Portokosten und Kosten für Öffentlichkeitsarbeit.
Ferner sind hier Aufwendungen zur Durchführung überregionaler und regionaler Konferenzen, Klausurtagungen und sonstiger Veranstaltungen enthalten.

Der Planbetrag für das Jahr 2009 ist gegenüber dem Haushaltsjahr 2008 durch den geänderten Ressortzuschnitt erhöht.

Weiter enthalten sind 16.000 Euro zur Verfügung des Ministers für außergewöhnlichen Aufwand aus dienstlicher Veranlassung in besonderen Fällen. Die Aufwendungen sind im Einzelnen zu belegen. Eine pauschale Auszahlung ist nicht zulässig. Außerdem sind Aufwendungen in Höhe von 20.000 Euro vorgesehen für dienstlich veranlasste, sachangemessene Bewirtungen, insbesondere anlässlich der Einweihung von Dienstgebäuden, dem Wechsel von Führungspersonal oder im Rahmen von Sitzungen und Tagungen.

Die Ansätze sind verbindlich.

Zu VKR 690-696, 699:
Enthält unter anderem den Beitrag zur Kfz-Selbstversicherung in Höhe von 2.200 EUR.

Ferner sind hier Beiträge zu Verbänden und Vereinen in Höhe von 13.900 EUR enthalten. Im IST-2007 ist hierfür ein wesentlich höherer Betrag entstanden. Dies ist darauf zurückzuführen, dass im Jahr 2007 die Aufwendungen des Täter-Opfer-Ausgleichs zu dieser Position des Erfolgsplans gebucht wurden, während der Täter-Opfer-Ausgleich ab dem Jahr 2008 in den Förderbuchungskreis verschoben wurde und dementsprechend beim Ministerium keine Aufwendungen mehr geplant werden mussten.

Zu VKR 700 - 709:
Aufwendungen für die KFZ-Steuer

W i r t s c h a f t s p l a n

Zu Pos. 9:
Zu VKR 540-543, 545-549:
Bei den im Ist-Jahr 2007 erfassten Beträgen handelt es sich um Zuweisungen von öffentlichen Trägern für die Neueinstellung von Schwerbehinderten sowie um Zuweisungen der Bundesagentur für Arbeit für die Beschäftigung von Arbeitslosen im Rahmen der Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung nach §§ 91 ff. Arbeitsförderungsgesetz.
Hierunter fallen u.a. 10.000,00 EUR aus Erstattung aus der Europäischen Union und 16.000,00 EUR aus sonstigen Erstattungen aus dem Inland.

Zu Pos. 11:
Zu VKR 710-717, 719:
Hier ist der Beitrag des Landes Hessens an der Deutschen Richterakademie in Wustrau und in Trier geplant.

Zu Pos. 14:
Zu VKR 570-579:
Hier werden Säumniszuschläge, Mahngebühren und Mahnzinsen veranschlagt.

Zu Pos. 17:
Zu VKR 590-599:
Bei dem Planbetrag sowie dem Ist-Wert 2007 handelt es sich um Erträge aus der Inanspruchnahme der kameralen Rücklage.

Zu Pos. 18:
Zu VKR 665, 668-669, 697-698, 730-739, 790-799:
Bei dem Planbetrag sowie dem Ist-Wert 2007 handelt es sich um Aufwand für die Inanspruchnahme der kameralen Rücklage.

Kapitel 05 01 / Buchungskreisnummer 2400
Ministerium

W i r t s c h a f t s p l a n

F i n a n z p l a n

VKR	Bezeichnung	Soll 2009 EUR	Soll 2008 EUR	Ist 2007 EUR
Mittelverwendung				
Investitionen in immaterielle Werte, Geschäftsbetrieb		**15.000**	**238.000**	**-15.139**
000-049	Ausstehende Einlagen, immaterielle Wirtschaftsgüter	15.000	238.000	-15.139
Investitionen in Grundstücke, Gebäude, Infrastruktur		**–**	**–**	**526**
050-069, 091, 096	Grundstücke, Gebäude, Infrastruktur, Anzahlungen auf Infrastruktur, Infrastruktur im Bau	–	–	526
Investitionen in Anlagen, Maschinen, BGA		**385.100**	**165.200**	**4.535**
070-089, 090, 095	Anlagen, Maschinen, BGA einschließlich Anzahlungen und Anlagen im Bau	385.100	165.200	4.535
Investitionen in Finanzanlagen		**–**	**–**	**–**
100-169	Beteiligungen, Ausleihungen, Wertpapiere	–	–	–
Mittelverwendung zusammen		**400.100**	**403.200**	**-10.078**
Mittelherkunft				
Eigenfinanzierung				
360-362	Sonderposten aus bedingt rückzahlbaren Investitionszuweisungen/ -zuschüssen von Gebietskörperschaften	–	–	–
365-367	Sonderposten aus nicht rückzahlbaren Investitionszuweisungen/ -zuschüssen von Gebietskörperschaften	–	–	–
Fremdfinanzierung				
430	Verbindlichkeiten aus Zuweisungen und Zuschüssen (originäre Leistungen und durchlaufende Mittel) und Investitionszuschüssen gegenüber Gebietskörperschaften	–	–	–
431	Verbindlichkeiten aus Zuweisungen und Zuschüssen (originäre Leistungen und durchlaufende Mittel) und Investitionszuschüssen gegenüber dem sonstigen öffentlichen Bereich	–	–	–
432	Verbindlichkeiten aus Zuweisungen und Zuschüssen (originäre Leistungen und durchlaufende Mittel) und Investitionszuschüssen gegenüber dem nicht öffentlichen Bereich	–	–	–
435	Zugang Verbindlichkeiten aus Zuweisungen und Zuschüssen und Investitionszuschüssen gegenüber Gebietskörperschaften	400.100	403.200	–
436	Verbindlichkeiten aus rückzahlbaren Zuweisungen und Zuschüssen (originäre Leistungen und durchlaufende Mittel) und Investitionszuschüssen gegenüber dem sonstigen öffentlichen Bereich	–	–	–
437	Verbindlichkeiten aus rückzahlbaren Zuweisungen und Zuschüssen (originäre Leistungen und durchlaufende Mittel) und Investitionszuschüssen gegenüber dem nicht öffentlichen Bereich	–	–	–
Deckungsmittel zusammen		**400.100**	**403.200**	**–**

W i r t s c h a f t s p l a n

E r l ä u t e r u n g e n F i n a n z p l a n

Erläuterungen zu Einzelpositionen

Zu VKR 070 - 089, 090, 095:

Davon 214.400 Euro für Büromöbel und sonstige Büro- und Geschäftsausstattung, 58.700 Euro für geringwertige Betriebs- und Geschäftsausstattung und 127.000 Euro für Software, PCs und Zubehör.

Kapitel 05 01 / Buchungskreisnummer 2400
Ministerium

W i r t s c h a f t s p l a n

Ü b e r l e i t u n g s r e c h n u n g

	Bezeichnung	Soll 2009 EUR	Soll 2008 EUR
+	Produktabgeltung lt. Leistungsplan	64.083.400	60.468.100
–	Entnahme aus kameraler Rücklage	1.720.000	–
+	Investitionen lt. Finanzplan	400.100	403.200
–	Abschreibungen	195.500	377.500
+	Zuschuss für nicht realisierbare ZBLV-Erlöse	–	–
–	Zuführungen zu Rückstellungen / Rückstellungen für Altersteilzeit	998.800	201.400
+	Auflösung der Pensionsrückstellung / Rückstellungen für Altersteilzeit	–	–
–	Verbindlichkeiten gegenüber Sozialversicherungsträgern	–	–
+/–	Neutrales Ergebnis	–	–
	Kameraler Zuschuss (+) / Überschuss (-)	61.569.200	60.292.400

Kapitel Titel / Funkt.-Kennziffer	ZWECKBESTIMMUNG ERLÄUTERUNGEN	Ansatz 2009 EUR	Ansatz 2008 EUR	IST 2007 EUR

05 01 Ministerium

1. Die Titel der Hauptgruppen 4 bis 6 und 9 sind mit Ausnahme des Titels 529 gegenseitig deckungsfähig und einseitig deckungsfähig zu Gunsten der Hauptgruppe 8. Die Titel der Hauptgruppe 8 sind gegenseitig deckungsfähig.
2. Mindereinnahmen reduzieren, Mehreinnahmen erhöhen die Ausgabeermächtigung deckungsfähiger Ansätze im Sinne der Nr. 1.
3. Außerhalb der laufenden Geschäfte anfallende Mehreinnahmen dürfen nur mit Zustimmung des Ministeriums der Finanzen verwendet werden.
4. Stellenpläne und -übersichten bleiben verbindlich. Vorübergehende qualitative Abweichungen von den Stellenübersichten für Angestellte und Arbeiter sind ohne tarifliche Bindungswirkung zulässig; über die Änderung der Stellenübersichten wird im nächsten Haushaltsplan entschieden.
5. Zu Titel 531: Die von der Justizverwaltung herausgegebenen amtlichen Druckwerke dürfen ohne Entgelt an andere Dienststellen abgegeben werden.
6. Zu Titel 681: Aus den Mitteln des Titels 681 können auch Entschädigungen aus Billigkeitsgründen gewährt werden.
7. Zu Titel 715: Der Minister der Justiz, für Integration und Europa wird ermächtigt, im Zusammenhang mit der geplanten Neuunterbringung der Landesvertretung in Brüssel Vorarbeitskosten zu Lasten des Kap. 18 39 zu leisten.

E I N N A H M E N

Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dergleichen (Eigene Einnahmen)

111	011	Gebühren, sonstige Entgelte	72 700	21 100	8 738
119	011	Sonstige Verwaltungseinnahmen Bei Warenautomaten, die an Orten aufgestellt sind, die ausschließlich Bediensteten zugänglich sind oder in aller Regel nur von Bediensteten aufgesucht werden, darf der Teil der Vergütung für das Gestatten der Aufstellung von Warenautomaten, der über die Kostendeckung für die benötigten Wand- und Bodenflächen sowie für den Stromverbrauch bei elektrisch betriebenen Automaten hinausgeht, für Zwecke der Betriebsgemeinschaften verwendet werden. Der Betrag ist durch Absetzen von den Einnahmen an den Personalrat zu verausgaben.	41 500	93 100	169 964
124	011	Mieten und Pachten	181 500	—	—
132	011	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen	—	—	—

Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen (Übertragungseinnahmen)

231	011	Sonstige Zuweisungen vom Bund	—	—	—
235	011	Sonstige Zuweisungen von Sozialversicherungsträgern sowie von der Bundesagentur für Arbeit	—	—	54 098
n e u 261	052	**Schuldendiensthilfen und Erstattungen von Verwaltungsausgaben aus dem Inland**	—	—	—
n e u 271	011	**Erstattungen von der EU**	10 000	—	—
n e u 281	052	**Sonstige Erstattungen aus dem Inland**	16 000	—	4 900
n e u 282	011	**Sonstige Zuschüsse aus dem Inland**	50 000	—	—

Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen; besondere Finanzierungseinnahmen (Vermögenswirksame und besondere Finanzierungseinnahmen)

Kapitel Titel	Funkt.-Kennziffer	ZWECKBESTIMMUNG ERLÄUTERUNGEN	Ansatz 2009 EUR	Ansatz 2008 EUR	IST 2007 EUR
359	951	Sonstige Entnahmen	1 720 000	—	—
381	991	Verrechnungen zwischen Kapiteln	35 600	—	—
389	991	Sonstige Verrechnungen	176 700	328 600	53 259
		Gesamteinnahmen Kapitel 05 01	2 304 000	442 800	290 959

Kapitel Titel / Funkt.-Kennziffer		ZWECKBESTIMMUNG ERLÄUTERUNGEN	Ansatz 2009 EUR	Ansatz 2008 EUR	IST 2007 EUR
		AUSGABEN			
		Personalausgaben			
412	011	Aufwendungen für ehrenamtlich Tätige	—	—	4 020
421	011	Bezüge des Ministerpräsidenten, der Ministerinnen und Minister Erhält eine Dienstaufwandsentschädigung von jährlich 2.147 EUR.	139 400	136 200	132 922
422	011	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter	9 049 200	6 117 000	5 176 356
425	011	Vergütungen der Angestellten	4 352 500	4 280 000	3 122 184
426	011	Löhne der Arbeiterinnen und Arbeiter	395 500	497 100	397 561
427	011	Beschäftigungsentgelte, Aufwendungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige	1 108 600	855 400	1 253 316
neu 429	011	**Nicht aufteilbare Personalausgaben**	2 300	—	—
neu 443	011	**Fürsorgeleistungen und Unterstützungen**	—	—	—
453	011	Trennungsgeld, Umzugskostenvergütungen	95 700	50 000	76 621
		Sächliche Verwaltungsausgaben, Ausgaben für den Schuldendienst			
511	011	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	547 700	583 900	748 220
514	011	Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dgl.	117 200	57 700	48 811
517	011	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	947 800	773 900	1 337 889
518	011	Mieten und Pachten	1 730 700	988 700	759 036
519	011	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	42 200	—	70 537
525	011	Aus- und Fortbildung	835 000	680 000	108 426
526	011	Sachverständige, Gerichts- und ähnliche Kosten	20 100	81 800	319 250
527	011	Dienstreisen	276 700	131 500	123 096
529	011	Verfügungsmittel	36 000	16 500	16 045
531	011	Ausgaben für Veröffentlichungen, Dokumentation und Öffentlichkeitsarbeit	260 900	120 000	123 514
537	011	Beförderungskosten	600	—	—
538	011	Sonstige Dienstleistungen und Gestattungen	3 029 600	488 200	410 966
545	011	Aufwendungen des Landtags und der Landesregierung aus dienstlicher Veranlassung	381 900	68 300	46 304

Kapitel Titel / Funkt.-Kennziffer		ZWECKBESTIMMUNG ERLÄUTERUNGEN	Ansatz 2009 EUR	Ansatz 2008 EUR	IST 2007 EUR
546	011	Vermischter Sachaufwand	1 600	—	513
		Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen (Übertragungsausgaben)			
632	011	Sonstige Zuweisungen und Erstattungen an Länder	124 400	124 400	118 023
681	011	Renten, Unterstützungen und sonstige Geldleistungen an natürliche Personen	—	—	386
685	011	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen	13 900	10 900	235 818
		Baumaßnahmen			
n e u 715	011	**Hochbaumaßnahmen**	—	—	—
		Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen (Sonstige Investitionsausgaben)			
812	011	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	355 000	286 000	142 700

Verpflichtungsermächtigung

Haushaltsjahr	EUR
2010	50 000
2011	50 000
2012	50 000
2013ff	—
Gesamtverpflichtung	150 000

		Besondere Finanzierungsausgaben			
919	951	Sonstige Zuführungen	—	—	—

Erläuterungen:

Der Bestand der Rücklage (einschl. Personalausgabenrücklage im Einzelplan 05) zum 31.12.2007 beträgt 2.530.576 EUR.

981	991	Verrechnungen zwischen Kapiteln	1 105 800	5 228 900	209 364
989	991	Sonstige Verrechnungen	38 902 900	39 158 800	3 586 608
		Weggefallene Titel			
459 00	011	Sonstige personalbezogene Ausgaben	—	—	—
542 00	011	Steuern und Abgaben	—	—	—
544 00	011	Rückzahlungen vereinnahmter Beträge nach Schluss des Haushaltsjahres	—	—	—
711 00	011	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	—	—	—
811 00	011	Erwerb von Fahrzeugen	—	—	—

Kapitel Titel / Funkt.-Kennziffer	ZWECKBESTIMMUNG ERLÄUTERUNGEN	Ansatz 2009 EUR	Ansatz 2008 EUR	IST 2007 EUR
972 00 989	Globale Minderausgaben	—	—	—
	Gesamtausgaben Kapitel 05 01	63 873 200	60 735 200	18 568 485

Abschluss Kapitel 05 01

0	Steuern und steuerähnliche Abgaben	—	—	—
1	Eigene Einnahmen	295 700	114 200	178 703
2	Übertragungseinnahmen	76 000	—	58 998
3	Vermögenswirksame und besondere Finanzierungseinnahmen	1 932 300	328 600	53 259
Gesamteinnahmen		2 304 000	442 800	290 959
4	Personalausgaben	15 143 200	11 935 700	10 162 979
5	Sächliche Verwaltungsausgaben	8 228 000	3 990 500	4 112 608
	Ausgaben für den Schuldendienst	—	—	—
6	Übertragungsausgaben	138 300	135 300	354 226
7	Baumaßnahmen	—	—	—
8	Sonstige Investitionsausgaben	355 000	286 000	142 700
9	Besondere Finanzierungsausgaben	40 008 700	44 387 700	3 795 972
Gesamtausgaben		63 873 200	60 735 200	18 568 485
Zuschuss/Überschuss		-61 569 200	-60 292 400	-18 277 526

W i r t s c h a f t s p l a n (Fördermittelbuchungskreis)

Allgemeine Bewilligungen

A. Vorbemerkungen

Bei Kapitel 05 02 sind Förderungen für die Zentralstelle für Kriegsverbrechen in Ludwigsburg, für die Opferhilfe, zur Unterstützung der ehrenamtlichen Bewährungshilfe, für die Kriminologische Zentralstelle in Wiesbaden, für die Kindertagesstätten für Justizbedienstete in Frankfurt am Main und Limburg an der Lahn, für die Qualifizierung von Strafgefangenen und für die Haftvermeidung und Haftentlassenenhilfe veranschlagt.

Ferner sind Förderungen im Bereich der Europaangelegenheiten und der Integrationsmaßnahmen (u.a. Auszeichnung für beispielgebende Integrationsleistung, Förderung der Geschäftsstelle der Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte Hessen) veranschlagt.

Der bisherige Förderbuchungskreis 2499 wurde zum Haushalt 2009 auf Grund einer landesweiten Reorganisation des Förderbereichs in den neuen Fördermittelbuchungskreis 2495 übernommen. Die fachlichen Inhalte bleiben von dieser Reorganisation unberührt. Mit der Reorganisation geht unter anderem eine veränderte Darstellung in den Produktblättern einher.

Durch die für den Haushaltsplan 2009 erfolgte Umressortierung im Bereich der Europaabteilung, welche früher dem Einzelplan 02 (Hessischer Ministerpräsident) zugeordnet war, wurde im Kapitel 05 02 das Produkt "Förderungen Europa- und internationale Angelegenheiten" mit einem Fördervolumen in Höhe von 166.000,- € ausgebracht.
Durch die Umressortierung im Bereich der Integrationsförderungen, welche früher im EP 07 (Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung) und im EP 08 (Hessisches Ministerium für Arbeit, Familie und Gesundheit) veranschlagt waren, wurden im Kapitel 05 02 die Produkte "Förderung von Integrationsmaßnahmen" mit einem Ansatz in Höhe von 1.145.000,- € und "Förderung der Geschäftsstelle der Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte Hessen" mit einem Ansatz in Höhe von 357.000,- € aufgenommen.

Im Produkt "Förderung von Integrationsmaßnahmen" sind u.a. Mittel für die Vergabe des Hessischen Integrationspreises in Höhe von 20.000,- € und Förderungen zur Unterstützung der Gewinnung und Betreuung von ausländischen Führungskräften in Höhe von 40.000,- € enthalten. Der Großteil des Fördervolumens stellen Förderungen im Bereich Sprachförderungen zum Erwerb der deutschen Sprache bzw. zur Verbesserung der Deutschkenntnisse bei Personen mit Migrationshintergrund sowie innovative Integrationsmaßnahmen zur Stärkung der Eigeninitiative bei der Mitwirkung am Integrationsprozess dar. Hierfür sind 1.085.000,- € veranschlagt.

Die Produktkosten des Produktes "Opferhilfe" erhöhen sich im Haushaltsjahr 2009 u.a. durch die Erweiterung der Fördermaßnahme Opferhilfe um 30.000 €. Die zusätzlichen Mittel dienen der nachhaltigen Stärkung des Opferschutzes und der Opferhilfe. Den Opfern von Straftaten wird im Fall der Unmöglichkeit der Entschädigung durch den Straftäter über einen erweiterten Hessischen Opferfonds die Möglichkeit eröffnet, auf unbürokratischem Weg materielle Entschädigungen zu erhalten.

Das Produkt "Ehrenamtliche Bewährungshilfe" wird um die Förderung einer ehrenamtlichen Jugendbewährungshilfe ergänzt. Die zusätzlichen Zuwendungsmittel in Höhe von 43.000 € werden eingesetzt, um die Betreuung Jugendlicher nach ca. 2 Jahren erfolgreicher Bewährungszeit durch ehrenamtliche Bewährungshelfer nach § 24 Abs. 1 Satz 2 JGG weiterführen zu lassen.

Außerdem sind unter diesem Produkt Zuwendungsmittel für Jugendrechtshäuser in Höhe von 40.000 € veranschlagt. Das in Marburg gegründete erste und bisher einzige Jugendrechtshaus in Hessen hat sehr erfolgreich seine Arbeit aufgenommen. Die veranschlagten Zuwendungsmittel erlauben, die Arbeit des Jugendrechtshauses in Marburg dauerhaft zu fördern und die Entstehung weiterer Projekte dieser Art zu forcieren.

Auch das Produkt "Haftvermeidung und Haftentlassenenhilfe" wird erweitert. Zusätzliche Mittel in Höhe von 200.000 € sind für eine therapeutische Betreuung der Probanden im Rahmen des Projektes "Sicherheitsmanagement" eingeplant. Die therapeutische Begleitung soll durch einen freien Träger organisiert werden. Dessen Aufgabe wird es sein, in den Landgerichtsbezirken eine Infrastruktur aufzubauen, wie sie in Kassel bereits besteht. Insbesondere sind mit Psychotherapeuten Leistungsvereinbarungen abzuschließen.
Weitere 20.000 € werden für weitere Projekte im Rahmen der Vermittlung gemeinnütziger Arbeit zur Verfügung gestellt.

Bei der Planung des Produkthaushaltes 2009 wurden die Änderungen in der Ressortzuständigkeit berücksichtigt, die sich auf Grund der Regierungsneubildung ergeben haben. Im Buchungskreis musste eine nicht dv-gestützte kostenrechnerische Planung erfolgen, da die Anpassung der Strukturen im DV-System technisch bis zur Beschlussfassung über den Haushaltsplan nicht umsetzbar war.
Die Anpassung der Strukturen wird derzeit aufbereitet und umgesetzt und ist dann Grundlage des Haushaltsvollzugs. Dies kann zu Plan-Ist Abweichungen führen.

B. Bewirtschaftungsvermerke

Allgemein

Die Bewirtschaftung richtet sich insbesondere nach den §§ 7a, 70 - 72 und 75 - 80 LHO und den dazu ergangenen Verwaltungsvorschriften.

Leistungsplan

Hinsichtlich der im Leistungsplan ausgewiesenen Produkte ist Nr. 6.5 der VV zu § 7a LHO zu beachten, soweit förderproduktbezogene Regelungen bzw. Bewirtschaftungsvermerke nichts anderes bestimmen.

In der Einführungsphase des Produkthaushaltes können Abweichungen bei Überschreitungen / Unterschreitungen von Mengen mit Zustimmung des Ministeriums der Finanzen erfolgen.

Die in den Produktblättern aufgeführten Kennzahlen bzw. Kennzahlendefinitionen sind noch nicht verbindlich. Zu den Produkten wurden auf Basis des Leitfadens zur Erstellung einer Balanced Scorecard für Produkte konkrete Kennzahlen erarbeitet. Die festgelegten Vorgaben und Kennzahlen sollen nach Möglichkeit erreicht werden.

Auf die Ausprägung von Kennzahlen für das Produkt Nr. 1 wurde verzichtet, da unter diesem Produkt lediglich die Verwaltungskostenerstattung für die Zentralstelle der Landesjustizverwaltungen zur Aufklärung nationalsozialistischer Verbrechen in Ludwigsburg dargestellt wird.

Erfolgsplan

-

Kapitel 05 02 / Buchungskreisnummer 2495
Allgemeine Bewilligungen

W i r t s c h a f t s p l a n (Fördermittelbuchungskreis)

L e i s t u n g s p l a n

- Beträge in 1.000 EUR -

Nr	neu / weg-gef.	Produkte / Leistungen	Soll 2009				
			Menge	Gesamt-kosten	Eigene Erlöse	Produkt-abgeltung	Ergebnis
1		Zentralstelle für Kriegsverbrechen in Ludwigsburg	1	69,8	–	69,8	–
2		Opferhilfe	16	964,9	–	964,9	–
3		Ehrenamtliche Bewährungshilfe	2	126,0	–	126,0	–
4		Kriminologische Zentralstelle	1	607,3	584,8	22,5	–
5		Kindertagesstätten für Justizbedienstete in Frankfurt und Limburg	2	170,0	–	170,0	–
6		Berufliche Qualifizierung von Gefangenen	3	1.643,0	328,0	1.315,0	–
7		Haftvermeidung und Haftentlassenenhilfe	4	662,1	–	662,1	–
8	neu	Förderung Europa- und internationale Angelegenheiten	1	166,0	–	166,0	–
9	neu	Förderung von Integrationsmaßnahmen	1	1.145,0	–	1.145,0	–
10	neu	Förderung der Geschäftsstelle der Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte Hessen	1	357,0	–	357,0	–
11	neu	Modellregionen Integration	5	50,0	–	50,0	–
		Summe		**5.961,1**	**912,8**	**5.048,3**	**–**

Kapitel 05 02 / Buchungskreisnummer 2495
Allgemeine Bewilligungen

W i r t s c h a f t s p l a n (Fördermittelbuchungskreis)

L e i s t u n g s p l a n

- Beträge in 1.000 EUR -

Soll 2008					Ist 2007				
Menge	Gesamt-kosten	Eigene Erlöse	Produkt-abgeltung	Ergebnis	Menge	Gesamt-kosten	Eigene Erlöse	Produkt-abgeltung	Ergebnis
1	69,8	–	69,8	–	1	53,4	–	62,8	9,4
16	934,9	–	934,9	–	7	533,9	–	595,6	61,7
1	43,0	–	43,0	–	1	43,0	–	38,7	-4,3
1	639,3	615,6	23,7	–	1	656,0	622,6	22,5	-10,9
2	170,0	–	170,0	–	2	170,0	–	153,0	-17,0
3	1.643,0	328,0	1.315,0	–	2	1.448,5	497,1	1.174,2	222,8
4	442,1	–	442,1	–	4	415,1	–	397,8	-17,3
–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
	3.942,1	**943,6**	**2.998,5**	**–**		**3.319,9**	**1.119,7**	**2.444,6**	**244,4**

W i r t s c h a f t s p l a n (Fördermittelbuchungskreis)

L e i s t u n g s p l a n - E r l ä u t e r u n g - F ö r d e r p r o d u k t b l a t t

Erläuterungen zu Förderprodukt Nr. 1:
Zentralstelle für Kriegsverbrechen in Ludwigsburg

1. Verantwortliche fachliche und operative Verwaltungseinheit

Hessisches Ministerium der Justiz, für Integration und Europa

2. Rechtsgrundlage oder sonstige Grundlage

Ländervereinbarung, Haushaltsgesetz

3. Förderprodukt- und Leistungsbeschreibung

3.1 Beschreibung des Förderprodukts

Die Zentralstelle soll durch Sammlung und Auswertung noch auffindbarer Materialien die Verfolgung von Verbrechen vorbereiten, die im Zusammenhang mit den Kriegsereignissen an Zivilpersonen außerhalb eigentlicher Kriegshandlungen, insbesondere durch sogenannte Einsatzkommandos und auch außerhalb des Bundesgebietes in Konzentrationslagern und ähnlichen Einrichtungen begangen wurden.

Auf die Ausprägung von Kennzahlen für das Produkt Nr. 1 wurde verzichtet, da unter diesem Produkt lediglich die Verwaltungskostenerstattung für die Zentralstelle der Landesjustizverwaltungen zur Aufklärung nationalsozialistischer Verbrechen in Ludwigsburg dargestellt wird.

3.2 Leistungen zum Förderprodukt

Zentralstelle Kriegsverbrechen

4. Bezug zu politischen Zielen

Effektive Rechtsschutzgewährung sowie effiziente Justiz- und Gerichtsverwaltung auf hohem Qualitätsniveau garantieren und effektive Strafverfolgung sowie Rechtssicherheit gewährleisten.

5. Empfänger

Zentralstelle für Kriegsverbrechen in Ludwigsburg

6. Zählgröße / Mengen im Haushaltsjahr

Zählgröße	Soll 2009	Soll 2008	Ist 2007
Zuwendungsbescheide	1	1	1

Kapitel 05 02 / Buchungskreisnummer 2495
Allgemeine Bewilligungen

W i r t s c h a f t s p l a n (Fördermittelbuchungskreis)

L e i s t u n g s p l a n - E r l ä u t e r u n g - F ö r d e r p r o d u k t b l a t t

7. Bewilligungsvolumen / Verpflichtungsermächtigungen

I. Haushalt 2009 (in EUR)

	Neues Bewilligungsvolumen [1]	2009	VE 2010	VE 2011	VE 2012	VE 2013 ff
Gesamt	**69.800**	**69.800**	**–**	**–**	**–**	**–**
davon						
Landesmittel	69.800	69.800	–	–	–	–
Sonstige Erträge	–	–	–	–	–	–
Erträge aus Mitteln der EU	–	–	–	–	–	–
Erträge aus Mitteln des Bundes	–	–	–	–	–	–
Erträge aus Mitteln anderer Geber	–	–	–	–	–	–

II. Haushalt 2008 und Ist 2007 (in EUR)

	Bewilligungsvolumen [1] HH 2008	**Bewilligungsvolumen [1] Ist 2007**
Gesamt	**69.800**	**53.424**
davon		
Landesmittel (Neubewilligung) [2]	69.800	53.424
Erträge gesamt	–	–

[1] siehe Leistungs- und Erfolgsplan
[2] Produktabgeltung

8. Produktspezifische Regelungen; Bewirtschaftungsvermerke

Mehrerlöse können zu einer Verstärkung des entsprechenden Förderproduktes verwandt werden.

9. Liquidität

	Soll 2009 EUR	**Soll 2008** EUR	**Ist 2007** EUR
Landesmittel (Abfinanzierung)	–	–	62.801
Landesmittel (Neubewilligung)	69.800	69.800	
Einnahmen (Abfinanzierung)	–	–	–
Einnahmen (Neubewilligung)	–	–	
Gesamt	**69.800**	**69.800**	**62.801**

Der Finanzbedarf wird von den Bundesländern getragen. Der auf die Finanzierung der Bundesländer entfallene Anteil bemisst sich nach der Bevölkerungszahl.

10. Förderproduktspezifische Kennzahlen / Qualitätskennzahlen

10.1 Kennzahlen zur Leistungswirkung (Effektivität der Leistungen)

10.2 Kennzahlen zur Finanzwirtschaft (Effizienz der Leistungen)

W i r t s c h a f t s p l a n (Fördermittelbuchungskreis)

L e i s t u n g s p l a n - E r l ä u t e r u n g - F ö r d e r p r o d u k t b l a t t

10.3 Kennzahlen zu quantitativen und qualitativen Leistungsmerkmalen

10.4 Kennzahlen zur Prozessqualität

10.5 Kennzahlen zur Kundenperspektive

11. Laufzeit bzw. Befristung

Unbefristet.

W i r t s c h a f t s p l a n (Fördermittelbuchungskreis)

L e i s t u n g s p l a n - E r l ä u t e r u n g - F ö r d e r p r o d u k t b l a t t

<u>Erläuterungen zu Förderprodukt Nr. 2:</u>
Opferhilfe

1. Verantwortliche fachliche und operative Verwaltungseinheit

Hessisches Ministerium der Justiz, für Integration und Europa

2. Rechtsgrundlage oder sonstige Grundlage

Freiwillige Leistung nach dem Haushaltsgesetz

3. Förderprodukt- und Leistungsbeschreibung

3.1 Beschreibung des Förderprodukts

a) Förderung der Opferhilfevereine:
Um den Opferschutz zu sichern und auszubauen, müssen die Opfer von Straftaten vor allem besser geschützt, betreut und beraten werden. Auch gilt es, Zeugen von Straftaten besser als bislang zu betreuen. Aus diesem Grunde wird in Darmstadt, Frankfurt am Main, Hanau, Gießen, Kassel, Limburg/Weilburg und Wiesbaden eine Beratung und Betreuung von Opfern und Zeugen einer Straftat angeboten.

b) Opferentschädigung:
Für Opfer von Straftaten, die durch Gefangene des hessischen Justizvollzuges außerhalb einer Vollzugsanstalt oder durch hessische Maßregelvollzugspatienten außerhalb einer hessischen Maßregelvollzugseinrichtung begangen werden, können in Härtefällen Entschädigungsleistungen gewährt werden. Die Opfer erhalten die Leistungen als freiwillige Soforthilfe des Staates aus Billigkeit, ohne dass ein Rechtsanspruch hierauf besteht.

Die Opferentschädigung wurde erweitert, so dass die Möglichkeit besteht, Opfer von Straftaten materielle Entschädigung zu gewähren, auch in den Fällen, in welchen der Täter nicht zu ermitteln oder ihm Vorsatz nicht nachzuweisen ist. Auch die Zahlung von Schmerzensgeld soll hierüber ermöglicht werden, da nach dem Opferentschädigungsgesetz keine Schmerzensgeldzahlungen möglich sind und Ansprüche gegen den Täter häufig wegen der Mittellosigkeit des Täters nicht verwirklicht werden können.

c) Täter-Opfer-Ausgleich:
Beim Täter-Opfer-Ausgleich soll einerseits das Interesse des Opfers an einem sachgerechten Ausgleich seiner erlittenen Schäden angemessen berücksichtigt und befriedigt werden; andererseits soll dem Täter seine ganz persönliche Verantwortung für die von ihm verursachten Schäden im besonderen Maße verdeutlicht werden. Dies soll durch eine mit Hilfe eines Vermittlers getroffene verbindliche Vereinbarung zwischen Opfer und Täter erreicht werden.

3.2 Leistungen zum Förderprodukt

a) Opferhilfe / Beratungsstellen
b) Opferhilfe / Straftaten
c) Täter-Opfer-Ausgleich / Vermittlungsstellen

4. Bezug zu politischen Zielen

Opfer von Straftaten in Hessen schützen und betreuen sowie finanziell unterstützen.

Kapitel 05 02 / Buchungskreisnummer 2495
Allgemeine Bewilligungen

W i r t s c h a f t s p l a n (Fördermittelbuchungskreis)

L e i s t u n g s p l a n - E r l ä u t e r u n g - F ö r d e r p r o d u k t b l a t t

5. Empfänger

a) Hanauer Hilfe e. V., Opferhilfe Südhessen e. V., Gießener Hilfe e. V., Kasseler Hilfe e. V., Opferhilfe Limburg-Weilburg e. V., Opferhilfe Wiesbaden e. V., Trauma- und Opferzentrum Frankfurt/Main e. V.

b) Personen, die Opfer von Straftaten durch Gefangene des hessischen Justizvollzuges außerhalb einer Vollzugsanstalt oder durch hessische Maßregelvollzugspatienten außerhalb einer hessischen Maßregelvollzugseinrichtung wurden.

c) Gießener Hilfe e. V., Hanauer Hilfe e. V., Wiesbadener Hilfe e. V., Jugendkonflikthilfe Marburg e. V., Evangelischer Regionalverband Frankfurt/Main, Diakonisches Werk Darmstadt, Opferhilfe Limburg-Weilburg e. V., Verein für Straffälligenhilfe Limburg

6. Zählgröße / Mengen im Haushaltsjahr

Zählgröße	Soll 2009	Soll 2008	Ist 2007
Zuwendungsbescheide	16	16	7

Die Anzahl der bewilligten Anträge hinsichtlich der Opferentschädigung (b.) ist nicht vorhersehbar, da diese von ggf. entstehenden Entschädigungsfällen abhängig ist.

Die Zahl der Zuwendungsbescheide im Jahr 2007 war deutlich geringer, da der Bereich des Täter-Opfer-Ausgleichs im Jahr 2007 noch im Kap. 05 01 (HMdJ) angesiedelt war. Erst ab dem Jahr 2008 wird dieser Bereich dem Produkt Nr. 2 des Kap. 05 02 zugerechnet.

7. Bewilligungsvolumen / Verpflichtungsermächtigungen

I. Haushalt 2009 (in EUR)

	Neues Bewilligungsvolumen [1]	2009	VE 2010	VE 2011	VE 2012	VE 2013 ff
Gesamt	**964.900**	**964.900**	**–**	**–**	**–**	**–**
davon						
Landesmittel	964.900	964.900	–	–	–	–
Sonstige Erträge	–	–	–	–	–	–
Erträge aus Mitteln der EU	–	–	–	–	–	–
Erträge aus Mitteln des Bundes	–	–	–	–	–	–
Erträge aus Mitteln anderer Geber	–	–	–	–	–	–

W i r t s c h a f t s p l a n (Fördermittelbuchungskreis)

L e i s t u n g s p l a n - E r l ä u t e r u n g - F ö r d e r p r o d u k t b l a t t

II. Haushalt 2008 und Ist 2007 (in EUR)

	Bewilligungs-volumen [1] HH 2008	Bewilligungs-volumen [1] Ist 2007
Gesamt	**934.900**	**533.900**
davon		
Landesmittel (Neubewilligung) [2]	934.900	533.900
Erträge gesamt	–	–

[1] siehe Leistungs- und Erfolgsplan
[2] Produktabgeltung

8. Produktspezifische Regelungen; Bewirtschaftungsvermerke

Mehrerlöse können zu einer Verstärkung des entsprechenden Förderproduktes verwandt werden.

9. Liquidität

	Soll 2009 EUR	Soll 2008 EUR	Ist 2007 EUR
Landesmittel (Abfinanzierung)	–	–	595.629
Landesmittel (Neubewilligung)	964.900	934.900	
Einnahmen (Abfinanzierung)	–	–	–
Einnahmen (Neubewilligung)	–	–	
Gesamt	**964.900**	**934.900**	**595.629**

10. Förderproduktspezifische Kennzahlen / Qualitätskennzahlen

10.1 Kennzahlen zur Leistungswirkung (Effektivität der Leistungen)

Vorgabe: Opferschutz verbessern

a) Opferhilfevereine
Anzahl Beratungskontakte
Sollwert: 5 Kontakte pro Fall
c) Täter-Opfer-Ausgleich
Anteil erfolgreiche Abschlüsse
Sollwert: 45 % pro Jahr

10.2 Kennzahlen zur Finanzwirtschaft (Effizienz der Leistungen)

Vorgabe: Finanzmittel für Opferhilfevereine/ Vermittlungsstellen sicherstellen

a) Opferhilfevereine
Fördervolumen pro Bewilligung (Vereine)
Sollwert: 87.430 Euro
c) Täter-Opfer-Ausgleich
Fördervolumen pro Bewilligung (Täter-Opfer-Ausgleich)
Sollwert: 28.087 EUR

W i r t s c h a f t s p l a n (Fördermittelbuchungskreis)

L e i s t u n g s p l a n - E r l ä u t e r u n g - F ö r d e r p r o d u k t b l a t t

Vorgabe: Verwaltungskosten optimieren

a) Opferhilfevereine
Verwaltungskosten je Betreuungsfall
Sollwert: 18,80 EUR
c) Täter-Opfer-Ausgleich
Verwaltungskosten je Fallzuweisung
Sollwert: 21,00 EUR

a), c) Opferhilfevereine/ Täter-Opfer-Ausgleich
Verwaltungskosten je 100 € Fördermittel
Sollwert: 6,77 EUR

10.3 Kennzahlen zu quantitativen und qualitativen Leistungsmerkmalen

Vorgabe: Beratungshilfe- und Vermittlungsangebote ausbauen

a) Opferhilfevereine
Anzahl betreuter Personen
Sollwert: 2.200 Personen pro Jahr

c) Täter-Opfer-Ausgleich
Anzahl der Fallzuweisungen
Sollwert: 760 Fälle pro Jahr

10.4 Kennzahlen zur Prozessqualität

Vorgabe: Schnelle und sachgerechte Hilfe für die Opfer gewährleisten

c) Täter-Opfer-Ausgleich
Anteil abgeschlossene Fälle
Sollwert: 80 %

10.5 Kennzahlen zur Kundenperspektive

Vorgabe: Zufriedenheit mit der Betreuung gewährleisten

a) Opferhilfevereine
Anzahl Beschwerden Vereine
Sollwert: 0 Beschwerden pro Jahr

c) Täter-Opfer-Ausgleich
Anzahl Beschwerden Täter-Opfer-Ausgleich
Sollwert: 0 Beschwerden pro Jahr

11. Laufzeit bzw. Befristung

Unbefristet.

Kapitel 05 02 / Buchungskreisnummer 2495
Allgemeine Bewilligungen

W i r t s c h a f t s p l a n (Fördermittelbuchungskreis)

L e i s t u n g s p l a n - E r l ä u t e r u n g - F ö r d e r p r o d u k t b l a t t

Erläuterungen zu Förderprodukt Nr. 3:
Ehrenamtliche Bewährungshilfe

1. Verantwortliche fachliche und operative Verwaltungseinheit

Hessisches Ministerium der Justiz, für Integration und Europa

2. Rechtsgrundlage oder sonstige Grundlage

Freiwillige Leistung nach Haushaltsgesetz

3. Förderprodukt- und Leistungsbeschreibung

3.1 Beschreibung des Förderprodukts

Das Programm dient der Förderung des Ehrenamts bei der Betreuung von Bewährungshilfeprobanden. Dadurch wird die hauptamtliche Bewährungshilfe bei ihrer Arbeit unterstützt und entlastet.

Ab dem Jahr 2009 wird das Produkt um die ehrenamtliche Bewährungshilfe für Jugendliche erweitert. Diese dient der Ergänzung der hauptamtlichen Bewährungshilfe für jugendliche Bewährungshilfeprobanden.
Durch die Bereitstellung dieser Mittel soll die Belastungsquote der hauptamtlichen Bewährungshilfe ausgeglichen bleiben und das Bürgerengagement in der Hilfe für gefährdete Jugendliche gefördert werden.

Ab dem Jahr 2009 wird hier die Förderung des Jugendrechtshauses in Marburg abgebildet. Das Jugendrechtshaus Marburg bietet eine Anlaufstelle für junge Menschen, welche im Rahmen regelmäßiger Sprechstunden Probleme schildern können und von den Mitarbeitern Hilfsangebote erhalten. Das Jugendrechtshaus ist im Bereich der Prävention und Fortbildung tätig.
Die erfolgreiche Arbeit des Jugendrechtshauses Marburg soll dauerhaft unterstützt und die Entstehung weiterer Projekte forciert werden.

3.2 Leistungen zum Förderprodukt

Ehrenamtliche Bewährungshilfe

4. Bezug zu politischen Zielen

Betreuung und Führung von Straftätern vor und im Rahmen der Bewährungs- und Führungsaufsicht nach der Haft sicherstellen.

5. Empfänger

- Verein zur Förderung der Bewährungshilfe in Hessen e. V., Frankfurt am Main
- Jugendrechtshaus Marburg-Biedenkopf

6. Zählgröße / Mengen im Haushaltsjahr

Zählgröße	Soll 2009	Soll 2008	Ist 2007
Zuwendungsbescheide	2	1	1

W i r t s c h a f t s p l a n (Fördermittelbuchungskreis)

L e i s t u n g s p l a n - E r l ä u t e r u n g - F ö r d e r p r o d u k t b l a t t

7. Bewilligungsvolumen / Verpflichtungsermächtigungen

I. Haushalt 2009 (in EUR)

	Neues Bewilligungsvolumen [1]	2009	VE 2010	VE 2011	VE 2012	VE 2013 ff
Gesamt	**126.000**	**126.000**	**–**	**–**	**–**	**–**
davon						
Landesmittel	126.000	126.000	–	–	–	–
Sonstige Erträge	–	–	–	–	–	–
Erträge aus Mitteln der EU	–	–	–	–	–	–
Erträge aus Mitteln des Bundes	–	–	–	–	–	–
Erträge aus Mitteln anderer Geber	–	–	–	–	–	–

II. Haushalt 2008 und Ist 2007 (in EUR)

	Bewilligungsvolumen [1] HH 2008	**Bewilligungsvolumen [1] Ist 2007**
Gesamt	**43.000**	**43.000**
davon		
Landesmittel (Neubewilligung) [2]	43.000	43.000
Erträge gesamt	–	–

[1] siehe Leistungs- und Erfolgsplan
[2] Produktabgeltung

8. Produktspezifische Regelungen; Bewirtschaftungsvermerke

Mehrerlöse können zu einer Verstärkung des entsprechenden Förderproduktes verwandt werden.

9. Liquidität

	Soll 2009 EUR	**Soll 2008** EUR	**Ist 2007** EUR
Landesmittel (Abfinanzierung)	–	–	38.688
Landesmittel (Neubewilligung)	126.000	43.000	
Einnahmen (Abfinanzierung)	–	–	–
Einnahmen (Neubewilligung)	–	–	
Gesamt	**126.000**	**43.000**	**38.688**

10. Förderproduktspezifische Kennzahlen / Qualitätskennzahlen

10.1 Kennzahlen zur Leistungswirkung (Effektivität der Leistungen)

Durchschnittliche Kosten je ehrenamtlichen Bewährungshelfer

10.2 Kennzahlen zur Finanzwirtschaft (Effizienz der Leistungen)

W i r t s c h a f t s p l a n (Fördermittelbuchungskreis)

L e i s t u n g s p l a n - E r l ä u t e r u n g - F ö r d e r p r o d u k t b l a t t

Durchschnittliches Fördervolumen pro Bewilligung

10.3 Kennzahlen zu quantitativen und qualitativen Leistungsmerkmalen

Anzahl der ehrenamtlichen Bewährungshelfer

10.4 Kennzahlen zur Prozessqualität

Durchschnittliche Verwaltungskosten pro ehrenamtlichen Bewährungshelfer

10.5 Kennzahlen zur Kundenperspektive

Qualität der Betreuung

11. Laufzeit bzw. Befristung

Unbefristet.

Kapitel 05 02 / Buchungskreisnummer 2495
Allgemeine Bewilligungen

W i r t s c h a f t s p l a n (Fördermittelbuchungskreis)

L e i s t u n g s p l a n - E r l ä u t e r u n g - F ö r d e r p r o d u k t b l a t t

Erläuterungen zu Förderprodukt Nr. 4:
Kriminologische Zentralstelle

1. Verantwortliche fachliche und operative Verwaltungseinheit

Hessisches Ministerium der Justiz, für Integration und Europa

2. Rechtsgrundlage oder sonstige Grundlage

Bund-Ländervereinbarung vom Juni 1981, Haushaltsgesetz

3. Förderprodukt- und Leistungsbeschreibung

3.1 Beschreibung des Förderprodukts

Als überregionale Einrichtung soll die Kriminologische Zentralstelle im Interesse von Gesetzgebung, Rechtsprechung und Verwaltung die praxisbezogene kriminologische Forschung in Deutschland intensivieren und koordinieren. Die Kriminologische Zentralstelle soll hierdurch die kriminologische Praxis unterstützen und ihr neue Forschungsergebnisse zugänglich machen.

3.2 Leistungen zum Förderprodukt

- Kriminologische Zentralstelle

4. Bezug zu politischen Zielen

Praxisbezogene kriminologische Forschung fördern.

5. Empfänger

Kriminologische Zentralstelle e. V., Wiesbaden

6. Zählgröße / Mengen im Haushaltsjahr

Zählgröße	Soll 2009	Soll 2008	Ist 2007
Zuwendungsbescheide	1	1	1

7. Bewilligungsvolumen / Verpflichtungsermächtigungen

I. Haushalt 2009 (in EUR)

	Neues Bewilligungsvolumen [1]	2009	VE 2010	VE 2011	VE 2012	VE 2013 ff
Gesamt	**607.300**	**607.300**	**–**	**–**	**–**	**–**
davon						
Landesmittel	22.500	22.500	–	–	–	–
Sonstige Erträge	–	–	–	–	–	–
Erträge aus Mitteln der EU	–	–	–	–	–	–
Erträge aus Mitteln des Bundes	584.800	584.800	–	–	–	–
Erträge aus Mitteln anderer Geber	–	–	–	–	–	–

W i r t s c h a f t s p l a n (Fördermittelbuchungskreis)

L e i s t u n g s p l a n - E r l ä u t e r u n g - F ö r d e r p r o d u k t b l a t t

II. Haushalt 2008 und Ist 2007 (in EUR)

	Bewilligungs-volumen [1] HH 2008	Bewilligungs-volumen [1] Ist 2007
Gesamt	**639.300**	**645.100**
davon		
Landesmittel (Neubewilligung) [2]	23.700	22.500
Erträge gesamt	615.600	622.600

[1] siehe Leistungs- und Erfolgsplan
[2] Produktabgeltung

8. Produktspezifische Regelungen; Bewirtschaftungsvermerke

Für den Finanzbedarf des Vereins ist ein Bewilligungsvolumen von 607.300 Euro veranschlagt. Für die Erstattungen des Bundes und der Länder ist ein Betrag von 584.800 Euro veranschlagt.

Mehrerlöse können zu einer Verstärkung des entsprechenden Förderproduktes verwandt werden.

9. Liquidität

	Soll 2009 EUR	Soll 2008 EUR	Ist 2007 EUR
Landesmittel (Abfinanzierung)	–	–	22.493
Landesmittel (Neubewilligung)	22.500	23.700	
Einnahmen (Abfinanzierung)	–	–	622.600
Einnahmen (Neubewilligung)	584.800	615.600	
Gesamt	**607.300**	**639.300**	**645.093**

Der Finanzbedarf des Vereins wird vom Bund und den Bundesländern je zur Hälfte getragen. Der auf die Finanzierung der Bundesländer entfallene Anteil bemisst sich zu zwei Dritteln nach dem Verhältnis der Steuereinnahmen und zu einem Drittel nach dem Verhältnis der Bevölkerungszahl (Königsteiner Schlüssel). Der Anteil Hessens beläuft sich demnach derzeit auf ca. 7,21 %, so dass Hessen von den Gesamtausgaben einen Anteil in Höhe von ca. 3,6% übernimmt.
Das Land Hessen ist verpflichtet, für den laufenden Bedarf des Vereins gegenüber den übrigen Mitgliedern in Vorlage zu treten. Die Erstattungen des Bundes und der Länder sind als Erlöse im Erfolgsplan veranschlagt.

10. Förderproduktspezifische Kennzahlen / Qualitätskennzahlen

10.1 Kennzahlen zur Leistungswirkung (Effektivität der Leistungen)

Anzahl der Forschungsvorhaben und wissenschaftlichen Analysen der Kriminologischen Zentralstelle

10.2 Kennzahlen zur Finanzwirtschaft (Effizienz der Leistungen)

Durchschnittliches Fördervolumen pro Bewilligung

W i r t s c h a f t s p l a n (Fördermittelbuchungskreis)

L e i s t u n g s p l a n - E r l ä u t e r u n g - F ö r d e r p r o d u k t b l a t t

10.3 Kennzahlen zu quantitativen und qualitativen Leistungsmerkmalen

Anzahl der Fachtagungen, Arbeitssitzungen und Fortbildungsveranstaltungen der Kriminologischen Zentralstelle

10.4 Kennzahlen zur Prozessqualität

Anzahl der wissenschaftlichen Veröffentlichungen, schriftlichen und mündlichen Beiträge der Kriminologischen Zentralstelle

Durchschnittlicher Verwaltungskostenanteil

10.5 Kennzahlen zur Kundenperspektive

11. Laufzeit bzw. Befristung

Unbefristet.

Kapitel 05 02 / Buchungskreisnummer 2495
Allgemeine Bewilligungen

W i r t s c h a f t s p l a n (Fördermittelbuchungskreis)

L e i s t u n g s p l a n - E r l ä u t e r u n g - F ö r d e r p r o d u k t b l a t t

Erläuterungen zu Förderprodukt Nr. 5:
Kindertagesstätten für Justizbedienstete in Frankfurt am Main und Limburg/Lahn

1. Verantwortliche fachliche und operative Verwaltungseinheit

Hessisches Ministerium der Justiz, für Integration und Europa, Oberlandesgericht Frankfurt am Main, Staatsanwaltschaft bei dem Landgericht Limburg/Lahn

2. Rechtsgrundlage oder sonstige Grundlage

Freiwillige Leistung nach dem Haushaltsgesetz.

3. Förderprodukt- und Leistungsbeschreibung

3.1 Beschreibung des Förderprodukts

Einrichtung und Betrieb von Kindertagesstätten zur Bereitstellung von Kindertagesplätzen für Bedienstete der Limburger und Frankfurter Justizbehörden.

3.2 Leistungen zum Förderprodukt

- Zuwendung Kindertagesstätten Frankfurt am Main
- Zuwendung Kindertagesstätten Limburg

4. Bezug zu politischen Zielen

Effektive Rechtsschutzgewährung sowie effiziente Justiz- und Gerichtsverwaltung auf hohem Qualitätsniveau garantieren und effektive Strafverfolgung sowie Rechtssicherheit gewährleisten.

5. Empfänger

Gesellschaft zur Förderung betrieblicher und betriebsnaher Kindereinrichtungen e.V., Frankfurt am Main.

6. Zählgröße / Mengen im Haushaltsjahr

Zählgröße	Soll 2009	Soll 2008	Ist 2007
Zuwendungsbescheide	2	2	2

Kapitel 05 02 / Buchungskreisnummer 2495
Allgemeine Bewilligungen

W i r t s c h a f t s p l a n (Fördermittelbuchungskreis)

L e i s t u n g s p l a n - E r l ä u t e r u n g - F ö r d e r p r o d u k t b l a t t

7. Bewilligungsvolumen / Verpflichtungsermächtigungen

I. Haushalt 2009 (in EUR)

	Neues Bewilligungsvolumen [1]	2009	VE 2010	VE 2011	VE 2012	VE 2013 ff
Gesamt	**170.000**	**170.000**	**–**	**–**	**–**	**–**
davon						
Landesmittel	170.000	170.000	–	–	–	–
Sonstige Erträge	–	–	–	–	–	–
Erträge aus Mitteln der EU	–	–	–	–	–	–
Erträge aus Mitteln des Bundes	–	–	–	–	–	–
Erträge aus Mitteln anderer Geber	–	–	–	–	–	–

II. Haushalt 2008 und Ist 2007 (in EUR)

	Bewilligungsvolumen [1] HH 2008	**Bewilligungsvolumen [1] Ist 2007**
Gesamt	**170.000**	**170.000**
davon		
Landesmittel (Neubewilligung) [2]	170.000	170.000
Erträge gesamt	–	–

[1] siehe Leistungs- und Erfolgsplan
[2] Produktabgeltung

8. Produktspezifische Regelungen; Bewirtschaftungsvermerke

Für die Maßnahmen dürfen auch Fördermittel vom Hessischen Sozialministerium nach dem Hessischen Kindergartengesetz in Anspruch genommen werden.

Mehrerlöse können zu einer Verstärkung des entsprechenden Förderproduktes verwandt werden.

9. Liquidität

	Soll 2009 EUR	**Soll 2008** EUR	**Ist 2007** EUR
Landesmittel (Abfinanzierung)	–	–	152.956
Landesmittel (Neubewilligung)	170.000	170.000	
Einnahmen (Abfinanzierung)	–	–	–
Einnahmen (Neubewilligung)	–	–	
Gesamt	**170.000**	**170.000**	**152.956**

10. Förderproduktspezifische Kennzahlen / Qualitätskennzahlen

10.1 Kennzahlen zur Leistungswirkung (Effektivität der Leistungen)

Zahl der Kindertagesstättenbetreuungsplätze

W i r t s c h a f t s p l a n (Fördermittelbuchungskreis)

L e i s t u n g s p l a n - E r l ä u t e r u n g - F ö r d e r p r o d u k t b l a t t

10.2 Kennzahlen zur Finanzwirtschaft (Effizienz der Leistungen)

Durchschnittliches Fördervolumen pro Kindertagesstättenbetreuungsplatz

10.3 Kennzahlen zu quantitativen und qualitativen Leistungsmerkmalen

Anzahl der in Anspruch genommenen Kindertagesstättenbetreuungsplätze

10.4 Kennzahlen zur Prozessqualität

-

10.5 Kennzahlen zur Kundenperspektive

Zufriedenheit mit der Bereitstellung

11. Laufzeit bzw. Befristung

Unbefristet.

W i r t s c h a f t s p l a n (Fördermittelbuchungskreis)

L e i s t u n g s p l a n - E r l ä u t e r u n g - F ö r d e r p r o d u k t b l a t t

Erläuterungen zu Förderprodukt Nr. 6:
Berufliche Qualifizierung von Gefangenen

1. Verantwortliche fachliche und operative Verwaltungseinheit

Hessisches Ministerium der Justiz, für Integration und Europa, Europäischer Sozial Fonds-Consult Hessen (InvestitionsBank Hessen AG)

2. Rechtsgrundlage oder sonstige Grundlage

Strafvollzugsgesetz (StVollzG), Haushaltsgesetz, Verordnung (EG) Nr. 1260/1999 des Rates vom 21. Juni 1999

3. Förderprodukt- und Leistungsbeschreibung

3.1 Beschreibung des Förderprodukts

Vollausbildung, Berufsgrundausbildung sowie Arbeit in Übungswerkstätten für einsitzende Strafgefangene und soziales Training sowie Einzelnachhilfeunterrichte.

a) Zuwendungen an das Berufsbildungswerk Dr. Fritz Bauer
b) Erstattungen an andere Maßnahmeträger für die schulische und berufliche Aus- und Weiterbildung von Gefangenen
c) Ziel-3-Förderung aus dem Europäischen Sozialfonds für ausbildungsbegleitende Hilfen zur beruflichen Qualifizierung von Strafgefangenen

Für die Erstattungen aus dem EU-Sozialfonds sind Erlöse in Höhe von 328.000 € im Erfolgsplan 2009 veranschlagt.

3.2 Leistungen zum Förderprodukt

a) Berufliche Qualifizierung von Gefangenen durch das Gefangenenbildungswerk Dr. Fritz Bauer e. V.
b) Berufliche Qualifizierung durch Aus- und Weiterbildung von Gefangenen
c) Berufliche Qualifizierung von Gefangenen (Ziel 3)

4. Bezug zu politischen Zielen

Konsequenten, auf Sicherheit und Resozialisierung ausgerichteten Justizvollzug gewährleisten.

5. Empfänger

a) Berufsbildungswerk Dr. Fritz Bauer
b) Berufsfortbildungswerk des Deutschen Gewerkschafts Bundes, Berufsbildungszentrum Fulda, etc.
c) Berufsfortbildungswerk des Deutschen Gewerkschafts Bundes, Berufsbildungszentrum Fulda, etc.

6. Zählgröße / Mengen im Haushaltsjahr

Zählgröße	Soll 2009	Soll 2008	Ist 2007
Zuwendungsbescheide	3	3	3

W i r t s c h a f t s p l a n (Fördermittelbuchungskreis)

L e i s t u n g s p l a n - E r l ä u t e r u n g - F ö r d e r p r o d u k t b l a t t

Anzahl der bewilligten Anträge / Die Anzahl der Ausbildungsmaßnahmen sowie die Arbeit in Übungswerkstätten für einsitzende Strafgefangene ist nicht vorhersehbar, da dies von geeigneten Ausbildungsplätzen und Arbeitsplätzen sowie von der Anzahl geeigneter Gefangener abhängig ist.

7. Bewilligungsvolumen / Verpflichtungsermächtigungen

I. Haushalt 2009 (in EUR)

	Neues Bewilligungsvolumen [1]	2009	VE 2010	VE 2011	VE 2012	VE 2013 ff
Gesamt	**1.643.000**	**1.643.000**	**–**	**–**	**–**	**–**
davon						
Landesmittel	1.315.000	1.315.000	–	–	–	–
Sonstige Erträge	–	–	–	–	–	–
Erträge aus Mitteln der EU	328.000	328.000	–	–	–	–
Erträge aus Mitteln des Bundes	–	–	–	–	–	–
Erträge aus Mitteln anderer Geber	–	–	–	–	–	–

II. Haushalt 2008 und Ist 2007 (in EUR)

	Bewilligungsvolumen [1] HH 2008	**Bewilligungsvolumen [1] Ist 2007**
Gesamt	**1.643.000**	**1.671.300**
davon		
Landesmittel (Neubewilligung) [2]	1.315.000	1.174.200
Erträge gesamt	328.000	497.100

[1] siehe Leistungs- und Erfolgsplan
[2] Produktabgeltung

8. Produktspezifische Regelungen; Bewirtschaftungsvermerke

Mehrerlöse können zu einer Verstärkung des entsprechenden Förderproduktes verwandt werden.

9. Liquidität

	Soll 2009 EUR	**Soll 2008** EUR	**Ist 2007** EUR
Landesmittel (Abfinanzierung)	–	–	1.174.163
Landesmittel (Neubewilligung)	1.315.000	1.315.000	
Einnahmen (Abfinanzierung)	–	–	497.100
Einnahmen (Neubewilligung)	328.000	328.000	
Gesamt	**1.643.000**	**1.643.000**	**1.671.263**

W i r t s c h a f t s p l a n (Fördermittelbuchungskreis)

L e i s t u n g s p l a n - E r l ä u t e r u n g - F ö r d e r p r o d u k t b l a t t

Haushaltsmittel aus dem EU-Sozialfonds für ausbildungsbegleitende Hilfen zur beruflichen Qualifizierung von Strafgefangenen in Höhe von 328.000 Euro und Landesmittel in Höhe von 1.315.000 Euro an Maßnahmeträger für die schulische und berufliche Aus- und Weiterbildung von Gefangenen.

10. Förderproduktspezifische Kennzahlen / Qualitätskennzahlen

10.1 Kennzahlen zur Leistungswirkung (Effektivität der Leistungen)

Anzahl der an den Programmen teilnehmenden Strafgefangenen

10.2 Kennzahlen zur Finanzwirtschaft (Effizienz der Leistungen)

Durchschnittliches Fördervolumen pro Zuwendungsempfänger

Durchschnittliche Kosten je Betreuungsfall

10.3 Kennzahlen zu quantitativen und qualitativen Leistungsmerkmalen

Anzahl der geleisteten Ausbildungsstunden pro Gefangenen

10.4 Kennzahlen zur Prozessqualität

Abschlüsse in der schulischen und beruflichen Bildung

10.5 Kennzahlen zur Kundenperspektive

Verminderung der Rückfallquote

11. Laufzeit bzw. Befristung

Die Höhe der zur Verfügung stehenden Fördermittel der EU für die Laufzeit 2007 bis 2013 ist bislang nicht abschließend festgelegt; mit einer Fortsetzung wird gerechnet. Im Übrigen sind die Maßnahmen unbefristet.

W i r t s c h a f t s p l a n (Fördermittelbuchungskreis)

L e i s t u n g s p l a n - E r l ä u t e r u n g - F ö r d e r p r o d u k t b l a t t

<u>Erläuterungen zu Förderprodukt Nr. 7:</u>
Haftvermeidung und Haftentlassenenhilfe

1. Verantwortliche fachliche und operative Verwaltungseinheit

Hessisches Ministerium der Justiz, für Integration und Europa

2. Rechtsgrundlage oder sonstige Grundlage

Strafvollzugsgesetz (StVollzG), Haushaltsgesetz

3. Förderprodukt- und Leistungsbeschreibung

3.1 Beschreibung des Förderprodukts

a) Haftvermeidung:
Das Förderprogramm ermöglicht die Gestellung von Wohnraum und entsprechende Betreuung zur Eingliederung von Personen ohne festen Wohnsitz, die sich in Untersuchungshaft befinden oder eine Ersatzfreiheitsstrafe verbüßen. Es dient zugleich der Vermeidung von Untersuchungs- bzw. Strafhaft.

b) Haftentlassenenhilfe:
Betreuung von zur Entlassung anstehenden Strafgefangenen. Das Förderprogramm ermöglicht die Gestellung von Wohnraum und entsprechende Betreuung zur Eingliederung von Personen ohne festen Wohnsitz, die sich in Strafhaft befinden und kurz vor der Entlassung stehen.

Ab dem Haushaltsjahr 2009 erfolgt die Förderung der therapeutischen Begleitung von Strafgefangenen. Das Projekt Sicherheitsmanagement soll gewährleisten, dass auf der Grundlage aller wissenschalftichen Erkenntnisse die Betreuung der Probanden neben den aufsichtlichen und kontrollierenden Aspekten mit einer therapeutisch begleitenden Auseinandersetzung mit der Tat, deren Genese und eine rückfallvermeidenden Verhaltenssteuerung als Ziel fokussiert werden.

c) Übergangsmanagement:
Die Zeit unmittelbar nach Haftentlassung gilt als besonders heikel für die Legalbewährung vormals Inhaftierter: Der "positive Effekt“ der Inhaftierungsphase kann verloren gehen. Wenn keine rasche Integration in das soziale Umfeld erfolgt, droht der Rückfall in kriminelle Verhaltensmuster, ein erneutes Eintauchen in kriminalitätsbelastete Strukturen. Eine Intensivbetreuung - durch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Freien Straffälligenhilfe - während der letzten Monate der Inhaftierung und der ersten Monate in Freiheit, insbesondere bei zur Endstrafe entlassener Gefangener, soll helfen, einen Rückfall zu vermeiden.

d) Vermittlung gemeinnütziger Arbeit:
Die bislang hauptsächlich von der Gerichtshilfe organisierte Vermittlung gemeinnütziger Arbeit soll auf freie Träger übertragen werden. Verurteilte, die zu einer Geldstrafe verurteilt wurden, diese aber nicht bezahlen können, müssen ersatzweise eine Freiheitsstrafe verbüßen. Die Anzahl der Tagessätze kann durch die Ableistung gemeinnütziger Arbeit getilgt werden, somit können durch die Vermittlung von gemeinnütziger Arbeit teure Haftkapazitäten gespart werden.

W i r t s c h a f t s p l a n (Fördermittelbuchungskreis)

L e i s t u n g s p l a n - E r l ä u t e r u n g - F ö r d e r p r o d u k t b l a t t

3.2 Leistungen zum Förderprodukt

a) Haftvermeidung
b) Haftentlassenenhilfe
c) Übergangsmanagement
d) Vermittlung von gemeinnützer Arbeit

4. Bezug zu politischen Zielen

Betreuung und Führung von Straftätern vor und im Rahmen der Bewährungs- und Führungsaufsicht nach der Haft sicherstellen.

5. Empfänger

a) Haftentlassenenhilfe e.V., Frankfurt am Main
b) Haftentlassenenhilfe e.V., Frankfurt am Main
c) Träger der freien Straffälligenhilfe
d) Träger der freien Straffälligenhilfe

6. Zählgröße / Mengen im Haushaltsjahr

Zählgröße	Soll 2009	Soll 2008	Ist 2007
Zuwendungsbescheide	4	4	4

7. Bewilligungsvolumen / Verpflichtungsermächtigungen

I. Haushalt 2009 (in EUR)

	Neues Bewilligungsvolumen [1]	2009	VE 2010	VE 2011	VE 2012	VE 2013 ff
Gesamt	**662.100**	**662.100**	**–**	**–**	**–**	**–**
davon						
Landesmittel	662.100	662.100	–	–	–	–
Sonstige Erträge	–	–	–	–	–	–
Erträge aus Mitteln der EU	–	–	–	–	–	–
Erträge aus Mitteln des Bundes	–	–	–	–	–	–
Erträge aus Mitteln anderer Geber	–	–	–	–	–	–

W i r t s c h a f t s p l a n (Fördermittelbuchungskreis)

L e i s t u n g s p l a n - E r l ä u t e r u n g - F ö r d e r p r o d u k t b l a t t

II. Haushalt 2008 und Ist 2007 (in EUR)

	Bewilligungs-volumen [1] HH 2008	Bewilligungs-volumen [1] Ist 2007
Gesamt	**442.100**	**415.100**
davon		
Landesmittel (Neubewilligung) [2]	442.100	415.100
Erträge gesamt	–	–

[1] siehe Leistungs- und Erfolgsplan
[2] Produktabgeltung

8. Produktspezifische Regelungen; Bewirtschaftungsvermerke

Mehrerlöse können zu einer Verstärkung des entsprechenden Förderproduktes verwandt werden.

9. Liquidität

	Soll 2009 EUR	Soll 2008 EUR	Ist 2007 EUR
Landesmittel (Abfinanzierung)	–	–	397.775
Landesmittel (Neubewilligung)	662.100	442.100	
Einnahmen (Abfinanzierung)	–	–	–
Einnahmen (Neubewilligung)	–	–	
Gesamt	**662.100**	**442.100**	**397.775**

10. Förderproduktspezifische Kennzahlen / Qualitätskennzahlen

10.1 Kennzahlen zur Leistungswirkung (Effektivität der Leistungen)

a) Anzahl der Personen, bei denen Untersuchungshaft oder die Verbüßung der Ersatzfreiheitsstrafen verhindert werden konnte
b) Anzahl der betreuten Personen, bei denen eine Eingliederungsmaßnahme durchgeführt wurde
c) Anzahl der Gefangenen, die 6 Monate vor Endstrafe durch die freie Straffälligenhilfe betreut werden
d) Anzahl der erfolgreichen Vermittlung von gemeinnütziger Arbeit in Relation zur Anzahl der Anträge in Prozent

10.2 Kennzahlen zur Finanzwirtschaft (Effizienz der Leistungen)

a) Durchschnittliches Fördervolumen pro Zuwendungsempfänger
b) Durchschnittliches Fördervolumen pro Zuwendungsempfänger
Durchschnittliche Kosten je Betreuungsfall
c) Durchschnittliches Fördervolumen pro Zuwendungsempfänger
Durchschnittliche Kosten je Betreuungsfall
d) Durchschnittliche Zuwendungshöhe pro Vermittlung

10.3 Kennzahlen zu quantitativen und qualitativen Leistungsmerkmalen

a) Durchschnittliche Kosten je Betreuungsfall

b) Durchschnittliche Beratungsdauer je Betreuungsfall
c) Durchschnittliche Beratungsdauer je Betreuungsfall
d) Anzahl der durch gemeinnützige Arbeit erledigten Tage von Ersatzfreiheitsstrafe

10.4 Kennzahlen zur Prozessqualität

a) Anzahl der Stunden gemeinnütziger Arbeit, die geleistet wurden
b) Tatsächlich in Hafturlauberwohnung aufgenommene Gefangene
Belegung der Notwohnung in Monaten
c) Anzahl der erstellten Hilfspläne
d) Durchschnittliche Kosten pro Antrag

10.5 Kennzahlen zur Kundenperspektive

a) Qualität der Betreuung
b) Verminderung der Rückfallquote
c) Verminderung der Rückfallquote
d) Qualität der Betreuung

11. Laufzeit bzw. Befristung

Unbefristet

Kapitel 05 02 / Buchungskreisnummer 2495
Allgemeine Bewilligungen

W i r t s c h a f t s p l a n (Fördermittelbuchungskreis)

L e i s t u n g s p l a n - E r l ä u t e r u n g - F ö r d e r p r o d u k t b l a t t

Erläuterungen zu Förderprodukt Nr. 8:
Förderung Europa- und internationale Angelegenheiten

1. Verantwortliche fachliche und operative Verwaltungseinheit

Hessisches Ministerium der Justiz, für Integration und Europa

2. Rechtsgrundlage oder sonstige Grundlage

Freiwillige Leistung nach dem Haushaltsgesetz

3. Produkt- und Leistungsbeschreibung

3.1 Beschreibung des Förderprodukts

Der Minister für Justiz, Integration und Europa bewilligt Zuwendungen im Rahmen der Projektförderung:

- für Maßnahmen Dritter, die der interregionalen und internationalen Zusammenarbeit und der Förderung des Europagedankens dienen
- für Projekte während der Europawoche
- für Seminare, Studienfahrten und Veranstaltungen der Mitgliedsorganisation des Europakomitees Hessen
- für Veranstaltungen und Maßnahmen Dritter im Rahmen des Vertrages mit der Republik Polen
- für die Europäische Akademie Hessen
- sonstige Beiträge, Mitgliedschaften und Zuschüsse.

3.2 Leistungen zum Förderprodukt

- Mitgliedsbeiträge
- Europäische Akademie Hessen
- Förderung des Europagedankens, der interregionalen und internationalen Zusammenarbeit

4. Bezug zu politischen Zielen

Durch Bürgerengagement den Europagedanken und die interregionale und internationale Zusammenarbeit fördern und stärken sowie Landesinteressen auf europäischer Ebene fördern.

5. Empfänger

Vereine, Verbände und sonstige Institutionen

6. Zählgröße / Mengen im Haushaltsjahr

Zählgröße	Soll 2009	Soll 2008	Ist 2007
nicht zählbar	1	–	–

Nicht zählbar, da die Zuwendungsempfänger Beträge in unterschiedlicher Höhe erhalten und somit eine Mengenbestimmung im Sinne der Aufstellung nur unzureichend möglich ist.

Vorgesehene Zahl der Förderungen des Jahres 2009:

Kapitel 05 02 / Buchungskreisnummer 2495
Allgemeine Bewilligungen

W i r t s c h a f t s p l a n (Fördermittelbuchungskreis)

L e i s t u n g s p l a n - E r l ä u t e r u n g - F ö r d e r p r o d u k t b l a t t

50 - 80 Zahlungsempfänger

Die Daten der Haushaltsjahre 2008 und 2007 werden nicht im Fördermittelbuchungskreis des Hessischen Ministeriums der Justiz, für Integration und Europa abgebildet, da das Produkt "Förderung Europa- und internationale Angelegenheiten" erst ab dem Haushaltsjahr 2009 dem Kapitel 05 02 zugeordnet ist. Vor der Umressortierung war das Produkt dem Kapitel 02 06 - Förderbuchungskreis der Staatskanzlei zugeordnet.

7. Bewilligungsvolumen / Verpflichtungsermächtigungen

I. Haushalt 2009 (in EUR)

	Neues Bewilligungsvolumen [1]	2009	VE 2010	VE 2011	VE 2012	VE 2013 ff
Gesamt	**166.000**	**166.000**	**–**	**–**	**–**	**–**
davon						
Landesmittel	166.000	166.000	–	–	–	–
Sonstige Erträge	–	–	–	–	–	–
Erträge aus Mitteln der EU	–	–	–	–	–	–
Erträge aus Mitteln des Bundes	–	–	–	–	–	–
Erträge aus Mitteln anderer Geber	–	–	–	–	–	–

II. Haushalt 2008 und Ist 2007 (in EUR)

	Bewilligungsvolumen [1] HH 2008	**Bewilligungsvolumen [1] Ist 2007**
Gesamt	**–**	**–**
davon		
Landesmittel (Neubewilligung) [2]	–	–
Erträge gesamt	–	–

[1] siehe Leistungs- und Erfolgsplan
[2] Produktabgeltung

8. Produktspezifische Regelungen; Bewirtschaftungsvermerke

Mehrerlöse können zu einer Verstärkung des entsprechenden Förderproduktes verwandt werden

9. Liquidität

	Soll 2009 EUR	**Soll 2008** EUR	**Ist 2007** EUR
Landesmittel (Abfinanzierung)	–	–	–
Landesmittel (Neubewilligung)	166.000	–	
Einnahmen (Abfinanzierung)	–	–	–
Einnahmen (Neubewilligung)	–	–	
Gesamt	**166.000**	**–**	**–**

W i r t s c h a f t s p l a n (Fördermittelbuchungskreis)

L e i s t u n g s p l a n - E r l ä u t e r u n g - F ö r d e r p r o d u k t b l a t t

10. Förderproduktspezifische Kennzahlen / Qualitätskennzahlen

10.1 Kennzahlen zur Leistungswirkung (Effektivität der Leistungen)

-

10.2 Kennzahlen zur Finanzwirtschaft (Effizienz der Leistungen)

Anteil der Verwaltungskosten an den Fördermaßnahmen

10.3 Kennzahlen zu quantitativen und qualitativen Leistungsmerkmalen

-

10.4 Kennzahlen zur Prozessqualität

Durchschnittliche Zeitdauer zwischen Beantragung und Bewilligung der Maßnahme

10.5 Kennzahlen zur Kundenperspektive

-

11. Laufzeit bzw. Befristung

befristet bis Ende 2009

W i r t s c h a f t s p l a n (Fördermittelbuchungskreis)

L e i s t u n g s p l a n - E r l ä u t e r u n g - F ö r d e r p r o d u k t b l a t t

Erläuterungen zu Förderprodukt Nr. 9:
Förderung von Integrationsmaßnahmen

1. Verantwortliche fachliche und operative Verwaltungseinheit

Hessisches Ministerium der Justiz, für Integration und Europa, Hessen Agentur (HA), Regierungspräsidium Darmstadt,

2. Rechtsgrundlage oder sonstige Grundlage

Freiwillige Leistung nach dem Haushaltsgesetz

3. Produkt- und Leistungsbeschreibung

3.1 Beschreibung des Förderprodukts

Folgende Förderungen von Integrationsmaßnahmen werden unter diesem Produkt zusammengefasst:
a) Auszeichnung für beispielgebende Integrationsleistung
Würdigung beispielgebender Integrationsleistungen in hessischen Kommunen oder von Initiativen, Vereinen und Verbänden durch Vergabe des Hessischen Integrationspreises.

b) Maßnahmen im Bereich der Sprachförderung sowie innovative Integrationsmaßnahmen zur Stärkung der Eigeninitiative bei der Mitwirkung am Integrationsprozess
Förderung von Maßnahmen für dauerhaft und rechtmäßig in Hessen lebende Zuwanderer. Gefördert werden insbesondere Maßnahmen zum Erwerb der deutschen Sprache bzw. zur Verbesserung der Deutschkenntnisse bei Personen mit Migrationshintergrund sowie innovative Integrationsmaßnahmen zur Stärkung der Eigeninitiative bei der Mitwirkung am Integrationsprozess.
Weiter kann der Einsatz von Integrationslotsen, in der Regel in Gebietskörperschaften, zur Schaffung von Strukturen einer kooperativen Integrationsarbeit gefördert werden.
Darüber hinaus können Veranstaltungen des Hess. Ministerium der Justiz, für Integration und Europa und von freien Trägern zum Thema Integration finanziert werden.

c) Maßnahmen zur Integration von internationalen Mitarbeiter/innen und Führungskräften
Mit den Mitteln sollen Maßnahmen der Integration von internationalen Mitarbeiter/innen und Führungskräften sowie Maßnahmen für interkulturelles Management gefördert werden.

3.2 Leistungen zum Förderprodukt

a) Preise und Auszeichungen
b) Integrationsmaßnahmen im Bereich Sprachförderung und weitere Maßnahmen
c) Integration ausländischer Beschäftigter

4. Bezug zu politischen Zielen

Aktivitäten auf dem Gebiet der Integration bündeln und verstärkt vorantreiben.

5. Empfänger

a) Bürgerinnen und Bürger, Jugendliche, Unternehmen, Kommunen, Initiativen, Vereine, Verbände
b) Kommunale und freigemeinnützige Träger. Sprachfördermaßnahmen können auch von privaten Trägern durchgeführt werden.
c) Unternehmen, weitere Institutionen in Hessen

Kapitel 05 02 / Buchungskreisnummer 2495
Allgemeine Bewilligungen

W i r t s c h a f t s p l a n (Fördermittelbuchungskreis)

L e i s t u n g s p l a n - E r l ä u t e r u n g - F ö r d e r p r o d u k t b l a t t

6. Zählgröße / Mengen im Haushaltsjahr

Zählgröße	Soll 2009	Soll 2008	Ist 2007
Projekte	1	–	–

Nicht zählbar, da die Zuwendungsempfänger Beträge in unterschiedlicher Höhe erhalten und somit eine Mengenbestimmung im Sinne der Aufstellung nur unzureichend möglich ist.

Die Daten der Haushaltsjahre 2008 und 2007 werden nicht im Fördermittelbuchungskreis des Hessischen Ministeriums der Justiz, für Integration und Europa abgebildet, da das Produkt "Förderungen Integrationsmaßnahmen" erst ab dem Haushaltsjahr 2009 dem Kapitel 05 02 zugeordnet ist. Vor der Umressortierung war das Produkt anteilig dem Kapitel 07 05 Förderbuchungskreis HMWVL und anteilig dem Kapitel 08 05 Förderbuchungskreis HSM zugeordnet.

7. Bewilligungsvolumen / Verpflichtungsermächtigungen

I. Haushalt 2009 (in EUR)

	Neues Bewilligungsvolumen [1]	2009	VE 2010	VE 2011	VE 2012	VE 2013 ff
Gesamt	**1.145.000**	**1.145.000**	**–**	**–**	**–**	**–**
davon						
Landesmittel	1.145.000	1.145.000	–	–	–	–
Sonstige Erträge	–	–	–	–	–	–
Erträge aus Mitteln der EU	–	–	–	–	–	–
Erträge aus Mitteln des Bundes	–	–	–	–	–	–
Erträge aus Mitteln anderer Geber	–	–	–	–	–	–

II. Haushalt 2008 und Ist 2007 (in EUR)

	Bewilligungsvolumen [1] HH 2008	**Bewilligungsvolumen [1] Ist 2007**
Gesamt	**–**	**–**
davon		
Landesmittel (Neubewilligung) [2]	–	–
Erträge gesamt	–	–

[1] siehe Leistungs- und Erfolgsplan
[2] Produktabgeltung

8. Produktspezifische Regelungen; Bewirtschaftungsvermerke

Mehrerlöse können zu einer Verstärkung des entsprechenden Förderproduktes verwandt werden.

W i r t s c h a f t s p l a n (Fördermittelbuchungskreis)

L e i s t u n g s p l a n - E r l ä u t e r u n g - F ö r d e r p r o d u k t b l a t t

9. Liquidität

	Soll 2009 EUR	**Soll 2008** EUR	**Ist 2007** EUR
Landesmittel (Abfinanzierung)	–	–	–
Landesmittel (Neubewilligung)	1.145.000	–	
Einnahmen (Abfinanzierung)	–	–	–
Einnahmen (Neubewilligung)	–	–	
Gesamt	**1.145.000**	**–**	**–**

10. Förderproduktspezifische Kennzahlen / Qualitätskennzahlen

10.1 Kennzahlen zur Leistungswirkung (Effektivität der Leistungen)

a) Anzahl der Bewerbungen/ Vorschläge
b) Anzahl der Teilnehmer/-innen an Sprachkursen
Anzahl der innovativen Integrationsmaßnahmen
c) Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit der hessischen Wirtschaft durch Integration ausländischer Beschäftigter

10.2 Kennzahlen zur Finanzwirtschaft (Effizienz der Leistungen)

a) Durchschnittliche Verwaltungskosten pro 100 Euro Preisgeld
b) Durchschnittliche Verwaltungskosten pro 100 Euro Landesförderung
c) Vollständiger Einsatz der zur Verfügung stehenden Mittel

10.3 Kennzahlen zu quantitativen und qualitativen Leistungsmerkmalen

a) Anzahl der Förderpreisempfänger
b) Entwicklung der Anzahl der Bewilligungen
c) Beteiligung möglichst vieler Unternehmer an den durchgeführten Projekten

10.4 Kennzahlen zur Prozessqualität

a) Durchschnittliche Dauer vom Eingang der Bewerbung bis zur Entscheidung über Preisträger
b) Durchschnittliche Verwaltungskosten pro Bewilligung
c) Realisierung der Programmplanung

10.5 Kennzahlen zur Kundenperspektive

a) Anzahl der Verwaltungsbeschwerdeverfahren
b) Anzahl der Verwaltungsbeschwerdeverfahren
c) Zufriedenheit der Teilnehmer mit den Angeboten

11. Laufzeit bzw. Befristung

a) unbefristet
b) unbefristet
c) unbefristet, jährlicher Haushaltsvorbehalt

Kapitel 05 02 / Buchungskreisnummer 2495
Allgemeine Bewilligungen

W i r t s c h a f t s p l a n (Fördermittelbuchungskreis)

L e i s t u n g s p l a n - E r l ä u t e r u n g - F ö r d e r p r o d u k t b l a t t

Erläuterungen zu Förderprodukt Nr. 10:
Förderung der Geschäftsstelle der Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte in Hessen

1. Verantwortliche fachliche und operative Verwaltungseinheit

Hessisches Ministerium der Justiz, für Integration und Europa

2. Rechtsgrundlage oder sonstige Grundlage

Freiwillige Leistung nach dem Haushaltsgesetz

3. Produkt- und Leistungsbeschreibung

3.1 Beschreibung des Förderprodukts

Die Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte Hessen (AGAH) unterhält in Wiesbaden eine Geschäftsstelle. Das Land Hessen fördert die Personal- und Sachkosten.

3.2 Leistungen zum Förderprodukt

Die Leistung entspricht der Produktbeschreibung.

4. Bezug zu politischen Zielen

Gesellschaftliche Integration von Zuwanderern und ihren Familien verbessern

5. Empfänger

Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte in Hessen

6. Zählgröße / Mengen im Haushaltsjahr

Zählgröße	Soll 2009	Soll 2008	Ist 2007
Institutionen	1	–	–

Die Daten der Haushaltsjahre 2008 und 2007 werden nicht im Fördermittelbuchungskreis des Hessischen Ministeriums der Justiz, für Integration und Europa abgebildet, da das Produkt "Förderungen der Geschäftsstelle der Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte in Hessen" erst ab dem Haushaltsjahr 2009 dem Kapitel 05 02 zugeordnet ist. Vor der Umressortierung war das Produkt dem Kapitel 08 05 Förderbuchungskreis HSM zugeordnet.

Kapitel 05 02 / Buchungskreisnummer 2495
Allgemeine Bewilligungen

W i r t s c h a f t s p l a n (Fördermittelbuchungskreis)

L e i s t u n g s p l a n - E r l ä u t e r u n g - F ö r d e r p r o d u k t b l a t t

7. Bewilligungsvolumen / Verpflichtungsermächtigungen

I. Haushalt 2009 (in EUR)

	Neues Bewilligungsvolumen [1]	2009	VE 2010	VE 2011	VE 2012	VE 2013 ff
Gesamt	**357.000**	**357.000**	**–**	**–**	**–**	**–**
davon						
Landesmittel	357.000	357.000	–	–	–	–
Sonstige Erträge	–	–	–	–	–	–
Erträge aus Mitteln der EU	–	–	–	–	–	–
Erträge aus Mitteln des Bundes	–	–	–	–	–	–
Erträge aus Mitteln anderer Geber	–	–	–	–	–	–

II. Haushalt 2008 und Ist 2007 (in EUR)

	Bewilligungsvolumen [1] HH 2008	**Bewilligungsvolumen [1] Ist 2007**
Gesamt	**–**	**–**
davon		
Landesmittel (Neubewilligung) [2]	–	–
Erträge gesamt	–	–

[1] siehe Leistungs- und Erfolgsplan
[2] Produktabgeltung

8. Produktspezifische Regelungen; Bewirtschaftungsvermerke

Mehrerlöse können zu einer Verstärkung des entsprechenden Förderproduktes verwandt werden.

9. Liquidität

	Soll 2009 EUR	**Soll 2008** EUR	**Ist 2007** EUR
Landesmittel (Abfinanzierung)	–	–	–
Landesmittel (Neubewilligung)	357.000	–	
Einnahmen (Abfinanzierung)	–	–	–
Einnahmen (Neubewilligung)	–	–	
Gesamt	**357.000**	**–**	**–**

10. Förderproduktspezifische Kennzahlen / Qualitätskennzahlen

10.1 Kennzahlen zur Leistungswirkung (Effektivität der Leistungen)

Anzahl der von der AGAH in Hessen betreuten Ausländerbeiräte (ca. 121) im Verhältnis zu der Gesamtzahl der Hessischen Ausländerbeiräte (ca. 127) im Haushaltsjahr 2009.

W i r t s c h a f t s p l a n (Fördermittelbuchungskreis)

L e i s t u n g s p l a n - E r l ä u t e r u n g - F ö r d e r p r o d u k t b l a t t

10.2 Kennzahlen zur Finanzwirtschaft (Effizienz der Leistungen)

Durchschnittliche Verwaltungskosten pro 100 Euro Landesförderung im Haushaltsjahr 2009.

10.3 Kennzahlen zu quantitativen und qualitativen Leistungsmerkmalen

-

10.4 Kennzahlen zur Prozessqualität

Durchschnittliche Verwaltungskosten pro Bewilligung.

10.5 Kennzahlen zur Kundenperspektive

Anzahl der Verwaltungsbeschwerden.

11. Laufzeit bzw. Befristung

Unbefristet.

W i r t s c h a f t s p l a n (Fördermittelbuchungskreis)

L e i s t u n g s p l a n - E r l ä u t e r u n g - F ö r d e r p r o d u k t b l a t t

Erläuterungen zu Förderprodukt Nr. 11:
Modellregionen Integration

1. Verantwortliche fachliche und operative Verwaltungseinheit

Hessisches Ministerium der Justiz, für Integration und Europa

2. Rechtsgrundlage oder sonstige Grundlage

Freiwillige Leistung nach dem Hauhaltsgesetz

3. Produkt- und Leistungsbeschreibung

3.1 Beschreibung des Förderprodukts

Das Projekt "Modellregionen Integration" wird in enger Kooperation mit ausgewählten hessischen Kommunen und Kreisen bis zum Jahr 2013 umgesetzt. Ziel ist ein umfassendes und ganzheitliches Handlungskonzept für die Integration vor Ort. Mit den Akteuren der Modellregionen sollen gemeinsam in einem partizipativen Prozess die Grundlagen für eine zukunftsfähige Integrationspolitik gelegt werden. Darin eingeschlossen ist die Entwicklung gemeinsamer Leitbilder, vernetzter Strukturen und abgestimmter Maßnahmen. Bestehende Anstrengungen vom Land Hessen und den Regionen sollen zielorientiert auf einander bezogen und deren Wirksamkeit optimiert werden. Mit der Entwicklung und dem Einsatz von Integrationsindikatoren soll ein aussagekräftiges Monitoring den Prozess begleiten.
Im Jahre 2009 wird in den ausgewählten Modellregionen die Projektkoordination gefördert.

3.2 Leistungen zum Förderprodukt

Modellregionen Integration

4. Bezug zu politischen Zielen

Aktivitäten auf dem Gebiet der Integration bündeln und verstärkt vorantreiben

5. Empfänger

Landkreise, kreisfreie Städte

6. Zählgröße / Mengen im Haushaltsjahr

Zählgröße	Soll 2009	Soll 2008	Ist 2007
Modellregionen Integration	5	–	–

Kapitel 05 02 / Buchungskreisnummer 2495
Allgemeine Bewilligungen

W i r t s c h a f t s p l a n (Fördermittelbuchungskreis)

L e i s t u n g s p l a n - E r l ä u t e r u n g - F ö r d e r p r o d u k t b l a t t

7. Bewilligungsvolumen / Verpflichtungsermächtigungen

I. Haushalt 2009 (in EUR)

	Neues Bewilligungsvolumen [1]	2009	VE 2010	VE 2011	VE 2012	VE 2013 ff
Gesamt	**50.000**	**50.000**	**–**	**–**	**–**	**–**
davon						
Landesmittel	50.000	50.000	–	–	–	–
Sonstige Erträge	–	–	–	–	–	–
Erträge aus Mitteln der EU	–	–	–	–	–	–
Erträge aus Mitteln des Bundes	–	–	–	–	–	–
Erträge aus Mitteln anderer Geber	–	–	–	–	–	–

II. Haushalt 2008 und Ist 2007 (in EUR)

	Bewilligungsvolumen [1] HH 2008	**Bewilligungsvolumen [1] Ist 2007**
Gesamt	**–**	**–**
davon		
Landesmittel (Neubewilligung) [2]	–	–
Erträge gesamt	–	–

[1] siehe Leistungs- und Erfolgsplan
[2] Produktabgeltung

8. Produktspezifische Regelungen; Bewirtschaftungsvermerke

Mehrerlöse können zu einer Verstärkung des entsprechenden Förderproduktes verwandt werden.

9. Liquidität

	Soll 2009 EUR	**Soll 2008** EUR	**Ist 2007** EUR
Landesmittel (Abfinanzierung)	–	–	–
Landesmittel (Neubewilligung)	50.000	–	
Einnahmen (Abfinanzierung)	–	–	–
Einnahmen (Neubewilligung)	–	–	
Gesamt	**50.000**	**–**	**–**

10. Förderproduktspezifische Kennzahlen / Qualitätskennzahlen

10.1 Kennzahlen zur Leistungswirkung (Effektivität der Leistungen)

-

10.2 Kennzahlen zur Finanzwirtschaft (Effizienz der Leistungen)

-

W i r t s c h a f t s p l a n (Fördermittelbuchungskreis)

L e i s t u n g s p l a n - E r l ä u t e r u n g - F ö r d e r p r o d u k t b l a t t

10.3 Kennzahlen zu quantitativen und qualitativen Leistungsmerkmalen

-

10.4 Kennzahlen zur Prozessqualität

-

10.5 Kennzahlen zur Kundenzufriedenheit

-

11. Laufzeit bzw. Befristung

Das Projekt "Modellregionen Integration" ist bis 2013 angelegt.

Kapitel 05 02 / Buchungskreisnummer 2495
Allgemeine Bewilligungen

W i r t s c h a f t s p l a n (Fördermittelbuchungskreis)

E r f o l g s p l a n

Pos.	VKR	Bezeichnung	Soll 2009 EUR	Soll 2008 EUR	Ist 2007 EUR
1	**50/51**	**Umsatzerlöse und Erträge aus Verwaltungstätigkeit**	**–**	**–**	**–**
	500-509	Umsatzerlöse	–	–	–
	510-518	Gebühren und Leistungsentgelte aus Verwaltungstätigkeit; Sonstige Erträge	–	–	–
	519	Erlösminderungen	–	–	–
1a	**544**	**Erträge aus Produktabgeltungen**	**5.048.300**	**2.998.500**	**2.444.509**
2	**520-524**	**Bestandsveränderungen**	**–**	**–**	**–**
3	**525-529**	**aktivierte Eigenleistungen**	**–**	**–**	**–**
4	**530-539**	**Sonstige betriebliche Erträge**	**–**	**–**	**37.152**
		Betriebsertrag	**5.048.300**	**2.998.500**	**2.481.661**
5	**60/61**	**Bezogene Waren und Leistungen**	**–**	**–**	**–**
	600-604	Roh-, Hilfs-, Betriebsstoffe etc.	–	–	–
	605	Aufwendungen für Energie und Wasser	–	–	–
	606-609	Sonstige Aufwendungen (Waren)	–	–	–
	616	Aufwendungen für Fremdinstandhaltung	–	–	–
	610-615, 617, 619	Sonstige Aufwendungen (Leistungen)	–	–	–
	618	Aufwandsberichtigungen (Skonti etc.)	–	–	–
6	**620-649, 652, 655, 659**	**Personalaufwand**	**–**	**–**	**–**
	620-626	Löhne	–	–	–
	627-632	Gehälter	–	–	–
	633-638	Bezüge	–	–	–
	639	Sonstige Aufwendungen mit Gehalts- oder Bezügecharakter	–	–	–
	640-649	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	–	–	–
	652, 655, 659	Sonstige Personalaufwendungen	–	–	–
7	**660-664, 666-667**	**Abschreibungen**	**–**	**–**	**–**
8	**650-651, 653-654, 656-658, 670-696, 699-709**	**Sonstige betriebliche Aufwendungen**	**–**	**–**	**–**
	650-651, 653-654, 656-658	Sonstige mittelbare Personalaufwendungen	–	–	–
	670-679	Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten	–	–	–
	680-689	Aufwendungen für Kommunikation, Dokumentation, Information, Reisen, Werbung	–	–	–
	690-696, 699	Aufwendungen für Beiträge und Sonstiges sowie Wertkorrekturen und periodenfremde Aufwendungen	–	–	–
	700-709	Betriebliche Steuern	–	–	–
		Betriebsaufwand	**–**	**–**	**–**
		Eigenergebnis	**5.048.300**	**2.998.500**	**2.481.661**

Kapitel 05 02 / Buchungskreisnummer 2495
Allgemeine Bewilligungen

W i r t s c h a f t s p l a n (Fördermittelbuchungskreis)

E r f o l g s p l a n

Pos.	VKR	Bezeichnung	Soll 2009 EUR	Soll 2008 EUR	Ist 2007 EUR
9	540-543, 545-549	betriebliche Erträge aus Transferleistungen	912.800	943.600	1.083.812
10	550-559	Steuererträge und steuerähnliche Erträge	–	–	–
		Steuererträge und Leistungsabgeltung	912.800	943.600	1.083.812
11	710-719	Betrieblicher Aufwand aus Transferleistungen	5.961.100	3.942.100	3.575.420
11a	7100100300	nicht rückzahlbare Zuweisungen für Investitionen	–	–	–
12	720-729	Steueraufwand und ähnliche Aufwendungen	–	–	–
		Leistungstransfers	5.961.100	3.942.100	3.575.420
		Steuer- und Leistungsergebnis	-5.048.300	-2.998.500	-2.491.608
		Verwaltungsergebnis	–	–	-9.947
13	560-569	Erträge aus Beteiligungen und anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	–	–	–
14	570-579	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	–	–	–
		Finanzertrag	–	–	–
15	740-749	Abschreibungen auf Finanzanlagen und Wertpapiere des Umlaufvermögens und Verluste aus entsprechenden Abgängen	–	–	–
16	750-769	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	–	–	–
		Finanzaufwand	–	–	–
		Finanzergebnis	–	–	–
		Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	–	–	-9.947
17	590-599	Außerordentliche Erträge, Erträge aus Verlustübernahme	–	–	–
		Außerordentlicher Ertrag	–	–	–
18	665, 668-669, 697-698, 730-739, 790-799	Außerordentlicher Aufwand, Aufwand aus Gewinnabführungen, Aufwendungen für sonstige Leistungen Dritter	–	–	–
		Außerordentlicher Aufwand	–	–	–
		Außerordentliches Ergebnis	–	–	–
19	580-589	(durchlaufende) Erträge aus Zuwendungen, Zuschüsse für Investitionen und besondere Finanzeinnahmen	–	–	–
		Transferzuwendungen	–	–	–
20	780-789	(durchlaufende) Aufwendungen für Zuwendungen und Zuschüsse für Investitionen und besondere Finanzausgaben	–	–	–
		Transferzahlungen	–	–	–
		Transferergebnis	–	–	–
		Neutrales Ergebnis	–	–	–
21	770-779	Steuern vom Einkommen und Ertrag	–	–	–
		Jahresergebnis	–	–	-9.947

Kapitel 05 02 / Buchungskreisnummer 2495
Allgemeine Bewilligungen

W i r t s c h a f t s p l a n (Fördermittelbuchungskreis)

E r l ä u t e r u n g e n E r f o l g s p l a n

1. Erläuterungen

Die im Vergleich zum Haushaltsjahr 2008 höheren Werte begründen sich wie folgt:

1. Umressortierung im Bereich der Förderungen in Europa- und internationalen Angelegenheiten. Die bislang im Einzelplan 02 (Hessischer Ministerpräsident) abgebildeten Förderungen mit einem Volumen in Höhe von 166.000,00 EUR wurden übernommen.

2. Umressortierung im Bereich der Integrationsförderungen. Aus dem Einzelplan 07 (Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung) wurden Integrationsförderungen mit einem Volumen in Höhe von 40.000,00 EUR übernommen. Der Einzelplan 08 (Hessisches Ministerium für Arbeit, Familie und Gesundheit) überträgt einen Bereich für Integrationsförderungen mit einem Volumen in Höhe von 1.462.000,00 EUR.

3. Die Fördermaßnahme Opferhilfe wurde um einen Betrag in Höhe von 30.000,00 EUR erweitert. Die zusätzlichen Mittel dienen der nachhaltigen Stärkung des Opferschutzes und der Opferhilfe. Den Opfern von Straftaten wird im Fall der Unmöglichkeit der Entschädigung durch den Straftäter über einen erweiterten Hessischen Opferfonds die Möglichkeit eröffnet, auf unbürokratischem Weg materielle Entschädigungen zu erhalten.

4. Das Produkt "Ehrenamtliche Bewährungshilfe" wird um die Förderung einer ehrenamtlichen Jugendbewährungshilfe ergänzt. Die zusätzlichen Zuwendungsmittel betragen 43.000,00 EUR.

5. Das Produkt "Ehrenamtliche Bewährungshilfe" wird zusätzlich um Zuwendungsmittel für Jugendrechtshäuser in Höhe von 40.000,00 EUR erweitert.

6. Das Produkt "Haftvermeidung und Haftentlassenenhilfe" wird um 200.000,00 EUR für die Sicherstellung einer therapeutischen Begleitung der Probanden im Rahmen des Projektes "Sicherheitsmanagement" erweitert. Weitere 20.000,00 EUR werden für weitere Projekte im Rahmen der Vermittlung gemeinnütziger Arbeit zur Verfügung gestellt.

2. Erläuterungen zu Einzelpositionen

Zu Pos. 1a:
- VKR 544 - Erträge aus Produktabgeltung
Die Produktabgeltung entspricht dem Landesanteil an der Finanzierung.

Zu Pos. 4:
- VKR 530-539 - sonstige betriebliche Erträge
Der im Erfolgsplan für 2007 ausgewiesene Wert resultiert aus einer Ertragsbuchung durch Auflösung einer im Jahr 2006 gebildeten Rückstellung für ausstehende Rechnungen, die nicht in Anspruch genommen wurde.

Darüberhinaus wurde ein Ertrag aus nicht in Anspruch genommenen Fördermitteln aus dem Jahr 2006 für die Kriminologische Zentralstelle gebucht.

Zu Pos. 9:
- VKR 540-543, 545-549 - betriebliche Erträge aus Transferleistungen
Die Summe der betrieblichen Erträge aus Transferleistungen für das Jahr 2009 setzt sich aus den Zuweisungen des Bundes und der Länder für die Kriminologische Zentralstelle i. H. v. 584.800,00 EUR (Bund: 303.200,00 EUR, Länder: 281.600,00 EUR) und aus den Erstattungen aus dem EU-Sozialfonds i. H. v. 328.000,00 EUR zusammen.

W i r t s c h a f t s p l a n (Fördermittelbuchungskreis)

Zu Pos. 11:
- VKR 710-719 - Betrieblicher Aufwand aus Transferleistungen

Der Betrag setzt sich wie folgt zusammen:

Zentralstelle für Kriegsverbrechen in Ludwigsburg	69.800,00 EUR
Opferhilfe / Straftaten	80.000,00 EUR
Opferhilfe / Beratungsstellen	660.200,00 EUR
Täter-Opfer-Ausgleich	224.700,00 EUR
ehrenamtliche Bewährungshilfe	126.000,00 EUR
Zuschüsse an die Kriminologische Zentralstelle	607.300,00 EUR
Zuwendung an die Kindertagesstätte Limburg	50.000,00 EUR
Zuwendung an die Kindertagesstätte Frankfurt am Main	120.000,00 EUR
Berufliche Qualifizierung von Gefangenen (Dr. Fritz-Bauer e.V.)	415.000,00 EUR
Berufliche Qualifizierung von Gefangenen (Aus- und Weiterbildung)	900.000,00 EUR
Berufliche Qualifizierung von Gefangenen (Ziel 3-Förderung)	328.000,00 EUR
Haftvermeidung	126.100,00 EUR
Haftentlassenenhilfe	226.000,00 EUR
Privatisierung Vermittlung gemeinnütziger Arbeit	60.000,00 EUR
Übergangsmanagement	250.000,00 EUR
Mitgliedsbeiträge im Zusammenhang mit der Förderung im Bereich der Europaabteilung	22.000,00 EUR
Förderung des Europagedankens, der interregionalen und internationalen Zusammenarbeit	60.000,00 EUR
Europäische Akademie Hessen	84.000,00 EUR
Integrationsförderungen	1.085.000,00 EUR
Hessischer Integrationspreis	20.000,00 EUR
Förderung zur Unterstützung der Gewinnung und Betreuung von ausländischen Führungskräften	40.000,00 EUR
Förderung der Geschäftsstelle der Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte Hessen	357.000,00 EUR
Modellregionen Integration	50.000,00 EUR

Kapitel 05 02 / Buchungskreisnummer 2495
Allgemeine Bewilligungen

W i r t s c h a f t s p l a n (Fördermittelbuchungskreis)

Ü b e r l e i t u n g s r e c h n u n g

	Bezeichnung	Soll 2009 EUR	Soll 2008 EUR
+	Produktabgeltung lt. Leistungsplan	5.048.300	2.998.500
+	Investitionen lt. Finanzplan	–	–
–	Abschreibungen	–	–
–	Zuführung zu Rückstellungen	–	–
+	Auflösung von Rückstellungen	–	–
+/–	Neutrales Ergebnis	–	–
	Kameraler Zuschuss (+) / Überschuss (-)	5.048.300	2.998.500

Kapitel Titel / Funkt.-Kennziffer	ZWECKBESTIMMUNG ERLÄUTERUNGEN	Ansatz 2009 EUR	Ansatz 2008 EUR	IST 2007 EUR

05 02 Allgemeine Bewilligungen

1. Einnahmen können, soweit durch die Bewirtschaftungsvermerke in den einzelnen Förderproduktblättern geregelt, zur Verstärkung der Ausgaben eingesetzt werden.
2. Die Ansätze der Hauptgruppen 5 bis 9 sind gegenseitig deckungsfähig und übertragbar.
3. Verpflichtungsermächtigungen sind im Rahmen der jeweiligen Einzelregelungen in den Förderproduktblättern deckungsfähig.
4. Rücklagen können mit Zustimmung des Ministeriums der Finanzen gebildet werden.

E I N N A H M E N

Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dergleichen (Eigene Einnahmen)

119	011	Sonstige Verwaltungseinnahmen	—	—	35 958

Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen (Übertragungseinnahmen)

231	052	Zuweisungen des Bundes für die Kriminologische Zentralstelle	303 200	319 200	304 311
232	052	Zuweisungen der Länder für die Kriminologische Zentralstelle	281 600	296 400	282 373
271	056	Erstattungen aus dem EU-Sozialfonds für Kosten der technischen Hilfen	328 000	328 000	255 912
		Gesamteinnahmen Kapitel 05 02	912 800	943 600	878 555

Kapitel 05 02
Allgemeine Bewilligungen

Kapitel Titel / Funkt.-Kennziffer		ZWECKBESTIMMUNG ERLÄUTERUNGEN	Ansatz 2009 EUR	Ansatz 2008 EUR	IST 2007 EUR
		AUSGABEN			
		Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen (Übertragungsausgaben)			
632	011	Verwaltungskostenerstattung an das Land Baden-Württemberg für die Zentralstelle der Landesjustizverwaltungen in Ludwigsburg	69 800	69 800	53 424
n e u 633	div	**Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände**	50 000	—	—
671	div	Erstattungen an Inland	1 315 000	1 315 000	1 270 422
681	059	Entschädigungen für Opfer von Straftaten von Gefangenen des hessischen Justizvollzuges und Maßregelvollzugspatienten des hessischen Maßregelvollzuges	80 000	50 000	—
n e u 684	div	**Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen (ohne öffentliche Einrichtungen)**	1 502 000	—	—
685	div	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen	2 944 300	2 507 300	1 999 218
		Gesamtausgaben Kapitel 05 02	5 961 100	3 942 100	3 323 064

Kapitel Titel / Funkt.-Kennziffer	ZWECKBESTIMMUNG ERLÄUTERUNGEN	Ansatz 2009 EUR	Ansatz 2008 EUR	IST 2007 EUR
Abschluss Kapitel 05 02				
0	Steuern und steuerähnliche Abgaben	—	—	—
1	Eigene Einnahmen	—	—	35 958
2	Übertragungseinnahmen	912 800	943 600	842 597
3	Vermögenswirksame und besondere Finanzierungseinnahmen	—	—	—
Gesamteinnahmen		912 800	943 600	878 555
4	Personalausgaben	—	—	—
5	Sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—
	Ausgaben für den Schuldendienst	—	—	—
6	Übertragungsausgaben	5 961 100	3 942 100	3 323 064
7	Baumaßnahmen	—	—	—
8	Sonstige Investitionsausgaben	—	—	—
9	Besondere Finanzierungsausgaben	—	—	—
Gesamtausgaben		5 961 100	3 942 100	3 323 064
Zuschuss/Überschuss		-5 048 300	-2 998 500	-2 444 509

W i r t s c h a f t s p l a n

Staatsanwaltschaften und Amtsanwaltschaft

A. Vorbemerkungen

Die Staatsanwaltschaften des Landes Hessen sind selbständige gesetzes- und rechtsgebundene Justizbehörden auf dem Gebiet der Strafrechtspflege. Ihre Aufgaben und Verpflichtungen liegen weit überwiegend in den Bereichen der Strafverfolgung und der Strafvollstreckung.

Insgesamt handelt es sich um 9 Staatsanwaltschaften bei den Landgerichten, die Amtsanwaltschaft Frankfurt am Main sowie die Generalstaatsanwaltschaft, welche zusätzlich auch die Funktion der Mittelbehörde ausübt.
Die im Vergleich zum Haushaltsjahr 2008 niedrigeren Produktkosten beruhen im Wesentlichen auf der geänderten Berechnungsgrundlage der Vorsorgeprämie, was im Haushaltsjahr 2009 zu einer Reduzierung der Vorsorgeprämie um ca. 15,4 Mio. EUR führt. Andererseits werden die Produktkosten aber auch beeinflusst durch für 2009 zusätzlich veranschlagte Mittel i.H.v. ca. 1,0 Mio. EUR zwecks zielgerichteter personeller Verstärkungen zur Verwirklichung folgender notwendiger Maßnahmen zur effizienteren Kriminalitätsbekämpfung, insbesondere im Bereich der Wirtschaftskriminalität und der Jugenddelinquenz:

Einrichtung einer Schwerpunktstaatsanwaltschaft für die Bekämpfung von Wirtschaftskriminalität bei der Staatsanwaltschaft Frankfurt am Main

Aufstockung der Task Force

Einrichtung einer Zentralstelle zur Bekämpfung der Internetkriminalität bei der Generalstaatsanwaltschaft.

Einrichtung von Häusern des Jugendrechts in Frankfurt am Main und Wiesbaden

Personelle Verstärkung zur Beschleunigung der Ermittlungsverfahren gegen Jugendliche und Heranwachsende

B. Bewirtschaftungsvermerke

Allgemein

Die Bewirtschaftung richtet sich insbesondere nach den §§ 7a und 70 bis 72 und 74 bis 80 LHO und den dazu ergangenen Verwaltungsvorschriften.

Ständig nicht vollbeschäftigte Kräfte können im Reinigungsdienst und für sonstige Dienstleistungen mit zusammen höchstens 317 Arbeitsstunden je Woche sowie auch Vorlesekräfte ohne Inanspruchnahme einer Stelle beschäftigt werden.

Leistungsplan

Überschreitungen/Unterschreitungen von Mengen und Kosten je Produkt sind im Rahmen der gesamten Produktabgeltung zulässig. Die Verfahrenskosten werden außerhalb des Produktes nachrichtlich ausgewiesen.

Die in den Produktblättern aufgeführten Kennzahlen bzw. Kennzahlendefinitionen sind noch nicht verbindlich. Die festgelegten Vorgaben bzw. Kennzahlen sollen nach Möglichkeit erreicht werden.

Erfolgsplan

W i r t s c h a f t s p l a n

Die Verfahrenskosten gemäß Jahresergebnis II unterliegen nicht der Produktabgeltung. 50 von Hundert des Jahresüberschusses aus laufenden Geschäften können in eine Gewinnrücklage eingestellt werden (dies gilt nicht für das Jahresergebnis II). Im Übrigen erfolgt eine Gewinnabführung an den Landeshaushalt.

Finanzplan

-

Kapitel 05 03 / Buchungskreisnummer 2430
Staatsanwaltschaften und Amtsanwaltschaft

W i r t s c h a f t s p l a n

L e i s t u n g s p l a n

- Beträge in 1.000 EUR -

Nr	neu / weg-gef.	Bezeichnung	Soll 2009				
			Menge	Gesamt-kosten	Eigene Erlöse	Produkt-abgeltung	Ergebnis
Produkte							
1	weg	Staatsschutzsachen	–	–	–	–	–
2	weg	Sonstige Ermittlungsverfahren	–	–	–	–	–
3	weg	Revisionen und Rechtsbeschwerden	–	–	–	–	–
4	weg	Haftprüfungsverfahren	–	–	–	–	–
5	weg	Sonstige Beschwerden	–	–	–	–	–
6	weg	Einstellungsbeschwerden einschließlich Klageerzwingung	–	–	–	–	–
7	weg	Rechtshilfeverkehr	–	–	–	–	–
8	weg	Sonstige Verfahren	–	–	–	–	–
9	weg	Ermittlungsverfahren gegen Erwachsene	–	–	–	–	–
10	weg	Ermittlungsverfahren gegen Jugendliche und Heranwachsende	–	–	–	–	–
11	weg	Ermittlungsverfahren gegen Unbekannt	–	–	–	–	–
12	weg	Mitwirkung im Strafverfahren	–	–	–	–	–
13	weg	Ordungswidrigkeitsverfahren	–	–	–	–	–
14	weg	Vollstreckungssachen	–	–	–	–	–
15	weg	Sonstige Aufgaben der Staatsanwaltschaft	–	–	–	–	–
1		Ermittlungs- und Strafverfahren StA	577.400,0	63.955,6	–	63.955,6	–
2		Vollstreckungssachen StA	54.000,0	20.400,9	1.500,0	18.900,9	–
3		Sonstige Aufgaben StA	32.000,0	3.870,5	–	3.870,5	–
4		Rechtsbehelfe und Haftprüfungsverfahren GStA	5.800,0	2.198,2	–	2.198,2	–
5		Ermittlungs- und sonstige Verfahren GStA	3.200,0	1.549,7	–	1.549,7	–
		Summe Produkte		**91.974,9**	**1.500,0**	**90.474,9**	**–**
Zwischenbehördliche Leistungen							
1		Abgeordnete Personen	17,0	1.231,7	1.231,7	–	–
2		Koordination der Ausbildung	30.440,0	1.635,2	1.632,0	3,2	–
3		Interessenvertretungen	5.050,0	163,0	163,0	–	–
4	weg	Gemeinsame Dienste Justizzentrum Offenbach	–	–	–	–	–
		Summe Zwischenbehördliche Leistungen		**3.029,9**	**3.026,7**	**3,2**	**–**
		Gesamtsumme		**95.004,8**	**4.526,7**	**90.478,1**	**–**

Kapitel 05 03 / Buchungskreisnummer 2430
Staatsanwaltschaften und Amtsanwaltschaft

W i r t s c h a f t s p l a n

L e i s t u n g s p l a n

- Beträge in 1.000 EUR -

Soll 2008					Ist 2007				
Menge	Gesamt-kosten	Eigene Erlöse	Produkt-abgeltung	Ergebnis	Menge	Gesamt-kosten	Eigene Erlöse	Produkt-abgeltung	Ergebnis
–	–	–	–	–	3,0	39,5	–	30,7	-8,8
–	–	–	–	–	1.034,0	332,5	–	260,5	-72,0
–	–	–	–	–	933,0	559,6	–	677,3	117,7
–	–	–	–	–	177,0	144,5	–	203,1	58,6
–	–	–	–	–	1.430,0	1.207,8	–	892,5	-315,3
–	–	–	–	–	3.134,0	783,9	–	789,6	5,7
–	–	–	–	–	692,0	516,2	–	406,5	-109,7
–	–	–	–	–	1.315,0	1.035,5	–	761,5	-274,0
–	–	–	–	–	305.886,0	44.621,8	–	41.211,2	-3.410,6
–	–	–	–	–	54.484,0	7.780,6	–	7.793,1	12,5
–	–	–	–	–	218.659,0	3.820,0	–	3.704,9	-115,1
–	–	–	–	–	70.449,0	5.215,9	–	5.000,4	-215,5
–	–	–	–	–	26.154,0	1.894,0	–	1.895,7	1,7
–	–	–	–	–	72.052,0	20.397,3	6.345,2	18.288,8	4.236,7
–	–	–	–	–	6.814,0	2.039,2	6,0	2.060,4	27,2
539.000,0	70.610,4	–	70.610,4	–	–	–	–	–	–
53.000,0	23.955,1	1.500,0	22.455,1	–	–	–	–	–	–
33.000,0	4.531,6	0,2	4.531,4	–	–	–	–	–	–
5.350,0	2.984,5	–	2.984,5	–	–	–	–	–	–
2.901,0	1.915,9	–	1.915,9	–	–	–	–	–	–
	103.997,5	**1.500,2**	**102.497,3**	**–**		**90.388,3**	**6.351,2**	**83.976,2**	**-60,9**
10,0	879,0	879,0	–	–	21,4	1.566,1	1.566,1	–	–
30.197,0	2.201,0	2.201,0	–	–	30.361,0	1.731,0	343,3	1.476,7	89,0
6.242,0	229,0	229,0	–	–	6.189,0	249,6	–	273,6	24,0
–	–	–	–	–	–	–	–	40,7	40,7
	3.309,0	**3.309,0**	**–**	**–**		**3.546,7**	**1.909,4**	**1.791,0**	**153,7**
	107.306,5	**4.809,2**	**102.497,3**	**–**		**93.935,0**	**8.260,6**	**85.767,2**	**92,8**

Kapitel 05 03 / Buchungskreisnummer 2430
Staatsanwaltschaften und Amtsanwaltschaft

W i r t s c h a f t s p l a n

L e i s t u n g s p l a n

- Beträge in 1.000 EUR -

Nr	neu / weg-gef.	Verfahrenskostenträger*	Soll 2009				
			Menge	Gesamt-kosten	Eigene Erlöse	Zu-/ Abführung	Ergebnis
1		Verfahrenskostenträger	–	18.750,0	71.700,0	-52.950,0	–
		Summe		**18.750,0**	**71.700,0**	**-52.950,0**	**–**

* Die Beträge in der folgenden Darstellung enthalten - im Gegensatz zum Bereich Produkte, Projekte, externe und zwischenbehördliche Leistungen - zusätzlich zu betriebsbedingten Kosten und Erlösen auch CO-neutrale Bestandteile.

Kapitel 05 03 / Buchungskreisnummer 2430
Staatsanwaltschaften und Amtsanwaltschaft

W i r t s c h a f t s p l a n

L e i s t u n g s p l a n

- Beträge in 1.000 EUR -

Soll 2008					Ist 2007				
Menge	Gesamt-kosten*	Eigene Erlöse*	Zu-/ Abführung*	Ergebnis*	Menge	Gesamt-kosten*	Eigene Erlöse*	Zu-/ Abführung*	Ergebnis*
–	17.530,0	55.050,0	-37.520,0	–	–	18.746,7	60.848,1	-42.101,4	–
	17.530,0	**55.050,0**	**-37.520,0**	**–**		**18.746,7**	**60.848,1**	**-42.101,4**	**–**

Kapitel 05 03 / Buchungskreisnummer 2430
Staatsanwaltschaften und Amtsanwaltschaft

W i r t s c h a f t s p l a n

L e i s t u n g s p l a n - E r l ä u t e r u n g - P r o d u k t b l a t t

Erläuterungen zu Produkt Nr. 1:
Ermittlungsverfahren und Strafverfahren Staatsanwaltschaften

1. Erbringer

Landgerichtliche Staatsanwaltschaften, Amtsanwaltschaft Frankfurt am Main sowie die Eingreifreserve der Generalstaatsanwaltschaft.

2. Rechtsgrundlage oder sonstige Grundlage

Aufgaben und Zuständigkeiten der Staatsanwaltschaften (insbesondere §§ 152 ff StPO, §§ 226 ff StPO, §§ 141 ff GVG)

3. Produkt- und Leistungsbeschreibung

3.1 Beschreibung des Produkts

Das Produkt umfasst die staatsanwaltschaftlichen Tätigkeiten, die im Rahmen der Ermittlungsverfahren von der Eintragung bis zum Verfahrensabschluss zu erbringen sind, sowie Tätigkeiten im Rahmen des Strafverfahrens nach Anhängigkeit bei Gericht.

3.2 Leistungen zum Produkt

Zum Produkt gehören folgende Leistungen:

- Bearbeitung Ermittlungsverfahren gegen Erwachsene
- Bearbeitung Ermittlungsverfahren gegen Jugendliche
- Bearbeitung Ermittlungsverfahren gegen Unbekannt
- Gutachtenerstattung
- Buchhalterische Auswertungen zu Wirtschaftsstrafsachen
- Mitwirkung im Strafverfahren

4. Bezug zu politischen Zielen

Effektive Rechtsschutzgewährung sowie effiziente Justiz- und Gerichtsverwaltung auf hohem Qualitätsniveau garantieren und effektive Strafverfolgung sowie Rechtssicherheit gewährleisten.

5. Empfänger

Hessischer Landtag (stellvertretend für die Bürger)

6. Zählgröße / Mengen im Haushaltsjahr

Zählgröße	Soll 2009	Soll 2008	Ist 2007
Anzahl der erledigten Verfahren	577.400	539.000	–
Anzahl der eingegangenen Verfahren	–	–	579.029
Anzahl Arbeitsstunden	–	–	70.449

Die Zählgröße im Jahre 2007 war für die ehemaligen Produkte 9, 10 und 11 die Anzahl der eingegangenen Verfahren und für das Produkt 12 die Anzahl der Arbeitsstunden.

W i r t s c h a f t s p l a n

L e i s t u n g s p l a n - E r l ä u t e r u n g - P r o d u k t b l a t t

Die Abweichung bei den erledigten Verfahren zwischen Soll 2009 und Soll 2008 lassen sich durch die im Jahr 2008 gestiegenen Erledigungszahlen erklären.

7. Kostenzusammensetzung / Stückkosten / Preis

Das Produkt umfasst alle Personal- und Sachkosten, die ihm im Rahmen der Leistungsverrechnung zugerechnet werden. Die Verfahrenseinnahmen und -ausgaben sind nicht Bestandteil der Produktkosten.

Kostenartenschichtung (in EUR)

Kostenarten	Soll 2009 EUR	Soll 2008 EUR	Ist 2007 EUR
Personalkosten	37.695.420	43.008.619	37.790.378
Sachkosten	6.580.224	5.687.646	5.027.321
Kalkulatorische Kosten	260.279	372.910	621.171
Sonstige Kosten *	19.419.732	21.541.251	17.999.350
Gesamtkosten	**63.955.655**	**70.610.426**	**61.438.220**
Erlöse	–	–	–
Produktabgeltung	63.955.655	70.610.426	57.709.631
Ergebnis	**–**	**–**	**-3.728.589**

* Kosten der innerbehördlichen Leistungsverrechnung

Stückkosten (in EUR)

Gesamtkosten / Menge	Soll 2009 EUR	Soll 2008 EUR	Ist 2007 EUR
Anzahl der erledigten Verfahren	110,76	131,00	–
Anzahl der eingegangenen Verfahren	–	–	97,10
Anzahl Arbeitsstunden	–	–	74,04

Preis (in EUR)

Produktabgeltung / Menge	Soll 2009 EUR	Soll 2008 EUR	Ist 2007 EUR
Anzahl der erledigten Verfahren	110,76	131,00	–
Anzahl der eingegangenen Verfahren	–	–	91,03
Anzahl der Arbeitsstunden	–	–	70,98

8. Produktspezifische Kennzahlen / Qualitätskennzahlen

8.1 Kennzahlen zur Leistungswirkung (Effektivität der Leistungen)

- Personalausstattung

8.2 Kennzahlen zur Finanzwirtschaft (Effizienz der Leistungen)

- Abweichung der tatsächlichen Ausgaben vom Budget

W i r t s c h a f t s p l a n

L e i s t u n g s p l a n - E r l ä u t e r u n g - P r o d u k t b l a t t

8.3 Kennzahlen zu quantitativen und qualitativen Leistungsmerkmalen

- Anzahl der offenen Ermittlungsverfahren

8.4 Kennzahlen zur Prozessqualität

- Dauer der Ermittlungsverfahren

8.5 Kennzahlen zur Kundenperspektive

- Qualifizierungsmaßnahmen Mitarbeiter
- Qualifizierungserfolg

W i r t s c h a f t s p l a n

L e i s t u n g s p l a n - E r l ä u t e r u n g - P r o d u k t b l a t t

Erläuterungen zu Produkt Nr. 2 :
Vollstreckungssachen Staatsanwaltschaften

1. Erbringer

Landgerichtliche Staatsanwaltschaften

2. Rechtsgrundlage oder sonstige Grundlage

Aufgaben und Zuständigkeiten der Staatsanwaltschaften im Bereich der Strafvollstreckung (§§ 449 ff StPO, §§ 1 ff StVollstrO, §§ 141 ff GVG)

3. Produkt- und Leistungsbeschreibung

3.1 Beschreibung des Produkts

Das Produkt umfasst die staatsanwaltschaftlichen Tätigkeiten, welche im Rahmen der Vollstreckung von Freiheitsstrafen, freiheitsentziehenden Maßregeln, Geldstrafen, Geldbußen, Ordnungs- und Zwangsgeld sowie Erzwingungshaft erbracht werden (ohne Gnadensachen).

3.2 Leistungen zum Produkt

Zum Produkt gehören folgende Leistungen:

- Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen
- Vermittlung und Überwachung gemeinnütziger Arbeit
- Vollstreckungssachen Amtsanwaltschaft
- Förderkreisverwaltungskostenerstattung Maßregelvollzug

4. Bezug zu politischen Zielen

Effektive Rechtsschutzgewährung sowie effiziente Justiz- und Gerichtsverwaltung auf hohem Qualitätsniveau garantieren und effektive Strafverfolgung sowie Rechtssicherheit gewährleisten.

5. Empfänger

Hessischer Landtag (stellvertretend für die Bürger).

6. Zählgröße / Mengen im Haushaltsjahr

Zählgröße	Soll 2009	Soll 2008	Ist 2007
Anzahl der erledigten Verfahren	54.000	53.000	–
Anzahl der eingegangenen Verfahren	–	–	72.052

Die Zählgröße im Jahr 2007 war für das ehemalige Produkt 14 die Anzahl der eingegangenen Verfahren.

Die Zählweise in 2007 wurde zugunsten der aussagekräftigeren Zählgröße geändert.

W i r t s c h a f t s p l a n

L e i s t u n g s p l a n - E r l ä u t e r u n g - P r o d u k t b l a t t

7. Kostenzusammensetzung / Stückkosten / Preis

Das Produkt umfasst alle Personal- und Sachkosten, die ihm im Rahmen der Leistungsverrechnung zugerechnet werden. Die Verfahrenseinnahmen und -ausgaben sind nicht Bestandteil der Produktkosten.

Kostenartenschichtung (in EUR)

Kostenarten	Soll 2009 EUR	Soll 2008 EUR	Ist 2007 EUR
Personalkosten	11.363.922	7.079.771	6.081.314
Sachkosten	3.091.269	2.122.655	2.072.315
Kalkulatorische Kosten	82.096	63.507	90.086
Sonstige Kosten *	5.863.605	14.689.131	12.153.614
Gesamtkosten	**20.400.892**	**23.955.064**	**20.397.329**
Erlöse	1.500.000	1.500.000	6.345.228
Produktabgeltung	18.900.892	22.455.064	18.288.805
Ergebnis	**–**	**–**	**4.236.704**

* Kosten der innerbehördlichen Leistungsverrechnung

Stückkosten (in EUR)

Gesamtkosten / Menge	Soll 2009 EUR	Soll 2008 EUR	Ist 2007 EUR
Anzahl der erledigten Verfahren	377,79	451,98	–
Anzahl der eingegangenen Verfahren	–	–	283,09

Preis (in EUR)

Produktabgeltung / Menge	Soll 2009 EUR	Soll 2008 EUR	Ist 2007 EUR
Anzahl der erledigten Verfahren	350,02	423,68	–
Anzahl der eingegangenen Verfahren	–	–	253,83

8. Produktspezifische Kennzahlen / Qualitätskennzahlen

8.1 Kennzahlen zur Leistungswirkung (Effektivität der Leistungen)

- Personalausstattung

8.2 Kennzahlen zur Finanzwirtschaft (Effizienz der Leistungen)

- Abweichung der tatsächlichen Ausgaben vom Budget

8.3 Kennzahlen zu quantitativen und qualitativen Leistungsmerkmalen

- Anzahl der offenen Einleitungen der Vollstreckung von Freiheitsstrafen

- Anzahl der offenen Geldstrafenvollstreckungen

8.4 Kennzahlen zur Prozessqualität

- Dauer der Einleitung der Vollstreckung von Freiheitsstrafen
- Dauer der Geldstrafenvollstreckung

8.5 Kennzahlen zur Kundenperspektive

- Qualifizierungsmaßnahmen Mitarbeiter
- Qualifizierungserfolg

W i r t s c h a f t s p l a n

L e i s t u n g s p l a n - E r l ä u t e r u n g - P r o d u k t b l a t t

Erläuterungen zu Produkt Nr. 3 :
Sonstige Aufgaben Staatsanwaltschaften

1. Erbringer

Landgerichtliche Staatsanwaltschaften sowie die Amtsanwaltschaft Frankfurt am Main.

2. Rechtsgrundlage oder sonstige Grundlage

Aufgaben und Zuständigkeiten der Staatsanwaltschaften im Bereich der Bearbeitung von Bußgeldverfahren (insbesondere im Bereich des WaffG, der LebensmittelVO sowie der AO, §§ 89 ff OWiG, §§ 141 ff GVG) sowie im Bereich der sonstigen Aufgaben.

3. Produkt- und Leistungsbeschreibung

3.1 Beschreibung des Produkts

Das Produkt umfasst die staatsanwaltschaftlichen Tätigkeiten, welche im Rahmen der Durchführung von Ordnungswidrigkeitsverfahren erbracht werden (Tätigkeiten im Ermittlungsverfahren), sowie die sonstigen Tätigkeiten der landgerichtlichen Staatsanwaltschaften.

3.2 Leistungen zum Produkt

Zum Produkt gehören folgende Leistungen:

- Bearbeitung OWi-Verfahren
- Rechtshilfe
- Bearbeitung von Gnadensachen
- Berichte der allgemeinen Gerichtshilfe
- Beschwerdeverfahren Amtsanwaltschaft
- Täter-Opfer-Ausgleich

4. Bezug zu politischen Zielen

Effektive Rechtsschutzgewährung sowie effiziente Justiz- und Gerichtsverwaltung auf hohem Qualitätsniveau garantieren und effektive Strafverfolgung sowie Rechtssicherheit gewährleisten.

5. Empfänger

Hessischer Landtag (stellvertretend für die Bürger).

6. Zählgröße / Mengen im Haushaltsjahr

Zählgröße	Soll 2009	Soll 2008	Ist 2007
Anzahl der erledigten Verfahren	32.000	33.000	–
Anzahl der eingegangenen Verfahren	–	–	26.154
Anzahl der eingegangenen Vorgänge	–	–	6.814

Die Zählgrößen im Jahr 2007 war für das ehemalige Produkt 13 die Anzahl der eingegangenen Verfahren und für das ehemalige Produkt 15 die Anzahl der eingegangenen Vorgänge.

Die Zählweise in 2007 wurde zugunsten der aussagekräftigeren Zählgröße geändert.

W i r t s c h a f t s p l a n

L e i s t u n g s p l a n - E r l ä u t e r u n g - P r o d u k t b l a t t

7. Kostenzusammensetzung / Stückkosten / Preis

Das Produkt umfasst alle Personal- und Sachkosten, die ihm im Rahmen der Leistungsverrechnung zugerechnet werden. Die Verfahrenseinnahmen und -ausgaben sind nicht Bestandteil der Produktkosten.

Kostenartenschichtung (in EUR)

Kostenarten	Soll 2009 EUR	Soll 2008 EUR	Ist 2007 EUR
Personalkosten	2.492.393	3.179.474	2.702.671
Sachkosten	430.698	371.484	404.844
Kalkulatorische Kosten	14.682	20.766	38.884
Sonstige Kosten *	932.702	959.863	786.836
Gesamtkosten	**3.870.475**	**4.531.587**	**3.933.235**
Erlöse	–	200	6.005
Produktabgeltung	3.870.475	4.531.387	3.956.150
Ergebnis	**–**	**–**	**28.920**

* Kosten der innerbehördlichen Leistungsverrechnung

Stückkosten (in EUR)

Gesamtkosten / Menge	Soll 2009 EUR	Soll 2008 EUR	Ist 2007 EUR
Anzahl der erledigten Verfahren	120,95	137,32	–
Anzahl der eingegangenen Verfahren	–	–	72,42
Anzahl der eingegangenen Vorgänge	–	–	298,38

Preis (in EUR)

Produktabgeltung / Menge	Soll 2009 EUR	Soll 2008 EUR	Ist 2007 EUR
Anzahl der erledigten Verfahren	120,95	137,31	–
Anzahl der eingegangenen Verfahren	–	–	72,48
Anzahl der eingegangenen Vorgänge	–	–	302,38

8. Produktspezifische Kennzahlen / Qualitätskennzahlen

8.1 Kennzahlen zur Leistungswirkung (Effektivität der Leistungen)

- Personalausstattung

8.2 Kennzahlen zur Finanzwirtschaft (Effizienz der Leistungen)

- Abweichung der tatsächlichen Ausgaben vom Budget

8.3 Kennzahlen zu quantitativen und qualitativen Leistungsmerkmalen

- Anzahl der offenen Verfahren

W i r t s c h a f t s p l a n

L e i s t u n g s p l a n - E r l ä u t e r u n g - P r o d u k t b l a t t

8.4 Kennzahlen zur Prozessqualität

- Dauer der Verfahren

8.5 Kennzahlen zur Kundenperspektive

- Qualifizierungsmaßnahmen Mitarbeiter
- Qualifizierungserfolg

W i r t s c h a f t s p l a n

L e i s t u n g s p l a n - E r l ä u t e r u n g - P r o d u k t b l a t t

Erläuterungen zu Produkt Nr. 4 :
Rechtsbehelfe und Haftprüfungsverfahren Generalstaatsanwaltschaft

1. Erbringer

Generalstaatsanwaltschaft

2. Rechtsgrundlage oder sonstige Grundlage

Aufgaben und Zuständigkeiten der Generalstaatsanwaltschaft im Rahmen der Rechtsmittel (insbesondere §§ 333 ff StPO, §§ 78 ff OWiG), des Haftprüfungsverfahrens (insbesondere §§ 121 ff StPO), der Bearbeitung von Einstellungsbeschwerden und Klageerzwingungsverfahren (§§ 172 ff StPO) sowie sonstiger Beschwerden (insbesondere § 21 StVollstrO, § 23 EGGVG, §§ 1 ff HessGnO).

3. Produkt- und Leistungsbeschreibung

3.1 Beschreibung des Produkts

Das Produkt umfasst die von der Generalstaatsanwaltschaft zu erbringenden Leistungen im Rahmen der Bearbeitung von Revisionen und Rechtsbeschwerden, der Bearbeitung von Haftprüfungsverfahren vor dem Oberlandesgericht (zum Beispiel Stellungnahmen), der Bearbeitung von Einstellungsbeschwerden und Klageerzwingungsverfahren von der Eintragung bis zur Beschwerdeentscheidung bzw. Weiterleitung des Beschwerdevorgangs an das Oberlandesgericht sowie der Bearbeitung sonstiger Beschwerden.

3.2 Leistungen zum Produkt

Zum Produkt gehören folgende Leistungen:

- Bearbeitung von Revisionen und Rechtsbeschwerden
- Bearbeitung von Haftprüfungsverfahren
- Bearbeitung von Einstellungsbeschwerden
- Bearbeitung von Beschwerden in Gnadensachen und Strafvollzugssachen
- Bearbeitung von Beschwerden lebenslänglich Verurteilter
- Bearbeitung von sonstigen Beschwerden

4. Bezug zu politischen Zielen

Effektive Rechtsschutzgewährung sowie effiziente Justiz- und Gerichtsverwaltung auf hohem Qualitätsniveau garantieren und effektive Strafverfolgung sowie Rechtssicherheit gewährleisten.

5. Empfänger

Hessischer Landtag (stellvertretend für die Bürger)

6. Zählgröße / Mengen im Haushaltsjahr

Zählgröße	Soll 2009	Soll 2008	Ist 2007
Anzahl der erledigten Verfahren	5.800	5.350	–
Anzahl der eingegangenen Verfahren	–	–	5.674

W i r t s c h a f t s p l a n

L e i s t u n g s p l a n - E r l ä u t e r u n g - P r o d u k t b l a t t

Die Zählgröße im Jahr 2007 war für die ehemaligen Produkte 3, 4, 5 und 6 die Anzahl der eingegangenen Verfahren.

Die Zählweise in 2007 wurde zugunsten der aussagekräftigeren Zählgröße geändert.

7. Kostenzusammensetzung / Stückkosten / Preis

Das Produkt umfasst alle Personal- und Sachkosten, die ihm im Rahmen der Leistungsverrechnung zugerechnet werden. Die Verfahrenseinnahmen und -ausgaben sind nicht Bestandteil der Produktkosten.

Kostenartenschichtung (in EUR)

Kostenarten	**Soll 2009** EUR	**Soll 2008** EUR	**Ist 2007** EUR
Personalkosten	1.311.953	1.962.037	1.668.850
Sachkosten	230.186	296.809	364.220
Kalkulatorische Kosten	6.052	15.044	24.436
Sonstige Kosten *	650.043	710.610	638.283
Gesamtkosten	**2.198.234**	**2.984.500**	**2.695.789**
Erlöse	–	–	–
Produktabgeltung	2.198.234	2.984.500	2.562.529
Ergebnis	**–**	**–**	**-133.260**

* Kosten der innerbehördlichen Leistungsverrechnung

Stückkosten (in EUR)

Gesamtkosten / Menge	**Soll 2009** EUR	**Soll 2008** EUR	**Ist 2007** EUR
Anzahl der erledigten Verfahren	379,01	557,85	–
Anzahl der eingegangenen Verfahren	–	–	475,11

Preis (in EUR)

Produktabgeltung / Menge	**Soll 2009** EUR	**Soll 2008** EUR	**Ist 2007** EUR
Anzahl der erledigten Verfahren	379,01	557,85	–
Anzahl der eingegangenen Verfahren	–	–	451,63

8. Produktspezifische Kennzahlen / Qualitätskennzahlen

8.1 Kennzahlen zur Leistungswirkung (Effektivität der Leistungen)

- Personalausstattung

8.2 Kennzahlen zur Finanzwirtschaft (Effizienz der Leistungen)

- Abweichung der tatsächlichen Ausgaben vom Budget

8.3 Kennzahlen zu quantitativen und qualitativen Leistungsmerkmalen

- Anzahl der offenen Verfahren

8.4 Kennzahlen zur Prozessqualität

- Dauer der Verfahren

8.5 Kennzahlen zur Kundenperspektive

- Qualifizierungsmaßnahmen Mitarbeiter
- Qualifizierungserfolg

W i r t s c h a f t s p l a n

L e i s t u n g s p l a n - E r l ä u t e r u n g - P r o d u k t b l a t t

Erläuterungen zu Produkt Nr. 5 :
Ermittlungs- und sonstige Verfahren Generalstaatsanwaltschaft

1. Erbringer

Generalstaatsanwaltschaft

2. Rechtsgrundlage oder sonstige Grundlage

Aufgaben und Zuständigkeiten der Staatsanwaltschaften im Rahmen der Bearbeitung von Staatsschutzsachen (insbesondere §§ 152 ff StPO, §§ 142a GVG), von sonstigen Ermittlungsverfahren (insbesondere §§ 1 ff GWG, § 115 OWiG, §§ 152 ff StPO, §§ 141 ff GVG), der Bearbeitung von Rechtshilfeverfahren sowie der Bearbeitung von sonstigen Verfahren (insbesondere nach Beamten-, Richter- und sonstigen Gesetzen).

3. Produkt- und Leistungsbeschreibung

3.1 Beschreibung des Produkts

Das Produkt umfasst die staatsanwaltschaftlichen Tätigkeiten, die im Rahmen der Bearbeitung von Staatsschutzsachen von der Eintragung bis zum Verfahrensabschluss zu erbringen sind, soweit die Verfahren vom Generalbundesanwalt an die Generalstaatsanwaltschaft abgegeben worden sind, ferner die Bearbeitung von sonstigen Ermittlungsverfahren (u. a. Geldwäscheverfahren) von der Eintragung bis zum Verfahrensabschluss, die Bearbeitung von Aus- und Durchlieferungssachen sowie sonstigen Rechtshilfeverfahren (z. B. Prüfung der Schlüssigkeit des Auslieferungsbegehrens, Entscheidungen über ein- und ausgehende Rechtshilfeersuchen) sowie die zu erbringenden Tätigkeiten bei der Bearbeitung von sonstigen Verfahren.

3.2 Leistungen zum Produkt

Zum Produkt gehören folgende Leistungen:

- Bearbeitung Staatsschutzverfahren
- Bearbeitung Bußgeldverfahren
- Bearbeitung Geldwäscheverfahren
- Bearbeitung von Aus- und Durchlieferungen
- Bearbeitung des sonstigen Rechtshilfeverkehrs
- Bearbeitung von Verfahren nach § 145 GVG
- Bearbeitung von beamtenrechtlichen Verwaltungsstreitverfahren
- Bearbeitung von berufsrechtlichen Verfahren
- Bearbeitung von Verfahren betreffend Schaden/Regress

4. Bezug zu politischen Zielen

Effektive Rechtsschutzgewährung sowie effiziente Justiz- und Gerichtsverwaltung auf hohem Qualitätsniveau garantieren und effektive Strafverfolgung sowie Rechtssicherheit gewährleisten.

5. Empfänger

Hessischer Landtag (stellvertretend für die Bürger).

6. Zählgröße / Mengen im Haushaltsjahr

W i r t s c h a f t s p l a n

L e i s t u n g s p l a n - E r l ä u t e r u n g - P r o d u k t b l a t t

Zählgröße	Soll 2009	Soll 2008	Ist 2007
Anzahl der erledigten Verfahren	3.200	2.901	–
Anzahl der eingegangenen Verfahren	–	–	3.044

Die Zählgröße im Jahr 2007 war für die ehemaligen Produkte 1, 2, 7 und 8 die Anzahl der eingegangenen Verfahren.

Die Zählweise in 2007 wurde zugunsten der aussagekräftigeren Zählgröße geändert.

7. Kostenzusammensetzung / Stückkosten / Preis

Das Produkt umfasst alle Personal- und Sachkosten, die ihm im Rahmen der Leistungsverrechnung zugerechnet werden. Die Verfahrenseinnahmen und -ausgaben sind nicht Bestandteil der Produktkosten.

Kostenartenschichtung (in EUR)

Kostenarten	Soll 2009 EUR	Soll 2008 EUR	Ist 2007 EUR
Personalkosten	906.732	1.244.284	1.203.424
Sachkosten	162.862	153.713	223.898
Kalkulatorische Kosten	4.701	9.158	16.120
Sonstige Kosten *	475.385	508.752	480.293
Gesamtkosten	**1.549.680**	**1.915.907**	**1.923.735**
Erlöse	–	–	–
Produktabgeltung	1.549.680	1.915.907	1.459.174
Ergebnis	**–**	**–**	**-464.561**

* Kosten der innerbehördlichen Leistungsverrechnung

Stückkosten (in EUR)

Gesamtkosten / Menge	Soll 2009 EUR	Soll 2008 EUR	Ist 2007 EUR
Anzahl der erledigten Verfahren	484,27	660,43	–
Anzahl der eingegangenen Verfahren	–	–	631,98

Preis (in EUR)

Produktabgeltung / Menge	Soll 2009 EUR	Soll 2008 EUR	Ist 2007 EUR
Anzahl der erledigten Verfahren	484,27	660,43	–
Anzahl der eingegangenen Verfahren	–	–	479,36

8. Produktspezifische Kennzahlen / Qualitätskennzahlen

8.1 Kennzahlen zur Leistungswirkung (Effektivität der Leistungen)

- Personalausstattung

W i r t s c h a f t s p l a n

L e i s t u n g s p l a n - E r l ä u t e r u n g - P r o d u k t b l a t t

8.2 Kennzahlen zur Finanzwirtschaft (Effizienz der Leistungen)

- Abweichung der tatsächlichen Ausgaben vom Budget

8.3 Kennzahlen zu quantitativen und qualitativen Leistungsmerkmalen

- Anzahl der offenen Verfahren

8.4 Kennzahlen zur Prozessqualität

- Dauer der Verfahren

8.5 Kennzahlen zur Kundenperspektive

- Qualifizierungsmaßnahmen Mitarbeiter
- Qualifizierungserfolg

Kapitel 05 03 / Buchungskreisnummer 2430
Staatsanwaltschaften und Amtsanwaltschaft

W i r t s c h a f t s p l a n

L e i s t u n g s p l a n - E r l ä u t e r u n g e n

Erläuterungen zu zwischenbehördlicher Leistung Nr. 1:
Abgeordnete Personen

1. Erbringer

Dienststellen des Buchungskreises 2430 - Staatsanwaltschaften

2. Rechtsgrundlage oder sonstige Grundlage

Erlasse des Hessischen Ministeriums der Justiz, für Integration und Europa

3. Produkt- und Leistungsbeschreibung

3.1 Kurzbeschreibung der zwischenbehördlichen Leistung

Unterstützung anderer Behörden außerhalb des Buchungskreises durch Bedienstete gem. Abordnungserlasse des Ministeriums

3.2 Fachleistung zur zwischenbehördlichen Leistung

4. Bezug zu politischen Zielen

Dient der Zielerreichung des Empfängers/der Empfänger.

5. Empfänger

Behörden des Landes Hessen außerhalb des Buchungskreises 2430 (HMdJIE, OLG usw.)

6. Zählgröße / Mengen im Haushaltsjahr

Zählgröße	Soll 2009	Soll 2008	Ist 2007
Personen	17	10	21

7. Kostenzusammensetzung / Stückkosten / Preis

Kostenartenschichtung (in EUR)

Kostenarten	Soll 2009 EUR	Soll 2008 EUR	Ist 2007 EUR
Personalkosten	1.231.692	879.018	1.566.086
Sachkosten	–	–	–
Kalkulatorische Kosten	–	–	–
Sonstige Kosten *	–	–	–
Gesamtkosten	**1.231.692**	**879.018**	**1.566.086**
Erlöse	1.231.692	879.018	1.566.086
Produktabgeltung	–	–	–
Ergebnis	**–**	**–**	**–**

* Kosten der innerbehördlichen Leistungsverrechnung

Kapitel 05 03 / Buchungskreisnummer 2430
Staatsanwaltschaften und Amtsanwaltschaft

W i r t s c h a f t s p l a n

L e i s t u n g s p l a n - E r l ä u t e r u n g e n

Stückkosten (in EUR)

Gesamtkosten / Menge	Soll 2009 EUR	Soll 2008 EUR	Ist 2007 EUR
	72.452,47	87.901,80	73.113,24

Kapitel 05 03 / Buchungskreisnummer 2430
Staatsanwaltschaften und Amtsanwaltschaft

W i r t s c h a f t s p l a n

L e i s t u n g s p l a n - E r l ä u t e r u n g e n

Erläuterungen zu zwischenbehördlicher Leistung Nr. 2:
Koordination der Ausbildung

1. Erbringer

Dienststellen des Buchungskreises 2430 -Staatsanwaltschaften-

2. Rechtsgrundlage oder sonstige Grundlage

HessRiG, Juristenausbildungsgesetz, Juristenausbildungsordnung
Berufsförderungsrechtliche Rechtsnormen, HBG und Verordnungen nebst Verwaltungsvorschriften.

3. Produkt- und Leistungsbeschreibung

3.1 Kurzbeschreibung der zwischenbehördlichen Leistung

Koordination der Ausbildung der Rechtsreferendare, Durchführung der Einzelausbildung, soweit sie im Rahmen der Ausbildung den Staatsanwaltschaften zugewiesen werden.
Koordination und Durchführung der Ausbildung zum Justizfachangestellten, Beamtenanwärter des mittleren Dienstes, Rechtspflegeranwärter sowie sonstige Praktikanten im staatsanwaltschaftlichen Bereich.

3.2 Fachleistung zur zwischenbehördlichen Leistung

4. Bezug zu politischen Zielen

Dient der Zielerreichung des Empfängers/der Empfänger.

5. Empfänger

Behörden des Landes Hessen außerhalb des Buchungskreises 2430 (HMdJIE, Oberlandesgericht Frankfurt am Main usw.)

6. Zählgröße / Mengen im Haushaltsjahr

Zählgröße	Soll 2009	Soll 2008	Ist 2007
Stunden	30.440	30.197	30.361

Die geplante Menge ist ein ungefährer Wert, der sich bei der Zuweisung im Laufe des Haushaltsjahres 2009 ändern kann, da die Anzahl der Referendare, der Auszubildenden und der Anwärter nicht endgültig feststeht.

Kapitel 05 03 / Buchungskreisnummer 2430
Staatsanwaltschaften und Amtsanwaltschaft

W i r t s c h a f t s p l a n

L e i s t u n g s p l a n - E r l ä u t e r u n g e n

7. Kostenzusammensetzung / Stückkosten / Preis

Kostenartenschichtung (in EUR)

Kostenarten	Soll 2009 EUR	Soll 2008 EUR	Ist 2007 EUR
Personalkosten	1.500.513	398.484	22.966
Sachkosten	67.597	1.460	1.996
Kalkulatorische Kosten	1.819	1.445	494
Sonstige Kosten *	65.231	1.799.212	1.705.563
Gesamtkosten	**1.635.160**	**2.200.601**	**1.731.019**
Erlöse	1.631.985	2.200.544	1.820.001
Produktabgeltung	3.175	57	-88.982
Ergebnis	–	–	–

* Kosten der innerbehördlichen Leistungsverrechnung

In bestimmten Fällen kann es grundsätzlich zu einer Produktabgeltung kommen, da zwischen den Buchungskreisen eine Wechselbeziehung besteht.

Stückkosten (in EUR)

Gesamtkosten / Menge	Soll 2009 EUR	Soll 2008 EUR	Ist 2007 EUR
	53,72	72,87	57,01

Kapitel 05 03 / Buchungskreisnummer 2430
Staatsanwaltschaften und Amtsanwaltschaft

W i r t s c h a f t s p l a n

L e i s t u n g s p l a n - E r l ä u t e r u n g e n

Erläuterungen zu zwischenbehördlicher Leistung Nr. 3:
Interessenvertretungen

1. Erbringer

Mitglieder der überörtlichen Beteiligungsorgane auf Ebene des HMdJIE

2. Rechtsgrundlage oder sonstige Grundlage

Personalvertretungsrechtliche Normen und sonstige Rechtsvorschriften zur Regelung der Interessenvertretung

3. Produkt- und Leistungsbeschreibung

3.1 Kurzbeschreibung der zwischenbehördlichen Leistung

Alle Tätigkeiten im Rahmen des Hauptpersonalrats und der Hauptvertrauensperson der Schwerbehinderten (dienststellenübergreifend).

3.2 Fachleistung zur zwischenbehördlichen Leistung

4. Bezug zu politischen Zielen

Dient der Zielerreichung des Empfängers/der Empfänger

5. Empfänger

Hessisches Ministerium der Justiz, für Integration und Europa

6. Zählgröße / Mengen im Haushaltsjahr

Zählgröße	Soll 2009	Soll 2008	Ist 2007
Stunden	5.050	6.242	6.189

Die geplante Menge ist ein ungefährer Wert, der sich im Laufe des Haushaltsjahres 2009 ändern kann, da Wahlen zum Hauptpersonalrat anstehen. Die Vorsitzende sowie Schriftführer des Hauptpersonalrates werden derzeit durch den Buchungskreis 2430 gestellt.

Kapitel 05 03 / Buchungskreisnummer 2430
Staatsanwaltschaften und Amtsanwaltschaft

W i r t s c h a f t s p l a n

L e i s t u n g s p l a n - E r l ä u t e r u n g e n

7. Kostenzusammensetzung / Stückkosten / Preis

Kostenartenschichtung (in EUR)

Kostenarten	Soll 2009 EUR	Soll 2008 EUR	Ist 2007 EUR
Personalkosten	160.704	29.993	36.486
Sachkosten	2.290	400	604
Kalkulatorische Kosten	–	–	–
Sonstige Kosten *	–	198.650	212.512
Gesamtkosten	**162.994**	**229.043**	**249.602**
Erlöse	162.994	229.043	273.584
Produktabgeltung	–	–	-23.982
Ergebnis	**–**	**–**	**–**

* Kosten der innerbehördlichen Leistungsverrechnung

Stückkosten (in EUR)

Gesamtkosten / Menge	Soll 2009 EUR	Soll 2008 EUR	Ist 2007 EUR
	32,28	36,69	40,33

Kapitel 05 03 / Buchungskreisnummer 2430
Staatsanwaltschaften und Amtsanwaltschaft

W i r t s c h a f t s p l a n

E r f o l g s p l a n

Pos.	VKR	Bezeichnung	Soll 2009 EUR	Soll 2008 EUR	Ist 2007 EUR
1	**50/51**	**Umsatzerlöse und Erträge aus Verwaltungstätigkeit**	**3.295.000**	**3.929.800**	**6.694.503**
	500-509	Umsatzerlöse	1.795.000	2.429.600	343.271
	510-518	Gebühren und Leistungsentgelte aus Verwaltungstätigkeit; Sonstige Erträge	1.500.000	1.500.200	6.351.232
	519	Erlösminderungen	–	–	–
1a	**544**	**Erträge aus Produktabgeltungen**	**90.478.100**	**102.497.300**	**85.767.326**
2	**520-524**	**Bestandsveränderungen**	**–**	**–**	**–**
3	**525-529**	**aktivierte Eigenleistungen**	**–**	**–**	**–**
4	**530-539**	**Sonstige betriebliche Erträge**	**500.500**	**383.800**	**6.919.022**
		Betriebsertrag	**94.273.600**	**106.810.900**	**99.380.851**
5	**60/61**	**Bezogene Waren und Leistungen**	**1.501.000**	**1.993.200**	**999.791**
	600-604	Roh-, Hilfs-, Betriebsstoffe etc.	–	–	–
	605	Aufwendungen für Energie und Wasser	198.600	70.300	19.034
	606-609	Sonstige Aufwendungen (Waren)	959.000	681.500	539.465
	616	Aufwendungen für Fremdinstandhaltung	234.200	1.226.700	238.833
	610-615, 617, 619	Sonstige Aufwendungen (Leistungen)	109.200	14.700	202.459
	618	Aufwandsberichtigungen (Skonti etc.)	–	–	–
6	**620-649, 652, 655, 659**	**Personalaufwand**	**70.259.300**	**84.342.500**	**117.570.007**
	620-626	Löhne	333.100	293.800	342.491
	627-632	Gehälter	14.904.700	14.476.200	14.813.873
	633-638	Bezüge	39.907.600	40.195.700	40.510.948
	639	Sonstige Aufwendungen mit Gehalts- oder Bezügecharakter	1.045.200	6.200	1.040.922
	640-649	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	14.006.500	29.115.700	60.778.458
	652, 655, 659	Sonstige Personalaufwendungen	62.200	254.900	83.315
7	**660-664, 666-667**	**Abschreibungen**	**752.400**	**999.400**	**1.387.680**
8	**650-651, 653-654, 656-658, 670-696, 699-709**	**Sonstige betriebliche Aufwendungen**	**22.943.900**	**20.478.300**	**28.973.420**
	650-651, 653-654, 656-658	Sonstige mittelbare Personalaufwendungen	2.161.400	1.968.800	508.444
	670-679	Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten	20.324.900	18.147.400	15.642.864
	680-689	Aufwendungen für Kommunikation, Dokumentation, Information, Reisen, Werbung	444.300	347.300	288.812
	690-696, 699	Aufwendungen für Beiträge und Sonstiges sowie Wertkorrekturen und periodenfremde Aufwendungen	9.500	9.500	12.529.468
	700-709	Betriebliche Steuern	3.800	5.300	3.832
8a	**718**	**Aufwendungen aus Produktabgeltung**	**–**	**–**	**–**
		Betriebsaufwand	**95.456.600**	**107.813.400**	**148.930.898**
		Eigenergebnis	**-1.183.000**	**-1.002.500**	**-49.550.047**

Kapitel 05 03 / Buchungskreisnummer 2430
Staatsanwaltschaften und Amtsanwaltschaft

W i r t s c h a f t s p l a n

E r f o l g s p l a n

Pos.	VKR	Bezeichnung	Soll 2009 EUR	Soll 2008 EUR	Ist 2007 EUR
9	540-543, 545-549	betriebliche Erträge aus Transferleistungen	1.243.000	1.062.500	2.011.086
10	550-559	Steuererträge und steuerähnliche Erträge	–	–	–
		Steuererträge und Leistungsabgeltung	1.243.000	1.062.500	2.011.086
11	710-717, 719	Betrieblicher Aufwand aus Transferleistungen	60.000	60.000	–
12	720-729	Steueraufwand und ähnliche Aufwendungen	–	–	–
		Leistungstransfers	60.000	60.000	–
		Steuer- und Leistungsergebnis	1.183.000	1.002.500	2.011.086
		Verwaltungsergebnis	–	–	-47.538.961
13	560-569	Erträge aus Beteiligungen und anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	–	–	–
14	570-579	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	–	–	–
		Finanzertrag	–	–	–
15	740-749	Abschreibungen auf Finanzanlagen und Wertpapiere des Umlaufvermögens und Verluste aus entsprechenden Abgängen	–	–	–
16	750-769	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	–	–	–
		Finanzaufwand	–	–	–
		Finanzergebnis	–	–	–
		Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	–	–	-47.538.961
17	590-599	Außerordentliche Erträge, Erträge aus Verlustübernahme	120.000	–	54.844.184
		Außerordentlicher Ertrag	120.000	–	54.844.184
18	665, 668-669, 697-698, 730-739, 790-799	Außerordentlicher Aufwand, Aufwand aus Gewinnabführungen, Aufwendungen für sonstige Leistungen Dritter	120.000	–	6.400.937
		Außerordentlicher Aufwand	120.000	–	6.400.937
		Außerordentliches Ergebnis	–	–	48.443.247
19	580-589	(durchlaufende) Erträge aus Zuwendungen, Zuschüsse für Investitionen und besondere Finanzeinnahmen	–	–	–
		Transferzuwendungen	–	–	–
20	780-789	(durchlaufende) Aufwendungen für Zuwendungen und Zuschüsse für Investitionen und besondere Finanzausgaben	–	–	–
		Transferzahlungen	–	–	–
		Transferergebnis	–	–	–
		Neutrales Ergebnis	–	–	48.443.247
21	770-779	Steuern vom Einkommen und Ertrag	–	–	–
		Jahresergebnis I	–	–	904.286

Kapitel 05 03 / Buchungskreisnummer 2430
Staatsanwaltschaften und Amtsanwaltschaft

W i r t s c h a f t s p l a n

E r f o l g s p l a n

Pos.	VKR	Bezeichnung	Soll 2009 EUR	Soll 2008 EUR	Ist 2007 EUR
22	510, 514, 530	Verfahrenserträge	71.700.000	55.050.000	60.956.335
		Justizspezifische Erträge Verfahrensbereich	71.700.000	55.050.000	60.956.335
23	617	Verfahrensaufwendungen	12.050.000	10.980.000	11.929.421
		Justizspezifische Aufwendungen Verfahrensbereich	12.050.000	10.980.000	11.929.421
		Ergebnis Verfahrensbereich	59.650.000	44.070.000	49.026.914
24	539, 592	Außerordentliche Erträge Verfahrensbereich	–	–	1.199
		Außerordentliche Erträge Verfahrensbereich	–	–	1.199
25	668	Außerordentliche Aufwendungen Verfahrensbereich	6.700.000	6.550.000	6.901.605
		Außerordentliche Aufwendungen Verfahrensbereich	6.700.000	6.550.000	6.901.605
		Außerordentliches Ergebnis Verfahrensbereich	-6.700.000	-6.550.000	-6.900.406
26	595, 790	Ertrag/Aufwand Ausgleich JE II	-52.950.000	-37.520.000	-42.126.508
		Ergebnisausgleich Verfahrensbereich	-52.950.000	-37.520.000	-42.126.508
		Jahresergebnis II	–	–	–

Kapitel 05 03 / Buchungskreisnummer 2430
Staatsanwaltschaften und Amtsanwaltschaft

W i r t s c h a f t s p l a n

E r l ä u t e r u n g e n E r f o l g s p l a n

1. Standarderläuterungen

Im aus der Kostenrechnung generierten Leistungsplan und dem auf der Grundlage der Finanzbuchhaltung erstellten Erfolgsplan sind kostenmindernde Erlöse unterschiedlich darzustellen. Diese Erlöse sind im Leistungsplan bereits mit Kosten saldiert ausgewiesen, während der Ausweis im Erfolgsplan entsprechend den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung nicht saldiert erfolgt.

Im Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit des Erfolgsplans sind insgesamt kostenmindernde Erlöse in Höhe von 511.800,- Euro enthalten, die in gleicher Höhe die Kosten des Leistungsplans vermindert haben.

Entgelte zentraler Dienstleister

Für Leistungen zentraler Dienstleister sind in den Aufwandspositionen des Erfolgsplans folgende Beträge geplant worden:

Oberfinanzdirektion Frankfurt am Main (KFZ-Selbstversicherung)	3.600,00 EUR
Hessisches Immobilienmanagement (HI)	12.201.700,00 EUR
Hessisches Competence Center (HCC)	508.500,00 EUR
Hessische Bezügestelle (HBS)	246.400,00 EUR
Hessische Zentrale für Datenverarbeitung (HZD)	1.243.300,00 EUR

Zu Pos. 6: Im Personalaufwand sind folgende Rückstellungen enthalten:

Beitrag Vorsorgekasse	9.144.800,00 EUR
Rückstellungen für Überstunden	92.000,00 EUR

Neutrale Aufwendungen / Erträge:

Für das Haushaltsjahr 2009 wurde eine Rücklagenauflösung als neutrale Aufwendung und neutraler Ertrag in Höhe von jeweils 120.000 EUR eingeplant.

Jahresergebnis II:
Im Jahresergebnis II werden alle durch Verfahrenskostenträger (Rechtssprechung) verursachten Erträge und Aufwendungen gesondert dargestellt. Aufgrund der Sonderstellung (richterliche Unabhängigkeit) wird hier die Differenz zwischen Erträgen und Aufwendungen durch einen Zuführungs- oder Abführungsbetrag an den Landeshaushalt ausgeglichen.

2. Erläuterungen zu Einzelpositionen

Zu Pos. 1:
VKR 500/09
Hier werden unter anderem die Erträge aus zwischenbehördlichen Leistungen geplant.

Erträge aus der Ausbildung von Rechtsreferendaren:	1.319.100,00 EUR
Erträge aus der Bereitstellung von Personal zum Hauptpersonalrat:	163.000,00 EUR
Erträge aus der Ausbildung von Justizfachangestellten und Rechtspflegern für das Oberlandesgericht Frankfurt a. M.:	312.900,00 EUR

W i r t s c h a f t s p l a n

Aufgrund der veränderten Berechnungsgrundlage der Vorsorgeprämie für Beamte ergeben sich für zwischenbehördliche Leistungen im Vergleich zum Planvorjahr niedrigere Verrechnungspreise.
Die Differenz zum Ist-Wert 2007 ergibt sich daraus, dass die Erträge aus zwischenbehördlichen Leistungen erst ab dem Jahr 2008 vollständig abgebildet werden.

VKR 510/18
Für das Plan-Jahr 2009 werden Gebühren und Leistungsentgelte aus Verwaltungstätigkeit in Höhe von 1.500.000 EUR geplant. Hierbei handelt es sich um Erträge aus Vermögensabschöpfung.

Die Ist-Werte 2007 enthalten Forderungen aus Vermögensabschöpfungen i.H.v. 6.345.200 EUR. Es sind jedoch nur Einnahmen i.H.v. 1.500.000 EUR zu planen.

Zu Pos. 1a:
Zu VKR 544:
Die Erträge aus Produktabgeltung im Planjahr 2009 weichen vom Planwert 2008 bzw. dem Wert im Ist 2007 ab, da die Produktabgeltung abhängig von der geplanten Aufwandshöhe ist. Die Aufwendungen des Planjahres 2009 fallen gegenüber der geplanten Aufwandshöhe des Jahres 2008 unter anderem wegen der veränderten Berechnungsgrundlage der Vorsorgeprämie für Beamte niedriger aus.

Zu Pos. 4:
VKR 530/39
Der im Ist-Jahr 2007 gebuchte Betrag setzt sich zum größten Teil aus der Auflösung von Pensions- und Beihilferückstellungen infolge des Ausscheidens von Mitarbeitern sowie aus Erstattungen aus dem Integrationsfonds zur Integration und Beschäftigung schwerbehinderter Menschen und Gleichgestellter zusammen.
Die Auflösung von Rückstellungen für Prozesskostenrisiken hat sich ebenfalls erhöhend auf den Ertrag ausgewirkt.
Im Ist-Wert 2007 sind unter anderem auch einmalige Rückerstattungen des Hessischen Immobilienmanagements aus Miet- und Nebenkostenabrechnungen der Vorjahre enthalten.

Der Planwert 2009 ergibt sich unter anderem aus folgenden Positionen:

Sonstige Verwaltungseinnahmen (u.a. Erlöse aus Versteigerungen):	422.500,00 EUR
Erträge Integrationsfonds schwerbehinderter Menschen:	78.000,00 EUR

Zu Pos. 5:
VKR 605:
Unter diesen Kontengruppen werden die Aufwendungen für die Treibstoffe der Dienstwagen erfasst.
Aufwendungen für Strom und Wasser werden seit dem Übergang der Liegenschaften an das Hessische Immobilienmanagement nicht mehr hier geplant, sondern sind nunmehr in den Mietnebenkosten (siehe Pos. 8) enthalten.

VKR 606-609:
Hierunter fallen u.a. folgende Positionen:

Materialaufwand für Reparaturen und Instandhaltung:	1.400,00 EUR
Materialaufwand Datenverarbeitung und Telekommunikation:	183.300,00 EUR
Sonstiger Materialaufwand:	68.300,00 EUR
Büromaterial:	661.800,00 EUR
Kosten für Formulare und Vordrucke:	40.100,00 EUR
Berufsbekleidung/ Schutzmittel:	2.900,00 EUR

VKR 616
Hierunter fallen u.a. folgende Positionen:

Instandhaltung/ Wartung Gebäude und Grundstücke:	2.900,00 EUR
Instandhaltung/ Wartung bewegliche Anlagegüter:	16.400,00 EUR
Instandhaltung/ Wartung Fuhrpark:	11.600,00 EUR
Instandhaltung/ Wartung PC und Zubehör:	20.400,00 EUR
Softwarepflege und Wartung:	179.700,00 EUR
Sonstige Instandhaltung/ Wartung:	3.200,00 EUR

Der Plan 2009 hat sich hier im Vergleich zum Planjahr 2008 durch veränderte Kontierungen im IT-Bereich zu Lasten VKR 670/79 reduziert.

VKR 610-615, 617, 619
Hierunter fallen u.a. Aufwendungen für:

Transport & Beförderung:	6.400,00 EUR
Medizinische Untersuchungen/ Gutachten:	2.200,00 EUR
Gutachten	19.900,00 EUR
Aufwendungen für bezogene Leistungen	80.700,00 EUR

Das Ist 2007 beinhaltet Aufwendungen in Höhe von 188.700 EUR für die Abführung der Vermögensabschöpfung aus dem Jahr 2006 an den Einzelplan 03.

Zu Pos. 6:
VKR 620-626
In der Position Löhne sind u.a. folgende Positionen enthalten:

Grundlohn:	286.100,00 EUR
Weihnachtsgeld:	18.200,00 EUR
Überstundenzuschlag:	12.000,00 EUR

VKR 627 - 632
In der Position Gehälter sind u.a. folgende Positionen enthalten:

Grundgehalt:	9.665.400,00 EUR
Familienzuschlag:	3.265.500,00 EUR
Weihnachtsgeld:	909.600,00 EUR
Zulagen:	793.500,00 EUR
Rückstellungen:	69.000,00 EUR

VKR 633-638
In der Position Bezüge sind u.a. folgende Positionen enthalten:

Beamtengrundbezug:	36.312.600,00 EUR
Sonderzulage:	1.867.800,00 EUR
Familienzuschlag:	1.263.500,00 EUR
Zulagen:	412.100,00 EUR

Das Ist 2007 beinhaltet u.a. erhöhte Rückstellungen für Urlaub in Höhe von 2.233.100 EUR.

VKR 639
Hier werden u. a. Entschädigungen/ Unterrichtsvergütungen für Prüf- und Lehrtätigkeiten im Rahmen der nebenamtlichen Ausbildung gebucht.

VKR 640/49
Die Sozialabgaben für Altersversorgung enthalten im Planjahr 2009 u.a. auch

Vorsorgeprämie Beamte:	9.144.800,00 EUR

Der veränderte Wert im Plan-Jahr 2009 gegenüber dem Ist-Jahr 2007 resultiert aus der Neuorganisation der Versorgungsverpflichtungen (einschließlich Beihilfe) ab dem Jahr 2008 an zentraler Stelle in der Vorsorgekasse. Die bisher vom HMdF/ Fachlichen HCC (F-HCC) personenbezogen ermittelten Werte für Pensions- und Beihilferückstellungen werden durch eine Vorsorgeprämie, die durch die Vorsorgekasse laufbahngruppenspezifisch jährlich neu ermittelt wird, abgelöst.

Kalkulationsbestandteile dieser Vorsorgeprämie sind:
- die fiktive Nettoprämie für die Pensionsverpflichtungen
- die fiktive Nettoprämie für die Beihilfeverpflichtungen
- Beihilfeaufwendungen für Aktive
- die zentralen Verwaltungskosten

Die Prämie beträgt:

- für Beamte des höheren Dienstes:	11.200,00 EUR
- für Beamte des gehobenen Dienstes:	9.000,00 EUR
- für Beamte des mittleren und einfachen Dienstes:	8.800,00 EUR

Das Ist 2007 dagegen beinhaltet Pensions- und Beihilferückstellungen in Höhe von insgesamt 54.272.000 EUR. Wesentliche Bestandteile davon sind - basierend auf Änderungen des Abzinsfaktors und weiterer Bewertungsoptimierungen -

Einmaleffekt Pensionsrückstellung	39.422.800,00 EUR
Einmaleffekt Beihilferückstellung	3.975.900,00 EUR

(siehe hierzu auch Vermerk Pos. 17 und 18)

<u>VKR 652, 655, 659:</u>
Unter anderem werden hier Aufwendungen für folgende Posten gebucht:

Sonstiger Personalaufwand:	40.500,00 EUR
Aufwendungen für Dienstjubiläen:	18.300,00 EUR
Aufwendungen für Arbeitssicherheit, Arztkosten:	3.400,00 EUR

Zu Pos. 8:
<u>VKR 650/51, 653/54, 656/658</u>
In dieser Position sind unter anderem folgende Positionen enthalten:

Unfallkasse Hessen:	114.100,00 EUR
Leistungsverrechnung mit Oberlandesgericht Frankfurt a. M. für Aus- und Fortbildung:	1.879.300,00 EUR
Leistungsverrechnung mit Hessischen Competence Center für Neue Verwaltungssteuerung für Aus- und Fortbildung:	45.900,00 EUR
Leistungsverrechnung mit Justizvollzug für Aus- und Fortbildung:	7.000,00 EUR
Aufwendungen für Aus-, Fort- und Weiterbildung:	85.500,00 EUR

Die Differenz zum Ist-Wert 2007 ergibt sich daraus, dass die Aufwendungen aus zwischenbehördlichen Leistungen erst seit dem Jahr 2008 vollständig abgebildet werden.

<u>VKR 670/79</u>
Die Erhöhung des Plan-Wertes 2009 im Vergleich zum Ist-Wert 2007 ist unter anderem mit einer Erhöhung des Dienstleistungsentgeltes an die Hessische Bezügestelle und einer Erhöhung der Zahlungen an das Hessische Immobilienmanagement für Miete, Nebenkosten und Dienstleistungsentgelte zu erklären. Des Weiteren werden zwischenbehördliche Leistungen seit dem Jahr 2008 vollständig abgebildet.

In dieser Position sind unter anderen folgende Werte eingeplant:
a) Entgelte an zentrale Dienstleister:

W i r t s c h a f t s p l a n

Hessisches Immobilienmanagement:	12.201.700,00 EUR
davon Mietkosten:	8.302.000,00 EUR
davon Mietnebenkosten:	2.582.700,00 EUR
davon Dienstleistungsentgelt	1.283.000,00 EUR
Geschätze anteilige Mietkosten für Häuser des Jugendrechts	24.000,00 EUR
Geschätzte anteilige Mietnebenkosten für Häuser des Jugendrechts	10.000,00 EUR
Hessisches Competence Center für Neue Verwaltungssteuerung:	462.600,00 EUR
Hessische Bezügestelle:	246.400,00 EUR
b) Aufwendungen für Leasing und Mieten	
Telefonie Justiz- und Verwaltungszentrum Wiesbaden	60.000,00 EUR
Leasing EDV:	913.700,00 EUR
Leasing Fahrzeuge:	48.700,00 EUR
Miete Fotokopierer:	114.500,00 EUR
c) Softwarelizenzen:	252.000,00 EUR
d) Umzugsdienstleistungen (Justizverwaltungszentrum Wiesbaden):	225.500,00 EUR
e) IT-Dienstleistungen:	943.400,00 EUR
f) Benutzerentgelte für DV-Verfahren:	473.000,00 EUR
f) Leistungsverrechnung mit Oberlandesgericht Frankfurt a. M. u.a. für Transport und Sicherheit, Gerichtskasse, Verwaltungstätigkeiten, gemeinsame Telefonzentralen:	4.016.500,00 EUR
sowie für Abordnungen an die Staatsanwaltschaften	97.300,00 EUR
g) Entgelt an das Statistische Landesamt für Zählkartenerhebungen	91.000,00 EUR

<u>VKR 680-689</u>
Unter die Position Aufwendungen für Kommunikation, Dokumentation, Information, Reisen und Werbung fallen unter anderem folgende Einzelpositionen:

Fachzeitschriften, Fachliteratur:	220.400,00 EUR
Reisekosten:	137.000,00 EUR

Weiter enthalten sind 2.200 Euro zur Verfügung der Behördenleitung für außergewöhnlichen Aufwand aus dienstlicher Veranlassung in besonderen Fällen. Die Aufwendungen sind im Einzelnen zu belegen. Eine pauschale Auszahlung ist nicht zulässig

<u>VKR 690/96, 699</u>
Enthält unter anderem den Beitrag zur Kfz-Selbstversicherung in Höhe von 3.600 EUR.
Das Ist 2007 enthält Rückstellungen für Prozesskostenrisiken i.H.v. 12.394.800 EUR.

<u>VKR 700-709</u>

Enthält die Aufwendungen für die Kfz-Steuer:	3.800,00 EUR

Zu Pos. 9:
<u>VKR 540-543, 545-549</u>

W i r t s c h a f t s p l a n

Bei den im Ist-Jahr 2007 erfassten Beträgen handelt es sich neben den Erträgen aus zwischenbehördlicher Leistungsverrechnung für die Abordnungen an andere Buchungskreise um Erstattungen von Personalkosten im Rahmen der Abordnung an Bundesbehörden und Zuweisungen von öffentlichen Trägern für die Neueinstellung von Schwerbehinderten sowie um Zuweisungen der Bundesagentur für Arbeit für die Beschäftigung von Arbeitslosen im Rahmen der Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung nach §§ 91 ff. Arbeitsförderungsgesetz.

Im Planjahr 2009 sind hier die Erträge aus zwischenbehördlicher Leistungsverrechnung für die bisher feststehende Abordnungen an andere Buchungskreise des Einzelplans 05 in Höhe von 1.231.700 EUR sowie Erstattungen im Rahmen der Verbundausbildung in Höhe von 11.300 EUR berücksichtigt.

Zu Pos. 11:
VKR 710-717, 719
Hier ist u.a. der Beitrag für die Ausbildung der Amtsanwaltsanwärter im Ausbildungszentrum Monschau enthalten.

Zu Pos. 17:
VKR 590/99
Für das Jahr 2009 wurden als Entnahme aus der kameralen Rücklage 120.000 EUR eingeplant.

Der Betrag, welcher im Ist-Wert 2007 ausgewiesen wird, setzt sich aus einem einmaligen "Effekt" aus der Umstellung der Rückstellungen für Pensions- und Beihilferückstellungen auf die Vorsorgeprämie zusammen.

Einmaleffekt Beihilferückstellung:	3.975.900,00 EUR
Einmaleffekt Pensionsrückstellung:	39.422.800,00 EUR

(siehe auch Vermerk Pos. 6 - VKR 640/649)

Ferner erfolgte im Jahr 2007 eine einmalige Buchung zur Neutralisierung der globalen Mehrausgaben für Besoldungs- und Vergütungserhöhungen von Beamten und Tarifpersonal, welche zentral im Einzelplan 17 veranschlagt waren.

Neutralisierung globale Mehrausgabe Besoldung:	495.500,00 EUR
Neutralisierung globale Mehrausgabe Vergütungserhöhung:	350.000,00 EUR

Weitere einmalige Ausgleichsbuchungen im Jahr 2007 sind
Verlustausgleich für Plan-Ist Delta

Beihilferückstellungen:	2.657.800,00 EUR
Verlustausgleich wegen des Übergangs zum Produkthaushalt:	5.429.000,00 EUR

Als Ertrag im Jahr 2007 sind zu verzeichnen
Erträge aus Rücklagenübertragung seitens des Hessischen Ministeriums der Justiz an die Staatsanwaltschaften

(Auflösung der ATG 70):	1.115.000,00 EUR
Entnahme der kameralen Rücklage:	1.384.500,00 EUR

(siehe auch Pos. 18)

Zu Pos. 18:
VKR 665, 668-669, 697-698, 730-739, 790-799
Für das Jahr 2009 wurden als Aufwand für die Inanspruchnahme aus der kameralen Rücklage 120.000 EUR eingeplant (siehe Pos. 17).

Der Ist-Wert 2007 ergibt sich unter anderem aus folgenden Umständen:

Wegfall Versorgungsverpflichtung Beihilfen:	101.000,00 EUR

W i r t s c h a f t s p l a n

Wegfall Versorgungsverpflichtung Pensionen:	900.700,00 EUR
Gewinnabführung aus Plan-Ist-Delta Pensionenrückstellungen:	4.273.600,00 EUR
Umsetzung der kameralen Rücklage vom Hessischen Ministerium der Justiz an die Staatsanwaltschaften:	1.115.000,00 EUR

(siehe hierzu auch Vermerk zu Pos. 4, VKR 530-539)

Jahresergebnis II

Zu Pos. 22:
VKR 510, 514, 530:
Die geplanten Werte für das Planjahr 2009 sind aus einer Prognose zur Entwicklung der Ist-Zahlen im Verfahrensbereich abgeleitet.

Die Position beinhaltet insbesondere Geldbußen und Geldstrafen.

Zu Pos. 23:
VKR 617
Die geplanten Werte für das Planjahr 2009 sind aus einer Prognose zur Entwicklung der Ist-Zahlen im Verfahrensbereich abgeleitet.

Die Position beinhaltet insbesondere
-Entschädigungen der Dolmetscher und Übersetzer
-Entschädigungen beigeordneter Anwälte
-Zeugenentschädigungen
-Sachverständigenentschädigungen
-Reisekosten in Strafverfahren
-Auslobungen und Belohnungen
-Unterbringungskosten
-Sonstige Auslagen im Gerichtsverfahren
-Entschädigungen nach dem StrEG

Zu Pos. 24:
VKR 539, 592
In dieser Position sind periodenfremde Erträge enthalten. Diese stammen beispielsweise aus uneinbringlichen Geldern aus dem Verfahrensbereich oder aus erhaltenen Rückzahlungen aus dem nicht-budgetierten Bereich.

Zu Pos. 25:
VKR 668
In dieser Position wurden Abschreibungen auf Forderungen von Gerichtskosten eingeplant. Der Plan-Wert wurde aus den Durchschnittswerten der Vorjahre abgeleitet.
Abschreibungen auf Forderungen Gerichtskosten: 6.700.000,00 EUR

Kapitel 05 03 / Buchungskreisnummer 2430
Staatsanwaltschaften und Amtsanwaltschaft

W i r t s c h a f t s p l a n

F i n a n z p l a n

VKR	Bezeichnung	Soll 2009 EUR	Soll 2008 EUR	Ist 2007 EUR
Mittelverwendung				
Investitionen in immaterielle Werte, Geschäftsbetrieb		**–**	**–**	**9.591**
000-049	Ausstehende Einlagen, immaterielle Wirtschaftsgüter	–	–	9.591
Investitionen in Grundstücke, Gebäude, Infrastruktur		**–**	**71.800**	**38.586**
050-069, 091, 096	Grundstücke, Gebäude, Infrastruktur, Anzahlungen auf Infrastruktur, Infrastruktur im Bau	–	71.800	38.586
Investitionen in Anlagen, Maschinen, BGA		**708.400**	**953.700**	**395.300**
070-089, 090, 095	Anlagen, Maschinen, BGA einschließlich Anzahlungen und Anlagen im Bau	708.400	953.700	395.300
Investitionen in Finanzanlagen		**–**	**–**	**–**
100-169	Beteiligungen, Ausleihungen, Wertpapiere	–	–	–
Mittelverwendung zusammen		**708.400**	**1.025.500**	**443.477**
Mittelherkunft				
Eigenfinanzierung				
360-362	Sonderposten aus bedingt rückzahlbaren Investitionszuweisungen/ -zuschüssen von Gebietskörperschaften	–	–	–
365-367	Sonderposten aus nicht rückzahlbaren Investitionszuweisungen/ -zuschüssen von Gebietskörperschaften	–	–	–
Fremdfinanzierung				
430	Verbindlichkeiten aus Zuweisungen und Zuschüssen (originäre Leistungen und durchlaufende Mittel) und Investitionszuschüssen gegenüber Gebietskörperschaften	–	–	–
431	Verbindlichkeiten aus Zuweisungen und Zuschüssen (originäre Leistungen und durchlaufende Mittel) und Investitionszuschüssen gegenüber dem sonstigen öffentlichen Bereich	–	–	–
432	Verbindlichkeiten aus Zuweisungen und Zuschüssen (originäre Leistungen und durchlaufende Mittel) und Investitionszuschüssen gegenüber dem nicht öffentlichen Bereich	–	–	–
435	Zugang Verbindlichkeiten aus Zuweisungen und Zuschüssen und Investitionszuschüssen gegenüber Gebietskörperschaften	708.400	1.025.500	443.477
436	Verbindlichkeiten aus rückzahlbaren Zuweisungen und Zuschüssen (originäre Leistungen und durchlaufende Mittel) und Investitionszuschüssen gegenüber dem sonstigen öffentlichen Bereich	–	–	–
437	Verbindlichkeiten aus rückzahlbaren Zuweisungen und Zuschüssen (originäre Leistungen und durchlaufende Mittel) und Investitionszuschüssen gegenüber dem nicht öffentlichen Bereich	–	–	–
Deckungsmittel zusammen		**708.400**	**1.025.500**	**443.477**

W i r t s c h a f t s p l a n

E r l ä u t e r u n g e n F i n a n z p l a n

Investitionen in Anlagen, Maschinen und BGA **708.400,00 €**

In dieser Position sind sowohl Investitionen im Bereich der Informationstechnologie als auch für Büroausstattung enthalten. Die einzelnen Werte sind nachstehender Aufstellung zu entnehmen:

- Büroausstattung	708.400,00 €
davon Möbelausstattung der Büros	205.200,00 €
davon Sonstige Geschäftsausstattung (Aktenvernichter, Faxgeräte, etc)	44.100,00 €
davon Büchereimittel	89.100,00 €
davon umzugsbedingte Neuausstattung der StA Wiesbaden für das Justizverwaltungszentrum Wiesbaden	370.000,00 €

Kapitel 05 03 / Buchungskreisnummer 2430
Staatsanwaltschaften und Amtsanwaltschaft

W i r t s c h a f t s p l a n

Ü b e r l e i t u n g s r e c h n u n g

	Bezeichnung	Soll 2009 EUR	Soll 2008 EUR
+	Produktabgeltung lt. Leistungsplan	90.478.100	102.497.300
–	Entnahme kamerale Rücklage	120.000	–
+	Investitionen lt. Finanzplan	708.400	1.025.500
–	Abschreibungen	752.400	999.400
–	Zuführungen zur Rückstellung / Rückstellungen für Altersteilzeit	30.000	382.700
+	Auflösung der Rückstellung / Rückstellungen für Altersteilzeit	–	–
–	Verbindlichkeiten gegenüber Sozialversicherungsträgern	–	–
+/–	Neutrales Ergebnis	–	–
–	Abführung an den Landeshaushalt (Verfahrensbereich)	52.950.000	37.520.000
	Kameraler Zuschuss (+) / Überschuss (-)	37.334.100	64.620.700

Kapitel Titel Funkt.-Kennziffer	ZWECKBESTIMMUNG ERLÄUTERUNGEN	Ansatz 2009 EUR	Ansatz 2008 EUR	IST 2007 EUR

05 03 Staatsanwaltschaften und Amtsanwaltschaft

1. Die Titel der Hauptgruppen 4 bis 6 und 9 sind mit Ausnahme der Titel 412, 529, 536 und 681 gegegenseitig deckungsfähig und einseitig deckungsfähig zu Gunsten der Hauptgruppe 8 . Die Titel 412, 536 und 681 sowie die Titel der Hauptgruppe 8 sind jeweils gegenseitig deckungsfähig.
2. Mindereinnahmen reduzieren, Mehreinnahmen erhöhen die Ausgabeermächtigung deckungsfähiger Ansätze im Sinne der Nr. 1mit Ausnahme der Gruppe 112 sowie der Gruppe 119 für Einnahmen aus Vermögensabschöpfung über 1,5 Millionen Euro.
3. Außerhalb der laufenden Geschäfte anfallende Mehreinnahmen dürfen nur mit Zustimmung des Ministeriums der Finanzen verwendet werden.
4. Stellenpläne und -übersichten bleiben verbindlich. Vorübergehende qualitative Abweichungen von den Stellenübersichten für Angestellte und Arbeiter sind ohne tarifliche Bindungswirkung zulässig; über die Änderung der Stellenübersichten wird im nächsten Haushaltsplan entschieden.
5. Zu Titel 112: Im Strafverfahren eingezogene Gegenstände dürfen, wenn ihre Veräußerung aus Gründen der öffentlichen Sicherheit nicht tunlich ist, unentgeltlich an andere Dienststellen abgegeben werden. Vergleiche auch Vermerk zu Titel 412, 536 und 681.
6. Zu Titel 412, 536 und 681: Die Ausgabeermächtigungen dieser Gruppen erhöhen sich im Rahmen der Mehreinnahmen bei Titel 112.
7. Zu Titel 681: Hieraus können auch Entschädigungsleistungen aus Billigkeitsgründen gewährt werden.

E I N N A H M E N

Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dergleichen (Eigene Einnahmen)

111 00	052	Gebühren, sonstige Entgelte	—	4 900	15 914
112	052	Geldstrafen und Geldbußen	65 000 000	48 500 000	49 882 927
119	052	Sonstige Verwaltungseinnahmen Bei Warenautomaten, die an Orten aufgestellt sind, die ausschließlich Bediensteten zugänglich sind oder in aller Regel nur von Bediensteten aufgesucht werden, darf der Teil der Vergütung für das Gestatten der Aufstellung von Warenautomaten, der über die Kostendeckung für die benötigten Wand- oder Bodenflächen sowie für den Stromverbrauch bei elektrisch betriebenen Automaten hinausgeht, für die Zwecke der Betriebsgemeinschaften verwendet werden. Der Betrag ist durch Absetzen von den Einnahmen an den Personalrat zu verausgaben.	1 922 500	1 878 200	6 271 269
124	052	Mieten und Pachten	—	400	—
132	052	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen	—	500	19

Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen (Übertragungseinnahmen)

231	052	Sonstige Zuweisungen vom Bund	—	130 000	270 186
235	052	Sonstige Zuweisungen von Sozialversicherungsträgern sowie von der Bundesagentur für Arbeit	—	53 500	104 982
261	052	Schuldendiensthilfen und Erstattungen von Verwaltungsausgaben aus dem Inland	—	—	67 065
281	052	Sonstige Erstattungen aus dem Inland	—	—	16 551

Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen; besondere Finanzierungseinnahmen (Vermögenswirksame und besondere Finanzierungseinnahmen)

359	951	Sonstige Entnahmen	120 000	—	1 384 505
381	991	Verrechnungen zwischen Kapiteln	89 300	—	65 621
389	991	Sonstige Verrechnungen	3 026 600	3 308 600	1 895 465

Kapitel 05 03
Staatsanwaltschaften und Amtsanwaltschaft

Kapitel Titel / Funkt.-Kennziffer	ZWECKBESTIMMUNG ERLÄUTERUNGEN	Ansatz 2009 EUR	Ansatz 2008 EUR	IST 2007 EUR
	Gesamteinnahmen Kapitel 05 03	70 158 400	53 876 100	59 974 505

Kapitel 05 03
Staatsanwaltschaften und Amtsanwaltschaft

Kapitel Titel / Funkt.-Kennziffer		ZWECKBESTIMMUNG ERLÄUTERUNGEN	Ansatz 2009 EUR	Ansatz 2008 EUR	IST 2007 EUR
		AUSGABEN			
		Personalausgaben			
412	052	Aufwendungen für ehrenamtlich Tätige	—	—	—
422	052	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter	39 965 100	40 077 900	38 942 425
425	052	Vergütungen der Angestellten	19 591 500	18 710 400	17 987 651
426	052	Löhne der Arbeiterinnen und Arbeiter	438 700	415 400	418 093
427	052	Beschäftigungsentgelte, Aufwendungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige	1 045 200	215 200	1 358 063
n e u 429	052	**Nicht aufteilbare Personalausgaben**	40 500	—	—
443	052	Fürsorgeleistungen und Unterstützungen	3 400	300	2 200
453	052	Trennungsgeld, Umzugskostenvergütungen	29 600	9 700	27 441
459	052	Sonstige personalbezogene Ausgaben	—	—	—
		Sächliche Verwaltungsausgaben, Ausgaben für den Schuldendienst			
511	052	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	1 590 800	746 800	1 005 463
514	052	Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dgl.	218 100	247 600	36 699
517	052	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	2 605 700	3 887 200	3 882 028
518	052	Mieten und Pachten	10 701 200	8 916 900	7 912 869
519	052	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	2 900	300	441 778
525	052	Aus- und Fortbildung	85 500	85 500	116 804
526	052	Sachverständige, Gerichts- und ähnliche Kosten	159 800	82 300	91 468
527	052	Dienstreisen	137 000	121 600	114 317
529	052	Verfügungsmittel	2 200	2 200	1 800
531	052	Ausgaben für Veröffentlichungen, Dokumentation und Öffentlichkeitsarbeit	—	—	—
536	052	Verfahrensauslagen	11 800 000	10 800 000	11 573 031
537	052	Beförderungskosten	221 900	—	33 360
538	052	Sonstige Dienstleistungen und Gestattungen	1 618 800	1 706 600	1 306 660
544	052	Rückzahlungen vereinnahmter Beträge nach Schluss des Haushaltsjahres	—	—	—

Kapitel Titel / Funkt.-Kennziffer	ZWECKBESTIMMUNG ERLÄUTERUNGEN	Ansatz 2009 EUR	Ansatz 2008 EUR	IST 2007 EUR
546 052	Vermischter Sachaufwand	86 600	6 800	749
	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen (Übertragungsausgaben)			
632 052	Sonstige Zuweisungen und Erstattungen an Länder	60 000	60 000	—
681 052	Renten, Unterstützungen und sonstige Geldleistungen an natürliche Personen	250 000	180 000	239 468
	Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen (Sonstige Investitionsausgaben)			
811 052	Erwerb von Fahrzeugen	—	—	29 109
812 052	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	729 600	920 000	1 658 861

Verpflichtungsermächtigung

Haushaltsjahr	EUR
2010	300 000
2011	300 000
2012	300 000
2013ff	—
Gesamtverpflichtung	900 000

	Besondere Finanzierungsausgaben			
919 951	Sonstige Zuführungen	—	—	—

Erläuterungen:

Der Bestand der kameralen Rücklage zum 31.12.2007 beträgt konsumtiv 245.051 EUR und investiv 116.770 EUR.

981 991	Verrechnungen zwischen Kapiteln	9 258 900	24 640 300	2 042 517
989 991	Sonstige Verrechnungen	6 849 500	6 663 800	1 241 893
	Weggefallene Titel			
542 00 052	Steuern und Abgaben	—	—	—
545 00 052	Aufwendungen des Landtags und der Landesregierung aus dienstlicher Veranlassung	—	—	—
711 00 052	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	—	—	—
821 00 052	Grunderwerb	—	—	—
	Gesamtausgaben Kapitel 05 03	107 492 500	118 496 800	90 464 746

Kapitel Titel / Funkt.-Kennziffer	ZWECKBESTIMMUNG ERLÄUTERUNGEN	Ansatz 2009 EUR	Ansatz 2008 EUR	IST 2007 EUR

Abschluss Kapitel 05 03

0	Steuern und steuerähnliche Abgaben	—	—	—
1	Eigene Einnahmen	66 922 500	50 384 000	56 170 130
2	Übertragungseinnahmen	—	183 500	458 784
3	Vermögenswirksame und besondere Finanzierungseinnahmen	3 235 900	3 308 600	3 345 591
Gesamteinnahmen		70 158 400	53 876 100	59 974 505
4	Personalausgaben	61 114 000	59 428 900	58 735 873
5	Sächliche Verwaltungsausgaben	29 230 500	26 603 800	26 517 025
	Ausgaben für den Schuldendienst	—	—	—
6	Übertragungsausgaben	310 000	240 000	239 468
7	Baumaßnahmen	—	—	—
8	Sonstige Investitionsausgaben	729 600	920 000	1 687 970
9	Besondere Finanzierungsausgaben	16 108 400	31 304 100	3 284 411
Gesamtausgaben		107 492 500	118 496 800	90 464 746
Zuschuss/Überschuss		-37 334 100	-64 620 700	-30 490 242

W i r t s c h a f t s p l a n

Ordentliche Gerichte

A. Vorbemerkungen

Die ordentlichen Gerichte gliedern sich in das Oberlandesgericht Frankfurt am Main, die Landgerichte Darmstadt, Frankfurt am Main, Fulda, Gießen, Hanau, Kassel, Limburg a.d. Lahn, Marburg und Wiesbaden sowie 46 Amtsgerichte.

Das Oberlandesgericht Frankfurt am Main ist eine Landesmittelbehörde im Geschäftsbereich des Hessischen Ministeriums der Justiz, für Integration und Europa, die Land- und Amtsgerichte sind untere Landesbehörden.

Zu den Aufgaben der ordentlichen Gerichte gehören alle bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten, Straf- und Bußgeldsachen, für die nicht entweder die Zuständigkeit von Verwaltungsbehörden oder Verwaltungsgerichten begründet ist oder auf Grund von Vorschriften des Bundesrechts besondere Gerichte bestellt oder zugelassen sind (vgl. § 13 GVG), ferner diejenigen Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit und sonstigen Angelegenheiten, welche durch gesetzliche Vorschriften den ordentlichen Gerichten übertragen sind.

Die im Vergleich zum Haushaltsjahr 2008 geringeren Produktkosten im Leistungsplan und geringeren Personalkosten im Erfolgsplan beruhen im Wesentlichen auf dem geänderten Betrag der Vorsorgeprämie für Beamte (Änderung von rd. 110.808.900,- Euro im Jahr 2008 auf 41.878.000,- Euro im Jahr 2009).

B. Bewirtschaftungsvermerke

Allgemein

Die Bewirtschaftung richtet sich grundsätzlich nach §§ 7 a, 70 bis 72 und 74 bis 80 LHO und den dazu ergangenen Verwaltungsvorschriften.

Ständig nicht vollbeschäftigte Kräfte können im Reinigungsdienst sowie für sonstige Hilfeleistungen mit zusammen höchstens 2002 Arbeitsstunden je Woche sowie auch Vorlesekräfte ohne Inanspruchnahme einer Stelle beschäftigt werden.

Leistungsplan

Überschreitungen oder Unterschreitungen von Mengen und Kosten je Produkt sind im Rahmen der gesamten Produktabgeltung zulässig. Die Verfahrenskosten werden außerhalb des Produktes nachrichtlich ausgewiesen.

Die in den Produktblättern aufgeführten Kennzahlen bzw. Kennzahlendefinitionen sind noch nicht verbindlich. Die festgelegten Vorgaben und Kennzahlen sollen nach Möglichkeit erreicht werden.

Kapitel 05 04 / Buchungskreisnummer 2410
Ordentliche Gerichte

W i r t s c h a f t s p l a n

Erfolgsplan

Die Verfahrenskosten gemäß Jahresergebnis II unterliegen nicht der Produktabgeltung. 50 von Hundert des Jahresüberschusses aus laufenden Geschäften können in eine Gewinnrücklage eingestellt werden (dies gilt nicht für das Jahresergebnis II). Im Übrigen erfolgt eine Gewinnabführung an den Landeshaushalt.

Finanzplan

-

Kapitel 05 04 / Buchungskreisnummer 2410
Ordentliche Gerichte

W i r t s c h a f t s p l a n

L e i s t u n g s p l a n

- Beträge in 1.000 EUR -

Nr	neu / weg-gef.	Bezeichnung	Soll 2009				
			Menge	Gesamt-kosten	Eigene Erlöse	Produkt-abgeltung	Ergebnis
Produkte							
1		Bereitstellung Rechtsprechungspotential Oberlandesgericht	127,5	20.082,4	–	20.082,4	–
2		Bereitstellung Rechtsprechungspotential Landgericht Richter	387,5	65.403,0	–	65.403,0	–
3		Bereitstellung Rechtsprechungspotential Landgericht Rechtspfleger	20,0	2.520,4	–	2.520,4	–
4		Bereitstellung Rechtsprechungspotential Amtsgericht Richter	659,0	135.484,7	–	135.484,7	–
5		Bereitstellung Rechtsprechungspotential Amtsgericht Rechtspfleger	649,0	112.542,7	–	112.542,7	–
6		Justizverwaltungsangelegenheiten Landgericht	18.118,0	1.677,4	922,2	755,2	–
7		Justizverwaltungsangelegenheiten Amtsgericht	44.108,0	4.182,4	1.321,3	2.861,1	–
8		Vollstreckungsleistung Gerichtsvollzieher	339,0	27.938,1	–	27.938,1	–
9		Justizverwaltungssachen Oberlandesgericht	13.590,0	703,3	2.727,1	-2.023,8	–
		Summe Produkte		**370.534,4**	**4.970,6**	**365.563,8**	**–**
Externe Leistungen							
1		Abordnungen (Extern)	24,0	1.188,4	1.188,4	–	–
		Summe Externe Leistungen		**1.188,4**	**1.188,4**	**–**	**–**

Kapitel 05 04 / Buchungskreisnummer 2410
Ordentliche Gerichte

W i r t s c h a f t s p l a n

L e i s t u n g s p l a n

- Beträge in 1.000 EUR -

Soll 2008					Ist 2007				
Menge	Gesamt-kosten	Eigene Erlöse	Produkt-abgeltung	Ergebnis	Menge	Gesamt-kosten	Eigene Erlöse	Produkt-abgeltung	Ergebnis
127,5	24.902,0	–	24.902,0	–	135,0	18.245,3	–	16.657,0	-1.588,3
386,5	80.297,0	–	80.297,0	–	383,0	64.114,3	–	61.848,0	-2.266,3
20,0	2.833,0	–	2.833,0	–	18,0	4.526,9	–	4.579,0	52,1
652,0	162.014,0	–	162.014,0	–	636,0	142.003,8	–	140.705,0	-1.298,8
643,0	131.821,0	–	131.821,0	–	621,0	113.956,8	–	116.932,0	2.975,2
17.332,0	2.085,0	1.161,0	924,0	–	18.120,0	1.906,6	684,1	758,0	-464,5
45.491,0	4.629,0	1.445,0	3.184,0	–	44.243,0	4.942,7	1.120,5	2.414,0	-1.408,2
330,0	33.319,0	–	33.319,0	–	333,0	31.493,6	–	30.180,0	-1.313,6
10.196,0	663,0	2.568,0	-1.905,0	–	10.611,0	581,7	2.097,5	-2.260,0	-744,2
	442.563,0	**5.174,0**	**437.389,0**	**–**		**381.771,7**	**3.902,1**	**371.813,0**	**-6.056,6**
–	–	–	–	–	27,0	606,3	–	–	-606,3
	–	**–**	**–**	**–**		**606,3**	**–**	**–**	**-606,3**

Kapitel 05 04 / Buchungskreisnummer 2410
Ordentliche Gerichte

W i r t s c h a f t s p l a n

L e i s t u n g s p l a n

- Beträge in 1.000 EUR -

Nr	neu / weg-gef.	Bezeichnung	Soll 2009				
			Menge	Gesamt-kosten	Eigene Erlöse	Produkt-abgeltung	Ergebnis
Zwischenbehördliche Leistungen							
1		Abordnungen (intern)	50,0	3.163,4	3.163,4	–	–
2	neu	Ausbildung	42,0	3.135,0	2.547,0	588,0	–
	weg	Ausbildung gehobener Dienst	–	–	–	–	–
	weg	Ausbildung Justizwachtmeister	–	–	–	–	–
	weg	Ausbildung Justizangestellte	–	–	–	–	–
	weg	Ausbildung mittlerer Dienst	–	–	–	–	–
3		Arbeitsvorbereitung, Postnachbearbeitung JUKOS	185.529,0	23,9	23,9	–	–
4	weg	Beistellung NVS	–	–	–	–	–
5		Bezirkrevisoren Aufgaben ZBL GL OLG	7,0	39,9	40,1	-0,2	–
6	neu	Gemeinsame Verwaltungsabteilung OLG/GStA	12,0	428,5	427,3	1,2	–
	weg	Gemeinsame Verwaltung (Finanzen)	–	–	–	–	–
7	weg	Fortbildung	–	–	–	–	–
8		Gerichtskasse	185.176,0	1.807,0	1.807,2	-0,2	–
9	neu	Kommunikation und Information (gemeinsam)	2.183,0	727,1	730,7	-3,6	–
	weg	Gemeinsame Verwaltung (Kommunikation und Information)	–	–	–	–	–
10		Mikroverfilmung extern	530.000,0	148,6	148,8	-0,2	–
11		Interessenvertretungen	6.288,0	222,0	222,0	–	–
	weg	Gemeinsame Verwaltung (Personalwirtschaft)	–	–	–	–	–
12		Referendarausbildung OLG	2.145,0	31.686,8	31.683,1	3,7	–
13		IT-Schulung	595,0	142,5	140,3	2,2	–
	weg	Gemeinsame Verwaltung (Telefonzentrale)	–	–	–	–	–
14		Transport u. Sicherheit	1.538,0	2.031,1	2.020,5	10,6	–
	weg	Unterstützungsleist. f. an. BUKR	–	–	–	–	–
15		User-Help-Desk/Support (Gemeinsame IT-Stelle der Justiz)	1.150,0	50,3	49,3	1,0	–
		Summe Zwischenbehördliche Leistungen		**43.606,1**	**43.003,6**	**602,5**	**–**
		Gesamtsumme		**415.328,9**	**49.162,6**	**366.166,3**	**–**

Nr	neu / weg-gef.	Verfahrenskostenträger*	Soll 2009				
			Menge	Gesamt-kosten	Eigene Erlöse	Zu-/ Abführung	Ergebnis
1		Verfahrenskosten	–	218.130,5	300.190,5	-82.060,0	–
		Summe		**218.130,5**	**300.190,5**	**-82.060,0**	**–**

* Die Beträge in der folgenden Darstellung enthalten - im Gegensatz zum Bereich Produkte, Projekte, externe und zwischenbehördliche Leistungen - zusätzlich zu betriebsbedingten Kosten und Erlösen auch CO-neutrale Bestandteile.

Kapitel 05 04 / Buchungskreisnummer 2410
Ordentliche Gerichte

W i r t s c h a f t s p l a n

L e i s t u n g s p l a n

- Beträge in 1.000 EUR -

Soll 2008					Ist 2007				
Menge	Gesamt-kosten	Eigene Erlöse	Produkt-abgeltung	Ergebnis	Menge	Gesamt-kosten	Eigene Erlöse	Produkt-abgeltung	Ergebnis
51,0	3.412,0	3.412,0	–	–	50,0	4.359,3	2.676,0	420,7	-1.262,6
–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
4,0	583,0	583,0	–	–	3,0	324,0	65,0	19,0	-240,0
3,0	103,0	103,0	–	–	2,0	114,0	23,0	–	-91,0
30,0	1.544,0	1.544,0	–	–	6,0	1.565,0	39,0	–	-1.526,0
8,0	402,0	402,0	–	–	6,0	235,0	33,0	9,0	-193,0
16,0	36,0	36,0	–	–	18,0	22,0	11,6	8,7	-1,7
770,0	108,0	108,0	–	–	697,0	7,9	–	14,6	6,7
7,0	31,0	31,0	–	–	10,0	34,8	9,0	0,3	-25,5
–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
12,0	33,0	33,0	–	–	12,0	29,0	–	109,0	80,0
–	28,0	–	28,0	–	79,0	46,0	95,0	4,0	53,0
86,0	1.917,0	1.917,0	–	–	98,0	1.704,0	–	0,2	-1.703,8
–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
1.486,0	465,0	465,0	–	–	1.565,0	603,0	–	167,0	-436,0
15.832,0	403,0	403,0	–	–	29.359,0	595,1	120,0	20,2	-454,9
6.239,0	228,0	228,0	–	–	6.288,0	228,8	–	138,2	-90,6
24,0	466,0	466,0	–	–	32,0	378,0	–	373,0	-5,0
2.200,0	31.705,0	31.705,0	–	–	1.974,0	30.689,0	–	30.118,5	-570,5
845,0	260,0	260,0	–	–	67,0	116,7	105,6	26,1	15,0
591,0	249,0	249,0	–	–	557,0	177,0	–	139,0	-38,0
1.565,0	1.931,7	1.936,4	-4,7	–	1.678,0	2.421,7	–	62,3	-2.359,4
–	–	–	–	–	–	9,8	–	–	-9,8
872,0	140,0	140,0	–	–	1.882,0	35,0	–	–	-35,0
	44.044,7	**44.021,4**	**23,3**	**–**		**43.695,1**	**3.177,2**	**31.629,8**	**-8.888,1**
	486.607,7	**49.195,4**	**437.412,3**	**–**		**426.073,1**	**7.079,3**	**403.442,8**	**-15.551,0**

Soll 2008					Ist 2007				
Menge	Gesamt-kosten*	Eigene Erlöse*	Zu-/ Abführung*	Ergebnis*	Menge	Gesamt-kosten*	Eigene Erlöse*	Zu-/ Abführung*	Ergebnis*
–	193.440,0	307.000,0	-113.560,0	–	–	222.528,3	314.177,2	-91.648,9	–
	193.440,0	**307.000,0**	**-113.560,0**	**–**		**222.528,3**	**314.177,2**	**-91.648,9**	**–**

W i r t s c h a f t s p l a n

L e i s t u n g s p l a n - E r l ä u t e r u n g - P r o d u k t b l a t t

<u>Erläuterungen zu Produkt Nr. 1 :</u>
Bereitstellung Rechtsprechungspotential Oberlandesgericht

1. Erbringer

Justiz- und Gerichtsverwaltung beim Oberlandesgericht Frankfurt am Main

2. Rechtsgrundlage oder sonstige Grundlage

- Gewaltenteilungsprinzip (Art. 20 Abs. 2 Satz 2 Grundgesetz)
- Rechts(schutz)gewährungsanspruch (Art. 19 Abs. 4, 20 Abs. 3 Grundgesetz)
- Unabhängigkeit der Rechtspfleger (§ 9 RPflG)
- Gerichtsverfassungsgesetz
- Verfahrensordnungen

3. Produkt- und Leistungsbeschreibung

3.1 Beschreibung des Produkts

Das die Rechtsprechung betreffende Produkt ist die Summe aller Leistungen der Justiz- und Gerichtsverwaltung für die Bereitstellung von Rechtsprechungspotentialen zur Erledigung der Aufgaben der Richterinnen und Richter, sowie der Rechtspflegerinnen und Rechtspfleger beim Oberlandesgericht Frankfurt am Main.

3.2 Leistungen zum Produkt

Zum Produkt gehören folgende Leistungen:

- Personalkosten Richter und Rechtspfleger
- Sachkosten Richter und Rechtspfleger
- Vorgangsbearbeitung
- Protokoll- und Schreibdienst
- Rechtsprechungsdokumentation

4. Bezug zu politischen Zielen

Effektive Rechtsschutzgewährung sowie effiziente Justiz- und Gerichtsverwaltung auf hohem Qualitätsniveau garantieren und effektive Strafverfolgung sowie Rechtssicherheit gewährleisten.

5. Empfänger

- Hessischer Landtag (stellvertretend für die Bürger)
- Rechtsprechende Gewalt

6. Zählgröße / Mengen im Haushaltsjahr

Zählgröße	Soll 2009	Soll 2008	Ist 2007
Anzahl Richterinnen und Richter, Rechtspflegerinnen und Rechtspfleger des Oberlandesgerichts Frankfurt am Main	128	128	135

7. Kostenzusammensetzung / Stückkosten / Preis

Wirtschaftsplan

Leistungsplan - Erläuterung - Produktblatt

Das Produkt umfasst Sach- und Personalkosten, soweit sie zur Bereitstellung von Rechtsprechungspotentialen durch die Justiz- und Gerichtsverwaltung erforderlich sind. Die Verfahrenseinnahmen und -ausgaben sind nicht Bestandteil der Produktkosten.

Kostenartenschichtung (in EUR)

Kostenarten	Soll 2009 EUR	Soll 2008 EUR	Ist 2007 EUR
Personalkosten	13.521.958	18.950.772	18.279.442
Sachkosten	3.007.518	3.147.155	2.839.023
Kalkulatorische Kosten	255.783	128.812	207.697
Sonstige Kosten *	3.297.190	2.675.305	-3.080.878
Gesamtkosten	**20.082.449**	**24.902.044**	**18.245.284**
Erlöse	–	–	–
Produktabgeltung	20.082.449	24.902.044	16.657.000
Ergebnis	**–**	**–**	**-1.588.284**

* Kosten der innerbehördlichen Leistungsverrechnung

Stückkosten (in EUR)

Gesamtkosten / Menge	Soll 2009 EUR	Soll 2008 EUR	Ist 2007 EUR
	157.509,40	195.310,14	135.360,81

Preis (in EUR)

Produktabgeltung / Menge	Soll 2009 EUR	Soll 2008 EUR	Ist 2007 EUR
	157.509,40	195.310,14	123.577,42

8. Produktspezifische Kennzahlen / Qualitätskennzahlen

Die Festlegung der produktspezifischen Kennzahlen ist wegen der Unabhängigkeit der Richterinnen und Richter und der sachlichen Unabhängigkeit der Rechtspflegerinnen und Rechtspfleger nur insoweit bindend, als die Abläufe von der Verwaltung zu erbringen und zu verantworten sind.

8.1 Kennzahlen zur Leistungswirkung (Effektivität der Leistungen)

Vorgabe: Effektive Rechts- und Rechtsschutzgewährung garantieren

- Bereitstellungsgrad Rechtsprechungspotenziale nach Stellenplan

8.2 Kennzahlen zur Finanzwirtschaft (Effizienz der Leistungen)

Vorgabe: Produktabgeltung wirtschaftlich einsetzen

- Kosten-/Erlösabweichung

8.3 Kennzahlen zu quantitativen und qualitativen Leistungsmerkmalen

Vorgabe: Bedarfsgerechte Unterstützung der Rechtsprechung bereitstellen

- Anzahl unterstützter Richter und Rechtspfleger
- Anzahl der durch IT-Administratoren betreuten Arbeitsplätze

8.4 Kennzahlen zur Prozessqualität

Vorgabe: Qualifizierung der Mitarbeiter verbessern

- Anteil der geschulten Mitarbeiter
- Anzahl durchschnittlicher Schulungstage pro Mitarbeiter

8.5 Kennzahlen zur Kundenperspektive

-

W i r t s c h a f t s p l a n

L e i s t u n g s p l a n - E r l ä u t e r u n g - P r o d u k t b l a t t

Erläuterungen zu Produkt Nr. 2 :
Bereitstellung Rechtsprechungspotential Landgericht Richter

1. Erbringer

Justiz- und Gerichtsverwaltung der hessischen Landgerichte Darmstadt, Frankfurt, Fulda, Gießen, Hanau, Kassel, Limburg, Marburg und Wiesbaden und des Oberlandesgerichtes Frankfurt am Main

2. Rechtsgrundlage oder sonstige Grundlage

- Gewaltenteilungsprinzip (Art. 20 Abs. 2 Satz 2 Grundgesetz)
- Rechts(schutz)gewährungsanspruch (Art. 19 Abs. 4, 20 Abs. 3 Grundgesetz)
- Unabhängigkeit der Richter (Art 97 Abs. 1 Grundgesetz, § 1 GVG)
- Gerichtsverfassungsgesetz
- Verfahrensordnungen

3. Produkt- und Leistungsbeschreibung

3.1 Beschreibung des Produkts

Das die Rechtsprechung betreffende Produkt ist die Summe aller Leistungen der Justiz- und Gerichtsverwaltung für die Bereitstellung von Rechtsprechungspotentialen zur Erledigung der Aufgaben der Richterinnen und Richter bei den hessischen Landgerichten.

3.2 Leistungen zum Produkt

Zum Produkt gehören folgende Leistungen:

- Personalkosten Richter
- Sachkosten Richter
- Vorgangsbearbeitung Richter
- Protokoll- und Schreibdienst Richter
- Bewährungshilfe Richter

4. Bezug zu politischen Zielen

Effektive Rechtsschutzgewährung sowie effiziente Justiz- und Gerichtsverwaltung auf hohem Qualitätsniveau garantieren und effektive Strafverfolgung sowie Rechtssicherheit gewährleisten.

5. Empfänger

- Hessischer Landtag (stellvertretend für die Bürger)
- Rechtsprechende Gewalt

6. Zählgröße / Mengen im Haushaltsjahr

Zählgröße	Soll 2009	Soll 2008	Ist 2007
Anzahl Richterinnen und Richter an den hessischen Landgerichten	388	387	383

W i r t s c h a f t s p l a n

L e i s t u n g s p l a n - E r l ä u t e r u n g - P r o d u k t b l a t t

7. Kostenzusammensetzung / Stückkosten / Preis

Das Produkt umfasst Sach- und Personalkosten, soweit sie zur Bereitstellung von Rechtsprechungspotentialen durch die Justiz- und Gerichtsverwaltung erforderlich sind. Die Verfahrenseinnahmen und -ausgaben sind nicht Bestandteil der Produktkosten.

Kostenartenschichtung (in EUR)

Kostenarten	Soll 2009 EUR	Soll 2008 EUR	Ist 2007 EUR
Personalkosten	41.430.707	54.400.908	49.782.854
Sachkosten	11.114.450	9.526.138	9.428.851
Kalkulatorische Kosten	652.484	926.269	1.261.448
Sonstige Kosten *	12.205.311	15.444.071	3.641.154
Gesamtkosten	**65.402.952**	**80.297.386**	**64.114.307**
Erlöse	–	–	–
Produktabgeltung	65.402.952	80.297.386	61.848.000
Ergebnis	**–**	**–**	**-2.266.307**

* Kosten der innerbehördlichen Leistungsverrechnung

Stückkosten (in EUR)

Gesamtkosten / Menge	Soll 2009 EUR	Soll 2008 EUR	Ist 2007 EUR
	168.781,81	207.755,20	167.570,91

Preis (in EUR)

Produktabgeltung / Menge	Soll 2009 EUR	Soll 2008 EUR	Ist 2007 EUR
	168.781,81	207.755,20	161.647,63

8. Produktspezifische Kennzahlen / Qualitätskennzahlen

Die Festlegung der produktspezifischen Kennzahlen ist wegen der Unabhängigkeit der Richterinnen und Richter nur insoweit bindend, als die Abläufe von der Verwaltung zu erbringen und zu verantworten sind.

8.1 Kennzahlen zur Leistungswirkung (Effektivität der Leistungen)

Vorgabe: Effektive Rechts- und Rechtsschutzgewährung garantieren

- Bereitstellungsgrad Rechtsprechungspotentiale nach Stellenplan

8.2 Kennzahlen zur Finanzwirtschaft (Effizienz der Leistungen)

Vorgabe: Produktabgeltung wirtschaftlich einsetzen

- Kosten-/Erlösabweichung

8.3 Kennzahlen zu quantitativen und qualitativen Leistungsmerkmalen

Vorgabe: Bedarfsgerechte Unterstützung der Rechtsprechung bereitstellen

- Anzahl unterstützter Richter
- Anzahl der durch IT-Administratoren betreuten Arbeitsplätze

8.4 Kennzahlen zur Prozessqualität

Vorgabe: Qualifizierung der Mitarbeiter verbessern

- Anteil der geschulten Mitarbeiter
- Anzahl durchschnittlicher Schulungstage pro Mitarbeiter

8.5 Kennzahlen zur Kundenperspektive

-

Kapitel 05 04 / Buchungskreisnummer 2410
Ordentliche Gerichte

W i r t s c h a f t s p l a n

L e i s t u n g s p l a n - E r l ä u t e r u n g - P r o d u k t b l a t t

Erläuterungen zu Produkt Nr. 3 :
Bereitstellung Rechtsprechungspotential Landgericht Rechtspfleger

1. Erbringer

Justiz- und Gerichtsverwaltung der hessischen Landgerichte Darmstadt, Frankfurt, Fulda, Gießen, Hanau, Kassel, Limburg, Marburg und Wiesbaden und des Oberlandesgerichtes Frankfurt am Main

2. Rechtsgrundlage oder sonstige Grundlage

- Gewaltenteilungsprinzip (Art. 20 Abs. 2 Satz 2 Grundgesetz)
- Rechts(schutz)gewährungsanspruch (Art. 19 Abs. 4, 20 Abs. 3 Grundgesetz)
- Unabhängigkeit der Rechtspfleger (§ 9 RPflG)
- Gerichtsverfassungsgesetz
- Verfahrensordnungen

3. Produkt- und Leistungsbeschreibung

3.1 Beschreibung des Produkts

Das die Rechtsprechung betreffende Produkt ist die Summe aller Leistungen der Justiz- und Gerichtsverwaltung für die Bereitstellung von Rechtsprechungspotentialen zur Erledigung der Aufgaben der Rechtspflegerinnen und Rechtspfleger der hessischen Landgerichte.

3.2 Leistungen zum Produkt

Zum Produkt gehören folgende Leistungen:

- Personalkosten Rechtspfleger
- Sachkosten Rechtspfleger
- Vorgangsbearbeitung Rechtspfleger
- Protokoll- und Schreibdienst Rechtspfleger

4. Bezug zu politischen Zielen

Effektive Rechtsschutzgewährung sowie effiziente Justiz- und Gerichtsverwaltung auf hohem Qualitätsniveau garantieren und effektive Strafverfolgung sowie Rechtssicherheit gewährleisten.

5. Empfänger

- Hessischer Landtag (stellvertretend für die Bürger)
- Rechtsprechende Gewalt

6. Zählgröße / Mengen im Haushaltsjahr

Zählgröße	Soll 2009	Soll 2008	Ist 2007
Anzahl Rechtspflegerinnen und Rechtspfleger an den hessischen Landgerichten	20	20	18

7. Kostenzusammensetzung / Stückkosten / Preis

Wirtschaftsplan

Leistungsplan - Erläuterung - Produktblatt

Das Produkt umfasst Sach- und Personalkosten, soweit sie zur Bereitstellung von Rechtsprechungspotentialen durch die Justiz- und Gerichtsverwaltung erforderlich sind. Die Verfahrenseinnahmen und -ausgaben sind nicht Bestandteil der Produktkosten.

Kostenartenschichtung (in EUR)

Kostenarten	Soll 2009 EUR	Soll 2008 EUR	Ist 2007 EUR
Personalkosten	1.359.499	1.613.729	1.409.196
Sachkosten	524.055	444.484	459.522
Kalkulatorische Kosten	30.773	43.566	63.323
Sonstige Kosten *	606.089	731.009	2.594.851
Gesamtkosten	**2.520.416**	**2.832.788**	**4.526.892**
Erlöse	–	–	–
Produktabgeltung	2.520.416	2.832.788	4.579.000
Ergebnis	**–**	**–**	**52.108**

* Kosten der innerbehördlichen Leistungsverrechnung

Stückkosten (in EUR)

Gesamtkosten / Menge	Soll 2009 EUR	Soll 2008 EUR	Ist 2007 EUR
	126.020,82	141.639,38	245.493,01

Preis (in EUR)

Produktabgeltung / Menge	Soll 2009 EUR	Soll 2008 EUR	Ist 2007 EUR
	126.020,82	141.639,38	248.318,87

8. Produktspezifische Kennzahlen / Qualitätskennzahlen

Die Festlegung der produktspezifischen Kennzahlen ist wegen der sachlichen Unabhängigkeit der Rechtspflegerinnen und Rechtspfleger nur insoweit bindend, als die Abläufe von der Verwaltung zu erbringen und zu verantworten sind.

8.1 Kennzahlen zur Leistungswirkung (Effektivität der Leistungen)

Vorgabe: Effektive Rechts- und Rechtsschutzgewährung garantieren

- Bereitstellungsgrad Rechtsprechungspotentiale nach Stellenplan

8.2 Kennzahlen zur Finanzwirtschaft (Effizienz der Leistungen)

Vorgabe: Produktabgeltung wirtschaftlich einsetzen

- Kosten-/Erlösabweichung

8.3 Kennzahlen zu quantitativen und qualitativen Leistungsmerkmalen

Vorgabe: Bedarfsgerechte Unterstützung der Rechtsprechung bereitstellen

- Anzahl unterstützter Rechtspfleger

- Anzahl der durch IT-Administratoren betreuten Arbeitsplätze

8.4 Kennzahlen zur Prozessqualität

Vorgabe: Qualifizierung der Mitarbeiter verbessern

- Anteil der geschulten Mitarbeiter
- Anzahl durchschnittlicher Schulungstage pro Mitarbeiter

8.5 Kennzahlen zur Kundenperspektive

-

W i r t s c h a f t s p l a n

L e i s t u n g s p l a n - E r l ä u t e r u n g - P r o d u k t b l a t t

Erläuterungen zu Produkt Nr. 4 :
Bereitstellung Rechtsprechungspotential Amtsgericht Richter

1. Erbringer

Justiz- und Gerichtsverwaltung der hessischen Amtsgerichte, zugehörigen Zweigstellen, der jeweiligen Landgerichte und des Oberlandesgerichts Frankfurt am Main

2. Rechtsgrundlage oder sonstige Grundlage

- Gewaltenteilungsprinzip (Art. 20 Abs. 2 Satz 2 Grundgesetz)
- Rechts(schutz)gewährungsanspruch (Art. 19 Abs. 4, 20 Abs. 3 Grundgesetz)
- Unabhängigkeit der Richter (Art 97 Abs. 1 Grundgesetz, § 1 GVG)
- Gerichtsverfassungsgesetz
- Verfahrensordnungen

3. Produkt- und Leistungsbeschreibung

3.1 Beschreibung des Produkts

Das die Rechtsprechung betreffende Produkt ist die Summe aller Leistungen der Justiz- und Gerichtsverwaltung für die Bereitstellung von Rechtsprechungspotentialen zur Erledigung der Aufgaben der Richterinnen und Richter bei den hessischen Amtsgerichten und deren Zweigstellen.

3.2 Leistungen zum Produkt

Zum Produkt gehören folgende Leistungen:

- Personalkosten Richter
- Sachkosten Richter
- Vorgangsbearbeitung Richter
- Protokoll- und Schreibdienst Richter
- Erteilung Auszüge Richter
- Bewährungshilfe Richter

4. Bezug zu politischen Zielen

Effektive Rechtsschutzgewährung sowie effiziente Justiz- und Gerichtsverwaltung auf hohem Qualitätsniveau garantieren und effektive Strafverfolgung sowie Rechtssicherheit gewährleisten.

5. Empfänger

- Hessischer Landtag (stellvertretend für die Bürger)
- Rechtsprechende Gewalt

6. Zählgröße / Mengen im Haushaltsjahr

Zählgröße	Soll 2009	Soll 2008	Ist 2007
Anzahl Richterinnen und Richter der hessischen Amtsgerichte	659	652	636

W i r t s c h a f t s p l a n

L e i s t u n g s p l a n - E r l ä u t e r u n g - P r o d u k t b l a t t

7. Kostenzusammensetzung / Stückkosten / Preis

Das Produkt umfasst Sach- und Personalkosten, soweit sie zur Bereitstellung von Rechtsprechungspotentialen durch die Justiz- und Gerichtsverwaltung erforderlich sind. Die Verfahrenseinnahmen und -ausgaben sind nicht Bestandteil der Produktkosten.

Kostenartenschichtung (in EUR)

Kostenarten	Soll 2009 EUR	Soll 2008 EUR	Ist 2007 EUR
Personalkosten	81.974.840	104.390.535	99.347.584
Sachkosten	20.273.302	19.517.579	18.233.076
Kalkulatorische Kosten	1.152.122	1.431.292	1.848.577
Sonstige Kosten *	32.084.468	36.674.868	22.574.535
Gesamtkosten	**135.484.732**	**162.014.274**	**142.003.772**
Erlöse	–	–	–
Produktabgeltung	135.484.732	162.014.274	140.705.000
Ergebnis	**–**	**–**	**-1.298.772**

* Kosten der innerbehördlichen Leistungsverrechnung

Stückkosten (in EUR)

Gesamtkosten / Menge	Soll 2009 EUR	Soll 2008 EUR	Ist 2007 EUR
	205.591,40	248.488,15	223.364,17

Preis (in EUR)

Produktabgeltung / Menge	Soll 2009 EUR	Soll 2008 EUR	Ist 2007 EUR
	205.591,40	248.488,15	221.321,27

8. Produktspezifische Kennzahlen / Qualitätskennzahlen

Die Festlegung der produktspezifischen Kennzahlen ist wegen der Unabhängigkeit der Richterinnen und Richter nur insoweit bindend, als die Abläufe von der Verwaltung zu erbringen und zu verantworten sind.

8.1 Kennzahlen zur Leistungswirkung (Effektivität der Leistungen)

Vorgabe: Effektive Rechts- und Rechtsschutzgewährung garantieren

- Bereitstellungsgrad Rechtsprechungspotentiale nach Stellenplan

8.2 Kennzahlen zur Finanzwirtschaft (Effizienz der Leistungen)

Vorgabe: Produktabgeltung wirtschaftlich einsetzen

- Kosten-/Erlösabweichung

8.3 Kennzahlen zu quantitativen und qualitativen Leistungsmerkmalen

Vorgabe: Bedarfsgerechte Unterstützung der Rechtsprechung bereitstellen

- Anzahl unterstützter Richter
- Anzahl der durch IT-Administratoren betreuten Arbeitsplätze

8.4 Kennzahlen zur Prozessqualität

Vorgabe: Qualifizierung der Mitarbeiter verbessern

- Anteil der geschulten Mitarbeiter
- Anzahl durchschnittlicher Schulungstage pro Mitarbeiter

8.5 Kennzahlen zur Kundenperspektive

-

W i r t s c h a f t s p l a n

L e i s t u n g s p l a n - E r l ä u t e r u n g - P r o d u k t b l a t t

Erläuterungen zu Produkt Nr. 5 :
Bereitstellung Rechtsprechungspotential Amtsgericht Rechtspfleger

1. Erbringer

Justiz- und Gerichtsverwaltung der hessischen Amtsgerichte, zugehörigen Zweigstellen, der jeweiligen Landgerichte und des Oberlandesgerichts Frankfurt am Main

2. Rechtsgrundlage oder sonstige Grundlage

- Gewaltenteilungsprinzip (Art. 20 Abs. 2 Satz 2 Grundgesetz)
- Rechts(schutz)gewährungsanspruch (Art. 19 Abs. 4, 20 Abs. 3 Grundgesetz)
- Unabhängigkeit der Rechtspfleger (§ 9 RPflG)
- Gerichtsverfassungsgesetz
- Verfahrensordnungen

3. Produkt- und Leistungsbeschreibung

3.1 Beschreibung des Produkts

Das die Rechtsprechung betreffende Produkt ist die Summe aller Leistungen der Justiz- und Gerichtsverwaltung für die Bereitstellung von Rechtsprechungspotentialen zur Erledigung der Aufgaben der Rechtspflegerinnen und Rechtspfleger bei den hessischen Amtsgerichten und deren Zweigstellen.

3.2 Leistungen zum Produkt

Zum Produkt gehören folgende Leistungen:

- Personalkosten Rechtspfleger
- Sachkosten Rechtspfleger
- Vorgangsbearbeitung Rechtspfleger
- Protokoll- und Schreibdienst Rechtspfleger
- Erteilung Auszüge Rechtspfleger

4. Bezug zu politischen Zielen

Effektive Rechtsschutzgewährung sowie effiziente Justiz- und Gerichtsverwaltung auf hohem Qualitätsniveau garantieren und effektive Strafverfolgung sowie Rechtssicherheit gewährleisten.

5. Empfänger

- Hessischer Landtag (stellvertretend für die Bürger)
- Rechtsprechende Gewalt

6. Zählgröße / Mengen im Haushaltsjahr

Zählgröße	Soll 2009	Soll 2008	Ist 2007
Anzahl Rechtspflegerinnen und Rechtspfleger der hessischen Amtsgerichte	649	643	621

7. Kostenzusammensetzung / Stückkosten / Preis

W i r t s c h a f t s p l a n

L e i s t u n g s p l a n - E r l ä u t e r u n g - P r o d u k t b l a t t

Das Produkt umfasst Sach- und Personalkosten, soweit sie zur Bereitstellung von Rechtsprechungspotentialen durch die Justiz- und Gerichtsverwaltung erforderlich sind. Die Verfahrenseinnahmen und -ausgaben sind nicht Bestandteil der Produktkosten.

Kostenartenschichtung (in EUR)

Kostenarten	**Soll 2009** EUR	**Soll 2008** EUR	**Ist 2007** EUR
Personalkosten	63.588.361	79.859.707	77.869.049
Sachkosten	16.448.098	16.181.591	15.242.826
Kalkulatorische Kosten	1.034.564	1.221.474	1.639.863
Sonstige Kosten *	31.471.745	34.557.845	19.205.026
Gesamtkosten	**112.542.768**	**131.820.617**	**113.956.764**
Erlöse	–	–	–
Produktabgeltung	112.542.768	131.820.617	116.932.000
Ergebnis	**–**	**–**	**2.975.236**

* Kosten der innerbehördlichen Leistungsverrechnung

Stückkosten (in EUR)

Gesamtkosten / Menge	**Soll 2009** EUR	**Soll 2008** EUR	**Ist 2007** EUR
	173.409,50	205.008,74	183.537,77

Preis (in EUR)

Produktabgeltung / Menge	**Soll 2009** EUR	**Soll 2008** EUR	**Ist 2007** EUR
	173.409,50	205.008,74	188.329,66

8. Produktspezifische Kennzahlen / Qualitätskennzahlen

Die Festlegung der produktspezifischen Kennzahlen ist wegen der sachlichen Unabhängigkeit der Rechtspflegerinnen und Rechtspfleger nur insoweit bindend, als die Abläufe von der Verwaltung zu erbringen und zu verantworten sind.

8.1 Kennzahlen zur Leistungswirkung (Effektivität der Leistungen)

Vorgabe: Effektive Rechts- und Rechtsschutzgewährung garantieren

- Bereitstellungsgrad Rechtsprechungspotentiale nach Stellenplan

8.2 Kennzahlen zur Finanzwirtschaft (Effizienz der Leistungen)

Vorgabe: Produktabgeltung wirtschaftlich einsetzen

- Kosten-/Erlösabweichung

W i r t s c h a f t s p l a n

L e i s t u n g s p l a n - E r l ä u t e r u n g - P r o d u k t b l a t t

8.3 Kennzahlen zu quantitativen und qualitativen Leistungsmerkmalen

Vorgabe: Bedarfsgerechte Unterstützung der Rechtsprechung bereitstellen

- Anzahl unterstützter Rechtspfleger
- Anzahl der durch IT-Administratoren betreuten Arbeitsplätze

8.4 Kennzahlen zur Prozessqualität

Vorgabe: Qualifizierung der Mitarbeiter verbessern

- Anteil der geschulten Mitarbeiter
- Anzahl durchschnittlicher Schulungstage pro Mitarbeiter

8.5 Kennzahlen zur Kundenperspektive

-

Kapitel 05 04 / Buchungskreisnummer 2410
Ordentliche Gerichte

W i r t s c h a f t s p l a n

L e i s t u n g s p l a n - E r l ä u t e r u n g - P r o d u k t b l a t t

Erläuterungen zu Produkt Nr. 6 :
Justizverwaltungsangelegenheiten Landgericht

1. Erbringer

Justizverwaltung bei den hessischen Landgerichten Darmstadt, Frankfurt, Fulda, Gießen, Hanau, Kassel, Limburg, Marburg und Wiesbaden.

2. Rechtsgrundlage oder sonstige Grundlage

Hessiches Justizkostengesetz (HJKG), Rechtshilfeordnung für Zivilsachen (ZRHO), etc.

3. Produkt- und Leistungsbeschreibung

3.1 Beschreibung des Produkts

Das Produkt ist die Summe der Leistungen der Justizverwaltung an Dritte, soweit die Zuständigkeit der Landgerichte begründet ist und sie nicht der Bereitstellung von Rechtsprechungspotentialen dienen (z.B. Apostillen, Legalisationen und richterliche Notarprüfungen).

3.2 Leistungen zum Produkt

Zum Produkt gehört die Leistung:

- Justizverwaltungssachen

4. Bezug zu politischen Zielen

Effektive Rechtsschutzgewährung sowie effiziente Justiz- und Gerichtsverwaltung auf hohem Qualitätsniveau garantieren und effektive Strafverfolgung sowie Rechtssicherheit gewährleisten.

5. Empfänger

Hessischer Landtag (stellvertretend für die Bürger)

6. Zählgröße / Mengen im Haushaltsjahr

Zählgröße	Soll 2009	Soll 2008	Ist 2007
Anzahl Stunden für die Erfüllung der Justizverwaltungsangelegenheiten	18.118	17.332	18.120

7. Kostenzusammensetzung / Stückkosten / Preis

Das Produkt umfasst die Sach- und Personalkosten, soweit sie zur Erfüllung der Justizverwaltungsangelegenheiten erforderlich sind.

Wirtschaftsplan

Leistungsplan - Erläuterung - Produktblatt

Kostenartenschichtung (in EUR)

Kostenarten	Soll 2009 EUR	Soll 2008 EUR	Ist 2007 EUR
Personalkosten	789.811	1.006.901	967.347
Sachkosten	255.577	366.581	252.367
Kalkulatorische Kosten	13.658	18.842	25.801
Sonstige Kosten *	618.349	692.326	661.101
Gesamtkosten	**1.677.395**	**2.084.650**	**1.906.616**
Erlöse	922.238	1.161.021	684.101
Produktabgeltung	755.157	923.629	758.000
Ergebnis	**–**	**–**	**-464.515**

* Kosten der innerbehördlichen Leistungsverrechnung

Stückkosten (in EUR)

Gesamtkosten / Menge	Soll 2009 EUR	Soll 2008 EUR	Ist 2007 EUR
	92,58	120,28	105,22

Preis (in EUR)

Produktabgeltung / Menge	Soll 2009 EUR	Soll 2008 EUR	Ist 2007 EUR
	41,68	53,29	41,83

8. Produktspezifische Kennzahlen / Qualitätskennzahlen

Die Festlegung der produktspezifischen Kennzahlen ist wegen der Unabhängigkeit der Richterinnen und Richter und der sachlichen Unabhängigkeit der Rechtspflegerinnen und Rechtspfleger nur insoweit bindend, als die Abläufe von der Verwaltung zu erbringen und zu verantworten sind.

8.1 Kennzahlen zur Leistungswirkung (Effektivität der Leistungen)

Prüfungseffektivität (Restbestände bei Notarprüfungen verringern)

8.2 Kennzahlen zur Finanzwirtschaft (Effizienz der Leistungen)

Abweichungen der tatsächlichen Ausgaben vom Budget

8.3 Kennzahlen zu quantitativen und qualitativen Leistungsmerkmalen

Anzahl (Notarprüfungen)

8.4 Kennzahlen zur Prozessqualität

Erledigungsdauer (Notarprüfungen)

8.5 Kennzahlen zur Kundenperspektive

Prüfungseffizienz (Befragung der Notarkammer)

W i r t s c h a f t s p l a n

L e i s t u n g s p l a n - E r l ä u t e r u n g - P r o d u k t b l a t t

Erläuterungen zu Produkt Nr. 7 :
Justizverwaltungsangelegenheiten Amtsgericht

1. Erbringer

Justizverwaltung bei den hessischen Amtsgerichten.

2. Rechtsgrundlage oder sonstige Grundlage

Hessisches Justizkostengesetz (HJKG), Hinterlegungsordnung (HinterlO) etc.

3. Produkt- und Leistungsbeschreibung

3.1 Beschreibung des Produkts

Das Produkt ist die Summe der Leistungen der Justizverwaltung an Dritte, soweit die Zuständigkeit der Amtsgerichte begründet ist und sie nicht der Bereitstellung von Rechtsprechungspotentialen dienen (z.B. Kirchenaustritte und Hinterlegungen).

3.2 Leistungen zum Produkt

Zum Produkt gehört die Leistung:

- Justizverwaltungssachen

4. Bezug zu politischen Zielen

Effektive Rechtsschutzgewährung sowie effiziente Justiz- und Gerichtsverwaltung auf hohem Qualitätsniveau garantieren und effektive Strafverfolgung sowie Rechtssicherheit gewährleisten.

5. Empfänger

Hessischer Landtag (stellvertretend für die Bürger)

6. Zählgröße / Mengen im Haushaltsjahr

Zählgröße	Soll 2009	Soll 2008	Ist 2007
Anzahl Stunden für die Erfüllung der Justizverwaltungsangelegenheiten	44.108	45.491	44.243

7. Kostenzusammensetzung / Stückkosten / Preis

Das Produkt umfasst die Sach- und Personalkosten, soweit sie zur Erfüllung der Justizverwaltungsangelegenheiten erforderlich sind.

Wirtschaftsplan

Leistungsplan - Erläuterung - Produktblatt

Kostenartenschichtung (in EUR)

Kostenarten	Soll 2009 EUR	Soll 2008 EUR	Ist 2007 EUR
Personalkosten	1.779.608	1.984.179	2.087.666
Sachkosten	250.341	819.322	909.258
Kalkulatorische Kosten	33.759	25.355	40.004
Sonstige Kosten *	2.118.702	1.799.905	1.905.767
Gesamtkosten	**4.182.410**	**4.628.761**	**4.942.695**
Erlöse	1.321.261	1.444.667	1.120.500
Produktabgeltung	2.861.149	3.184.094	2.414.000
Ergebnis	**–**	**–**	**-1.408.195**

* Kosten der innerbehördlichen Leistungsverrechnung

Stückkosten (in EUR)

Gesamtkosten / Menge	Soll 2009 EUR	Soll 2008 EUR	Ist 2007 EUR
	94,82	101,75	111,72

Preis (in EUR)

Produktabgeltung / Menge	Soll 2009 EUR	Soll 2008 EUR	Ist 2007 EUR
	64,87	69,99	54,56

8. Produktspezifische Kennzahlen / Qualitätskennzahlen

Die Festlegung der produktspezifischen Kennzahlen ist wegen der Unabhängigkeit der Richterinnen und Richter und der sachlichen Unabhängigkeit der Rechtspflegerinnen und Rechtspfleger nur insoweit bindend, als die Abläufe von der Verwaltung zu erbringen und zu verantworten sind.

8.1 Kennzahlen zur Leistungswirkung (Effektivität der Leistungen)

Erledigungseffektivität (Restbestände bei Hinterlegungssachen verringern)

8.2 Kennzahlen zur Finanzwirtschaft (Effizienz der Leistungen)

Abweichungen der tatsächlichen Ausgaben vom Budget

8.3 Kennzahlen zu quantitativen und qualitativen Leistungsmerkmalen

Anzahl (Hinterlegungssachen)

8.4 Kennzahlen zur Prozessqualität

Erledigungsdauer (Hinterlegungssachen)

8.5 Kennzahlen zur Kundenperspektive

-

W i r t s c h a f t s p l a n

L e i s t u n g s p l a n - E r l ä u t e r u n g - P r o d u k t b l a t t

Erläuterungen zu Produkt Nr. 8 :
Vollstreckungsleistung der Gerichtsvollzieher

1. Erbringer

Gerichtsvollzieherinnen und Gerichtsvollzieher der hessischen Amtsgerichte.

2. Rechtsgrundlage oder sonstige Grundlage

Zivilprozessordnung und andere Verfahrensordnungen, Gerichtsvollzieherordnung, Gerichtsvollziehergeschäftsanweisung sowie weitere Verordnungen und Erlasse.

3. Produkt- und Leistungsbeschreibung

3.1 Beschreibung des Produkts

Das Produkt ist die Summe der Leistungen zur Durchführung von Vollstreckungsgeschäften.

3.2 Leistungen zum Produkt

Zum Produkt gehören die Leistungen:

- Vollstreckungsaufträge
- eidesstattliche Versicherungen
- Zustellungen
- besondere Geschäfte

4. Bezug zu politischen Zielen

Zügige Zwangsvollstreckung garantieren.

5. Empfänger

- Hessischer Landtag (stellvertretend für die Bürger)
- Auftraggeber (Gläubiger)

6. Zählgröße / Mengen im Haushaltsjahr

Zählgröße	Soll 2009	Soll 2008	Ist 2007
Anzahl Gerichtsvollzieherinnen und Gerichtsvollzieher der hessischen Amtsgerichte	339	330	333

7. Kostenzusammensetzung / Stückkosten / Preis

Das Produkt umfasst Sach- und Personalkosten, soweit sie zur Durchführung der Vollstreckungsaufträge erforderlich sind. Die Verfahrenseinnahmen und -ausgaben sind nicht Bestandteil der Produktkosten.

Wirtschaftsplan

Leistungsplan - Erläuterung - Produktblatt

Kostenartenschichtung (in EUR)

Kostenarten	Soll 2009 EUR	Soll 2008 EUR	Ist 2007 EUR
Personalkosten	16.891.083	21.004.251	20.369.606
Sachkosten	3.439.712	3.624.635	3.241.308
Kalkulatorische Kosten	245.032	327.980	392.584
Sonstige Kosten *	7.362.250	8.362.625	7.490.078
Gesamtkosten	**27.938.077**	**33.319.491**	**31.493.576**
Erlöse	–	–	–
Produktabgeltung	27.938.077	33.319.491	30.180.000
Ergebnis	**–**	**–**	**-1.313.576**

* Kosten der innerbehördlichen Leistungsverrechnung

Stückkosten (in EUR)

Gesamtkosten / Menge	Soll 2009 EUR	Soll 2008 EUR	Ist 2007 EUR
	82.413,21	100.968,16	94.606,56

Preis (in EUR)

Produktabgeltung / Menge	Soll 2009 EUR	Soll 2008 EUR	Ist 2007 EUR
	82.413,21	100.968,16	90.660,58

8. Produktspezifische Kennzahlen / Qualitätskennzahlen

Die Festlegung der produktspezifischen Kennzahlen ist wegen der Unabhängigkeit der Richterinnen und Richter und der sachlichen Unabhängigkeit der Rechtspflegerinnen und Rechtspfleger nur insoweit bindend, als die Abläufe von der Verwaltung zu erbringen und zu verantworten sind.

8.1 Kennzahlen zur Leistungswirkung (Effektivität der Leistungen)

Anzahl der Zwangsvollstreckungen pro Gerichtsvollzieher

8.2 Kennzahlen zur Finanzwirtschaft (Effizienz der Leistungen)

Abweichungen der tatsächlichen Ausgaben vom Budget

8.3 Kennzahlen zu quantitativen und qualitativen Leistungsmerkmalen

Mitarbeiterleistung (Ergebnis der Befragung der Gerichtsvollzieherprüfung)

8.4 Kennzahlen zur Prozessqualität

Erledigungsdauer (Gerichtsvollzieher)

8.5 Kennzahlen zur Kundenperspektive

Dienstaufsichtsbeschwerden (Anzahl begründeter Dienstaufsichtsbeschwerden verringern)

Kapitel 05 04 / Buchungskreisnummer 2410
Ordentliche Gerichte

W i r t s c h a f t s p l a n

L e i s t u n g s p l a n - E r l ä u t e r u n g - P r o d u k t b l a t t

Erläuterungen zu Produkt Nr. 9 :
Justizverwaltungsangelegenheiten Oberlandesgericht

1. Erbringer

Justizverwaltung beim Oberlandesgericht Frankfurt am Main

2. Rechtsgrundlage oder sonstige Grundlage

Hessisches Justizkostengesetz (HJKG), Rechtshilfeordnung für Zivilsachen (ZRHO) etc.

3. Produkt- und Leistungsbeschreibung

3.1 Beschreibung des Produkts

Das Produkt ist die Summe der Leistungen der Justizverwaltung an Dritte, soweit die Zuständigkeit des Oberlandesgerichts begründet ist und sie nicht der Bereitstellung von Rechtsprechungspotentialen dienen.

3.2 Leistungen zum Produkt

Zum Produkt gehören die Leistungen:

- Einsicht elektr. Handelsregister (EHR)/ elektr. Grundbuch (EGB) Präsident Oberlandesgericht
- Befreiungs- und Anerkennungsverfahren Präsident Oberlandesgericht

4. Bezug zu politischen Zielen

Effektive Rechtsschutzgewährung sowie effiziente Justiz- und Gerichtsverwaltung auf hohem Qualitätsniveau garantieren und effektive Strafverfolgung sowie Rechtssicherheit gewährleisten.

5. Empfänger

Hessischer Landtag (stellvertretend für die Bürger)

6. Zählgröße / Mengen im Haushaltsjahr

Zählgröße	Soll 2009	Soll 2008	Ist 2007
Anzahl Stunden für die Erfüllung der Justizverwaltungsangelegenheiten	13.590	10.196	10.611

7. Kostenzusammensetzung / Stückkosten / Preis

Das Produkt umfasst die Sach- und Personalkosten, soweit sie zur Erfüllung der Justizverwaltungsangelegenheiten erforderlich sind.

Wirtschaftsplan

Leistungsplan - Erläuterung - Produktblatt

Kostenartenschichtung (in EUR)

Kostenarten	Soll 2009 EUR	Soll 2008 EUR	Ist 2007 EUR
Personalkosten	387.176	391.487	359.157
Sachkosten	180.061	140.556	140.961
Kalkulatorische Kosten	19.275	7.485	11.391
Sonstige Kosten *	116.767	123.137	70.222
Gesamtkosten	**703.279**	**662.665**	**581.731**
Erlöse	2.726.953	2.568.401	2.097.464
Produktabgeltung	-2.023.674	-1.905.736	-2.260.000
Ergebnis	**–**	**–**	**-744.267**

* Kosten der innerbehördlichen Leistungsverrechnung

Stückkosten (in EUR)

Gesamtkosten / Menge	Soll 2009 EUR	Soll 2008 EUR	Ist 2007 EUR
	51,75	64,99	54,82

Preis (in EUR)

Produktabgeltung / Menge	Soll 2009 EUR	Soll 2008 EUR	Ist 2007 EUR
	-148,91	-186,91	-212,99

8. Produktspezifische Kennzahlen / Qualitätskennzahlen

Die Festlegung der produktspezifischen Kennzahlen ist wegen der Unabhängigkeit der Richter und der sachlichen Unabhängigkeit der Rechtspfleger nur insoweit bindend, als die Abläufe von der Verwaltung zu erbringen und zu verantworten sind.

Die nachfolgenden Kennzahlen beziehen sich nur auf die Ausländerehesachen nach § 23 EGGVG.

8.1 Kennzahlen zur Leistungswirkung (Effektivität der Leistungen)

Erledigungseffektivität (Restbestände bei Ausländerehesachen verringern)

8.2 Kennzahlen zur Finanzwirtschaft (Effizienz der Leistungen)

Abweichungen der tatsächlichen Ausgaben vom Budget

8.3 Kennzahlen zu quantitativen und qualitativen Leistungsmerkmalen

Anzahl (Ausländerehesachen)

8.4 Kennzahlen zur Prozessqualität

Erledigungsdauer (Ausländerehesachen)

W i r t s c h a f t s p l a n

L e i s t u n g s p l a n - E r l ä u t e r u n g - P r o d u k t b l a t t

8.5 Kennzahlen zur Kundenperspektive

-

W i r t s c h a f t s p l a n

L e i s t u n g s p l a n - E r l ä u t e r u n g e n

Erläuterungen zu externer Leistung Nr. 1:
Abordnungen (Extern)

1. Erbringer

Justiz- und Gerichtsverwaltung hessischer Amtsgerichte, zugehörige Zweigstellen, der jeweiligen Landgerichte und des Oberlandesgerichts Frankfurt am Main

2. Rechtsgrundlage oder sonstige Grundlage

§ 37 Deutsches Richtergesetz (DRiG)
§ 28 ff. Hessisches Beamtengesetz (HBG)
Abordnungserlasse und -verfügungen

3. Produkt- und Leistungsbeschreibung

3.1 Kurzbeschreibung der externen Leistung

Abordnungen an Externe

3.2 Fachleistung zur externen Leistung

-

4. Bezug zu politischen Zielen

Dient der Zielerreichung des Empfängers/ der Empfänger

5. Empfänger

kostenrechnungskreisfremde Behörden

6. Zählgröße / Mengen im Haushaltsjahr

Zählgröße	Soll 2009	Soll 2008	Ist 2007
Anzahl abgeordneter Personen an Dritte	24	–	27

7. Kostenzusammensetzung / Stückkosten / Preis

Kapitel 05 04 / Buchungskreisnummer 2410
Ordentliche Gerichte

W i r t s c h a f t s p l a n

L e i s t u n g s p l a n - E r l ä u t e r u n g e n

Kostenartenschichtung (in EUR)

Kostenarten	Soll 2009 EUR	Soll 2008 EUR	Ist 2007 EUR
Personalkosten	–	–	606.346
Sachkosten	–	–	–
Kalkulatorische Kosten	–	–	–
Sonstige Kosten *	–	–	–
Gesamtkosten	**–**	**–**	**606.346**
Erlöse	–	–	–
Produktabgeltung	–	–	–
Ergebnis	**–**	**–**	**-606.346**

* Kosten der innerbehördlichen Leistungsverrechnung

Stückkosten (in EUR)

Gesamtkosten / Menge	Soll 2009 EUR	Soll 2008 EUR	Ist 2007 EUR
	–	–	24.419,89

Die Gesamtkosten setzen sich aus "sonstigen kostenmindernden Erlösen" in Höhe von 1.188.440,90 € und Standardpersonalkosten in Höhe von 1.188.440,90 € zusammen. Daher werden die Gesamtkosten und die Stückkosten mit einem Wert von 0,- € ausgewiesen.

Kapitel 05 04 / Buchungskreisnummer 2410
Ordentliche Gerichte

W i r t s c h a f t s p l a n

L e i s t u n g s p l a n - E r l ä u t e r u n g e n

Erläuterungen zu zwischenbehördlicher Leistung Nr. 1:
Bezeichnung: Abordnungen (intern)

1. Erbringer

Justiz- und Gerichtsverwaltung der hessischen Amtsgerichte, zugehörigen Zweigstellen, der jeweiligen Landgerichte und des Oberlandesgerichts Frankfurt am Main

2. Rechtsgrundlage oder sonstige Grundlage

§ 37 Deutsches Richtergesetz (DRiG), § 28 ff. Hessisches Beamtengesetz (HBG), Abordnungserlasse und -verfügungen

3. Produkt- und Leistungsbeschreibung

3.1 Kurzbeschreibung der zwischenbehördlichen Leistung

Abordnungen an andere Buchungskreise

3.2 Fachleistungen zur zwischenbehördlichen Leistung

-

4. Bezug zu politischen Zielen

Dient der Zielerreichung des Empfängers/der Empfänger

. Empfänger

- Staatsgerichtshof des Landes Hessen
- Hessisches Ministerium der Justiz, für Integration und Europa
- Staatskanzlei
- Studienzentrum Rotenburg/ Fulda
- Hessisches Kultusministerium
- Staatsanwaltschaften

6. Zählgröße / Mengen im Haushaltsjahr

Zählgröße	Soll 2009	Soll 2008	Ist 2007
Anzahl abgeordneter Personen	50	51	44

7. Kostenzusammensetzung / Stückkosten /Preis

Kapitel 05 04 / Buchungskreisnummer 2410
Ordentliche Gerichte

W i r t s c h a f t s p l a n

L e i s t u n g s p l a n - E r l ä u t e r u n g e n

Kostenartenschichtung (in EUR)

Kostenarten	Soll 2009 EUR	Soll 2008 EUR	Ist 2007 EUR
Personalkosten	3.163.357	3.412.165	4.359.259
Sachkosten	–	–	–
Kalkulatorische Kosten	–	–	–
Sonstige Kosten *	–	–	–
Gesamtkosten	**3.163.357**	**3.412.165**	**4.359.259**
Erlöse	3.163.357	3.412.165	2.675.951
Produktabgeltung	–	–	420.700
Ergebnis	**–**	**–**	**-1.262.608**

* Kosten der innerbehördlichen Leistungsverrechnung

Stückkosten (in EUR)

Gesamtkosten / Menge	Soll 2009 EUR	Soll 2008 EUR	Ist 2007 EUR
	63.267,14	66.905,20	98.247,90

W i r t s c h a f t s p l a n

L e i s t u n g s p l a n - E r l ä u t e r u n g e n

Erläuterungen zu zwischenbehördlicher Leistung Nr. 2:
Bezeichnung: Ausbildung

1. Erbringer

Justiz- und Gerichtsverwaltung der hessischen Amtsgerichte, zugehörigen Zweigstellen, der jeweiligen Landgerichte und des Oberlandesgerichts Frankfurt am Main

2. Rechtsgrundlage oder sonstige Grundlage

Ausbildung- und Prüfungsordnung der Rechtspfleger (RpflAPO) vom 23.07.1980 (Justizministerialblatt S. 645)
Inhalte der Ausbildungsordnung vom 26.01.1998 über das Berufsbild der Justizfachangestellten ergeben de facto die Zuständigkeit der Ordentlichen Gerichtsbarkeit
Ausbildungs- und Prüfungsordnung für den mittleren Justizdienst (APOmJD) vom 10.02.2006 (JMBl. S. 138)

3. Produkt- und Leistungsbeschreibung

3.1 Kurzbeschreibung der zwischenbehördlichen Leistung

Ausbildung von Rechtspflegeranwärtern
Ausbildung von Justizfachangestellten
Ausbildung von Anwärtern zum Justizwirt

3.2 Fachleistungen zur zwischenbehördlichen Leistung

-

4. Bezug zu politischen Zielen

Dient der Zielerreichung des Empfängers/der Empfänger

5. Empfänger

Sozialgerichtsbarkeit, Verwaltungsgerichtsbarkeit, Hessisches Finanzgericht, Staatsanwaltschaften, Arbeitsgerichtsbarkeit, Hessisches Ministerium der Justiz, für Integration und Europa

6. Zählgröße / Mengen im Haushaltsjahr

Zählgröße	Soll 2009	Soll 2008	Ist 2007
Anzahl Auszubildende (neu)	42	–	–
Anzahl Auszubildende gehobener Dienst (alt)	–	4	3
Anzahl Auszubildende Gerichtswachtmeister (alt)	–	3	2
Anzahl Auszubildende Justizfachangestellte (alt)	–	30	6
Anzahl Auszubildende mittlerer Dienst (alt)	–	8	6

7. Kostenzusammensetzung / Stückkosten /Preis

Kapitel 05 04 / Buchungskreisnummer 2410
Ordentliche Gerichte

W i r t s c h a f t s p l a n

L e i s t u n g s p l a n - E r l ä u t e r u n g e n

Kostenartenschichtung (in EUR)

Kostenarten	Soll 2009 EUR	Soll 2008 EUR	Ist 2007 EUR
Personalkosten	600.310	93.264	165.787
Sachkosten	31.945	515.403	75.305
Kalkulatorische Kosten	65	71	56
Sonstige Kosten *	2.502.174	2.022.702	1.997.197
Gesamtkosten	**3.134.494**	**2.631.440**	**2.238.345**
Erlöse	2.546.881	2.631.440	158.985
Produktabgeltung	587.613	–	28.750
Ergebnis	**–**	**–**	**-2.050.610**

* Kosten der innerbehördlichen Leistungsverrechnung

In bestimmten Fällen kann es grundsätzlich zu einer Produktabgeltung kommen, da zwischen den Buchungskreisen eine Wechselbeziehung besteht.

Bei dieser zwischenbehördlichen Leistung ist es einmalig zu einer erhöhten Produktabgeltung gekommen.

Stückkosten (in EUR)

Gesamtkosten / Menge	Soll 2009 EUR	Soll 2008 EUR	Ist 2007 EUR
	74.630,81	–	–
Auszubildende gehobener Dienst (alt)	–	145.691,95	99.692,31
Auszubildende Gerichtswachtmeister (alt)	–	34.239,70	57.000,00
Auszubildende Justizfachangestellte (alt)	–	50.901,75	260.833,33
Auszubildende mittlerer Dienst (alt)	–	53.545,91	39.166,67

Kapitel 05 04 / Buchungskreisnummer 2410
Ordentliche Gerichte

W i r t s c h a f t s p l a n

L e i s t u n g s p l a n - E r l ä u t e r u n g e n

Erläuterungen zu zwischenbehördlicher Leistung Nr. 3:
Bezeichnung: Arbeitsvorbereitung, Postnachbearbeitung Jukos

1. Erbringer

Justiz- und Gerichtsverwaltung der hessischen Amtsgerichte, zugehörigen Zweigstellen, der jeweiligen Landgerichte und des Oberlandesgerichts Frankfurt am Main

2. Rechtsgrundlage oder sonstige Grundlage

Erlass des Hessischen Ministeriums der Justiz vom 11.02.1991

3. Produkt- und Leistungsbeschreibung

3.1 Kurzbeschreibung der zwischenbehördlichen Leistung

Bereichsleitung, Arbeitsvorbereitung und Postnachbearbeitung bezüglich Jukos

3.2 Fachleistungen zur zwischenbehördlichen Leistung

-

4. Empfänger

Arbeitsgerichtsbarkeit, Verwaltungsgerichtsbarkeit, Sozialgerichtsbarkeit, Hessisches Finanzgericht, Staatsanwaltschaften

5. Bezug zu politischen Zielen

Dient der Zielerreichung des Empfängers/der Empfänger

6. Zählgröße / Mengen im Haushaltsjahr

Zählgröße	Soll 2009	Soll 2008	Ist 2007
Anzahl Sollstellungen	185.529	–	–
Verhältnis Sollstellung DST	–	16	18

7. Kostenzusammensetzung / Stückkosten /Preis

Kapitel 05 04 / Buchungskreisnummer 2410
Ordentliche Gerichte

W i r t s c h a f t s p l a n

L e i s t u n g s p l a n - E r l ä u t e r u n g e n

Kostenartenschichtung (in EUR)

Kostenarten	Soll 2009 EUR	Soll 2008 EUR	Ist 2007 EUR
Personalkosten	12.719	23.115	11.981
Sachkosten	2.106	3.505	2.090
Kalkulatorische Kosten	271	216	416
Sonstige Kosten *	8.710	9.554	7.551
Gesamtkosten	**23.806**	**36.390**	**22.038**
Erlöse	23.945	36.390	11.642
Produktabgeltung	-139	–	8.724
Ergebnis	**–**	**–**	**-1.672**

* Kosten der innerbehördlichen Leistungsverrechnung

Stückkosten (in EUR)

Gesamtkosten / Menge	Soll 2009 EUR	Soll 2008 EUR	Ist 2007 EUR
	0,13	2.274,36	1.224,35

W i r t s c h a f t s p l a n

L e i s t u n g s p l a n - E r l ä u t e r u n g e n

Erläuterungen zu zwischenbehördlicher Leistung Nr. 5:
Bezeichnung: Bezirksrevisoren Aufgaben ZBL GL (Geschäftsleitung) OLG

1. Erbringer

Justiz- und Gerichtsverwaltung hessischer Landgerichte und des Oberlandesgerichts Frankfurt am Main

2. Rechtsgrundlage oder sonstige Grundlage

Geschäftsordnung für Bezirksrevisoren (BezRevGO) Rd.Erlass vom 26.01.1994 (Justizministerialblatt S. 66)

3. Produkt- und Leistungsbeschreibung

3.1 Kurzbeschreibung der zwischenbehördlichen Leistung

Prüfung des Geschäftsbereichs des Generalstaatsanwalts

3.2 Fachleistungen zur zwischenbehördlichen Leistung

-

4. Bezug zu politischen Zielen

Dient der Zielerreichung des Empfängers/der Empfänger

5. Empfänger

Staatsanwaltschaften

6. Zählgröße / Mengen im Haushaltsjahr

Zählgröße	Soll 2009	Soll 2008	Ist 2007
Anzahl Maßnahmen	7	7	10

7. Kostenzusammensetzung / Stückkosten /Preis

Kapitel 05 04 / Buchungskreisnummer 2410
Ordentliche Gerichte

W i r t s c h a f t s p l a n

L e i s t u n g s p l a n - E r l ä u t e r u n g e n

Kostenartenschichtung (in EUR)

Kostenarten	Soll 2009 EUR	Soll 2008 EUR	Ist 2007 EUR
Personalkosten	18.925	15.674	18.442
Sachkosten	2.838	2.679	2.833
Kalkulatorische Kosten	442	216	389
Sonstige Kosten *	17.709	11.996	13.159
Gesamtkosten	**39.914**	**30.565**	**34.823**
Erlöse	40.142	30.565	9.000
Produktabgeltung	-228	–	338
Ergebnis	**–**	**–**	**-25.485**

* Kosten der innerbehördlichen Leistungsverrechnung

In bestimmten Fällen kann es grundsätzlich zu einer Produktabgeltung kommen, da zwischen den Buchungskreisen eine Wechselbeziehung besteht.

Stückkosten (in EUR)

Gesamtkosten / Menge	Soll 2009 EUR	Soll 2008 EUR	Ist 2007 EUR
	5.702,02	4.366,46	3.482,27

W i r t s c h a f t s p l a n

L e i s t u n g s p l a n - E r l ä u t e r u n g e n

Erläuterungen zu zwischenbehördlicher Leistung Nr. 6:
Bezeichnung: Gemeinsame Verwaltungsabteilung des OLG und des GStA

1. Erbringer

Justiz- und Gerichtsverwaltung des Oberlandesgerichts Frankfurt am Main

2. Rechtsgrundlage oder sonstige Grundlage

Runderlass des Großhessischen Staatministeriums über Einzelfragen der Justizverwaltung vom 12.07.1946

3. Produkt- und Leistungsbeschreibung

3.1 Kurzbeschreibung der zwischenbehördlichen Leistung

Gemeinsame Verwaltungsabteilung des Oberlandesgerichts Frankfurt am Main und des Generalstaatsanwalts (Finanzwesen und Personalwesen)

3.2 Fachleistungen zur zwischenbehördlichen Leistung

-

4. Bezug zu politischen Zielen

Dient der Zielerreichung des Empfängers/der Empfänger

5. Empfänger

Staatsanwaltschaften

6. Zählgröße / Mengen im Haushaltsjahr

Zählgröße	Soll 2009	Soll 2008	Ist 2007
Anzahl Arbeitszeitanteile gesamt (neu)	12	–	–
Anzahl Arbeitszeitanteile Finanzen (alt)	–	12	12
Anzahl Arbeitszeitanteile Personalwesen (alt)	–	24	32

7. Kostenzusammensetzung / Stückkosten /Preis

Kapitel 05 04 / Buchungskreisnummer 2410
Ordentliche Gerichte

W i r t s c h a f t s p l a n

L e i s t u n g s p l a n - E r l ä u t e r u n g e n

Kostenartenschichtung (in EUR)

Kostenarten	**Soll 2009** EUR	**Soll 2008** EUR	**Ist 2007** EUR
Personalkosten	292.162	286.023	256.488
Sachkosten	53.800	87.997	79.143
Kalkulatorische Kosten	7.021	7.213	10.633
Sonstige Kosten *	75.560	118.305	60.253
Gesamtkosten	**428.543**	**499.538**	**406.517**
Erlöse	427.327	499.538	–
Produktabgeltung	1.216	–	481.294
Ergebnis	**–**	**–**	**74.777**

* Kosten der innerbehördlichen Leistungsverrechnung

In bestimmten Fällen kann es grundsätzlich zu einer Produktabgeltung kommen, da zwischen den Buchungskreisen eine Wechselbeziehung besteht.

Stückkosten (in EUR)

Gesamtkosten / Menge	**Soll 2009** EUR	**Soll 2008** EUR	**Ist 2007** EUR
Anzahl Arbeitszeitanteile (Gesamt) (neu)	35.711,92	–	–
Anzahl Arbeitszeitanteile Finanzen (alt)	–	2.740,91	2.416,67
Anzahl Arbeitszeitanteile Personalwesen (alt)	–	19.443,60	7.110,01

W i r t s c h a f t s p l a n

L e i s t u n g s p l a n - E r l ä u t e r u n g e n

Erläuterungen zu zwischenbehördlicher Leistung Nr. 8:
Bezeichnung: Gerichtskasse

1. Erbringer

Die Gerichtskassen der Amtsgerichte Darmstadt, Frankfurt am Main, Gießen, Kassel, Wiesbaden

2. Rechtsgrundlage oder sonstige Grundlage

§ 2 Abs.1 Justizbeitreibungsordnung

3. Produkt- und Leistungsbeschreibung

3.1 Kurzbeschreibung der zwischenbehördlichen Leistung

Abwicklung des gerichtlichen Zahlungsverkehrs und Vollstreckungsbehörde.

3.2 Fachleistungen zur zwischenbehördlichen Leistung

-

4. Bezug zu politischen Zielen

Dient der Zielerreichung des Empfängers/der Empfänger

5. Empfänger

Arbeitsgerichtsbarkeit, Verwaltungsgerichtsbarkeit, Sozialgerichtsbarkeit, Staatsanwaltschaften, Hessisches Finanzgericht

6. Zählgröße / Mengen im Haushaltsjahr

Zählgröße	Soll 2009	Soll 2008	Ist 2007
Anzahl Sollstellungen	185.176	–	–
Verhältnis Sollstellung DST	–	86	98

7. Kostenzusammensetzung / Stückkosten /Preis

Kapitel 05 04 / Buchungskreisnummer 2410
Ordentliche Gerichte

W i r t s c h a f t s p l a n

L e i s t u n g s p l a n - E r l ä u t e r u n g e n

Kostenartenschichtung (in EUR)

Kostenarten	Soll 2009 EUR	Soll 2008 EUR	Ist 2007 EUR
Personalkosten	1.125.719	1.188.569	1.027.916
Sachkosten	219.744	193.761	174.152
Kalkulatorische Kosten	22.111	16.756	26.864
Sonstige Kosten *	438.996	517.762	475.108
Gesamtkosten	**1.806.570**	**1.916.848**	**1.704.040**
Erlöse	1.806.757	1.916.848	–
Produktabgeltung	-187	–	215
Ergebnis	**–**	**–**	**-1.703.825**

* Kosten der innerbehördlichen Leistungsverrechnung

In bestimmten Fällen kann es grundsätzlich zu einer Produktabgeltung kommen, da zwischen den Buchungskreisen eine Wechselbeziehung besteht.

Stückkosten (in EUR)

Gesamtkosten / Menge	Soll 2009 EUR	Soll 2008 EUR	Ist 2007 EUR
	9,76	22.288,93	17.388,17

W i r t s c h a f t s p l a n

L e i s t u n g s p l a n - E r l ä u t e r u n g e n

Erläuterungen zu zwischenbehördlicher Leistung Nr. 9:
Bezeichnung: Kommunikation und Information (gemeinsam)

1. Erbringer

Justiz- und Gerichtsverwaltung der hessischen Amtsgerichte, zugehörigen Zweigstellen, der jeweiligen Landgerichte und des Oberlandesgerichts Frankfurt am Main.

2. Rechtsgrundlage oder sonstige Grundlage

Vereinbarung der beteiligten Dienststellen über die Nutzung von Synergieeffekten

3. Produkt- und Leistungsbeschreibung

3.1 Kurzbeschreibung der zwischenbehördlichen Leistung

gemeinsame Poststellen und Telefonzentralen

3.2 Fachleistungen zur zwischenbehördlichen Leistung

-

4. Bezug zu politischen Zielen

Dient der Zielerreichung des Empfängers/der Empfänger

5. Empfänger

Staatsanwaltschaften, Arbeitsgerichtsbarkeit, Verwaltungsgerichtsbarkeit, Hessisches Ministerium der Justiz, für Integration und Europa, Justizvollzug

6. Zählgröße / Mengen im Haushaltsjahr

Zählgröße	Soll 2009	Soll 2008	Ist 2007
Anzahl Telefonanschlüsse (gemeinsam) (neu)	2.183	–	–
Anzahl Telefonanschlüsse Kommunikation (alt)	–	1.486	1.565
Anzahl Telefonanschlüsse Telefonzentrale (alt)	–	591	557

7. Kostenzusammensetzung / Stückkosten /Preis

Kapitel 05 04 / Buchungskreisnummer 2410
Ordentliche Gerichte

W i r t s c h a f t s p l a n

L e i s t u n g s p l a n - E r l ä u t e r u n g e n

Kostenartenschichtung (in EUR)

Kostenarten	**Soll 2009** EUR	**Soll 2008** EUR	**Ist 2007** EUR
Personalkosten	371.901	387.481	426.011
Sachkosten	159.058	152.371	147.854
Kalkulatorische Kosten	34.046	32.916	26.997
Sonstige Kosten *	162.128	141.210	180.349
Gesamtkosten	**727.133**	**713.978**	**781.211**
Erlöse	730.697	713.978	–
Produktabgeltung	-3.564	–	305.999
Ergebnis	**–**	**–**	**-475.212**

* Kosten der innerbehördlichen Leistungsverrechnung

In bestimmten Fällen kann es grundsätzlich zu einer Produktabgeltung kommen, da zwischen den Buchungskreisen eine Wechselbeziehung besteht.

Stückkosten (in EUR)

Gesamtkosten / Menge	**Soll 2009** EUR	**Soll 2008** EUR	**Ist 2007** EUR
Anzahl Telefonanschlüsse (gemeinsam) (neu)	333,09	–	369,34
Anzahl Telefonanschlüsse Kommunikation (alt)	–	313,18	385,30
Anzahl Telefonanschlüsse Telefonzentrale (alt)	–	420,64	317,77

W i r t s c h a f t s p l a n

L e i s t u n g s p l a n - E r l ä u t e r u n g e n

Erläuterungen zu zwischenbehördlicher Leistung Nr. 10:
Bezeichnung: Mikroverfilmung extern

1. Erbringer

Justiz- und Gerichtsverwaltung der hessischen Amtsgerichte, zugehörigen Zweigstellen, der jeweiligen Landgerichte und des Oberlandesgerichts Frankfurt am Main.

2. Rechtsgrundlage oder sonstige Grundlage

Aufträge des Leistungsempfängers, Kapazitätsauslastung

3. Produkt- und Leistungsbeschreibung

3.1 Kurzbeschreibung der zwischenbehördlichen Leistung

Scannen, Verfilmung und Hybridarchivierung von Aktenbänden.

3.2 Fachleistungen zur zwischenbehördlichen Leistung

-

4. Bezug zu politischen Zielen

Dient der Zielerreichung des Empfängers/der Empfänger

. Empfänger

Verwaltungsgerichtsbarkeit, Sozialgerichtsbarkeit

6. Zählgröße / Mengen im Haushaltsjahr

Zählgröße	Soll 2009	Soll 2008	Ist 2007
Anzahl entwickelter Mikorfilme (Blatt)	530.000	–	–
Anzahl entwickelter Mikrofilme (Aktenbände)	–	15.832	20.708

7. Kostenzusammensetzung / Stückkosten /Preis

Kapitel 05 04 / Buchungskreisnummer 2410
Ordentliche Gerichte

W i r t s c h a f t s p l a n

L e i s t u n g s p l a n - E r l ä u t e r u n g e n

Kostenartenschichtung (in EUR)

Kostenarten	**Soll 2009** EUR	**Soll 2008** EUR	**Ist 2007** EUR
Personalkosten	19.998	199.920	218.979
Sachkosten	6.549	48.795	92.400
Kalkulatorische Kosten	59	1.611	11.776
Sonstige Kosten *	121.979	152.286	271.984
Gesamtkosten	**148.585**	**402.612**	**595.139**
Erlöse	148.840	402.612	120.000
Produktabgeltung	-255	–	20.166
Ergebnis	**–**	**–**	**-454.973**

* Kosten der innerbehördlichen Leistungsverrechnung

In bestimmten Fällen kann es grundsätzlich zu einer Produktabgeltung kommen, da zwischen den Buchungskreisen eine Wechselbeziehung besteht.

Stückkosten (in EUR)

Gesamtkosten / Menge	**Soll 2009** EUR	**Soll 2008** EUR	**Ist 2007** EUR
	0,28	25,43	28,74

Durch die Umstrukturierung der Mikrofilmstellen im Jahr 2008 werden bei der Erhebung der Kennzahlen nicht mehr Aktenbände sondern die Blätter der verfilmten Akten gezählt. Dadurch ist die Abweichung zwischen Plan 2009 und Plan 2008/Ist 2007 zu erklären.

W i r t s c h a f t s p l a n

L e i s t u n g s p l a n - E r l ä u t e r u n g e n

Erläuterungen zu zwischenbehördlicher Leistung Nr. 11:
Bezeichnung: Interessenvertretungen

1. Erbringer

Justiz- und Gerichtsverwaltung der hessischen Amtsgerichte, zugehörigen Zweigstellen, der jeweiligen Landgerichte und des Oberlandesgerichts Frankfurt am Main.

2. Rechtsgrundlage oder sonstige Grundlage

Hessisches Personalvertretungsgesetz (HPVG), Hessisches Richtergesetz (HRiG), Hessisches Gleichberechtigungsgesetz (HGlG); sonstige Rechtsvorschriften zur Regelung der Interessenvertretung

3. Produkt- und Leistungsbeschreibung

3.1 Kurzbeschreibung der zwischenbehördlichen Leistung

Hauptpersonalratstätigkeit

3.2 Fachleistungen zur zwischenbehördlichen Leistung

-

4. Bezug zu politischen Zielen

Dient der Zielerreichung des Empfängers/der Empfänger

5. Empfänger

Hessisches Ministerium der Justiz, für Integration und Europa

6. Zählgröße / Mengen im Haushaltsjahr

Zählgröße	Soll 2009	Soll 2008	Ist 2007
Stunden Interessenvertretung/ Hauptpersonalrat	6.288	6.239	6.288

7. Kostenzusammensetzung / Stückkosten /Preis

Kapitel 05 04 / Buchungskreisnummer 2410
Ordentliche Gerichte

W i r t s c h a f t s p l a n

L e i s t u n g s p l a n - E r l ä u t e r u n g e n

Kostenartenschichtung (in EUR)

Kostenarten	Soll 2009 EUR	Soll 2008 EUR	Ist 2007 EUR
Personalkosten	217.535	223.716	224.896
Sachkosten	3.971	4.619	3.856
Kalkulatorische Kosten	–	43	53
Sonstige Kosten *	–	–	–
Gesamtkosten	**221.506**	**228.378**	**228.805**
Erlöse	221.506	228.378	–
Produktabgeltung	–	–	138.228
Ergebnis	**–**	**–**	**-90.577**

* Kosten der innerbehördlichen Leistungsverrechnung

Stückkosten (in EUR)

Gesamtkosten / Menge	Soll 2009 EUR	Soll 2008 EUR	Ist 2007 EUR
	35,23	36,61	36,39

W i r t s c h a f t s p l a n

L e i s t u n g s p l a n - E r l ä u t e r u n g e n

Erläuterungen zu zwischenbehördlicher Leistung Nr. 12:
Bezeichnung: Referendarausbildung OLG

1. Erbringer

Justiz- und Gerichtsverwaltung der hessischen Amtsgerichte, zugehörigen Zweigstellen, der jeweiligen Landgerichte und des Oberlandesgerichts Frankfurt am Main.

2. Rechtsgrundlage oder sonstige Grundlage

§ 10 Abs. 1,2 Justizausbildungsordnung (JAO)

3. Produkt- und Leistungsbeschreibung

3.1 Kurzbeschreibung der zwischenbehördlichen Leistung

Ausbildung von Rechtsreferendaren.

3.2 Fachleistungen zur zwischenbehördlichen Leistung

-

4. Bezug zu politischen Zielen

Dient der Zielerreichung des Empfängers/der Empfänger

5. Empfänger

Hessisches Ministerium der Justiz, für Integration und Europa

6. Zählgröße / Mengen im Haushaltsjahr

Zählgröße	Soll 2009	Soll 2008	Ist 2007
Anzahl Referendare (Plätze)	2.145	2.200	1.974

7. Kostenzusammensetzung / Stückkosten /Preis

Kapitel 05 04 / Buchungskreisnummer 2410
Ordentliche Gerichte

W i r t s c h a f t s p l a n

L e i s t u n g s p l a n - E r l ä u t e r u n g e n

Kostenartenschichtung (in EUR)

Kostenarten	**Soll 2009** EUR	**Soll 2008** EUR	**Ist 2007** EUR
Personalkosten	25.131.041	27.473.227	25.227.289
Sachkosten	394.191	380.457	50.650
Kalkulatorische Kosten	–	–	14.974
Sonstige Kosten *	6.161.584	3.851.582	5.396.098
Gesamtkosten	**31.686.816**	**31.705.266**	**30.689.011**
Erlöse	31.683.097	31.705.266	–
Produktabgeltung	3.719	–	30.118.499
Ergebnis	**–**	**–**	**-570.512**

* Kosten der innerbehördlichen Leistungsverrechnung

In bestimmten Fällen kann es grundsätzlich zu einer Produktabgeltung kommen, da zwischen den Buchungskreisen eine Wechselbeziehung besteht.

Stückkosten (in EUR)

Gesamtkosten / Menge	**Soll 2009** EUR	**Soll 2008** EUR	**Ist 2007** EUR
	14.772,41	14.411,48	15.546,61

W i r t s c h a f t s p l a n

L e i s t u n g s p l a n - E r l ä u t e r u n g e n

Erläuterungen zu zwischenbehördlicher Leistung Nr. 13:
Bezeichnung: IT-Schulung

1. Erbringer

Justiz- und Gerichtsverwaltung der hessischen Amtsgerichte, zugehörigen Zweigstellen, der jeweiligen Landgerichte und des Oberlandesgerichts Frankfurt am Main.

2. Rechtsgrundlage oder sonstige Grundlage

Errichtung einer gemeinsamen IT-Stelle im Rahmen der Binnenmodernisierung

3. Produkt- und Leistungsbeschreibung

3.1 Kurzbeschreibung der zwischenbehördlichen Leistung

EDV - Schulungen

3.2 Fachleistungen zur zwischenbehördlichen Leistung

-

4. Bezug zu politischen Zielen

Dient der Zielerreichung des Empfängers/der Empfänger

5. Empfänger

Arbeitsgerichtsbarkeit, Verwaltungsgerichtsbarkeit, Sozialgerichtsbarkeit, Hessisches Finanzgericht, Staatsanwaltschaften, Hessisches Ministerium der Justiz, für Integration und Europa, Justizvollzug

6. Zählgröße / Mengen im Haushaltsjahr

Zählgröße	Soll 2009	Soll 2008	Ist 2007
Anzahl der fortgebildeten Personen	595	845	687

7. Kostenzusammensetzung / Stückkosten /Preis

Kapitel 05 04 / Buchungskreisnummer 2410
Ordentliche Gerichte

W i r t s c h a f t s p l a n

L e i s t u n g s p l a n - E r l ä u t e r u n g e n

Kostenartenschichtung (in EUR)

Kostenarten	**Soll 2009** EUR	**Soll 2008** EUR	**Ist 2007** EUR
Personalkosten	95.372	174.820	78.624
Sachkosten	28.534	63.868	27.686
Kalkulatorische Kosten	2.752	2.757	4.148
Sonstige Kosten *	15.857	18.560	6.283
Gesamtkosten	**142.515**	**260.005**	**116.741**
Erlöse	140.306	260.005	105.600
Produktabgeltung	2.209	–	26.100
Ergebnis	**–**	**–**	**14.959**

* Kosten der innerbehördlichen Leistungsverrechnung

In bestimmten Fällen kann es grundsätzlich zu einer Produktabgeltung kommen, da zwischen den Buchungskreisen eine Wechselbeziehung besteht.

Stückkosten (in EUR)

Gesamtkosten / Menge	**Soll 2009** EUR	**Soll 2008** EUR	**Ist 2007** EUR
	239,52	307,70	169,93

W i r t s c h a f t s p l a n

L e i s t u n g s p l a n - E r l ä u t e r u n g e n

Erläuterungen zu zwischenbehördlicher Leistung Nr. 14:
Bezeichnung: Transport und Sicherheit

1. Erbringer

Justiz- und Gerichtsverwaltung der hessischen Amtsgerichte, zugehörigen Zweigstellen, der jeweiligen Landgerichte und des Oberlandesgerichts Frankfurt am Main

2. Rechtsgrundlage oder sonstige Grundlage

Vereinbarung der beteiligten Dienstellen über die Nutzung von Synergieeffekten

3. Produkt- und Leistungsbeschreibung

3.1 Kurzbeschreibung der zwischenbehördlichen Leistung

Gemeinsame Pfortendienste

3.2 Fachleistungen zur zwischenbehördlichen Leistung

-

4. Bezug zu politischen Zielen

Dient der Zielerreichung des Empfängers/der Empfänger

5. Empfänger

Staatsanwaltschaften, Arbeitsgerichtsbarkeit, Hessisches Ministerium der Justiz, für Integration und Europa

6. Zählgröße / Mengen im Haushaltsjahr

Zählgröße	Soll 2009	Soll 2008	Ist 2007
Anzahl Mitarbeiter/ Mitarbeiterinnen	1.538	1.565	1.497

7. Kostenzusammensetzung / Stückkosten /Preis

Kapitel 05 04 / Buchungskreisnummer 2410
Ordentliche Gerichte

W i r t s c h a f t s p l a n

L e i s t u n g s p l a n - E r l ä u t e r u n g e n

Kostenartenschichtung (in EUR)

Kostenarten	Soll 2009 EUR	Soll 2008 EUR	Ist 2007 EUR
Personalkosten	1.139.738	1.220.687	1.336.252
Sachkosten	423.825	350.672	565.693
Kalkulatorische Kosten	18.858	16.932	38.088
Sonstige Kosten *	448.711	343.450	481.696
Gesamtkosten	**2.031.132**	**1.931.741**	**2.421.729**
Erlöse	2.020.500	1.936.452	–
Produktabgeltung	10.632	-4.711	62.284
Ergebnis	**–**	**–**	**-2.359.445**

* Kosten der innerbehördlichen Leistungsverrechnung

In bestimmten Fällen kann es grundsätzlich zu einer Produktabgeltung kommen, da zwischen den Buchungskreisen eine Wechselbeziehung besteht.

Stückkosten (in EUR)

Gesamtkosten / Menge	Soll 2009 EUR	Soll 2008 EUR	Ist 2007 EUR
	1.320,63	1.234,34	1.617,54

W i r t s c h a f t s p l a n

L e i s t u n g s p l a n - E r l ä u t e r u n g e n

Erläuterungen zu zwischenbehördlicher Leistung Nr. 15:
User-Help-Desk/ Support (Gemeinsame IT-Stelle der Justiz)

1. Erbringer

Justiz- und Gerichtsverwaltung der hessischen Amtsgerichte, zugehörigen Zweigstellen, der jeweiligen Landgerichte und des Oberlandesgerichts Frankfurt am Main

2. Rechtsgrundlage oder sonstige Grundlage

Im Rahmen der Binnenmodernisierung und Errichtung einer Gemeinsamen IT-Stelle (GIT), politische Zielrichtung ist eine GIT- Erweiterung für das ganze Ressort

3. Produkt- und Leistungsbeschreibung

3.1 Kurzbeschreibung der zwischenbehördlichen Leistung

Errichtung einer gemeinsamen IT-Stelle im Rahmen der Binnenmodernisierung

3.2 Fachleistung zur zwischenbehördlichen Leistung

-

4. Bezug zu politischen Zielen

Dient der Zielerreichung des Empfängers/der Empfänger

5. Empfänger

Hessisches Ministerium der Justiz, für Integration und Europa, Arbeitsgerichtsbarkeit, Hessisches Finanzgericht, Verwaltungsgerichtsbarkeit, Sozialgerichtsbarkeit, Staatsanwaltschaften

6. Zählgröße / Mengen im Haushaltsjahr

Zählgröße	Soll 2009	Soll 2008	Ist 2007
Anzahl PC-Arbeitsplätze	1.150	872	1.861

7. Kostenzusammensetzung / Stückkosten / Preis

Kapitel 05 04 / Buchungskreisnummer 2410
Ordentliche Gerichte

W i r t s c h a f t s p l a n

L e i s t u n g s p l a n - E r l ä u t e r u n g e n

Kostenartenschichtung (in EUR)

Kostenarten	Soll 2009 EUR	Soll 2008 EUR	Ist 2007 EUR
Personalkosten	28.491	71.537	19.422
Sachkosten	13.043	42.096	10.313
Kalkulatorische Kosten	1.302	3.431	1.476
Sonstige Kosten *	7.502	23.100	3.743
Gesamtkosten	**50.338**	**140.164**	**34.954**
Erlöse	49.293	140.164	–
Produktabgeltung	1.045	–	–
Ergebnis	**–**	**–**	**-34.954**

* Kosten der innerbehördlichen Leistungsverrechnung

In bestimmten Fällen kann es grundsätzlich zu einer Produktabgeltung kommen, da zwischen den Buchungskreisen eine Wechselbeziehung besteht.

Stückkosten (in EUR)

Gesamtkosten / Menge	Soll 2009 EUR	Soll 2008 EUR	Ist 2007 EUR
	43,77	160,74	18,78

Kapitel 05 04 / Buchungskreisnummer 2410
Ordentliche Gerichte

W i r t s c h a f t s p l a n

E r f o l g s p l a n

Pos.	VKR	Bezeichnung	Soll 2009 EUR	Soll 2008 EUR	Ist 2007 EUR
1	**50/51**	**Umsatzerlöse und Erträge aus Verwaltungstätigkeit**	**44.809.700**	**45.662.700**	**4.385.073**
	500-509	Umsatzerlöse	39.839.200	40.501.200	500.267
	510-518	Gebühren und Leistungsentgelte aus Verwaltungstätigkeit; Sonstige Erträge	4.992.400	5.174.100	3.902.065
	519	Erlösminderungen	21.900	12.600	17.259
1a	**544**	**Erträge aus Produktabgeltungen**	**366.166.300**	**437.412.600**	**403.757.242**
2	**520-524**	**Bestandsveränderungen**	**–**	**–**	**–**
3	**525-529**	**aktivierte Eigenleistungen**	**–**	**–**	**–**
4	**530-539**	**Sonstige betriebliche Erträge**	**1.539.700**	**123.900**	**8.101.962**
		Betriebsertrag	**412.515.700**	**483.199.200**	**416.244.277**
5	**60/61**	**Bezogene Waren und Leistungen**	**4.680.200**	**4.393.100**	**5.279.927**
	600-604	Roh-, Hilfs-, Betriebsstoffe etc.	6.700	1.400	5.338
	605	Aufwendungen für Energie und Wasser	72.500	83.300	59.672
	606-609	Sonstige Aufwendungen (Waren)	3.289.400	1.937.300	3.071.135
	616	Aufwendungen für Fremdinstandhaltung	1.186.100	2.115.200	1.606.979
	610-615, 617, 619	Sonstige Aufwendungen (Leistungen)	125.500	255.900	536.803
	618	Aufwandsberichtigungen (Skonti etc.)	–	–	–
6	**620-649, 652, 655, 659**	**Personalaufwand**	**322.995.600**	**396.674.800**	**518.197.460**
	620-626	Löhne	1.963.300	1.891.000	1.965.844
	627-632	Gehälter	87.202.900	87.504.400	84.447.253
	633-638	Bezüge	167.037.700	163.567.300	164.489.265
	639	Sonstige Aufwendungen mit Gehalts- oder Bezügecharakter	826.600	1.101.600	5.408.292
	640-649	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	65.852.700	142.498.200	261.723.581
	652, 655, 659	Sonstige Personalaufwendungen	112.400	112.300	163.225
7	**660-664, 666-667**	**Abschreibungen**	**5.448.300**	**6.197.600**	**7.851.859**
8	**650-651, 653-654, 656-658, 670-696, 699-709**	**Sonstige betriebliche Aufwendungen**	**83.938.500**	**81.238.200**	**83.264.595**
	650-651, 653-654, 656-658	Sonstige mittelbare Personalaufwendungen	4.916.100	4.866.800	3.279.676
	670-679	Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten	76.462.200	74.057.300	74.510.601
	680-689	Aufwendungen für Kommunikation, Dokumentation, Information, Reisen, Werbung	2.542.700	2.279.700	2.129.288
	690-696, 699	Aufwendungen für Beiträge und Sonstiges sowie Wertkorrekturen und periodenfremde Aufwendungen	8.200	26.000	3.336.984
	700-709	Betriebliche Steuern	9.300	8.400	8.046
8a	**718**	**Aufwendungen aus Produktabgeltung**	**–**	**–**	**–**
		Betriebsaufwand	**417.062.600**	**488.503.700**	**614.593.841**
		Eigenergebnis	**-4.546.900**	**-5.304.500**	**-198.349.564**

Kapitel 05 04 / Buchungskreisnummer 2410
Ordentliche Gerichte

W i r t s c h a f t s p l a n

E r f o l g s p l a n

Pos.	VKR	Bezeichnung	Soll 2009 EUR	Soll 2008 EUR	Ist 2007 EUR
9	540-543, 545-549	betriebliche Erträge aus Transferleistungen	4.964.400	5.695.700	4.570.168
10	550-559	Steuererträge und steuerähnliche Erträge	–	–	–
		Steuererträge und Leistungsabgeltung	4.964.400	5.695.700	4.570.168
11	710-717, 719	Betrieblicher Aufwand aus Transferleistungen	43.000	41.900	54.118
12	720-729	Steueraufwand und ähnliche Aufwendungen	–	–	–
		Leistungstransfers	43.000	41.900	54.118
		Steuer- und Leistungsergebnis	4.921.400	5.653.800	4.516.050
		Verwaltungsergebnis	374.500	349.300	-193.833.514
13	560-569	Erträge aus Beteiligungen und anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	–	–	–
14	570-579	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	500	–	378
		Finanzertrag	500	–	378
15	740-749	Abschreibungen auf Finanzanlagen und Wertpapiere des Umlaufvermögens und Verluste aus entsprechenden Abgängen	–	–	–
16	750-769	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	375.000	349.300	380.177
		Finanzaufwand	375.000	349.300	380.177
		Finanzergebnis	-374.500	-349.300	-379.799
		Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	–	–	-194.213.313
17	590-599	Außerordentliche Erträge, Erträge aus Verlustübernahme	1.000.000	–	250.847.698
		Außerordentlicher Ertrag	1.000.000	–	250.847.698
18	665, 668-669, 697-698, 730-739, 790-799	Außerordentlicher Aufwand, Aufwand aus Gewinnabführungen, Aufwendungen für sonstige Leistungen Dritter	1.000.000	–	26.542.914
		Außerordentlicher Aufwand	1.000.000	–	26.542.914
		Außerordentliches Ergebnis	–	–	224.304.784
19	580-589	(durchlaufende) Erträge aus Zuwendungen, Zuschüsse für Investitionen und besondere Finanzeinnahmen	–	–	–
		Transferzuwendungen	–	–	–
20	780-789	(durchlaufende) Aufwendungen für Zuwendungen und Zuschüsse für Investitionen und besondere Finanzausgaben	–	–	–
		Transferzahlungen	–	–	–
		Transferergebnis	–	–	–
		Neutrales Ergebnis	–	–	224.304.784
21	770-779	Steuern vom Einkommen und Ertrag	–	–	–
		Jahresergebnis I	–	–	30.091.471

Kapitel 05 04 / Buchungskreisnummer 2410
Ordentliche Gerichte

W i r t s c h a f t s p l a n

E r f o l g s p l a n

Pos.	VKR	Bezeichnung	Soll 2009 EUR	Soll 2008 EUR	Ist 2007 EUR
22	510, 514, 530	Verfahrenserträge	300.190.500	307.000.000	314.130.800
		Justizspezifische Erträge Verfahrensbereich	300.190.500	307.000.000	314.130.800
23	617	Verfahrensaufwendungen	202.440.000	193.440.000	205.779.205
		Justizspezifische Aufwendungen Verfahrensbereich	202.440.000	193.440.000	205.779.205
		Ergebnis Verfahrensbereich	97.750.500	113.560.000	108.351.595
24	539, 592	Außerordentliche Erträge Verfahrensbereich	–	–	46.395
		Außerordentliche Erträge Verfahrensbereich	–	–	46.395
25	668	Außerordentliche Aufwendungen Verfahrensbereich	15.690.500	–	16.749.065
		Außerordentliche Aufwendungen Verfahrensbereich	15.690.500	–	16.749.065
		Außerordentliches Ergebnis Verfahrensbereich	-15.690.500	–	-16.702.670
26	595, 790	Ertrag/Aufwand Ausgleich JE II	-82.060.000	-113.560.000	-91.648.925
		Ergebnisausgleich Verfahrensbereich	-82.060.000	-113.560.000	-91.648.925
		Jahresergebnis II	–	–	–

Kapitel 05 04 / Buchungskreisnummer 2410
Ordentliche Gerichte

W i r t s c h a f t s p l a n

E r l ä u t e r u n g e n E r f o l g s p l a n

1. Standarderläuterungen

Im aus der Kostenrechnung generierten Leistungsplan und dem auf der Grundlage der Finanzbuchhaltung erstellten Erfolgsplan sind kostenmindernde Erlöse unterschiedlich darzustellen. Diese Erlöse sind im Leistungsplan bereits mit Kosten saldiert ausgewiesen, während der Ausweis im Erfolgsplan entsprechend den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung nicht saldiert erfolgt.

Im Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit des Erfolgsplans sind insgesamt kostenmindernde Erlöse in Höhe von 2.152.800,00 Euro enthalten, die in gleicher Höhe die Kosten des Leistungsplans vermindert haben.

Entgelte zentraler Dienstleister

Für Leistungen zentraler Dienstleister sind in den Aufwandspositionen des Erfolgsplans folgende Beträge geplant worden:

Oberfinanzdirektion Frankfurt am Main (KFZ-Selbstversicherung)	8.200,00 EUR
Hessisches Immobilienmanagement (HI)	55.289.200,00 EUR
Hessisches Competence Center (HCC)	2.897.900,00 EUR
Hessische Bezügestelle	1.516.400,00 EUR
Hessische Zentrale für Datenverarbeitung	4.351.300,00 EUR

Zu Pos. 6: Im Personalaufwand sind folgende Rückstellungen enthalten:

Vorsorgeprämie Beamte	41.878.000,00 EUR
Altersteilzeitrückstellungen	-247.800,00 EUR
Rückstellungen Arbeitgeber-Anteil Sozialversicherung	-124.600,00 EUR

Neutrale Aufwendungen / Erträge:

Für das Haushaltsjahr 2009 wurde eine Rücklagenauflösung als neutrale Aufwendung und neutraler Ertrag in Höhe von jeweils 1.000.000 EUR eingeplant.

Jahresergebnis II:
Im Jahresergebnis II werden alle durch Verfahrenskostenträger (Rechtssprechung) verursachten Erträge und Aufwendungen gesondert dargestellt. Aufgrund der Sonderstellung (richterliche Unabhängigkeit) wird hier die Differenz zwischen Erträgen und Aufwendungen durch einen Zuführungs- oder Abführungsbetrag an den Landeshaushalt ausgeglichen.

2. Erläuterungen zu Einzelpositionen

Zu Pos 1:
Zu VKR 500-509:
Hier werden unter anderem die Erträge aus zwischenbehördlichen Leistungen geplant.

Erträge aus der Kommunikation und Information (gemeinsam):	730.700,00 EUR
Erträge aus der Referendarausbildung OLG:	31.683.100,00 EUR
Erträge aus den Interessenvertretungen:	222.000,00 EUR
Erträge aus der Ausbildung:	2.547.000,00 EUR
Erträge aus Arbeitsvorbereitung und Postnachbearbeitung:	23.900,00 EUR
Erträge aus der Tätigkeit von Bezirksrevisoren:	40.100,00 EUR
Erträge aus der Mikroverfilmung:	148.800,00 EUR

W i r t s c h a f t s p l a n

Erträge aus der gem. Verwaltungsabteilung OLG/GSta:	427.300,00 EUR
Erträge aus der Gerichtskasse:	1.807.200,00 EUR
Erträge aus der IT-Schulung:	140.300,00 EUR
Erträge aus Transport und Sicherheit:	2.020.500,00 EUR
Erträge aus dem User Help Desk/Support:	49.300,00 EUR
Erträge aus Abordnungen (buchungskreisübergreifend):	3.163.400,00 EUR

Die Differenz zum Ist-Wert 2007 ergibt sich daraus, dass die Erträge aus zwischenbehördlichen Leistungen erst ab dem Jahr 2008 vollständig abgebildet werden.

Zu VKR 510-518:
Für das Plan-Jahr 2009 werden Gebühren und Leistungsentgelte aus Verwaltungstätigkeit in Höhe von 4.992.400,00 EUR geplant.

Zu VKR 519:
Es handelt sich um gewährte Rabatte und Skonti auf Rechnungen über Verfahren aus dem elektronischen Grundbuch bzw. elektronischen Handelsregister. Diese werden "Großkunden" nach dem Justizverwaltungskostengesetz gewährt.

Zu Pos. 1a:
Zu VKR 544:
Die Erträge aus Produktabgeltung sind für das Planjahr 2009 niedriger als für das Planjahr 2008 bzw. als der Ist-Wert 2007, da die Produktabgeltung abhängig von der Aufwandshöhe ist. Die Aufwendungen des Planjahres 2009 fallen gegenüber den Vorjahren unter anderem deswegen geringer aus, da eine Umstellung von der Planung von Rückstellungen für Pensions- und Beihilferückstellungen auf die Planung einer Vorsorgeprämie stattgefunden hat.

Zu Pos. 4:
Zu VKR 530-539:
Der im Ist-Jahr 2007 gebuchte Betrag setzt sich zum größten Teil aus der Auflösung von Pensions- und Beihilferückstellungen infolge des Ausscheidens von Mitarbeitern und Erstattungen aus dem Integrationsfonds zur Integration und Beschäftigung schwerbehinderter Menschen und Gleichgestellter zusammen.
Die Auflösung von Rückstellungen für Prozesskostenrisiken wirkt sich ebenfalls erhöhend auf den Ertrag aus.
Im Ist-Wert 2007 sind unter anderem auch einmalige Rückerstattungen des Hessischen Immobilienmanagements aus Miet- und Nebenkostenabrechnungen der Vorjahre enthalten.

Der Planwert 2009 ergibt sich unter anderem aus folgenden Positionen:

Erträge Integrationsfonds schwerbehinderter Menschen:	693.000,00 EUR
Erträge private Mitbenutzung staatlicher Einrichtungen:	67.500,00 EUR
Erträge aus Vermietung und Verpachtung:	25.200,00 EUR
Erträge aus vereinnahmten Hinterlegungsgeldern	698.000,00 EUR

Zu Pos. 5:
Zu VKR 600-604:
Hier werden Aufwendungen für Vorprodukte/ Fremdbauteile und Aufwendungen für Verpackungskosten geplant.

Zu VKR 605:
Unter diesen Kontengruppen werden die Aufwendungen für die Treibstoffe der Dienstwagen erfasst.

W i r t s c h a f t s p l a n

Aufwendungen für Strom und Wasser werden seit dem Übergang der Liegenschaften an das Hessische Immobilienmanagement nicht mehr hier geplant, sondern sind nunmehr in den Mietnebenkosten (siehe Pos. 8) enthalten.

Zu VKR 606-609:
Hierunter fallen u.a. folgende Positionen:

Materialaufwand für Reparaturen und Instandhaltung:	94.500,00 EUR
Materialaufwand Datenverarbeitung und Telekommunikation:	1.394.000,00 EUR
Sonstiger Materialaufwand:	169.100,00 EUR
Büromaterial:	1.137.500,00 EUR
Kopiekosten:	25.900,00 EUR
Kosten für Formulare und Vordrucke:	326.600,00 EUR
Berufsbekleidung/ Schutzmittel:	104.100,00 EUR

Zu VKR 616:
Hierunter fallen u.a. folgende Positionen:

Instandhaltung/ Wartung Gebäude und Grundstücke:	95.600,00 EUR
Instandhaltung/ Wartung bewegliche Anlagegüter:	349.000,00 EUR
Instandhaltung/ Wartung Fuhrpark:	30.700,00 EUR
Instandhaltung/ Wartung PC und Zubehör:	145.700,00 EUR
Softwarepflege und Wartung:	223.900,00 EUR
Sonstige Instandhaltung/ Wartung:	341.100,00 EUR

Zu VKR 610-615, 617, 619:
Hierunter fallen u.a. Aufwendungen für:

Bekanntmachungen:	11.100,00 EUR
Gastvorträge/ Lehraufträge:	46.700,00 EUR
Medizinische Untersuchungen/ Gutachten:	28.200,00 EUR

Zu Pos. 6:
Zu VKR 620-626:
In der Position Löhne sind u.a. folgende Positionen enthalten:

Grundlohn:	1.729.500,00 EUR
Weihnachtsgeld:	121.300,00 EUR
Überstundenzuschlag:	2.300,00 EUR

Zu VKR 620-626:
In der Position Gehälter sind u.a. folgende Positionen enthalten:

Grundgehalt:	61.597.800,00 EUR
Familienzuschlag:	13.943.400,00 EUR
Weihnachtsgeld:	3.709.200,00 EUR
Zulagen:	3.682.800,00 EUR

Zu VKR 633-638:
In der Position Bezüge sind u.a. folgende Positionen enthalten:

Beamtengrundbezug:	147.981.100,00 EUR
Sonderzulage:	7.611.700,00 EUR
Familienzuschlag:	6.441.100,00 EUR
Rückstellung Altersteilzeit:	94.300,00 EUR

Zu VKR 639:
Hier werden u. a. Entschädigungen/ Unterrichtsvergütungen für Prüf- und Lehrtätigkeiten im Rahmen der nebenamtlichen Ausbildung gebucht.

Der Planwert 2009 ist geringer als der Ist-Wert 2007, da im Jahr 2007 eine Einmalzahlung an Beamte und Tarifpersonal gewährt wurde, welche für das Jahr 2009 nicht zu planen ist.

Zu VKR 640-649:
Der veränderte Wert im Plan-Jahr 2009 gegenüber dem Ist-Jahr 2007 resultiert aus der Neuorganisation der Versorgungsverpflichtungen (einschließlich Beihilfe) ab dem Jahr 2008 an zentraler Stelle in der Vorsorgekasse. Die bisher vom HMdF/ Fachlichen HCC (F-HCC) personenbezogen ermittelten Werte für Pensions- und Beihilferückstellungen werden durch eine Vorsorgeprämie, die durch die Vorsorgekasse laufbahngruppenspezifisch jährlich neu ermittelt wird, abgelöst.

Kalkulationsbestandteile dieser Vorsorgeprämie sind:
- die fiktive Nettoprämie für die Pensionsverpflichtungen
- die fiktive Nettoprämie für die Beihilfeverpflichtungen
- Beihilfeaufwendungen für Aktive
- die zentralen Verwaltungskosten

Die Prämie beträgt:

- für Beamte des höheren Dienstes:	11.200,00 EUR
- für Beamte des gehobenen Dienstes:	9.000,00 EUR
- für Beamte des mittleren und einfachen Dienstes:	8.800,00 EUR

Zu VKR 652, 655, 659:
Unter anderem werden hier Aufwendungen für folgende Posten gebucht:

Aufwendungen für Arbeitssicherheit, Arztkosten:	13.900,00 EUR
Aufwendungen für Dienstjubiläen:	85.100,00 EUR

Zu Pos. 8:
Zu VKR 650-651, 653-654, 656-658:
In dieser Position sind unter anderem folgende Positionen enthalten:

Unfallkasse Hessen:	977.600,00 EUR
Aufwendungen für Ausbildung Staatsanwaltschaft	312.900,00 EUR
Aufwendungen für Ausbildung H.B. Wagnitz-Seminar	42.000,00 EUR
Aufwendungen für Ausbildung Studienzentrum Rotenburg	2.466.500,00 EUR

Die Differenz zum Ist-Wert 2007 ergibt sich daraus, dass die Aufwendungen aus zwischenbehördlichen Leistungen erst ab dem Jahr 2008 vollständig abgebildet werden.

Zu VKR 670-679:
Die Erhöhung des Plan-Wertes 2009 im Vergleich zum Ist-Wert 2007 ist unter anderem mit einer Erhöhung des Dienstleistungsentgeltes an die Hessische Bezügestelle und einer Erhöhung der Zahlungen an das Hessische Immobilienmanagement für Miete, Nebenkosten und Dienstleistungsentgelte zu erklären (insbesondere durch Zahlungen für das Justizverwaltungszentrum Wiesbaden).

In dieser Position sind unter anderen folgende Werte eingeplant:
a) Entgelte an zentrale Dienstleister:

Hessisches Immobilienmanagement:	55.289.200,00 EUR
davon Mietkosten:	15.247.800,00 EUR
davon Mietnebenkosten:	33.375.600,00 EUR
davon Dienstleistungsentgelt	6.665.800,00 EUR
Hessisches Competence Center für Neue Verwaltungssteuerung:	2.897.900,00 EUR
Hessische Bezügestelle:	1.516.400,00 EUR

b) Aufwendungen für Leasing und Mieten:

Aufwendungen für Leasing und Mieten von EDV:	2.037.100,00 EUR
Aufwendungen für Leasing und Mieten von Fotokopierern:	403.100,00 EUR

c) Softwarelizenzen:

Softwarelizenzen	636.000,00 EUR

d) Sonstige Dienstleistungen:

Umzugsdienstleistungen:	273.400,00 EUR
Gebäudebewachung:	861.900,00 EUR
Sonstige Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten:	676.600,00 EUR

Für den Umzug in das neue Justiz- und Verwaltungszentrum Wiesbaden, der planmäßig im September 2009 stattfinden soll, sind Kosten in Höhe von 176.100,00 EUR geplant.

e) IT-Dienstleistungen: 7.679.400,00 EUR

Zu VKR 680-689:
Unter die Position Aufwendungen für Kommunikation, Dokumentation, Information, Reisen und Werbung fallen unter anderen folgende Einzelpositionen:

Fachzeitschriften, Fachliteratur:	1.339.200,00 EUR
Lehr- und Lernmittel:	48.900,00 EUR
Reisekosten:	5.200,00 EUR
Telefonkosten:	635.600,00 EUR

Weiter enthalten sind 7.600,- Euro zur Verfügung der Behördenleitung für außergewöhnlichen Aufwand aus dienstlicher Veranlassung in besonderen Fällen. Die Aufwendungen sind im Einzelnen zu belegen. Eine pauschale Auszahlung ist nicht zulässig.
Die Ansätze sind verbindlich.

Zu VKR 690-696, 699:
Enthält unter anderem den Beitrag zur Kfz-Selbstversicherung in Höhe von 8.200,00 EUR.

Zu VKR 700-709:
Aufwendungen für die Kfz-Steuer

Zu Pos. 9:
Zu VKR 540-549:
Bei den im Ist-Jahr 2007 erfassten Beträgen handelt es sich um Erstattungen von Personalkosten im Rahmen der Abordnung an Bundesbehörden und Zuweisungen von öffentlichen Trägern für die Neueinstellung von Schwerbehinderten sowie um Zuweisungen der Bundesagentur für Arbeit für die Beschäftigung von Arbeitslosen im Rahmen der Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung nach §§ 91 ff. Arbeitsförderungsgesetz.
Im Plan-Jahr 2009 wurden bereits beschiedene Zuweisungen der Bundesagentur für Arbeit berücksichtigt.

Darüber hinaus sind hier die Erträge aus zwischenbehördlicher Leistungsverrechnung für die Abordnung an andere Buchungskreise des Einzelplans 05 in Höhe von 1.658.200,00 EUR sowie an andere Ressorts innerhalb der hessischen Landesverwaltung in Höhe von 1.505.100,00 EUR berücksichtigt.

Zu Pos. 11:
Zu VKR 710-717, 719:

Hier ist u.a. der Beitrag für die Ausbildung der Gerichtsvollzieher im Ausbildungszentrum Monschau enthalten.

Zu Pos. 14:
Zu VKR 570-579:
Hier werden Säumniszuschläge, Mahngebühren und Mahnzinsen veranschlagt.

Zu Pos. 16:
Zu VKR 750-769:
Hier werden die Zinsen geplant, welche auf die Hinterlegungsmasse gezahlt werden müssen. Der Hinterlegungszinssatz beträgt gem. § 8 Hinterlegungsordnung 0,1 % pro Monat. Die Verzinsung beginnt 3 Monate nach Ablauf der Einzahlung der Hinterlegungsmasse und endet mit dem Ablauf des Monats, welcher der Auszahlung vorausgeht. Beträge unter 50,- € werden nicht verzinst.

Zu Pos. 17:
Zu VKR 590-599:
Der Plan-Wert 2009 ergibt sich aus folgenden Umständen:

Ertrag Inanspruchnahme kamerale Rücklage:	1.000.000,00 EUR

Der Betrag, welcher im Ist-Wert 2007 ausgewiesen wird, setzt sich aus einem einmaligen "Effekt" aus der Umstellung der Rückstellungen für Pensions- und Beihilferückstellungen auf die Vorsorgeprämie zusammen.

Einmaleffekt Beihilferückstellung:	19.331.200,00 EUR
Einmaleffekt Pensionsrückstellung:	172.793.900,00 EUR

Ferner erfolgte im Jahr 2007 eine einmalige Buchung zur Neutralisierung der globalen Mehrausgaben für Besoldungs- und Vergütungserhöhungen von Beamten und Tarifpersonal, welche zentral im Einzelplan 17 veranschlagt waren.

Neutralisierung globale Mehrausgabe Besoldung:	2.174.600,00 EUR
Neutralisierung globale Mehrausgabe Vergütungserhöhung:	1.600.000,00 EUR

Der Ist-Wert 2007 ergibt sich weiterhin aus folgenden Umständen:

Ertrag aus Rücklagenübertragung:	758.600,00 EUR
Sonstige außerordentliche Erträge:	1.811.100,00 EUR

Zu Pos. 18:
Zu VKR 665, 668-669, 697-698, 730-739, 790-799:
Der Plan-Wert 2009 ergibt sich auf folgenden Umständen:

Aufwand Inanspruchnahme kamerale Rücklage:	1.000.000,00 EUR

Der Ist-Wert 2007 ergibt sich unter anderem aus folgenden Umständen:

Wegfall Versorgungsverpflichtung Beihilfen:	289.200,00 EUR
Wegfall Versorgungsverpflichtung Pensionen:	2.838.200,00 EUR
Aufwand Zuführung kamerale Rücklage:	758.600,00 EUR

Jahresergebnis II

Zu Pos. 22:
Zu VKR 510, 514, 530:

W i r t s c h a f t s p l a n

Die geplanten Werte für das Planjahr 2009 sind aus einer Prognose zur Entwicklung der Ist-Zahlen im Verfahrensbereich abgeleitet.

Hier sind auch die Erstattungen des Bundes von Verfahrenskosten und die Auslagen von Verfahrensbeteiligten, die das Land aufgrund von Strafverfahren, in denen das Oberlandesgericht in Ausübung der Gerichtsbarkeit des Bundes entscheidet, zu tragen oder zu leisten hat, enthalten.

Zu Pos. 23:
Zu VKR 617:
Die geplanten Werte für das Planjahr 2009 sind aus einer Prognose zur Entwicklung der Ist-Zahlen im Verfahrensbereich abgeleitet.

Hierunter fällt auch die Entschädigung der Vollstreckungsbeamten.

Die Entschädigungen (auch aus Billigkeitsgründen) an Beschuldigte in Strafsachen werden gewährt:
a) für unschuldig erlittene Straf- und Untersuchungshaft sowie für unberechtigte Maßnahmen der Sicherung und Besserung,
b) für eingezogene Sachen und Rechte,
c) an in Disziplinarverfahren unschuldig Verurteilte.

Außergerichtliche Kosten werden aus der Staatskasse aufgrund gerichtlicher Entscheidung an Verfahrensbeteiligte namentlich in folgenden Fällen erstattet:
a) an freigesprochene oder außer Verfolgung gesetzte Angeschuldigte,
b) in gerichtlichen Verfahren nach dem Gesetz über Ordnungswidrigkeiten.

Zu Pos. 25:
Zu VKR 668:
In dieser Position wurden Abschreibungen auf Forderungen von Gerichtskosten eingeplant. Der Plan-Wert wurde aus den Durchschnittswerten der Vorjahre abgeleitet.

Abschreibungen auf Forderungen PKH (Prozesskostenhilfe):	8.660.800,00 EUR
Abschreibungen Ford.GKA/Kosten außer Ansatz JE II:	645.500,00 EUR
Abschreibungen auf Forderungen Gerichtskosten:	6.384.200,00 EUR

Kapitel 05 04 / Buchungskreisnummer 2410
Ordentliche Gerichte

W i r t s c h a f t s p l a n

F i n a n z p l a n

VKR	Bezeichnung	Soll 2009 EUR	Soll 2008 EUR	Ist 2007 EUR
Mittelverwendung				
Investitionen in immaterielle Werte, Geschäftsbetrieb		**446.100**	**–**	**223.877**
000-049	Ausstehende Einlagen, immaterielle Wirtschaftsgüter	446.100	–	223.877
Investitionen in Grundstücke, Gebäude, Infrastruktur		**–**	**–**	**513.330**
050-069, 091, 096	Grundstücke, Gebäude, Infrastruktur, Anzahlungen auf Infrastruktur, Infrastruktur im Bau	–	–	513.330
Investitionen in Anlagen, Maschinen, BGA		**3.891.500**	**5.327.900**	**2.524.349**
070-089, 090, 095	Anlagen, Maschinen, BGA einschließlich Anzahlungen und Anlagen im Bau	3.891.500	5.327.900	2.524.349
Investitionen in Finanzanlagen		**–**	**–**	**–**
100-169	Beteiligungen, Ausleihungen, Wertpapiere	–	–	–
Mittelverwendung zusammen		**4.337.600**	**5.327.900**	**3.261.556**
Mittelherkunft				
Eigenfinanzierung				
360-362	Sonderposten aus bedingt rückzahlbaren Investitionszuweisungen/ -zuschüssen von Gebietskörperschaften	–	–	–
365-367	Sonderposten aus nicht rückzahlbaren Investitionszuweisungen/ -zuschüssen von Gebietskörperschaften	–	–	–
Fremdfinanzierung				
430	Verbindlichkeiten aus Zuweisungen und Zuschüssen (originäre Leistungen und durchlaufende Mittel) und Investitionszuschüssen gegenüber Gebietskörperschaften	–	–	–
431	Verbindlichkeiten aus Zuweisungen und Zuschüssen (originäre Leistungen und durchlaufende Mittel) und Investitionszuschüssen gegenüber dem sonstigen öffentlichen Bereich	–	–	–
432	Verbindlichkeiten aus Zuweisungen und Zuschüssen (originäre Leistungen und durchlaufende Mittel) und Investitionszuschüssen gegenüber dem nicht öffentlichen Bereich	–	–	–
435	Zugang Verbindlichkeiten aus Zuweisungen und Zuschüssen und Investitionszuschüssen gegenüber Gebietskörperschaften	4.337.600	5.327.900	–
436	Verbindlichkeiten aus rückzahlbaren Zuweisungen und Zuschüssen (originäre Leistungen und durchlaufende Mittel) und Investitionszuschüssen gegenüber dem sonstigen öffentlichen Bereich	–	–	–
437	Verbindlichkeiten aus rückzahlbaren Zuweisungen und Zuschüssen (originäre Leistungen und durchlaufende Mittel) und Investitionszuschüssen gegenüber dem nicht öffentlichen Bereich	–	–	–
Deckungsmittel zusammen		**4.337.600**	**5.327.900**	**–**

Kapitel 05 04 / Buchungskreisnummer 2410
Ordentliche Gerichte

W i r t s c h a f t s p l a n

E r l ä u t e r u n g e n F i n a n z p l a n

Zu VKR 000-049
Davon 446.100 Euro für IT.

Zu VKR 070-089
Davon 448.000 Euro für IT.
Für die Neuausstattung im Rahmen des Umzuges in das neue Justiz- und Verwaltungszentrum Wiesbaden sind Investitionen in die IT-Ausstattung in Höhe von 44.200 Euro geplant.
Weitere 3.747.000 Euro für sonstige Investitionen in Anlagen, Maschinen, Betriebs- und Geschäftsausstattung.
Für die Neuausstattung im Rahmen des Umzuges in das neue Justiz- und Verwaltungszentrum Wiesbaden sind sonstige Investitionen in Höhe von 1.559.800 Euro geplant.

Kapitel 05 04 / Buchungskreisnummer 2410
Ordentliche Gerichte

W i r t s c h a f t s p l a n

Ü b e r l e i t u n g s r e c h n u n g

	Bezeichnung	Soll 2009 EUR	Soll 2008 EUR
+	Produktabgeltung lt. Leistungsplan	366.166.300	437.412.600
+	Investitionen lt. Finanzplan	4.337.600	5.327.900
–	Abschreibungen	5.448.300	6.197.600
+	Zuführungen zur Rückstellung / Rückstellungen für Altersteilzeit	372.400	-774.800
+	Auflösung der Rückstellung / Rückstellungen für Altersteilzeit	–	–
–	Verbindlichkeiten gegenüber Sozialversicherungsträgern	–	–
–	Neutrales Ergebnis	–	–
–	Inanspruchnahme kamerale Rücklage	1.000.000	–
–	Abführung an den Landeshaushalt (Verfahrensbereich)	82.060.000	113.560.000
	Kameraler Zuschuss (+) / Überschuss (-)	282.368.000	322.208.100

Kapitel Titel / Funkt.-Kennziffer	ZWECKBESTIMMUNG ERLÄUTERUNGEN	Ansatz 2009 EUR	Ansatz 2008 EUR	IST 2007 EUR

05 04 Ordentliche Gerichte

1. Die Titel der Hauptgruppen 4 bis 6 und 9 sind mit Ausnahme der Titel 412, 529, 536 und 681 sowie Titel 459 nur, soweit sie die Sachkonten der Entschädigung der Vollstreckungsbeamten betrifft, gegenseitig deckungsfähig und einseitig deckungsfähig zu Gunsten der Hauptgruppe 8. Die Titel 412, 459, 536 und 681 sowie die Titel der Hauptgruppe 8 sind jeweils gegenseitig deckungsfähig.
2. Mindereinnahmen reduzieren, Mehreinnahmen erhöhen die Ausgabeermächtigung deckungsfähiger Ansätze im Sinne der Nr. 1 mit Ausnahme Titel 112.
3. Außerhalb der laufenden Geschäfte anfallende Mehreinnahmen dürfen nur mit Zustimmung des Ministeriums der Finanzen verwendet werden.
4. Stellenpläne und -übersichten bleiben verbindlich. Vorübergehende qualitative Abweichungen von den Stellenübersichten für Angestellte und Arbeiter sind ohne tarifliche Bindungswirkung zulässig; über die Änderung der Stellenübersichten wird im nächsten Haushaltsplan entschieden.
5. Zu Titel 112: Im Strafverfahren eingezogene Gegenstände dürfen, wenn ihre Veräußerung aus Gründen der öffentlichen Sicherheit nicht tunlich ist, unentgeltlich an andere Dienststellen abgegeben werden.
   Vergleiche auch Vermerk zu den Titeln 412, 459, 536 und 681.
6. Zu Titel 412, 459, 536 und 681: Die Ausgabeermächtigungen dieser Titel erhöhen sich im Rahmen der Mehreinnahmen bei Titel 112.
7. Zu Titel 422: Aus dem Ansatz können die laufenden monatlichen Zuwendungen an bis zu 30 Rechtsreferendare, die Nicht-EU-Ausländer sind und ihren juristischen Vorbereitungsdienst im Land Hessen ableisten, bis zur Höhe des Unterhaltszuschusses für deutsche Rechtsreferendare geleistet werden.
8. Zu Titel 681: Hieraus können auch Entschädigungen aus Billigkeitsgründen gewährt werden.

E I N N A H M E N

Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dergleichen (Eigene Einnahmen)

111 00	052	Gebühren, sonstige Entgelte	4 994 100	4 912 500	3 822 054
112	052	Geldstrafen und Geldbußen	284 500 000	307 000 000	298 207 863
119	052	Sonstige Verwaltungseinnahmen Bei Warenautomaten, die an Orten aufgestellt sind, die ausschließlich Bediensteten zugänglich sind oder in aller Regel nur von Bediensteten aufgesucht werden, darf der Teil der Vergütung für das Gestatten der Aufstellung von Warenautomaten, der über die Kostendeckung für die benötigten Wand- und Bodenflächen sowie für den Stromverbrauch bei elektrisch betriebenen Automaten hinausgeht, für Zwecke der Betriebsgemeinschaften verwendet werden. Der Betrag ist durch Absetzen von den Einnahmen an den Personalrat zu verausgaben.	751 800	79 800	3 423 440
124	052	Mieten und Pachten	25 200	31 600	38 964
132	052	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen	46 600	—	39 021

Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen (Übertragungseinnahmen)

231	052	Sonstige Zuweisungen vom Bund	1 188 400	1 967 400	1 128 136
235	052	Sonstige Zuweisungen von Sozialversicherungsträgern sowie von der Bundesagentur für Arbeit	455 000	469 800	417 525
261	052	Schuldendiensthilfen und Erstattungen von Verwaltungsausgaben aus dem Inland	—	—	10 168
281	052	Sonstige Erstattungen aus dem Inland	—	—	130 276

Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen; besondere Finanzierungseinnahmen (Vermögenswirksame und besondere Finanzierungseinnahmen)

359	951	Sonstige Entnahmen	1 000 000	—	1 291 552

Kapitel Titel	Funkt.-Kennziffer	ZWECKBESTIMMUNG ERLÄUTERUNGEN	Ansatz 2009 EUR	Ansatz 2008 EUR	IST 2007 EUR
381	991	Verrechnungen zwischen Kapiteln	850 600	—	571 069
389	991	Sonstige Verrechnungen	43 002 400	44 021 200	3 416 486
		Gesamteinnahmen Kapitel 05 04	336 814 100	358 482 300	312 496 554

Kapitel Titel / Funkt.-Kennziffer		ZWECKBESTIMMUNG ERLÄUTERUNGEN	Ansatz 2009 EUR	Ansatz 2008 EUR	IST 2007 EUR
		AUSGABEN			
		Personalausgaben			
412	052	Aufwendungen für ehrenamtlich Tätige	1 182 600	1 182 600	1 239 881
422	052	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter	167 042 000	163 292 000	164 157 510
425	052	Vergütungen der Angestellten	111 023 000	109 368 300	103 029 604
426	052	Löhne der Arbeiterinnen und Arbeiter	2 584 300	2 418 600	2 550 074
427	052	Beschäftigungsentgelte, Aufwendungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige	826 600	1 101 700	6 672 658
429	052	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	664 100	—
443	052	Fürsorgeleistungen und Unterstützungen	42 000	9 100	14 009
453	052	Trennungsgeld, Umzugskostenvergütungen	306 100	293 200	303 273
459	052	Sonstige personalbezogene Ausgaben	19 817 400	19 817 400	28 036 800
		Sächliche Verwaltungsausgaben, Ausgaben für den Schuldendienst			
511	052	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	6 508 100	7 033 900	6 171 404
514	052	Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dgl.	234 500	365 500	111 045
517	052	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	15 549 500	154 900	22 114 790
518	052	Mieten und Pachten	43 238 400	52 380 800	32 096 156
519	052	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	95 600	427 600	102 012
525	052	Aus- und Fortbildung	859 900	930 500	1 646 548
526	052	Sachverständige, Gerichts- und ähnliche Kosten	269 900	167 800	183 423
527	052	Dienstreisen	401 200	472 800	347 284
529	052	Verfügungsmittel	7 600	7 600	6 079
531	052	Ausgaben für Veröffentlichungen, Dokumentation und Öffentlichkeitsarbeit	100	—	67
533	052	Sachaufwand der Ausbildung, Prüfung und Fortbildung Außenstehender	89 000	385 100	98 207
536	052	Verfahrensauslagen	179 000 000	170 000 000	173 484 964
537	052	Beförderungskosten	273 400	160 500	11 473
538	052	Sonstige Dienstleistungen und Gestattungen	11 467 100	14 517 700	11 286 105
542	052	Steuern und Abgaben	—	—	219

Kapitel Titel Funkt.-Kennziffer		ZWECKBESTIMMUNG ERLÄUTERUNGEN	Ansatz 2009 EUR	Ansatz 2008 EUR	IST 2007 EUR
544	052	Rückzahlungen vereinnahmter Beträge nach Schluss des Haushaltsjahres	—	—	329
546	052	Vermischter Sachaufwand	21 500	258 800	33 271
		Ausgaben für den Schuldendienst			
575	921	Zinsausgaben an sonstigen inländischen Kreditmarkt	374 200	349 300	379 388
		Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen (Übertragungsausgaben)			
632	052	Sonstige Zuweisungen und Erstattungen an Länder	43 000	60 000	52 850
681	052	Renten, Unterstützungen und sonstige Geldleistungen an natürliche Personen	2 440 000	2 440 000	2 481 361
		Baumaßnahmen			
711	052	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	—	—	439 886
		Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen (Sonstige Investitionsausgaben)			
811	052	Erwerb von Fahrzeugen	—	—	31 982
812	052	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	4 749 300	4 300 000	9 419 270

Verpflichtungsermächtigung

Haushaltsjahr	EUR
2010	1 400 000
2011	1 400 000
2012	1 400 000
2013ff	—
Gesamtverpflichtung	4 200 000

		Besondere Finanzierungsausgaben			
919	951	Sonstige Zuführungen	—	—	—

Erläuterungen:

Der Bestand der kameralen Rücklage zum 31.12.2007 beträgt konsumtiv 2.092.369 EUR.

981	991	Verrechnungen zwischen Kapiteln	42 855 600	120 682 500	9 262 328
989	991	Sonstige Verrechnungen	7 880 200	7 448 100	4 861 397
		Weggefallene Titel			
821 00	052	Grunderwerb	—	—	—
		Gesamtausgaben Kapitel 05 04	619 182 100	680 690 400	580 625 646

Kapitel Titel / Funkt.-Kennziffer	ZWECKBESTIMMUNG ERLÄUTERUNGEN	Ansatz 2009 EUR	Ansatz 2008 EUR	IST 2007 EUR

Abschluss Kapitel 05 04

0	Steuern und steuerähnliche Abgaben	—	—	—
1	Eigene Einnahmen	290 317 700	312 023 900	305 531 343
2	Übertragungseinnahmen	1 643 400	2 437 200	1 686 105
3	Vermögenswirksame und besondere Finanzierungseinnahmen	44 853 000	44 021 200	5 279 107
Gesamteinnahmen		336 814 100	358 482 300	312 496 554
4	Personalausgaben	302 824 000	298 147 000	306 003 809
5	Sächliche Verwaltungsausgaben	258 015 800	247 263 500	247 693 375
	Ausgaben für den Schuldendienst	374 200	349 300	379 388
6	Übertragungsausgaben	2 483 000	2 500 000	2 534 211
7	Baumaßnahmen	—	—	439 886
8	Sonstige Investitionsausgaben	4 749 300	4 300 000	9 451 251
9	Besondere Finanzierungsausgaben	50 735 800	128 130 600	14 123 725
Gesamtausgaben		619 182 100	680 690 400	580 625 646
Zuschuss/Überschuss		-282 368 000	-322 208 100	-268 129 091

W i r t s c h a f t s p l a n

Vollzugsanstalten

A. Vorbemerkungen

Rechtsgrundlage für den Erwachsenenstrafvollzug ist das Strafvollzugsgesetz. Nach § 2 StVollzG soll der Gefangene im Vollzug der Freiheitsstrafe fähig werden, künftig in sozialer Verantwortung ein Leben ohne Straftaten zu führen (Vollzugsziel). Der Vollzug der Freiheitsstrafe dient auch dem Schutz der Allgemeinheit vor weiteren Straftaten.

Rechtsgrundlagen für den Vollzug von Jugendstrafe sind das Hessische Jugendstrafvollzugsgesetz (JSVollzG) und die §§ 91 bzw. 90 Jugendgerichtsgesetz (JGG). Danach ist der Jugendstrafvollzug erzieherisch und behandlungsorientiert auszurichten.

Die aus der Umsetzung des am 01. Januar 2008 in Kraft getretenen Jugendstrafvollzugsgesetzes resultierenden zusätzlichen Kosten belaufen sich auf nahezu 5 Mio. €.

Zur Erleichterung der finanziellen Umsetzung wird das Budget des Justizvollzuges in drei Raten (2008 bis 2010) aufgestockt.

Die Leitung des hessischen Justizvollzugs erfolgt durch das Hessische Ministerium der Justiz, für Integration und Europa. Zu den wahrzunehmenden Aufgaben gehören die Organisation des Justizvollzuges, die Personalangelegenheiten einschließlich der Aus- und Fortbildung, die Aufstellung und der Vollzug des Haushalts, das Controlling, das Kontraktmanagement, die Bilanzierung, Privatisierungsfragen und die Bauangelegenheiten sowie die Mitwirkung bei der Gesetzgebung auf dem Gebiet des Justizvollzuges, die Angelegenheiten der Sicherheit und Ordnung, der Behandlung und Betreuung, insbesondere der schulischen und beruflichen Aus- und Fortbildung und der Beschäftigung der Gefangenen sowie die Bearbeitung von Eingaben und Beschwerden.

Hessen verfügt über 17 selbstständige Justizvollzugsanstalten mit einer derzeitigen Belegungsfähigkeit von 5.306 Haftplätzen im Erwachsenenvollzug und 649 Haftplätzen im Jugendvollzug. Gravierende Veränderungen sind in 2009 nicht zu erwarten.

Insgesamt sind ca. 2.900 Mitarbeiter in 10 verschiedenen Diensten im Justizvollzug eingesetzt. Das H.B. Wagnitz-Seminar, Dienstleistungszentrum des hessischen Justizvollzuges, ist für die Ausbildung der Bediensteten des Allgemeinen Vollzugsdienstes, sowie für die Fortbildung aller Vollzugsbediensteten zuständig. Die vier Verwaltungs-Competence-Center (VCC), die Zentrale Leitstelle für Arbeitswesen (ZLA) und die EDV-Stabsstelle des Justizvollzuges sind Abteilungen des H.B. Wagnitz-Seminars.

Die im Vergleich zum Planjahr 2008 geringeren Produktkosten im Leistungsplan und niedrigeren Personalkosten im Erfolgsplan beruhen u.a. auf den im Jahr 2009 vom HMdF neu festgelegten laufbahnspezifischen Vorsorgeprämien im Rahmen der Vorsorgekasse, die sowohl künftige Pensionslasten als auch die voraussichtlichen Behilfeansprüche abdecken (22.035.000,- €). Diese sind im Vergleich zum Jahr 2008 um ca. 60% niedriger.

Als zwischenbehördliche Leistung wird neben der Leistung des Hauptpersonalrates Justizvollzug (HPR) und den Abordnungen an andere Buchungskreise ein Teil der Ausbildung der Gerichtswachtmeister für die ordentliche Gerichtsbarkeit und die Staatsanwaltschaften am H.B. Wagnitz-Seminar erbracht.
Im Jahr 2009 sind dafür ein Kurs mit 12 Teilnehmern und Erlöse in Höhe von ca 49.100,- € eingeplant.

B. Bewirtschaftungsvermerke

W i r t s c h a f t s p l a n

Allgemein

Die Bewirtschaftung richtet sich insbesondere nach §§ 7a, 70 bis 72 und 74 bis 80 LHO und den dazu ergangenen Verwaltungsvorschriften.

Ständig nicht vollbeschäftigte Kräfte können zur Durchführung der schulischen und beruflichen Ausbildung sowie der sozialen Trainingsmaßnahmen mit zusammen höchstens 220 Arbeitsstunden je Woche und im Reinigungsdienst mit zusammen höchstens 394 Arbeitsstunden je Woche ohne Inanspruchnahme einer Stelle beschäftigt werden.

Leistungsplan

Überschreitungen oder Unterschreitungen von Mengen sind je Produkt im Rahmen der Produktabgeltung bis zu 10 v. H. der jeweiligen Produktmenge zulässig.

Die in den Produktblättern aufgeführten Kennzahlen bzw. Kennzahlendefinitionen sind noch nicht verbindlich. Die festgelegten Vorgaben und Kennzahlen sollen nach Möglichkeit erreicht werden.

Erfolgsplan

50 v.H. des Jahresüberschusses aus laufenden Geschäften können in eine Gewinnrücklage eingestellt werden. Im Übrigen erfolgt eine Gewinnabführung an den Landeshaushalt.

Erträge, die aus Spenden Außenstehender zu Gunsten der Gefangenen erzielt werden, sind ausschließlich für Beschaffungen von zusätzlichen Nahrungs- und Genussmitteln sowie für die Freizeitgestaltung der Gefangenen zu verwenden.

Diese zweckgebundenen Erträge sind in eine zweckgebundene Rücklage einzustellen, sofern sie nicht zu Aufwendungen im Haushaltsjahr führen

Finanzplan

-

Kapitel 05 05 / Buchungskreisnummer 2450
Vollzugsanstalten

W i r t s c h a f t s p l a n

L e i s t u n g s p l a n

- Beträge in 1.000 EUR -

Nr	neu / weg-gef.	Bezeichnung	Soll 2009				
			Menge	Gesamt-kosten	Eigene Erlöse	Produkt-abgeltung	Ergebnis
Produkte							
1		Erwachsenenvollzug	1.936.690	181.370,5	10.321,3	171.049,2	–
2		Jugendvollzug	236.885	31.534,3	559,1	30.975,2	–
		Summe Produkte		**212.904,8**	**10.880,4**	**202.024,4**	**–**
Zwischenbehördliche Leistungen							
1		Abordnungen	7	371,5	371,5	–	–
2		Interessenvertretung Hauptpersonalrat	1.420	53,2	53,2	–	–
3		Lehrgang der Justizwachtmeister am HBWS	12	51,7	49,1	2,6	–
		Summe Zwischenbehördliche Leistungen		**476,4**	**473,8**	**2,6**	**–**
		Gesamtsumme		**213.381,2**	**11.354,2**	**202.027,0**	**–**

Kapitel 05 05 / Buchungskreisnummer 2450
Vollzugsanstalten

W i r t s c h a f t s p l a n

L e i s t u n g s p l a n

- Beträge in 1.000 EUR -

Soll 2008					Ist 2007				
Menge	Gesamt-kosten	Eigene Erlöse	Produkt-abgeltung	Ergebnis	Menge	Gesamt-kosten	Eigene Erlöse	Produkt-abgeltung	Ergebnis
1.971.076	208.682,0	10.422,0	198.260,0	–	1.731.379	183.686,3	10.225,9	164.610,6	-8.849,8
209.510	33.841,0	652,0	33.189,0	–	178.678	28.851,6	491,0	24.144,9	-4.215,7
	242.523,0	**11.074,0**	**231.449,0**	**–**		**212.537,9**	**10.716,9**	**188.755,5**	**-13.065,5**
6	291,0	291,0	–	–	12	485,2	413,4	–	-71,8
1.040	53,0	53,0	–	–	902	38,5	–	13,3	-25,2
12	46,0	44,0	2,0	–	14	11,8	20,0	–	8,2
	390,0	**388,0**	**2,0**	**–**		**535,5**	**433,4**	**13,3**	**-88,8**
	242.913,0	**11.462,0**	**231.451,0**	**–**		**213.073,4**	**11.150,3**	**188.768,8**	**-13.154,3**

W i r t s c h a f t s p l a n

L e i s t u n g s p l a n - E r l ä u t e r u n g - P r o d u k t b l a t t

Erläuterungen zu Produkt Nr. 1:
Erwachsenenvollzug

1. Erbringer

Die Justizvollzugsanstalten Butzbach, Darmstadt, Dieburg, Frankfurt/M. I, III und IV, Fulda, Gießen, Hünfeld, Kassel I, II und III, Limburg, Schwalmstadt und Weiterstadt

2. Rechtsgrundlage oder sonstige Grundlage

Strafvollzugsgesetz (StVollzG), Strafprozessordnung (StPO), Untersuchungshaftvollzugsordnung (UVollzO), bundes- und landesrechtliche Bestimmungen

3. Produkt- und Leistungsbeschreibung

3.1 Beschreibung des Produkts

Das Produkt Erwachsenenvollzug umfasst die Behandlung und Betreuung, die Sicherheit und Ordnung sowie die Versorgung der Gefangenen. Aufgrund einer optimierten Kosten- und Leistungsrechnung wurden Leistungen im Vergleich zum Vorjahr zusammengefasst.

3.2 Leistungen zum Produkt

Zum Produkt gehören folgende Leistungen:

- Behandlung und Betreuung/ Vollzugsplanung und -gestaltung
- Außenkontakte
- Arbeitsfindung
- Berufliche Aus- und Weiterbildung
- Arbeit in Unternehmerbetrieben
- Arbeit in Eigen- und Hilfsbetrieben
- Sport und Freizeit
- Schul- und Weiterbildung
- Verpflegung
- Unterbringung/ Ausstattung
- medizinische Versorgung
- Sicherheit und Ordnung
- Vollzugsverwaltung
- Gefangenentransport
- Versorgung
- Hygiene

4. Bezug zu politischen Zielen

Konsequenten, auf Sicherheit und Resozialisierung ausgerichteten Erwachsenenvollzug gewährleisten.

5. Empfänger

Hessischer Landtag (stellvertretend für die Bürgerinnen und Bürger)

6. Zählgröße / Mengen im Haushaltsjahr

W i r t s c h a f t s p l a n

L e i s t u n g s p l a n - E r l ä u t e r u n g - P r o d u k t b l a t t

Zählgröße	Soll 2009	Soll 2008	Ist 2007
Vorgehaltene Hafttage	1.936.690	1.971.076	1.731.379

Die Differenz in den Mengen zwischen dem Soll-Wert 2008 und dem Soll-Wert 2009 erklärt sich wie folgt:
Durch die Umwidmung der Zweiganstalt Friedberg zum 1. April 2008 in eine weitere Jugendarrestanstalt hat sich die Menge der vorgehaltenen Hafttage im Erwachsenenvollzug reduziert.

7. Kostenzusammensetzung / Stückkosten / Preis

Kostenartenschichtung (in EUR)

Kostenarten	Soll 2009 EUR	Soll 2008 EUR	Ist 2007 EUR
Personalkosten	87.365.190	82.437.092	59.711.405
Sachkosten	44.176.265	26.742.973	24.882.387
Kalkulatorische Kosten	15.123.070	7.174.495	9.896.747
Sonstige Kosten *	34.705.996	92.326.988	89.195.712
Gesamtkosten	**181.370.521**	**208.681.548**	**183.686.251**
Erlöse	10.321.322	10.421.975	10.225.899
Produktabgeltung	171.049.199	198.259.573	164.611.000
Ergebnis	**–**	**–**	**-8.849.352**

* Kosten der innerbehördlichen Leistungsverrechnung

Stückkosten (in EUR)

Gesamtkosten / Menge	Soll 2009 EUR	Soll 2008 EUR	Ist 2007 EUR
	93,65	105,87	106,09

Preis (in EUR)

Produktabgeltung / Menge	Soll 2009 EUR	Soll 2008 EUR	Ist 2007 EUR
	88,32	100,58	95,07

8. Produktspezifische Kennzahlen / Qualitätskennzahlen

Es ist beabsichtigt, für den Erwachsenenvollzug, wie bereits für den Jugendvollzug 2008, eine produktspezifische Balanced-Scorecard zu erarbeiten. Die Kennzahlen werden derzeit entwickelt.

8.1 Kennzahlen zur Leistungswirkung (Effektivität der Leistungen)

Ausbruchsquote

8.2 Kennzahlen zur Finanzwirtschaft (Effizienz der Leistungen)

Produktpreis je Hafttag

W i r t s c h a f t s p l a n

L e i s t u n g s p l a n - E r l ä u t e r u n g - P r o d u k t b l a t t

8.3 Kennzahlen zu quantitativen und qualitativen Leistungsmerkmalen

Belegungsquote

8.4 Kennzahlen zur Prozessqualität

Abschlussquote berufliche Aus- und Weiterbildung

8.5 Kennzahlen zur Kundenperspektive

Erfolgsquote Anträge auf gerichtliche Entscheidung

9. Ggf. wichtige Entwicklung mit Auswirkung auf das Produkt

keine

W i r t s c h a f t s p l a n

L e i s t u n g s p l a n - E r l ä u t e r u n g - P r o d u k t b l a t t

Erläuterungen zu Produkt Nr. 2:
Jugendvollzug

1. Erbringer

Die Justizvollzugsanstalten Rockenberg, Wiesbaden, Frankfurt/Main III (Frauen)

2. Rechtsgrundlage oder sonstige Grundlage

Hessisches Jugendstrafvollzugsgesetz (HJSVollzG), Jugendgerichtsgesetz (JGG), Strafprozessordnung (StPO), bundes- und landesrechtliche Bestimmungen

3. Produkt- und Leistungsbeschreibung

3.1 Beschreibung des Produkts

Das Produkt Jugendvollzug umfasst die Behandlung und Betreuung, die Sicherheit und Ordnung sowie die Versorgung der Gefangenen. Aufgrund einer optimierten Kosten- und Leistungsrechnung wurden Leistungen, wie im Erwachsenenvollzug, im Vergleich zum Vorjahr zusammengefasst.

3.2 Leistungen zum Produkt

Zum Produkt gehören folgende Leistungen:

- Behandlung und Betreuung/ Vollzugsplanung und -gestaltung
- Außenkontakte
- Arbeitsfindung
- Berufliche Aus- und Weiterbildung
- Arbeit in Unternehmerbetrieben
- Arbeit in Eigen- und Hilfsbetrieben
- Sport und Freizeit
- Schul- und Weiterbildung
- Verpflegung
- Unterbringung und Ausstattung
- medizinische Versorgung
- Sicherheit und Ordnung
- Vollzugsverwaltung
- Gefangenentransport
- Versorgung
- Hygiene

4. Bezug zu politischen Zielen

Konsequenten, auf Sicherheit und Erreichung des Erziehungsziels ausgerichteten Jugendvollzug gewährleisten.

5. Empfänger

Hessischer Landtag (stellvertretend für die Bürgerinnen und Bürger)

6. Zählgröße / Mengen im Haushaltsjahr

Wirtschaftsplan

Leistungsplan - Erläuterung - Produktblatt

Zählgröße	Soll 2009	Soll 2008	Ist 2007
vorgehaltene Hafttage	236.885	209.510	178.678

Erläuterung der geänderten Zählweise der Mengen:

Die Differenz in den Mengen zwischen dem Soll-Wert 2008 und dem Soll-Wert 2009 erklärt sich wie folgt:
Durch die Erweiterung der Jugendarrestanstalt Gelnhausen und die Umwidmung der Zweiganstalt Friedberg in eine weitere Jugendarrestanstalt hat sich die Menge der vorgehaltenen Haft-tage bei diesem Produkt gegenüber 2008 erhöht.

7. Kostenzusammensetzung / Stückkosten / Preis

Kostenartenschichtung (in EUR)

Kostenarten	Soll 2009 EUR	Soll 2008 EUR	Ist 2007 EUR
Personalkosten	17.577.995	14.909.697	10.727.659
Sachkosten	5.918.286	4.474.212	4.111.836
Kalkulatorische Kosten	2.626.158	1.063.331	1.894.039
Sonstige Kosten *	5.411.910	13.393.747	12.118.029
Gesamtkosten	**31.534.349**	**33.840.987**	**28.851.563**
Erlöse	559.136	651.566	491.001
Produktabgeltung	30.975.213	33.189.421	24.144.900
Ergebnis	**–**	**–**	**-4.215.662**

* Kosten der innerbehördlichen Leistungsverrechnung

Stückkosten (in EUR)

Gesamtkosten / Menge	Soll 2009 EUR	Soll 2008 EUR	Ist 2007 EUR
	133,12	161,52	161,47

Preis (in EUR)

Produktabgeltung / Menge	Soll 2009 EUR	Soll 2008 EUR	Ist 2007 EUR
	130,76	158,41	158,72

8. Produktspezifische Kennzahlen / Qualitätskennzahlen

8.1 Kennzahlen zur Leistungswirkung (Effektivität der Leistungen)

Vorgabe: Zu einem Leben in sozialer Veranwortung erziehen
Entwicklungsfortschritt — Sollwert: > 80 %
Vorgabe: Allgemeinheit vor weiteren Straftaten schützen
Neueintragungsquote im Erziehungs-/ Bundeszentralregister — Sollwert: < 78 %

W i r t s c h a f t s p l a n

L e i s t u n g s p l a n - E r l ä u t e r u n g - P r o d u k t b l a t t

8.2 Kennzahlen zur Finanzwirtschaft (Effizienz der Leistungen)

Vorgabe: Kostenstruktur verbessern	
Produktpreis je Hafttag	Sollwert: < 135,00 EUR
Kostenanteil für Behandlung und Betreuung	Sollwert: 50 %
Kostenanteil für Versorgung	Sollwert: 20 %
Kostenanteil für Sicherheit und Ordnung	Sollwert: 30 %
Quote psychiatrisch behandelter Gefangener	Sollwert: < 10 %

8.3 Kennzahlen zu quantitativen und qualitativen Leistungsmerkmalen

Vorgabe: Förderbedarf decken	
Realisierungsquote	Sollwert: > 75 %
Vorgabe: Entlassung vorbereiten	
Entlassungsquote 1 (bedingte Entlassungen)	Sollwert: > 25 %
Entlassungsquote 2 (Überleitung in nachsorgende Maßnahmen)	Sollwert: > 40 %
Entlassungsquote 3 (Empfangsraum gesichert)	Sollwert: > 80 %
Vorgabe: Versorgung sicherstellen	
Belegungsquote	Sollwert: 90 %
Vorgabe: Sicher unterbringen	
Anzahl tätliche Auseinandersetzungen	Sollwert: < 12/100 Gefangene
Entweichungsquote	Sollwert: 0 %
Nichtrückkehrerquote	Sollwert: 0 %

8.4 Kennzahlen zur Prozessqualität

Vorgabe: Förderplanung optimieren	
Durchschnittliche Bearbeitungsdauer je Förderplan	Sollwert: < 14 Stunden
Quote qualifizierter Förderpläne	Sollwert: > 80 %
Vorgabe: Fördermaßnahmen bedarfsgerecht gestalten	
Abschlussquote berufliche Aus- und Weiterbildung	Sollwert: > 50 %
Abschlussquote schulische Aus- und Weiterbildung	Sollwert: > 50 %
Quote Teilnahme an Behandlungsangeboten	Sollwert: > 80 %
Auslastungsquote der Fördermaßnahmenplätze	Sollwert: > 80 %
Vorgabe: Gesundheitsvorsorge verbessern	
Anzahl durchgeführter Präventionsmaßnahmen	Sollwert: > 2
Vorgabe: Sicherheitskontrollen optimieren	
Anzahl aktualisierter Teilprozesse bei Sicherheitskontrollen	Sollwert: > 3

8.5 Kennzahlen zur Kundenperspektive

Vorgabe: Akzeptanz für die Arbeit des Jugendvollzuges fördern	
Erfolgsquote Anträge auf gerichtliche Entscheidung	Sollwert: 0

9. Ggf. wichtige Entwicklungen mit Auswirkung auf das Produkt

keine

Kapitel 05 05 / Buchungskreisnummer 2450
Vollzugsanstalten

W i r t s c h a f t s p l a n

L e i s t u n g s p l a n - E r l ä u t e r u n g e n

Erläuterungen zu zwischenbehördlicher Leistung Nr. 1:
Abordnungen

1. Erbringer

Justizvollzug

2. Rechtsgrundlage oder sonstige Grundlage

Abordnungserlasse

3. Produkt- und Leistungsbeschreibung

3.1 Kurzbeschreibung der zwischenbehördlichen Leistung

Abordnungen an das Hessische Ministerium der Justiz, für Integration und Europa

3.2 Fachleistung zur zwischenbehördlichen Leistung

-

4. Bezug zu politischen Zielen

Dient der Zielerreichung des Empfängers/der Empfänger

5. Empfänger

Hessisches Ministerium der Justiz, für Integration und Europa

6. Zählgröße / Mengen im Haushaltsjahr

Zählgröße	Soll 2009	Soll 2008	Ist 2007
Anzahl der abgeordneten Personen	7	6	12

7. Kostenzusammensetzung / Stückkosten / Preis

Die Höhe der Stückkosten pro Einzelfall richtet sich nach den Standardpersonalkosten der jeweiligen Besoldungs-/ Vergütungsgruppe der abgeordneten Personen.

Kapitel 05 05 / Buchungskreisnummer 2450
Vollzugsanstalten

W i r t s c h a f t s p l a n

L e i s t u n g s p l a n - E r l ä u t e r u n g e n

Kostenartenschichtung (in EUR)

Kostenarten	Soll 2009 EUR	Soll 2008 EUR	Ist 2007 EUR
Personalkosten	371.477	291.098	485.185
Sachkosten	–	–	33
Kalkulatorische Kosten	–	–	–
Sonstige Kosten *	–	–	–
Gesamtkosten	**371.477**	**291.098**	**485.218**
Erlöse	371.477	291.098	413.395
Produktabgeltung	–	–	–
Ergebnis	**–**	**–**	**-71.823**

* Kosten der innerbehördlichen Leistungsverrechnung

Stückkosten (in EUR)

Gesamtkosten / Menge	Soll 2009 EUR	Soll 2008 EUR	Ist 2007 EUR
	53.068,14	48.516,34	40.434,82

W i r t s c h a f t s p l a n

L e i s t u n g s p l a n - E r l ä u t e r u n g e n

Erläuterungen zu zwischenbehördlicher Leistung Nr. 2:
Interessenvertretung Hauptpersonalrat

1. Erbringer

Justizvollzug

2. Rechtsgrundlage oder sonstige Grundlage

Hessisches Personalvertretungsgesetz

3. Produkt- und Leistungsbeschreibung

3.1 Kurzbeschreibung der zwischenbehördlichen Leistung

Wahrnehmung der Interessen der Beschäftigten im Hauptpersonalrat Justizvollzug

3.2 Fachleistung zur zwischenbehördlichen Leistung

-

4. Bezug zu politischen Zielen

Dient der Zielerreichung des Empfängers/der Empfänger

5. Empfänger

Hessisches Ministerium der Justiz

6. Zählgröße / Mengen im Haushaltsjahr

Zählgröße	Soll 2009	Soll 2008	Ist 2007
Anzahl der Stunden	1.420	1.040	902

7. Kostenzusammensetzung / Stückkosten / Preis

Die Höhe der Stückkosten pro Stunde richtet sich nach den angefallenen Aufwendungen insgesamt. Eine genauere Kalkulation ist nicht möglich, da die Aufwendungen und die Anzahl der Stunden anlassbezogen sind.

Kapitel 05 05 / Buchungskreisnummer 2450
Vollzugsanstalten

W i r t s c h a f t s p l a n

L e i s t u n g s p l a n - E r l ä u t e r u n g e n

Kostenartenschichtung (in EUR)

Kostenarten	Soll 2009 EUR	Soll 2008 EUR	Ist 2007 EUR
Personalkosten	53.171	37.916	37.767
Sachkosten	–	14.936	689
Kalkulatorische Kosten	–	–	–
Sonstige Kosten *	–	–	–
Gesamtkosten	**53.171**	**52.852**	**38.456**
Erlöse	53.171	52.852	13.318
Produktabgeltung	–	–	–
Ergebnis	**–**	**–**	**-25.138**

* Kosten der innerbehördlichen Leistungsverrechnung

Stückkosten (in EUR)

Gesamtkosten / Menge	Soll 2009 EUR	Soll 2008 EUR	Ist 2007 EUR
	37,44	50,82	42,63

W i r t s c h a f t s p l a n

L e i s t u n g s p l a n - E r l ä u t e r u n g e n

<u>Erläuterungen zu zwischenbehördlicher Leistung Nr. 3:</u>
Lehrgang der Justizwachtmeister am HBWS

1. Erbringer

Justizvollzug

2. Rechtsgrundlage oder sonstige Grundlage

Vereinbarung zwischen dem Justizvollzug, der Staatsanwaltschaft und der Ordentlichen Gerichtsbarkeit

3. Produkt- und Leistungsbeschreibung

3.1 Kurzbeschreibung der zwischenbehördlichen Leistung

Ausbildung der Justizwachtmeisteranwärter und zur Verfügung stellen von Räumen, Technik und Verpflegung für die Anwärter und Dozenten des Lehrgangs

3.2 Fachleistung zur zwischenbehördlichen Leistung

-

4. Bezug zu politischen Zielen

Dient der Zielerreichung des Empfängers/der Empfänger

5. Empfänger

Ordentliche Gerichtsbarkeit
Staatsanwaltschaften

6. Zählgröße / Mengen im Haushaltsjahr

Zählgröße	Soll 2009	Soll 2008	Ist 2007
Anzahl der Anwärter	12	12	14

7. Kostenzusammensetzung / Stückkosten / Preis

Kapitel 05 05 / Buchungskreisnummer 2450
Vollzugsanstalten

W i r t s c h a f t s p l a n

L e i s t u n g s p l a n - E r l ä u t e r u n g e n

Kostenartenschichtung (in EUR)

Kostenarten	Soll 2009 EUR	Soll 2008 EUR	Ist 2007 EUR
Personalkosten	7.810	15.838	–
Sachkosten	1.151	2	–
Kalkulatorische Kosten	102	49	–
Sonstige Kosten *	42.635	29.921	11.811
Gesamtkosten	**51.698**	**45.810**	**11.811**
Erlöse	49.069	44.000	20.000
Produktabgeltung	2.629	1.810	–
Ergebnis	**–**	**–**	**8.189**

* Kosten der innerbehördlichen Leistungsverrechnung

In bestimmten Fällen kann es grundsätzlich zu einer Produktabgeltung kommen, da zwischen den Buchungskreisen eine Wechselbeziehung besteht.

Stückkosten (in EUR)

Gesamtkosten / Menge	Soll 2009 EUR	Soll 2008 EUR	Ist 2007 EUR
	4.308,17	3.806,18	843,64

Kapitel 05 05 / Buchungskreisnummer 2450
Vollzugsanstalten

W i r t s c h a f t s p l a n

E r f o l g s p l a n

Pos.	VKR	Bezeichnung	Soll 2009 EUR	Soll 2008 EUR	Ist 2007 EUR
1	**50/51**	**Umsatzerlöse und Erträge aus Verwaltungstätigkeit**	**9.981.000**	**10.385.800**	**9.501.323**
	500-509	Umsatzerlöse	9.766.200	10.260.500	9.321.698
	510-518	Gebühren und Leistungsentgelte aus Verwaltungstätigkeit; Sonstige Erträge	214.800	125.300	202.563
	519	Erlösminderungen	–	–	22.938
1a	**544**	**Erträge aus Produktabgeltungen**	**202.027.000**	**231.450.800**	**188.768.855**
2	**520-524**	**Bestandsveränderungen**	**–**	**–**	**–**
3	**525-529**	**aktivierte Eigenleistungen**	**–**	**–**	**–**
4	**530-539**	**Sonstige betriebliche Erträge**	**1.146.400**	**7.105.600**	**5.508.221**
		Betriebsertrag	**213.154.400**	**248.942.200**	**203.778.399**
5	**60/61**	**Bezogene Waren und Leistungen**	**40.043.800**	**41.645.200**	**38.953.106**
	600-604	Roh-, Hilfs-, Betriebsstoffe etc.	2.459.400	2.621.400	2.262.318
	605	Aufwendungen für Energie und Wasser	10.947.800	9.066.700	10.327.353
	606-609	Sonstige Aufwendungen (Waren)	11.526.900	12.107.900	13.339.576
	616	Aufwendungen für Fremdinstandhaltung	6.146.200	8.872.100	5.183.555
	610-615, 617, 619	Sonstige Aufwendungen (Leistungen)	8.963.500	8.977.100	7.840.304
	618	Aufwandsberichtigungen (Skonti etc.)	–	–	–
6	**620-649, 652, 655, 659**	**Personalaufwand**	**127.130.300**	**166.863.000**	**159.699.726**
	620-626	Löhne	1.478.200	1.298.900	1.455.105
	627-632	Gehälter	11.860.200	10.607.900	10.851.015
	633-638	Bezüge	86.325.800	86.917.400	85.628.303
	639	Sonstige Aufwendungen mit Gehalts- oder Bezügecharakter	1.513.100	754.400	2.732.778
	640-649	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	25.948.000	67.265.900	58.973.133
	652, 655, 659	Sonstige Personalaufwendungen	5.000	18.500	59.392
7	**660-664, 666-667**	**Abschreibungen**	**21.272.700**	**14.315.800**	**20.531.134**
8	**650-651, 653-654, 656-658, 670-696, 699-709**	**Sonstige betriebliche Aufwendungen**	**15.667.800**	**15.849.200**	**16.799.091**
	650-651, 653-654, 656-658	Sonstige mittelbare Personalaufwendungen	980.200	1.159.200	889.698
	670-679	Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten	12.877.500	12.640.000	13.642.399
	680-689	Aufwendungen für Kommunikation, Dokumentation, Information, Reisen, Werbung	1.738.600	1.429.000	1.303.498
	690-696, 699	Aufwendungen für Beiträge und Sonstiges sowie Wertkorrekturen und periodenfremde Aufwendungen	28.400	582.600	907.858
	700-709	Betriebliche Steuern	43.100	38.400	55.638
8a	**718**	**Aufwendungen aus Produktabgeltung**	**–**	**–**	**–**
		Betriebsaufwand	**204.114.600**	**238.673.200**	**235.983.057**
		Eigenergebnis	**9.039.800**	**10.269.000**	**-32.204.658**

Kapitel 05 05 / Buchungskreisnummer 2450
Vollzugsanstalten

W i r t s c h a f t s p l a n

E r f o l g s p l a n

Pos.	VKR	Bezeichnung	Soll 2009 EUR	Soll 2008 EUR	Ist 2007 EUR
9	540-543, 545-549	betriebliche Erträge aus Transferleistungen	1.539.100	1.075.700	1.627.208
10	550-559	Steuererträge und steuerähnliche Erträge	–	–	–
		Steuererträge und Leistungsabgeltung	1.539.100	1.075.700	1.627.208
11	710-717, 719	Betrieblicher Aufwand aus Transferleistungen	10.578.900	11.344.700	10.538.063
12	720-729	Steueraufwand und ähnliche Aufwendungen	–	–	–
		Leistungstransfers	10.578.900	11.344.700	10.538.063
		Steuer- und Leistungsergebnis	-9.039.800	-10.269.000	-8.910.855
		Verwaltungsergebnis	–	–	-41.115.513
13	560-569	Erträge aus Beteiligungen und anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	–	–	–
14	570-579	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	–	–	8.599
		Finanzertrag	–	–	8.599
15	740-749	Abschreibungen auf Finanzanlagen und Wertpapiere des Umlaufvermögens und Verluste aus entsprechenden Abgängen	–	–	–
16	750-769	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	–	–	–
		Finanzaufwand	–	–	–
		Finanzergebnis	–	–	8.599
		Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	–	–	-41.106.914
17	590-599	Außerordentliche Erträge, Erträge aus Verlustübernahme	–	–	115.969.038
		Außerordentlicher Ertrag	–	–	115.969.038
18	665, 668-669, 697-698, 730-739, 790-799	Außerordentlicher Aufwand, Aufwand aus Gewinnabführungen, Aufwendungen für sonstige Leistungen Dritter	–	–	71.085.452
		Außerordentlicher Aufwand	–	–	71.085.452
		Außerordentliches Ergebnis	–	–	44.883.586
19	580-589	(durchlaufende) Erträge aus Zuwendungen, Zuschüsse für Investitionen und besondere Finanzeinnahmen	–	–	–
		Transferzuwendungen	–	–	–
20	780-789	(durchlaufende) Aufwendungen für Zuwendungen und Zuschüsse für Investitionen und besondere Finanzausgaben	–	–	–
		Transferzahlungen	–	–	–
		Transferergebnis	–	–	–
		Neutrales Ergebnis	–	–	44.883.586
21	770-779	Steuern vom Einkommen und Ertrag	–	–	–
		Jahresergebnis	–	–	3.776.672

Kapitel 05 05 / Buchungskreisnummer 2450
Vollzugsanstalten

W i r t s c h a f t s p l a n

E r l ä u t e r u n g e n E r f o l g s p l a n

1. Standarderläuterungen

In dem aus der Kostenrechnung generierten Leistungsplan und in dem auf der Grundlage der Finanzbuchhaltung erstellten Erfolgsplan sind kostenmindernde Erlöse unterschiedlich darzustellen. Diese Erlöse sind im Leistungsplan teilweise mit Kosten saldiert ausgewiesen, während der Ausweis im Erfolgsplan entsprechend den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung nicht saldiert erfolgt.

Im Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit des Erfolgsplans sind insgesamt kostenmindernde Erlöse in Höhe von rd. 1.677.100 Euro enthalten, die in gleicher Höhe die Kosten des Leistungsplans vermindert haben.

Entgelte zentraler Dienstleister

Für Leistungen zentraler Dienstleister sind in den Aufwandspositionen des Erfolgsplans folgende Beträge geplant worden:

Oberfinanzdirektion Frankfurt am Main (Kfz-Selbstversicherung)	26.400,00 EUR
Hessisches Immobilienmanagement (HI)	588.400,00 EUR
Hessische Zentrale für Datenverarbeitung (HZD)	1.138.300,00 EUR
Hessisches Competence Center (HCC)	819.300,00 EUR
Hessische Bezügestelle (HBS)	425.400,00 EUR

Zu Pos. 6: Im Personalaufwand sind folgende Rückstellungen enthalten:

Vorsorgeprämie Beamte	22.035.000,00 EUR
Altersteilzeitrückstellungen	362.800,00 EUR
Rückstellungen Arbeitgeber-Anteil	67.800,00 EUR
Rückstellungen für Urlaub und Überstunden	577.800,00 EUR

Neutrale Aufwendungen / Erträge:

Für das Haushaltsjahr 2009 sind keine neutralen Aufwendungen /Erträge eingeplant.

2. Erläuterungen zu Einzelpositionen

Zu Pos. 1:
Zu VKR 500-509:
Hier werden unter anderem die Einnahmen der Arbeitsverwaltung in den Justizvollzugsanstalten und die Erträge aus zwischenbehördlichen Leistungen geplant.

Einnahmen der Arbeitsbetriebe in den Justizvollzugsanstalten	9.664.000,00 EUR
Erträge aus der Bereitstellung von Personal zum Hauptpersonalrat	53.200,00 EUR.
Erträge aus dem Lehrgang für Justizwachtmeister	49.100,00 EUR.

Zu VKR 510-518:
Haftkostenbeiträge von Gefangenen im freien Beschäftigungsverhältnis in Höhe von ca. 214.800,00 EUR.

Zu Pos. 1a:
Zu VKR 544:

W i r t s c h a f t s p l a n

Die Erträge aus Produktabgeltung sind für das Planjahr 2009 niedriger als für das Planjahr 2008 bzw. als der Ist-Wert 2007, da die Produktabgeltung abhängig von der Aufwandshöhe ist. Die Aufwendungen des Planjahres 2009 fallen gegenüber den Vorjahren unter anderem deswegen geringer aus, da eine Umstellung von der Planung von Rückstellungen für Pensions- und Beihilferückstellungen auf die Planung einer Vorsorgeprämie stattgefunden hat.

Zu Pos. 4:
Zu VKR 530-539:
Der im Ist-Jahr 2007 gebuchte Betrag setzt sich zum größten Teil aus der nicht planbaren Auflösung von Pensions- und Beihilferückstellungen infolge des Ausscheidens von Mitarbeitern und Erstattungen aus dem Integrationsfonds zur Integration und Beschäftigung schwerbehinderter Menschen und Gleichgestellter zusammen.

Der Gesamtbetrag 2009 ist deutlich geringer als der Planwert 2008, weil die Erträge für Bauunterhaltungsmaßnahmen aus dem Einzelplan 18 nicht mehr im Buchungskreis Justizvollzug, sondern im Einzelplan 18 selbst geplant werden.

Der Planwert 2009 ergibt sich unter anderem aus folgenden Positionen:

Erträge aus der Vermietung der Dienstwohnungen	600.000,00 EUR
Andere sonstige betrieblichen Erträge	328.100,00 EUR
Erträge Intergrationsfonds schwerbehinderter Menschen	42.000,00 EUR

Der Ertrag aus der Vermietung der Dienstwohnungen ist gegenüber dem Planjahr 2008 deutlich geringer, da die Dienstwohnungen ab dem Jahr 2009 schrittweise veräußert werden.

Zu Pos. 5:
Zu VKR 600-604:
Rohstoffe (rd. 1.504.100 €), Hilfsstoffe (rd. 384.700 €) und Betriebsstoffe (rd. 403.900 €) für die Arbeitsbetriebe der Justizvollzugsanstalten.

Zu VKR 605:
Unter diesen Gruppen werden die Aufwendungen für Wasser und Energie erfasst:

Erdgas:	4.401.500,00 EUR
Strom:	3.119.600,00 EUR
Wasser:	1.162.400,00 EUR
Abwasser:	1.165.700,00 EUR

Die Planung 2009 wurde dem tatsächlichen Bedarf (Ist-Verbrauch 2007) aufgrund der gestiegenen Preise angepasst.

Zu VKR 606-609:
Hierunter fallen u.a. folgende Positionen:

Lebensmittel für Gefangenenverpflegung:	4.534.300,00 EUR
medizinisches Vebrauchsmaterial:	2.146.000,00 EUR
Bekleidung:	1.080.800,00 EUR

Der Planbetrag ist insgesamt geringer als der Verbrauch in 2007, weil in diesem Jahr einmalige Kosten für die Beschaffung der neuen Dienstbekleidung angefallen sind.

Zu VKR 616:
Hierunter fallen u.a. folgende Positionen:

Instandhaltung/ Wartung Gebäude und Grundstücke:	4.200.800,00 EUR
Instandhaltung Gebäude und Grundstücke (Sicherheit)	500.000,00 EUR
Instandhaltung/ Wartung bewegliche Anlagegüter	447.400,00 EUR
Instandhaltung/ Wartung Fuhrpark	222.600,00 EUR

Instandhaltung/ Wartung PC und Zubehör	10.600,00 EUR

Der Gesamtbetrag ist deutlich geringer als der Planwert 2008, weil die Aufwendungen für Bauunterhaltungsmaßnahmen aus dem Einzelplan 18 nicht mehr im Buchungskreis Justizvollzug, sondern im Einzelplan 18 selbst geplant werden.

Zu VKR 610-615,617,619
Hierunter fallen u.a. Aufwendungen für:

Ambulante medizinische Versorgung der Gefangenen	1.595.600,00 EUR
Stationäre medizinische Betreuung der Gefangenen	665.200,00 EUR
Medizinische Gutachten	655.800,00 EUR.

Veranschlagt sind hier auch die Aufwendungen für die Einholung eines zweiten Sachverständigengutachtens zur Sozialprognose anlässlich der Prüfung der Geeignetheit für Vollzugslockerungen bei Freiheits- und Jugendstrafen über 4 Jahre mit 200.000 EUR, sowie für aktuelle Gefährlichkeitsgutachten vor der Entlassung von Gefangenen zum Endstrafenzeitpunkt 50.000 EUR.
Desweiteren ist hier veranschlagt der voraussichtliche Anteil des Landes Hessen an den Kosten eines einzurichtenden nationalen Kontrollgremiums gegen Folter mit 15.000 EUR. Die Finanzierung des Kontrollgremiums erfolgt gemeinsam durch den Bund und die Länder.

Der Betrag ist höher als 2008, da für aufwandsbezogene Leistungen nun ein Sachkonto der Gruppe 617 anstatt 690 gewählt wurde.

Zu Pos. 6:
Zu VKR 620-626:
In der Position "Löhne" sind u.a. folgende Posten enthalten:

Grundlohn:	1.119.200,00 EUR
Weihnachtsgeld:	89.500,00 EUR
Überstundenzuschlag:	73.000,00 EUR

Zu VKR 627-632:
In der Position "Gehälter" sind u.a. folgende Posten enthalten:

Grundgehalt:	7.513.700,00 EUR
Familienzuschlag:	2.131.200,00 EUR
Weihnachtsgeld:	621.600,00 EUR
Zulagen:	837.500,00 EUR

Zu VKR 633-638:
In der Position "Bezüge" sind u.a. folgende Posten enthalten:

Beamtengrundbezug:	69.907.300,00 EUR
Sonderzulage:	4.970.800,00 EUR
Familienzuschlag:	4.700.600,00 EUR
Schichtzulage Beamte:	2.851.900,00 EUR

Der Planwert 2008 und 2009 ist höher als der Ist-Wert 2007, da ab dem Jahr 2008 in drei Raten (2008, 2009 und 2010) zusätzliche Stellen für die Umsetzung des Hessischen Jugendstrafvollzugsgesetzes (1.182.800 EUR pro Jahr) bewilligt wurden.

Zu VKR 639:
Hier sind u.a. die Aufwendungen für nebenamtlich tätige Ärzte sowie die Vergütungen für 14 Praktikanten für Berufe des Sozialdienstes sowie 2 Ärzte im Praktikum geplant.

Zu VKR 640-649:

W i r t s c h a f t s p l a n

Der veränderte Wert im Plan-Jahr 2009 gegenüber dem Ist-Jahr 2007 resultiert aus der Neuorganisation der Versorgungsverpflichtungen (einschließlich Beihilfe) ab dem Jahr 2008 an zentraler Stelle in der Vorsorgekasse. Die bisher vom HMdF/ Fachlichen HCC (F-HCC) personenbezogen ermittelten Werte für Pensions- und Beihilferückstellungen werden durch eine Vorsorgeprämie, die durch die Vorsorgekasse laufbahngruppenspezifisch jährlich neu ermittelt wird, abgelöst.

Kalkulationsbestandteile dieser Vorsorgeprämie sind:
- die fiktive Nettoprämie für die Pensionsverpflichtungen
- die fiktive Nettoprämie für die Beihilfeverpflichtungen
- Beihilfeaufwendungen für Aktive
- die zentralen Verwaltungskosten

Die Prämie beträgt:

- für Beamte des höheren Dienstes:	11.200,00 EUR
- für Beamte des gehobenen Dienstes:	9.000,00 EUR
- für Beamte des mittleren und einfachen Dienstes:	8.800,00 EUR

Zu VKR 652, 655, 659:
Hier werden die Aufwendungen für Dienstjubiläen mit 5.000 € geplant.

Zu Pos. 7:
Zu VKR 660-664,666-667:
Im Vergleich zu den Werten des Ist-Jahres 2007 und des Planjahres 2008 haben sich die Plan-Werte für das Haushaltsjahr 2009 erhöht. Ursache hierfür ist eine im Jahr 2007 durchgeführte Immobilienneubewertung.

Der Plan-Wert für das Haushaltsjahr 2009 setzt sich u.a. wie folgt zusammen:

Abschreibung für Gebäude:	14.392.300,00 EUR
Abschreibung für andere Anlagen	4.572.500,00 EUR

Zu Pos. 8:
Zu VKR 650-651, 653-654, 656-658
In dieser Position sind unter anderem folgende Positionen enthalten:

Aufwendungen für Aus-, Fort- und Weiterbildung:	654.900,00 EUR
Aufwendungen für Umzug und Trennungsgeld:	109.700,00 EUR
Unfallkasse Hessen:	85.100,00 EUR

Die Differenz zum Ist-Wert 2007 ergibt sich daraus, dass die Aufwendungen aus zwischenbehördlichen Leistungen erst ab dem Jahr 2008 vollständig abgebildet werden.

Zu VKR 670-679:
In dieser Position sind u.a. folgende Werte eingeplant:
a) Entgelte an zentrale Dienstleister:

Hessisches Immobilienmanagement:	588.400,00 EUR
davon Mietkosten:	352.300,00 EUR
davon Mietnebenkosten:	236.100,00 EUR
Hessisches Competence Center für NVS:	819.300,00 EUR
Hessische Zentrale für Datenverarbeitung:	1.138.300,00 EUR
Hessische Bezügestelle:	425.400,00 EUR
b) Aufwendungen für Leasing und Mieten Fahrzeuge:	95.300,00 EUR
c) Softwarelizenzen:	40.400,00 EUR

d) Sonstige Dienste: 7.103.900,00 EUR
U.a. die Aufwendungen für die Betreibergesellschaft in der JVA Hünfeld mit ca. 5,4 Mio. €, sowie die Kosten für die Kirchenverwaltungen mit ca. 1.124.100 € für 13,5 evangelische und 9,5 katholische Anstaltsseelsorgerstellen.

e) IT-Dienstleistungen: 1.275.300,00 EUR

Zu VKR 680-689:
Unter die Position Aufwendungen für Kommunikation, Dokumentation, Information, Reisen und Werbung fallen unter anderen folgende Einzelpositionen:

Fachzeitschriften, Fachliteratur:	234.400,00 EUR
Lehr- und Lernmittel:	73.600,00 EUR
Reisekosten:	140.700,00 EUR
Telefonkosten:	299.100,00 EUR

Weiter enthalten sind 1.600 Euro zur Verfügung der Behördenleitung für außergewöhnlichen Aufwand aus dienstlicher Veranlassung in besonderen Fällen. Die Aufwendungen sind im Einzelnen zu belegen. Eine pauschale Auszahlung ist nicht zulässig.
Der Ansatz ist verbindlich.

Zu VKR 690-696:
Aufwendungen für Schadensersatzleistungen (rd. 17.000 €).
Der Betrag ist geringer als der Ist-Wert 2007 und der Planwert 2008, da für aufwandsbezogene Leistungen ein Sachkonto der Gruppe 617 (siehe Pos. 5) gewählt wurde.

Zu VKR 700-709:
Hier werden u.a. die KFZ-Steuern für die Dienstfahrzeuge mit ca. 34.000,00 EUR und die Grundsteuern mit ca. 9.200,00 EUR geplant.

Zu Pos. 9:
Zu VKR 540-543, 545-549:
Hier werden u.a. Erstattungen der Gemeinden für Abschiebehaftgefangene mit ca. 857.700,00 EUR und die Erstattungen des Bundes von Haftkosten die das Land aufgrund von Strafverfahren, in denen das Oberlandesgericht Frankfurt/Main in Ausübung der Gerichtsbarkeit des Bundes entscheidet, zu tragen oder zu leisten hat mit 139.000 EUR geplant und gebucht.
Darüber hinaus sind hier die Erträge aus zwischenbehördlicher Leistungsverrechnung für die Abordnung an andere Buchungskreise des Einzelplans 05 in Höhe von ca. 371.500,00 EUR berücksichtigt.

Zu Pos. 11:
Zu VKR 710-717:
Hier werden die Aufwendungen für die Bezüge der Gefangenen in Höhe von 7.778.900 EUR und Beiträge an die Bundesagentur für Arbeit in Nürnberg in Höhe von 2.800.000 EUR geplant und gebucht.

Zu Pos. 14:
Zu VKR 570-579:
Hier werden Säumniszuschläge, Mahngebühren und Mahnzinsen veranschlagt.

Zu Pos. 17:
Zu VKR 590-599:

W i r t s c h a f t s p l a n

Der Betrag, welcher im Ist-Wert 2007 ausgewiesen wird, setzt sich aus einem außerordentlichen Ertrag aus der Immobilienneubewertung und einem einmaligen Effekt aus der Umstellung der Rückstellungen für Pensions- und Beihilferückstellungen auf die Vorsorgeprämie zusammen.

Ertrag aus der Immobilienneubewertung:	188.595.600,00 EUR
Einmaleffekt Beihilferückstellung:	11.254.100,00 EUR
Einmaleffekt Pensionsrückstellung:	78.820.900,00 EUR

Des Weiteren erfolgte im Jahr 2007 eine einmalige Buchung zur Neutralisierung der globalen Mehrausgaben für Besoldungs- und Vergütungserhöhungen von Beamten und Tarifpersonal, welche zentral im Einzelplan 17 veranschlagt waren.

Neutralisierung globale Mehrausgabe Besoldung:	1.232.800,00 EUR
Neutralisierung globale Mehrausgabe Vergütungserhöhung:	290.000,00 EUR

Zu Pos. 18:
Zu VKR 665, 668-669, 697-698, 730-739, 790-799:
Der Ist-Wert 2007 ergibt sich unter anderem auf folgenden Umständen:

Aufwand Abgang und Wertminderung aus der Immobilienneubewertung:	78.494.800,00 EUR
Wegfall Versorgungsverpflichtung Beihilfen:	178.900,00 EUR
Wegfall Versorgungsverpflichtung Pensionen:	1.081.100,00 EUR

(siehe hierzu auch Vermerk zu Pos. 4, VKR 530-539)

Kapitel 05 05 / Buchungskreisnummer 2450
Vollzugsanstalten

W i r t s c h a f t s p l a n

F i n a n z p l a n

VKR	Bezeichnung	Soll 2009 EUR	Soll 2008 EUR	Ist 2007 EUR
Mittelverwendung				
Investitionen in immaterielle Werte, Geschäftsbetrieb		**–**	**–**	**165.058**
000-049	Ausstehende Einlagen, immaterielle Wirtschaftsgüter	–	–	165.058
Investitionen in Grundstücke, Gebäude, Infrastruktur		**40.000**	**34.828.200**	**92.831.842**
050-069, 091, 096	Grundstücke, Gebäude, Infrastruktur, Anzahlungen auf Infrastruktur, Infrastruktur im Bau	40.000	34.828.200	92.831.842
Investitionen in Anlagen, Maschinen, BGA		**5.113.000**	**4.978.600**	**-472.449**
070-089, 090, 095	Anlagen, Maschinen, BGA einschließlich Anzahlungen und Anlagen im Bau	5.113.000	4.978.600	-472.449
Investitionen in Finanzanlagen		**–**	**–**	**–**
100-169	Beteiligungen, Ausleihungen, Wertpapiere	–	–	–
Mittelverwendung zusammen		**5.153.000**	**39.806.800**	**92.524.451**
Mittelherkunft				
Eigenfinanzierung				
360-362	Sonderposten aus bedingt rückzahlbaren Investitionszuweisungen/ -zuschüssen von Gebietskörperschaften	–	–	–
365-367	Sonderposten aus nicht rückzahlbaren Investitionszuweisungen/ -zuschüssen von Gebietskörperschaften	–	–	–
Fremdfinanzierung				
430	Verbindlichkeiten aus Zuweisungen und Zuschüssen (originäre Leistungen und durchlaufende Mittel) und Investitionszuschüssen gegenüber Gebietskörperschaften	–	–	–
431	Verbindlichkeiten aus Zuweisungen und Zuschüssen (originäre Leistungen und durchlaufende Mittel) und Investitionszuschüssen gegenüber dem sonstigen öffentlichen Bereich	–	–	–
432	Verbindlichkeiten aus Zuweisungen und Zuschüssen (originäre Leistungen und durchlaufende Mittel) und Investitionszuschüssen gegenüber dem nicht öffentlichen Bereich	–	–	–
435	Zugang Verbindlichkeiten aus Zuweisungen und Zuschüssen und Investitionszuschüssen gegenüber Gebietskörperschaften	5.153.000	39.806.800	–
436	Verbindlichkeiten aus rückzahlbaren Zuweisungen und Zuschüssen (originäre Leistungen und durchlaufende Mittel) und Investitionszuschüssen gegenüber dem sonstigen öffentlichen Bereich	–	–	–
437	Verbindlichkeiten aus rückzahlbaren Zuweisungen und Zuschüssen (originäre Leistungen und durchlaufende Mittel) und Investitionszuschüssen gegenüber dem nicht öffentlichen Bereich	–	–	–
Deckungsmittel zusammen		**5.153.000**	**39.806.800**	**–**

Kapitel 05 05 / Buchungskreisnummer 2450
Vollzugsanstalten

W i r t s c h a f t s p l a n

E r l ä u t e r u n g e n F i n a n z p l a n

1. BVKR 050-069:
   Zugänge an Investitionen in Grundstücke, Gebäude und Infrastruktur. Im Jahr 2008 wurden einmalig die Baumaßnahmen aus dem Einzelplan 18 im Buchungskreis Justizvollzug geplant und auch im Finanzplan gezeigt. Ab dem Jahr 2009 erfolgt diese Planung in einem eigenen Buchungskreis, dadurch vermindert sich der Gesamtbetrag erheblich.

2. BVKR 070/089:
   Hier werden Maschinen und Anlagen, auch IT-Technik mit 5.113.000,- EUR geplant. Da die IT-Technik ab dem Haushaltsjahr 2008 zum Teil geleast und nicht mehr beschafft wird, ist ein geringerer Betrag zu planen.

Kapitel 05 05 / Buchungskreisnummer 2450
Vollzugsanstalten

W i r t s c h a f t s p l a n

Ü b e r l e i t u n g s r e c h n u n g

	Bezeichnung	Soll 2009 EUR	Soll 2008 EUR
+	Produktabgeltung lt. Leistungsplan	202.027.000	231.450.800
+	Investitionen lt. Finanzplan	5.153.000	39.806.800
–	Abschreibungen	21.272.700	14.316.000
–	Zuführungen zur Rückstellung / Rückstellungen für Altersteilzeit	1.008.300	1.685.300
+	Auflösung der Rückstellung / Rückstellungen für Altersteilzeit	–	14.200
–	Verbindlichkeiten gegenüber Sozialversicherungsträgern	–	–
–	Investitionen, die aus Einzelplan 18 finanziert werden	–	-34.568.000
+/–	Neutrales Ergebnis	–	–
	Kameraler Zuschuss (+) / Überschuss (-)	184.899.000	220.702.500

Kapitel Titel / Funkt.-Kennziffer	ZWECKBESTIMMUNG ERLÄUTERUNGEN	Ansatz 2009 EUR	Ansatz 2008 EUR	IST 2007 EUR

05 05 Vollzugsanstalten

1. Die Titel der Hauptgruppen 4 bis 6 und 9 sind mit Ausnahme des Titels 529 gegenseitig deckungsfähig und einseitig deckungsfähig zu Gunsten der Hauptgruppen 7 und 8. Die Titel der Hauptgruppen 7 und 8 sind gegenseitig deckungsfähig.
2. Mindereinnahmen reduzieren, Mehreinnahmen erhöhen die Ausgabeermächtigung deckungsfähiger Ansätze im Sinne der Nr. 1 mit Ausnahme des Titels 111.
3. Außerhalb der laufenden Geschäfte anfallende Mehreinnahmen dürfen nur mit Zustimmung des Ministeriums der Finanzen verwendet werden.
4. Stellenpläne und -übersichten bleiben verbindlich. Vorübergehende qualitative Abweichungen von den Stellenübersichten für Angestellte und Arbeiter sind ohne tarifliche Bindungswirkung zulässig; über die Änderung der Stellenübersichten wird im nächsten Haushaltsplan entschieden.
5. Zu Titel 681: Aus den Mitteln können auch Entschädigungen aus Billigkeitsgründen gewährt werden.
6. Zu Titel 282: Rücklagen können für nicht verausgabte Mittel der Gruppe 282 gebildet werden.

E I N N A H M E N

Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dergleichen (Eigene Einnahmen)

111	056	Gebühren, sonstige Entgelte	214 800	200 000	207 663
119	056	Sonstige Verwaltungseinnahmen Bei Warenautomaten, die an Orten aufgestellt sind, die ausschließlich Bediensteten zugänglich sind oder in aller Regel nur von Bediensteten aufgesucht werden, darf der Teil der Vergütung für das Gestatten der Aufstellung von Warenautomaten, der über die Kostendeckung für die benötigten Wand- und Bodenflächen sowie für den Stromverbrauch bei elektrisch betriebenen Automaten hinausgeht, für Zwecke der Betriebsgemeinschaften verwendet werden. Der Betrag ist durch Absetzen von den Einnahmen an den Personalrat zu verausgaben.	504 400	1 000 000	1 232 823
124	056	Mieten und Pachten	600 000	1 050 000	1 182 459
125	056	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen und Diensten aus wirtschaftlicher Tätigkeit	9 664 000	9 980 000	9 549 633
132	056	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen	—	1 000	32 305

Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen (Übertragungseinnahmen)

231	056	Sonstige Zuweisungen vom Bund	139 000	25 000	172 301
232	056	Sonstige Zuweisungen von Ländern	5 000	10 000	7 976
233	056	Sonstige Zuweisungen von Gemeinden und Gemeindeverbänden	857 700	749 600	855 266
235	056	Sonstige Zuweisungen von Sozialversicherungsträgern sowie von der Bundesagentur für Arbeit	166 000	—	184 975
261	052	Schuldendiensthilfen und Erstattungen von Verwaltungsausgaben aus dem Inland	—	—	—
n e u 282	056	**Sonstige Zuschüsse aus dem Inland**	—	—	—

Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen; besondere Finanzierungseinnahmen (Vermögenswirksame und besondere Finanzierungseinnahmen)

359	951	Sonstige Entnahmen	—	—	2 583 911

Kapitel Titel Funkt.-Kennziffer	ZWECKBESTIMMUNG ERLÄUTERUNGEN	Ansatz 2009 EUR	Ansatz 2008 EUR	IST 2007 EUR
381 991	Verrechnungen zwischen Kapiteln	42 000	—	43 220
389 991	Sonstige Verrechnungen	473 700	388 000	433 395
	Weggefallene Titel			
237 00 056	Sonstige Zuweisungen von Zweckverbänden	—	—	—
	Gesamteinnahmen Kapitel 05 05	12 666 600	13 403 600	16 485 928

Kapitel Titel Funkt.-Kennziffer		ZWECKBESTIMMUNG ERLÄUTERUNGEN	Ansatz 2009 EUR	Ansatz 2008 EUR	IST 2007 EUR
		AUSGABEN			
		Personalausgaben			
412	056	Aufwendungen für ehrenamtlich Tätige	—	20 000	48 563
422	056	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter	85 831 900	86 177 400	85 288 300
425	056	Vergütungen der Angestellten	14 884 000	12 920 000	13 926 920
426	056	Löhne der Arbeiterinnen und Arbeiter	1 858 200	1 720 500	1 699 389
427	056	Beschäftigungsentgelte, Aufwendungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige	1 763 400	887 000	984 787
443	056	Fürsorgeleistungen und Unterstützungen	—	—	10 813
453	056	Trennungsgeld, Umzugskostenvergütungen	109 700	250 000	159 606
459	056	Sonstige personalbezogene Ausgaben	—	—	81 313
		Sächliche Verwaltungsausgaben, Ausgaben für den Schuldendienst			
511	056	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	6 347 300	3 650 000	3 373 243
514	056	Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dgl.	10 879 100	13 575 600	14 185 734
517	056	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	12 306 700	11 750 000	11 567 492
518	056	Mieten und Pachten	1 365 800	1 159 000	1 639 053
519	056	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	4 700 800	4 400 000	4 884 849
521	056	Unterhaltung des sonstigen unbeweglichen Vermögens	—	10 000	6 708
525	056	Aus- und Fortbildung	842 400	400 000	673 068
526	056	Sachverständige, Gerichts- und ähnliche Kosten	668 400	1 025 000	1 026 588
527	056	Dienstreisen	140 700	165 000	154 410
529	056	Verfügungsmittel	1 600	1 600	1 474
533	056	Sachaufwand der Ausbildung, Prüfung und Fortbildung Außenstehender	—	51 800	20 259
537	056	Beförderungskosten	—	170 000	120 164
538	056	Sonstige Dienstleistungen und Gestattungen	15 105 800	12 813 300	12 916 916
544	056	Rückzahlungen vereinnahmter Beträge nach Schluss des Haushaltsjahres	—	4 700	—
546	056	Vermischter Sachaufwand	223 300	273 000	114 722

Kapitel 05 05
Vollzugsanstalten

Kapitel Titel / Funkt.-Kennziffer		ZWECKBESTIMMUNG ERLÄUTERUNGEN	Ansatz 2009 EUR	Ansatz 2008 EUR	IST 2007 EUR
		Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen (Übertragungsausgaben)			
632	056	Sonstige Zuweisungen und Erstattungen an Länder	—	83 000	44 948
671	056	Erstattungen an Inland	1 124 100	1 470 000	1 218 816
681	056	Renten, Unterstützungen und sonstige Geldleistungen an natürliche Personen	10 595 900	11 167 000	9 855 144
		Baumaßnahmen			
711	056	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	500 000	500 000	749 159
		Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen (Sonstige Investitionsausgaben)			
811	056	Erwerb von Fahrzeugen	560 000	200 000	59 387
812	056	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	4 255 300	4 150 000	5 760 861

Verpflichtungsermächtigung

Haushaltsjahr	EUR
2010	5 650 000
2011	350 000
2012	350 000
2013ff	—
Gesamtverpflichtung	6 350 000

821	056	Grunderwerb	—	—	45 957
		Besondere Finanzierungsausgaben			
919	951	Sonstige Zuführungen	—	—	—

Erläuterungen:

Der Bestand der kameralen Rücklage zum 31.12.2007 beträgt konsumtiv 0 EUR und investiv 0 EUR.

981	991	Verrechnungen zwischen Kapiteln	22 120 100	63 652 400	4 871 048
989	991	Sonstige Verrechnungen	1 381 100	1 459 800	1 275 580
		Weggefallene Titel			
542 00	056	Steuern und Abgaben	—	—	—
676 00	056	Erstattungen an Ausland	—	—	—
891 00	056	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen	—	—	—
		Gesamtausgaben Kapitel 05 05	197 565 600	234 106 100	176 765 270

Kapitel Titel / Funkt.-Kennziffer	ZWECKBESTIMMUNG ERLÄUTERUNGEN	Ansatz 2009 EUR	Ansatz 2008 EUR	IST 2007 EUR

Abschluss Kapitel 05 05

0	Steuern und steuerähnliche Abgaben	—	—	—
1	Eigene Einnahmen	10 983 200	12 231 000	12 204 884
2	Übertragungseinnahmen	1 167 700	784 600	1 220 518
3	Vermögenswirksame und besondere Finanzierungseinnahmen	515 700	388 000	3 060 526
Gesamteinnahmen		12 666 600	13 403 600	16 485 928
4	Personalausgaben	104 447 200	101 974 900	102 199 693
5	Sächliche Verwaltungsausgaben	52 581 900	49 449 000	50 684 678
	Ausgaben für den Schuldendienst	—	—	—
6	Übertragungsausgaben	11 720 000	12 720 000	11 118 908
7	Baumaßnahmen	500 000	500 000	749 159
8	Sonstige Investitionsausgaben	4 815 300	4 350 000	5 866 204
9	Besondere Finanzierungsausgaben	23 501 200	65 112 200	6 146 628
Gesamtausgaben		197 565 600	234 106 100	176 765 270
Zuschuss/Überschuss		-184 899 000	-220 702 500	-160 279 343

W i r t s c h a f t s p l a n

Hessisches Finanzgericht

A. Vorbemerkungen

Das Hessische Finanzgericht ist eine Landesoberbehörde im Geschäftsbereich des Hessischen Ministeriums der Justiz, für Integration und Europa. Die Tätigkeit ist auf die Überprüfung von Steuerbescheiden und ähnlichen Verwaltungsakten gerichtet in allen Fällen, in denen der Finanzrechtsweg gegeben ist (§ 33 Finanzgerichtsordnung).

B. Bewirtschaftungsvermerke

Allgemein

Die Bewirtschaftung richtet sich insbesondere nach den §§ 7a und 70 bis 72 und 74 bis 80 LHO und den dazu ergangenen Verwaltungsvorschriften.

Leistungsplan

Überschreitungen oder Unterschreitungen von Mengen und Kosten je Produkt sind im Rahmen der gesamten Produktabgeltung zulässig. Die Verfahrenskosten werden außerhalb des Produktes nachrichtlich ausgewiesen.

Die in den Produktblättern aufgeführten Kennzahlen bzw. Kennzahlendefinitionen sind noch nicht verbindlich. Die festgelegten Vorgaben und Kennzahlen sollen nach Möglichkeit erreicht werden.

Erfolgsplan

Die Verfahrenskosten gemäß Jahresergebnis II unterliegen nicht der Produktabgeltung. 50 von Hundert des Jahresüberschusses aus laufenden Geschäften können in eine Gewinnrücklage eingestellt werden (dies gilt nicht für das Jahresergebnis II). Im Übrigen erfolgt eine Gewinnabführung an den Landeshaushalt.

Finanzplan

-

Kapitel 05 08 / Buchungskreisnummer 2440
Hessisches Finanzgericht

W i r t s c h a f t s p l a n

L e i s t u n g s p l a n

- Beträge in 1.000 EUR -

Nr	neu / weg-gef.	Bezeichnung	Soll 2009				
			Menge	Gesamt-kosten	Eigene Erlöse	Produkt-abgeltung	Ergebnis
Produkte							
1		Bereitstellung Rechtsprechungspotential Richter Hessisches Finanzgericht	43,0	6.840,9	–	6.840,9	–
		Summe Produkte		**6.840,9**	**–**	**6.840,9**	**–**
		Gesamtsumme		**6.840,9**	**–**	**6.840,9**	**–**

Nr	neu / weg-gef.	Verfahrenskostenträger*	Soll 2009				
			Menge	Gesamt-kosten	Eigene Erlöse	Zu-/ Abführung	Ergebnis
1		Verfahrenskostenträger	–	625,0	2.370,0	-1.745,0	–
		Summe		**625,0**	**2.370,0**	**-1.745,0**	**–**

* Die Beträge in der folgenden Darstellung enthalten - im Gegensatz zum Bereich Produkte, Projekte, externe und zwischenbehördliche Leistungen - zusätzlich zu betriebsbedingten Kosten und Erlösen auch CO-neutrale Bestandteile.

Kapitel 05 08 / Buchungskreisnummer 2440
Hessisches Finanzgericht

W i r t s c h a f t s p l a n

L e i s t u n g s p l a n

- Beträge in 1.000 EUR -

Soll 2008					Ist 2007				
Menge	Gesamt-kosten	Eigene Erlöse	Produkt-abgeltung	Ergebnis	Menge	Gesamt-kosten	Eigene Erlöse	Produkt-abgeltung	Ergebnis
43,0	8.185,0	–	8.185,0	–	42,0	8.230,8	–	8.261,1	30,3
	8.185,0	**–**	**8.185,0**	**–**		**8.230,8**	**–**	**8.261,1**	**30,3**
	8.185,0	**–**	**8.185,0**	**–**		**8.230,8**	**–**	**8.261,1**	**30,3**

Soll 2008					Ist 2007				
Menge	Gesamt-kosten*	Eigene Erlöse*	Zu-/ Abführung*	Ergebnis*	Menge	Gesamt-kosten*	Eigene Erlöse*	Zu-/ Abführung*	Ergebnis*
–	155,0	1.900,0	-1.745,0	–	–	564,0	1.579,7	-1.015,7	–
	155,0	**1.900,0**	**-1.745,0**	**–**		**564,0**	**1.579,7**	**-1.015,7**	**–**

Kapitel 05 08 / Buchungskreisnummer 2440
Hessisches Finanzgericht

W i r t s c h a f t s p l a n

L e i s t u n g s p l a n - E r l ä u t e r u n g - P r o d u k t b l a t t

Erläuterungen zu Produkt Nr. 1 :
Bereitstellung Rechtsprechungspotential Richter Hessisches Finanzgericht

1. Erbringer

Justiz- und Gerichtsverwaltung des Hessischen Finanzgerichts

2. Rechtsgrundlage oder sonstige Grundlage

- Gewaltenteilungsprinzip (Art. 20 Abs. 2 Satz 2 Grundgesetz)
- Rechts(schutz)gewährungsanspruch (Art. 19 Abs. 4, 20 Abs. 3 Grundgesetz)
- Unabhängigkeit der Richter (Art. 97 Abs. 1 Grundgesetz, § 1 Gerichtsverfassungsgesetz)
- Finanzgerichtsordnung , Abgabenordnung , Einzelsteuergesetze.

3. Produkt- und Leistungsbeschreibung

3.1 Beschreibung des Produkts

Das die Rechtsprechung betreffende Produkt ist die Summe aller Leistungen der Justiz- und Gerichtsverwaltung für die Bereitstellung von Rechtsprechungspotentialen in der Finanzgerichtsbarkeit zur Erledigung der Aufgaben der Richterinnen und Richter des Hessischen Finanzgerichtes.

3.2 Leistungen zum Produkt

Zum Produkt gehören folgende Leistungen:

- Personalkosten Richter
- Sachkosten Richter
- Unterstützung Richter
- Vorgangs- und Eingangsbearbeitung
- Protokoll- und Schreibdienst
- Kostenfestsetzung
- Buch- und Betriebsprüfungen

4. Bezug zu politischen Zielen

Effektive Rechtsschutzgewährung sowie effiziente Justiz- und Gerichtsverwaltung auf hohem Qualitätsniveau garantieren und effektive Strafverfolgung sowie Rechtssicherheit gewährleisten.

5. Empfänger

- Hessischer Landtag (stellvertretend für die Bürger)

- Rechtsprechende Gewalt

6. Zählgröße / Mengen im Haushaltsjahr

Zählgröße	Soll 2009	Soll 2008	Ist 2007
Anzahl Richterinnen und Richter des Hessischen Finanzgerichtes	43	43	42

W i r t s c h a f t s p l a n

L e i s t u n g s p l a n - E r l ä u t e r u n g - P r o d u k t b l a t t

7. Kostenzusammensetzung / Stückkosten / Preis

Das Produkt umfasst Sach- und Personalkosten, soweit sie zur Bereitstellung von Rechtsprechungspotentialen durch die Justiz- und Gerichtsverwaltung erforderlich sind. Die Verfahrenseinnahmen und -ausgaben sind nicht Bestandteil der Produktkosten.

Kostenartenschichtung (in EUR)

Kostenarten	Soll 2009 EUR	Soll 2008 EUR	Ist 2007 EUR
Personalkosten	4.855.129	5.832.002	6.396.987
Sachkosten	672.784	754.800	534.262
Kalkulatorische Kosten	27.091	57.557	66.822
Sonstige Kosten *	1.285.917	1.540.293	1.232.681
Gesamtkosten	**6.840.921**	**8.184.652**	**8.230.752**
Erlöse	–	–	–
Produktabgeltung	6.840.921	8.184.652	8.261.124
Ergebnis	**–**	**–**	**30.372**

* Kosten der innerbehördlichen Leistungsverrechnung

Stückkosten (in EUR)

Gesamtkosten / Menge	Soll 2009 EUR	Soll 2008 EUR	Ist 2007 EUR
	159.091,19	190.340,74	195.970,28

Preis (in EUR)

Produktabgeltung / Menge	Soll 2009 EUR	Soll 2008 EUR	Ist 2007 EUR
	159.091,19	190.340,74	196.693,43

8. Produktspezifische Kennzahlen / Qualitätskennzahlen

Die Festlegung der produktspezifischen Kennzahlen ist wegen der Unabhängigkeit der Richterinnen und Richter nur insoweit bindend, als die Abläufe von der Verwaltung zu erbringen sind.

8.1 Kennzahlen zur Leistungswirkung (Effektivität der Leistungen)

Vorgabe: Effektive Rechts- und Rechtsschutzgewährung garantieren

- Bereitstellungsgrad Rechtsprechungspotentiale nach Stellenplan

8.2 Kennzahlen zur Finanzwirtschaft (Effizienz der Leistungen)

Vorgabe: Produktabgeltung wirtschaftlich einsetzen

- Kosten-/ Erlösabweichung

8.3 Kennzahlen zu quantitativen und qualitativen Leistungsmerkmalen

Vorgabe: Bedarfsgerechte Unterstützung der Rechtsprechung bereitstellen

- Anzahl unterstützter Richter
- Anzahl der durch IT-Administratoren betreuten Arbeitsplätze

8.4 Kennzahlen zur Prozessqualität

Vorgabe: Qualifizierung der Mitarbeiter verbessern

- Anteil der geschulten Mitarbeiter
- Anzahl durchschnittlicher Schulungstage pro Mitarbeiter

Vorgabe: Ablauforganisation verbessern

- Anzahl der Dienstbesprechungen zur Qualitätsverbesserung

8.5 Kennzahlen zur Kundenperspektive

Vorgabe: Zufriedenheit der Richter mit den Unterstützungsleistungen verbessern

- Befragung der Richter zu Unterstützungsleistungen

Vorgabe: Zufriedenheit der Verfahrensbeteiligten verbessern

Befragung der Verfahrensbeteiligten

Kapitel 05 08 / Buchungskreisnummer 2440
Hessisches Finanzgericht

W i r t s c h a f t s p l a n

E r f o l g s p l a n

Pos.	VKR	Bezeichnung	Soll 2009 EUR	Soll 2008 EUR	Ist 2007 EUR
1	**50/51**	**Umsatzerlöse und Erträge aus Verwaltungstätigkeit**	**–**	**–**	**–**
	500-509	Umsatzerlöse	–	–	–
	510-518	Gebühren und Leistungsentgelte aus Verwaltungstätigkeit; Sonstige Erträge	–	–	–
	519	Erlösminderungen	–	–	–
1a	**544**	**Erträge aus Produktabgeltungen**	**6.840.900**	**8.184.600**	**8.261.124**
2	**520-524**	**Bestandsveränderungen**	**–**	**–**	**–**
3	**525-529**	**aktivierte Eigenleistungen**	**–**	**–**	**–**
4	**530-539**	**Sonstige betriebliche Erträge**	**29.200**	**29.200**	**898.046**
		Betriebsertrag	**6.870.100**	**8.213.800**	**9.159.170**
5	**60/61**	**Bezogene Waren und Leistungen**	**81.700**	**116.300**	**37.835**
	600-604	Roh-, Hilfs-, Betriebsstoffe etc.	–	–	–
	605	Aufwendungen für Energie und Wasser	1.800	1.800	2.426
	606-609	Sonstige Aufwendungen (Waren)	28.700	48.200	19.352
	616	Aufwendungen für Fremdinstandhaltung	51.100	66.200	16.032
	610-615, 617, 619	Sonstige Aufwendungen (Leistungen)	100	100	25
	618	Aufwandsberichtigungen (Skonti etc.)	–	–	–
6	**620-649, 652, 655, 659**	**Personalaufwand**	**5.456.800**	**6.725.300**	**11.413.931**
	620-626	Löhne	–	–	–
	627-632	Gehälter	809.200	867.800	755.396
	633-638	Bezüge	3.856.100	3.876.500	3.563.691
	639	Sonstige Aufwendungen mit Gehalts- oder Bezügecharakter	–	–	93.388
	640-649	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	791.500	1.981.000	6.999.818
	652, 655, 659	Sonstige Personalaufwendungen	–	–	1.638
7	**660-664, 666-667**	**Abschreibungen**	**79.200**	**100.200**	**117.227**
8	**650-651, 653-654, 656-658, 670-696, 699-709**	**Sonstige betriebliche Aufwendungen**	**1.252.400**	**1.272.000**	**1.046.379**
	650-651, 653-654, 656-658	Sonstige mittelbare Personalaufwendungen	93.300	149.300	28.682
	670-679	Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten	1.022.100	981.100	871.410
	680-689	Aufwendungen für Kommunikation, Dokumentation, Information, Reisen, Werbung	137.000	141.600	135.921
	690-696, 699	Aufwendungen für Beiträge und Sonstiges sowie Wertkorrekturen und periodenfremde Aufwendungen	–	–	9.915
	700-709	Betriebliche Steuern	–	–	451
8a	**718**	**Aufwendungen aus Produktabgeltung**	**–**	**–**	**–**
		Betriebsaufwand	**6.870.100**	**8.213.800**	**12.615.372**
		Eigenergebnis	**–**	**–**	**-3.456.202**

Kapitel 05 08 / Buchungskreisnummer 2440
Hessisches Finanzgericht

W i r t s c h a f t s p l a n

E r f o l g s p l a n

Pos.	VKR	Bezeichnung	Soll 2009 EUR	Soll 2008 EUR	Ist 2007 EUR
9	540-543, 545-549	betriebliche Erträge aus Transferleistungen	–	–	–
10	550-559	Steuererträge und steuerähnliche Erträge	–	–	–
		Steuererträge und Leistungsabgeltung	–	–	–
11	710-717, 719	Betrieblicher Aufwand aus Transferleistungen	–	–	–
12	720-729	Steueraufwand und ähnliche Aufwendungen	–	–	–
		Leistungstransfers	–	–	–
		Steuer- und Leistungsergebnis	–	–	–
		Verwaltungsergebnis	–	–	-3.456.202
13	560-569	Erträge aus Beteiligungen und anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	–	–	–
14	570-579	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	–	–	–
		Finanzertrag	–	–	–
15	740-749	Abschreibungen auf Finanzanlagen und Wertpapiere des Umlaufvermögens und Verluste aus entsprechenden Abgängen	–	–	–
16	750-769	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	–	–	–
		Finanzaufwand	–	–	–
		Finanzergebnis	–	–	–
		Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	–	–	-3.456.202
17	590-599	Außerordentliche Erträge, Erträge aus Verlustübernahme	25.000	–	5.081.645
		Außerordentlicher Ertrag	25.000	–	5.081.645
18	665, 668-669, 697-698, 730-739, 790-799	Außerordentlicher Aufwand, Aufwand aus Gewinnabführungen, Aufwendungen für sonstige Leistungen Dritter	25.000	–	1.859.463
		Außerordentlicher Aufwand	25.000	–	1.859.463
		Außerordentliches Ergebnis	–	–	3.222.182
19	580-589	(durchlaufende) Erträge aus Zuwendungen, Zuschüsse für Investitionen und besondere Finanzeinnahmen	–	–	–
		Transferzuwendungen	–	–	–
20	780-789	(durchlaufende) Aufwendungen für Zuwendungen und Zuschüsse für Investitionen und besondere Finanzausgaben	–	–	–
		Transferzahlungen	–	–	–
		Transferergebnis	–	–	–
		Neutrales Ergebnis	–	–	3.222.182
21	770-779	Steuern vom Einkommen und Ertrag	–	–	–
		Jahresergebnis I	–	–	-234.020

Kapitel 05 08 / Buchungskreisnummer 2440
Hessisches Finanzgericht

W i r t s c h a f t s p l a n

E r f o l g s p l a n

Pos.	VKR	Bezeichnung	Soll 2009 EUR	Soll 2008 EUR	Ist 2007 EUR
22	510, 514, 530	Verfahrenserträge	2.370.000	1.900.000	1.579.709
		Justizspezifische Erträge Verfahrensbereich	2.370.000	1.900.000	1.579.709
23	617	Verfahrensaufwendungen	155.000	155.000	131.579
		Justizspezifische Aufwendungen Verfahrensbereich	155.000	155.000	131.579
		Ergebnis Verfahrensbereich	2.215.000	1.745.000	1.448.130
24	539, 592	Außerordentliche Erträge Verfahrensbereich	–	–	–
		Außerordentliche Erträge Verfahrensbereich	–	–	–
25	668	Außerordentliche Aufwendungen Verfahrensbereich	470.000	–	432.432
		Außerordentliche Aufwendungen Verfahrensbereich	470.000	–	432.432
		Außerordentliches Ergebnis Verfahrensbereich	-470.000	–	-432.432
26	595, 790	Ertrag/Aufwand Ausgleich JE II	-1.745.000	-1.745.000	-1.015.698
		Ergebnisausgleich Verfahrensbereich	-1.745.000	-1.745.000	-1.015.698
		Jahresergebnis II	–	–	–

Kapitel 05 08 / Buchungskreisnummer 2440
Hessisches Finanzgericht

W i r t s c h a f t s p l a n

E r l ä u t e r u n g e n E r f o l g s p l a n

1. Standarderläuterungen

In dem aus der Kostenrechnung generierten Leistungsplan und in dem auf der Grundlage der Finanzbuchhaltung erstellten Erfolgsplan sind kostenmindernde Erlöse unterschiedlich darzustellen. Diese Erlöse sind im Leistungsplan teilweise mit Kosten saldiert ausgewiesen, während der Ausweis im Erfolgsplan entsprechend den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung nicht saldiert erfolgt.
Im Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit des Erfolgsplans sind insgesamt kostenmindernde Erlöse in Höhe von 54.200 Euro enthalten, die in gleicher Höhe die Kosten des Leistungsplans vermindert haben.

Entgelte zentraler Dienstleister:
Für Leistungen zentraler Dienstleister sind in den Aufwandpositionen des Erfolgsplans folgende Beträge geplant worden:

Oberfinanzdirektion Frankfurt am Main (KfZ-Selbstversicherung)	200,00 EUR
Hessisches Immobilienmanagement (HI)	626.300,00 EUR
Hessische Zentrale für Datenverarbeitung (HZD)	115.100,00 EUR
Hessisches Competence Center (HCC)	134.400,00 EUR
Hessische Bezügestelle (HBS)	14.100,00 EUR

Zu Pos. 6: Im Personalaufwand sind folgende Rückstellungen enthalten:

Vorsorgeprämie Beamte	595.200,00 EUR
Altersteilzeitrückstellungen	27.100,00 EUR
Rückstellungen Arbeitgeberanteile Sozialversicherung	3.000,00 EUR

Neutrale Aufwendungen / Erträge
Für das Haushaltsjahr 2009 wurde eine Rücklagenauflösung als neutrale Aufwendung und neutraler Ertrag in Höhe von jeweils 25.000 EUR eingeplant.

Jahresergebnis II
Im Jahresergebnis II werden alle durch die Verfahrenskostenträger (Rechtsprechung) verursachten Erträge und Aufwendungen gesondert dargestellt. Aufgrund der Sonderstellung (richterliche Unabhängigkeit) wird hier die Differenz zwischen Erträgen und Aufwendungen durch einen Zuführungs- oder Abführungsbetrag an den Landeshaushalt ausgeglichen.

2. Erläuterungen zu Einzelpositionen

Zu Pos. 1a:
Zu VKR 544:
Die Erträge aus Produktabgeltung sind für das Planjahr 2009 niedriger als für das Planjahr 2008 bzw. als der Ist-Wert 2007, da die Produktabgeltung abhängig von der Aufwandshöhe ist. Die Aufwendungen des Planjahres 2009 fallen gegenüber den Vorjahren unter anderem deswegen geringer aus, da eine Umstellung von der Planung von Rückstellungen für Pensions- und Beihilferückstellungen auf die Planung einer Vorsorgeprämie stattgefunden hat.

Zu Pos. 4:
Zu VKR 530/539:

Der im Ist-Jahr 2007 gebuchte Betrag setzt sich zum größten Teil aus der nicht planbaren Auflösung von Pensions- und Beihilferückstellungen infolge des Ausscheidens von Mitarbeitern und Erstattungen aus dem Integrationsfonds zur Integration und Beschäftigung schwerbehinderter Menschen und Gleichgestellter zusammen.

Zu Pos. 5:
Zu VKR 605:
Unter diesen Kontengruppen werden die Aufwendungen für die Treibstoffe des Dienstwagens erfasst.
Aufwendungen für Strom und Wasser werden seit dem Übergang der Liegenschaften an das Hessische Immobilienmanagement nicht mehr hier geplant, sondern sind nunmehr in den Mietnebenkosten (siehe Pos. 8) enthalten.

Zu VKR 606-609:
Hierunter fallen u.a. folgende Positionen:
Materialaufwand für Reparaturen und Instandhaltung, Materialaufwand, Datenverarbeitung und Telekommunikation, Sonstiger Materialaufwand (z.B. Reinigungsmittel, etc.), Büromaterial, Kopiekosten, Kosten für Formulare und Vordrucke, Berufsbekleidung/ Schutzmittel

Zu VKR 616:
Hierunter fallen u.a. folgende Positionen:
Instandhaltung/ Wartung bewegliche Anlagegüter, Instandhaltung/ Wartung PC und Zubehör, Softwarepflege und Wartung, Sonstige Instandhaltung/ Wartung

Zu Pos. 6:
Zu VKR 620-626, 627-632, 633-638, 639:
In den Personalaufwendungen sind enthalten:

Beitrag an die Vorsorgekasse	595.200,00 EUR
Rückstellungen Arbeitgeberanteil Sozialversicherung	3.000,00 EUR
Rückstellungen Altersteilzeit	27.100,00 EUR

Zu VKR 640-649:
Der veränderte Wert im Plan-Jahr 2009 gegenüber dem Ist-Jahr 2007 resultiert aus der Neuorganisation der Versorgungsverpflichtungen (einschließlich Beihilfe) ab dem Jahr 2008 an zentraler Stelle in der Vorsorgekasse. Die bisher vom HMdF/ Fachlichen HCC (F-HCC) personenbezogen ermittelten Werte für Pensions- und Beihilferückstellungen werden durch eine Vorsorgeprämie, die durch die Vorsorgekasse laufbahngruppenspezifisch jährlich neu ermittelt wird, abgelöst.

Kalkulationsbestandteile dieser Vorsorgeprämie sind:
- die fiktive Nettoprämie für die Pensionsverpflichtungen
- die fiktive Nettoprämie für die Beihilfeverpflichtungen
- Beihilfeaufwendungen für Aktive
- die zentralen Verwaltungskosten

Die Prämie beträgt:

- für Beamte des höheren Dienstes:	11.200,00 EUR
- für Beamte des gehobenen Dienstes:	9.000,00 EUR
- für Beamte des mittleren und einfachen Dienstes:	8.800,00 EUR

Zu Pos. 8:
Zu VKR 670-679:

Hier sind Miete und Mietnebenkosten sowie Dienstleistungsentgelte für das Hessische Immobilienmanagement (HI) zu leisten.

Zu VKR 680-689:

Davon 300 € zur Verfügung der Behördenleitung für außergewöhnlichen Aufwand aus dienstlicher Veranlassung in besonderen Fällen. Die Aufwendungen sind im Einzelnen zu belegen. Eine pauschale Auszahlung ist nicht zulässig.
Der Ansatz ist verbindlich.

Zu Pos. 17:
Zu VKR 590-599:
Der Betrag, welcher im Ist-Wert 2007 ausgewiesen wird, setzt sich aus einem einmaligen "Effekt" aus der Umstellung der Rückstellungen für Pensions- und Beihilferückstellungen auf die Vorsorgeprämie zusammen.

Einmaleffekt Pensionsrückstellung	4.458.600,00 EUR
Einmaleffekt Beihilferückstellung	355.400,00 EUR

Ferner erfolgte im Jahr 2007 eine einmalige Buchung zur Neutralisation der globalen Mehrausgaben für Besoldungs- und Vergütungserhöhungen von Beamten und Tarifpersonal, welche zentral im Einzelplan 17 veranschlagt war.

Neutralisation globale Mehrausgabe Besoldung	43.000,00 EUR
Neutralisation globale Mehrausgabe Vergütung	20.000,00 EUR

Für das Jahr 2009 wurden als Entnahme aus der kameralen Rücklage 25.000,- EUR eingeplant.

Zu Pos. 18:
Zu VKR 665, 668-669, 697-698, 730-739, 790-799:
Der Ist-Wert 2007 ergibt sich unter anderem aus folgenden Umständen:

Wegfall Versorgungsverpflichtung Beihilfe	56.600,00 EUR
Wegfall Versorgungsverpflichtung Pensionen	781.700,00 EUR

(siehe hierzu auch Vermerk zu Pos. 4, VKR 530-539)

Für das Jahr 2009 wurden als Aufwand für die Inanspruchnahme aus der kameralen Rücklage 25.000,- EUR eingeplant (siehe Pos. 17).

3. Jahresergebnis II

Zu Pos. 22:
Zu VKR 510, 514, 530:
Die geplanten Werte für das Planjahr 2009 sind aus einer Prognose zur Entwicklung der Ist-Zahlen im Verfahrensbereich abgeleitet.

Zu Pos. 23:
Zu VKR 617:
Die geplanten Werte für das Planjahr 2009 sind aus einer Prognose zur Entwicklung der Ist-Zahlen im Verfahrensbereich abgeleitet.

Zu Pos. 25:

W i r t s c h a f t s p l a n

Zu VKR 668:
In dieser Position wurden Abschreibungen auf Forderungen von Gerichtskosten eingeplant. Der Plan-Wert wurde aus den Durchschnittswerten der Vorjahre abgeleitet.

Abschreibungen auf Forderungen Gerichtskosten	470.000,00 EUR

Kapitel 05 08 / Buchungskreisnummer 2440
Hessisches Finanzgericht

W i r t s c h a f t s p l a n

F i n a n z p l a n

VKR	Bezeichnung	Soll 2009 EUR	Soll 2008 EUR	Ist 2007 EUR
Mittelverwendung				
Investitionen in immaterielle Werte, Geschäftsbetrieb		**12.500**	**–**	**8.012**
000-049	Ausstehende Einlagen, immaterielle Wirtschaftsgüter	12.500	–	8.012
Investitionen in Grundstücke, Gebäude, Infrastruktur		**–**	**–**	**7.907**
050-069, 091, 096	Grundstücke, Gebäude, Infrastruktur, Anzahlungen auf Infrastruktur, Infrastruktur im Bau	–	–	7.907
Investitionen in Anlagen, Maschinen, BGA		**36.000**	**20.300**	**44.735**
070-089, 090, 095	Anlagen, Maschinen, BGA einschließlich Anzahlungen und Anlagen im Bau	36.000	20.300	44.735
Investitionen in Finanzanlagen		**–**	**–**	**–**
100-169	Beteiligungen, Ausleihungen, Wertpapiere	–	–	–
Mittelverwendung zusammen		**48.500**	**20.300**	**60.654**
Mittelherkunft				
Eigenfinanzierung				
360-362	Sonderposten aus bedingt rückzahlbaren Investitionszuweisungen/ -zuschüssen von Gebietskörperschaften	–	–	–
365-367	Sonderposten aus nicht rückzahlbaren Investitionszuweisungen/ -zuschüssen von Gebietskörperschaften	–	–	–
Fremdfinanzierung				
430	Verbindlichkeiten aus Zuweisungen und Zuschüssen (originäre Leistungen und durchlaufende Mittel) und Investitionszuschüssen gegenüber Gebietskörperschaften	–	–	–
431	Verbindlichkeiten aus Zuweisungen und Zuschüssen (originäre Leistungen und durchlaufende Mittel) und Investitionszuschüssen gegenüber dem sonstigen öffentlichen Bereich	–	–	–
432	Verbindlichkeiten aus Zuweisungen und Zuschüssen (originäre Leistungen und durchlaufende Mittel) und Investitionszuschüssen gegenüber dem nicht öffentlichen Bereich	–	–	–
435	Zugang Verbindlichkeiten aus Zuweisungen und Zuschüssen und Investitionszuschüssen gegenüber Gebietskörperschaften	48.500	20.300	60.654
436	Verbindlichkeiten aus rückzahlbaren Zuweisungen und Zuschüssen (originäre Leistungen und durchlaufende Mittel) und Investitionszuschüssen gegenüber dem sonstigen öffentlichen Bereich	–	–	–
437	Verbindlichkeiten aus rückzahlbaren Zuweisungen und Zuschüssen (originäre Leistungen und durchlaufende Mittel) und Investitionszuschüssen gegenüber dem nicht öffentlichen Bereich	–	–	–
Deckungsmittel zusammen		**48.500**	**20.300**	**60.654**

W i r t s c h a f t s p l a n

E r l ä u t e r u n g e n F i n a n z p l a n

Erläuterungen zu Einzelpositionen

Zu VKR 000 - 049:

Software

Zu VKR 070 - 089, 090, 095:

Die Investitionen sind zur Ersatzbeschaffung von EDV vorgesehen. Im Übrigen Geringwertige Wirtschaftsgüter (GWG)

Kapitel 05 08 / Buchungskreisnummer 2440
Hessisches Finanzgericht

W i r t s c h a f t s p l a n

Ü b e r l e i t u n g s r e c h n u n g

	Bezeichnung	Soll 2009 EUR	Soll 2008 EUR
+	Produktabgeltung lt. Leistungsplan	6.840.900	8.184.600
–	Entnahme aus kameraler Rücklage	25.000	–
+	Investitionen lt. Finanzplan	48.500	20.300
–	Abschreibungen	79.200	100.200
–	Zuführung Rückstellungen	30.100	31.000
–	Verbindlichkeiten gegenüber Sozialversicherungsträgern	–	–
+/–	Neutrales Ergebnis	–	–
–	Abführung an den Landeshaushalt (Verfahrensbereich)	1.745.000	1.745.000
	Kameraler Zuschuss (+) / Überschuss (-)	5.010.100	6.328.700

Kapitel Titel / Funkt.-Kennziffer	ZWECKBESTIMMUNG ERLÄUTERUNGEN	Ansatz 2009 EUR	Ansatz 2008 EUR	IST 2007 EUR

05 08 Hessisches Finanzgericht

1. Die Titel der Hauptgruppen 4 bis 6 und 9 sind mit Ausnahme der Titel 412, 529 und 536 gegenseitig deckungsfähig und einseitig deckungsfähig zu Gunsten der Hauptgruppe 8. Die Titel 412 und 536 sowie die Titel der Hauptgruppe 8 sind jeweils gegenseitig deckungsfähig.
2. Mindereinnahmen reduzieren, Mehreinnahmen erhöhen die Ausgabeermächtigung deckungsfähiger Ansätze im Sinne der Nr. 1 mit Ausnahme des Titels 112.
3. Außerhalb der laufenden Geschäfte anfallende Mehreinnahmen dürfen nur mit Zustimmung des Ministeriums der Finanzen verwendet werden.
4. Stellenpläne und -übersichten bleiben verbindlich. Vorübergehende qualitative Abweichungen von den Stellenübersichten für Angestellte und Arbeiter sind ohne tarifliche Bindungswirkung zulässig; über die Änderung der Stellenübersichten wird im nächsten Haushaltsplan entschieden.
5. Zu Titel 112: Vergleiche auch Vermerk bei den Titeln 412 und 536.
6. Zu Titel 412 und 536: Die Ausgabeermächtigungen dieser Gruppen erhöhen sich im Rahmen der Mehreinnahmen bei Titel 112.
7. Zu Titel 681: Hieraus können auch Entschädigungen aus Billigkeitsgründen gewährt werden.

E I N N A H M E N

Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dergleichen (Eigene Einnahmen)

111 00	055	Gebühren, sonstige Entgelte	—	—	—
112	055	Gerichtsgebühren	1 900 000	1 900 000	1 217 145
119	055	Sonstige Verwaltungseinnahmen Bei Warenautomaten, die an Orten aufgestellt sind, die ausschließlich Bediensteten zugänglich sind oder in aller Regel nur von Bediensteten aufgesucht werden, darf der Teil der Vergütung für das Gestatten der Aufstellung von Warenautomaten, der über die Kostendeckung für die benötigten Wand- und Bodenflächen sowie für den Stromverbrauch bei elektrisch betriebenen Automaten hinausgeht, für Zwecke der Betriebsgemeinschaften verwendet werden. Der Betrag ist durch Absetzen von den Einnahmen an den Personalrat zu verausgaben.	29 200	29 200	227 546
124	055	Mieten und Pachten	—	—	—
132	055	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen	—	—	—

Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen (Übertragungseinnahmen)

231	055	Sonstige Zuweisungen vom Bund	—	—	—
235	055	Sonstige Zuweisungen von Sozialversicherungsträgern sowie von der Bundesagentur für Arbeit	—	—	—
261	052	Schuldendiensthilfen und Erstattungen von Verwaltungsausgaben aus dem Inland	—	—	—

Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen; besondere Finanzierungseinnahmen (Vermögenswirksame und besondere Finanzierungseinnahmen)

359	951	Sonstige Entnahmen	25 000	—	—
381	991	Verrechnungen zwischen Kapiteln	—	—	—
389	991	Sonstige Verrechnungen	—	—	—
		Gesamteinnahmen Kapitel 05 08	1 954 200	1 929 200	1 444 691

Kapitel Titel Funkt.-Kennziffer		ZWECKBESTIMMUNG ERLÄUTERUNGEN	Ansatz 2009 EUR	Ansatz 2008 EUR	IST 2007 EUR
		AUSGABEN			
		Personalausgaben			
412	055	Aufwendungen für ehrenamtlich Tätige	30 000	30 000	22 334
422	055	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter	3 852 700	3 859 500	3 581 422
425	055	Vergütungen der Angestellten	978 800	858 800	830 720
426	055	Löhne der Arbeiterinnen und Arbeiter	—	120 000	—
427	055	Beschäftigungsentgelte,Aufwendungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige	—	—	232 345
443	055	Fürsorgeleistungen und Unterstützungen	—	—	—
453	055	Trennungsgeld, Umzugskostenvergütungen	10 000	10 000	8 803
459	055	Sonstige personalbezogene Ausgaben	—	—	—
		Sächliche Verwaltungsausgaben, Ausgaben für den Schuldendienst			
511	055	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	189 300	190 000	181 049
514	055	Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dgl.	6 000	6 000	12 002
517	055	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	140 000	140 000	246 454
518	055	Mieten und Pachten	565 900	522 500	329 321
519	055	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	—	—	164
525	055	Aus- und Fortbildung	15 000	15 000	9 232
526	055	Sachverständige, Gerichts- und ähnliche Kosten	100	100	95
527	055	Dienstreisen	13 000	13 000	17 479
529	055	Verfügungsmittel	300	300	300
536	055	Verfahrensauslagen	125 000	125 000	109 601
537	055	Beförderungskosten	—	—	—
538	055	Sonstige Dienstleistungen und Gestattungen	118 300	108 700	54 212
542	055	Steuern und Abgaben	—	—	—
544	055	Rückzahlungen vereinnahmter Beträge nach Schluss des Haushaltsjahres	—	—	—
545	055	Aufwendungen des Landtags und der Landesregierung aus dienstlicher Veranlassung	—	—	10 441
546	055	Vermischter Sachaufwand	—	—	40

Kapitel 05 08
Hessisches Finanzgericht

Kapitel Titel / Funkt.-Kennziffer		ZWECKBESTIMMUNG ERLÄUTERUNGEN	Ansatz 2009 EUR	Ansatz 2008 EUR	IST 2007 EUR
		Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen (Übertragungsausgaben)			
681	055	Renten, Unterstützungen und sonstige Geldleistungen an natürliche Personen	—	—	—
		Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen (Sonstige Investitionsausgaben)			
811	055	Erwerb von Fahrzeugen	—	—	—
812	055	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	27 500	20 300	49 383

Verpflichtungsermächtigung

Haushaltsjahr	EUR
2010	20 000
2011	20 000
2012	20 000
2013ff	—
Gesamtverpflichtung	60 000

		Besondere Finanzierungsausgaben			
919	951	Sonstige Zuführungen	—	—	—

Erläuterungen:

Der Bestand der kameralen Rücklage zum 31.12.2007 beträgt konsumtiv 57.681 EUR und investiv 9.633 EUR.

981	991	Verrechnungen zwischen Kapiteln	601 000	1 861 400	114 872
989	991	Sonstige Verrechnungen	291 400	377 300	224 682
		Weggefallene Titel			
711 00	055	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	—	—	—
		Gesamtausgaben Kapitel 05 08	6 964 300	8 257 900	6 034 953

Kapitel Titel / Funkt.-Kennziffer	ZWECKBESTIMMUNG ERLÄUTERUNGEN	Ansatz 2009 EUR	Ansatz 2008 EUR	IST 2007 EUR

Abschluss Kapitel 05 08

0	Steuern und steuerähnliche Abgaben	—	—	—
1	Eigene Einnahmen	1 929 200	1 929 200	1 444 691
2	Übertragungseinnahmen	—	—	—
3	Vermögenswirksame und besondere Finanzierungseinnahmen	25 000	—	—
Gesamteinnahmen		1 954 200	1 929 200	1 444 691
4	Personalausgaben	4 871 500	4 878 300	4 675 625
5	Sächliche Verwaltungsausgaben	1 172 900	1 120 600	970 391
	Ausgaben für den Schuldendienst	—	—	—
6	Übertragungsausgaben	—	—	—
7	Baumaßnahmen	—	—	—
8	Sonstige Investitionsausgaben	27 500	20 300	49 383
9	Besondere Finanzierungsausgaben	892 400	2 238 700	339 554
Gesamtausgaben		6 964 300	8 257 900	6 034 953
Zuschuss/Überschuss		-5 010 100	-6 328 700	-4 590 261

W i r t s c h a f t s p l a n

Verwaltungsgerichtsbarkeit

A. Vorbemerkungen

Die hessische Verwaltungsgerichtsbarkeit ist als Fachgerichtsbarkeit zuständig für den Rechtsschutz der Bürgerinnen und Bürger im öffentlichen Recht. Dienststellen der Verwaltungsgerichtsbarkeit sind der Hessische Verwaltungsgerichtshof in Kassel als oberes Landesgericht sowie die Verwaltungsgerichte Darmstadt, Frankfurt, Gießen, Kassel und Wiesbaden.

Verfassungsrechtlicher Auftrag der Verwaltungsgerichtsbarkeit ist die effektive Rechtsschutzgewährung in öffentlich-rechtlichen Streitverfahren.

B. Bewirtschaftungsvermerke

Allgemein

Die Bewirtschaftung richtet sich nach den §§ 7a, 70 bis 72 und 74 bis 80 LHO und den dazu ergangenen Verwaltungsvorschriften.

Ständig nicht vollbeschäftigte Kräfte können im Reinigungsdienst mit zusammen höchstens 25 Arbeitsstunden je Woche ohne Inanspruchnahme einer Stelle beschäftigt werden.

Leistungsplan

Überschreitungen oder Unterschreitungen von Mengen und Kosten je Produkt sind im Rahmen der gesamten Produktabgeltung zulässig. Die Verfahrenskosten werden außerhalb des Produktes nachrichtlich ausgewiesen.

Die in den Produktblättern aufgeführten Kennzahlen bzw. Kennzahlendefinitionen sind noch nicht verbindlich. Die festgelegten Vorgaben und Kennzahlen sollen nach Möglichkeit erreicht werden.

Erfolgsplan

Die Verfahrenskosten gemäß Jahresergebnis II unterliegen nicht der Produktabgeltung. 50 von Hundert des Jahresüberschusses aus laufenden Geschäften können in eine Gewinnrücklage eingestellt werden (dies gilt nicht für das Jahresergebnis II). Im Übrigen erfolgt eine Gewinnabführung an den Landeshaushalt.

Finanzplan

-

Kapitel 05 09 / Buchungskreisnummer 2460
Verwaltungsgerichtsbarkeit

W i r t s c h a f t s p l a n

L e i s t u n g s p l a n

- Beträge in 1.000 EUR -

Nr	neu / weg-gef.	Bezeichnung	Soll 2009				
			Menge	Gesamt-kosten	Eigene Erlöse	Produkt-abgeltung	Ergebnis
Produkte							
1		Bereitstellung Rechtsprechungspotential Verwaltungsgerichtshof Richter	38,0	5.818,6	2,0	5.816,6	–
2		Bereitstellung Rechtsprechungspotential Verwaltungsgerichte Richter	142,0	23.048,9	8,0	23.040,9	–
		Summe Produkte		**28.867,5**	**10,0**	**28.857,5**	**–**
Externe Leistungen							
1	neu	Abgeordnete Personen Extern	1,0	–	–	–	–
		Summe Externe Leistungen		**–**	**–**	**–**	**–**
Zwischenbehördliche Leistungen							
1		Abgeordnete Personen	1,0	75,3	75,3	–	–
2		Referendarausbildung	12,0	406,1	405,1	1,0	–
3	weg	Bezirkspersonalrat	–	–	–	–	–
4	weg	Bezirksrichterrat	–	–	–	–	–
5	weg	Interessenvertretungen	–	–	–	–	–
6	weg	Unterstützung andere Buchungskreise	–	–	–	–	–
7		Serviceleistungen Finanzgericht	100,0	6,0	7,4	-1,4	–
		Summe Zwischenbehördliche Leistungen		**487,4**	**487,8**	**-0,4**	**–**
		Gesamtsumme		**29.354,9**	**497,8**	**28.857,1**	**–**

Nr	neu / weg-gef.	Verfahrenskostenträger*	Soll 2009				
			Menge	Gesamt-kosten	Eigene Erlöse	Zu-/ Abführung	Ergebnis
1		Verfahrenskostenträger	–	1.195,0	5.000,0	-3.805,0	–
		Summe		**1.195,0**	**5.000,0**	**-3.805,0**	**–**

* Die Beträge in der folgenden Darstellung enthalten - im Gegensatz zum Bereich Produkte, Projekte, externe und zwischenbehördliche Leistungen - zusätzlich zu betriebsbedingten Kosten und Erlösen auch CO-neutrale Bestandteile.

Kapitel 05 09 / Buchungskreisnummer 2460
Verwaltungsgerichtsbarkeit

W i r t s c h a f t s p l a n

L e i s t u n g s p l a n

- Beträge in 1.000 EUR -

Soll 2008					Ist 2007				
Menge	Gesamt-kosten	Eigene Erlöse	Produkt-abgeltung	Ergebnis	Menge	Gesamt-kosten	Eigene Erlöse	Produkt-abgeltung	Ergebnis
38,0	6.428,6	1,5	6.427,1	–	36,0	6.231,7	1,1	6.021,2	-209,4
149,5	25.500,0	8,0	25.492,0	–	140,0	23.016,1	1,9	23.891,0	876,8
	31.928,6	**9,5**	**31.919,1**	**–**		**29.247,8**	**3,0**	**29.912,2**	**667,4**
–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
	–	**–**	**–**	**–**		**–**	**–**	**–**	**–**
1,0	79,5	79,5	–	–	4,0	301,8	299,6	–	-2,2
12,0	422,7	400,9	21,8	–	12,0	407,8	–	278,0	-129,8
–	–	–	–	–	247,0	20,1	–	28,9	8,8
–	–	–	–	–	192,0	125,9	–	114,8	-11,1
–	–	–	–	–	247,0	15,0	–	1,1	-13,9
–	–	–	–	–	43,0	6,3	–	7,9	1,6
88,0	7,5	7,4	0,1	–	81,0	5,4	7,0	–	1,6
	509,7	**487,8**	**21,9**	**–**		**882,3**	**306,6**	**430,7**	**-145,0**
	32.438,3	**497,3**	**31.941,0**	**–**		**30.130,1**	**309,6**	**30.342,9**	**522,4**

Soll 2008					Ist 2007				
Menge	Gesamt-kosten*	Eigene Erlöse*	Zu-/ Abführung*	Ergebnis*	Menge	Gesamt-kosten*	Eigene Erlöse*	Zu-/ Abführung*	Ergebnis*
–	1.480,0	5.000,0	-3.520,0	–	–	1.235,3	3.780,7	-2.545,4	–
	1.480,0	**5.000,0**	**-3.520,0**	**–**		**1.235,3**	**3.780,7**	**-2.545,4**	**–**

Kapitel 05 09 / Buchungskreisnummer 2460
Verwaltungsgerichtsbarkeit

W i r t s c h a f t s p l a n

L e i s t u n g s p l a n - E r l ä u t e r u n g - P r o d u k t b l a t t

Erläuterungen zu Produkt Nr. 1 :
Rechtsprechungspotential Richter Verwaltungsgerichtshof

1. Erbringer

Justiz- und Gerichtsverwaltung des Hessischen Verwaltungsgerichtshofs in Kassel

2. Rechtsgrundlage oder sonstige Grundlage

- Gewaltenteilungsprinzip (Art. 20 Abs. 2 Satz 2 Grundgesetz)
- Rechts(schutz)gewährungsanspruch (Art. 19 Abs. 4, 20 Abs. 3 Grundgesetz)
- Unabhängigkeit der Richter (Art 97 Abs. 1 Grundgesetz, § 1 GVG)
- Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO)
- Verwaltungs(verfahrens)gesetze (Bund und Land)

3. Produkt- und Leistungsbeschreibung

3.1 Beschreibung des Produkts

Das Produkt ist die Summe aller Leistungen der Justiz- und Gerichtsverwaltung für die Bereitstellung von Rechtsprechungspotentialen zur Erledigung der Aufgaben der Richterinnen und Richter des Hessischen Verwaltungsgerichtshofs in Kassel.

3.2 Leistungen zum Produkt

Zum Produkt gehören folgende Leistungen:

- Kostenfestsetzung
- Kostenansatz / Entschädigung
- Vorgangsbearbeitung / Serviceeinheit
- Schreib- und Protokolldienst
- Rechtsprechungsdokumentation
- Sachkosten Richter

4. Bezug zu politischen Zielen

Effektive Rechtsschutzgewährung sowie effiziente Justiz- und Gerichtsverwaltung auf hohem Qualitätsniveau garantieren und effektive Strafverfolgung sowie Rechtssicherheit gewährleisten.

5. Empfänger

- Hessischer Landtag (stellvertretend für die Bürgerinnen und Bürger)
- Rechtsprechende Gewalt

6. Zählgröße / Mengen im Haushaltsjahr

Zählgröße	Soll 2009	Soll 2008	Ist 2007
Anzahl Richterinnen und Richter des Hessischen Verwaltungsgerichtshofs in Kassel	38	38	36

7. Kostenzusammensetzung / Stückkosten / Preis

Wirtschaftsplan

Leistungsplan - Erläuterung - Produktblatt

Das Produkt umfasst Sach- und Personalkosten, soweit sie zur Bereitstellung von Rechtsprechungspotentialen durch die Justiz- und Gerichtsverwaltung erforderlich sind. Die Verfahrenseinnahmen und -ausgaben sind nicht Bestandteil der Produktkosten.

Kostenartenschichtung (in EUR)

Kostenarten	Soll 2009 EUR	Soll 2008 EUR	Ist 2007 EUR
Personalkosten	3.920.818	4.122.880	4.452.844
Sachkosten	356.477	495.682	361.722
Kalkulatorische Kosten	27.198	23.635	53.123
Sonstige Kosten *	1.514.149	1.786.436	1.364.017
Gesamtkosten	**5.818.642**	**6.428.633**	**6.231.706**
Erlöse	2.000	1.500	1.088
Produktabgeltung	5.816.642	6.427.133	6.021.181
Ergebnis	**–**	**–**	**-209.437**

* Kosten der innerbehördlichen Leistungsverrechnung

Stückkosten (in EUR)

Gesamtkosten / Menge	Soll 2009 EUR	Soll 2008 EUR	Ist 2007 EUR
	153.122,14	169.174,57	173.102,94

Preis (in EUR)

Produktabgeltung / Menge	Soll 2009 EUR	Soll 2008 EUR	Ist 2007 EUR
	153.069,51	169.135,09	167.255,02

8. Produktspezifische Kennzahlen / Qualitätskennzahlen

Die Festlegung der produktspezifischen Kennzahlen ist wegen der Unabhängigkeit der Richterinnen und Richter nur insoweit bindend, als die Leistungen von der Verwaltung zu erbringen und zu verantworten sind.

8.1 Kennzahlen zur Leistungswirkung (Effektivität der Leistungen)

Vorgabe: Effektive Rechts- und Rechtsschutzgewährung garantieren

- Bereitstelllungsgrad Rechtsprechungspotentiale nach Stellenplan

8.2 Kennzahlen zur Finanzwirtschaft (Effizienz der Leistungen)

Vorgabe: Produktabgeltung wirtschaftlich einsetzen

- Kosten-/ Erlösabweichung

8.3 Kennzahlen zu quantitativen und qualitativen Leistungsmerkmalen

Vorgabe: Bedarfsgerechte Unterstützung der Rechtsprechung bereitstellen

- Anzahl unterstützter Richter
- Anzahl der durch IT-Administratoren betreuten Arbeitsplätze

8.4 Kennzahlen zur Prozessqualität

Vorgabe: Qualifizierung der Mitarbeiter verbessern

- Anteil der geschulten Mitarbeiter
- Anzahl durchschnittlicher Schulungstage pro Mitarbeiter

8.5 Kennzahlen zur Kundenperspektive

-

W i r t s c h a f t s p l a n

L e i s t u n g s p l a n - E r l ä u t e r u n g - P r o d u k t b l a t t

Erläuterungen zu Produkt Nr. 2 :
Rechtsprechungspotential Richter Verwaltungsgerichte

1. Erbringer

Justiz- und Gerichtsverwaltung des Hessischen Verwaltungsgerichtshofs und der Verwaltungsgerichte Darmstadt, Frankfurt am Main, Gießen, Kassel und Wiesbaden

2. Rechtsgrundlage oder sonstige Grundlage

- Gewaltenteilungsprinzip (Art. 20 Abs. 2 Satz 2 Grundgesetz)
- Rechts(schutz)gewährungsanspruch (Art. 19 Abs. 4, 20 Abs. 3 Grundgesetz)
- Unabhängigkeit der Richter (Art 97 Abs. 1 Grundgesetz, § 1 GVG)
- Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO)
- Verwaltungs(verfahrens)gesetze (Bund und Land)

3. Produkt- und Leistungsbeschreibung

3.1 Beschreibung des Produkts

Das Produkt ist die Summe aller Leistungen der Justiz- und Gerichtsverwaltung für die Bereitstellung von Rechtsprechungspotentialen zur Erledigung der Aufgaben der Richterinnen und Richter der Verwaltungsgerichte Darmstadt, Frankfurt am Main, Gießen, Kassel und Wiesbaden.

3.2 Leistungen zum Produkt

Zum Produkt gehören folgende Leistungen:

- Kostenfestsetzung
- Kostenansatz / Entschädigung
- Vorgangsbearbeitung / Serviceeinheit
- Schreib- und Protokolldienst
- Rechtsprechungsdokumentation
- Sachkosten Richter
- Asyldokumentation (Verwaltungsgericht Gießen)

4. Bezug zu politischen Zielen

Effektive Rechtsschutzgewährung sowie effiziente Justiz- und Gerichtsverwaltung auf hohem Qualitätsniveau garantieren und effektive Strafverfolgung sowie Rechtssicherheit gewährleisten.

5. Empfänger

- Hessischer Landtag (stellvertretend für die Bürgerinnen und Bürger)
- Rechtsprechende Gewalt

6. Zählgröße / Mengen im Haushaltsjahr

W i r t s c h a f t s p l a n

L e i s t u n g s p l a n - E r l ä u t e r u n g - P r o d u k t b l a t t

Zählgröße	Soll 2009	Soll 2008	Ist 2007
Anzahl Richterinnen und Richter der Verwaltungsgerichte Darmstadt, Frankfurt am Main, Gießen, Kassel und Wiesbaden	142	150	140

7. Kostenzusammensetzung / Stückkosten / Preis

Das Produkt umfasst Sach- und Personalkosten, soweit sie zur Bereitstellung von Rechtsprechungspotentialen durch die Justiz- und Gerichtsverwaltung erforderlich sind. Die Verfahrenseinnahmen und -ausgaben sind nicht Bestandteil der Produktkosten.

Kostenartenschichtung (in EUR)

Kostenarten	Soll 2009 EUR	Soll 2008 EUR	Ist 2007 EUR
Personalkosten	15.863.951	17.015.827	15.478.046
Sachkosten	2.547.186	2.935.352	2.188.171
Kalkulatorische Kosten	86.728	39.086	233.874
Sonstige Kosten *	4.550.990	5.509.627	5.115.972
Gesamtkosten	**23.048.855**	**25.499.892**	**23.016.063**
Erlöse	8.000	7.950	1.937
Produktabgeltung	23.040.855	25.491.942	23.891.006
Ergebnis	**–**	**–**	**876.880**

* Kosten der innerbehördlichen Leistungsverrechnung

Stückkosten (in EUR)

Gesamtkosten / Menge	Soll 2009 EUR	Soll 2008 EUR	Ist 2007 EUR
	162.315,88	170.567,84	164.400,45

Preis (in EUR)

Produktabgeltung / Menge	Soll 2009 EUR	Soll 2008 EUR	Ist 2007 EUR
	162.259,54	170.514,66	170.650,04

8. Produktspezifische Kennzahlen / Qualitätskennzahlen

Die Festlegung der produktspezifischen Kennzahlen ist wegen der Unabhängigkeit der Richterinnen und Richter nur insoweit bindend, als die Leistungen von der Verwaltung zu erbringen und zu verantworten sind.

8.1 Kennzahlen zur Leistungswirkung (Effektivität der Leistungen)

Vorgabe: Effektive Rechts- und Rechtsschutzgewährung garantieren

- Bereitstelllungsgrad Rechtsprechungspotentiale nach Stellenplan

8.2 Kennzahlen zur Finanzwirtschaft (Effizienz der Leistungen)

W i r t s c h a f t s p l a n

L e i s t u n g s p l a n - E r l ä u t e r u n g - P r o d u k t b l a t t

Vorgabe: Produktabgeltung wirtschaftlich einsetzen

- Kosten-/ Erlösabweichung

8.3 Kennzahlen zu quantitativen und qualitativen Leistungsmerkmalen

Vorgabe: Bedarfsgerechte Unterstützung der Rechtsprechung bereitstellen

- Anzahl unterstützer Rechtspfleger
- Anzahl der durch IT-Administratoren betreuten Arbeitsplätze

8.4 Kennzahlen zur Prozessqualität

Vorgabe: Qualifizierung der Mitarbeiter verbessern

- Anteil der geschulten Mitarbeiter
- Anzahl durchschnittlicher Schulungstage pro Mitarbeiter

8.5 Kennzahlen zur Kundenperspektive

-

Kapitel 05 09 / Buchungskreisnummer 2460
Verwaltungsgerichtsbarkeit

W i r t s c h a f t s p l a n

L e i s t u n g s p l a n - E r l ä u t e r u n g e n

Erläuterungen zu externer Leistung Nr. 1:
Abgeordnete Personen Extern

1. Erbringer

Hessicher Verwaltungsgerichtshof

2. Rechtsgrundlage oder sonstige Grundlage

- § 28 Hessisches Beamtengesetz
- § 12 Abs. 1 Bundesangestelltentarifvertrag

3. Produkt- und Leistungsbeschreibung

3.1 Kurzbeschreibung der externen Leistung

Abordnung an externe Buchungskreise

3.2 Fachleistung zur externen Leistung

4. Bezug zu politischen Zielen

Dient der Zielerreichung des Empfängers/ der Empfänger

5. Empfänger

Bundesbehörden

6. Zählgröße / Mengen im Haushaltsjahr

Zählgröße	Soll 2009	Soll 2008	Ist 2007
Anzahl abgeordnete Personen an Dritte	1	–	–

7. Kostenzusammensetzung / Stückkosten / Preis

W i r t s c h a f t s p l a n

L e i s t u n g s p l a n - E r l ä u t e r u n g e n

Kostenartenschichtung (in EUR)

Kostenarten	Soll 2009 EUR	Soll 2008 EUR	Ist 2007 EUR
Personalkosten	–	–	–
Sachkosten	–	–	–
Kalkulatorische Kosten	–	–	–
Sonstige Kosten *	–	–	–
Gesamtkosten	**–**	**–**	**–**
Erlöse	–	–	–
Produktabgeltung	–	–	–
Ergebnis	**–**	**–**	**–**

* Kosten der innerbehördlichen Leistungsverrechnung

7. Kostenzusammensetzung / Stückkosten / Preis

Stückkosten (in EUR)

Gesamtkosten / Menge	Soll 2009 EUR	Soll 2008 EUR	Ist 2007 EUR
	–	–	–

Die Gesamtkosten setzen sich aus "sonstigen kostenmindernden Erlösen" in Höhe von 17.500,00 € und Standardpersonalkosten in Höhe von 17.500,00 € zusammen. Daher werden die Gesamtkosten und die Stückkosten mit einem Wert von 0,- € ausgewiesen.

Kapitel 05 09 / Buchungskreisnummer 2460
Verwaltungsgerichtsbarkeit

W i r t s c h a f t s p l a n

L e i s t u n g s p l a n - E r l ä u t e r u n g e n

Erläuterungen zu zwischenbehördlicher Leistung Nr. 1:
Abgeordnete Personen

1. Erbringer

Hessischer Verwaltungsgerichtshof

2. Rechtsgrundlage oder sonstige Grundlage

§ 28 Hessisches Beamtengesetz, § 12 Abs. 1 Bundesangestelltentarifvertrag

3. Produkt- und Leistungsbeschreibung

3.1 Kurzbeschreibung der zwischenbehördlichen Leistung

Abordnung

3.2 Fachleistung zur zwischenbehördlichen Leistung

-

4. Bezug zu politischen Zielen

Dient der Zielerreichung des Empfängers/der Empfänger

5. Empfänger

Hessisches Ministerium der Justiz, für Integration und Europa

6. Zählgröße / Mengen im Haushaltsjahr

Zählgröße	Soll 2009	Soll 2008	Ist 2007
Anzahl Personen	1	1	4

7. Kostenzusammensetzung / Stückkosten / Preis

Kapitel 05 09 / Buchungskreisnummer 2460
Verwaltungsgerichtsbarkeit

W i r t s c h a f t s p l a n

L e i s t u n g s p l a n - E r l ä u t e r u n g e n

Kostenartenschichtung (in EUR)

Kostenarten	Soll 2009 EUR	Soll 2008 EUR	Ist 2007 EUR
Personalkosten	75.285	79.458	260.639
Sachkosten	–	–	41.151
Kalkulatorische Kosten	–	–	–
Sonstige Kosten *	–	–	–
Gesamtkosten	**75.285**	**79.458**	**301.790**
Erlöse	75.285	79.458	299.584
Produktabgeltung	–	–	–
Ergebnis	**–**	**–**	**-2.206**

* Kosten der innerbehördlichen Leistungsverrechnung

Stückkosten (in EUR)

Gesamtkosten / Menge	Soll 2009 EUR	Soll 2008 EUR	Ist 2007 EUR
	75.285,00	79.458,00	75.447,50

W i r t s c h a f t s p l a n

L e i s t u n g s p l a n - E r l ä u t e r u n g e n

Erläuterungen zu zwischenbehördlicher Leistung Nr. 2:
Referendarausbildung

1. Erbringer

Hessischer Verwaltungsgerichtshof

2. Rechtsgrundlage oder sonstige Grundlage

Ausbildungskonzept

3. Produkt- und Leistungsbeschreibung

3.1 Kurzbeschreibung der zwischenbehördlichen Leistung

Ausbildung Rechtsreferendare

3.2 Fachleistung zur zwischenbehördlichen Leistung

-

4. Bezug zu politischen Zielen

Dient der Zielerreichung des Empfängers/der Empfänger

5. Empfänger

Hessisches Ministerium der Justiz, für Integration und Europa

6. Zählgröße / Mengen im Haushaltsjahr

Zählgröße	Soll 2009	Soll 2008	Ist 2007
Anzahl Referendare (Plätze)	12	12	12

7. Kostenzusammensetzung / Stückkosten / Preis

Kapitel 05 09 / Buchungskreisnummer 2460
Verwaltungsgerichtsbarkeit

W i r t s c h a f t s p l a n

L e i s t u n g s p l a n - E r l ä u t e r u n g e n

Kostenartenschichtung (in EUR)

Kostenarten	Soll 2009 EUR	Soll 2008 EUR	Ist 2007 EUR
Personalkosten	157.666	137.242	159.229
Sachkosten	4.120	8.060	1.137
Kalkulatorische Kosten	1.285	108	3.395
Sonstige Kosten *	243.087	277.302	244.025
Gesamtkosten	**406.158**	**422.712**	**407.786**
Erlöse	405.136	400.868	–
Produktabgeltung	1.022	21.844	278.045
Ergebnis	**–**	**–**	**-129.741**

* Kosten der innerbehördlichen Leistungsverrechnung

In bestimmten Fällen kann es grundsätzlich zu einer Produktabgeltung kommen, da zwischen den Buchungskreisen eine Wechselbeziehung besteht.

Stückkosten (in EUR)

Gesamtkosten / Menge	Soll 2009 EUR	Soll 2008 EUR	Ist 2007 EUR
	33.846,49	35.226,00	33.982,17

W i r t s c h a f t s p l a n

L e i s t u n g s p l a n - E r l ä u t e r u n g e n

Erläuterungen zu zwischenbehördlicher Leistung Nr. 7:
Serviceleistungen Finanzgericht

1. Erbringer

Hessischer Verwaltungsgerichtshof

2. Rechtsgrundlage oder sonstige Grundlage

Schriftliche Vereinbarung zwischen dem Buchungskreis der Verwaltungsgerichtsbarkeit und dem Buchungskreis der Finanzgerichtsbarkeit.

3. Produkt- und Leistungsbeschreibung

3.1 Kurzbeschreibung der zwischenbehördlichen Leistung

Servicestelle Personalverwaltung (SAP-HR)

3.2 Fachleistung zur zwischenbehördlichen Leistung

-

4. Bezug zu politischen Zielen

Dient der Zielerreichung des Empfängers/der Empfänger

5. Empfänger

Hessisches Finanzgericht

6. Zählgröße / Mengen im Haushaltsjahr

Zählgröße	Soll 2009	Soll 2008	Ist 2007
Anzahl Stunden	100	88	81

7. Kostenzusammensetzung / Stückkosten / Preis

Kapitel 05 09 / Buchungskreisnummer 2460
Verwaltungsgerichtsbarkeit

W i r t s c h a f t s p l a n

L e i s t u n g s p l a n - E r l ä u t e r u n g e n

Kostenartenschichtung (in EUR)

Kostenarten	Soll 2009 EUR	Soll 2008 EUR	Ist 2007 EUR
Personalkosten	3.354	4.673	2.941
Sachkosten	589	590	605
Kalkulatorische Kosten	43	19	82
Sonstige Kosten *	1.990	2.190	1.743
Gesamtkosten	**5.976**	**7.472**	**5.371**
Erlöse	7.400	7.434	6.984
Produktabgeltung	-1.424	38	–
Ergebnis	**–**	**–**	**1.613**

* Kosten der innerbehördlichen Leistungsverrechnung

In bestimmten Fällen kann es grundsätzlich zu einer Produktabgeltung kommen, da zwischen den Buchungskreisen eine Wechselbeziehung besteht.

Stückkosten (in EUR)

Gesamtkosten / Menge	Soll 2009 EUR	Soll 2008 EUR	Ist 2007 EUR
	59,76	84,91	66,31

Kapitel 05 09 / Buchungskreisnummer 2460
Verwaltungsgerichtsbarkeit

W i r t s c h a f t s p l a n

E r f o l g s p l a n

Pos.	VKR	Bezeichnung	Soll 2009 EUR	Soll 2008 EUR	Ist 2007 EUR
1	**50/51**	**Umsatzerlöse und Erträge aus Verwaltungstätigkeit**	**422.500**	**417.800**	**10.008**
	500-509	Umsatzerlöse	412.500	408.300	6.984
	510-518	Gebühren und Leistungsentgelte aus Verwaltungstätigkeit; Sonstige Erträge	10.000	9.500	3.024
	519	Erlösminderungen	–	–	–
1a	**544**	**Erträge aus Produktabgeltungen**	**28.857.100**	**31.941.100**	**30.342.965**
2	**520-524**	**Bestandsveränderungen**	**–**	**–**	**–**
3	**525-529**	**aktivierte Eigenleistungen**	**–**	**–**	**–**
4	**530-539**	**Sonstige betriebliche Erträge**	**168.000**	**152.500**	**808.828**
		Betriebsertrag	**29.447.600**	**32.511.400**	**31.161.801**
5	**60/61**	**Bezogene Waren und Leistungen**	**204.900**	**293.700**	**347.195**
	600-604	Roh-, Hilfs-, Betriebsstoffe etc.	–	–	–
	605	Aufwendungen für Energie und Wasser	6.500	8.500	6.388
	606-609	Sonstige Aufwendungen (Waren)	166.600	172.700	113.056
	616	Aufwendungen für Fremdinstandhaltung	29.700	108.900	67.129
	610-615, 617, 619	Sonstige Aufwendungen (Leistungen)	2.100	3.600	160.622
	618	Aufwandsberichtigungen (Skonti etc.)	–	–	–
6	**620-649, 652, 655, 659**	**Personalaufwand**	**23.711.300**	**26.562.200**	**42.313.196**
	620-626	Löhne	164.600	130.100	52.525
	627-632	Gehälter	4.269.100	4.514.700	3.677.328
	633-638	Bezüge	15.221.200	13.731.800	14.260.055
	639	Sonstige Aufwendungen mit Gehalts- oder Bezügecharakter	50.000	45.200	327.007
	640-649	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	3.996.000	8.138.900	23.988.081
	652, 655, 659	Sonstige Personalaufwendungen	10.400	1.500	8.200
7	**660-664, 666-667**	**Abschreibungen**	**324.300**	**175.500**	**482.563**
8	**650-651, 653-654, 656-658, 670-696, 699-709**	**Sonstige betriebliche Aufwendungen**	**5.299.900**	**5.593.000**	**4.533.453**
	650-651, 653-654, 656-658	Sonstige mittelbare Personalaufwendungen	202.700	402.400	135.289
	670-679	Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten	4.764.300	4.797.000	4.137.871
	680-689	Aufwendungen für Kommunikation, Dokumentation, Information, Reisen, Werbung	330.300	391.000	256.971
	690-696, 699	Aufwendungen für Beiträge und Sonstiges sowie Wertkorrekturen und periodenfremde Aufwendungen	2.000	2.000	2.808
	700-709	Betriebliche Steuern	600	600	514
8a	**718**	**Aufwendungen aus Produktabgeltung**	**–**	**–**	**–**
		Betriebsaufwand	**29.540.400**	**32.624.400**	**47.676.407**
		Eigenergebnis	**-92.800**	**-113.000**	**-16.514.606**

Kapitel 05 09 / Buchungskreisnummer 2460
Verwaltungsgerichtsbarkeit

W i r t s c h a f t s p l a n

E r f o l g s p l a n

Pos.	VKR	Bezeichnung	Soll 2009 EUR	Soll 2008 EUR	Ist 2007 EUR
9	540-543, 545-549	betriebliche Erträge aus Transferleistungen	92.800	113.000	432.177
10	550-559	Steuererträge und steuerähnliche Erträge	–	–	–
		Steuererträge und Leistungsabgeltung	92.800	113.000	432.177
11	710-717, 719	Betrieblicher Aufwand aus Transferleistungen	–	–	–
12	720-729	Steueraufwand und ähnliche Aufwendungen	–	–	–
		Leistungstransfers	–	–	–
		Steuer- und Leistungsergebnis	92.800	113.000	432.177
		Verwaltungsergebnis	–	–	-16.082.429
13	560-569	Erträge aus Beteiligungen und anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	–	–	–
14	570-579	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	–	–	–
		Finanzertrag	–	–	–
15	740-749	Abschreibungen auf Finanzanlagen und Wertpapiere des Umlaufvermögens und Verluste aus entsprechenden Abgängen	–	–	–
16	750-769	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	–	–	–
		Finanzaufwand	–	–	–
		Finanzergebnis	–	–	–
		Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	–	–	-16.082.429
17	590-599	Außerordentliche Erträge, Erträge aus Verlustübernahme	50.000	–	21.642.052
		Außerordentlicher Ertrag	50.000	–	21.642.052
18	665, 668-669, 697-698, 730-739, 790-799	Außerordentlicher Aufwand, Aufwand aus Gewinnabführungen, Aufwendungen für sonstige Leistungen Dritter	50.000	–	3.645.834
		Außerordentlicher Aufwand	50.000	–	3.645.834
		Außerordentliches Ergebnis	–	–	17.996.218
19	580-589	(durchlaufende) Erträge aus Zuwendungen, Zuschüsse für Investitionen und besondere Finanzeinnahmen	–	–	–
		Transferzuwendungen	–	–	–
20	780-789	(durchlaufende) Aufwendungen für Zuwendungen und Zuschüsse für Investitionen und besondere Finanzausgaben	–	–	–
		Transferzahlungen	–	–	–
		Transferergebnis	–	–	–
		Neutrales Ergebnis	–	–	17.996.218
21	770-779	Steuern vom Einkommen und Ertrag	–	–	–
		Jahresergebnis I	–	–	1.913.789

Kapitel 05 09 / Buchungskreisnummer 2460
Verwaltungsgerichtsbarkeit

W i r t s c h a f t s p l a n

E r f o l g s p l a n

Pos.	VKR	Bezeichnung	Soll 2009 EUR	Soll 2008 EUR	Ist 2007 EUR
22	510, 514, 530	Verfahrenserträge	5.000.000	5.000.000	3.780.016
		Justizspezifische Erträge Verfahrensbereich	5.000.000	5.000.000	3.780.016
23	617	Verfahrensaufwendungen	695.000	980.000	811.865
		Justizspezifische Aufwendungen Verfahrensbereich	695.000	980.000	811.865
		Ergebnis Verfahrensbereich	4.305.000	4.020.000	2.968.151
24	539, 592	Außerordentliche Erträge Verfahrensbereich	–	–	668
		Außerordentliche Erträge Verfahrensbereich	–	–	668
25	668	Außerordentliche Aufwendungen Verfahrensbereich	500.000	500.000	423.463
		Außerordentliche Aufwendungen Verfahrensbereich	500.000	500.000	423.463
		Außerordentliches Ergebnis Verfahrensbereich	-500.000	-500.000	-422.795
26	595, 790	Ertrag/Aufwand Ausgleich JE II	-3.805.000	-3.520.000	-2.545.356
		Ergebnisausgleich Verfahrensbereich	-3.805.000	-3.520.000	-2.545.356
		Jahresergebnis II	–	–	–

Kapitel 05 09 / Buchungskreisnummer 2460
Verwaltungsgerichtsbarkeit

W i r t s c h a f t s p l a n

E r l ä u t e r u n g e n E r f o l g s p l a n

1. Standarderläuterungen

Im aus der Kostenrechnung generierten Leistungsplan und dem auf der Grundlage der Finanzbuchhaltung erstellten Erfolgsplan sind kostenmindernde Erlöse unterschiedlich darzustellen. Diese Erlöse sind im Leistungsplan bereits mit Kosten saldiert ausgewiesen, während der Ausweis im Erfolgsplan entsprechend den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung nicht saldiert erfolgt.
Im Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit des Erfolgsplans sind insgesamt kostenmindernde Erlöse in Höhe von 25.000,00 Euro enthalten, die in gleicher Höhe die Kosten des Leistungsplans vermindert haben.

Entgelte zentraler Dienstleister:
Für Leistungen zentraler Dienstleister sind in den Aufwandpositionen des Erfolgsplans folgende Beträge geplant worden:

Oberfinanzdirektion Frankfurt am Main (KfZ-Selbstversicherung)	500,00 EUR
Hessisches Immobilienmanagement (HI)	3.429.300,00 EUR
Hessische Zentrale für Datenverarbeitung (HZD)	302.100,00 EUR
Hessisches Competence Center (HCC)	228.000,00 EUR
Hessische Bezügestelle (HBS)	68.400,00 EUR

Zu Pos. 6: Im Personalaufwand sind folgende Rückstellungen enthalten:

Vorsorgeprämie Beamte	2.604.400,00 EUR
Altersteilzeitrückstellungen	71.300,00 EUR
Rückstellungen für Überstunden	215.700,00 EUR
Rückstellungen für Urlaub	1.443.500,00 EUR

Neutrale Aufwendungen / Erträge
Für das Haushaltsjahr 2009 wurde eine Rücklagenauflösung als neutrale Aufwendung und neutraler Ertrag in Höhe von jeweils 50.000 EUR eingeplant.

Jahresergebnis II:
Im Jahresergebnis II werden alle durch Verfahrenskostenträger (Rechtssprechung) verursachten Erträge und Aufwendungen gesondert dargestellt. Aufgrund der Sonderstellung (richterliche Unabhängigkeit) wird hier die Differenz zwischen Erträgen und Aufwendungen durch einen Zuführungs- oder Abführungsbetrag an den Landeshaushalt ausgeglichen.

2. Erläuterungen zu Einzelpositionen

Pos. 1:
VKR 500-509
Hier werden unter anderem die Erträge aus zwischenbehördlichen Leistungen geplant.

Erträge aus der Ausbildung von Rechtsreferendaren:	405.100,00 €
Zentrale Servicestelle für Hessisches Finanzgericht:	7.400,00 €
Erträge aus Abordnung:	75.300,00 €

VKR 510-518

W i r t s c h a f t s p l a n

Für das Plan-Jahr 2009 werden für die Übersendung von Entscheidungsabschriften, Gebühren und Leistungsentgelte aus Verwaltungstätigkeit in Höhe von 10.000,00 EUR geplant.

Pos. 1a:
VKR 544
Die Erträge aus Produktabgeltung sind für das Planjahr 2009 niedriger als für das Planjahr 2008 bzw. als der Ist-Wert 2007, da die Produktabgeltung abhängig von der Aufwandshöhe ist. Die Aufwendungen des Planjahres 2009 fallen gegenüber den Vorjahren unter anderem deswegen geringer aus, da eine Umstellung von der Planung von Rückstellungen für Pensions- und Beihilferückstellungen auf die Planung einer Vorsorgeprämie stattgefunden hat.

Pos. 4:
VKR 530-539
Der im Ist-Jahr 2007 gebuchte Betrag setzt sich zum größten Teil aus der nicht planbaren Auflösung von Pensions- und Beihilferückstellungen infolge des Ausscheidens von Mitarbeitern und Erstattungen aus dem Integrationsfonds zur Integration und Beschäftigung schwerbehinderter Menschen und Gleichgestellter zusammen.
Die Auflösung von Rückstellungen für Prozesskostenrisiken wirkt sich ebenfalls erhöhend auf den Ertrag aus.
Im Ist-Wert 2007 sind unter anderem auch einmalige Rückerstattungen des Hessischen Immobilienmanagements aus Miet- und Nebenkostenabrechnungen der Vorjahre enthalten.

Der Planwert 2009 ergibt sich unter anderem aus folgenden Positionen:

Erträge aus Erstattungen der Bundesanstalt für Arbeit für Mitarbeiter in Altersteilzeit:	20.000,00 EUR
Erträge der Informations- und Dokumentationsstelle (Asyl):	134.000,00 EUR
Erträge private Mitbenutzung staatlicher Einrichtungen:	2.500,00 EUR

Pos. 5:
VKR 605
Unter diesen Kontengruppen werden die Aufwendungen für die Treibstoffe der Dienstwagen erfasst.
Aufwendungen für Strom und Wasser werden seit dem Übergang der Liegenschaften an das Hessische Immobilienmanagement nicht mehr hier geplant, sondern sind nunmehr in den Mietnebenkosten (siehe Pos. 8) enthalten.

VKR 606-609
Hierunter fallen u.a. folgende Positionen:

Materialaufwand für Reparaturen und Instandhaltung:	6.900,00 EUR
Materialaufwand Datenverarbeitung und Telekommunikation:	63.800,00 EUR
Sonstiger Materialaufwand:	19.500,00 EUR
Büromaterial:	52.700,00 EUR
Kopierkosten:	2.600,00 EUR
Kosten für Formulare und Vordrucke:	20.700,00 EUR
Berufsbekleidung/ Schutzmittel:	500,00 EUR

VKR 616
Hierunter fallen u.a. folgende Positionen:

Instandhaltung/ Wartung Gebäude und Grundstücke:	2.000,00 EUR
Instandhaltung/ Wartung bewegliche Anlagegüter:	6.000,00 EUR
Instandhaltung/ Wartung Fuhrpark:	1.300,00 EUR
Instandhaltung/ Wartung PC und Zubehör:	10.000,00 EUR

Softwarepflege und Wartung:	6.600,00 EUR

VKR 610-615, 617, 619
Hierunter fallen u.a. Aufwendungen für:

Bekanntmachungen:	200,00 EUR
Medizinische Untersuchungen/ Gutachten:	2.000,00 EUR

Pos. 6:
VKR 620-626
In der Position Löhne sind u.a. folgende Positionen enthalten:

Grundlohn:	126.700,00 EUR
Weihnachtsgeld:	8.900,00 EUR
Überstundenzuschlag:	3.900,00 EUR

VKR 627 - 632
In der Position Gehälter sind u.a. folgende Positionen enthalten:

Grundgehalt:	2.464.800,00 EUR
Familienzuschlag:	823.000,00 EUR
Weihnachtsgeld:	252.700,00 EUR
Zulagen:	225.300,00 EUR

VKR 633-638
In der Position Bezüge sind u.a. folgende Positionen enthalten:

Beamtengrundbezug:	12.634.300,00 EUR
Zulagen Beamte:	125.400,00 EUR
Familienzuschlag:	491.800,00 EUR
Sonderzahlung Beamte:	688.200,00 EUR

VKR 639
Hier werden u. a. Entschädigungen/ Unterrichtsvergütungen für Prüf- und Lehrtätigkeiten im Rahmen der nebenamtlichen Ausbildung gebucht.

Der Planwert 2009 ist geringer als der Ist-Wert 2007, da im Jahr 2007 eine Einmalzahlung an Beamte und Tarifpersonal gewährt wurde, welche für das Jahr 2009 nicht zu planen ist.

VKR 640/649
Der veränderte Wert im Plan-Jahr 2009 gegenüber dem Ist-Jahr 2007 resultiert aus der Neuorganisation der Versorgungsverpflichtungen (einschließlich Beihilfe) ab dem Jahr 2008 an zentraler Stelle in der Vorsorgekasse. Die bisher vom HMdF/ Fachlichen HCC (F-HCC) personenbezogen ermittelten Werte für Pensions- und Beihilferückstellungen werden durch eine Vorsorgeprämie, die durch die Vorsorgekasse laufbahngruppenspezifisch jährlich neu ermittelt wird, abgelöst.

Kalkulationsbestandteile dieser Vorsorgeprämie sind:
- die fiktive Nettoprämie für die Pensionsverpflichtungen
- die fiktive Nettoprämie für die Beihilfeverpflichtungen
- Beihilfeaufwendungen für Aktive
- die zentralen Verwaltungskosten

Die Prämie beträgt:

- für Beamte des höheren Dienstes:	11.200,00 EUR
- für Beamte des gehobenen Dienstes:	9.000,00 EUR
- für Beamte des mittleren und einfachen Dienstes:	8.800,00 EUR

VKR 652, 655, 659
Unter anderem werden hier Aufwendungen für folgende Posten gebucht:

Aufwendungen für Arbeitssicherheit, Arztkosten:	1.100,00 EUR
Aufwendungen für Dienstjubiläen:	9.000,00 EUR

Pos. 7:
VKR 660-664, 666-667
Im Vergleich zu den Werten des Ist-Jahres 2007 haben sich die Plan-Werte für das Haushaltsjahr 2009 vermindert, da ein Großteil der vorhandenen Betriebs- und Geschäftsausstattung abgeschrieben ist.

Pos. 8:
VKR 650-651, 653-654, 656
In dieser Position sind unter anderem folgende Positionen enthalten:

Unfallkasse Hessen:	33.300,00 EUR
Leistungsverrechnung für Aus- und Fortbildung:	100.000,00 EUR
Aufwendungen für Aus-, Fort- und Weiterbildung:	21.800,00 EUR

Die Differenz zum Ist-Wert 2007 ergibt sich daraus, dass die Aufwendungen aus zwischenbehördlichen Leistungen erst ab dem Jahr 2008 vollständig abgebildet werden.

VKR 670-679
Die Erhöhung des Plan-Wertes 2009 im Vergleich zum Ist-Wert 2007 ist unter anderem mit einer Erhöhung des Dienstleistungsentgeltes an die Hessische Bezügestelle und einer Erhöhung der Zahlungen an das Hessische Immobilienmanagement für Miete, Nebenkosten und Dienstleistungsentgelte zu erklären.

In dieser Position sind unter anderem folgende Werte eingeplant:

a) Entgelte an zentrale Dienstleister:	
Hessisches Immobilienmanagement:	3.429.300,00 EUR
davon Mietkosten:	2.097.300,00 EUR
davon Mietnebenkosten:	1.332.000,00 EUR
Hessisches Competence Center für Neue Verwaltungssteuerung:	228.000,00 EUR
Hessische Zentrale für Datenverarbeitung:	302.100,00 EUR
Hessische Bezügestelle:	68.400 EUR
b) Aufwendungen für Leasing und Mieten	
Mieten für Telekommunikationsanlagen:	15.100,00 EUR
Mieten für Fotokopierer:	41.500,00 EUR
Leasing von Fahrzeugen:	4.500,00 EUR
Leasing von EDV:	80.000,00 EUR
c) Softwarelizenzen:	96.000,00 EUR
d) Sonstige Dienste	
Gebäudebewachung:	40.000,00 EUR
Umzugsdienstleistungen:	80.600,00 EUR

Für den Umzug in das neue Justiz- und Verwaltungszentrum, der planmäßig im September 2009 stattfinden soll, sind Kosten in Höhe von 80.600,00 EUR eingeplant.

e) IT-Dienstleistungen:	223.300,00 EUR

VKR 680-689
Unter die Position Aufwendungen für Kommunikation, Dokumentation, Information, Reisen und Werbung fallen unter anderem folgende Einzelpositionen:

Fachzeitschriften, Fachliteratur:	237.800,00 EUR
Reisekosten:	19.000,00 EUR
Telefonkosten:	20.700,00 EUR

Weiter enthalten sind 800,00 Euro zur Verfügung der Behördenleitung für außergewöhnlichen Aufwand aus dienstlicher Veranlassung in besonderen Fällen. Die Aufwendungen sind im Einzelnen zu belegen. Eine pauschale Auszahlung ist nicht zulässig.
Der Ansatz ist verbindlich.

VKR 690-696, 699
In dieser Position sind 2.000,00 EUR für Schadenersatzleistungen geplant.

VKR 700-709
Aufwendungen für die Kfz-Steuer

Pos. 9:
VKR 540-543, 545-549
Bei den im Ist-Jahr 2007 erfassten Beträgen handelt es sich um Erstattungen von Personalkosten im Rahmen der Abordnung an Bundesbehörden und Zuweisungen von öffentlichen Trägern für die Neueinstellung von Schwerbehinderten sowie um Zuweisungen der Bundesagentur für Arbeit für die Beschäftigung von Arbeitslosen im Rahmen der Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung nach §§ 91 ff. Arbeitsförderungsgesetzes.

Für das Planjahr 2009 sind hier die geplanten Erträge aus zwischenbehördlicher Leistungsverrechnung für die Abordnung an andere Buchungskreise des Einzelplans 05 in Höhe von 79.500,00 EUR sowie an Bundesbehörden in Höhe von 17.500,00 EUR berücksichtigt.

Pos. 17:
VKR 590-599
Der Betrag, welcher im Ist-Wert 2007 ausgewiesen wird, setzt sich aus einem einmaligen Effekt aus der Umstellung der Rückstellungen für Pensions- und Beihilferückstellungen auf die Vorsorgeprämie zusammen.

Einmaleffekt Beihilferückstellung:	1.400.600,00 EUR
Einmaleffekt Pensionsrückstellung:	17.168.400,00 EUR

Ferner erfolgte im Jahr 2007 eine einmalige Buchung zur Neutralisierung der globalen Mehrausgaben für Besoldungs- und Vergütungserhöhungen von Beamten und Tarifpersonal, welche zentral im Einzelplan 17 veranschlagt waren.

Neutralisierung globale Mehrausgabe Besoldung:	166.400,00 EUR
Neutralisierung globale Mehrausgabe Vergütungserhöhung:	115.600,00 EUR

Für das Jahr 2009 wurden als Entnahme aus der kameralen Rücklage 50.000,- EUR eingeplant.

Pos. 18:
VKR 665, 668-669, 697-698, 730-739, 790-799
Der Ist-Wert 2007 ergibt sich unter anderem auf folgenden Umständen:

Wegfall Versorgungsverpflichtung Beihilfen:	32.700,00 EUR
Wegfall Versorgungsverpflichtung Pensionen:	418.100,00 EUR

(siehe hierzu auch Vermerk zu Pos. 4, VKR 530-539)

Für das Jahr 2009 wurden als Aufwand für die Inanspruchnahme aus der kameralen Rücklage 50.000,- EUR eingeplant (siehe Vermerk Pos. 17).

W i r t s c h a f t s p l a n

Jahresergebnis II

Pos. 22:
VKR 510, 514, 530
Die geplanten Werte für das Planjahr 2009 sind aus einer Prognose zur Entwicklung der Ist-Zahlen im Verfahrensbereich abgeleitet.

Pos. 23:
VKR 617
Die geplanten Werte für das Planjahr 2009 sind aus einer Prognose zur Entwicklung der Ist-Zahlen im Verfahrensbereich abgeleitet.

Pos. 25:
VKR 668
In dieser Position wurden Abschreibungen auf Forderungen von Gerichtskosten eingeplant. Der Plan-Wert wurde aus den Durchschnittswerten der Vorjahre abgeleitet.
Abschreibungen auf Forderungen Gerichtskosten: 500.000,00 EUR

Kapitel 05 09 / Buchungskreisnummer 2460
Verwaltungsgerichtsbarkeit

W i r t s c h a f t s p l a n

F i n a n z p l a n

VKR	Bezeichnung	Soll 2009 EUR	Soll 2008 EUR	Ist 2007 EUR
Mittelverwendung				
Investitionen in immaterielle Werte, Geschäftsbetrieb		**–**	**–**	**70.508**
000-049	Ausstehende Einlagen, immaterielle Wirtschaftsgüter	–	–	70.508
Investitionen in Grundstücke, Gebäude, Infrastruktur		**–**	**22.000**	**8.446**
050-069, 091, 096	Grundstücke, Gebäude, Infrastruktur, Anzahlungen auf Infrastruktur, Infrastruktur im Bau	–	22.000	8.446
Investitionen in Anlagen, Maschinen, BGA		**393.600**	**276.100**	**-138.153**
070-089, 090, 095	Anlagen, Maschinen, BGA einschließlich Anzahlungen und Anlagen im Bau	393.600	276.100	-138.153
Investitionen in Finanzanlagen		**–**	**–**	**–**
100-169	Beteiligungen, Ausleihungen, Wertpapiere	–	–	–
Mittelverwendung zusammen		**393.600**	**298.100**	**-59.199**
Mittelherkunft				
Eigenfinanzierung				
360-362	Sonderposten aus bedingt rückzahlbaren Investitionszuweisungen/ -zuschüssen von Gebietskörperschaften	–	–	–
365-367	Sonderposten aus nicht rückzahlbaren Investitionszuweisungen/ -zuschüssen von Gebietskörperschaften	–	–	–
Fremdfinanzierung				
430	Verbindlichkeiten aus Zuweisungen und Zuschüssen (originäre Leistungen und durchlaufende Mittel) und Investitionszuschüssen gegenüber Gebietskörperschaften	–	–	–
431	Verbindlichkeiten aus Zuweisungen und Zuschüssen (originäre Leistungen und durchlaufende Mittel) und Investitionszuschüssen gegenüber dem sonstigen öffentlichen Bereich	–	–	–
432	Verbindlichkeiten aus Zuweisungen und Zuschüssen (originäre Leistungen und durchlaufende Mittel) und Investitionszuschüssen gegenüber dem nicht öffentlichen Bereich	–	–	–
435	Zugang Verbindlichkeiten aus Zuweisungen und Zuschüssen und Investitionszuschüssen gegenüber Gebietskörperschaften	393.600	298.100	–
436	Verbindlichkeiten aus rückzahlbaren Zuweisungen und Zuschüssen (originäre Leistungen und durchlaufende Mittel) und Investitionszuschüssen gegenüber dem sonstigen öffentlichen Bereich	–	–	–
437	Verbindlichkeiten aus rückzahlbaren Zuweisungen und Zuschüssen (originäre Leistungen und durchlaufende Mittel) und Investitionszuschüssen gegenüber dem nicht öffentlichen Bereich	–	–	–
Deckungsmittel zusammen		**393.600**	**298.100**	**–**

Kapitel 05 09 / Buchungskreisnummer 2460
Verwaltungsgerichtsbarkeit

W i r t s c h a f t s p l a n

E r l ä u t e r u n g e n F i n a n z p l a n

1.	Konzessionen und Lizenzen - Microsoftlizenzen	24.000 EUR
2.	Konzessionen und Lizenzen - Oracle	17.000 EUR
3.	Software Spracherkennung	8.800 EUR
4.	Büromöbel	
4.1	Neumöbilierung von Dienstzimmern	59.600 EUR
4.2	Geräteausstattung VG Wiesbaden - Umzug	90.000 EUR
4.3	Geräteausstattung VG Darmstadt - Umzug	112.400 EUR
5.	Beleuchtung Galerie	16.000 EUR
6.	Tagungstechnik (Beamer, Projektionswand für Besprechungsraum und Ersatzbeschaffung mobiler Geräte)	26.000 EUR

Kapitel 05 09 / Buchungskreisnummer 2460
Verwaltungsgerichtsbarkeit

W i r t s c h a f t s p l a n

Ü b e r l e i t u n g s r e c h n u n g

	Bezeichnung	Soll 2009 EUR	Soll 2008 EUR
+	Produktabgeltung lt. Leistungsplan	28.857.100	31.941.100
–	Entnahme kamerale Rücklage	50.000	–
+	Investitionen lt. Finanzplan	393.600	298.100
–	Abschreibungen	324.300	175.500
–	Zuführungen zur Rückstellung / Rückstellungen für Altersteilzeit	1.730.400	393.800
+	Auflösung der Rückstellung / Rückstellungen für Altersteilzeit	–	88.800
–	Verbindlichkeiten gegenüber Sozialversicherungsträgern	–	–
+/–	Neutrales Ergebnis	–	–
–	Abführung an den Landeshaushalt (Verfahrensbereich)	3.805.000	3.520.000
	Kameraler Zuschuss (+) / Überschuss (-)	23.341.000	28.238.700

Kapitel Titel / Funkt.-Kennziffer	ZWECKBESTIMMUNG ERLÄUTERUNGEN	Ansatz 2009 EUR	Ansatz 2008 EUR	IST 2007 EUR

05 09 Verwaltungsgerichtsbarkeit

1. Die Titel der Hauptgruppen 4 bis 6 und 9 sind mit Ausnahme der Titel 412, 529 und 536 gegenseitig deckungsfähig und einseitig deckungsfähig zu Gunsten der Hauptgruppe 8. Die Titel 412 und 536 sowie die Titel der Hauptgruppe 8 sind jeweils gegenseitig deckungsfähig.
2. Mindereinnahmen reduzieren, Mehreinnahmen erhöhen die Ausgabeermächtigung deckungsfähiger Ansätze im Sinne der Nr. 1 mit Ausnahme des Titels 112.
3. Außerhalb der laufenden Geschäfte anfallende Mehreinnahmen dürfen nur mit Zustimmung des Ministeriums der Finanzen verwendet werden.
4. Stellenpläne und -übersichten bleiben verbindlich. Vorübergehende qualitative Abweichungen von den Stellenübersichten für Angestellte und Arbeiter sind ohne tarifliche Bindungswirkung zulässig; über die Änderung der Stellenübersichten wird im nächsten Haushaltsplan entschieden.
5. Zu Titel 112: Vergleiche auch Vermerk bei den Titeln 412 und 536.
6. Zu Titel 412 und 536: Die Ausgabeermächtigungen dieser Gruppen erhöhen sich im Rahmen der Mehreinnahmen bei der Titel 112.
7. Zu Titel 681: Hieraus können auch Entschädigungen aus Billigkeitsgründen gewährt werden.

E I N N A H M E N

Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dergleichen (Eigene Einnahmen)

111 00	053	Gebühren, sonstige Entgelte	10 000	9 400	3 072
112	053	Geldstrafen und Geldbußen	4 500 000	4 500 000	3 678 410
119	053	Sonstige Verwaltungseinnahmen Bei Warenautomaten, die an Orten aufgestellt sind, die ausschließlich Bediensteten zugänglich sind oder in aller Regel nur von Bediensteten aufgesucht werden, darf der Teil der Vergütung für das Gestatten der Aufstellung von Warenautomaten, der über die Kostendeckung für die benötigten Wand- und Bodenflächen sowie für den Stromverbrauch bei elektrisch betriebenen Automaten hinausgeht, für Zwecke der Betriebsgemeinschaften verwendet werden. Der Betrag ist durch Absetzen von den Einnahmen an den Personalrat zu verausgaben.	148 000	152 500	217 699
124	053	Mieten und Pachten	—	—	—
132	053	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen	—	—	852

Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen (Übertragungseinnahmen)

231	053	Sonstige Zuweisungen vom Bund	17 500	33 600	120 328
235	053	Sonstige Zuweisungen von Sozialversicherungsträgern sowie von der Bundesagentur für Arbeit	20 000	—	10 228
261	052	Schuldendiensthilfen und Erstattungen von Verwaltungsausgaben aus dem Inland	—	—	—

Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen; besondere Finanzierungseinnahmen (Vermögenswirksame und besondere Finanzierungseinnahmen)

359	951	Sonstige Entnahmen	50 000	—	—
381	991	Verrechnungen zwischen Kapiteln	—	—	—
389	991	Sonstige Verrechnungen	487 800	487 700	306 568
		Gesamteinnahmen Kapitel 05 09	5 233 300	5 183 200	4 337 157

Kapitel Titel / Funkt.-Kennziffer		ZWECKBESTIMMUNG ERLÄUTERUNGEN	Ansatz 2009 EUR	Ansatz 2008 EUR	IST 2007 EUR
		AUSGABEN			
		Personalausgaben			
412	053	Aufwendungen für ehrenamtlich Tätige	45 000	55 000	51 497
422	053	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter	13 966 300	13 778 400	14 143 321
425	053	Vergütungen der Angestellten	5 145 200	5 537 000	5 195 644
426	053	Löhne der Arbeiterinnen und Arbeiter	213 700	165 200	173 549
427	053	Beschäftigungsentgelte, Aufwendungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige	50 000	45 200	204 274
n e u 429	053	**Nicht aufteilbare Personalausgaben**	300	—	—
443	053	Fürsorgeleistungen und Unterstützungen	1 100	—	—
453	053	Trennungsgeld, Umzugskostenvergütungen	8 800	8 500	1 404
459	053	Sonstige personalbezogene Ausgaben	—	—	—
		Sächliche Verwaltungsausgaben, Ausgaben für den Schuldendienst			
511	053	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	537 700	565 700	519 103
514	053	Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dgl.	62 700	70 300	8 487
517	053	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	600	90 800	1 337 486
518	053	Mieten und Pachten	3 555 600	3 326 700	1 980 903
519	053	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	2 000	—	2 928
525	053	Aus- und Fortbildung	60 800	77 100	53 416
526	053	Sachverständige, Gerichts- und ähnliche Kosten	4 200	2 000	3 173
527	053	Dienstreisen	20 100	39 000	22 556
529	053	Verfügungsmittel	800	800	729
n e u 531	053	**Ausgaben für Veröffentlichungen, Dokumentation und Öffentlichkeitsarbeit**	700	—	—
536	053	Verfahrensauslagen	650 000	925 000	780 901
537	053	Beförderungskosten	80 600	—	—
538	053	Sonstige Dienstleistungen und Gestattungen	494 000	489 600	472 722
542	053	Steuern und Abgaben	—	—	—

Kapitel Titel Funkt.-Kennziffer	ZWECKBESTIMMUNG ERLÄUTERUNGEN	Ansatz 2009 EUR	Ansatz 2008 EUR	IST 2007 EUR
544 053	Rückzahlungen vereinnahmter Beträge nach Schluss des Haushaltsjahres	—	—	—
546 053	Vermischter Sachaufwand	800	—	98
	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen (Übertragungsausgaben)			
681 053	Renten, Unterstützungen und sonstige Geldleistungen an natürliche Personen	2 000	2 000	—
	Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen (Sonstige Investitionsausgaben)			
811 053	Erwerb von Fahrzeugen	—	—	—
812 053	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	353 000	210 000	280 254

Verpflichtungsermächtigung

Haushaltsjahr	EUR
2010	100 000
2011	100 000
2012	100 000
2013ff	—
Gesamtverpflichtung	300 000

	Besondere Finanzierungsausgaben			
919 951	Sonstige Zuführungen	—	—	—

Erläuterungen:

Der Bestand der kameralen Rücklage zum 31.12.2007 beträgt konsumtiv 111.675 EUR und investiv 56.885 EUR.

981 991	Verrechnungen zwischen Kapiteln	2 637 700	6 762 200	538 196
989 991	Sonstige Verrechnungen	680 600	1 271 400	511 346
	Weggefallene Titel			
711 00 053	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	—	—	—
821 00 053	Grunderwerb	—	—	—
	Gesamtausgaben Kapitel 05 09	28 574 300	33 421 900	26 281 987

Kapitel Titel / Funkt.-Kennziffer	ZWECKBESTIMMUNG ERLÄUTERUNGEN	Ansatz 2009 EUR	Ansatz 2008 EUR	IST 2007 EUR

Abschluss Kapitel 05 09

0	Steuern und steuerähnliche Abgaben	—	—	—
1	Eigene Einnahmen	4 658 000	4 661 900	3 900 033
2	Übertragungseinnahmen	37 500	33 600	130 556
3	Vermögenswirksame und besondere Finanzierungseinnahmen	537 800	487 700	306 568
Gesamteinnahmen		5 233 300	5 183 200	4 337 157
4	Personalausgaben	19 430 400	19 589 300	19 769 690
5	Sächliche Verwaltungsausgaben	5 470 600	5 587 000	5 182 501
	Ausgaben für den Schuldendienst	—	—	—
6	Übertragungsausgaben	2 000	2 000	—
7	Baumaßnahmen	—	—	—
8	Sonstige Investitionsausgaben	353 000	210 000	280 254
9	Besondere Finanzierungsausgaben	3 318 300	8 033 600	1 049 542
Gesamtausgaben		28 574 300	33 421 900	26 281 987
Zuschuss/Überschuss		-23 341 000	-28 238 700	-21 944 831

W i r t s c h a f t s p l a n

Gerichte für Arbeitssachen

A. Vorbemerkungen

Die hessische Arbeitsgerichtsbarkeit gehört zum Geschäftsbereich des Hessischen Ministeriums der Justiz, für Integration und Europa. Im Land Hessen wird die Gerichtsbarkeit ausgeübt durch die Arbeitsgerichte in Darmstadt, Frankfurt am Main, Fulda, Gießen, Hanau, Bad Hersfeld, Kassel, Limburg an der Lahn, Marburg, Offenbach, Wetzlar und Wiesbaden sowie als Berufungsinstanz durch das Hessische Landesarbeitsgericht mit Sitz in Frankfurt am Main.

Die Arbeitsgerichtsbarkeit ist nach §§ 2 ff. des Arbeitsgerichtsgesetzes (ArbGG) zuständig für Streitigkeiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, die im Zusammenhang mit dem Arbeitsverhältnis stehen, zwischen Tarifvertragsparteien oder auch für Fragen der Mitbestimmung nach dem Betriebsverfassungsgesetz und dem Mitbestimmungsgesetz.

Grundlage des Arbeitsgerichtsprozesses und der Organisation der Arbeitsgerichtsbarkeit ist das ArbGG und das Hessische Ausführungsgesetz zum ArbGG. Die Kammern der Arbeitsgerichte und die Kammern des Hessischen Landesarbeitsgerichts sind jeweils mit einer Berufsrichterin oder einem Berufsrichter und zwei ehrenamtlichen Richterinnen oder Richtern aus den Kreisen der Arbeitnehmerschaft und Arbeitgeberschaft besetzt.

Die Besonderheiten der arbeitsgerichtlichen Kostenbestimmungen sind im Gerichtskostengesetz und in § 12a des Arbeitsgerichtsgesetzes geregelt. Bei Abschluss eines arbeitsgerichtlichen Verfahrens durch Vergleich entfallen die Gerichtsgebühren. Außerdem hat die unterlegene Partei der obsiegenden Partei in der 1. Instanz in der Regel keine außergerichtlichen Kosten zu erstatten. Im arbeitsgerichtlichen Verfahren gibt es keine Zweitschuldnerhaftung, d. h. im Falle eines Obsiegens der klagenden Partei ist diese nicht zur Zahlung der Kosten verpflichtet, wenn die unterlegene Partei zahlungsunfähig ist. Auch tragen ausländische Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nicht die Kosten für Dolmetscherinnen und Dolmetscher sowie für Übersetzerinnen und Übersetzer, wenn die Gegenseitigkeit verbürgt ist.

B. Bewirtschaftungsvermerke

Allgemein

Die Bewirtschaftung richtet sich insbesondere nach den §§ 7a, 70 bis 72 und 74 bis 80 LHO und den dazu ergangenen Verwaltungsvorschriften.

Ständig nicht vollbeschäftigte Kräfte können im Reinigungsdienst, im Aufsichtsdienst und im Schreibdienst mit zusammen höchstens 71 Arbeitsstunden je Woche ohne Inanspruchnahme einer Stelle beschäftigt werden.

Leistungsplan

Überschreitungen oder Unterschreitungen von Mengen und Kosten je Produkt sind im Rahmen der gesamten Produktabgeltung zulässig. Die Verfahrenskosten werden außerhalb des Produktes nachrichtlich ausgewiesen.

Die in den Produktblättern aufgeführten Kennzahlen bzw. Kennzahlendefinitionen sind noch nicht verbindlich. Die festgelegten Vorgaben und Kennzahlen sollen nach Möglichkeit erreicht werden.

Erfolgsplan

W i r t s c h a f t s p l a n

Die Verfahrenskosten gemäß Jahresergebnis II unterliegen nicht der Produktabgeltung. 50 von Hundert des Jahresüberschusses aus laufenden Geschäften können in eine Gewinnrücklage eingestellt werden (dies gilt nicht für das Jahresergebnis II). Im Übrigen erfolgt eine Gewinnabführung an den Landeshaushalt.

Finanzplan

-

Kapitel 05 40 / Buchungskreisnummer 2420
Gerichte für Arbeitssachen

W i r t s c h a f t s p l a n

L e i s t u n g s p l a n

- Beträge in 1.000 EUR -

Nr	neu / weg-gef.	Bezeichnung	Soll 2009				
			Menge	Gesamt-kosten	Eigene Erlöse	Produkt-abgeltung	Ergebnis
Produkte							
1		Bereitstellung Rechtsprechungspotential Hessisches Landesarbeitsgericht Richter	18,0	4.469,9	6,8	4.463,1	–
2		Bereitstellung Rechtsprechungspotential Hessisches Landesarbeitsgericht Rechtspfleger	1,0	229,6	–	229,6	–
3		Bereitstellung Rechtsprechungspotential Arbeitsgerichte Richter	73,5	15.241,5	25,6	15.215,9	–
4		Bereitstellung Rechtsprechungspotential Arbeitsgerichte Rechtspfleger	28,0	3.959,4	–	3.959,4	–
		Summe Produkte		**23.900,4**	**32,4**	**23.868,0**	**–**
Zwischenbehördliche Leistungen							
1		Abordnungen	1,0	75,3	75,3	–	–
2	weg	Ausbildung Koordination Rechtsreferendare	–	–	–	–	–
3	weg	Beistellung NVS AGB	–	–	–	–	–
		Summe Zwischenbehördliche Leistungen		**75,3**	**75,3**	**–**	**–**
		Gesamtsumme		**23.975,7**	**107,7**	**23.868,0**	**–**

Nr	neu / weg-gef.	Verfahrenskostenträger*	Soll 2009				
			Menge	Gesamt-kosten	Eigene Erlöse	Zu-/ Abführung	Ergebnis
1		Verfahrenskostenträger	–	9.046,9	8.971,9	75,0	–
		Summe		**9.046,9**	**8.971,9**	**75,0**	**–**

* Die Beträge in der folgenden Darstellung enthalten - im Gegensatz zum Bereich Produkte, Projekte, externe und zwischenbehördliche Leistungen - zusätzlich zu betriebsbedingten Kosten und Erlösen auch CO-neutrale Bestandteile.

Kapitel 05 40 / Buchungskreisnummer 2420
Gerichte für Arbeitssachen

W i r t s c h a f t s p l a n

L e i s t u n g s p l a n

- Beträge in 1.000 EUR -

Soll 2008					Ist 2007				
Menge	Gesamt-kosten	Eigene Erlöse	Produkt-abgeltung	Ergebnis	Menge	Gesamt-kosten	Eigene Erlöse	Produkt-abgeltung	Ergebnis
18,0	5.076,0	7,0	5.069,0	–	20,0	4.183,1	1,8	4.286,4	105,1
1,0	257,0	–	257,0	–	1,0	155,8	–	248,5	92,7
73,5	16.618,0	26,0	16.592,0	–	72,0	13.692,4	4,0	13.289,8	-398,6
30,0	4.565,0	–	4.565,0	–	26,0	4.073,1	–	3.956,1	-117,0
	26.516,0	**33,0**	**26.483,0**	**–**		**22.104,4**	**5,8**	**21.780,8**	**-317,8**
1,0	79,0	79,0	–	–	3,0	145,2	138,2	–	-7,0
–	–	–	–	–	4,0	118,0	–	–	-118,0
220,0	31,0	31,0	–	–	–	–	–	–	–
	110,0	**110,0**	**–**	**–**		**263,2**	**138,2**	**–**	**-125,0**
	26.626,0	**143,0**	**26.483,0**	**–**		**22.367,6**	**144,0**	**21.780,8**	**-442,8**

Soll 2008					Ist 2007				
Menge	Gesamt-kosten*	Eigene Erlöse*	Zu-/ Abführung*	Ergebnis*	Menge	Gesamt-kosten*	Eigene Erlöse*	Zu-/ Abführung*	Ergebnis*
–	10.687,0	9.122,0	1.565,0	–	–	9.295,7	8.909,9	385,8	–
	10.687,0	**9.122,0**	**1.565,0**	**–**		**9.295,7**	**8.909,9**	**385,8**	**–**

Kapitel 05 40 / Buchungskreisnummer 2420
Gerichte für Arbeitssachen

W i r t s c h a f t s p l a n

L e i s t u n g s p l a n - E r l ä u t e r u n g - P r o d u k t b l a t t

Erläuterungen zu Produkt Nr. 1 :
Bereitstellung Rechtsprechungspotential Richter Hessisches Landesarbeitsgericht

1. Erbringer (z.B. zuständige Dienststelle)

Justiz- und Gerichtsverwaltung des Hessischen Landesarbeitsgerichts (2. Instanz)

2. Rechtsgrundlage oder sonstige Grundlage

- Arbeitsgerichtsgesetz (ArbGG), Einzelarbeitsrechtsgesetze, Zivilprozessordnung (ZPO)
- Gewaltenteilungsprinzip (Art. 20 Abs. 2 Satz 2 Grundgesetz - GG)
- Rechts(schutz)gewährungsanspruch (Art. 19 Abs. 4, 20 Abs. 3 GG)
- Unabhängigkeit der Richter (Art. 97 Abs. 1 GG, § 1 Gerichtsverfassungsgesetz)

3. Kurzbeschreibung des Produkts/Leistungen zum Produkt

3.1 Beschreibung des Produkts

Das die Rechtsprechung betreffende Produkt ist die Summe aller Leistungen der Justiz- und Gerichtsverwaltung für die Bereitstellung von Rechtsprechungspotentialen des Hessischen Landesarbeitsgerichts in Frankfurt am Main zur Erledigung der Aufgaben der Vorsitzenden Richterinnen und Vorsitzenden Richter des Landesarbeitsgerichts.

3.2 Leistungen zum Produkt

Zum Produkt gehören folgende Leistungen:

- Protokolldienst
- Rechtsprechungsdokumentation
- Vorgangsbearbeitung/großes Schreibwerk Richter
- Kostenansatz/Entschädigung Richter
- Sachkosten Fachbereich Richter
- Personalkosten Richter Hessisches Landesarbeitsgericht

4. Bezug zu politischen Zielen

Effektive Rechtsschutzgewährung sowie effiziente Justiz- und Gerichtsverwaltung auf hohem Qualitätsniveau garantieren und effektive Strafverfolgung und Rechtssicherheit gewährleisten.

5. Empfänger

- Hessischer Landtag (stellvertretend für die Bürgerinnen und Bürger)
- Rechtsprechende Gewalt

6. Zählgröße / Mengen im Haushaltsjahr

Zählgröße	Soll 2009	Soll 2008	Ist 2007
Anzahl der Vorsitzenden Richterinnen und der Vorsitzenden Richter des Hessischen Landesarbeitsgerichts	18	18	20

7. Kostenzusammensetzung / Stückkosten / Preis

Wirtschaftsplan

Leistungsplan - Erläuterung - Produktblatt

Das Produkt umfasst Sach- und Personalkosten, soweit sie zur Bereitstellung von Rechtsprechungspotentialen durch die Justiz- und Gerichtsverwaltung erforderlich sind. Die Verfahrenseinnahmen und Verfahrensausgaben sind nicht Bestandteil der Produktkosten.

Kostenartenschichtung (in EUR)

Kostenarten	**Soll 2009** EUR	**Soll 2008** EUR	**Ist 2007** EUR
Personalkosten	2.832.344	3.613.777	3.392.462
Sachkosten	953.226	907.662	717.861
Kalkulatorische Kosten	90.433	39.379	70.236
Sonstige Kosten *	593.864	515.564	2.551
Gesamtkosten	**4.469.867**	**5.076.382**	**4.183.110**
Erlöse	6.780	6.780	1.762
Produktabgeltung	4.463.087	5.069.602	4.286.397
Ergebnis	**–**	**–**	**105.049**

* Kosten der innerbehördlichen Leistungsverrechnung

Stückkosten (in EUR)

Gesamtkosten / Menge	**Soll 2009** EUR	**Soll 2008** EUR	**Ist 2007** EUR
	248.325,94	282.021,22	208.842,24

Preis (in EUR)

Produktabgeltung / Menge	**Soll 2009** EUR	**Soll 2008** EUR	**Ist 2007** EUR
	247.949,28	281.644,55	213.998,85

8. Produktspezifische Kennzahlen / Qualitätskennzahlen

Die Festlegung der produktspezifischen Kennzahlen ist wegen der Unabhängigkeit der Richterinnen und Richter nur insoweit bindend, als die Abläufe von der Verwaltung zu verantworten sind.

8.1 Kennzahlen zur Leistungswirkung (Effektivität der Leistungen)

Vorgabe: Effektive Rechts- und Rechtsschutzgewährung garantieren

- Bereitstellungsgrad Rechtssprechungspotentiale nach Stellenplan

8.2 Kennzahlen zur Finanzwirtschaft (Effizienz der Leistungen)

Vorgabe: Produktabgeltung wirtschaftlich einsetzen

- Kosten-/ Erlösabweichung

8.3 Kennzahlen zu quantitativen und qualitativen Leistungsmerkmalen

Vorgabe: Bedarfsgerechte Unterstützung der Rechtssprechung bereitstellen

- Anzahl unterstützter Richter
- Anzahl der durch IT-Administratoren betreuten Arbeitsplätze

8.4 Kennzahlen zur Prozessqualität

Vorgabe: Qualifizierung der Mitarbeiter verbessern

- Anteil der geschulten Mitarbeiter
- Anzahl durchschnittlicher Schulungstage pro Mitarbeiter

Vorgabe: Ablauforganisation verbessern

- Anzahl der Dienstbesprechungen zur Qualitätsverbesserung

8.5 Kennzahlen zur Kundenperspektive

Vorgabe: Zufriedenheit der Richter mit den Unterstützungsleistungen verbessern

- Befragung der Richter zu Unterstützungsleistungen

Vorgabe: Zufriedenheit der Verfahrensbeteiligten verbessern

- Befragung der Verfahrensbeteiligten

Kapitel 05 40 / Buchungskreisnummer 2420
Gerichte für Arbeitssachen

W i r t s c h a f t s p l a n

L e i s t u n g s p l a n - E r l ä u t e r u n g - P r o d u k t b l a t t

Erläuterungen zu Produkt Nr. 2 :
Bereitstellung Rechtsprechungspotential Rechtspfleger Hessisches Landesarbeitsgericht

1. Erbringer (z.B. zuständige Dienststelle)

Justiz- und Gerichtsverwaltung des Hessischen Landesarbeitsgerichts (2. Instanz)

2. Rechtsgrundlage oder sonstige Grundlage

- Arbeitsgerichtsgesetz (ArbGG), Einzelarbeitsrechtsgesetze, Zivilprozessordnung (ZPO)
- Kostengesetze (GKG, RVG, JVEG)
- Gewaltenteilungsprinzip (Art. 20 Abs. 2 Satz 2 Grundgesetz - GG)
- Rechts(schutz)gewährungsanspruch (Art. 19 Abs. 4, 20 Abs. 3 GG)
- Sachliche Unabhängigkeit der Rechtspfleger (§ 9 Rechtspflegergesetz)

3. Kurzbeschreibung des Produkts/Leistungen zum Produkt

3.1 Beschreibung des Produkts

Das die Rechtsprechung betreffende Produkt ist die Summe aller Leistungen der Justiz- und Gerichtsverwaltung für die Bereitstellung von Rechtsprechungspotentialen des Hessischen Landesarbeitsgerichts in Frankfurt am Main zur Erledigung der Aufgaben der Rechtspflegerinnen und Rechtspfleger des Landesarbeitsgerichts.

3.2 Leistungen zum Produkt

Zum Produkt gehören folgende Leistungen:

- Vorgangsbearbeitung/großes Schreibwerk Rechtspfleger
- Kostenansatz/Entschädigung Rechtspfleger
- Sachkosten Fachbereich Rechtspfleger
- Personalkosten Rechtspfleger Hessisches Landesarbeitsgericht

4. Bezug zu politischen Zielen

Effektive Rechtsschutzgewährung sowie effiziente Justiz- und Gerichtsverwaltung auf hohem Qualitätsniveau garantieren und effektive Strafverfolgung und Rechtssicherheit gewährleisten.

5. Empfänger

- Hessischer Landtag (stellvertretend für die Bürgerinnen und Bürger)
- Rechtsprechende Gewalt

6. Zählgröße / Mengen im Haushaltsjahr

Zählgröße	Soll 2009	Soll 2008	Ist 2007
Anzahl der Rechtspflegerinnen und Rechtspfleger des Hessischen Landesarbeitsgerichts	1	1	1

W i r t s c h a f t s p l a n

L e i s t u n g s p l a n - E r l ä u t e r u n g - P r o d u k t b l a t t

7. Kostenzusammensetzung / Stückkosten / Preis

Das Produkt umfasst Sach- und Personalkosten, soweit sie zur Bereitstellung von Rechtsprechungspotentialen durch die Justiz- und Gerichtsverwaltung erforderlich sind. Die Verfahrenseinnahmen und Verfahrensausgaben sind nicht Bestandteil der Produktkosten.

Kostenartenschichtung (in EUR)

Kostenarten	Soll 2009 EUR	Soll 2008 EUR	Ist 2007 EUR
Personalkosten	138.909	176.724	101.443
Sachkosten	52.807	50.091	36.116
Kalkulatorische Kosten	5.000	2.162	3.626
Sonstige Kosten *	32.910	28.429	14.605
Gesamtkosten	**229.626**	**257.406**	**155.790**
Erlöse	–	–	–
Produktabgeltung	229.626	257.406	248.514
Ergebnis	**–**	**–**	**92.724**

* Kosten der innerbehördlichen Leistungsverrechnung

Stückkosten (in EUR)

Gesamtkosten / Menge	Soll 2009 EUR	Soll 2008 EUR	Ist 2007 EUR
	229.626,00	257.406,09	155.790,00

Preis (in EUR)

Produktabgeltung / Menge	Soll 2009 EUR	Soll 2008 EUR	Ist 2007 EUR
	229.626,00	257.406,09	248.514,00

8. Produktspezifische Kennzahlen / Qualitätskennzahlen

Die Festlegung der produktspezifischen Kennzahlen ist wegen der sachlichen Unabhängigkeit der Rechtspflegerinnen und Rechtspfleger nur insoweit bindend, als die Abläufe von der Verwaltung zu verantworten sind.

8.1 Kennzahlen zur Leistungswirkung (Effektivität der Leistungen)

Vorgabe: Effektive Rechts- und Rechtsschutzgewährung garantieren

- Bereitstellungsgrad Rechtsprechungspotentiale nach Stellenplan

8.2 Kennzahlen zur Finanzwirtschaft (Effizienz der Leistungen)

Vorgabe: Produktabgeltung wirtschaftlich einsetzen

- Kosten-/ Erlösabweichung

W i r t s c h a f t s p l a n

L e i s t u n g s p l a n - E r l ä u t e r u n g - P r o d u k t b l a t t

8.3 Kennzahlen zu quantitativen und qualitativen Leistungsmerkmalen

Vorgabe: Bedarfsgerechte Unterstützung der Rechtsprechung bereitstellen

- Anzahl unterstützter Rechtspfleger
- Anzahl der durch IT-Administratoren betreuten Arbeitsplätze

8.4 Kennzahlen zur Prozessqualität

Vorgabe: Qualifizierung der Mitarbeiter verbessern

- Anteil der geschulten Mitarbeiter
- Anzahl durchschnittlicher Schulungstage pro Mitarbeiter

8.5 Kennzahlen zur Kundenperspektive

Vorgabe: Zufriedenheit der Richter mit den Unterstützungsleistungen verbessern

- Befragung der Richter zu Unterstützungsleistungen

Vorgabe: Zufriedenheit der Verfahrensbeteiligten verbessern

- Befragung der Verfahrensbeteiligten

Kapitel 05 40 / Buchungskreisnummer 2420
Gerichte für Arbeitssachen

W i r t s c h a f t s p l a n

L e i s t u n g s p l a n - E r l ä u t e r u n g - P r o d u k t b l a t t

Erläuterungen zu Produkt Nr. 3 :
Bereitstellung Rechtsprechungspotential Richter Arbeitsgericht

1. Erbringer (z.B. zuständige Dienststelle)

Justiz- und Gerichtsverwaltung der hessischen Arbeitsgerichte (1. Instanz)

2. Rechtsgrundlage oder sonstige Grundlage

- Arbeitsgerichtsgesetz (ArbGG), Einzelarbeitsrechtsgesetze, Zivilprozessordnung (ZPO)
- Gewaltenteilungsprinzip (Art. 20 Abs. 2 Satz 2 Grundgesetz - GG)
- Rechts(schutz)gewährungsanspruch (Art. 19 Abs. 4, 20 Abs. 3 GG)
- Unabhängigkeit der Richter (Art. 97 Abs. 1 GG, § 1 Gerichtsverfassungsgesetz)

3. Kurzbeschreibung des Produkts/Leistungen zum Produkt

3.1 Beschreibung des Produkts

Das die Rechtsprechung betreffende Produkt ist die Summe aller Leistungen der Justiz- und Gerichtsverwaltung für die Bereitstellung von Rechtsprechungspotentialen der hessischen Arbeitsgerichte zur Erledigung der Aufgaben der Richterinnen und Richter der Arbeitsgerichte.

3.2 Leistungen zum Produkt

Zum Produkt gehören folgende Leistungen:

- Protokolldienst
- Vorgangsbearbeitung/großes Schreibwerk Richter
- Kostenansatz/Entschädigung Richter
- Sachkosten Fachbereich Richter
- Personalkosten Richter Arbeitsgericht

4. Bezug zu politischen Zielen

Effektive Rechtsschutzgewährung sowie effiziente Justiz- und Gerichtsverwaltung auf hohem Qualitätsniveau garantieren und effektive Strafverfolgung und Rechtssicherheit gewährleisten.

5. Empfänger

- Hessischer Landtag (stellvertretend für die Bürgerinnen und Bürger)
- Rechtsprechende Gewalt

6. Zählgröße / Mengen im Haushaltsjahr

Zählgröße	Soll 2009	Soll 2008	Ist 2007
Anzahl der Richterinnen und Richter der hessischen Arbeitsgerichte	74	74	72

7. Kostenzusammensetzung / Stückkosten / Preis

Das Produkt umfasst Sach- und Personalkosten, soweit sie zur Bereitstellung von Rechtsprechungspotentialen durch die Justiz- und Gerichtsverwaltung erforderlich sind. Die Verfahrenseinnahmen und Verfahrensausgaben sind nicht Bestandteil der Produktkosten.

Wirtschaftsplan

Leistungsplan - Erläuterung - Produktblatt

Kostenartenschichtung (in EUR)

Kostenarten	Soll 2009 EUR	Soll 2008 EUR	Ist 2007 EUR
Personalkosten	8.126.840	9.498.471	9.056.202
Sachkosten	2.640.570	2.684.903	1.786.968
Kalkulatorische Kosten	371.717	277.926	320.402
Sonstige Kosten *	4.102.381	4.155.960	2.528.798
Gesamtkosten	**15.241.508**	**16.617.260**	**13.692.370**
Erlöse	25.622	25.622	3.963
Produktabgeltung	15.215.886	16.591.638	13.289.758
Ergebnis	**–**	**–**	**-398.649**

* Kosten der innerbehördlichen Leistungsverrechnung

Stückkosten (in EUR)

Gesamtkosten / Menge	Soll 2009 EUR	Soll 2008 EUR	Ist 2007 EUR
	207.367,46	224.557,56	190.303,96

Preis (in EUR)

Produktabgeltung / Menge	Soll 2009 EUR	Soll 2008 EUR	Ist 2007 EUR
	207.018,86	224.211,32	184.708,24

8. Produktspezifische Kennzahlen / Qualitätskennzahlen

Die Festlegung der produktspezifischen Kennzahlen ist wegen der Unabhängigkeit der Richterinnen und Richter nur insoweit bindend, als die Abläufe von der Verwaltung zu verantworten sind.

8.1 Kennzahlen zur Leistungswirkung (Effektivität der Leistungen)

Vorgabe: Effektive Rechts- und Rechtsschutzgewährung garantieren

- Bereitstellungsgrad Rechtsprechungspotentiale nach Stellenplan

8.2 Kennzahlen zur Finanzwirtschaft (Effizienz der Leistungen)

Vorgabe: Produktabgeltung wirtschaftlich einsetzen

- Kosten-/ Erlösabweichung

8.3 Kennzahlen zu quantitativen und qualitativen Leistungsmerkmalen

Vorgabe: Bedarfsgerechte Unterstützung der Rechtsprechung bereitstellen

- Anzahl unterstützter Richter
- Anzahl der durch IT-Administratoren betreuten Arbeitsplätze

W i r t s c h a f t s p l a n

L e i s t u n g s p l a n - E r l ä u t e r u n g - P r o d u k t b l a t t

8.4 Kennzahlen zur Prozessqualität

Vorgabe: Qualifizierung der Mitarbeiter verbessern

- Anteil der geschulten Mitarbeiter
- Anzahl durchschnittlicher Schulungstage pro Mitarbeiter

Vorgabe: Ablauforganisation verbessern

- Anzahl der Dienstbesprechungen zur Qualitätsverbesserung

8.5 Kennzahlen zur Kundenperspektive

Vorgabe: Zufriedenheit der Richter mit den Unterstützungsleistungen verbessern

- Befragung der Richter zu Unterstützungsleistungen

Vorgabe: Zufriedenheit der Verfahrensbeteiligten verbessern

- Befragung der Verfahrensbeteiligten

Kapitel 05 40 / Buchungskreisnummer 2420
Gerichte für Arbeitssachen

W i r t s c h a f t s p l a n

L e i s t u n g s p l a n - E r l ä u t e r u n g - P r o d u k t b l a t t

Erläuterungen zu Produkt Nr. 4 :
Bereitstellung Rechtsprechungspotential Rechtspfleger Arbeitsgericht

1. Erbringer (z.B. zuständige Dienststelle)

Justiz- und Gerichtsverwaltung der hessischen Arbeitsgerichte (1. Instanz)

2. Rechtsgrundlage oder sonstige Grundlage

- Arbeitsgerichtsgesetz (ArbGG), Einzelarbeitsrechtsgesetze, Zivilprozessordnung (ZPO)
- Kostengesetze (GKG, RVG, JVEG)
- Gewaltenteilungsprinzip (Art. 20 Abs. 2 Satz 2 Grundgesetz - GG)
- Rechts(schutz)gewährungsanspruch (Art. 19 Abs. 4, 20 Abs. 3 GG)
- Sachliche Unabhängigkeit der Rechtspfleger (§ 9 Rechtspflegergesetz)

3. Kurzbeschreibung des Produkts/Leistungen zum Produkt

3.1 Beschreibung des Produkts

Das die Rechtsprechung betreffende Produkt ist die Summe aller Leistungen der Justiz- und Gerichtsverwaltung für die Bereitstellung von Rechtsprechungspotentialen der hessischen Arbeitsgerichte zur Erledigung der Aufgaben der Rechtspflegerinnen und Rechtspfleger der Arbeitsgerichte.

3.2 Leistungen zum Produkt

Zum Produkt gehören folgende Leistungen:

- Vorgangsbearbeitung/großes Schreibwerk Rechtspfleger
- Kostenansatz/Entschädigung Rechtspfleger
- Sachkosten Fachbereich Rechtspfleger
- Personalkosten Rechtspfleger Arbeitsgericht

4. Bezug zu politischen Zielen

Effektive Rechtsschutzgewährung sowie effiziente Justiz- und Gerichtsverwaltung auf hohem Qualitätsniveau garantieren und effektive Strafverfolgung und Rechtssicherheit gewährleisten.

5. Empfänger

- Hessischer Landtag (stellvertretend für die Bürgerinnen und Bürger)
- Rechtsprechende Gewalt

6. Zählgröße / Mengen im Haushaltsjahr

Zählgröße	Soll 2009	Soll 2008	Ist 2007
Anzahl Rechtspflegerinnen und Rechtspfleger der hessischen Arbeitsgerichte	28	30	26

W i r t s c h a f t s p l a n

L e i s t u n g s p l a n - E r l ä u t e r u n g - P r o d u k t b l a t t

7. Kostenzusammensetzung / Stückkosten / Preis

Das Produkt umfasst Sach- und Personalkosten, soweit sie zur Bereitstellung von Rechtsprechungspotentialen durch die Justiz- und Gerichtsverwaltung erforderlich sind. Die Verfahrenseinnahmen und Verfahrensausgaben sind nicht Bestandteil der Produktkosten.

Kostenartenschichtung (in EUR)

Kostenarten	Soll 2009 EUR	Soll 2008 EUR	Ist 2007 EUR
Personalkosten	1.718.701	2.062.882	2.052.272
Sachkosten	818.984	929.850	673.244
Kalkulatorische Kosten	129.803	107.171	120.543
Sonstige Kosten *	1.291.957	1.464.820	1.227.014
Gesamtkosten	**3.959.445**	**4.564.723**	**4.073.073**
Erlöse	–	–	–
Produktabgeltung	3.959.445	4.564.723	3.956.058
Ergebnis	**–**	**–**	**-117.015**

* Kosten der innerbehördlichen Leistungsverrechnung

Stückkosten (in EUR)

Gesamtkosten / Menge	Soll 2009 EUR	Soll 2008 EUR	Ist 2007 EUR
	141.408,75	152.157,43	156.898,04

Preis (in EUR)

Produktabgeltung / Menge	Soll 2009 EUR	Soll 2008 EUR	Ist 2007 EUR
	141.408,75	152.157,43	152.390,52

8. Produktspezifische Kennzahlen / Qualitätskennzahlen

Die Festlegung der produktspezifischen Kennzahlen ist wegen der sachlichen Unabhängigkeit der Rechtspflegerinnen und Rechtspfleger nur insoweit bindend, als die Abläufe von der Verwaltung zu verantworten sind.

8.1 Kennzahlen zur Leistungswirkung (Effektivität der Leistungen)

Vorgabe: Effektive Rechts- und Rechtsschutzgewährung garantieren

- Bereitstellungsgrad Rechtsprechungspotentiale nach Stellenplan

8.2 Kennzahlen zur Finanzwirtschaft (Effizienz der Leistungen)

Vorgabe: Produktabgeltung wirtschaftlich einsetzen

- Kosten-/ Erlösabweichung

W i r t s c h a f t s p l a n

L e i s t u n g s p l a n - E r l ä u t e r u n g - P r o d u k t b l a t t

8.3 Kennzahlen zu quantitativen und qualitativen Leistungsmerkmalen

Vorgabe: Bedarfsgerechte Unterstützung der Rechtsprechung bereitstellen

- Anzahl unterstützter Rechtspfleger
- Anzahl der durch IT-Administratoren betreuten Arbeitsplätze

8.4 Kennzahlen zur Prozessqualität

Vorgabe: Qualifizierung der Mitarbeiter verbessern

- Anteil der geschulten Mitarbeiter
- Anzahl durchschnittlicher Schulungstage pro Mitarbeiter

Vorgabe: Ablauforganisation verbessern

Anzahl der Dienstbesprechungen zur Qualitätsverbesserung

8.5 Kennzahlen zur Kundenperspektive

Vorgabe: Zufriedenheit der Richter mit den Unterstützungsleistungen verbessern

- Befragung der Richter zu Unterstützungsleistungen

Vorgabe: Zufriedenheit der Verfahrensbeteiligten verbessern

- Befragung der Verfahrensbeteiligten

Kapitel 05 40 / Buchungskreisnummer 2420
Gerichte für Arbeitssachen

W i r t s c h a f t s p l a n

L e i s t u n g s p l a n - E r l ä u t e r u n g e n

Erläuterungen zu zwischenbehördlicher Leistung Nr. 1:
Abordnungen

1. Erbringer

Justiz- und Gerichtsverwaltung der hessischen Arbeitsgerichte und des Hessischen Landesarbeitsgerichtes Frankfurt am Main.

2. Rechtsgrundlage oder sonstige Grundlage

Abordnungserlasse

3. Produkt- und Leistungsbeschreibung

3.1 Kurzbeschreibung der zwischenbehördlichen Leistung

Abordnungen an das Hessische Ministerium der Justiz, für Integration und Europa zur Erprobung von Führungskräften mit dem Ziel, diese anschließend höherwertigen Stellen zuzuweisen.

3.2 Fachleistung zur zwischenbehördlichen Leistung

-

4. Bezug zu politischen Zielen

Dient der Zielerreichung des Empfängers/der Empfänger

5. Empfänger

Hessisches Ministerium der Justiz

6. Zählgröße / Mengen im Haushaltsjahr

Zählgröße	Soll 2009	Soll 2008	Ist 2007
Anzahl abgeordnete Personen	1	1	3

7. Kostenzusammensetzung / Stückkosten / Preis

Kapitel 05 40 / Buchungskreisnummer 2420
Gerichte für Arbeitssachen

W i r t s c h a f t s p l a n

L e i s t u n g s p l a n - E r l ä u t e r u n g e n

Kostenartenschichtung (in EUR)

Kostenarten	Soll 2009 EUR	Soll 2008 EUR	Ist 2007 EUR
Personalkosten	75.285	79.458	145.205
Sachkosten	–	–	–
Kalkulatorische Kosten	–	–	–
Sonstige Kosten *	–	–	–
Gesamtkosten	**75.285**	**79.458**	**145.205**
Erlöse	75.285	79.458	138.245
Produktabgeltung	–	–	–
Ergebnis	**–**	**–**	**-6.960**

* Kosten der innerbehördlichen Leistungsverrechnung

Stückkosten (in EUR)

Gesamtkosten / Menge	Soll 2009 EUR	Soll 2008 EUR	Ist 2007 EUR
	75.285,00	79.458,00	54.383,90

Kapitel 05 40 / Buchungskreisnummer 2420
Gerichte für Arbeitssachen

W i r t s c h a f t s p l a n

E r f o l g s p l a n

Pos.	VKR	Bezeichnung	Soll 2009 EUR	Soll 2008 EUR	Ist 2007 EUR
1	**50/51**	**Umsatzerlöse und Erträge aus Verwaltungstätigkeit**	**32.400**	**32.400**	**5.725**
	500-509	Umsatzerlöse	–	–	–
	510-518	Gebühren und Leistungsentgelte aus Verwaltungstätigkeit; Sonstige Erträge	32.400	32.400	5.725
	519	Erlösminderungen	–	–	–
1a	**544**	**Erträge aus Produktabgeltungen**	**23.868.000**	**26.483.300**	**21.780.727**
2	**520-524**	**Bestandsveränderungen**	**–**	**–**	**–**
3	**525-529**	**aktivierte Eigenleistungen**	**–**	**–**	**–**
4	**530-539**	**Sonstige betriebliche Erträge**	**21.500**	**1.500**	**159.833**
		Betriebsertrag	**23.921.900**	**26.517.200**	**21.946.285**
5	**60/61**	**Bezogene Waren und Leistungen**	**582.300**	**463.700**	**334.631**
	600-604	Roh-, Hilfs-, Betriebsstoffe etc.	–	–	–
	605	Aufwendungen für Energie und Wasser	3.000	19.300	2.709
	606-609	Sonstige Aufwendungen (Waren)	468.400	359.500	189.167
	616	Aufwendungen für Fremdinstandhaltung	108.600	62.800	141.397
	610-615, 617, 619	Sonstige Aufwendungen (Leistungen)	2.300	22.100	1.358
	618	Aufwandsberichtigungen (Skonti etc.)	–	–	–
6	**620-649, 652, 655, 659**	**Personalaufwand**	**16.377.200**	**19.098.900**	**25.375.812**
	620-626	Löhne	–	–	–
	627-632	Gehälter	5.698.100	5.674.900	5.441.995
	633-638	Bezüge	7.130.100	6.905.900	7.231.328
	639	Sonstige Aufwendungen mit Gehalts- oder Bezügecharakter	136.100	67.200	237.126
	640-649	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	3.405.300	6.447.800	12.461.782
	652, 655, 659	Sonstige Personalaufwendungen	7.600	3.100	3.581
7	**660-664, 666-667**	**Abschreibungen**	**816.500**	**570.700**	**710.283**
8	**650-651, 653-654, 656-658, 670-696, 699-709**	**Sonstige betriebliche Aufwendungen**	**6.233.200**	**6.494.200**	**4.453.541**
	650-651, 653-654, 656-658	Sonstige mittelbare Personalaufwendungen	139.900	238.100	184.816
	670-679	Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten	5.749.600	5.696.200	4.102.483
	680-689	Aufwendungen für Kommunikation, Dokumentation, Information, Reisen, Werbung	325.000	537.300	134.701
	690-696, 699	Aufwendungen für Beiträge und Sonstiges sowie Wertkorrekturen und periodenfremde Aufwendungen	18.200	18.200	31.045
	700-709	Betriebliche Steuern	500	4.400	496
8a	**718**	**Aufwendungen aus Produktabgeltung**	**–**	**–**	**–**
		Betriebsaufwand	**24.009.200**	**26.627.500**	**30.874.267**
		Eigenergebnis	**-87.300**	**-110.300**	**-8.927.982**

Kapitel 05 40 / Buchungskreisnummer 2420
Gerichte für Arbeitssachen

W i r t s c h a f t s p l a n

E r f o l g s p l a n

Pos.	VKR	Bezeichnung	Soll 2009 EUR	Soll 2008 EUR	Ist 2007 EUR
9	540-543, 545-549	betriebliche Erträge aus Transferleistungen	87.300	110.300	267.155
10	550-559	Steuererträge und steuerähnliche Erträge	–	–	–
		Steuererträge und Leistungsabgeltung	87.300	110.300	267.155
11	710-717, 719	Betrieblicher Aufwand aus Transferleistungen	–	–	–
12	720-729	Steueraufwand und ähnliche Aufwendungen	–	–	–
		Leistungstransfers	–	–	–
		Steuer- und Leistungsergebnis	87.300	110.300	267.155
		Verwaltungsergebnis	–	–	-8.660.827
13	560-569	Erträge aus Beteiligungen und anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	–	–	–
14	570-579	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	–	–	–
		Finanzertrag	–	–	–
15	740-749	Abschreibungen auf Finanzanlagen und Wertpapiere des Umlaufvermögens und Verluste aus entsprechenden Abgängen	–	–	–
16	750-769	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	–	–	–
		Finanzaufwand	–	–	–
		Finanzergebnis	–	–	–
		Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	–	–	-8.660.827
17	590-599	Außerordentliche Erträge, Erträge aus Verlustübernahme	240.000	–	9.705.003
		Außerordentlicher Ertrag	240.000	–	9.705.003
18	665, 668-669, 697-698, 730-739, 790-799	Außerordentlicher Aufwand, Aufwand aus Gewinnabführungen, Aufwendungen für sonstige Leistungen Dritter	240.000	–	497.047
		Außerordentlicher Aufwand	240.000	–	497.047
		Außerordentliches Ergebnis	–	–	9.207.956
19	580-589	(durchlaufende) Erträge aus Zuwendungen, Zuschüsse für Investitionen und besondere Finanzeinnahmen	–	–	–
		Transferzuwendungen	–	–	–
20	780-789	(durchlaufende) Aufwendungen für Zuwendungen und Zuschüsse für Investitionen und besondere Finanzausgaben	–	–	–
		Transferzahlungen	–	–	–
		Transferergebnis	–	–	–
		Neutrales Ergebnis	–	–	9.207.956
21	770-779	Steuern vom Einkommen und Ertrag	–	–	–
		Jahresergebnis I	–	–	547.129

Kapitel 05 40 / Buchungskreisnummer 2420
Gerichte für Arbeitssachen

W i r t s c h a f t s p l a n

E r f o l g s p l a n

Pos.	VKR	Bezeichnung	Soll 2009 EUR	Soll 2008 EUR	Ist 2007 EUR
22	510, 514, 530	Verfahrenserträge	8.971.800	9.121.600	8.909.834
		Justizspezifische Erträge Verfahrensbereich	8.971.800	9.121.600	8.909.834
23	617	Verfahrensaufwendungen	6.155.000	6.565.000	6.403.800
		Justizspezifische Aufwendungen Verfahrensbereich	6.155.000	6.565.000	6.403.800
		Ergebnis Verfahrensbereich	2.816.800	2.556.600	2.506.034
24	539, 592	Außerordentliche Erträge Verfahrensbereich	100	–	51
		Außerordentliche Erträge Verfahrensbereich	100	–	51
25	668	Außerordentliche Aufwendungen Verfahrensbereich	2.891.900	4.121.600	2.891.865
		Außerordentliche Aufwendungen Verfahrensbereich	2.891.900	4.121.600	2.891.865
		Außerordentliches Ergebnis Verfahrensbereich	-2.891.800	-4.121.600	-2.891.814
26	595, 790	Ertrag/Aufwand Ausgleich JE II	75.000	1.565.000	385.780
		Ergebnisausgleich Verfahrensbereich	75.000	1.565.000	385.780
		Jahresergebnis II	–	–	–

Kapitel 05 40 / Buchungskreisnummer 2420
Gerichte für Arbeitssachen

W i r t s c h a f t s p l a n

E r l ä u t e r u n g e n E r f o l g s p l a n

1. Standarderläuterungen

Im aus der Kostenrechnung generierten Leistungsplan und dem auf der Grundlage der Finanzbuchhaltung erstellten Erfolgsplan sind kostenmindernde Erlöse unterschiedlich darzustellen. Diese Erlöse sind im Leistungsplan bereits mit Kosten saldiert ausgewiesen, während der Ausweis im Erfolgsplan entsprechend den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung nicht saldiert erfolgt.
Im Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit des Erfolgsplans sind insgesamt kostenmindernde Erlöse in Höhe von 33.900,00 EUR enthalten, die in gleicher Höhe die Kosten des Leistungsplans vermindert haben.

Entgelte zentraler Dienstleister:
Für Leistungen zentraler Dienstleister sind in den Aufwandpositionen des Erfolgsplans folgende Beträge geplant worden:

Oberfinanzdirektion Frankfurt am Main (KfZ-Selbstversicherung)	200,00 EUR
Hessisches Immobilienmanagement (HI)	3.684.200,00 EUR
Hessische Zentrale für Datenverarbeitung (HZD)	959.400,00 EUR
Hessisches Competence Center (HCC)	292.300,00 EUR
Hessische Bezügestelle (HBS)	65.100,00 EUR

Zu Pos. 6: Im Personalaufwand sind folgende Rückstellungen enthalten:

Beitrag an die Vorsorgekasse	1.603.000,00 EUR
Rückstellungen für Überstunden	12.200,00 EUR
Rückstellungen für Urlaub	123.800,00 EUR
Rückstellungen für Altersteilzeit Beamte	3.000,00 EUR

Neutrale Aufwendungen / Erträge
Für das Haushaltsjahr 2009 wurde eine Rücklagenauflösung als neutrale Aufwendung und neutraler Ertrag in Höhe von jeweils 240.000 EUR eingeplant.

Jahresergebnis II:
Im Jahresergebnis II werden alle durch Verfahrenskostenträger (Rechtssprechung) verursachten Erträge und Aufwendungen gesondert dargestellt. Aufgrund der Sonderstellung (richterliche Unabhängigkeit) wird hier die Differenz zwischen Erträgen und Aufwendungen durch einen Zuführungs- oder Abführungsbetrag an den Landeshaushalt ausgeglichen.

2. Erläuterungen zu Einzelpositionen

Zu Pos. 1:
VKR 510-518
Für das Plan-Jahr 2009 sind Gebühren und Leistungsentgelte aus Verwaltungstätigkeit in Höhe von 32.400 EUR geplant.

Zu Pos. 1a:
VKR 544

Die Erträge aus Produktabgeltung sind für das Planjahr 2009 niedriger als für das Planjahr 2008 bzw. als der Ist-Wert 2007, da die Produktabgeltung abhängig von der Aufwandshöhe ist. Die Aufwendungen des Planjahres 2009 fallen gegenüber den Vorjahren unter anderem deswegen geringer aus, da eine Umstellung von der Planung von Rückstellungen für Pensions- und Beihilferückstellungen auf die Planung einer Vorsorgeprämie stattgefunden hat.

Zu Pos. 4:
VKR 530/539
Der im Ist-Jahr 2007 gebuchte Betrag setzt sich zum größten Teil aus der Auflösung von Pensions- und Beihilferückstellungen infolge des Ausscheidens von Mitarbeitern und Erstattungen aus dem Integrationsfonds zur Integration und Beschäftigung schwerbehinderter Menschen und Gleichgestellter zusammen.
Die Auflösung von Rückstellungen für Prozesskostenrisiken wirkt sich ebenfalls erhöhend auf den Ertrag aus.
Im Ist-Wert 2007 sind unter anderem auch einmalige Rückerstattungen des Hessischen Immobilienmanagements aus Miet- und Nebenkostenabrechnungen der Vorjahre enthalten.

Der Planwert 2009 ergibt sich aus folgenden Positionen:

Erträge Integrationsfonds schwerbehinderter Menschen	20.000,00 EUR
Erträge private Mitbenutzung staatlicher Einrichtungen	1.500,00 EUR

Zu Pos. 5:
VKR 605
Unter diesen Kontengruppen werden die Aufwendungen für die Treibstoffe der Dienstwagen erfasst.
Aufwendungen für Strom und Wasser werden seit dem Übergang der Liegenschaften an das Hessische Immobilienmanagement nicht mehr hier geplant, sondern sind nunmehr in den Mietnebenkosten (siehe Pos. 8) enthalten.

VKR 606-609
Hierunter fallen u.a. folgende Positionen:

Materialaufwand Datenverarbeitung und Telekommunikation:	302.100,00 EUR
Sonstiger Materialaufwand:	18.500,00 EUR
Büromaterial:	114.000,00 EUR
Kosten für Formulare und Vordrucke:	34.000,00 EUR

VKR 616
Hierunter fallen u.a. folgende Positionen:

Instandhaltung/ Wartung Gebäude und Grundstücke:	5.000,00 EUR
Instandhaltung/ Wartung bewegliche Anlagegüter:	20.100,00 EUR
Instandhaltung/ Wartung Fuhrpark:	1.000,00 EUR
Instandhaltung/ Wartung PC und Zubehör:	100,00 EUR
Softwarepflege und Wartung:	77.600,00 EUR
Sonstige Instandhaltung/ Wartung:	4.600,00 EUR

VKR 610-615, 617, 619
Hierunter fallen u.a. Aufwendungen für:

Bekanntmachungen:	1.200,00 EUR
Medizinische Untersuchungen/ Gutachten:	1.100,00 EUR

Zu Pos. 6:
VKR 627-632

W i r t s c h a f t s p l a n

In der Position Gehälter sind u.a. folgende Positionen enthalten:

Grundgehalt:	3.563.900,00 EUR
Familienzuschlag:	1.274.700,00 EUR
Weihnachtsgeld:	352.100,00 EUR
Zulagen:	306.000,00 EUR

VKR 633-638
In der Position Bezüge sind u.a. folgende Positionen enthalten:

Beamtengrundbezug:	6.369.500,00 EUR
Sonderzulage:	337.500,00 EUR
Familienzuschlag:	199.400,00 EUR
Rückstellung Altersteilzeit:	3.000,00 EUR

VKR 639
Hier werden u. a. Entschädigungen/ Unterrichtsvergütungen für Prüf- und Lehrtätigkeiten im Rahmen der nebenamtlichen Ausbildung geplant.

Der Planwert 2009 ist geringer als der Ist-Wert 2007, da im Jahr 2007 eine Einmalzahlung an Beamte und Tarifpersonal gewährt wurde.

VKR 640-649
Der veränderte Wert im Plan-Jahr 2009 gegenüber dem Ist-Jahr 2007 resultiert aus der Neuorganisation der Versorgungsverpflichtungen (einschließlich Beihilfe) ab dem Jahr 2008 an zentraler Stelle in der Vorsorgekasse. Die bisher vom HMdF/ Fachlichen HCC (F-HCC) personenbezogen ermittelten Werte für Pensions- und Beihilferückstellungen werden durch eine Vorsorgeprämie, die durch die Vorsorgekasse laufbahngruppenspezifisch jährlich neu ermittelt wird, abgelöst.

Kalkulationsbestandteile dieser Vorsorgeprämie sind:
- die fiktive Nettoprämie für die Pensionsverpflichtungen
- die fiktive Nettoprämie für die Beihilfeverpflichtungen
- Beihilfeaufwendungen für Aktive
- die zentralen Verwaltungskosten

Die Prämie beträgt:

- für Beamte des höheren Dienstes:	11.200,00 EUR
- für Beamte des gehobenen Dienstes:	9.000,00 EUR
- für Beamte des mittleren und einfachen Dienstes:	8.800,00 EUR

VKR 652, 655, 659
Unter anderem werden hier Aufwendungen für folgende Posten geplant:

Aufwendungen für Dienstjubiläen:	7.600,00 EUR

Zu Pos. 8:
VKR 650-651, 653-654, 656
Bei diesem Planwert handelt es sich um Leistungen an den zentralen Dienstleister Unfallkasse Hessen. Die Beitragsleistungen wurden über das Tarifpersonal mandantenbezogen zugeordnet.

Entgelt an Unfallkasse Hessen	40.300,00 EUR

Die Differenz zum Ist-Wert 2007 ergibt sich daraus, dass die Aufwendungen aus zwischenbehördlichen Leistungen erst ab dem Jahr 2008 vollständig abgebildet werden.

VKR 670-679

W i r t s c h a f t s p l a n

Die Erhöhung des Plan-Wertes 2009 im Vergleich zum Ist-Wert 2007 ist unter anderem mit einer Erhöhung des Dienstleistungsentgeltes an die Hessische Bezügestelle und einer Erhöhung der Zahlungen an das Hessische Immobilienmanagement für Miete, Nebenkosten und Dienstleistungsentgelte zu erklären.

In dieser Position sind unter anderen folgende Werte eingeplant:

a) Entgelte an zentrale Dienstleister:	
Hessisches Immobilienmanagement:	3.684.200,00 EUR
davon Mietkosten:	2.365.700,00 EUR
davon Mietnebenkosten:	1.318.500,00 EUR
Hessisches Competence Center für Neue Verwaltungssteuerung:	292.300,00 EUR
Hessische Zentrale für Datenverarbeitung:	959.400,00 EUR
Hessische Bezügestelle:	65.100,00 EUR
b) Aufwendungen für Leasing und Mieten:	34.200,00 EUR
c) IT-Dienstleistungen:	417.800,00 EUR
d) Umzugsdienstleistungen	36.900,00 EUR

Für den Umzug in das neue Justiz- und Verwaltungszentrum, der planmäßig im September 2009 stattfinden soll, sind Kosten in Höhe von 36.900,- EUR eingeplant.

VKR 680-689

Unter die Position Aufwendungen für Kommunikation, Dokumentation, Information, Reisen und Werbung fallen unter anderem folgende Einzelpositionen:

Fachzeitschriften, Fachliteratur:	132.000,00 EUR
Lehr- und Lernmittel:	6.000,00 EUR
Reisekosten:	68.000,00 EUR
Telefonkosten:	16.000,00 EUR

Weiter enthalten sind 800,00 Euro zur Verfügung der Behördenleitung für außergewöhnlichen Aufwand aus dienstlicher Veranlassung in besonderen Fällen. Die Aufwendungen sind im Einzelnen zu belegen. Eine pauschale Auszahlung ist nicht zulässig. Außerdem steht dieser Betrag für dienstlich veranlasste, sachangemessene Bewirtungen, insbesondere anlässlich der Einweihung von Dienstgebäuden, dem Wechsel von Führungspersonal oder im Rahmen von Sitzungen und Tagungen zur Verfügung.
Die Ansätze sind verbindlich.

VKR 690-696, 699

Enthält unter anderem den Beitrag zur Kfz-Selbstversicherung in Höhe von 200,00 EUR.
Ferner sind hier Zuschüsse zu Verbänden und Vereinen in Höhe von 18.000,00 EUR enthalten (z.B. für Vereine zur Schulung ehrenamtlicher Richter).

VKR 700-709

Aufwendungen für die Kfz-Steuer in Höhe von 500,00 EUR.

Zu Pos. 9:

VKR 540-543 und 545-549

Bei den im Ist-Jahr 2007 erfassten Beträgen handelt es sich um Erstattungen von Personalkosten im Rahmen der Abordnung an Bundesbehörden und Zuweisungen von öffentlichen Trägern für die Neueinstellung von Schwerbehinderten sowie um Zuweisungen der Bundesagentur für Arbeit für die Beschäftigung von Arbeitslosen im Rahmen der Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung nach §§ 91 ff. Arbeitsförderungsgesetz.

W i r t s c h a f t s p l a n

Im Plan-Jahr 2009 sind verschiedene Zuweisungen der Bundesagentur für Arbeit berücksichtigt.

Darüber hinaus sind hier die Erträge aus zwischenbehördlicher Leistungsverrechnung für die Abordnung an andere Buchungskreise des Einzelplans 05 in Höhe von 75.300,00 EUR berücksichtigt.

Zu Pos. 17:
VKR 590-599
Der Betrag, welcher im Ist-Wert 2007 ausgewiesen wird, setzt sich aus einem einmaligen "Effekt" aus der Umstellung der Rückstellungen für Pensions- und Beihilferückstellungen auf die Vorsorgeprämie zusammen.

Einmaleffekt Beihilferückstellung:	577.500,00 EUR
Einmaleffekt Pensionsrückstellung:	7.082.800,00 EUR

Ferner erfolgte im Jahr 2007 eine einmalige Buchung zur Neutralisation der globalen Mehrausgaben für Besoldungs- und Vergütungserhöhungen von Beamten und Tarifpersonal, welche zentral im Einzelplan 17 veranschlagt war.

Neutralisation globale Mehrausgabe Besoldung	88.000,00 EUR
Neutralisation globale Mehrausgabe Vergütung	130.000,00 EUR

Für das Jahr 2009 wurden als Entnahme aus der kameralen Rücklage 240.000,00 EUR eingeplant.

Zu Pos. 18:
VKR 665, 668-669, 697-698, 730-739, 790-788
Für das Jahr 2009 wurden als Aufwand für die Inanspruchnahme aus der kameralen Rücklage 240.000,00 EUR eingeplant.

3. Jahresergebnis II

Zu Pos. 22:
VKR 510, 514, 530
Die geplanten Werte für das Planjahr 2009 sind aus einer Prognose zur Entwicklung der Ist-Zahlen im Verfahrensbereich abgeleitet.

Zu Pos. 23:
VKR 617
Die geplanten Werte für das Planjahr 2009 sind aus einer Prognose zur Entwicklung der Ist-Zahlen im Verfahrensbereich abgeleitet.

Zu Pos. 24:
VKR 539, 592
In dieser Position sind periodenfremde Erträge enthalten. Diese stammen beispielsweise aus unanbringlichen Geldern aus dem Verfahrensbereich oder aus erhaltenen Rückzahlungen aus dem nicht-budgetierten Bereich (z.B. Rückzahlung Postalia).

Zu Pos. 25:
VKR 668
In dieser Position wurden Abschreibungen auf Forderungen von Gerichtskosten eingeplant. Der Plan-Wert wurde aus den Durchschnittswerten der Vorjahre abgeleitet.

Kapitel 05 40 / Buchungskreisnummer 2420
Gerichte für Arbeitssachen

W i r t s c h a f t s p l a n

Abschreibungen auf Forderungen PKH (Prozesskostenhilfe):	147.700,00 EUR
Abschreibungen auf Forderungen Gerichtskosten:	2.740.600,00 EUR
Summe:	2.888.300,00 EUR

Kapitel 05 40 / Buchungskreisnummer 2420
Gerichte für Arbeitssachen

W i r t s c h a f t s p l a n

F i n a n z p l a n

VKR	Bezeichnung	Soll 2009 EUR	Soll 2008 EUR	Ist 2007 EUR
Mittelverwendung				
Investitionen in immaterielle Werte, Geschäftsbetrieb		**–**	**–**	**3.400**
000-049	Ausstehende Einlagen, immaterielle Wirtschaftsgüter	–	–	3.400
Investitionen in Grundstücke, Gebäude, Infrastruktur		**–**	**30.000**	**–**
050-069, 091, 096	Grundstücke, Gebäude, Infrastruktur, Anzahlungen auf Infrastruktur, Infrastruktur im Bau	–	30.000	–
Investitionen in Anlagen, Maschinen, BGA		**745.300**	**270.000**	**191.000**
070-089, 090, 095	Anlagen, Maschinen, BGA einschließlich Anzahlungen und Anlagen im Bau	745.300	270.000	191.000
Investitionen in Finanzanlagen		**–**	**–**	**–**
100-169	Beteiligungen, Ausleihungen, Wertpapiere	–	–	–
Mittelverwendung zusammen		**745.300**	**300.000**	**194.400**
Mittelherkunft				
Eigenfinanzierung				
360-362	Sonderposten aus bedingt rückzahlbaren Investitionszuweisungen/ -zuschüssen von Gebietskörperschaften	–	–	–
365-367	Sonderposten aus nicht rückzahlbaren Investitionszuweisungen/ -zuschüssen von Gebietskörperschaften	–	–	–
Fremdfinanzierung				
430	Verbindlichkeiten aus Zuweisungen und Zuschüssen (originäre Leistungen und durchlaufende Mittel) und Investitionszuschüssen gegenüber Gebietskörperschaften	–	–	–
431	Verbindlichkeiten aus Zuweisungen und Zuschüssen (originäre Leistungen und durchlaufende Mittel) und Investitionszuschüssen gegenüber dem sonstigen öffentlichen Bereich	–	–	–
432	Verbindlichkeiten aus Zuweisungen und Zuschüssen (originäre Leistungen und durchlaufende Mittel) und Investitionszuschüssen gegenüber dem nicht öffentlichen Bereich	–	–	–
435	Zugang Verbindlichkeiten aus Zuweisungen und Zuschüssen und Investitionszuschüssen gegenüber Gebietskörperschaften	745.300	300.000	–
436	Verbindlichkeiten aus rückzahlbaren Zuweisungen und Zuschüssen (originäre Leistungen und durchlaufende Mittel) und Investitionszuschüssen gegenüber dem sonstigen öffentlichen Bereich	–	–	–
437	Verbindlichkeiten aus rückzahlbaren Zuweisungen und Zuschüssen (originäre Leistungen und durchlaufende Mittel) und Investitionszuschüssen gegenüber dem nicht öffentlichen Bereich	–	–	–
Deckungsmittel zusammen		**745.300**	**300.000**	**–**

W i r t s c h a f t s p l a n

E r l ä u t e r u n g e n F i n a n z p l a n

Erläuterungen zu Einzelpositionen

Zu VKR 070-089, 090, 095:
In dieser Position sind sowohl Investitionen im Bereich der Informationstechnologie, als auch für Büroausstattung enthalten. Die einzelnen Werte sind nachstehender Aufstellung zu entnehmen:

Investitionen für Informationstechnologie:

Reinvestitionen Hard- und Software	346.600,00 EUR
Spracherkennung	6.800,00 EUR
EUREKA	135.000,00 EUR

Für die Neuausstattung im Rahmen des Umzuges in das neue Justiz- und Verwaltungszentrum Wiesbaden sind Investitionen in die IT-Ausstattung in Höhe von ca. 128.600,00 EUR geplant.

Büroausstattung:

Möbelausstattung von Büros (Reinvestitionen bzw. Neuausstattung)	248.600,00 EUR
Sonstige Anlagen	8.300,00 EUR

Für die Neuausstattung im Rahmen des Umzuges in das neue Justiz- und Verwaltungszentrum Wiesbaden sind sonstige Investitionen in Höhe von ca. 171.400,00 EUR geplant.

Gesamtsumme Investitionen	**745.300,00 EUR**

Die Investitionen werden in Höhe von 745.300,00 EUR aus der Hauptgruppe 8 finanziert.

Kapitel 05 40 / Buchungskreisnummer 2420
Gerichte für Arbeitssachen

W i r t s c h a f t s p l a n

Ü b e r l e i t u n g s r e c h n u n g

	Bezeichnung	Soll 2009 EUR	Soll 2008 EUR
+	Produktabgeltung lt. Leistungsplan	23.868.000	26.483.300
–	Entnahme kamerale Rücklage	240.000	–
+	Investitionen lt. Finanzplan	745.300	300.000
–	Abschreibungen	816.500	570.700
–	Zuführungen zur Rückstellung / Rückstellungen für Altersteilzeit	139.000	22.200
+	Auflösung der Rückstellung / Rückstellungen für Altersteilzeit	–	–
–	Verbindlichkeiten gegenüber Sozialversicherungsträgern	–	–
+/–	Neutrales Ergebnis	–	–
+	Zuführung aus dem Landeshaushalt (Verfahrensbereich)	75.000	1.565.000
	Kameraler Zuschuss (+) / Überschuss (-)	23.492.800	27.755.400

Kapitel Titel Funkt.-Kennziffer	ZWECKBESTIMMUNG ERLÄUTERUNGEN	Ansatz 2009 EUR	Ansatz 2008 EUR	IST 2007 EUR

05 40 Gerichte für Arbeitssachen

1. Die Titel der Hauptgruppen 4 bis 6 und 9 sind mit Ausnahme der Titel 412, 529 und 536 gegenseitig deckungsfähig und einseitig deckungsfähig zu Gunsten der Hauptgruppe 8. Die Titel 412 und 536 sowie die Titel der Hauptgruppe 8 sind jeweils gegenseitig deckungsfähig.
2. Mindereinnahmen reduzieren, Mehreinnahmen erhöhen die Ausgabeermächtigung deckungsfähiger Ansätze im Sinne der Nr. 1 mit Ausnahme des Titels 112.
3. Außerhalb der laufenden Geschäfte anfallende Mehreinnahmen dürfen nur mit Zustimmung des Ministeriums der Finanzen verwendet werden.
4. Stellenpläne und -übersichten bleiben verbindlich. Vorübergehende qualitative Abweichungen von den Stellenübersichten für Angestellte und Arbeiter sind ohne tarifliche Bindungswirkung zulässig; über die Änderung der Stellenübersichten wird im nächsten Haushaltsplan entschieden.
5. Zu Titel 112: Vergleiche auch Vermerk zu den Titeln 412 und 536.
6. Zu Titel 412 und 536: Die Ausgabeermächtigungen dieser Titel erhöhen sich im Rahmen der Mehreinnahmen bei Titel 112.
7. Zu Titel 681: Hieraus können auch Entschädigungen aus Billigkeitsgründen gewährt werden.

E I N N A H M E N

Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dergleichen (Eigene Einnahmen)

111 00	054	Gebühren, sonstige Entgelte	32 400	32 400	5 060
112	054	Geldstrafen und Geldbußen	6 080 000	5 000 000	5 655 723
119	054	Sonstige Verwaltungseinnahmen Bei Warenautomaten, die an Orten aufgestellt sind, die ausschließlich Bediensteten zugänglich sind oder in aller Regel nur von Bediensteten aufgesucht werden, darf der Teil der Vergütung für das Gestatten der Aufstellung von Warenautomaten, der über die Kostendeckung für die benötigten Wand- und Bodenflächen sowie für den Stromverbrauch bei elektrisch betriebenen Automaten hinausgeht, für Zwecke der Betriebsgemeinschaften verwendet werden. Der Betrag ist durch Absetzen von den Einnahmen an den Personalrat zu verausgaben.	1 500	1 500	142 407
124	054	Mieten und Pachten	—	—	467
132	054	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen	—	—	—

Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen (Übertragungseinnahmen)

231	054	Sonstige Zuweisungen vom Bund	—	—	128 740
235	054	Sonstige Zuweisungen von Sozialversicherungsträgern sowie von der Bundesagentur für Arbeit	—	—	520
261	052	Schuldendiensthilfen und Erstattungen von Verwaltungsausgaben aus dem Inland	—	—	—
n e u 281	054	**Sonstige Erstattungen aus dem Inland**	—	—	4 469

Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen; besondere Finanzierungseinnahmen (Vermögenswirksame und besondere Finanzierungseinnahmen)

359	951	Sonstige Entnahmen	240 000	—	50 000
381	991	Verrechnungen zwischen Kapiteln	32 000	—	—
389	991	Sonstige Verrechnungen	75 300	110 300	138 245

Kapitel 05 40
Gerichte für Arbeitssachen

Kapitel Titel / Funkt.-Kennziffer	ZWECKBESTIMMUNG ERLÄUTERUNGEN	Ansatz 2009 EUR	Ansatz 2008 EUR	IST 2007 EUR
	Gesamteinnahmen Kapitel 05 40	6 461 200	5 144 200	6 125 631

Kapitel 05 40
Gerichte für Arbeitssachen

Kapitel Titel / Funkt.-Kennziffer		ZWECKBESTIMMUNG ERLÄUTERUNGEN	Ansatz 2009 EUR	Ansatz 2008 EUR	IST 2007 EUR
		AUSGABEN			
		Personalausgaben			
412	054	Aufwendungen für ehrenamtlich Tätige	355 000	365 000	355 456
422	054	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter	7 003 200	6 891 600	7 217 845
425	054	Vergütungen der Angestellten	7 496 000	7 430 400	7 149 248
426	054	Löhne der Arbeiterinnen und Arbeiter	—	—	—
427	054	Beschäftigungsentgelte, Aufwendungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige	136 100	67 200	161 952
neu 443	011	**Fürsorgeleistungen und Unterstützungen**	—	—	—
453	054	Trennungsgeld, Umzugskostenvergütungen	—	10 200	9 669
459	054	Sonstige personalbezogene Ausgaben	—	—	—
		Sächliche Verwaltungsausgaben, Ausgaben für den Schuldendienst			
511	054	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	744 900	317 000	581 731
514	054	Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dgl.	4 500	146 400	3 981
517	054	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	1 324 500	34 000	1 079 736
518	054	Mieten und Pachten	2 399 900	3 878 500	1 830 394
519	054	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	5 000	4 200	105 063
525	054	Aus- und Fortbildung	105 600	57 800	56 927
526	054	Sachverständige, Gerichts- und ähnliche Kosten	—	17 200	567
527	054	Dienstreisen	68 000	15 200	11 018
529	054	Verfügungsmittel	800	800	735
neu 531	054	**Ausgaben für Veröffentlichungen, Dokumentation und Öffentlichkeitsarbeit**	—	—	—
533	054	Sachaufwand der Ausbildung, Prüfung und Fortbildung Außenstehender	—	—	460
536	054	Verfahrensauslagen	5 800 000	6 200 000	5 881 049
537	054	Beförderungskosten	36 900	86 600	100 611
538	054	Sonstige Dienstleistungen und Gestattungen	769 500	1 110 200	700 077

Kapitel Titel Funkt.-Kennziffer	ZWECKBESTIMMUNG ERLÄUTERUNGEN	Ansatz 2009 EUR	Ansatz 2008 EUR	IST 2007 EUR
545 054	Aufwendungen des Landtags und der Landesregierung aus dienstlicher Veranlassung	—	16 000	—
546 054	Vermischter Sachaufwand	600	10 900	2 047
	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen (Übertragungsausgaben)			
681 054	Renten, Unterstützungen und sonstige Geldleistungen an natürliche Personen	—	—	590
684 054	Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen (ohne öffentliche Einrichtungen)	18 000	18 000	7 738
	Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen (Sonstige Investitionsausgaben)			
811 054	Erwerb von Fahrzeugen	—	—	—
812 054	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	778 600	300 000	726 181

Verpflichtungsermächtigung

Haushaltsjahr	EUR
2010	80 000
2011	80 000
2012	80 000
2013ff	—
Gesamtverpflichtung	240 000

	Besondere Finanzierungsausgaben			
919 951	Sonstige Zuführungen	—	—	—

Erläuterungen:

Der Bestand der kameralen Rücklage zum 31.12.2007 beträgt konsumtiv 487.783 EUR und investiv 54.356 EUR.

981 991	Verrechnungen zwischen Kapiteln	1 643 300	4 727 000	332 788
989 991	Sonstige Verrechnungen	1 263 600	1 195 400	346 668
	Weggefallene Titel			
542 00 054	Steuern und Abgaben	—	—	—
711 00 054	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	—	—	—
	Gesamtausgaben Kapitel 05 40	29 954 000	32 899 600	26 662 532

Kapitel Titel / Funkt.-Kennziffer	ZWECKBESTIMMUNG ERLÄUTERUNGEN	Ansatz 2009 EUR	Ansatz 2008 EUR	IST 2007 EUR

Abschluss Kapitel 05 40

0	Steuern und steuerähnliche Abgaben	—	—	—
1	Eigene Einnahmen	6 113 900	5 033 900	5 803 657
2	Übertragungseinnahmen	—	—	133 729
3	Vermögenswirksame und besondere Finanzierungseinnahmen	347 300	110 300	188 245
Gesamteinnahmen		6 461 200	5 144 200	6 125 631
4	Personalausgaben	14 990 300	14 764 400	14 894 170
5	Sächliche Verwaltungsausgaben	11 260 200	11 894 800	10 354 396
	Ausgaben für den Schuldendienst	—	—	—
6	Übertragungsausgaben	18 000	18 000	8 328
7	Baumaßnahmen	—	—	—
8	Sonstige Investitionsausgaben	778 600	300 000	726 181
9	Besondere Finanzierungsausgaben	2 906 900	5 922 400	679 456
Gesamtausgaben		29 954 000	32 899 600	26 662 532
Zuschuss/Überschuss		-23 492 800	-27 755 400	-20 536 901

W i r t s c h a f t s p l a n

Gerichte der Sozialgerichtsbarkeit

A. Vorbemerkungen

Die hessische Sozialgerichtsbarkeit besteht aus dem Hessischen Landessozialgericht in Darmstadt und den sieben hessischen Sozialgerichten in Darmstadt, Frankfurt am Main, Fulda, Gießen, Kassel, Marburg und Wiesbaden. Die Gerichte der Sozialgerichtsbarkeit entscheiden über öffentlich rechtliche Streitigkeiten u. a. in Angelegenheiten der gesetzlichen Rentenversicherung, der gesetzlichen Krankenversicherung, der sozialen Pflegeversicherung, der gesetzlichen Unfallversicherung, der Arbeitsförderung einschließlich der übrigen Aufgaben der Bundesagentur für Arbeit, der Sozialversicherung, des sozialen Entschädigungsrechts, der Sozialhilfe und des Asylbewerberleistungsgesetzes. (vgl. § 51 Sozialgerichtsgesetz - SGG).

B. Bewirtschaftungsvermerke

Allgemein

Die Bewirtschaftung richtet sich insbesondere nach den §§ 7a, 70 bis 72 und 74 bis 80 LHO und den dazu ergangenen Verwaltungsvorschriften.

Leistungsplan

Überschreitungen oder Unterschreitungen von Mengen und Kosten je Produkt sind im Rahmen der gesamten Produktabgeltung zulässig. Die Verfahrenskosten werden außerhalb des Produktes nachrichtlich ausgewiesen.

Die in den Produktblättern aufgeführten Kennzahlen bzw. Kennzahlendefinitionen sind noch nicht verbindlich. Die festgelegten Vorgaben und Kennzahlen sollen nach Möglichkeit erreicht werden.

Erfolgsplan

Die Verfahrenskosten gemäß Jahresergebnis II unterliegen nicht der Produktabgeltung. 50 von Hundert des Jahresüberschusses aus laufenden Geschäften können in eine Gewinnrücklage eingestellt werden (dies gilt nicht für das Jahresergebnis II). Im Übrigen erfolgt eine Gewinnabführung an den Landeshaushalt.

Finanzplan

-

Kapitel 05 50 / Buchungskreisnummer 2470
Gerichte der Sozialgerichtsbarkeit

W i r t s c h a f t s p l a n

L e i s t u n g s p l a n

- Beträge in 1.000 EUR -

Nr	neu / weg-gef.	Bezeichnung	Soll 2009				
			Menge	Gesamt-kosten	Eigene Erlöse	Produkt-abgeltung	Ergebnis
Produkte							
1		Bereitstellung Rechtsprechungspotential Hessisches Landessozialgericht Richter	35,0	6.233,3	0,7	6.232,6	–
2		Bereitstellung Rechtsprechungspotential Sozialgerichte Richter	73,0	15.482,2	0,7	15.481,5	–
		Summe Produkte		**21.715,5**	**1,4**	**21.714,1**	**–**
Zwischenbehördliche Leistungen							
	weg	Liegenschaften	–	–	–	–	–
1		Abordnungen	1,0	75,3	75,3	–	–
		Summe Zwischenbehördliche Leistungen		**75,3**	**75,3**	**–**	**–**
		Gesamtsumme		**21.790,8**	**76,7**	**21.714,1**	**–**

Nr	neu / weg-gef.	Verfahrenskostenträger*	Soll 2009				
			Menge	Gesamt-kosten	Eigene Erlöse	Zu-/ Abführung	Ergebnis
1		Verfahrenskostenträger	–	8.051,4	2.536,4	5.515,0	–
		Summe		**8.051,4**	**2.536,4**	**5.515,0**	**–**

* Die Beträge in der folgenden Darstellung enthalten - im Gegensatz zum Bereich Produkte, Projekte, externe und zwischenbehördliche Leistungen - zusätzlich zu betriebsbedingten Kosten und Erlösen auch CO-neutrale Bestandteile.

Kapitel 05 50 / Buchungskreisnummer 2470
Gerichte der Sozialgerichtsbarkeit

W i r t s c h a f t s p l a n

L e i s t u n g s p l a n

- Beträge in 1.000 EUR -

Soll 2008					Ist 2007				
Menge	Gesamt-kosten	Eigene Erlöse	Produkt-abgeltung	Ergebnis	Menge	Gesamt-kosten	Eigene Erlöse	Produkt-abgeltung	Ergebnis
35,0	6.736,0	1,0	6.735,0	–	30,0	5.634,8	0,7	8.705,5	3.071,4
69,0	17.904,0	1,0	17.903,0	–	69,0	14.632,7	0,5	10.498,3	-4.133,9
	24.640,0	**2,0**	**24.638,0**	**–**		**20.267,5**	**1,2**	**19.203,8**	**-1.062,5**
–	–	–	–	–	–	0,1	–	0,1	–
1,0	98,0	98,0	–	–	–	–	–	–	–
	98,0	**98,0**	**–**	**–**		**0,1**	**–**	**0,1**	**–**
	24.738,0	**100,0**	**24.638,0**	**–**		**20.267,6**	**1,2**	**19.203,9**	**-1.062,5**

Soll 2008					Ist 2007				
Menge	Gesamt-kosten*	Eigene Erlöse*	Zu-/ Abführung*	Ergebnis*	Menge	Gesamt-kosten*	Eigene Erlöse*	Zu-/ Abführung*	Ergebnis*
–	8.249,0	3.684,0	4.565,0	–	–	8.437,0	2.721,2	5.715,8	–
	8.249,0	**3.684,0**	**4.565,0**	**–**		**8.437,0**	**2.721,2**	**5.715,8**	**–**

W i r t s c h a f t s p l a n

L e i s t u n g s p l a n - E r l ä u t e r u n g - P r o d u k t b l a t t

Erläuterungen zu Produkt Nr. 1 :
Bereitstellung Rechtsprechungspotentiale Richter Hessisches Landessozialgericht

1. Erbringer

Justiz- und Gerichtsverwaltung des Hessischen Landessozialgerichts

2. Rechtsgrundlage oder sonstige Grundlage

- Gewaltenteilungsprinzip (Art. 20 Abs. 2 Satz 2 Grundgesetz)
- Sozialstaatsprinzip (Art. 20 Abs.1 Grundgesetz)
- Rechts(schutz)gewährungsanspruch (Art. 19 Abs. 4, 20 Abs. 3 Grundgesetz)
- Unabhängigkeit der Richter (Art. 97 Abs. 1 Grundgesetz, § 1 Gerichtsverfassungsgesetz)
- Sozialgerichtsgesetz (SGG), Sozialgesetzbuch (SGB), sonstige Bundesgesetze

3. Produkt- und Leistungsbeschreibung

3.1 Beschreibung des Produkts

Das Produkt ist die Summe aller Leistungen der Justiz- und Gerichtsverwaltung für die Bereitstellung von Rechtsprechungspotentialen zur Erledigung der Aufgaben der Richterinnen und Richter des Hessischen Landessozialgerichts.

3.2 Leistungen zum Produkt

Zum Produkt gehören folgende Leistungen:

- Personalkosten Richter
- Sachkosten Richter
- Unterstützung Rechtsprechung
- Vorgangsbearbeitung inklusive großes Schreibwerk
- Protokolldienst
- Rechtsprechungsdokumentation
- Pauschgebühren/Entschädigungen
- Kostenfestsetzung

4. Bezug zu politischen Zielen

Effektive Rechtsschutzgewährung sowie effiziente Justiz- und Gerichtsverwaltung auf hohem Qualitätsniveau garantieren und effektive Strafverfolgung sowie Rechtssicherheit gewährleisten.

5. Empfänger

- Hessischer Landtag (stellvertretend für die Bürger)
- Rechtsprechende Gewalt

6. Zählgröße / Mengen im Haushaltsjahr

Zählgröße	Soll 2009	Soll 2008	Ist 2007
Anzahl Richter und Richterinnen des Hessischen Landessozialgerichts	35	35	30

7. Kostenzusammensetzung / Stückkosten / Preis

W i r t s c h a f t s p l a n

L e i s t u n g s p l a n - E r l ä u t e r u n g - P r o d u k t b l a t t

Das Produkt umfasst die Sach- und Personalkosten, soweit sie zur Bereitstellung von Rechtsprechungspotentialen durch die Justiz- und Gerichtsverwaltung erforderlich sind. Die Verfahrenseinnahmen und -ausgaben sind nicht Bestandteil der Produktkosten.

Kostenartenschichtung (in EUR)

Kostenarten	**Soll 2009** EUR	**Soll 2008** EUR	**Ist 2007** EUR
Personalkosten	4.162.143	4.572.327	3.493.243
Sachkosten	530.699	393.345	440.720
Kalkulatorische Kosten	87.157	67.870	85.662
Sonstige Kosten *	1.453.292	1.702.504	1.615.211
Gesamtkosten	**6.233.291**	**6.736.046**	**5.634.836**
Erlöse	700	700	739
Produktabgeltung	6.232.591	6.735.346	8.705.491
Ergebnis	**–**	**–**	**3.071.394**

* Kosten der innerbehördlichen Leistungsverrechnung

Stückkosten (in EUR)

Gesamtkosten / Menge	**Soll 2009** EUR	**Soll 2008** EUR	**Ist 2007** EUR
	178.094,03	192.458,00	187.827,86

Preis (in EUR)

Produktabgeltung / Menge	**Soll 2009** EUR	**Soll 2008** EUR	**Ist 2007** EUR
	178.074,03	192.438,00	290.183,03

8. Produktspezifische Kennzahlen / Qualitätskennzahlen

Die Festlegung der produktspezifischen Kennzahlen ist wegen der Unabhängigkeit der Richterinnen und Richter nur insoweit bindend, als die Abläufe von der Verwaltung zu erbringen und zu verantworten sind.

8.1 Kennzahlen zur Leistungswirkung (Effektivität der Leistungen)

Vorgabe: Effektive Rechts- und Rechtsschutzgewährung garantieren

- Bereitstellungsgrad Rechtsprechungspotenziale nach Stellenplan

8.2 Kennzahlen zur Finanzwirtschaft (Effizienz der Leistungen)

Vorgabe: Produktabgeltung wirtschaftlich einsetzen

- Kosten-/Erlösabweichung

W i r t s c h a f t s p l a n

L e i s t u n g s p l a n - E r l ä u t e r u n g - P r o d u k t b l a t t

8.3 Kennzahlen zu quantitativen und qualitativen Leistungsmerkmalen

Vorgabe: Bedarfsgerechte Unterstützung der Rechtsprechung bereitstellen

- Anzahl unterstützter Richter
- Anzahl der durch IT-Administratoren betreuten Arbeitsplätze

8.4 Kennzahlen zur Prozessqualität

Vorgabe: Qualifizierung der Mitarbeiter verbessern

- Anteil der geschulten Mitarbeiter
- Anzahl durchschnittlicher Schulungstage pro Mitarbeiter

Vorgabe: Ablauforganisation verbessern

- Anzahl der Dienstbesprechungen zur Qualitätsverbesserung

8.5 Kennzahlen zur Kundenperspektive

-

W i r t s c h a f t s p l a n

L e i s t u n g s p l a n - E r l ä u t e r u n g - P r o d u k t b l a t t

Erläuterungen zu Produkt Nr. 2 :
Bereitstellung Rechtsprechungspotentiale Richter Sozialgerichte

1. Erbringer

Justiz- und Gerichtsverwaltungen des Hessischen Landessozialgerichts und der Sozialgerichte Darmstadt, Frankfurt am Main, Fulda, Gießen, Kassel, Marburg und Wiesbaden

2. Rechtsgrundlage oder sonstige Grundlage

- Gewaltenteilungsprinzip (Art. 20 Abs. 2 Satz 2 Grundgesetz)
- Sozialstaatsprinzip (Art. 20 Abs.1 Grundgesetz)
- Rechts(schutz)gewährungsanspruch (Art. 19 Abs. 4, 20 Abs. 3 Grundgesetz)
- Unabhängigkeit der Richter (Art. 97 Abs. 1 Grundgesetz, § 1 Gerichtsverfassungsgesetz)
- Sozialgerichtsgesetz (SGG), Sozialgesetzbuch (SGB), sonstige Bundesgesetze

3. Produkt- und Leistungsbeschreibung

3.1 Beschreibung des Produkts

Das Produkt ist die Summe aller Leistungen der Justiz- und Gerichtsverwaltungen für die Bereitstellung von Rechtsprechungspotentialen zur Erledigung der Aufgaben der Richterinnen und Richter der hessischen Sozialgerichte.

3.2 Leistungen zum Produkt

Zum Produkt gehören folgende Leistungen:

- Personalkosten Richter
- Sachkosten Richter
- Unterstützung Rechtsprechung
- Vorgangsbearbeitung inklusive großes Schreibwerk
- Protokolldienst
- Rechtsprechungsdokumentation
- Pauschgebühren/Entschädigungen
- Kostenfestsetzung

4. Bezug zu politischen Zielen

Effektive Rechtsschutzgewährung sowie effiziente Justiz- und Gerichtsverwaltung auf hohem Qualitätsniveau garantieren und effektive Strafverfolgung sowie Rechtssicherheit gewährleisten.

5. Empfänger

- Hessischer Landtag (stellvertretend für die Bürger)
- Rechtsprechende Gewalt

6. Zählgröße / Mengen im Haushaltsjahr

Zählgröße	Soll 2009	Soll 2008	Ist 2007
Anzahl Richter und Richterinnen der hessischen Sozialgerichte	73	69	69

W i r t s c h a f t s p l a n

L e i s t u n g s p l a n - E r l ä u t e r u n g - P r o d u k t b l a t t

7. Kostenzusammensetzung / Stückkosten / Preis

Das Produkt umfasst die Sach- und Personalkosten, soweit sie zur Bereitstellung von Rechtsprechungspotentialen durch die Justiz- und Gerichtsverwaltungen erforderlich sind. Die Verfahrenseinnahmen und -ausgaben sind nicht Bestandteil der Produktkosten.

Kostenartenschichtung (in EUR)

Kostenarten	Soll 2009 EUR	Soll 2008 EUR	Ist 2007 EUR
Personalkosten	9.314.371	10.392.302	8.135.116
Sachkosten	1.819.226	1.418.012	1.266.542
Kalkulatorische Kosten	101.454	82.629	133.906
Sonstige Kosten *	4.247.128	6.010.723	5.097.094
Gesamtkosten	**15.482.179**	**17.903.666**	**14.632.658**
Erlöse	700	700	547
Produktabgeltung	15.481.479	17.902.966	10.498.306
Ergebnis	**–**	**–**	**-4.133.805**

* Kosten der innerbehördlichen Leistungsverrechnung

Stückkosten (in EUR)

Gesamtkosten / Menge	Soll 2009 EUR	Soll 2008 EUR	Ist 2007 EUR
	212.084,63	259.473,00	212.067,50

Preis (in EUR)

Produktabgeltung / Menge	Soll 2009 EUR	Soll 2008 EUR	Ist 2007 EUR
	212.075,04	259.463,00	152.149,36

8. Produktspezifische Kennzahlen / Qualitätskennzahlen

Die Festlegung der produktspezifischen Kennzahlen ist wegen der Unabhängigkeit der Richterinnen und Richter nur insoweit bindend, als die Abläufe von der Verwaltung zu erbringen und zu verantworten sind.

8.1 Kennzahlen zur Leistungswirkung (Effektivität der Leistungen)

Vorgabe: Effektive Rechts- und Rechtsschutzgewährung garantieren

- Bereitstellungsgrad Rechtsprechungspotentiale nach Stellenplan

8.2 Kennzahlen zur Finanzwirtschaft (Effizienz der Leistungen)

Vorgabe: Produktabgeltung wirtschaftlich einsetzen

- Kosten-/Erlösabweichung

8.3 Kennzahlen zu quantitativen und qualitativen Leistungsmerkmalen

W i r t s c h a f t s p l a n

L e i s t u n g s p l a n - E r l ä u t e r u n g - P r o d u k t b l a t t

Vorgabe: Bedarfsgerechte Unterstützung der Rechtsprechung bereitstellen

- Anzahl unterstützter Richter
- Anzahl der durch IT-Administratoren betreuten Arbeitsplätze

8.4 Kennzahlen zur Prozessqualität

Vorgabe: Qualifizierung der Mitarbeiter verbessern

- Anteil der geschulten Mitarbeiter
- Anzahl durchschnittlicher Schulungstage pro Mitarbeiter

Vorgabe: Ablauforganisation verbessern

Anzahl der Dienstbesprechungen zur Qualitätsverbesserung

8.5 Kennzahlen zur Kundenperspektive

-

Kapitel 05 50 / Buchungskreisnummer 2470
Gerichte der Sozialgerichtsbarkeit

W i r t s c h a f t s p l a n

L e i s t u n g s p l a n - E r l ä u t e r u n g e n

Erläuterungen zu zwischenbehördlicher Leistung Nr. 1:
Abordnungen

1. Erbringer

Justiz- und Gerichtsverwaltung des Hessischen Landessozialgerichts

2. Rechtsgrundlage oder sonstige Grundlage

§ 37 Deutsches Richtergesetz (DRiG), § 28 ff. Hessisches Beamtengesetz (HBG), Abordnungserlasse und -verfügungen

3. Produkt- und Leistungsbeschreibung

3.1 Kurzbeschreibung der zwischenbehördlichen Leistung

Abordnungen an andere Buchungskreise

3.2 Fachleistung zur zwischenbehördlichen Leistung

-

4. Bezug zu politischen Zielen

Dient der Zielerreichung des Empfängers/der Empfänger

5. Empfänger

Hessisches Ministerium der Justiz

6. Zählgröße / Mengen im Haushaltsjahr

Zählgröße	Soll 2009	Soll 2008	Ist 2007
Anzahl abgeordnete Personen	1	1	–

7. Kostenzusammensetzung / Stückkosten / Preis

Die zwischenbehördliche Leistungsverrechnung umfasst die Personalkosten der an das Hessische Ministerium der Justiz abgeordneten Person. In die Leistungsverrechnung fließen die Standardpersonalkosten ohne Arbeitsplatzkosten für einen Richter der Besoldungsgruppe R1 (Soll 2008: R2) ein.

Kapitel 05 50 / Buchungskreisnummer 2470
Gerichte der Sozialgerichtsbarkeit

W i r t s c h a f t s p l a n

L e i s t u n g s p l a n - E r l ä u t e r u n g e n

Kostenartenschichtung (in EUR)

Kostenarten	Soll 2009 EUR	Soll 2008 EUR	Ist 2007 EUR
Personalkosten	75.285	98.100	–
Sachkosten	–	–	–
Kalkulatorische Kosten	–	–	–
Sonstige Kosten *	–	–	–
Gesamtkosten	**75.285**	**98.100**	**–**
Erlöse	75.285	98.100	–
Produktabgeltung	–	–	–
Ergebnis	**–**	**–**	**–**

* Kosten der innerbehördlichen Leistungsverrechnung

Stückkosten (in EUR)

Gesamtkosten / Menge	Soll 2009 EUR	Soll 2008 EUR	Ist 2007 EUR
	75.285,00	98.100,00	–

Kapitel 05 50 / Buchungskreisnummer 2470
Gerichte der Sozialgerichtsbarkeit

W i r t s c h a f t s p l a n

E r f o l g s p l a n

Pos.	VKR	Bezeichnung	Soll 2009 EUR	Soll 2008 EUR	Ist 2007 EUR
1	**50/51**	**Umsatzerlöse und Erträge aus Verwaltungstätigkeit**	**1.400**	**1.400**	**1.285**
	500-509	Umsatzerlöse	–	–	–
	510-518	Gebühren und Leistungsentgelte aus Verwaltungstätigkeit; Sonstige Erträge	1.400	1.400	1.285
	519	Erlösminderungen	–	–	–
1a	**544**	**Erträge aus Produktabgeltungen**	**21.714.100**	**24.638.300**	**19.203.853**
2	**520-524**	**Bestandsveränderungen**	**–**	**–**	**–**
3	**525-529**	**aktivierte Eigenleistungen**	**–**	**–**	**–**
4	**530-539**	**Sonstige betriebliche Erträge**	**102.000**	**7.000**	**783.278**
		Betriebsertrag	**21.817.500**	**24.646.700**	**19.988.416**
5	**60/61**	**Bezogene Waren und Leistungen**	**323.400**	**152.600**	**321.727**
	600-604	Roh-, Hilfs-, Betriebsstoffe etc.	2.500	–	2.401
	605	Aufwendungen für Energie und Wasser	3.500	3.500	3.219
	606-609	Sonstige Aufwendungen (Waren)	206.600	119.900	157.505
	616	Aufwendungen für Fremdinstandhaltung	110.300	29.200	153.430
	610-615, 617, 619	Sonstige Aufwendungen (Leistungen)	500	–	5.172
	618	Aufwandsberichtigungen (Skonti etc.)	–	–	–
6	**620-649, 652, 655, 659**	**Personalaufwand**	**16.310.600**	**19.834.200**	**26.254.807**
	620-626	Löhne	83.200	76.500	77.206
	627-632	Gehälter	4.776.100	4.193.800	4.427.062
	633-638	Bezüge	8.300.900	8.200.300	7.872.508
	639	Sonstige Aufwendungen mit Gehalts- oder Bezügecharakter	–	–	247.934
	640-649	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	3.150.400	7.363.600	13.626.192
	652, 655, 659	Sonstige Personalaufwendungen	–	–	3.905
7	**660-664, 666-667**	**Abschreibungen**	**328.200**	**271.300**	**374.761**
8	**650-651, 653-654, 656-658, 670-696, 699-709**	**Sonstige betriebliche Aufwendungen**	**4.971.400**	**4.527.500**	**3.627.404**
	650-651, 653-654, 656-658	Sonstige mittelbare Personalaufwendungen	302.800	433.000	142.211
	670-679	Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten	4.402.000	3.868.200	3.258.573
	680-689	Aufwendungen für Kommunikation, Dokumentation, Information, Reisen, Werbung	257.900	217.400	210.723
	690-696, 699	Aufwendungen für Beiträge und Sonstiges sowie Wertkorrekturen und periodenfremde Aufwendungen	8.200	8.400	15.347
	700-709	Betriebliche Steuern	500	500	550
8a	**718**	**Aufwendungen aus Produktabgeltung**	**–**	**–**	**–**
		Betriebsaufwand	**21.933.600**	**24.785.600**	**30.578.699**
		Eigenergebnis	**-116.100**	**-138.900**	**-10.590.283**

Kapitel 05 50 / Buchungskreisnummer 2470
Gerichte der Sozialgerichtsbarkeit

W i r t s c h a f t s p l a n

E r f o l g s p l a n

Pos.	VKR	Bezeichnung	Soll 2009 EUR	Soll 2008 EUR	Ist 2007 EUR
9	540-543, 545-549	betriebliche Erträge aus Transferleistungen	116.100	138.900	149.084
10	550-559	Steuererträge und steuerähnliche Erträge	–	–	–
		Steuererträge und Leistungsabgeltung	116.100	138.900	149.084
11	710-717, 719	Betrieblicher Aufwand aus Transferleistungen	–	–	–
12	720-729	Steueraufwand und ähnliche Aufwendungen	–	–	–
		Leistungstransfers	–	–	–
		Steuer- und Leistungsergebnis	116.100	138.900	149.084
		Verwaltungsergebnis	–	–	-10.441.199
13	560-569	Erträge aus Beteiligungen und anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	–	–	–
14	570-579	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	–	–	–
		Finanzertrag	–	–	–
15	740-749	Abschreibungen auf Finanzanlagen und Wertpapiere des Umlaufvermögens und Verluste aus entsprechenden Abgängen	–	–	–
16	750-769	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	–	–	–
		Finanzaufwand	–	–	–
		Finanzergebnis	–	–	–
		Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	–	–	-10.441.199
17	590-599	Außerordentliche Erträge, Erträge aus Verlustübernahme	185.000	–	11.352.680
		Außerordentlicher Ertrag	185.000	–	11.352.680
18	665, 668-669, 697-698, 730-739, 790-799	Außerordentlicher Aufwand, Aufwand aus Gewinnabführungen, Aufwendungen für sonstige Leistungen Dritter	185.000	–	717.423
		Außerordentlicher Aufwand	185.000	–	717.423
		Außerordentliches Ergebnis	–	–	10.635.257
19	580-589	(durchlaufende) Erträge aus Zuwendungen, Zuschüsse für Investitionen und besondere Finanzeinnahmen	–	–	–
		Transferzuwendungen	–	–	–
20	780-789	(durchlaufende) Aufwendungen für Zuwendungen und Zuschüsse für Investitionen und besondere Finanzausgaben	–	–	–
		Transferzahlungen	–	–	–
		Transferergebnis	–	–	–
		Neutrales Ergebnis	–	–	10.635.257
21	770-779	Steuern vom Einkommen und Ertrag	–	–	–
		Jahresergebnis I	–	–	194.058

Kapitel 05 50 / Buchungskreisnummer 2470
Gerichte der Sozialgerichtsbarkeit

W i r t s c h a f t s p l a n

E r f o l g s p l a n

Pos.	VKR	Bezeichnung	Soll 2009 EUR	Soll 2008 EUR	Ist 2007 EUR
22	510, 514, 530	Verfahrenserträge	2.536.400	3.683.800	2.721.217
		Justizspezifische Erträge Verfahrensbereich	2.536.400	3.683.800	2.721.217
23	617	Verfahrensaufwendungen	8.015.000	8.065.000	8.474.861
		Justizspezifische Aufwendungen Verfahrensbereich	8.015.000	8.065.000	8.474.861
		Ergebnis Verfahrensbereich	-5.478.600	-4.381.200	-5.753.644
24	539, 592	Außerordentliche Erträge Verfahrensbereich	–	–	–
		Außerordentliche Erträge Verfahrensbereich	–	–	–
25	668	Außerordentliche Aufwendungen Verfahrensbereich	36.400	183.800	-37.881
		Außerordentliche Aufwendungen Verfahrensbereich	36.400	183.800	-37.881
		Außerordentliches Ergebnis Verfahrensbereich	-36.400	-183.800	37.881
26	595, 790	Ertrag/Aufwand Ausgleich JE II	5.515.000	4.565.000	5.715.763
		Ergebnisausgleich Verfahrensbereich	5.515.000	4.565.000	5.715.763
		Jahresergebnis II	–	–	–

Kapitel 05 50 / Buchungskreisnummer 2470
Gerichte der Sozialgerichtsbarkeit

W i r t s c h a f t s p l a n

E r l ä u t e r u n g e n E r f o l g s p l a n

1. Standarderläuterungen

Im aus der Kostenrechnung generierten Leistungsplan und dem auf der Grundlage der Finanzbuchhaltung erstellten Erfolgsplan sind kostenmindernde Erlöse unterschiedlich darzustellen. Diese Erlöse sind im Leistungsplan bereits mit Kosten saldiert ausgewiesen, während der Ausweis im Erfolgsplan entsprechend den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung nicht saldiert erfolgt.

Im Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit des Erfolgsplans sind insgesamt kostenmindernde Erlöse in Höhe von 142.800,00 Euro enthalten, die in gleicher Höhe die Kosten des Leistungsplans vermindert haben.

Entgelte zentraler Dienstleister
Für Leistungen zentraler Dienstleister sind in den Aufwandspositionen des Erfolgsplans folgende Beträge geplant worden:

Oberfinanzdirektion Frankfurt am Main (Kfz-Selbstversicherung)	200,00 EUR
Hessisches Immobilienmanagement (HI)	3.049.200,00 EUR
Hessische Zentrale für Datenverarbeitung (HZD)	743.100,00 EUR
Hessisches Competence Center (HCC)	303.000,00 EUR
Hessische Bezügestelle (HBS)	62.800,00 EUR

Zu Pos. 6: Im Personalaufwand sind folgende Rückstellungen enthalten:

Beitrag an die Vorsorgekasse	1.674.400,00 EUR
Altersteilzeitrückstellungen	66.500,00 EUR
Rückstellungen Arbeitsgeber-Anteil Sozialversicherung Gehaltsbereich	9.400,00 EUR

Neutrale Aufwendungen / Erträge
Für das Haushaltsjahr 2009 wurde eine Rücklagenauflösung als neutrale Aufwendung und neutraler Ertrag in Höhe von jeweils 185.000,- EUR eingeplant.

Im Jahresergebnis II werden alle durch die Verfahrenskostenträger (Rechtsprechung) verursachten Erträge und Aufwendungen gesondert dargestellt. Aufgrund der Sonderstellung (richterliche Unabhängigkeit) wird hier die Differenz zwischen Erträgen und Aufwendungen durch einen Zuführungs- oder Abführungsbetrag an den Landeshaushalt ausgeglichen.

2. Erläuterungen zu Einzelpositionen

Pos. 1:
VKR 510-518
Für das Plan-Jahr 2009 werden Gebühren und Leistungsentgelte aus Verwaltungstätigkeit in Höhe von 1.400 EUR geplant. Es handelt sich dabei um Gebühren für das Zulassungsverfahren der Prozessagenten.

Pos. 1a:
VKR 544

Die Erträge aus Produktabgeltung sind für das Plan-Jahr 2009 niedriger als für das Plan-Jahr 2008, da die Produktabgeltung abhängig von der Aufwandshöhe ist. Die Aufwendungen des Plan-Jahres 2009 fallen gegenüber den Vorjahren unter anderem deswegen geringer aus, da eine Umstellung von der Planung von Rückstellungen für Pensionen und Beihilfen auf die Planung einer Vorsorgeprämie stattgefunden hat.

Pos. 4:
VKR 530/39
Der im Ist-Jahr 2007 gebuchte Betrag setzt sich zum größten Teil aus der Auflösung von Pensions- und Beihilferückstellungen infolge des Ausscheidens von Mitarbeitern und Erstattungen aus dem Integrationsfonds zur Integration und Beschäftigung schwerbehinderter Menschen und Gleichgestellter zusammen.

Im Ist-Wert 2007 sind unter anderem auch einmalige Rückerstattungen des Hessischen Immobilienmanagements aus Nebenkostenabrechnungen des Vorjahres enthalten.

Der Planwert 2009 ergibt sich u. a. aus folgenden Positionen:

Erträge Integrationsfonds schwerbehinderter Menschen:	95.000,00 EUR
Erträge private Mitbenutzung staatlicher Einrichtungen:	3.000,00 EUR
Erträge aus Vermietung und Verpachtung:	4.000,00 EUR

Pos. 5:
VKR 600/604
Hier werden Aufwendungen für die Anschaffung von Verpackungsmaterial geplant und gebucht.

VKR 605
Unter dieser Kontengruppe werden die Aufwendungen für den Treibstoff des Dienstwagens erfasst.
Aufwendungen für Strom und Wasser werden seit dem Übergang der Liegenschaften an das Hessische Immobilienmanagement nicht mehr hier geplant, sondern sind nunmehr in den Mietnebenkosten (siehe Pos. 8) enthalten.

VKR 606-609
Hierunter fallen u. a. folgende Positionen:

Materialaufwand für Reparaturen und Instandhaltung:	8.000,00 EUR
Materialaufwand Datenverarbeitung und Telekommunikation:	67.300,00 EUR
Büromaterial:	109.700,00 EUR
Kosten für Formulare und Vordrucke:	20.500,00 EUR
Berufsbekleidung/Schutzmittel:	500,00 EUR

VKR 616
Hierunter fallen u. a. folgende Positionen:

Instandhaltung/Wartung Gebäude und Grundstücke:	5.000,00 EUR
Instandhaltung/Wartung bewegliche Anlagegüter:	1.900,00 EUR
Instandhaltung/Wartung Fuhrpark:	2.000,00 EUR
Softwarepflege und Wartung:	6.000,00 EUR
Sonstige Instandhaltung/Wartung:	95.500,00 EUR

VKR 610-615, 617, 619
Hierunter fallen Aufwendungen für

Medizinische Untersuchungen/Gutachten:	500,00 EUR

Pos. 6:

W i r t s c h a f t s p l a n

VKR 620-626
In der Position Löhne sind u. a. folgende Positionen enthalten:

Grundlohn:	75.900,00 EUR
Weihnachtsgeld:	5.200,00 EUR

VKR 627-632
In der Position Gehälter sind u. a. folgende Positionen enthalten:

Grundgehalt:	3.527.100,00 EUR
Familienzuschlag:	750.900,00 EUR
Weihnachtsgeld:	200.400,00 EUR
Zulagen:	230.900,00 EUR
Rückstellung Altersteilzeit:	26.600,00 EUR

VKR 633-638
In der Position Bezüge sind u. a. folgende Positionen enthalten:

Beamtengrundbezug:	7.906.300,00 EUR
Familienzuschlag:	285.100,00 EUR
Zulagen:	59.300,00 EUR
Rückstellung Altersteilzeit:	39.900,00 EUR

VKR 639
Der Wert im Ist-Jahr 2007 enthält u. a. die aus den Besoldungs- und Vergütungsanpassungen resultierenden Einmalzahlungen an Beamte und das Tarifpersonal, die im Plan-Jahr 2009 entfallen.

VKR 640/49
Der veränderte Wert im Plan-Jahr 2009 gegenüber dem Ist-Jahr 2007 resultiert aus der Neuorganisation der Versorgungsverpflichtungen (einschließlich Beihilfe) ab dem Jahr 2008 an zentraler Stelle in der Versorgungskasse. Die bisher vom HMdF/ Fachlichen HCC (F-HCC) personenbezogen ermittelten Werte für Pensions- und Beihilferückstellungen werden durch eine Vorsorgeprämie, die durch die Vorsorgekasse laufbahngruppenspezifisch jährlich neu ermittelt wird, abgelöst.

Kalkulationsbestandteile dieser Vorsorgeprämie sind:

- die fiktive Nettoprämie für die Pensionsverpflichtungen
- die fiktive Nettoprämie für die Beihilfeverpflichtungen
- Beihilfeaufwendungen für Aktive
- die zentralen Verwaltungskosten

Die Prämie beträgt:

- für Beamte des höheren Dienstes:	11.200,00 EUR
- für Beamte des gehobenen Dienstes:	9.000,00 EUR
- für Beamte des mittleren und einfachen Dienstes:	8.800,00 EUR

Darüber hinaus sind in dieser Position Rückstellungen für den Arbeitgeberanteil der Sozialversicherung in Höhe von 9.400,00 EUR enthalten.

VKR 652, 655, 659
Der Wert im Ist-Jahr 2007 enthält u. a. Aufwendungen für Dienstjubiläen in Höhe von 3.800,00 EUR. Diese Position wurde für das Jahr 2009 nicht beplant.

Pos. 8:
VKR 650/51, 653/54, 656/58

In dieser Position sind u. a. enthalten:

Unfallkasse Hessen:	35.100,00 EUR
Leistungsverrechnung mit Oberlandesgericht Frankfurt a. M. für Aus- und Fortbildung:	171.400,00 EUR
Aufwendungen für Aus-, Fort- und Weiterbildung:	92.200,00 EUR

Die Differenz zum Ist-Wert 2007 ergibt sich daraus, dass die Aufwendungen aus zwischenbehördlichen Leistungen erst ab dem Jahr 2008 vollständig abgebildet werden.

VKR 670/679

Die Erhöhung des Plan-Wertes 2009 im Vergleich zum Ist-Wert 2007 ist unter anderem mit einer Erhöhung des Dienstleistungsentgeltes an die Hessische Bezügestelle und einer Erhöhung der Zahlungen an das Hessische Immobilienmanagement für Miete, Nebenkosten und Dienstleistungsentgelte zu erklären.

Für den Umzug des Sozialgerichts in das neue Justiz- und Verwaltungszentrum Wiesbaden, der planmäßig im September 2009 stattfinden soll, sind Kosten in Höhe von 47.600,00 € eingeplant.

In dieser Position sind u. a. folgende Werte eingeplant:

a) Entgelte an zentrale Dienstleister:	
Hessisches Immobilienmanagement:	3.049.200,00 EUR
davon Mietkosten:	1.805.100,00 EUR
davon Mietnebenkosten:	1.244.100,00 EUR
Hessisches Competence Center für Neue Verwaltungssteuerung:	303.000,00 EUR
Hessische Bezügestelle:	62.800,00 EUR
b) Aufwendungen für Leasing und Mieten	
Leasing EDV	253.600,00 EUR
Mieten Fotokopierer:	40.000,00 EUR
Mieten Fahrzeug:	3.700,00 EUR
d) Sonstige Dienste	
Umzugsdienstleistungen:	47.600,00 EUR
Dienstleistungen der Gerichtskassen und Mikrofilmestellen (Oberlandesgericht Frankfurt am Main):	144.000,00 EUR
e) IT-Dienstleistungen	
Dienstleistung des Justizministeriums des Landes Nord-Rhein-Westfalen für die Pflege von JUKOS:	1.300,00 EUR
Dienstleistung des Bayerischen Landessozialgerichts für Pflege gemeinsame IT-Plattform der Bundesländer:	100,00 EUR

VKR 680-689

Unter die Position Aufwendungen für Kommunikation, Dokumentation, Information, Reisen und Werbung fallen u. a. folgende Einzelpositionen:

Fachzeitschriften, Fachliteratur:	189.200,00 EUR
Lehr- und Lernmittel:	3.500,00 EUR
Reisekosten:	25.300,00 EUR
Telefonkosten:	20.800,00 EUR

Weiter enthalten sind 800,00 EUR zur Verfügung der Behördenleitung für außergewöhnlichen Aufwand aus dienstlicher Veranlassung in besonderen Fällen. Die Aufwendungen sind im Einzelnen zu belegen. Eine pauschale Auszahlung ist nicht zulässig. Der Ansatz ist verbindlich.

VKR 690-696, 699
Diese Position enthält unter anderem den Beitrag zur Kfz-Selbstversicherung in Höhe von 200,00 EUR. Ferner sind hier Zuschüsse zu Verbänden für die Aus- und Fortbildung ehrenamtlicher Richter in Höhe von 8.000,00 EUR enthalten.

VKR 700-709
Diese Position enthält die Aufwendungen für die Kfz-Steuer in Höhe von 500,00 EUR.

Pos. 9:
VKR 540/43, 545/49
Bei den im Ist-Jahr 2007 erfassten Beträgen handelt es sich um Erstattungen von Personalkosten im Rahmen der Abordnung an Bundesbehörden und Zuweisungen von öffentlichen Trägern für die Neueinstellung von Schwerbehinderten sowie um Zuweisungen der Bundesagentur für Arbeit für die Beschäftigung von Arbeitslosen im Rahmen der Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung nach §§ 91 ff. Arbeitsförderungsgesetz. Im Plan-Jahr 2009 wurden bereits bescheidete Zuweisungen der Bundesagentur für Arbeit berücksichtigt.

Darüber hinaus sind hier die Erträge aus zwischenbehördlicher Leistungsverrechnung für die Abordnung an das HMdJ in Höhe von 75.300,00 EUR berücksichtigt.

Pos. 17:
VKR 590-599
Der Betrag, welcher im Ist-Wert 2007 ausgewiesen wird, setzt sich aus einem einmaligen "Effekt" aus der Umstellung der Rückstellungen für Pensionen und Beihilfen auf die Vorsorgeprämie zusammen.

Einmaleffekt Beihilferückstellung:	758.700,00 EUR
Einmaleffekt Pensionsrückstellung:	8.853.600,00 EUR

Ferner erfolgte im Jahr 2007 eine einmalige Buchung zur Neutralisierung der globalen Mehrausgaben für Besoldungs- und Vergütungserhöhungen von Beamten und Tarifpersonal, welche zentral im Einzelplan 17 veranschlagt waren.

Neutralisierung globale Mehrausgabe Besoldung:	97.100,00 EUR
Neutralisierung globale Mehrausgabe Vergütungserhöhung:	125.000,00 EUR

Im Plan-Jahr 2009 wurde eine Rücklagenauflösung in Höhe von 185.000,00 EUR eingeplant.

Pos. 18:
VKR 665, 668-669, 697-698, 730-739, 790-799
Der Ist-Wert 2007 ergibt sich u. a. aus folgenden Umständen:

Wegfall Versorgungsverpflichtung Beihilfen:	45.900,00 EUR
Wegfall Versorgungsverpflichtung Pensionen:	601.500,00 EUR

(siehe hierzu auch Vermerk zu Pos. 4, VKR 530-539)

Im Plan-Jahr 2009 wurde eine Rücklagenauflösung in Höhe von 185.000,00 EUR eingeplant.

3. Jahresergebnis II

Pos. 22:
VKR 510, 514, 530
Die geplanten Werte für das Plan-Jahr 2009 sind aus einer Prognose zur Entwicklung der Ist-Zahlen im Verfahrensbereich abgeleitet.

W i r t s c h a f t s p l a n

Pos. 23:
VKR 617
Die geplanten Werte für das Plan-Jahr 2009 sind aus einer Prognose zur Entwicklung der Ist-Zahlen im Verfahrensbereich abgeleitet.

Die Ausgaben für die Vergabe von Zustellungsaufträgen an Justizbedienstete im Nebenamt zur Eindämmung der Portokosten sind im Hinblick auf die einheitliche Verbuchung der Portoausgaben ebenfalls auf dem Sachkonto 6170000608 (sonstige Auslagen im GV/StA) angesetzt.

Pos. 25:
VKR 668
In dieser Position wurden Abschreibungen auf Forderungen von Gerichtskosten eingeplant. Der Plan-Wert wurde aus den Durchschnittswerten der Vorjahre abgeleitet.

Abschreibungen auf Forderungen PKH (Prozesskostenhilfe):	5.600,00 EUR
Abschreibungen auf Forderungen Gerichtskosten:	30.800,00 EUR
Summe:	36.400,00 EUR

Kapitel 05 50 / Buchungskreisnummer 2470
Gerichte der Sozialgerichtsbarkeit

W i r t s c h a f t s p l a n

F i n a n z p l a n

VKR	Bezeichnung	Soll 2009 EUR	Soll 2008 EUR	Ist 2007 EUR
Mittelverwendung				
Investitionen in immaterielle Werte, Geschäftsbetrieb		**–**	**–**	**–**
000-049	Ausstehende Einlagen, immaterielle Wirtschaftsgüter	–	–	–
Investitionen in Grundstücke, Gebäude, Infrastruktur		**–**	**–**	**44.763**
050-069, 091, 096	Grundstücke, Gebäude, Infrastruktur, Anzahlungen auf Infrastruktur, Infrastruktur im Bau	–	–	44.763
Investitionen in Anlagen, Maschinen, BGA		**305.100**	**305.100**	**93.242**
070-089, 090, 095	Anlagen, Maschinen, BGA einschließlich Anzahlungen und Anlagen im Bau	305.100	305.100	93.242
Investitionen in Finanzanlagen		**–**	**–**	**–**
100-169	Beteiligungen, Ausleihungen, Wertpapiere	–	–	–
Mittelverwendung zusammen		**305.100**	**305.100**	**138.005**
Mittelherkunft				
Eigenfinanzierung				
360-362	Sonderposten aus bedingt rückzahlbaren Investitionszuweisungen/ -zuschüssen von Gebietskörperschaften	–	–	–
365-367	Sonderposten aus nicht rückzahlbaren Investitionszuweisungen/ -zuschüssen von Gebietskörperschaften	–	–	–
599	Rücklagenminderung zur Investitionsfinanzierung	–	–	–
Fremdfinanzierung				
430	Verbindlichkeiten aus Zuweisungen und Zuschüssen (originäre Leistungen und durchlaufende Mittel) und Investitionszuschüssen gegenüber Gebietskörperschaften	–	–	–
431	Verbindlichkeiten aus Zuweisungen und Zuschüssen (originäre Leistungen und durchlaufende Mittel) und Investitionszuschüssen gegenüber dem sonstigen öffentlichen Bereich	–	–	–
432	Verbindlichkeiten aus Zuweisungen und Zuschüssen (originäre Leistungen und durchlaufende Mittel) und Investitionszuschüssen gegenüber dem nicht öffentlichen Bereich	–	–	–
435	Zugang Verbindlichkeiten aus Zuweisungen und Zuschüssen und Investitionszuschüssen gegenüber Gebietskörperschaften	305.100	305.100	–
436	Verbindlichkeiten aus rückzahlbaren Zuweisungen und Zuschüssen (originäre Leistungen und durchlaufende Mittel) und Investitionszuschüssen gegenüber dem sonstigen öffentlichen Bereich	–	–	–
437	Verbindlichkeiten aus rückzahlbaren Zuweisungen und Zuschüssen (originäre Leistungen und durchlaufende Mittel) und Investitionszuschüssen gegenüber dem nicht öffentlichen Bereich	–	–	–
Deckungsmittel zusammen		**305.100**	**305.100**	**–**

W i r t s c h a f t s p l a n

E r l ä u t e r u n g e n F i n a n z p l a n

Erläuterungen zu Einzelpositionen

Zu VKR 070-089:
In dieser Position sind sowohl Investitionen im Bereich der Informationstechnologie, als auch für Büroausstattung enthalten. Die einzelnen Werte sind nachstehender Aufstellung zu entnehmen:

Investitionen für Informationstechnologie	
Spracherkennung	7.000,00 EUR
IT-Ausstattung im Zusammenhang mit dem Umzug in den Neubau Justizzentrum Sozialgericht Wiesbaden	5.000,00 EUR
Reinvestition Hard- und Software	3.000,00 EUR
	15.000,00 EUR
Büroausstattung	
Möbelausstattung des Sozialgerichts Wiesbaden	107.000,00 EUR
Telefonanlage Sozialgericht Marburg (Reinvestition):	27.000,00 EUR
Möbelausstattung von Büroräumen nach dem Umzug der Sozialgerichte Frankfurt am Main und Fulda in 2008:	26.300,00 EUR
Möbelausstattung von Büros (Reinvestitionen bzw. Neuausstattung für zusätzliches Personal):	90.500,00 EUR
Sonst. Geschäftsausstattung (Faxgeräte, Archivausstattung, Telefone, Beschilderung etc.):	39.300,00 EUR
	290.100,00 EUR
Gesamtsumme Investitionen:	**305.100,00 EUR**

Kapitel 05 50 / Buchungskreisnummer 2470
Gerichte der Sozialgerichtsbarkeit

W i r t s c h a f t s p l a n

Ü b e r l e i t u n g s r e c h n u n g

	Bezeichnung	Soll 2009 EUR	Soll 2008 EUR
+	Produktabgeltung lt. Leistungsplan	21.714.100	24.638.300
–	Entnahme kamerale Rücklage	185.000	–
+	Investitionen lt. Finanzplan	305.100	305.100
–	Abschreibungen	328.200	271.300
–	Zuführungen zur Rückstellung / Rückstellungen für Altersteilzeit	75.900	23.500
+	Auflösung der Rückstellung / Rückstellungen für Altersteilzeit	–	–
–	Verbindlichkeiten gegenüber Sozialversicherungsträgern	–	–
+/–	Neutrales Ergebnis	–	–
+	Zuführungen aus dem Landeshaushalt (Verfahrensbereich)	5.515.000	4.565.000
	Kameraler Zuschuss (+) / Überschuss (-)	26.945.100	29.213.600

Kapitel Titel / Funkt.-Kennziffer	ZWECKBESTIMMUNG ERLÄUTERUNGEN	Ansatz 2009 EUR	Ansatz 2008 EUR	IST 2007 EUR

05 50 Gerichte der Sozialgerichtsbarkeit

1. Die Titel der Hauptgruppen 4 bis 6 und 9 sind mit Ausnahme der Titel 412, 529 und 536 gegenseitig deckungsfähig und einseitig deckungsfähig zu Gunsten der Hauptgruppe 8. Die Titel 412 und 536 sowie die Titel der Hauptgruppe 8 sind jeweils gegenseitig deckungsfähig.
2. Mindereinnahmen reduzieren, Mehreinnahmen erhöhen die Ausgabeermächtigung deckungsfähiger Ansätze im Sinne der Nr. 1 mit Ausnahme des Titels 112.
3. Außerhalb der laufenden Geschäfte anfallende Mehreinnahmen dürfen nur mit Zustimmung des Ministeriums der Finanzen verwendet werden.
4. Stellenpläne und -übersichten bleiben verbindlich. Vorübergehende qualitative Abweichungen von den Stellenübersichten für Angestellte und Arbeiter sind ohne tarifliche Bindungswirkung zulässig; über die Änderung der Stellenübersichten wird im nächsten Haushaltsplan entschieden.
5. Zu Titel 112: Vergleiche auch Vermerk zu Titel 412 und 536.
6. Zu Titel 412 und 536: Die Ausgabeermächtigungen dieser Gruppen erhöhen sich im Rahmen der Mehreinnahmen bei Titel 112.
7. Zu Titel 681: Hieraus können auch Entschädigungen aus Billigkeitsgründen gewährt werden.

E I N N A H M E N

Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dergleichen (Eigene Einnahmen)

111 00	054	Gebühren, sonstige Entgelte	1 400	1 400	1 451
112	054	Geldstrafen und Geldbußen	2 500 000	3 500 000	2 922 040
119	054	Sonstige Verwaltungseinnahmen Bei Warenautomaten, die an Orten aufgestellt sind, die ausschließlich Bediensteten zugänglich sind oder in aller Regel nur von Bediensteten aufgesucht werden, darf der Teil der Vergütung für das Gestatten der Aufstellung von Warenautomaten, der über die Kostendeckung für die benötigten Wand- und Bodenflächen sowie für den Stromverbrauch bei elektrisch betriebenen Automaten hinausgeht, für Zwecke der Betriebsgemeinschaften verwendet werden. Der Betrag ist durch Absetzen von den Einnahmen an den Personalrat zu verausgaben.	3 000	3 500	52 078
124	054	Mieten und Pachten	4 000	3 500	4 039
132	054	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen	—	—	—

Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen (Übertragungseinnahmen)

231	054	Sonstige Zuweisungen vom Bund	—	—	45 446
235	054	Sonstige Zuweisungen von Sozialversicherungsträgern sowie von der Bundesagentur für Arbeit	40 800	40 800	105 564
261	052	Schuldendiensthilfen und Erstattungen von Verwaltungsausgaben aus dem Inland	—	—	—

Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen; besondere Finanzierungseinnahmen (Vermögenswirksame und besondere Finanzierungseinnahmen)

359	951	Sonstige Entnahmen	185 000	—	70 000
381	991	Verrechnungen zwischen Kapiteln	95 000	—	77 294
389	991	Sonstige Verrechnungen	75 300	98 100	—
		Gesamteinnahmen Kapitel 05 50	2 904 500	3 647 300	3 277 913

Kapitel Titel / Funkt.-Kennziffer		ZWECKBESTIMMUNG ERLÄUTERUNGEN	Ansatz 2009 EUR	Ansatz 2008 EUR	IST 2007 EUR
		AUSGABEN			
		Personalausgaben			
412	054	Aufwendungen für ehrenamtlich Tätige	165 000	165 000	165 263
422	054	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter	8 261 000	8 201 900	7 939 315
425	054	Vergütungen der Angestellten	6 189 400	5 471 600	5 566 138
426	054	Löhne der Arbeiterinnen und Arbeiter	110 000	101 100	108 667
427	054	Beschäftigungsentgelte, Aufwendungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige	—	—	370 068
443	054	Fürsorgeleistungen und Unterstützungen	500	—	—
453	054	Trennungsgeld, Umzugskostenvergütungen	4 000	8 000	4 088
459	054	Sonstige personalbezogene Ausgaben	—	—	—
		Sächliche Verwaltungsausgaben, Ausgaben für den Schuldendienst			
511	054	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	626 600	507 700	767 505
514	054	Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dgl.	6 500	56 000	4 776
517	054	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	1 244 100	1 900	1 161 264
518	054	Mieten und Pachten	2 102 500	2 725 200	1 323 591
519	054	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	5 000	9 700	82 157
525	054	Aus- und Fortbildung	88 900	78 500	79 716
526	054	Sachverständige, Gerichts- und ähnliche Kosten	—	700	918
527	054	Dienstreisen	25 600	25 600	20 076
529	054	Verfügungsmittel	800	800	800
533	054	Sachaufwand der Ausbildung, Prüfung und Fortbildung Außenstehender	—	—	—
536	054	Verfahrensauslagen	7 850 000	7 900 000	7 687 008
537	054	Beförderungskosten	47 600	—	—
538	054	Sonstige Dienstleistungen und Gestattungen	448 000	473 100	108 405
neu 545	054	**Aufwendungen des Landtags und der Landesregierung aus dienstlicher Veranlassung**	15 000	—	—
546	054	Vermischter Sachaufwand	—	9 600	163

Kapitel 05 50
Gerichte der Sozialgerichtsbarkeit

Kapitel Titel Funkt.-Kennziffer		ZWECKBESTIMMUNG ERLÄUTERUNGEN	Ansatz 2009 EUR	Ansatz 2008 EUR	IST 2007 EUR
		Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen (Übertragungsausgaben)			
681	054	Renten, Unterstützungen und sonstige Geldleistungen an natürliche Personen	—	—	—
684	054	Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen (ohne öffentliche Einrichtungen)	8 000	8 000	6 456
		Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen (Sonstige Investitionsausgaben)			
811	054	Erwerb von Fahrzeugen	—	—	—
812	054	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	248 500	225 000	201 672

Verpflichtungsermächtigung

Haushaltsjahr	EUR
2010	80 000
2011	80 000
2012	80 000
2013ff	—
Gesamtverpflichtung	240 000

		Besondere Finanzierungsausgaben			
919	951	Sonstige Zuführungen	—	—	—

Erläuterungen:

Der Bestand der kameralen Rücklage zum 31.12.2007 beträgt konsumtiv 378.694 EUR und investiv 35.133 EUR.

981	991	Verrechnungen zwischen Kapiteln	1 709 500	6 070 700	317 252
989	991	Sonstige Verrechnungen	693 100	820 800	430 919
		Weggefallene Titel			
542 00	055	Steuern und Abgaben	—	—	—
711 00	054	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	—	—	—
		Gesamtausgaben Kapitel 05 50	29 849 600	32 860 900	26 346 215

Kapitel Titel / Funkt.-Kennziffer	ZWECKBESTIMMUNG ERLÄUTERUNGEN	Ansatz 2009 EUR	Ansatz 2008 EUR	IST 2007 EUR

Abschluss Kapitel 05 50

0	Steuern und steuerähnliche Abgaben	—	—	—
1	Eigene Einnahmen	2 508 400	3 508 400	2 979 608
2	Übertragungseinnahmen	40 800	40 800	151 011
3	Vermögenswirksame und besondere Finanzierungseinnahmen	355 300	98 100	147 294
Gesamteinnahmen		2 904 500	3 647 300	3 277 913
4	Personalausgaben	14 729 900	13 947 600	14 153 539
5	Sächliche Verwaltungsausgaben	12 460 600	11 788 800	11 236 377
	Ausgaben für den Schuldendienst	—	—	—
6	Übertragungsausgaben	8 000	8 000	6 456
7	Baumaßnahmen	—	—	—
8	Sonstige Investitionsausgaben	248 500	225 000	201 672
9	Besondere Finanzierungsausgaben	2 402 600	6 891 500	748 171
Gesamtausgaben		29 849 600	32 860 900	26 346 215
Zuschuss/Überschuss		-26 945 100	-29 213 600	-23 068 302

Abschluss für den Einzelplan 05
Haushaltsjahr 2009

Einzel-plan und Kapitel	Bezeichnung	Steuern und steuerähnliche Abgaben EUR	Eigene Einnahmen EUR	Übertragungs-einnahmen EUR	Vermögens-wirks. und bes. Finanzierungs-einnahmen EUR	Gesamt-einnahmen EUR
05 01	Ministerium	—	295.700	76.000	1.932.300	2.304.000
05 02	Allgemeine Bewilligungen	—	—	912.800	—	912.800
05 03	Staatsanwaltschaften und Amtsanwalt-schaft	—	66.922.500	—	3.235.900	70.158.400
05 04	Ordentliche Gerichte	—	290.317.700	1.643.400	44.853.000	336.814.100
05 05	Vollzugsanstalten	—	10.983.200	1.167.700	515.700	12.666.600
05 08	Hessisches Finanzgericht	—	1.929.200	—	25.000	1.954.200
05 09	Verwaltungsgerichtsbarkeit	—	4.658.000	37.500	537.800	5.233.300
05 40	Gerichte für Arbeitssachen	—	6.113.900	—	347.300	6.461.200
05 50	Gerichte der Sozialgerichtsbarkeit	—	2.508.400	40.800	355.300	2.904.500
	Insgesamt:	—	383.728.600	3.878.200	51.802.300	439.409.100

Personal-ausgaben EUR	Sächliche Verwaltungs-ausgaben, Schuldendienst EUR	Übertragungs-ausgaben EUR	Bau-maßnahmen EUR	Sonstige Investitions-ausgaben EUR	Besondere Finanzierungs-ausgaben EUR	Gesamt-ausgaben EUR	Überschuss (+) Zuschuss (–) EUR
15.143.200	8.228.000 —	138.300	—	355.000	40.008.700	63.873.200	-61.569.200
—	— —	5.961.100	—	—	—	5.961.100	-5.048.300
61.114.000	29.230.500 —	310.000	—	729.600	16.108.400	107.492.500	-37.334.100
302.824.000	258.015.800 374.200	2.483.000	—	4.749.300	50.735.800	619.182.100	-282.368.000
104.447.200	52.581.900 —	11.720.000	500.000	4.815.300	23.501.200	197.565.600	-184.899.000
4.871.500	1.172.900 —	—	—	27.500	892.400	6.964.300	-5.010.100
19.430.400	5.470.600 —	2.000	—	353.000	3.318.300	28.574.300	-23.341.000
14.990.300	11.260.200 —	18.000	—	778.600	2.906.900	29.954.000	-23.492.800
14.729.900	12.460.600 —	8.000	—	248.500	2.402.600	29.849.600	-26.945.100
537.550.500	378.420.500 374.200	20.640.400	500.000	12.056.800	139.874.300	1.089.416.700	-650.007.600

Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und deren Inanspruchnahme im Haushaltsjahr 2009

Titel	Bezeichnung	Verpflichtungs-ermächtigung 2009 EUR	von dem Gesamtbetrag (Sp. 3) dürfen fällig werden			
			2010 EUR	2011 EUR	2012 EUR	spätere Jahre EUR
1	2	3	4	5	6	7
Kap. 05 01	**Ministerium**	**150.000**	**50.000**	**50.000**	**50.000**	**—**
812 00	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	150.000	50.000	50.000	50.000	—
Kap. 05 03	**Staatsanwaltschaften und Amtsanwaltschaft**	**900.000**	**300.000**	**300.000**	**300.000**	**—**
812 00	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	900.000	300.000	300.000	300.000	—
Kap. 05 04	**Ordentliche Gerichte**	**4.200.000**	**1.400.000**	**1.400.000**	**1.400.000**	**—**
812 00	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	4.200.000	1.400.000	1.400.000	1.400.000	—
Kap. 05 05	**Vollzugsanstalten**	**6.350.000**	**5.650.000**	**350.000**	**350.000**	**—**
812 00	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	6.350.000	5.650.000	350.000	350.000	—
Kap. 05 08	**Hessisches Finanzgericht**	**60.000**	**20.000**	**20.000**	**20.000**	**—**
812 00	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	60.000	20.000	20.000	20.000	—
Kap. 05 09	**Verwaltungsgerichtsbarkeit**	**300.000**	**100.000**	**100.000**	**100.000**	**—**
812 00	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	300.000	100.000	100.000	100.000	—
Kap. 05 40	**Gerichte für Arbeitssachen**	**240.000**	**80.000**	**80.000**	**80.000**	**—**
812 00	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	240.000	80.000	80.000	80.000	—
Kap. 05 50	**Gerichte der Sozialgerichtsbarkeit**	**240.000**	**80.000**	**80.000**	**80.000**	**—**
812 00	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	240.000	80.000	80.000	80.000	—
	Insgesamt	12.440.000	7.680.000	2.380.000	2.380.000	—

STELLENPLÄNE

STELLENÜBERSICHTEN

Kapitel 05 01
Ministerium

S T E L L E N P L A N 422 00

S t e l l e n p l a n
für planmäßige Beamte und Richter

Bes. Gr.	Kennung	Stellen 2009	(2008)	
				Feste Gehälter
B 9	(001)	2	(1)	Staatssekretär/in Erhalten jeweils eine Aufwandsentschädigung von jährlich 1.200 EUR.
B 6	(000)	1	(–)	Altersteilzeitstelle/n kw
B 6	(001)	7	(5)	Ministerialdirigent/in 1 Stelle für den Präsidenten/die Präsidentin des Justizprüfungsamts.
B 6	(005)	1	(–)	Leiter der Vertretung des Landes Hessen bei der Europäischen Union
B 3	(000)	1	(–)	Altersteilzeitstelle/n kw
B 3	(001)	8	(6)	Leitender/de Ministerialrat/rätin 1 Stelle kann mit einem/einer Leitenden Oberstaatsanwalt/anwältin der Bes.Gr. R 3 besetzt werden.
B 2	(009)	8	(7)	Ministerialrat/rätin 3 Stellen können mit einem/einer Richter/in oder Staatsanwalt/anwältin der Bes.Gr. R 3 ohne Amtszulage besetzt werden.
				Aufsteigende Gehälter
A 16	(001)	24	(12)	Ministerialrat/rätin 1 Stelle kann mit einem/einer Leitenden Oberstaatsanwalt/anwältin der Bes.Gr. R 3 ohne Amtszulage besetzt werden. 5 Stellen können mit einem/einer Richter/in oder Staatsanwalt/anwältin der Bes.Gr. R 2 ohne Amtszulage besetzt werden. Davon 4 Stellen als Poolstellen, näheres dazu siehe Vermerk bei A 14.
A 15	(000)	1		Altersteilzeitstelle/n kw
A 15	(001)	32	(26)	Regierungsdirektor/in Die Stellen können mit Richtern/Richterinnen oder Staatsanwälten/anwältinnen der Bes.Gr. R 1 ohne Amtszulage besetzt werden. 25 Stellen können mit Richtern/Richterinnen oder Staatsanwälten/anwältinnen der Bes. Gr. R 2 ohne Amtszulage besetzt werden.
A 14	(001)	31	(11)	Regierungsoberrat/rätin Die Stellen können auch mit Richtern/Richterinnen oder Staatsanwälten/anwältinnen der Bes.Gr. R 1 ohne Amtszulage besetzt werden. Davon 11 Stellen für Entsendungen oder Abordnungen von Bediensteten des Landes (Beamte, Richter, Angestelle) oder von Dritten, die Aufgaben des Landes ausführen, zur Wahrnehmung von Aufgaben im Bereich der internationalen Angelegenheiten des Landes.Die Maßnahme muss im Interesse des Landes liegen. Auf den Planstellen dürfen Beschäftigte geführt werden, die länger als 6 Monate entsandt oder abgeordnet werden bzw. Ersatzkräfte hierfür (Poolstellen).
A 13 h.D.	(001)	5	(–)	Regierungsrat/rätin Die Stellen können auch mit Richtern/Richterinnen oder Staatsanwälten/anwältinnen der Bes.Gr. R 1 ohne Amtszulage besetzt werden.
A 13 g.D.	(000)	1	(–)	Altersteilzeitstelle/n kw
A 13 g.D.	(001)	23	(20)	Oberamtsrat/rätin
A 12	(001)	21	(12)	Amtsrat/rätin
A 11	(001)	21	(20)	Amtmann/Amtfrau
A 10	(001)	1	(–)	Oberinspektor/in
A 9 AZ	(010)	4		Amtsinspektor/in
A 9 m.D.	(001)	6	(7)	Amtsinspektor/in

Kapitel 05 01
Ministerium

S t e l l e n p l a n
für planmäßige Beamte und Richter

Bes. Gr.	Kennung	Stellen 2009	(2008)	
A 8	(001)	10	(8)	Hauptsekretär/in
A 7	(001)	7	(4)	Obersekretär/in
		215	(144)	

Kapitel 05 01
Ministerium

E R L Ä U T E R U N G E N zum S T E L L E N P L A N 422 00

Änderung des Stellenplans (planmäßige Beamte und Richter)

Bes. Gr.	Kennung	Stellen lt. Haushaltsplan 2008	Veränderungen aufgrund von / durch § 50 LHO +	§ 50 LHO −	§ 10 HG +	§§ 8 u. 9 HG +	§§ 8 u. 9 HG −	Haushaltsvermerken +	Haushaltsvermerken −	neue/weggefallene Stellen 2009 +	neue/weggefallene Stellen 2009 −	Hebungen 2009 +	Hebungen 2009 −	Umsetzungen/Umwandl. 2009 +	Umsetzungen/Umwandl. 2009 −	Sonstige Veränderungen 2009 +	Sonstige Veränderungen 2009 −	Stellen lt. Haushaltsplan 2009
1	2	3	4		5	6		7		8		9		10		11		12
B 9	(001)	1,0								1,0								2,0
B 6	(000)	0,0				1,0												1,0
B 6	(001)	5,0								1,0				1,0				7,0
B 6	(005)	0,0												1,0				1,0
B 3	(000)	0,0				1,0												1,0
B 3	(001)	6,0								1,0				1,0				8,0
B 2	(009)	7,0										1,0						8,0
A 16	(001)	12,0								4,0			1,0	9,0				24,0
A 15	(001)	26,0								2,0				4,0				32,0
A 14	(001)	11,0								5,0				15,0				31,0
A 13 h.D.	(001)	0,0												5,0				5,0
A 13 g.D.	(000)	0,0				1,0												1,0
A 13 g.D.	(001)	20,0										2,0		1,0				23,0
A 12	(001)	12,0								1,0		6,0		2,0				21,0
A 11	(001)	20,0								2,0			8,0	7,0				21,0
A 10	(001)	0,0												1,0				1,0
A 9 m.D.	(001)	7,0													1,0			6,0
A 8	(001)	8,0								2,0								10,0
A 7	(001)	4,0												3,0				7,0
Versch.		5,0																5,0
Zusammen		144,0				3,0				19,0		9,0	9,0	50,0	1,0			215,0

Kapitel 05 01
Ministerium

Zu Spalte 8: Neue Stellen:
1 Planstelle der Bes.Gr. B 9 (Staatssekretär/in)
2 Planstellen der Bes.Gr. A 16 (Ministerialrat/rätin)
- Mehrbedarf für den Bereich Europa -

1 Planstelle der Bes.Gr. B 6 (Ministerialdirigent/in)
1 Planstelle der Bes.Gr. B 3 (Leitender/de Ministerialrat/rätin)
2 Planstellen der Bes.Gr. A 15 (Regierungsdirektor/in)
3 Planstellen der Bes.Gr. A 14 (Regierungsoberrat/rätin)
1 Planstelle der Bes.Gr. A 12 (Amtsrat/rätin)
2 Planstellen der Bes.Gr. A 11 (Amtmann/Amtfrau)
2 Planstellen der Bes.Gr. A 8 (Hauptsekretär/in)
- Mehrbedarf für den Bereich Integration -

Neue Poolstellen:
2 Planstellen der Bes.Gr. A 16 (Ministerialrat/rätin)
2 Planstellen der Bes.Gr. A 14 (Regierungsoberrat/rätin)

Zu Spalte 9: Stellenhebungen:
1 Planstelle der Bes.Gr. A 16 (Ministerialrat/rätin) nach Bes.Gr. B 2 (Ministerialrat/rätin)
6 Planstellen der Bes.Gr. A 11 (Amtmann/Amtfrau) nach Bes.Gr. A 12 (Amtsrat/rätin)
2 Planstellen der Bes.Gr. A 11 (Amtmann/Amtfrau) nach Bes.Gr. A 13 (Oberamtsrat/rätin)

Zu Spalte 10: Stellenumsetzung von Kap. 05 01 - 425:
1 Stelle der Verg.Gr. III BAT unter gleichzeitiger Umwandlung in eine Planstelle der Bes.Gr. A 12 (Amtsrat/rätin)
1 Stelle der Verg.Gr. VII BAT unter gleichzeitiger Umwandlung in eine Planstelle der Bes.Gr. A 7 (Obersekretär/in)
1 Stelle der Verg.Gr. VIII BAT unter gleichzeitiger Umwandlung in eine Planstelle der Bes.Gr. A 7 (Obersekretär/in)

Stellenumsetzung von Kap. 05 01 - 426:
2 Arbeiterstellen unter gleichzeitiger Umwandlung in Planstellen der Bes.Gr. A 14 (Regierungsoberrat/rätin)

Stellenumsetzung von Kap. 05 04 - 422:
1 Planstelle der Bes.Gr. A 10 (Oberinspektor/in) unter gleichzeitiger Hebung in eine Planstelle der Bes.Gr. A 11 (Amtmann/Amtfrau)
1 Planstelle der Bes.Gr. A 7 (Obersekretär/in)
- Hessische Justizakademie -

Stellenumsetzung von Kap. 05 05 - 422:
1 Planstelle der Bes.Gr. A 13 h.D. (Regierungsrat/rätin)
1 Planstelle der Bes.Gr. A 11 (Amtmann/Amtfrau)
4 Planstellen der Bes. A 10 (Oberinspektor/in) unter gleichzeitiger Hebung nach Bes.Gr. A 11 (Amtmann/Amtfrau)

Stellenumwandlung:
1 Planstelle der Bes.Gr. A 9 m.D. (Amtsinspektor/in) in eine Planstelle der Bes.Gr. A 11 (Amtmann/Amtfrau)

Stellenumsetzung von Kap. 02 01:
1 Planstelle der Bes.Gr. B 6 (Leiter der Vertretung des Landes Hessen bei der Europäischen Union)
1 Planstelle der Bes.Gr. B 6 (Ministerialdirigent/in)
1 Planstelle der Bes.Gr. B 3 (Leitender/de Ministerialrat/rätin)
9 Planstellen der Bes.Gr. A 16 (Ministerialrat/rätin)
3 Planstellen der Bes.Gr. A 15 (Regierungsdirektor/in)
11 Planstellen der Bes.Gr. A 14 (Regierungsoberrat/rätin)
3 Planstellen der Bes.Gr. A 13 h.D. (Regierungsrat/rätin)
1 Planstelle der Bes.Gr. A 13 g.D. (Oberamtsrat/rätin)
1 Planstelle der Bes.Gr. A 12 (Amtsrat/rätin)

Stellenumsetzung von Kap. 08 01:
1 Planstelle der Bes.Gr. A 15 (Regierungsdirektor/in)
2 Planstellen der Bes.Gr. A 14 (Regierungsoberrat/rätin)
1 Planstelle der Bes.Gr. A 13 h.D. (Regierungsrat/rätin)
1 Planstelle der Bes.Gr. A 10 (Oberinspektor/in)

Kapitel 05 01
Ministerium

S T E L L E N P L A N 422 00

S t e l l e n p l a n
für Leerstellen (Beamte und Richter)

Bes. Gr.	Kennung	Stellen 2009	(2008)	
				Feste Gehälter
B 9	(981)	1		Leerstelle(n) kw für (eine(n)) in den Deutschen Bundestag/Hessischen Landtag/ das Europäische Parlament gewählte(n) Bedienstete(n)
				Aufsteigende Gehälter
A 14	(985)	1		Leerstelle(n) kw für (eine(n)) Bedienstete(n), der/die als Richter/in kraft Auftrags zu einem hessischen Gericht abgeordnet ist/sind
A 13 g.D.	(975)	1	(–)	Leerstelle(n) für (eine(n)) aus sonstigen Gründen beurlaubte(n) Bedienstete(n)
A 11	(974)	1	(–)	Leerstelle(n) kw für (eine(n)) aus sonstigen Gründen beurlaubte(n) Bedienstete(n)
A 10	(991)	2		Leerstelle(n) kw für (eine(n)) zum Studium beurlaubte(n) Bedienstete(n)
A 9 g.D.	(991)	1		Leerstelle(n) kw für (eine(n)) zum Studium beurlaubte(n) Bedienstete(n)
A 8	(992)	–	(1)	Leerstelle(n) kw für (eine(n)) Bedienstete(n) in Elternzeit/ Erziehungsurlaub
		7	(6)	

E R L Ä U T E R U N G E N zum S T E L L E N P L A N 422 00

Änderung des Stellenplans Leerstellen (Beamte und Richter)

Bes. Gr.	Kennung	Stellen lt. Haushaltsplan 2008	Veränderungen aufgrund von / durch: § 50 LHO +	§ 50 LHO –	§ 10 HG +	§§ 8 u. 9 HG +	§§ 8 u. 9 HG –	Haushaltsvermerken +	Haushaltsvermerken –	neue/weggefallene Stellen 2009 +	neue/weggefallene Stellen 2009 –	Hebungen 2009 +	Hebungen 2009 –	Umsetzungen/ Umwandl. 2009 +	Umsetzungen/ Umwandl. 2009 –	Sonstige Veränderungen 2009 +	Sonstige Veränderungen 2009 –	Stellen lt. Haushaltsplan 2009
1	2	3	4		5	6		7		8		9		10		11		12
A 13 g.D.	(975)	0,0			1,0													1,0
A 11	(974)	0,0								1,0								1,0
A 8	(992)	1,0							1,0									0,0
Versch.		5,0																5,0
Zusammen		6,0			1,0				1,0	1,0								7,0

Kapitel 05 01
Ministerium

S T E L L E N Ü B E R S I C H T 425 00

S t e l l e n ü b e r s i c h t
über den Bedarf an Angestellten (auch Auszubildende)

Verg. Gr.	Kennung	Stellen 2009	(2008)	
				Tarifliche Angestellte
I b	(001)	1	(–)	
II a	(001)	1		
III	(001)	5	(6)	
IV a	(001)	9	(6)	
IV b	(001)	3		
V b	(001)	3,5	(1)	
V c	(001)	20	(18)	
V c	(000)	1		Altersteilzeitstelle/n kw
VI b	(001)	25	(17)	
VI b	(000)	1	(2)	Altersteilzeitstelle/n kw
VII	(001)	6,5		
VIII	(001)	13		
				1 Dienstwohnung für Hausmeister
Ang.	(001)	1	(–)	Auszubildende
		90	(74,5)	

Zu Verg.Gr. VI b : 1 Stelle darf nur mit einem Schwerbehinderten besetzt werden.

Im Falle des Bewährungsaufstiegs ist die höhere Vergütung aus der veranschlagten Stelle zu zahlen. Entsprechend ist zu verfahren, soweit in den Tätigkeitsmerkmalen der Anlagen 1a und 1b zum BAT die Eingruppierung in eine höhere Vergütungsgruppe ohne Änderung der Tätigkeit nach Ablauf einer Zeit der Berufsausübung oder der Bewährung von mehr als sechs Monaten vorgesehen ist.

Zu Verg.Gr. VII: Soweit es sich um Schreib- und Fernschreibkräfte handelt, sind sie ihren Tätigkeitsmerkmalen entsprechend nach den Verg.Gr. VII bis IX b BAT zu vergüten.

Kapitel 05 01
Ministerium

E R L Ä U T E R U N G E N zur S T E L L E N Ü B E R S I C H T 425 00

Änderung der Stellenübersicht für Angestellte (auch Auszubildende)

Verg.Gr.	Kennung	Stellen lt. Haushaltsplan 2008	Veränderungen aufgrund von / durch § 50 LHO +	§ 50 LHO −	§ 10 HG +	§§ 8 u. 9 HG +	§§ 8 u. 9 HG −	Haushaltsvermerken +	Haushaltsvermerken −	neue/weggefallene Stellen 2009 +	neue/weggefallene Stellen 2009 −	Hebungen 2009 +	Hebungen 2009 −	Umsetzungen/Umwandl. 2009 +	Umsetzungen/Umwandl. 2009 −	Sonstige Veränderungen 2009 +	Sonstige Veränderungen 2009 −	Stellen lt. Haushaltsplan 2009
1	2	3	4		5	6		7		8		9		10		11		12
I b	(001)	0,0										1,0						1,0
II a	(001)	1,0											1,0	1,0				1,0
III	(001)	6,0													1,0			5,0
IV a	(001)	6,0												3,0				9,0
V b	(001)	1,0								1,0				1,5				3,5
V c	(001)	18,0										2,0						20,0
VI b	(001)	17,0								4,0			2,0	6,0				25,0
VI b	(000)	2,0					1,0											1,0
VII	(001)	6,5												1,0	1,0			6,5
VIII	(001)	13,0												1,0	1,0			13,0
Ang.	(001)	0,0	1,0															1,0
Versch.		4,0																4,0
Zusammen		74,5	1,0				1,0			5,0		3,0	3,0	13,5	3,0			90,0

Zu Spalte 4: Stellenumsetzung gem. § 50 LHO von Kap. 03 01:
1 Stelle für Auszubildende
Die Zuweisung der Stelle erfolgt nur im Rahmen der Verbundausbildung für die Dauer der Ausbildung und die Stelle ist nach Beendigung der Ausbildung wieder dem Kap. 03 01 zuzuführen.

Zu Spalte 8: Neue Stellen:
1 Stelle der Verg.Gr. V b BAT
3 Stellen der Verg.Gr. VI b BAT
- Mehrbedarf für den Bereich Europa -

1 Stelle der Verg.Gr. VI b BAT
- Mehrbedarf für den Bereich Integration -

Zu Spalte 9: Stellenhebung:
1 Stelle der Verg.Gr. II a BAT nach Verg.Gr. I b BAT
2 Stellen der Verg.Gr. VI b BAT nach Verg.Gr. V c BAT

Zu Spalte 10: Stellenumsetzung nach Kap. 05 01 - 422:
1 Stelle der Verg.Gr. III BAT unter gleichzeitiger Umwandlung in eine Planstelle der Bes. Gr. A 12 (Amtsrat/rätin)
1 Stelle der Verg.Gr. VII BAT unter gleichzeitiger Umwandlung in eine Planstelle der Bes.Gr. A 7 (Obersekretär/in)
1 Stelle der Verg.Gr. VIII BAT unter gleichzeitiger Umwandlung in eine Planstelle der Bes.Gr. A 7 (Obersekretär/in)

Stellenumsetzung von Kap. 02 01:
1 Stelle der Verg.Gr. II a BAT
3 Stellen der Verg.Gr. IVa BAT
1,5 Stellen der Verg.Gr. V b BAT
4 Stellen der Verg.Gr. VI b BAT
1 Stelle der Verg.Gr. VII BAT
1 Stelle der Verg.Gr. VIII BAT

Stellenumsetzung von Kap. 08 01:
2 Stellen der Verg.Gr. VI b BAT

Kapitel 05 01
Ministerium

S T E L L E N Ü B E R S I C H T 425 00

S t e l l e n ü b e r s i c h t
Leerstellen (Angestellte)

Verg. Gr.	Kennung	Stellen 2009	(2008)	
				Tarifliche Angestellte
VI b	(972)	1		Leerstelle(n) kw für (eine(n)) nach § 50 Abs. 1 BAT beurlaubte(n) Bedienstete(n)
VI b	(993)	1		Leerstelle(n) kw für (eine(n)) Bedienstete(n), dessen/deren Arbeitsverhältnis während der Gewährung einer Rente auf Zeit ruht
VII	(972)	1		Leerstelle(n) kw für (eine(n)) nach § 50 Abs.1 BAT beurlaubte(n) Bedienstete(n)
VIII	(972)	1		Leerstelle(n) kw für (eine(n)) nach § 50 Abs. 1 BAT beurlaubte(n) Bedienstete(n)
		4	(4)	

S T E L L E N Ü B E R S I C H T 426 00

S t e l l e n ü b e r s i c h t
über den Bedarf an Arbeitern

Lohngr.	Kennung	Stellen 2009	(2008)	
Arb.	(001)	9	(10)	Arbeiter/in 1 Stelle darf auch mit einem/einer Angestellten besetzt werden.
		9	(10)	

E R L Ä U T E R U N G E N 426 00

Änderung der Stellenübersicht für Arbeiter

Lohngr.	Kennung	Stellen lt. Haushaltsplan 2008	Veränderungen aufgrund von / durch § 50 LHO +	§ 50 LHO −	§ 10 HG +	§§ 8 u. 9 HG +	§§ 8 u. 9 HG −	Haushaltsvermerken +	Haushaltsvermerken −	neue/weggefallene Stellen 2009 +	neue/weggefallene Stellen 2009 −	Hebungen 2009 +	Hebungen 2009 −	Umsetzungen/Umwandl. 2009 +	Umsetzungen/Umwandl. 2009 −	Sonstige Veränderungen 2009 +	Sonstige Veränderungen 2009 −	Stellen lt. Haushaltsplan 2009
1	2	3	4		5	6		7		8		9		10		11		12
Arb.	(001)	10,0								1,0					2,0			9,0
Versch.		0,0																0,0
Zusammen		10,0								1,0					2,0			9,0

Zu Spalte 8: Neue Stelle:
1 Stelle für Arbeiter/innen
- Mehrbedarf für den Bereich Europa -

Zu Spalte 10: Stellenumsetzung nach Kap. 05 01 - 422:
2 Arbeiterstellen unter gleichzeitiger Umwandlung in Planstellen der Bes.Gr. A 14 (Regierungsoberrat/rätin)

Kapitel 05 03
Staatsanwaltschaften und Amtsanwaltschaft

S T E L L E N P L A N 422 00

S t e l l e n p l a n
für planmäßige Beamte und Richter

Bes. Gr.	Kennung	Stellen 2009	(2008)	
				Feste Gehälter
R 6	(001)	1		Generalstaatsanwalt/anwältin als Leiter/in der Staatsanwaltschaft bei dem Oberlandesgericht Erhält eine Aufwandsentschädigung von jährlich 700 EUR.
R 4	(003)	2		Leitender/de Oberstaatsanwalt/anwältin als Leiter/in einer Staatsanwaltschaft bei einem Landgericht
R 3	(002)	7		Leitender/de Oberstaatsanwalt/anwältin als Leiter/in einer Staatsanwaltschaft bei einem Landgericht
R 3	(005)	8		Leitender/de Oberstaatsanwalt/anwältin als Abteilungsleiter/in bei einer Staatsanwaltschaft bei dem Oberlandesgericht
				Aufsteigende Gehälter
R 2	(003)	23	(20)	Oberstaatsanwalt/anwältin als Dezernent/in bei der Staatsanwaltschaft bei dem Oberlandesgericht Ohne Amtszulage
R 2	(007)	1		Oberstaatsanwalt/anwältin als der/die ständige Vertreter/in des/der Leiters/Leiterin einer Amtsanwaltschaft
R 2	(008)	58	(59)	Oberstaatsanwalt/anwältin als Abteilungsleiter/in einer Staatsanwaltschaft bei einem Landgericht
R 2	(601)	9		Oberstaatsanwalt/anwältin als Abteilungsleiter/in bei einer Staatsanwaltschaft bei einem Landgericht und als der/die ständige Vertreter/in eines/einer Leitenden Oberstaatsanwalt/anwältin der Bes.Gr. R 3 oder R 4 Mit Amtszulage nach Fußnote 6 BBesG
R 2	(701)	3	(–)	Oberstaatsanwalt/anwältin als Hauptabteilungsleiter/in bei einer Staatsanwaltschaft bei einem Landgericht Mit Amtszulage nach Fußnote 7 BBesG
R 2	(801)	1		Oberstaatsanwalt/anwältin als Leiter/in einer Amtsanwaltschaft Mit Amtszulage nach Fußnote 8 BBesG
R 1	(201)	18		Staatsanwalt/anwältin Mit Amtszulage nach Fußnote 2 BBesG Gruppenleiter/in
R 1	(002)	254,5	(238)	Staatsanwalt/anwältin Ohne Amtszulage
A 15	(001)	3		Regierungsdirektor/in
A 14	(001)	7		Regierungsoberrat/rätin
A 13 h.D.	(001)	0,5		Regierungsrat/rätin
A 13 AZ	(012)	12		Oberamtsanwalt/anwältin
A 13 g.D.	(004)	54	(51)	Oberamtsanwalt/anwältin
A 13 g.D.	(001)	12	(11)	Oberamtsrat/rätin davon eine Planstelle ku nach Bes.Gr. A 12 (Amtsrat/rätin) mit Ausscheiden der Stelleninhaberin
A 12	(001)	7	(8)	Amtsrat/rätin
A 12	(004)	43	(40)	Amtsanwalt/anwältin

Kapitel 05 03
Staatsanwaltschaften und Amtsanwaltschaft

S t e l l e n p l a n
für planmäßige Beamte und Richter

Bes. Gr.	Kennung	Stellen 2009	(2008)	
A 11	(001)	13	(11)	Amtmann/Amtfrau
A 11	(003)	33,5		Justizamtmann/amtfrau
A 10	(001)	21	(22)	Oberinspektor/in davon 1 Planstelle ku nach Verg.Gr. VI b BAT mit Ausscheiden des Stelleninhabers (Ziff. 9 der Verfahrensregelungen der PVS).
A 10	(003)	24,5		Justizoberinspektor/in
A 9 g.D.	(005)	5		Justizinspektor/in
A 9 AZ	(010)	7,5	(8,5)	Amtsinspektor/in
A 9 m.D.	(001)	22,5	(21,5)	Amtsinspektor/in davon 1 Planstelle ku nach Bes.Gr. A 6 m.D. (Justizsekretär/in) mit Ausscheiden des Stelleninhabers (Ziff. 9 der Verfahrensregelulngen der PVS).
A 8	(003)	46,5	(45,5)	Justizhauptsekretär/in
A 7	(001)	7	(6)	Obersekretär/in
A 7	(003)	40	(39)	Justizobersekretär/in
A 6 m.D.	(003)	20		Justizsekretär/in davon 1 Planstelle ku nach Verg.Gr. VII BAT mit Ausscheiden des Stelleninhabers (Ziff. 9 der Verfahrensregelungen der PVS).
A 6 e.D.	(004)	11	(12)	Erste/r Justizhauptwachtmeister/in
A 5	(003)	54	(52)	Erster/ste Justizhauptwachtmeister/in davon 2 Planstellen ku nach Verg.Gr. VI b BAT jeweils mit Ausscheiden der Stelleninhaber (Ziff. 9 der Verfahrensregelungen der PVS).
A 4	(003)	4		Justizhauptwachtmeister/in
		833,5	(801)	

Die Planstellen für Staatsanwälte können auch mit Richtern der gleichen Besoldungsgruppe des Einzelplans 05 besetzt werden.

Kapitel 05 03
Staatsanwaltschaften und Amtsanwaltschaft

E R L Ä U T E R U N G E N zum S T E L L E N P L A N 422 00

Änderung des Stellenplans (planmäßige Beamte und Richter)

Bes. Gr.	Kennung	Stellen lt. Haushaltsplan 2008	Veränderungen aufgrund von / durch § 50 LHO +	§ 50 LHO −	§ 10 HG +	§§ 8 u. 9 HG +	§§ 8 u. 9 HG −	Haushaltsvermerken +	Haushaltsvermerken −	neue/weggefallene Stellen 2009 +	neue/weggefallene Stellen 2009 −	Hebungen 2009 +	Hebungen 2009 −	Umsetzungen/Umwandl. 2009 +	Umsetzungen/Umwandl. 2009 −	Sonstige Veränderungen 2009 +	Sonstige Veränderungen 2009 −	Stellen lt. Haushaltsplan 2009
1	2	3	4		5	6		7		8		9		10		11		12
R 2	(003)	20,0												3,0				23,0
R 2	(008)	59,0													1,0			58,0
R 2	(701)	0,0												3,0				3,0
R 1	(002)	238,0				1,5								15,0				254,5
A 13 g.D.	(001)	11,0										1,0						12,0
A 13 g.D.	(004)	51,0												3,0				54,0
A 12	(001)	8,0											1,0					7,0
A 12	(004)	40,0												3,0				43,0
A 11	(001)	11,0				2,0												13,0
A 10	(001)	22,0					2,0							1,0				21,0
A 9 m.D.	(001)	21,5				1,0												22,5
A 9 AZ	(010)	8,5													1,0			7,5
A 8	(003)	45,5				1,0												46,5
A 7	(001)	6,0												1,0				7,0
A 7	(003)	39,0				1,0												40,0
A 6 e.D.	(004)	12,0													1,0			11,0
A 5	(003)	52,0				2,0												54,0
Versch.		156,5																156,5
Zusammen		801,0				8,5	2,0					1,0	1,0	29,0	3,0			833,5

Kapitel 05 03
Staatsanwaltschaften und Amtsanwaltschaft

Zu Spalte 6: Stellenübertragung gem. § 8 Abs. 2 HG 2008 von Kap. 05 09:
1,5 Planstellen der Bes. Gr. R 1 (Richter/in am Verwaltungsgericht) unter gleichzeitiger Umwandlung in Planstellen der Bes. Gr. R 1 (Staatsanwalt/anwältin)

Stellenübertragung gem. § 8 Abs. 2 HG 2007 von Kap. 05 04:
1,0 Planstelle der Bes.Gr. A 9 m.D. (Amtsinspektor/in)

Stellenübertragungen gem. § 8 Abs. 2 HG 2008 von Kap. 05 04:
2 Planstellen der Bes.Gr. A 11 (Amtmann/Amtfrau)
1 Planstelle der Bes.Gr. A 8 (Justizhauptsekretär/in)
1 Planstelle der Bes.Gr. A 7 (Justizobersekretär/in)
2 Planstellen der Bes.Gr. A 5 (Erster/ste Justizhauptwachtmeister/in)

Stellenübertragung gem. § 8 Abs. 2 HG 2008 nach Kap. 05 04:
2 Planstellen der Bes. Gr. A 10 (Oberinspektor/in)

Zu Spalte 9: Stellenhebung:
1 Planstelle der Bes.Gr. A 12 (Amtsrat/rätin) nach Bes. Gr. A 13 g.D. (Oberamtsrat/rätin)

Zu Spalte 10: Stellenumwandlung:
1 Planstelle der Bes.Gr. R 2 (Oberstaatsanwalt/anwältin als Abteilungsleiter/in einer Staatsanwaltschaft bei einem Landgericht) in eine Planstelle der Bes.Gr. R 2 (Oberstaatsanwalt/anwältin als Dezernent/in bei der Staatsanwaltschaft bei dem Oberlandesgericht)

1 Planstelle der Bes.Gr. A 9 AZ (Amtsinspektor/in) in eine Planstelle der Bes.Gr. A 10 (Oberinspektor/in)
- Prüfungsfreier Aufstieg im mittleren Dienst -

1 Planstelle der Bes.Gr. A 6 e.D. (Erste/r Justizhauptwachtmeister/in) in eine Planstelle der Bes.Gr. A 7 (Obersekretär/in)
- Prüfungsfreier Aufstieg im Justizwachtmeisterdienst -

Stellenumsetzung von Kap. 05 04:
2 Stellen für Rechtsreferendare (RRef) unter gleichzeitiger Umwandlung in Planstellen der Bes.Gr. R 2 (Oberstaatsanwalt/anwältin als Dezernent/in bei der Staatsanwaltschaft bei dem Oberlandesgericht)
1 Stelle für Rechtsreferendare (RRef) unter gleichzeitiger Umwandlung in eine Planstelle der Bes.Gr. R 1 (Staatsanwalt/anwältin)
- Zentralstelle Bekämpfung Internetkriminalität -

4 Stellen für Rechtsreferendare (RRef) unter gleichzeitiger Umwandlung in Planstellen der Bes.Gr. R 1 (Staatsanwalt/anwältin)
- Häuser des Jugendrechts -

3 Stellen für Rechtsreferendare (RRef) unter gleichzeitiger Umwandlung in Planstellen der Bes.Gr. R 2 AZ FN 7 (Oberstaatsanwalt/anwältin als Hauptabteilungsleiter/in bei einer Staatsanwaltschaft bei einem Landgericht)
- Schwerpunktstaatsanwaltschaft Wirtschaftskriminalität -

4 Stellen für Rechtsreferendare (RRef) unter gleichzeitiger Umwandlung in Planstellen der Bes.Gr. R 1 (Staatsanwalt/anwältin)
- Beschleunigung Jugendstrafverfahren -

6 Stellen für Rechtsreferendare (RRef) unter gleichzeitiger Umwandlung in Planstellen der Bes.Gr. R 1 (Staatsanwalt/anwältin)
- Aufstockung Task Force -

Stellenumsetzung von Kap. 05 05:
3 Stellen der Bes.Gr. A 7 (Obersekretäranwärter/in im Justizvollzugsdienst) unter gleichzeitiger Umwandlung in Planstellen der Bes.Gr. A 12 (Amtsanwalt/anwältin)

Stellenumsetzung von Kap. 05 09:
1,5 Arbeiterstellen unter gleichzeitiger Umwandlung in Planstellen der Bes.Gr. A 13 g.D. (Oberamtsanwalt/anwältin)

Stellenumsetzung von Kap. 05 50:
1,5 Arbeiterstellen unter gleichzeitiger Umwandlung in Planstellen der Bes.Gr. A 13 g.D. (Oberamtsanwalt/anwältin)

Unter Berücksichtigung der Verordnung zu § 26 Abs. 4 Nr. 1 des BBesG in der Fassung vom 21.08.1992 (BGBl. I S. 1595) und der Verordnung zu § 26 Abs. 4 Nr. 2 des BBesG in der Fassung vom 21.08.1992 (BGBl. I S. 1597), beide zuletzt geändert durch Gesetz vom 21.06.2002 (BGBl. I S. 2138), jeweils i.V.m. § 1 des Gesetzes zur Ersetzung von Bundesrecht auf dem Gebiet der Beamtenversorgung und der Besoldung vom 06.06.2007 (GVBl. I S. 302) gliedern sich die Stellen des Stellenplans wie folgt:

Kapitel 05 03
Staatsanwaltschaften und Amtsanwaltschaft

Gehobener Dienst (ohne Amtsanwälte)

Bes. Gr.	Kennung	§ 2 Nr.2 der VO (Rechts-pfleger)	§ 3 Nr.1 der VO (Vorprüfungs-beamte)	restliche Stellen	Summe der Stellen
A 13 g.D.	(001)	–	–	12,00	12,0
A 12	(001)	–	–	7,00	7,0
A 11	(001)	–	–	13,00	13,0
A 11	(003)	–	–	33,50	33,5
A 10	(001)	–	–	21,00	21,0
A 10	(003)	–	–	24,50	24,5
A 9 g.D.	(005)	–	–	5,00	5,0
Zusammen		–	–	116,0	116,0

Zu Spalte § 3 Nr. 1 der VO (Vorprüfungsbeamte):
Weitere Funktionsstellen bei Kap. 05 04, 05 09, 05 40 und 05 50

Zu Spalte restliche Stellen und Zeile A 13 (001):
1 Planstelle ku nach Bes.Gr. A 12 mit Ausscheiden der Stelleninhaberin

Zu Spalte restliche Stellen und Zeile A 10 (001):
1 Planstelle ku nach Verg.Gr. VI b BAT mit Ausscheiden des Stelleninhabers (Ziff. 9 der Verfahrensregelungen der PVS)

Mittlerer Dienst

Bes. Gr.	Kennung	§ 3 Nr. 4 der VO (Sachbearbeiter des mittl. Dienstes)	restliche Stellen	Summe der Stellen
A 9 AZ	(010)	7,50	–	7,5
A 9 m.D.	(001)	20,00	2,50	22,5
A 8	(003)	7,50	39,00	46,5
A 7	(001)	–	7,00	7,0
A 7	(003)	–	40,00	40,0
A 6 m.D.	(003)	–	20,00	20,0
Zusammen		35,0	108,5	143,5

Zu Spalte § 3 Nr. 4 der VO (Sachbearbeiter des mittl. Dienstes):
Weitere Funktionsstellen bei Kap. 05 04, 05 05, 05 08, 05 09, 05 40 und 05 50

Zu Spalte § 3 Nr. 4 der VO (Sachbearbeiter des mittl. Dienstes) und Zeile A 9 m.D. (001):
1 Planstelle ku nach Bes.Gr. A 6 m.D. (Justizsekretär/in) mit Ausscheiden des Stelleninhabers
(Ziff. 9 der Verfahrensregelungen der PVS)

Zu Spalte restliche Stellen und Zeile A 6 m.D. (003):
1 Planstelle ku nach Verg.Gr. VII BAT mit Ausscheiden des Stelleninhabers (Ziff. 9 der Verfahrensregelungen der PVS)

Übersicht über den Sozialdienst (Gerichtshelfer/innen)

Bes.Gr.	Stellen
A 12	1
A 11	7
A 10	18
Summe	26

Zu Zeile Bes.Gr. A 10:
1 Planstelle ku nach Verg.Gr. VI b BAT mit Ausscheiden des Stelleninhabers (Ziff. 9 der Verfahrensregelungen der PVS)

Kapitel 05 03
Staatsanwaltschaften und Amtsanwaltschaft

S T E L L E N P L A N 422 00

S t e l l e n p l a n
für Leerstellen (Beamte und Richter)

Bes. Gr.	Kennung	Stellen 2009	(2008)	
				Feste Gehälter
R 3	(998)	2		Leerstelle(n) für Bedienstete, die bei obersten Landesbehörden oder Bundesbehörden beschäftigt sind und dort auf freien Planstellen geführt werden
				Aufsteigende Gehälter
R 2	(970)	1		Leerstelle(n) für (eine(n)) Oberstaatsanwältin/Oberstaatsanwalt, die/der zu einer Justizvollzugsanstalt abgeordnet ist und dort auf einer freien Planstelle geführt wird
R 2	(974)	1		Leerstelle(n) kw für (eine(n)) aus sonstigen Gründen beurlaubte(n) Bedienstete(n) - Oberstaatsanwalt/anwältin als Abteilungsleiter/in -
R 2	(986)	–		Leerstelle(n) kw für (eine(n)) Richter/in, der/die zu einer hessischen Verwaltungsbehörde abgeordnet ist/sind
R 2	(998)	3		Leerstelle(n) für Bedienstete, die bei obersten Landesbehörden oder Bundesbehörden beschäftigt sind und dort auf freien Planstellen geführt werden
R 1	(974)	1	(–)	Leerstelle(n) kw für (eine(n)) aus sonstigen Gründen beurlaubte(n) Bedienstete(n)
R 1	(976)	4		Leerstelle(n) kw für (eine(n)) nach § 92 a HBG/§ 85 a HBG beurlaubte(n) Bedienstete(n)
R 1	(977)	2		Leerstelle(n) für (eine(n)) Staatsanwältin / Staatsanwalt, die/der zu einer Justizvollzugsanstalt abgeordnet ist und dort auf einer freien Planstelle geführt wird.
R 1	(983)	1		Leerstelle(n) kw für (eine(n)) zur vorübergehenden Tätigkeit bei supranationalen/internationalen Einrichtungen beurlaubte(n) Bedienstete(n)
R 1	(984)	5	(2)	Leerstelle(n) kw für (eine(n)) zu einem anderen Dienstherrn abgeordnete(n) Bedienstete(n)
R 1	(985)	6	(–)	Leerstelle(n) kw für (eine(n)) Bedienstete(n), der/die als Richter/in kraft Auftrags zu einem hessischen Gericht abgeordnet ist/sind
R 1	(992)	24	(23)	Leerstelle(n) kw für (eine(n)) Bedienstete(n) in Elternzeit/ Erziehungsurlaub
R 1	(998)	8		Leerstelle(n) für Bedienstete, die bei obersten Landesbehörden oder Bundesbehörden beschäftigt sind und dort auf freien Planstellen geführt werden
R 1	(997)	9		Leerstelle(n) für (eine(n)) Richter/in oder (eine(n)) Staatsanwalt/ anwältin, die an ein Regierungspräsidium oder ein Polizeipräsidium abgeordnet sind und dort auf freien Planstellen geführt werden
A 12	(992)	5	(2)	Leerstelle(n) kw für (eine(n)) Bedienstete(n) in Elternzeit/ Erziehungsurlaub - Amtsanwalt/anwältin -
A 10	(976)	–	(1)	Leerstelle(n) kw für (eine(n)) nach § 92 a HBG/§ 85 a HBG beurlaubte(n) Bedienstete(n) - Justizoberinspektor/in -

Kapitel 05 03
Staatsanwaltschaften und Amtsanwaltschaft

S t e l l e n p l a n
für Leerstellen (Beamte und Richter)

Bes. Gr.	Kennung	Stellen 2009	(2008)	
A 10	(992)	2	(1)	Leerstelle(n) kw für (eine(n)) Bedienstete(n) in Elternzeit/ Erziehungsurlaub - Justizoberinspektor/in -
A 9 g.D.	(976)	1	(2)	Leerstelle(n) kw für (eine(n)) nach § 92 a HBG/§ 85 a HBG beurlaubte(n) Bedienstete(n) - Justizinspektor/in -
A 9 g.D.	(992)	1	(–)	Leerstelle(n) kw für (eine(n)) Bedienstete(n) in Elternzeit/ Erziehungsurlaub - Justizinspektor/in -
A 8	(976)	2		Leerstelle(n) kw für (eine(n)) nach § 92 a HBG/§ 85 a HBG beurlaubte(n) Bedienstete(n) - Justizhauptsekretär/in -
A 7	(976)	3		Leerstelle(n) kw für (eine(n)) nach § 92 a HBG/§ 85 a HBG beurlaubte(n) Bedienstete(n) - Justizobersekretär/in -
A 6 m.D.	(976)	–	(1)	Leerstelle(n) kw für (eine(n)) nach § 92 a HBG/§ 85 a HBG beurlaubte(n) Bedienstete(n) - Justizsekretär/in -
		81	(68)	

E R L Ä U T E R U N G E N zum S T E L L E N P L A N 422 00

Änderung des Stellenplans Leerstellen (Beamte und Richter)

Bes. Gr.	Kennung	Stellen lt. Haushaltsplan 2008	Veränderungen aufgrund von / durch: § 50 LHO +	§ 50 LHO –	§ 10 HG +	§§ 8 u. 9 HG +	§§ 8 u. 9 HG –	Haushaltsvermerken +	Haushaltsvermerken –	neue/weggefallene Stellen 2009 +	neue/weggefallene Stellen 2009 –	Hebungen 2009 +	Hebungen 2009 –	Umsetzungen/ Umwandl. 2009 +	Umsetzungen/ Umwandl. 2009 –	Sonstige Veränderungen 2009 +	Sonstige Veränderungen 2009 –	Stellen lt. Haushaltsplan 2009
1	2	3	4		5	6		7		8		9		10		11		12
R 2	(986)	0,0			1,0				1,0									0,0
R 1	(974)	0,0								1,0								1,0
R 1	(984)	2,0			4,0				1,0									5,0
R 1	(985)	0,0			6,0													6,0
R 1	(992)	23,0			7,0				6,0									24,0
A 12	(992)	2,0			3,0													5,0
A 10	(976)	1,0							1,0									0,0
A 10	(992)	1,0			2,0				1,0									2,0
A 9 g.D.	(976)	2,0							1,0									1,0
A 9 g.D.	(992)	0,0			1,0													1,0
A 6 m.D.	(976)	1,0							1,0									0,0
Versch.		36,0																36,0
Zusammen		68,0			24,0				12,0	1,0								81,0

Kapitel 05 03
Staatsanwaltschaften und Amtsanwaltschaft

S T E L L E N Ü B E R S I C H T 425 00

S t e l l e n ü b e r s i c h t
über den Bedarf an Angestellten (auch Auszubildende)

Verg. Gr.	Kennung	Stellen 2009	(2008)	
				Tarifliche Angestellte
III	(001)	3	(2)	
IV a	(001)	3	(4)	
IV b	(001)	2		
IV b	(000)	–		Altersteilzeitstelle/n kw
V b	(001)	1		
				davon 1 Stelle ku nach Verg.Gr. VI b BAT mit Ausscheiden des Stelleninhabers (Ziff. 9 der Verfahrensregelungen der PVS).
V c	(001)	126,5		
VI b	(001)	45,5	(35,5)	
VI b	(000)	3	(1)	Altersteilzeitstelle/n kw
VII	(001)	290		
				2 Stellen dürfen nur mit einem Schwerbehinderten besetzt werden.
VII	(000)	3,5	(4)	Altersteilzeitstelle/n kw
Ang.	(001)	1	(–)	Auszubildende
		478,5	(466)	

Im Falle des Bewährungsaufstiegs ist die höhere Vergütung aus der veranschlagten Stelle zu zahlen. Entsprechend ist zu verfahren, soweit in den Tätigkeitsmerkmalen der Anlagen 1 a und 1 b zum BAT die Eingruppierung in eine höhere Vergütungsgruppe ohne Änderung der Tätigkeit nach Ablauf einer Zeit der Berufsausübung oder der Bewährung von mehr als sechs Monaten vorgesehen ist.

Zu Verg. Gr. VII:
Soweit es sich um Schreib- und Fernschreibkräfte handelt, sind sie ihren Tätigkeitsmerkmalen entsprechend nach den Verg. Gr. VII bis IX b BAT zu vergüten.

Kapitel 05 03
Staatsanwaltschaften und Amtsanwaltschaft

E R L Ä U T E R U N G E N zur S T E L L E N Ü B E R S I C H T 425 00

Änderung der Stellenübersicht für Angestellte (auch Auszubildende)

Verg.Gr.	Kennung	Stellen lt. Haushaltsplan 2008	Veränderungen aufgrund von / durch § 50 LHO +	§ 50 LHO −	§ 10 HG +	§§ 8 u. 9 HG +	§§ 8 u. 9 HG −	Haushaltsvermerken +	Haushaltsvermerken −	neue/weggefallene Stellen 2009 +	neue/weggefallene Stellen 2009 −	Hebungen 2009 +	Hebungen 2009 −	Umsetzungen/Umwandl. 2009 +	Umsetzungen/Umwandl. 2009 −	Sonstige Veränderungen 2009 +	Sonstige Veränderungen 2009 −	Stellen lt. Haushaltsplan 2009
1	2	3	4		5	6		7		8		9		10		11		12
III	(001)	2,0										1,0						3,0
IV a	(001)	4,0											1,0					3,0
IV b	(000)	0,0				1,0	1,0											0,0
VI b	(001)	35,5												10,0				45,5
VI b	(000)	1,0				2,0												3,0
VII	(000)	4,0				1,0	1,5											3,5
Ang.	(001)	0,0	1,0															1,0
Versch.		419,5																419,5
Zusammen		466,0	1,0			4,0	2,5					1,0	1,0	10,0				478,5

Zu Spalte 4: Stellenübertragung gem. § 50 LHO von Kap. 03 01:
1 Stelle für Auszubildende
Die Zuweisung der Stelle erfolgt nur im Rahmen der Verbundausbildung für die Dauer der Ausbildung und die Stelle ist nach Beendigung der Ausbildung wieder dem Kap. 03 01 zuzuführen.

Zu Spalte 9: Stellenhebung:
1 Stelle der Verg.Gr. IV a BAT nach Verg.Gr. III BAT

Zu Spalte 10: Stellenumsetzung von Kap. 05 04:
4 Stellen für Rechtsreferendare (RRef) unter gleichzeitiger Umwandlung in Stellen der Verg.Gr. VI b BAT
- Häuser des Jugendrechts -

2 Stellen für Rechtsreferendare (RRef) unter gleichzeitiger Umwandlung in Stellen der Verg.Gr. VI b BAT
- Schwerpunktstaatsanwaltschaft Wirtschaftskriminalität -

2 Stellen für Rechtsreferendare (RRef) unter gleichzeitiger Umwandlung in Stellen der Verg.Gr. VI b BAT
- Beschleunigung Jugendstrafverfahren -

Stellenumsetzung von Kap. 05 05:
2 Stellen der Bes.Gr. A 7 (Obersekretäranwärter/in im Justizvollzugsdienst) unter gleichzeitiger Umwandlung in Stellen der Verg.Gr. VI b BAT
- Zentralstelle Bekämpfung Internetkriminalität -

Kapitel 05 03
Staatsanwaltschaften und Amtsanwaltschaft

S T E L L E N Ü B E R S I C H T 425 00

S t e l l e n ü b e r s i c h t
Leerstellen (Angestellte)

Verg. Gr.	Kennung	Stellen 2009	(2008)	
				Tarifliche Angestellte
V c	(972)	2,5	(1)	Leerstelle(n) kw für (eine(n)) nach § 50 Abs. 1 BAT beurlaubte(n) Bedienstete(n)
VI b	(972)	2		Leerstelle(n) kw für (eine(n)) nach § 50 Abs. 1 BAT beurlaubte(n) Bedienstete(n)
VI b	(993)	2		Leerstelle(n) kw für (eine(n)) Bedienstete(n), dessen/deren Arbeitsverhältnis während der Gewährung einer Rente auf Zeit ruht
VII	(972)	29	(32)	Leerstelle(n) kw für (eine(n)) nach § 50 Abs.1 BAT beurlaubte(n) Bedienstete(n)
VII	(993)	–	(2)	Leerstelle(n) kw für (eine(n)) Bedienstete(n), dessen/deren Arbeitsverhältnis während der Gewährung einer Rente auf Zeit ruht
		35,5	(39)	

E R L Ä U T E R U N G E N zur S T E L L E N Ü B E R S I C H T 425 00

Änderung der Stellenübersicht Leerstellen für Angestellte

Verg.Gr.	Kennung	Stellen lt. Haushaltsplan 2008	Veränderungen aufgrund von / durch § 50 LHO +	§ 50 LHO –	§ 10 HG +	§§ 8 u. 9 HG +	§§ 8 u. 9 HG –	Haushaltsvermerken +	Haushaltsvermerken –	neue/weggefallene Stellen 2009 +	neue/weggefallene Stellen 2009 –	Hebungen 2009 +	Hebungen 2009 –	Umsetzungen/Umwandl. 2009 +	Umsetzungen/Umwandl. 2009 –	Sonstige Veränderungen 2009 +	Sonstige Veränderungen 2009 –	Stellen lt. Haushaltsplan 2009
1	2	3	4		5	6		7		8		9		10		11		12
V c	(972)	1,0			1,5													2,5
VI b	(972)	2,0			1,0				1,0									2,0
VII	(972)	32,0			3,0				6,0									29,0
VII	(993)	2,0							2,0									0,0
Versch.		2,0																2,0
Zusammen		39,0			5,5				9,0									35,5

S T E L L E N Ü B E R S I C H T 426 00

S t e l l e n ü b e r s i c h t
über den Bedarf an Arbeitern

Lohngr.	Kennung	Stellen 2009	(2008)	
Arb.	(001)	5		Arbeiter/in
		5	(5)	

Kapitel 05 04
Ordentliche Gerichte

S T E L L E N P L A N 422 00

S t e l l e n p l a n
für planmäßige Beamte und Richter

Bes. Gr.	Kennung	Stellen 2009	(2008)	
				Feste Gehälter
R 8	(001)	1		Präsident/in des Oberlandesgerichts Erhält eine Aufwandsentschädigung von jährlich 700 EUR.
R 6	(002)	2		Präsident/in des Landgerichts
R 5	(001)	–	(1)	Präsident/in des Landgerichts
R 5	(002)	1		Präsident/in des Amtsgerichts
R 4	(001)	1		Vizepräsident/in des Oberlandesgerichts
R 4	(002)	7	(5)	Präsident/in des Landgerichts
R 4	(004)	3		Präsident/in des Amtsgerichts
R 3	(001)	–	(1)	Präsident/in des Landgerichts
R 3	(003)	2		Präsident/in des Amtsgerichts
R 3	(004)	2	(3)	Vizepräsident/in des Landgerichts
R 3	(006)	1		Vizepräsident/in des Amtsgerichts
R 3	(007)	32		Vorsitzender/de Richter/in am Oberlandesgericht
				Aufsteigende Gehälter
R 2	(501)	7	(6)	Vizepräsident/in des Landgerichts Mit Amtszulage nach Fußnote 5 BBesG
R 2	(401)	5		Vizepräsident/in des Amtsgerichts Mit Amtszulage nach Fußnote 4 BBesG
R 2	(301)	19		Direktor/in des Amtsgerichts Mit Amtszulage nach Fußnote 3 BBesG
R 2	(001)	92,5		Richter/in am Oberlandesgericht Ohne Amtszulage 1 Stelle kann mit einem/einer Oberstaatsanwalt/anwältin als Dezernent/in bei der Staatsanwaltschaft bei dem Oberlandesgericht besetzt werden.
R 2	(002)	155		Vorsitzender/de Richter/in am Landgericht
R 2	(004)	16		Direktor/in des Amtsgerichts davon 1 ku nach R 1 mit Ausscheiden des Stelleninhabers
R 2	(005)	19		Richter/in am Amtsgericht als der/die ständige Vertreter/in eines/ einer Direktors/Direktorin
R 2	(006)	44		Richter/in am Amtsgericht als weiterer/e aufsichtsführender/de Richter/in davon 2 ku nach Bes.Gr. R 1 mit Ausscheiden des Stelleninhabers
R 1	(101)	7		Direktor/in des Amtsgerichts Mit Amtszulage nach Fußnote 1 BBesG Der Inhaber der Planstelle des Direktors des Amtsgerichts Hünfeld erhält wegen der aus der Wahrnehmung der Aufgaben des zentralen Mahnamtes entstehenden Aufwendungen eine Aufwandsentschädigung in Höhe von jährlich 2.100 EUR.
R 1	(001)	756,5	(748,5)	Richter/in am Amts- und Landgericht Ohne Amtszulage 1 Stelle darf nur mit einem Schwerbehinderten besetzt werden. 1 Stelleninhaber erhält für seine Person eine Amtszulage nach Fußnote 1 BBesG.
C 3	(003)	2		Professor/in

Kapitel 05 04
Ordentliche Gerichte

S t e l l e n p l a n
für planmäßige Beamte und Richter

Bes. Gr.	Kennung	Stellen 2009	(2008)	
				Die Stellen dürfen auch mit einem/einer Richter/in oder Staatsanwalt/anwältin der Bes.Gr. R 2 o.AZ oder mit dem/der Direktor/in an einer Verwaltungsfachhochschule als Koordinator für ressortübergreifende Aus- und Fortbildung der Bes.Gr. B 2 besetzt werden.
C 2	(002)	3		Professor/in Die Stellen dürfen auch mit Richtern/Richterinnen oder Staatsanwälten/anwältinnen der Bes.Gr. R 2 o. AZ oder mit Beamten/Beamtinnen der Bes.Gr. A 13, A 14 oder A 15 besetzt werden. 1 Stelle darf nur besetzt werden, wenn das Land Thüringen die entsprechenden Personalkosten erstattet.
A 16	(003)	1		Leitender/de Regierungsdirektor/in
A 15	(001)	2		Regierungsdirektor/in
A 14	(000)	–		Altersteilzeitstelle/n kw
A 14	(001)	15	(13)	Regierungsoberrat/rätin 1 Stelle darf auch mit einem/einer Richter/in oder Staatsanwalt/anwältin der Bes.Gr. R 1 oder R 2 o. AZ besetzt werden.
A 13 h.D.	(001)	1		Regierungsrat/rätin
A 13 AZ	(011)	14		Oberamtsrat/rätin
A 13 g.D.	(000)	1		Altersteilzeitstelle/n kw
A 13 g.D.	(001)	57	(58)	Oberamtsrat/rätin davon 1 Planstelle ku nach Bes.Gr. A 12 (Amtsrat/rätin) mit Ausscheiden des Stelleninhabers (Ziff. 9 der Verfahrensregelungen der PVS).
A 12	(000)	3	(2)	Altersteilzeitstelle/n kw
A 12	(001)	204	(193)	Amtsrat/rätin 2 Stellen dürfen nur besetzt werden, wenn das Land Thüringen die entsprechenden Personalkosten erstattet.
A 11	(003)	335	(327)	Justizamtmann/amtfrau
A 11	(001)	56,5	(47)	Amtmann/Amtfrau davon 1 Planstelle ku nach Verg.Gr. IV a BAT mit Ausscheiden des Stelleninhabers (Ziff. 9 der Verfahrensregelungen der PVS).
A 10	(003)	188	(183)	Justizoberinspektor/in
A 10	(001)	92	(77)	Oberinspektor/in
A 9 g.D.	(001)	1	(24)	Inspektor/in
A 9 g.D.	(005)	62,5		Justizinspektor/in
A 9 AZ	(012)	60		Obergerichtsvollzieher/in
A 9 AZ	(010)	75,5		Amtsinspektor/in
A 9 m.D.	(000)	2	(1)	Altersteilzeitstelle/n kw
A 9 m.D.	(003)	143		Obergerichtsvollzieher/in
A 9 m.D.	(001)	185,5	(187,5)	Amtsinspektor/in davon jeweils 1 Planstelle ku nach Bes.Gr. A 7 (Justizobersekretär/in) und Verg.Gr. VII BAT mit Ausscheiden des Stelleninhabers (Ziff. 9 der Verfahrensregelungen der PVS).
A 8	(000)	1	(–)	Altersteilzeitstelle/n kw
A 8	(001)	3		Hauptsekretär/in
A 8	(004)	100		Gerichtsvollzieher/in
A 8	(003)	243	(234)	Justizhauptsekretär/in

Kapitel 05 04
Ordentliche Gerichte

S t e l l e n p l a n
für planmäßige Beamte und Richter

Bes. Gr.	Kennung	Stellen 2009	(2008)	
				Die Stellen dürfen auch mit Beamten des Justizvollziehungsdienstes besetzt werden.
A 8	(006)	2		Hauptwerkmeister/in
A 8	(014)	7		Justizvollstreckungshauptsekretär/in
A 7	(001)	9		Obersekretär/in
A 7	(003)	234	(236)	Justizobersekretär/in davon 1 Planstelle ku nach Verg.Gr. VII BAT aufgrund Ausscheiden des Stelleninhabers (Ziff. 9 der Verfahrensregelungen der PVS). Die Stellen dürfen auch mit Beamten des Justizvollziehungsdienstes besetzt werden.
A 7	(004)	9		Justizvollstreckungsobersekretär/in
A 7	(006)	4		Oberwerkmeister/in
A 6 m.D.	(003)	78,5	(79,5)	Justizsekretär/in davon 1 Planstelle ku nach Verg.Gr. VII BAT mit Ausscheiden des Stelleninhabers (Ziff. 9 der Verfahrensregelungen der PVS).
A 6 m.D.	(004)	8		Justizvollstreckungssekretär/in
A 6 e.D.	(004)	69		Erste/r Justizhauptwachtmeister/in (1 DW für Hausmeister)
A 6 e.D.	(000)	–	(1)	Altersteilzeitstelle/n kw
A 5	(003)	274	(276)	Erster/ste Justizhauptwachtmeister/in (10 DW für Hausmeister) davon jeweils 1 Planstelle ku nach Bes.Gr. A 4 (Justizhauptwachtmeister/in) und Verg.Gr. VI b BAT mit Ausscheiden des Stelleninhabers (Ziff. 9 der Verfahrensregelungen der PVS).
A 4	(003)	18	(19)	Justizhauptwachtmeister/in
		3736,5	(3699)	

Die Planstellen für Richter können auch mit Richtern anderer Amtsbezeichnungen oder Staatsanwälten der gleichen Besoldungsgruppe des Einzelplans 05 besetzt werden.

Kapitel 05 04
Ordentliche Gerichte

E R L Ä U T E R U N G E N zum S T E L L E N P L A N 422 00

Änderung des Stellenplans (planmäßige Beamte und Richter)

Bes. Gr.	Kennung	Stellen lt. Haushaltsplan 2008	§ 50 LHO +	§ 50 LHO −	§ 10 HG +	§§ 8 u. 9 HG +	§§ 8 u. 9 HG −	Haushaltsvermerken +	Haushaltsvermerken −	neue/weggefallene Stellen 2009 +	neue/weggefallene Stellen 2009 −	Hebungen 2009 +	Hebungen 2009 −	Umsetzungen/ Umwandl. 2009 +	Umsetzungen/ Umwandl. 2009 −	Sonstige Veränderungen 2009 +	Sonstige Veränderungen 2009 −	Stellen lt. Haushaltsplan 2009
			Veränderungen aufgrund von / durch															
1	2	3	4		5	6		7		8		9		10		11		12
R 5	(001)	1,0													1,0			0,0
R 4	(002)	5,0				1,0								1,0				7,0
R 3	(001)	1,0					1,0											0,0
R 3	(004)	3,0													1,0			2,0
R 2	(501)	6,0												1,0				7,0
R 1	(001)	748,5				1,0								7,0				756,5
A 14	(000)	0,0				1,0	1,0											0,0
A 14	(001)	13,0												2,0				15,0
A 13 g.D.	(000)	1,0				1,0	1,0											1,0
A 13 g.D.	(001)	58,0													1,0			57,0
A 12	(000)	2,0				3,0	2,0											3,0
A 12	(001)	193,0										5,0		6,0				204,0
A 11	(001)	47,0				4,0	2,0					6,0		1,5				56,5
A 11	(003)	327,0												8,0				335,0
A 10	(001)	77,0				2,0						12,0		1,0				92,0
A 10	(003)	183,0												6,0	1,0			188,0
A 9 g.D.	(001)	24,0											23,0					1,0
A 9 m.D.	(000)	1,0				2,0	1,0											2,0
A 9 m.D.	(001)	187,5					1,0								1,0			185,5
A 8	(000)	0,0				1,0												1,0
A 8	(003)	234,0					1,0							10,0				243,0
A 7	(003)	236,0					1,0								1,0			234,0
A 6 m.D.	(003)	79,5							1,0									78,5
A 6 e.D.	(000)	1,0					1,0											0,0
A 5	(003)	276,0					2,0											274,0
A 4	(003)	19,0							1,0									18,0
Versch.		975,5																975,5
Zusammen		3699,0				16,0	14,0		2,0			23,0	23,0	43,5	6,0			3736,5

Zu Spalte 6: Stellenhebung:
1 Planstelle der Bes.Gr. R 3 (Präsident/in des Landgerichts) nach Bes.Gr. R 4 (Präsident/in des Landgerichts)
- § 37 Abs. 1 BBesG -

Stellenübertragung gem. § 8 Abs. 2 HG 2008 von Kap. 05 09:
1 Planstelle der Bes.Gr. R 1 (Richter/in am Verwaltungsgericht) unter gleichzeitiger Umwandlung in eine Planstelle der Bes.Gr. R 1 (Richter/in am Amts- und Landgericht)

Stellenübertragung gem. § 8 Abs. 2 HG 2008 von Kap. 05 05:
4 Planstellen der Bes.Gr. A 11 (Amtmann/Amtfrau)

Stellenübertragung gem. § 8 Abs. 2 HG 2008 nach Kap. 05 03:
2 Planstellen der Bes.Gr. A 11 (Amtmann/Amtfrau)
1 Planstelle der Bes.Gr. A 8 (Justizhauptsekretär/in)
1 Planstelle der Bes.Gr. A 7 (Justizobersekretär/in)
2 Planstellen der Bes.Gr. A 5 (Erster/ste Justizhauptwachtmeister/in)

Stellenübertragung gem. § 8 Abs. 2 HG 2008 von Kap. 05 03:
2 Planstellen der Bes.Gr. A 10 (Oberinspektor/in)

Stellenübertragung gem. § 8 Abs. 2 HG 2007 nach Kap. 05 03:
1 Planstelle der Bes.Gr. A 9 m.D. (Amtsinspektor/in)

Kapitel 05 04
Ordentliche Gerichte

Zu Spalte 7: Stellenwegfall aufgrund Wirksamwerden des ku-Vermerks bei der Bes.Gr. A 6 m.D. (Justizsekretär/in) "ku nach Verg.Gr. VIb BAT mit Ausscheiden des Stelleninhabers":
1 Planstelle der Bes.Gr. A 6 m.D. (Justizsekretär/in)

Stellenwegfall aufgrund Wirksamwerden des ku-Vermerks bei der Bes.Gr. A 4 (Justizhauptwachtmeister/in) "ku nach Verg.Gr. VIb BAT mit Ausscheiden des Stelleninhabers":
1 Planstelle der Bes.Gr. A 4 (Justizhauptwachtmeister/in)

Zu Spalte 9: Stellenhebungen:
5 Planstellen der Bes.Gr. A 9 g.D. (Inspektor/in) nach Bes.Gr. A 12 (Amtsrat/rätin)
6 Planstellen der Bes.Gr. A 9 g.D. (Inspektor/in) nach Bes.Gr. A 11 (Amtmann/Amtfrau)
12 Planstellen der Bes.Gr. A 9 g.D. (Inspektor/in) nach Bes.Gr. A 10 (Oberinspektor/in)
- Bewährungshilfe -

Zu Spalte 10: Stellenumwandlungen:
1 Planstelle der Bes.Gr. R 5 (Präsident/in des Landgerichts) in eine Planstelle der Bes.Gr. R 4 (Präsident/in des Landgerichts) mit Wirkung vom 1. Februar 2009
1 Planstelle der Bes.Gr. R 3 (Vizepräsident/in des Landgerichts) in eine Planstelle der Bes.Gr. R 2 (Vizepräsident/in des Landgerichts)

1 Planstelle der Bes.Gr. A 13 g.D. (Oberamtsrat/rätin) in eine Planstelle der Bes.Gr. A 14 (Regierungsoberrat/rätin)
- Prüfungsfreier Aufstieg im gehobenen Justizdienst -

1 Planstelle der Bes.Gr. A 9 m.D. (Amtsinspektor/in) in eine Planstelle der Bes.Gr. A 10 (Oberinspektor/in)
- Prüfungsfreier Aufstieg im mittleren Justizdienst -

Stellenumsetzung nach Kap. 05 01 - 422:
1 Planstelle der Bes.Gr. A 10 (Justizoberinspektor/in) unter gleichzeitiger Hebung nach Bes.Gr. A 11 (Amtmann/Amtfrau)
1 Planstelle der Bes.Gr. A 7 (Justizobersekretär/in)
- Hessische Justizakademie -

Stellenumsetzung von Kap. 05 04 - 425:
7 Stellen für Rechtsreferendare (RRef) unter gleichzeitiger Umwandlung in Planstellen der Bes.Gr. R 1 (Richter/in am Amts- und Landgericht)
10 Stellen für Rechtsreferendare (RRef) unter gleichzeitiger Umwandlung in Planstellen der Bes.Gr. A 8 (Justizhauptsekretär/in)

Stellenumsetzung von Kap. 05 05 - 422:
6 Stellen der Bes.Gr. A 7 (Obersekretäranwärter/in im Justizvollzugsdienst) unter gleichzeitiger Umwandlung in Planstellen der Bes.Gr. A 12 (Amtsrat/rätin)
8 Stellen der Bes.Gr. A 7 (Obersekretäranwärter/in im Justizvollzugsdienst) unter gleichzeitiger Umwandlung in Planstellen der Bes.Gr. A 11 (Justizamtmann/amtfrau)
6 Stellen der Bes.Gr. A 7 (Obersekretäranwärter/in im Justizvollzugsdienst) unter gleichzeitiger Umwandlung in Planstellen der Bes.Gr. A 10 (Justizoberinspektor/in)

1,5 Stellen der Bes.Gr. A 7 (Obersekretäranwärter/in im Justizvollzugsdienst) unter gleichzeitiger Umwandlung in Planstellen der Bes.Gr. A 11 (Amtmann/Amtfrau)
- Jugendbewährungshilfe -

Stellenumsetzung von Kap. 05 09 - 426:
1 Stelle für eine/n Arbeiter/in (Arb.) unter gleichzeitiger Umwandlung in eine Planstelle der Bes.Gr. A 14 (Regierungsoberrat/rätin)

Unter Berücksichtigung der Verordnung zu § 26 Abs. 4 Nr. 1 des BBesG in der Fassung vom 21.08.1992 (BGBl. I S. 1595) und der Verordnung zu § 26 Abs. 4 Nr. 2 des BBesG in der Fassung vom 21.08.1992 (BGBl. I S. 1597), beide zuletzt geändert durch Gesetz vom 21.06.2002 (BGBl. I S. 2138), jeweils i.V.m. § 1 des Gesetzes zur Ersetzung von Bundesrecht auf dem Gebiet der Beamtenversorgung und der Besoldung vom 06.06.2007 (GVBl. I S. 302) gliedern sich die Stellen des Stellenplans wie folgt:

Kapitel 05 04
Ordentliche Gerichte

Gehobener Dienst

Bes. Gr.	Kennung	§ 2 Nr.2 der VO (Rechts-pfleger)	§ 3 Nr.1 der VO (Vorprüfungs-beamte)	restliche Stellen	Summe der Stellen
A 13 AZ	(011)	8,00	–	6,00	14,0
A 13 g.D.	(001)	30,00	2,00	24,00	56,0
A 12	(001)	122,00	6,00	74,00	202,0
A 11	(001)	–	–	56,50	56,5
A 11	(003)	268,00	5,00	61,00	334,0
A 10	(001)	–	–	92,00	92,0
A 10	(003)	102,00	6,50	78,50	187,0
A 9 g.D.	(005)	40,00	3,00	19,50	62,5
A 9 g.D.	(001)	–	–	1,00	1,00
Zusammen		570,0	22,5	412,5	1.005,0

Zu Spalte § 3 Nr. 1 der VO (Vorprüfungsbeamte):
Weitere Funktionsstellen bei Kap. 05 09, 05 40 und 05 50.

Zu Spalte "Restliche Stellen" und Zeile A 13 (001):
1 Planstelle ku nach Bes.Gr. A 12 (Amtsrat/rätin) mit Ausscheiden des Stelleninhabers (Ziff. 9 der Verfahrensregelungen der PVS)

Zu Spalte "Restliche Stellen" und Zeile A 11 (001):
1 Planstelle ku nach Verg.Gr. IVa BAT mit Ausscheiden des Stelleninhabers (Ziff. 9 der Verfahrensregelungen der PVS)

Mittlerer Dienst (ohne Gerichtsvollzieher)

Bes. Gr.	Kennung	§ 3 Nr. 4 der VO (Sachbearbeiter des mittl. Dienstes)	restliche Stellen	Summe der Stellen
A 9 AZ	(010)	72,50	3,00	75,5
A 9 m.D.	(001)	132,00	53,50	185,5
A 8	(001)	–	3,00	3,00
A 8	(003)	54,00	189,00	243,0
A 8	(006)	–	2,00	2,0
A 8	(014)	–	7,00	7,0
A 7	(001)	–	9,00	9,0
A 7	(003)	–	234,00	234,0
A 7	(004)	–	9,00	9,0
A 7	(006)	–	4,00	4,0
A 6 m.D.	(003)	–	78,50	78,5
A 6 m.D.	(004)	–	8,00	8,0
Zusammen		258,5	600,0	858,5

Zu Spalte § 3 Nr. 4 der VO (Sachbearbeiter des mittl. Dienstes):
Weitere Funktionsstellen bei Kap. 05 05, 05 08, 05 09, 05 40 und 05 50

Zu Spalte § 3 Nr. 4 der VO (Sachbearbeiter des mittleren Dienstes) und Zeile A 9 m.D. (001):
Jeweils 1 Planstelle ku nach Bes.Gr. A 7 (Justizobersekretär/in) und nach Verg.Gr. VII BAT mit Ausscheiden des Stelleninhabers (Ziff. 9 der Verfahrensregelungen der PVS)

Zu Spalte "Restliche Stellen" und Zeile A 7 (003):
1 Planstelle ku nach Verg.Gr. VII BAT mit Ausscheiden des Stelleninhabers
(Ziff. 9 der Verfahrensregelungen der PVS)

Zu Spalte "Restliche Stellen" und Zeile A 6 m.D. (003):
1 Planstelle ku nach Verg.Gr. VII BAT mit Ausscheiden des Stelleninhabers
(Ziff. 9 der Verfahrensregelungen der PVS)

Kapitel 05 04
Ordentliche Gerichte

Übersicht über die Lehrkräfte an der Verwaltungsfachhochschule Rotenburg a.d. Fulda (Fachbereich Rechtspflege)

Bes. Gr.	Stellen
a) Professoren	
C 3	2
C 2	3
b) Richter	
R 1	1
c) höherer Dienst	
A 14	1
d) gehobener Dienst	
A 13	1
A 12	2
A 11	1
A 10	1
Zusammen	12

Übersicht über den Sozialdienst *

Bes. Gr.	Stellen
a) Bewährungshelfer	
A 13 g.D.	5,00
A 12	20,00
A 11	53,50
A 10	81,00
A 9 g.D.	1,00
Zusammen	160,5
b) Gerichtshelfer	
A 11	–
A 10	–
A 9 g.D.	–
Zusammen	–

* Weitere Stellen für die Bewährungshilfe siehe 05 04 - 425

Zu a) Bewährungshelfer - Bes.Gr. A 11 -:
1 Planstelle ku nach Verg.Gr. IVa BAT mit Ausscheiden des Stelleninhabers (Ziff. 9 der Verfahrensregelungen der PVS)

Kapitel 05 04
Ordentliche Gerichte

S T E L L E N P L A N 422 00

S t e l l e n p l a n
für Leerstellen (Beamte und Richter)

Bes. Gr.	Kennung	Stellen 2009	(2008)	
				Aufsteigende Gehälter
R 2	(981)	1		Leerstelle(n) kw für (eine(n)) in den Deutschen Bundestag/Hessischen Landtag/ das Europäische Parlament gewählte(n) Bedienstete(n)
R 2	(986)	3		Leerstelle(n) kw für (eine(n)) Richter/in, der/die zu einer hessischen Verwaltungsbehörde abgeordnet ist/sind 1 Leerstelle kann auch mit einem Staatsanwalt besetzt werden.
R 2	(992)	1	(–)	Leerstelle(n) kw für (eine(n)) Bedienstete(n) in Elternzeit/ Erziehungsurlaub
R 2	(995)	–	(1)	Leerstelle(n) kw für Professoren/innen, denen ein Richteramt übertragen ist Weitere Leerstellen kw für Professoren/innen, denen ein Richteramt übertragen ist, können mit Zustimmung des HMdF ausgebracht werden.
R 2	(998)	7		Leerstelle(n) für Bedienstete, die bei obersten Landesbehörden oder Bundesbehörden beschäftigt sind und dort auf freien Planstellen geführt werden Auf den Leerstellen können auch Bedienstete der Bes.Gr. R 2 aus den Kap. 05 08, 05 09, 05 40 und 05 50 geführt werden.
R 1	(966)	1		Leerstelle(n) für (eine(n)) Richter/in, die/der zu einer Justizvollzugsanstalt abgeordnet ist und dort auf einer freien Planstelle geführt wird
R 1	(971)	6	(7)	Leerstelle(n) kw für (eine(n)) nach § 7 a HRiG/§ 7 b HRiG beurlaubte(n) Bedienstete(n) - Richter/in am Amts- und Landgericht -
R 1	(974)	3		Leerstelle(n) kw für (eine(n)) aus sonstigen Gründen beurlaubte(n) Bedienstete(n) - Richter/in am Amts- und Landgericht -
R 1	(986)	11	(15)	Leerstelle(n) kw für (eine(n)) Richter/in, der/die zu einer hessischen Verwaltungsbehörde abgeordnet ist/sind - Richter/in am Amts- und Landgericht -
R 1	(984)	25	(16)	Leerstelle(n) kw für (eine(n)) zu einem anderen Dienstherrn abgeordnete(n) Bedienstete(n) - Richter/in am Amts- und Landgericht -
R 1	(981)	3		Leerstelle(n) kw für (eine(n)) in den Deutschen Bundestag/Hessischen Landtag/ das Europäische Parlament gewählte(n) Bedienstete(n) - Richter/in am Amts- und Landgericht -
R 1	(992)	60	(50)	Leerstelle(n) kw für (eine(n)) Bedienstete(n) in Elternzeit/ Erziehungsurlaub - Richter/in am Amts- und Landgericht -
R 1	(995)	–		Leerstelle(n) kw für Professoren/innen, denen ein Richteramt übertragen ist Leerstellen kw für Professoren/innen, denen ein Richteramt übertragen ist, können mit Zustimmung des HMdF ausgebracht werden.
R 1	(998)	11		Leerstelle(n) für Bedienstete, die bei obersten Landesbehörden oder Bundesbehörden beschäftigt sind und dort auf freien Planstellen geführt werden

Kapitel 05 04
Ordentliche Gerichte

S t e l l e n p l a n
für Leerstellen (Beamte und Richter)

Bes. Gr.	Kennung	Stellen 2009	(2008)	
				Auf den Leerstellen können auch Bedienstete der Bes.Gr. R 1 aus den Kap. 05 08, 05 09, 05 40 und 05 50 geführt werden.
A 12	(992)	1		Leerstelle(n) kw für (eine(n)) Bedienstete(n) in Elternzeit/ Erziehungsurlaub
A 11	(976)	2		Leerstelle(n) kw für (eine(n)) nach § 92 a HBG/§ 85 a HBG beurlaubte(n) Bedienstete(n)
A 11	(974)	1		Leerstelle(n) kw für (eine(n)) aus sonstigen Gründen beurlaubte(n) Bedienstete(n) - Amtmann/Amtfrau -
A 11	(992)	5	(3)	Leerstelle(n) kw für (eine(n)) Bedienstete(n) in Elternzeit/ Erziehungsurlaub - Justizamtmann/amtfrau -
A 10	(976)	3	(4)	Leerstelle(n) kw für (eine(n)) nach § 92 a HBG/§ 85 a HBG beurlaubte(n) Bedienstete(n) - Justizoberinspektor/in -
A 10	(992)	9	(19)	Leerstelle(n) kw für (eine(n)) Bedienstete(n) in Elternzeit/ Erziehungsurlaub - Justizoberinspektor/in -
A 9 g.D.	(976)	1		Leerstelle(n) kw für (eine(n)) nach § 92 a HBG/§ 85 a HBG beurlaubte(n) Bedienstete(n) - Justizinspektor/in -
A 9 g.D.	(974)	2		Leerstelle(n) kw für (eine(n)) aus sonstigen Gründen beurlaubte(n) Bedienstete(n) - Justizinspektor/in -
A 9 g.D.	(992)	10	(9)	Leerstelle(n) kw für (eine(n)) Bedienstete(n) in Elternzeit/ Erziehungsurlaub - Justizinspektor/in -
A 9 m.D.	(976)	1	(–)	Leerstelle(n) kw für (eine(n)) nach § 92 a HBG/§ 85 a HBG beurlaubte(n) Bedienstete(n) - Amtsinspektor/in -
A 8	(976)	6	(7)	Leerstelle(n) kw für (eine(n)) nach § 92 a HBG/§ 85 a HBG beurlaubte(n) Bedienstete(n) - davon 5 Justizhauptsekretär/innen und 1 Gerichtsvollzieher/in -
A 7	(976)	21	(25)	Leerstelle(n) kw für (eine(n)) nach § 92 a HBG/§ 85 a HBG beurlaubte(n) Bedienstete(n) - Justizobersekretär/in
A 6 m.D.	(976)	3	(2)	Leerstelle(n) kw für (eine(n)) nach § 92 a HBG/§ 85 a HBG beurlaubte(n) Bedienstete(n) - Justizsekretär/in -
A 6 e.D.	(976)	1		Leerstelle(n) kw für (eine(n)) nach § 92 a HBG/§ 85 a HBG beurlaubte(n) Bedienstete(n) - Erste/r Justizhauptwachtmeister/in -
A 5	(976)	1	(2)	Leerstelle(n) kw für (eine(n)) nach § 92 a HBG/§ 85 a HBG beurlaubte(n) Bedienstete(n)
		199	(197)	

Kapitel 05 04
Ordentliche Gerichte

E R L Ä U T E R U N G E N zum S T E L L E N P L A N 422 00

Änderung des Stellenplans Leerstellen (Beamte und Richter)

Bes. Gr.	Kennung	Stellen lt. Haushaltsplan 2008	Veränderungen aufgrund von / durch § 50 LHO +	§ 50 LHO −	§ 10 HG +	§§ 8 u. 9 HG +	§§ 8 u. 9 HG −	Haushaltsvermerken +	Haushaltsvermerken −	neue/weggefallene Stellen 2009 +	neue/weggefallene Stellen 2009 −	Hebungen 2009 +	Hebungen 2009 −	Umsetzungen/Umwandl. 2009 +	Umsetzungen/Umwandl. 2009 −	Sonstige Veränderungen 2009 +	Sonstige Veränderungen 2009 −	Stellen lt. Haushaltsplan 2009
1	2	3	4		5	6		7		8		9		10		11		12
R 2	(986)	3,0			1,0			1,0										3,0
R 2	(992)	0,0			1,0													1,0
R 2	(995)	1,0						1,0										0,0
R 1	(971)	7,0			1,0			2,0										6,0
R 1	(981)	3,0			1,0			1,0										3,0
R 1	(984)	16,0			13,0			4,0										25,0
R 1	(986)	15,0			2,0			6,0										11,0
R 1	(992)	50,0			27,0			17,0										60,0
A 11	(992)	3,0			2,0													5,0
A 10	(976)	4,0						1,0										3,0
A 10	(992)	19,0			3,0			13,0										9,0
A 9 g.D.	(992)	9,0			6,0			5,0										10,0
A 9 m.D.	(976)	0,0			1,0													1,0
A 8	(976)	7,0						1,0										6,0
A 7	(976)	25,0			4,0			8,0										21,0
A 6 m.D.	(976)	2,0			1,0													3,0
A 5	(976)	2,0						1,0										1,0
Versch.		31,0																31,0
Zusammen		197,0			63,0			61,0										199,0

S T E L L E N Ü B E R S I C H T 422 00

S t e l l e n ü b e r s i c h t
für Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst

Bes. Gr.	Kennung	Stellen 2009	(2008)	
A 9 g.D.	(401)	10		Inspektoranwärter/in Die Stellen können auch mit Rechtspflegeranwärtern/innen besetzt werden.
A 9 g.D.	(402)	263	(249)	Rechtspflegeranwärter/in
A 6 m.D.	(402)	167		Justizsekretäranwärter/in 15 Stellen können mit Beamten/innen auf Widerruf im Vorbereitungsdienst für die Gerichtsvollzieherlaufbahn besetzt werden.
A 3	(401)	30		Justizoberwachtmeisteranwärter/in
		470	(456)	

Soll ein/e Rechtspflegeranwärter/in oder ein/e Justizsekretäranwärter/in nach Ablegen der Laufbahnprüfung in das Eingangsamt seiner/ihrer Laufbahn übernommen werden und steht eine entsprechende Planstelle nicht zur Verfügung, so gilt die seither in Anspruch genommene Anwärterstelle als in eine Planstelle des Eingangsamts seiner/ihrer Laufbahn umgewandelt. Eine Änderung der Stellenübersicht unterbleibt. Der Beamte/die Beamtin ist in die nächste freiwerdende verfügbare Planstelle zu übernehmen. Zum gleichen Zeitpunkt wird die freigewordene Stelle für beamtete Hilfskräfte wieder zu einer Anwärterstelle. Gleiches gilt für den im Rahmen einer PVS-Vermittlung erfolgreich abgeschlossenen Vorbereitungsdienst mit der Maßgabe, dass die/der Bedienstete auf einer freien Anwärterstelle geführt werden darf, die sich in eine erforderliche Planstelle der Laufbahn umwandelt.

Kapitel 05 04
Ordentliche Gerichte

E R L Ä U T E R U N G E N zur S T E L L E N Ü B E R S I C H T 422 00

Änderung der Stellen für Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst

Bes. Gr.	Kennung	Stellen lt. Haushaltsplan 2008	Veränderungen aufgrund von / durch § 50 LHO +	§ 50 LHO −	§ 10 HG +	§§ 8 u. 9 HG +	§§ 8 u. 9 HG −	Haushaltsvermerken +	Haushaltsvermerken −	neue/weggefallene Stellen 2009 +	neue/weggefallene Stellen 2009 −	Hebungen 2009 +	Hebungen 2009 −	Umsetzungen/ Umwandl. 2009 +	Umsetzungen/ Umwandl. 2009 −	Sonstige Veränderungen 2009 +	Sonstige Veränderungen 2009 −	Stellen lt. Haushaltsplan 2009
1	2	3	4		5	6		7		8		9		10		11		12
A 9 g.D.	(402)	249,0												14,0				263,0
Versch.		207,0																207,0
Zusammen		456,0												14,0				470,0

Zu Spalte 10: Stellenumsetzung von Kap. 05 05 - 422:
14 Stellen der Bes.Gr. A 7 (Obersekretäranwärter/in im Justizvollzugsdienst) unter gleichzeitiger Umwandlung in Stellen der Bes.Gr. A 9 g.D. (Rechtspflegeranwärter/in)

Kapitel 05 04
Ordentliche Gerichte

S T E L L E N Ü B E R S I C H T 425 00

S t e l l e n ü b e r s i c h t
über den Bedarf an Angestellten (auch Auszubildende)

Verg. Gr.	Kennung	Stellen 2009	(2008)	
				Tarifliche Angestellte
IV a	(001)	23		
IV a	(000)	2		Altersteilzeitstelle/n kw - Bewährungshelfer/in -
IV b	(001)	7,5		
IV b	(000)	–		Altersteilzeitstelle/n kw
V b	(001)	73		
V b	(000)	3		Altersteilzeitstelle/n kw
V c	(001)	812	(811)	
V c	(000)	11	(8)	Altersteilzeitstelle/n kw
VI b	(001)	295	(292,5)	
VI b	(000)	11	(9)	Altersteilzeitstelle/n kw
VII	(001)	677		36 Stellen dürfen nur mit Schwerbehinderten besetzt werden.
VII	(000)	15,5	(14,5)	Altersteilzeitstelle/n kw
VIII	(001)	4		4 Stellen dürfen nur mit Schwerbehinderten besetzt werden.
Ang.	(001)	567	(550)	Auszubildende
		2501	(2474,5)	

Die Stellen können auch mit Gerichtsvollzieheranwärtern/innen sowie Bediensteten mit Dienstleistungsauftrag besetzt werden.

Sollen Auszubildende nach Ablegung der Abschlussprüfung als Justizangestellte in die Verg.Gr. BAT VII übernommen werden, und stehen entsprechende Stellen nicht zur Verfügung, so gelten im Haushaltsjahr bis zu 30 der in Anspruch genommenen Auszubildendenstellen als in Stellen der Verg.Gr. BAT VII umgewandelt. Eine Änderung der Stellenübersicht unterbleibt. Die Angestellten sind in die nächsten frei werdenden verfügbaren Stellen der Verg.Gr. BAT VII zu übernehmen. Zum gleichen Zeitpunkt werden die frei gewordenen Stellen wieder zu Ausbildungsstellen.

Im Falle des Bewährungsaufstiegs ist die höhere Vergütung aus der veranschlagten Stelle zu zahlen. Entsprechend ist zu verfahren, soweit in den Tätigkeitsmerkmalen der Anlagen 1 a und 1 b zum BAT die Eingruppierung in eine höhere Vergütungsgruppe ohne Änderung der Tätigkeit nach Ablauf einer Zeit der Berufsausübung oder der Bewährung von mehr als sechs Monaten vorgesehen ist.

Zu Verg. Gr. VII:
Soweit es sich um Schreib- und Fernschreibkräfte handelt, sind sie ihren Tätigkeitsmerkmalen entsprechend nach den Verg. Gr. VII bis IX b BAT zu vergüten.

Kapitel 05 04
Ordentliche Gerichte

E R L Ä U T E R U N G E N zur S T E L L E N Ü B E R S I C H T 425 00

Änderung der Stellenübersicht für Angestellte (auch Auszubildende)

Verg.Gr.	Kennung	Stellen lt. Haushaltsplan 2008	Veränderungen aufgrund von / durch § 50 LHO +	§ 50 LHO −	§ 10 HG +	§§ 8 u. 9 HG +	§§ 8 u. 9 HG −	Haushaltsvermerken +	Haushaltsvermerken −	neue/weggefallene Stellen 2009 +	neue/weggefallene Stellen 2009 −	Hebungen 2009 +	Hebungen 2009 −	Umsetzungen/Umwandl. 2009 +	Umsetzungen/Umwandl. 2009 −	Sonstige Veränderungen 2009 +	Sonstige Veränderungen 2009 −	Stellen lt. Haushaltsplan 2009
1	2	3	4		5	6		7		8		9		10		11		12
IV a	(000)	2,0				2,0	2,0											2,0
V b	(000)	3,0				1,0	1,0											3,0
V c	(001)	811,0				1,0												812,0
V c	(000)	8,0				6,0	3,0											11,0
VI b	(001)	292,5					1,5	2,0						2,0				295,0
VI b	(000)	9,0				5,0	3,0											11,0
VII	(000)	14,5				8,5	7,5											15,5
Ang.	(001)	550,0	17,0															567,0
Versch.		784,5																784,5
Zusammen		2474,5	17,0			23,5	18,0	2,0						2,0				2501,0

Zu Spalte 4: Stellenumsetzung gem. § 50 LHO von Kap. 03 01:
17 Stellen für Auszubildende
Die Zuweisung der Stellen erfolgt im Rahmen der Verbundausbildung nur für die Dauer der Ausbildung und die Stellen sind nach Beendigung der Ausbildung wieder dem Kap. 03 01 zuzuführen.

Zu Spalte 6: Stellenübertragung gem. § 8 Abs. 2 HG 2007 von Kap. 05 08:
1 Stelle der Verg.Gr. V c BAT

Stellenübertragung gem. § 8 Abs. 2 HG 2007 nach Kap. 05 08:
1,5 Stellen der Verg.Gr. VI b BAT

Zu Spalte 7: Stellenzugang aufgrund Wirksamwerden des ku-Vermerks bei der Bes.Gr. A 6 m.D. (Justizsekretär/in) "ku nach Verg.Gr. VI b BAT mit Ausscheiden des Stelleninhabers":
1 Stelle der Verg.Gr. VI b BAT

Stellenzugang aufgrund Wirksamwerden des ku-Vermerks bei der Bes.Gr. A 4 (Justizhauptwachtmeister/in) "ku nach Verg.Gr. VI b BAT mit Ausscheiden des Stelleninhabers":
1 Stelle der Verg.Gr. VI b BAT

Zu Spalte 10: Stellenumwandlung:
2 Stellen für Rechtsreferendare (RRef) in Stellen der Verg.Gr. VIb BAT

Übersicht über den Sozialdienst (Bewährungshelfer/innen)*

Bes. Gr.	Stellen
a) Bewährungshelfer	
IV a	20,00
IV b	5,50
b) Gerichtshelfer	
	–
Zusammen	25,5

* Weitere Stellen für die Bewährungshilfe siehe Kap. 05 04 - 422.

Kapitel 05 04
Ordentliche Gerichte

S T E L L E N Ü B E R S I C H T 425 00

S t e l l e n ü b e r s i c h t
Leerstellen (Angestellte)

Verg. Gr.	Kennung	Stellen 2009	(2008)	
				Tarifliche Angestellte
V b	(972)	3		Leerstelle(n) kw für (eine(n)) nach § 50 Abs. 1 BAT beurlaubte(n) Bedienstete(n)
V c	(972)	26	(30)	Leerstelle(n) kw für (eine(n)) nach § 50 Abs. 1 BAT beurlaubte(n) Bedienstete(n)
V c	(993)	8	(7)	Leerstelle(n) kw für (eine(n)) Bedienstete(n), dessen/deren Arbeitsverhältnis während der Gewährung einer Rente auf Zeit ruht
VI b	(972)	20	(24)	Leerstelle(n) kw für (eine(n)) nach § 50 Abs. 1 BAT beurlaubte(n) Bedienstete(n)
VI b	(993)	8		Leerstelle(n) kw für (eine(n)) Bedienstete(n), dessen/deren Arbeitsverhältnis während der Gewährung einer Rente auf Zeit ruht
VII	(972)	100,5	(110,5)	Leerstelle(n) kw für (eine(n)) nach § 50 Abs.1 BAT beurlaubte(n) Bedienstete(n)
VII	(993)	16	(14)	Leerstelle(n) kw für (eine(n)) Bedienstete(n), dessen/deren Arbeitsverhältnis während der Gewährung einer Rente auf Zeit ruht
		181,5	(196,5)	

E R L Ä U T E R U N G E N zur S T E L L E N Ü B E R S I C H T 425 00

Änderung der Stellenübersicht Leerstellen für Angestellte

Verg.Gr.	Kennung	Stellen lt. Haushaltsplan 2008	Veränderungen aufgrund von / durch: § 50 LHO +	§ 50 LHO −	§ 10 HG +	§§ 8 u. 9 HG +	§§ 8 u. 9 HG −	Haushaltsvermerken +	Haushaltsvermerken −	neue/weggefallene Stellen 2009 +	neue/weggefallene Stellen 2009 −	Hebungen 2009 +	Hebungen 2009 −	Umsetzungen/Umwandl. 2009 +	Umsetzungen/Umwandl. 2009 −	Sonstige Veränderungen 2009 +	Sonstige Veränderungen 2009 −	Stellen lt. Haushaltsplan 2009
1	2	3	4		5	6		7		8		9		10		11		12
V b	(972)	3,0			1,0			1,0										3,0
V c	(972)	30,0			6,5			10,5										26,0
V c	(993)	7,0			1,0													8,0
VI b	(972)	24,0			1,0			5,0										20,0
VI b	(993)	8,0			1,0			1,0										8,0
VII	(972)	110,5			2,5			12,5										100,5
VII	(993)	14,0			2,0													16,0
Versch.		0,0																0,0
Zusammen		196,5			15,0			30,0										181,5

Kapitel 05 04
Ordentliche Gerichte

S T E L L E N Ü B E R S I C H T 425 00

S t e l l e n ü b e r s i c h t
über den Bedarf an Angestellten (auch Auszubildende)

Verg. Gr.	Kennung	Stellen 2009	(2008)	
				Tarifliche Angestellte
RRef	(001)	2413	(2460)	Die Stellen dürfen auch mit Rechtsreferendaren/innen im Beamtenverhältnis besetzt werden. Hiervon dürfen zu jedem Einstellungstermin maximal 170 Stellen neu besetzt werden.
		2413	(2460)	

Kapitel 05 04
Ordentliche Gerichte

E R L Ä U T E R U N G E N zur S T E L L E N Ü B E R S I C H T 425 00

Änderung der Stellenübersicht für Angestellte (auch Auszubildende)

Verg.Gr.	Kennung	Stellen lt. Haushaltsplan 2008	Veränderungen aufgrund von / durch § 50 LHO +	§ 50 LHO −	§ 10 HG +	§§ 8 u. 9 HG +	§§ 8 u. 9 HG −	Haushaltsvermerken +	Haushaltsvermerken −	neue/weggefallene Stellen 2009 +	neue/weggefallene Stellen 2009 −	Hebungen 2009 +	Hebungen 2009 −	Umsetzungen/Umwandl. 2009 +	Umsetzungen/Umwandl. 2009 −	Sonstige Veränderungen 2009 +	Sonstige Veränderungen 2009 −	Stellen lt. Haushaltsplan 2009
1	2	3	4		5	6		7		8		9		10		11		12
RRef	(001)	2460,0													47,0			2413,0
Versch.		0,0																0,0
Zusammen		2460,0													47,0			2413,0

Zu Spalte 10: Stellenumsetzung nach Kap. 05 04 - 422:
7 Stellen für Rechtsreferendare (RRef) unter gleichzeitiger Umwandlung in Planstellen der Bes.Gr. R 1 (Richter/in am Amts- und Landgericht)
10 Stellen für Rechtsreferendare (RRef) unter gleichzeitiger Umwandlung in Planstellen der Bes.Gr. A 8 (Justizhauptsekretär/in)

Stellenumsetzung nach Kap. 05 03 - 422:
2 Stellen für Rechtsreferendare (RRef) unter gleichzeitiger Umwandlung in Planstellen der Bes.Gr. R 2 (Oberstaatsanwalt/anwältin als Dezernent/in bei der Staatsanwaltschaft bei dem Oberlandesgericht)
1 Stelle für Rechtsreferendare (RRef) unter gleichzeitiger Umwandlung in eine Planstelle der Bes.Gr. R 1 (Staatsanwalt/anwältin)
- Zentralstelle Bekämpfung Internetkriminalität -

4 Stellen für Rechtsreferendare (RRef) unter gleichzeitiger Umwandlung in Planstellen der Bes.Gr. R 1 (Staatsanwalt/anwältin)
- Häuser des Jugendrechts -

3 Stellen für Rechtsreferendare (RRef) unter gleichzeitiger Umwandlung in Planstellen der Bes.Gr. R 2 AZ FN 7 (Oberstaatsanwalt/anwältin als Hauptabteilungsleiter/in bei einer Staatsanwaltschaft bei einem Landgericht)
- Schwerpunktstaatsanwaltschaft Wirtschaftskriminalität -

4 Stellen für Rechtsreferendare (RRef) unter gleichzeitiger Umwandlung in Planstellen der Bes.Gr. R 1 (Staatsanwalt/anwältin)
- Beschleunigung Jugendstrafverfahren -

6 Stellen für Rechtsreferendare (RRef) unter gleichzeitiger Umwandlung in Planstellen der Bes.Gr. R 1 (Staatsanwalt/anwältin)
- Aufstockung Task Force -

Stellenumsetzung nach Kap. 05 03 - 425:
4 Stellen für Rechtsreferendare (RRef) unter gleichzeitiger Umwandlung in Stellen der Verg.Gr. VI B BAT
- Häuser des Jugendrechts -

2 Stellen für Rechtsreferendare (RRef) unter gleichzeitiger Umwandlung in Stellen der Verg.Gr. VI B BAT
- Schwerpunktstaatsanwaltschaft Wirtschaftskriminalität -

2 Stellen für Rechtsreferendare (RRef) unter gleichzeitiger Umwandlung in Stellen der Verg.Gr. VI B BAT
- Beschleunigung Jugendstrafverfahren -

Stellenumwandlung:
2 Stellen für Rechtsreferendare (RRef) in Stellen der Verg.Gr. VI b BAT

Kapitel 05 04
Ordentliche Gerichte

S T E L L E N Ü B E R S I C H T 426 00

S t e l l e n ü b e r s i c h t
über den Bedarf an Arbeitern

Lohngr.	Kennung	Stellen 2009	(2008)	
Arb.	(001)	48		Arbeiter/in (1 DW für Justizaushelfer)
Arb.	(000)	1	(–)	Altersteilzeitstelle/n kw
		49	(48)	

E R L Ä U T E R U N G E N 426 00

Änderung der Stellenübersicht für Arbeiter

Lohngr.	Kennung	Stellen lt. Haushaltsplan 2008	Veränderungen aufgrund von / durch § 50 LHO +	§ 50 LHO –	§ 10 HG +	§§ 8 u. 9 HG +	§§ 8 u. 9 HG –	Haushaltsvermerken +	Haushaltsvermerken –	neue/weggefallene Stellen 2009 +	neue/weggefallene Stellen 2009 –	Hebungen 2009 +	Hebungen 2009 –	Umsetzungen/ Umwandl. 2009 +	Umsetzungen/ Umwandl. 2009 –	Sonstige Veränderungen 2009 +	Sonstige Veränderungen 2009 –	Stellen lt. Haushaltsplan 2009
1	2	3	4		5	6		7		8		9		10		11		12
Arb.	(000)	0,0				1,0												1,0
Versch.		48,0																48,0
Zusammen		48,0				1,0												49,0

S T E L L E N Ü B E R S I C H T 426 00

S t e l l e n ü b e r s i c h t
Leerstellen (Arbeiter)

Lohngr.	Kennung	Stellen 2009	(2008)	
Arb.	(973)	1		Leerstelle(n) kw für (eine(n)) nach § 54 a MTL beurlaubte(n) Bedienstete(n) - Reinigungsdienst -
		1	(1)	

Kapitel 05 05
Vollzugsanstalten

S T E L L E N P L A N 422 00

S t e l l e n p l a n
für planmäßige Beamte und Richter

Bes. Gr.	Kennung	Stellen 2009	(2008)	
				Aufsteigende Gehälter
A 16 AZ	(000)	–		Altersteilzeitstelle/n kw
A 16 AZ	(003)	5		Leitender/de Regierungsdirektor/in
A 16	(000)	1		Altersteilzeitstelle/n kw
A 16	(057)	4		Leitender/de Regierungsdirektor/in (Behördenleiter/in) 1 Stelle darf auch mit einem/einer Richter/in oder Staaatsanwalt/anwältin der Bes.Gr. R 2 o. AZ besetzt werden. (1 DW für Anstaltsleiter/innen)
A 16	(011)	2	(1)	Leitender/de Medizinaldirektor/in
A 15	(000)	2		Altersteilzeitstelle/n kw
A 15	(081)	8		Regierungsdirektor/in (Behördenleiter/in)
A 15	(001)	4		Regierungsdirektor/in 1 Stelle kann mit einem/einer Richter/in oder Staatsanwalt/anwältin der Bes.Gr. R 1 o. AZ besetzt werden.
A 15	(040)	1		Studiendirektor/in
A 15	(009)	7		Psychologiedirektor/in
A 15	(008)	10		Medizinaldirektor/in
A 14	(001)	11		Regierungsoberrat/rätin 2 Stellen können mit einem/r Richter/in oder Staatsanwalt/anwältin der Bes.Gr. R 1 o. AZ besetzt werden.
A 14	(010)	20,5	(17)	Psychologieoberrat/rätin
A 14	(007)	5	(6)	Medizinaloberrat/rätin
A 14	(073)	2		Rektor/in als Leiter/in einer überregionalen Ausbildungsstätte für Gefangene in einer Justizvollzugsanstalt
A 13 h.D.	(001)	4	(5)	Regierungsrat/rätin
A 13 h.D.	(008)	10		Psychologierat/rätin
A 13 h.D.	(013)	6		Medizinalrat/rätin
A 13 g.D.	(005)	12,5	(11,5)	Hauptlehrer/in im Justizvollzugsdienst
A 13 g.D.	(001)	10		Oberamtsrat/rätin
A 13 g.D.	(006)	9		Oberlehrer/in im Justizvollzugsdienst
A 12	(001)	38	(31)	Amtsrat/rätin
A 11	(001)	135,5	(123)	Amtmann/Amtfrau (1 DW für Dienstleiter/innen)
A 11	(002)	4		Technischer/sche Amtmann/Amtfrau
A 11	(042)	4		Fachlehrer/in für arbeitstechnische Fächer 1 Stelle kann mit einem/einer Beamten/Beamtin des Werkdienstes besetzt werden.
A 10 AZ	(010)	7	(6)	Erster Pflegevorsteher/Erste Oberin (1 DW für Erste Pflegevorsteher/Erste Oberinnen)
A 10	(001)	117	(121)	Oberinspektor/in (1 DW für Beschwerdesachbearbeiter/innen und 2 DW für Beamte/Beamtinnen im Verwaltungsdienst)

Kapitel 05 05
Vollzugsanstalten

S t e l l e n p l a n
für planmäßige Beamte und Richter

Bes. Gr.	Kennung	Stellen 2009	(2008)	
A 10	(002)	7		Technischer/sche Oberinspektor/in
A 9 g.D.	(001)	40	(37)	Inspektor/in
A 9 g.D.	(002)	5		Technischer/sche Inspektor/in
A 9 m.D.	(000)	1	(–)	Altersteilzeitstelle/n kw
A 9 AZ	(010)	9		Amtsinspektor/in
A 9 AZ	(013)	158		Amtsinspektor/in im Justizvollzugsdienst (6 DW für Aufsichtsbeamte/beamtinnen)
A 9 AZ	(014)	13		Betriebsinspektor/in
A 9 AZ	(015)	13	(12)	Pflegevorsteher/Oberin (2 DW im Krankenpflegedienst)
A 9 m.D.	(008)	50	(46)	Oberpfleger/Oberschwester (3 DW im Krankenpflegedienst)
A 9 m.D.	(001)	23		Amtsinspektor/in
A 9 m.D.	(004)	391		Amtsinspektor/in im Justizvollzugsdienst (20 DW für Aufsichtsbeamte/beamtinnen)
A 9 m.D.	(005)	33		Betriebsinspektor/in
A 8	(001)	56	(55)	Hauptsekretär/in (1 DW für Beamte/Beamtinnen im Verwaltungsdienst)
A 8	(005)	743,5	(741)	Hauptsekretär/in im Justizvollzugsdienst (37 DW für Aufsichtsbeamte/beamtinnen)
A 8	(006)	61		Hauptwerkmeister/in
A 8	(013)	45		Abteilungspfleger/Abteilungsschwester (2 DW im Krankenpflegedienst)
A 7	(001)	54	(57)	Obersekretär/in
A 7	(005)	443		Obersekretär/in im Justizvollzugsdienst (31 DW für Aufsichtsbeamte/beamtinnen)
A 7	(006)	21		Oberwerkmeister/in
A 6 m.D.	(001)	17		Sekretär/in
		2623	(2593,5)	

Kapitel 05 05
Vollzugsanstalten

E R L Ä U T E R U N G E N zum S T E L L E N P L A N 422 00

Änderung des Stellenplans (planmäßige Beamte und Richter)

Bes. Gr.	Kennung	Stellen lt. Haushaltsplan 2008	Veränderungen aufgrund von / durch § 50 LHO +	§ 50 LHO −	§ 10 HG +	§§ 8 u. 9 HG +	§§ 8 u. 9 HG −	Haushaltsvermerken +	Haushaltsvermerken −	neue/weggefallene Stellen 2009 +	neue/weggefallene Stellen 2009 −	Hebungen 2009 +	Hebungen 2009 −	Umsetzungen/Umwandl. 2009 +	Umsetzungen/Umwandl. 2009 −	Sonstige Veränderungen 2009 +	Sonstige Veränderungen 2009 −	Stellen lt. Haushaltsplan 2009
1	2	3	4		5	6		7		8		9		10		11		12
A 16 AZ	(000)	0,0				1,0	1,0											0,0
A 16	(011)	1,0										1,0						2,0
A 14	(007)	6,0											1,0					5,0
A 14	(010)	17,0								1,5				2,0				20,5
A 13 h.D.	(001)	5,0													1,0			4,0
A 13 g.D.	(005)	11,5								1,0								12,5
A 12	(001)	31,0										7,0						38,0
A 11	(001)	123,0					4,0			13,5			7,0	11,0	1,0			135,5
A 10 AZ	(010)	6,0												1,0				7,0
A 10	(001)	121,0													4,0			117,0
A 9 g.D.	(001)	37,0												3,0				40,0
A 9 m.D.	(000)	0,0				1,0												1,0
A 9 m.D.	(008)	46,0												4,0				50,0
A 9 AZ	(015)	12,0												1,0				13,0
A 8	(001)	55,0												1,0				56,0
A 8	(005)	741,0								2,5								743,5
A 7	(001)	57,0													3,0			54,0
Versch.		1324,0																1324,0
Zusammen		2593,5				2,0	5,0			18,5		8,0	8,0	23,0	9,0			2623,0

Kapitel 05 05
Vollzugsanstalten

Zu Spalte 6: Stellenübertragung gem. § 8 Abs. 2 HG 2008 nach Kap. 05 04:
4 Planstellen der Bes.Gr. A 11 (Amtmann/Amtfrau)

Zu Spalte 8: Neue Stellen:
1,5 Planstellen der Bes.Gr. A 14 (Psychologieoberrat/rätin)
1 Planstelle der Bes.Gr. A 13 g.D. (Hauptlehrer/in im Justizvollzugsdienst)
13,5 Planstellen der Bes.Gr. A 11 (Amtmann/Amtfrau)
2,5 Planstellen der Bes.Gr. A 8 (Hauptsekretär/in im Justizvollzugsdienst)
- Umsetzung des Hessischen Jugendstrafvollzugsgesetzes -

Zu Spalte 9: Stellenhebung:
1 Planstelle der Bes.Gr. A 14 (Medizinaloberrat/rätin) nach Bes.Gr. A 16 (Leitender/de Medizinaldirektor/in)
- Leitung eines medizinischen Competence Centers -

3 Planstellen der Bes.Gr. A 11 (Amtmann/Amtfrau) nach Bes.Gr. A 12 (Amtsrat/rätin)
- Sozialdienst -

4 Planstellen der Bes.Gr. A 11 (Amtmann/Amtfrau) nach Bes.Gr. A 12 (Amtsrat/rätin)

Zu Spalte 10: Stellenumsetzung nach Kap. 05 01 - 422:
1 Planstelle der Bes.Gr. A 13 h.D. (Regierungsrat/rätin)
1 Planstelle der Bes.Gr. A 11 (Amtmann/Amtfrau)
4 Planstellen der Bes.Gr. A 10 (Oberinspektor/in) unter gleichzeitiger Hebung nach Bes.Gr. A 11 (Amtmann/Amtfrau)

Stellenumsetzung von Kap. 05 05 - 425:
1 Stelle der Verg.Gr. VII BAT unter gleichzeitiger Umwandlung in eine Planstelle der Bes.Gr. A 8 (Hauptsekretär/in)

Stellenumsetzung von Kap. 05 09 - 426:
0,5 Stelle für eine/einen Arbeiter/in (Arb.) unter gleichzeitiger Umwandlung in 0,5 Stelle der Bes.Gr. A 11 (Amtmann/Amtfrau)
- Umsetzung des Hessischen Jugendstrafvollzugsgesetzes -

Stellenumwandlung:
5,5 Stellen der Bes.Gr. A 7 (Obersekretäranwärter/in im Justizvollzugsdienst) in Planstellen der Bes.Gr. A 11 (Amtmann/Amtfrau)
- Umsetzung des Hessischen Jugendstrafvollzugsgesetzes -

1 Stelle der Bes.Gr. A 7 (Obersekretäranwärter/in im Justizvollzugsdienst) in eine Planstelle der Bes.Gr. A 14 (Psychologieoberrat/rätin)
1 Stelle der Bes.Gr. A 7 (Obersekretäranwärter/in im Justizvollzugsdienst) in eine Planstelle der Bes.Gr. A 10 AZ (Erster Pflegevorsteher/Erste Oberin)
1 Stelle der Bes.Gr. A 7 (Obersekretäranwärter/in im Justizvollzugsdienst) in eine Planstelle der Bes.Gr. A 9 AZ (Pflegevorsteher/Oberin)
4 Stellen der Bes.Gr. A 7 (Obersekretäranwärter/in im Justizvollzugsdienst) in Planstellen der Bes.Gr. A 9 m.D. (Oberpfleger/Oberschwester)
- Erweiterung der psychiatrischen Abteilungen -

1 Stelle der Bes.Gr. A 7 (Obersekretäranwärter/in im Justizvollzugsdienst) in eine Planstelle der Bes.Gr. A 14 (Psychologieoberrat/rätin)
5 Stellen der Bes.Gr. A 7 (Obersekretäranwärter/in im Justizvollzugsdienst) in Planstellen der Bes.Gr. A 11 (Amtmann/Amtfrau)
3 Planstellen der Bes.Gr. A 7 (Obersekretär/in) in Planstellen der Bes.Gr. A 9 g.D. (Inspektor/in)

Unter Berücksichtigung der Verordnung zu § 26 Abs. 4 Nr. 1 des BBesG in der Fassung vom 21.08.1992 (BGBl. I S. 1595) und der Verordnung zu § 26 Abs. 4 Nr. 2 des BBesG in der Fassung vom 21.08.1992 (BGBl. I S. 1597), beide zuletzt geändert durch Gesetz vom 21.06.2002 (BGBl. I S. 2138), jeweils i.V.m. § 1 des Gesetzes zur Ersetzung von Bundesrecht auf dem Gebiet der Beamtenversorgung und der Besoldung vom 06.06.2007 (GVBl. I S. 302) gliedern sich die Stellen des Stellenplans wie folgt:

Kapitel 05 05
Vollzugsanstalten

Mittlerer Dienst

Bes. Gr.	Kennung	§ 1 Nr. 5 d. VO zu Abs.4 Nr. 1 (AVD)	§ 3 Nr. 4 d. VO zu Abs. 4 Nr.2 (M. Vollz./ Verw.d.)	§ 2 Nr. 6 d. VO zu Abs. 4 Nr.2 (Werk-dienst)	rest-liche Stellen	Summe der Stellen
A 9 AZ	(010)	–	–	–	9,00	9,00
A 9 AZ	(013)	158,00	–	–	–	158,00
A 9 AZ	(014)	–	–	13,00	–	13,00
A 9 AZ	(015)	–	–	–	13,00	13,00
A 9 m.D.	(001)	–	7,00	–	16,00	23,00
A 9 m.D.	(004)	391,00	–	–	–	391,00
A 9 m.D.	(005)	–	–	33,00	–	33,00
A 9 m.D.	(008)	–	–	–	50,00	50,00
A 8	(001)	–	13,00	–	43,00	56,00
A 8	(005)	743,50	–	–	–	743,50
A 8	(006)	–	–	61,00	–	61,00
A 8	(013)	–	–	–	45,00	45,00
A 7	(001)	–	–	–	54,00	54,00
A 7	(005)	443,00	–	–	–	443,00
A 7	(006)	–	–	21,00	–	21,00
A 6 m.D.	(001)	–	–	–	17,00	17,00
Summe		1.735,5	20,0	128,0	247,0	2.130,5

Zu Spalte § 3 Nr. 4 d. VO zu Abs. 4 Nr. 2 (M. Vollz./Verw.d.):
Weitere Funktionsstellen bei Kap. 05 03, 05 04, 05 08, 05 09, 05 40 und 05 50

Übersicht über den Erziehungsdienst

Bes. Gr.	Stellen
Sozialarbeiter	
A 13	2
A 12	21
A 11	48
A 10	49
A 9 g.D.	10
Zusammen	130

Übersicht über die Besetzbarkeit von Planstellen des gehobenen Vollzugs- und Verwaltungsdienstes mit Beamten des

Bes. Gr.	mittleren allg. Vollzugsdienstes	mittleren Vollzugs- u. Verwalt.dienstes
A 11	32	15
A 10	49	–
A 9 g.D.	11	11
Summe	92	26

Kapitel 05 05
Vollzugsanstalten

S T E L L E N P L A N 422 00

S t e l l e n p l a n
für Leerstellen (Beamte und Richter)

Bes. Gr.	Kennung	Stellen 2009	(2008)	
				Aufsteigende Gehälter
A 10	(976)	2		Leerstelle(n) kw für (eine(n)) nach § 92 a HBG/§ 85 a HBG beurlaubte(n) Bedienstete(n)
A 9 g.D.	(976)	1	(2)	Leerstelle(n) kw für (eine(n)) nach § 92 a HBG/§ 85 a HBG beurlaubte(n) Bedienstete(n)
A 8	(976)	3		Leerstelle(n) kw für (eine(n)) nach § 92 a HBG/§ 85 a HBG beurlaubte(n) Bedienstete(n)
A 7	(976)	2	(4)	Leerstelle(n) kw für (eine(n)) nach § 92 a HBG/§ 85 a HBG beurlaubte(n) Bedienstete(n)
		8	(11)	

E R L Ä U T E R U N G E N zum S T E L L E N P L A N 422 00

Änderung des Stellenplans Leerstellen (Beamte und Richter)

Bes. Gr.	Kennung	Stellen lt. Haushaltsplan 2008	Veränderungen aufgrund von / durch: § 50 LHO +	§ 50 LHO −	§ 10 HG +	§§ 8 u. 9 HG +	§§ 8 u. 9 HG −	Haushaltsvermerken +	Haushaltsvermerken −	neue/weggefallene Stellen 2009 +	neue/weggefallene Stellen 2009 −	Hebungen 2009 +	Hebungen 2009 −	Umsetzungen/Umwandl. 2009 +	Umsetzungen/Umwandl. 2009 −	Sonstige Veränderungen 2009 +	Sonstige Veränderungen 2009 −	Stellen lt. Haushaltsplan 2009
1	2	3	4		5	6		7		8		9		10		11		12
A 10	(976)	2,0			1,0			1,0										2,0
A 9 g.D.	(976)	2,0						1,0										1,0
A 8	(976)	3,0			1,0			1,0										3,0
A 7	(976)	4,0						2,0										2,0
Versch.		0,0																0,0
Zusammen		11,0			2,0			5,0										8,0

S T E L L E N Ü B E R S I C H T 422 00

S t e l l e n ü b e r s i c h t
für Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst

Bes. Gr.	Kennung	Stellen 2009	(2008)	
A 9 g.D.	(401)	28		Inspektoranwärter/in
A 7	(401)	241	(305)	Obersekretäranwärter/in im Justizvollzugsdienst
A 6 m.D.	(403)	37		Sekretäranwärter/in
		306	(370)	

Kapitel 05 05
Vollzugsanstalten

E R L Ä U T E R U N G E N zur S T E L L E N Ü B E R S I C H T 422 00

Änderung der Stellen für Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst

Bes. Gr.	Kennung	Stellen lt. Haushaltsplan 2008	§ 50 LHO +	§ 50 LHO −	§ 10 HG +	§§ 8 u. 9 HG +	§§ 8 u. 9 HG −	Haushaltsvermerken +	Haushaltsvermerken −	neue/weggefallene Stellen 2009 +	neue/weggefallene Stellen 2009 −	Hebungen 2009 +	Hebungen 2009 −	Umsetzungen/Umwandl. 2009 +	Umsetzungen/Umwandl. 2009 −	Sonstige Veränderungen 2009 +	Sonstige Veränderungen 2009 −	Stellen lt. Haushaltsplan 2009
			Veränderungen aufgrund von / durch															
1	2	3	4		5	6		7		8		9		10		11		12
A 7	(401)	305,0									5,0				59,0			241,0
Versch.		65,0																65,0
Zusammen		370,0									5,0				59,0			306,0

Zu Spalte 10: Stellenumsetzung nach Kap. 05 03 - 422:
3 Stellen der Bes.Gr. A 7 (Obersekretäranwärter/in im Justizvollzugsdienst) unter gleichzeitiger Umwandlung in Planstellen der Bes.Gr. A 12 (Amtsanwalt/anwältin)

Stellenumsetzung nach Kap. 05 03 - 425:
2 Stellen der Bes.Gr. A 7 (Obersekretäranwärter/in im Justizvollzugsdienst) unter gleichzeitiger Umwandlung in Stellen der Verg.Gr. VI b BAT
- Zentralstelle Bekämpfung Internetkriminalität -

Stellenumsetzung nach Kap. 05 04 - 422:
6 Stellen der Bes.Gr. A 7 (Obersekretäranwärter/in im Justizvollzugsdienst) unter gleichzeitiger Umwandlung in Planstellen der Bes.Gr. A 12 (Amtsrat/rätin)
8 Stellen der Bes.Gr. A 7 (Obersekretäranwärter/in im Justizvollzugsdienst) unter gleichzeitiger Umwandlung in Planstellen der Bes.Gr. A 11 (Justizamtmann/amtfrau)
6 Stellen der Bes.Gr. A 7 (Obersekretäranwärter/in im Justizvollzugsdienst) unter gleichzeitiger Umwandlung in Planstellen der Bes.Gr. A 10 (Justizoberinspektor/in)

1,5 Stellen der Bes.Gr. A 7 (Obersekretäranwärter/in im Justizvollzugsdienst) unter gleichzeitiger Umwandlung in Planstellen der Bes.Gr. A 11 (Amtmann/Amtfrau)
- Jugendbewährungshilfe -

14 Stellen der Bes.Gr. A 7 (Obersekretäranwärter/in im Justizvollzugsdienst) unter gleichzeitiger Umwandlung in Stellen der Bes.Gr. A 9 g.D. (Rechtspflegeranwärter/in)

Stellenumwandlung:
5,5 Stellen der Bes.Gr. A 7 (Obersekretäranwärter/in im Justizvollzugsdienst) in Planstellen der Bes.Gr. A 11 (Amtmann/Amtfrau)
- Umsetzung des Hessischen Jugendstrafvollzugsgesetzes -

1 Stelle der Bes.Gr. A 7 (Obersekretäranwärter/in im Justizvollzugsdienst) in eine Planstelle der Bes.Gr. A 14 (Psychologieoberrat/rätin)
1 Stelle der Bes.Gr. A 7 (Obersekretäranwärter/in im Justizvollzugsdienst) in eine Planstelle der Bes.Gr. A 10 AZ (Erster Pflegevorsteher/Erste Oberin)
1 Stelle der Bes.Gr. A 7 (Obersekretäranwärter/in im Justizvollzugsdienst) in eine Planstelle der Bes.Gr. A 9 AZ (Pflegevorsteher/Oberin)
4 Stellen der Bes.Gr. A 7 (Obersekretäranwärter/in im Justizvollzugsdienst) in Planstellen der Bes.Gr. A 9 m.D. (Oberpfleger/Oberschwester)
- Erweiterung der psychiatrischen Abteilungen -

1 Stelle der Bes.Gr. A 7 (Obersekretäranwärter/in im Justizvollzugsdienst) in eine Planstelle der Bes.Gr. A 14 (Psychologieoberrat/rätin)
5 Stellen der Bes.Gr. A 7 (Obersekretäranwärter/in im Justizvollzugsdienst) in Planstellen der Bes.Gr. A 11 (Amtmann/Amtfrau)

Kapitel 05 05
Vollzugsanstalten

S T E L L E N Ü B E R S I C H T 425 00

S t e l l e n ü b e r s i c h t
über den Bedarf an Angestellten (auch Auszubildende)

Verg. Gr.	Kennung	Stellen 2009	(2008)	
				Tarifliche Angestellte
II a	(001)	7		
III	(001)	2		
IV a	(001)	8		
IV a	(000)	1,5	(–)	Altersteilzeitstelle/n kw
IV b	(001)	11		
V b	(001)	1		
V c	(001)	9		
				(5 DW im Aufsichtsdienst und 1 DW für Hausmeister)
V c	(000)	3		Altersteilzeitstelle/n kw
VI b	(001)	61		
				(1 DW für Angestellte im Verwaltungsdienst)
VI b	(000)	6	(5)	Altersteilzeitstelle/n kw
VII	(001)	43	(44)	
				(2 DW im Aufsichtsdienst) 2 Stellen dürfen nur mit einem Schwerbehinderten besetzt werden.
VII	(000)	9	(6,5)	Altersteilzeitstelle/n kw
		161,5	(157,5)	

Im Falle des Bewährungsaufstiegs ist die höhere Vergütung aus der veranschlagten Stelle zu zahlen. Entsprechend ist zu verfahren, soweit in den Tätigkeitsmerkmalen der Anlagen 1 a und 1 b zum BAT die Eingruppierung in eine höhere Vergütungsgruppe ohne Änderung der Tätigkeit nach Ablauf einer Zeit der Berufsausübung oder der Bewährung von mehr als sechs Monaten vorgesehen ist.

Zu Verg. Gr. VII: Soweit es sich um Schreib- und Fernschreibkräfte handelt, sind sie ihren Tätigkeitsmerkmalen entsprechend nach den Verg. Gr. VII bis IX b BAT zu vergüten.

Kapitel 05 05
Vollzugsanstalten

E R L Ä U T E R U N G E N zur S T E L L E N Ü B E R S I C H T 425 00

Änderung der Stellenübersicht für Angestellte (auch Auszubildende)

Verg.Gr.	Kennung	Stellen lt. Haushaltsplan 2008	§ 50 LHO +	§ 50 LHO −	§ 10 HG +	§§ 8 u. 9 HG +	§§ 8 u. 9 HG −	Haushaltsvermerken +	Haushaltsvermerken −	neue/weggefallene Stellen 2009 +	neue/weggefallene Stellen 2009 −	Hebungen 2009 +	Hebungen 2009 −	Umsetzungen/Umwandl. 2009 +	Umsetzungen/Umwandl. 2009 −	Sonstige Veränderungen 2009 +	Sonstige Veränderungen 2009 −	Stellen lt. Haushaltsplan 2009
			Veränderungen aufgrund von / durch															
1	2	3	4		5	6		7		8		9		10		11		12
IV a	(000)	0,0				1,5												1,5
VI b	(000)	5,0				1,0												6,0
VII	(001)	44,0													1,0			43,0
VII	(000)	6,5				2,5												9,0
Versch.		102,0																102,0
Zusammen		157,5				5,0									1,0			161,5

Zu Spalte 10: Stellenumsetzung nach Kap. 05 05 - 422:
1 Stelle der Verg.Gr. VII BAT unter gleichzeitiger Umwandlung in eine Planstelle der Bes.Gr. A 8 (Hauptsekretär/in)

S T E L L E N Ü B E R S I C H T 425 00

S t e l l e n ü b e r s i c h t
Leerstellen (Angestellte)

Verg. Gr.	Kennung	Stellen 2009	(2008)	
				Tarifliche Angestellte
IV a	(972)	1		Leerstelle(n) kw für (eine(n)) nach § 50 Abs. 1 BAT beurlaubte(n) Bedienstete(n)
IV b	(972)	1		Leerstelle(n) kw für (eine(n)) nach § 50 Abs. 1 BAT beurlaubte(n) Bedienstete(n)
VI b	(993)	2,5	(3,5)	Leerstelle(n) kw für (eine(n)) Bedienstete(n), dessen/deren Arbeitsverhältnis während der Gewährung einer Rente auf Zeit ruht
		4,5	(5,5)	

E R L Ä U T E R U N G E N zur S T E L L E N Ü B E R S I C H T 425 00

Änderung der Stellenübersicht Leerstellen für Angestellte

Verg.Gr.	Kennung	Stellen lt. Haushaltsplan 2008	§ 50 LHO +	§ 50 LHO −	§ 10 HG +	§§ 8 u. 9 HG +	§§ 8 u. 9 HG −	Haushaltsvermerken +	Haushaltsvermerken −	neue/weggefallene Stellen 2009 +	neue/weggefallene Stellen 2009 −	Hebungen 2009 +	Hebungen 2009 −	Umsetzungen/Umwandl. 2009 +	Umsetzungen/Umwandl. 2009 −	Sonstige Veränderungen 2009 +	Sonstige Veränderungen 2009 −	Stellen lt. Haushaltsplan 2009
			Veränderungen aufgrund von / durch															
1	2	3	4		5	6		7		8		9		10		11		12
VI b	(993)	3,5						1,0										2,5
Versch.		2,0																2,0
Zusammen		5,5						1,0										4,5

Kapitel 05 05
Vollzugsanstalten

S T E L L E N Ü B E R S I C H T 426 00

S t e l l e n ü b e r s i c h t
über den Bedarf an Arbeitern

Lohngr.	Kennung	Stellen 2009	(2008)	
Arb.	(001)	21		Arbeiter/in
		21	(21)	

Kapitel 05 08
Hessisches Finanzgericht

S T E L L E N P L A N 422 00

S t e l l e n p l a n
für planmäßige Beamte und Richter

Bes. Gr.	Kennung	Stellen 2009	(2008)	
				Feste Gehälter
R 6	(004)	1		Präsident/in des Finanzgerichts Erhält eine Aufwandsentschädigung von jährlich 700 EUR.
R 3	(302)	1		Vizepräsident/in des Finanzgerichts Mit Amtszulage nach Fußnote 3 BBesG
R 3	(009)	11		Vorsitzender/de Richter/in am Finanzgericht Ohne Amtszulage
				Aufsteigende Gehälter
R 2	(012)	30		Richter/in am Finanzgericht 1 Stelle darf mit einem/einer Richter/in kraft Auftrags besetzt werden.
A 14	(000)	–	(1)	Altersteilzeitstelle/n kw
A 14	(001)	1		Regierungsoberrat/rätin
A 13 g.D.	(001)	2		Oberamtsrat/rätin
A 12	(001)	2		Amtsrat/rätin davon 1 Planstelle kw im Haushaltsjahr 2010.
A 11	(001)	4		Amtmann/Amtfrau
A 9 AZ	(000)	1		Altersteilzeitstelle/n kw
A 9 AZ	(010)	1		Amtsinspektor/in
A 9 m.D.	(001)	3		Amtsinspektor/in
A 8	(001)	1		Hauptsekretär/in
A 6 e.D.	(004)	1		Erste/r Justizhauptwachtmeister/in
A 5	(003)	1		Erster/ste Justizhauptwachtmeister/in
		60	(61)	

Die Planstellen für Richter können auch mit Richtern anderer Amtsbezeichnungen oder Staatsanwälten der gleichen Besoldungsgruppe des Einzelplans 05 besetzt werden.

Kapitel 05 08
Hessisches Finanzgericht

E R L Ä U T E R U N G E N zum S T E L L E N P L A N 422 00

Änderung des Stellenplans (planmäßige Beamte und Richter)

Bes. Gr.	Kennung	Stellen lt. Haushaltsplan 2008	Veränderungen aufgrund von / durch § 50 LHO +	§ 50 LHO −	§ 10 HG +	§§ 8 u. 9 HG +	§§ 8 u. 9 HG −	Haushaltsvermerken +	Haushaltsvermerken −	neue/weggefallene Stellen 2009 +	neue/weggefallene Stellen 2009 −	Hebungen 2009 +	Hebungen 2009 −	Umsetzungen/Umwandl. 2009 +	Umsetzungen/Umwandl. 2009 −	Sonstige Veränderungen 2009 +	Sonstige Veränderungen 2009 −	Stellen lt. Haushaltsplan 2009
1	2	3	4		5	6		7		8		9		10		11		12
A 14	(000)	1,0					1,0											0,0
Versch.		60,0																60,0
Zusammen		61,0					1,0											60,0

S T E L L E N Ü B E R S I C H T 425 00

S t e l l e n ü b e r s i c h t
über den Bedarf an Angestellten (auch Auszubildende)

Verg. Gr.	Kennung	Stellen 2009	(2008)	
				Tarifliche Angestellte
IV b	(001)	1		
V c	(001)	4	(5)	
V c	(000)	1	(–)	Altersteilzeitstelle/n kw
VI b	(001)	15,5	(14)	
VIII	(001)	1		
		22,5	(21)	

Im Falle des Bewährungsaufstiegs ist die höhere Vergütung aus der veranschlagten Stelle zu zahlen. Entsprechend ist zu verfahren, soweit in den Tätigkeitsmerkmalen der Anlagen 1 a und 1 b zum BAT die Eingruppierung in eine höhere Vergütungsgruppe ohne Änderung der Tätigkeit nach Ablauf einer Zeit der Berufsausübung oder der Bewährung von mehr als sechs Monaten vorgesehen ist.

Zu Verg. Gr. VII:
Soweit es sich um Schreib- und Fernschreibkräfte handelt, sind sie ihren Tätigkeitsmerkmalen entsprechend nach den Verg. Gr. VII bis IX b BAT zu vergüten.

Kapitel 05 08
Hessisches Finanzgericht

E R L Ä U T E R U N G E N zur S T E L L E N Ü B E R S I C H T 425 00

Änderung der Stellenübersicht für Angestellte (auch Auszubildende)

Verg.Gr.	Kennung	Stellen lt. Haushaltsplan 2008	§ 50 LHO +	§ 50 LHO −	§ 10 HG +	§§ 8 u. 9 HG +	§§ 8 u. 9 HG −	Haushaltsvermerken +	Haushaltsvermerken −	neue/weggefallene Stellen 2009 +	neue/weggefallene Stellen 2009 −	Hebungen 2009 +	Hebungen 2009 −	Umsetzungen/ Umwandl. 2009 +	Umsetzungen/ Umwandl. 2009 −	Sonstige Veränderungen 2009 +	Sonstige Veränderungen 2009 −	Stellen lt. Haushaltsplan 2009
			Veränderungen aufgrund von / durch															
1	2	3	4		5	6		7		8		9		10		11		12
V c	(001)	5,0					1,0											4,0
V c	(000)	0,0				1,0												1,0
VI b	(001)	14,0				1,5												15,5
Versch.		2,0																2,0
Zusammen		21,0				2,5	1,0											22,5

Zu Spalte 6: Stellenübertragung gem. § 8 Abs. 2 HG 2007 nach Kap. 05 04:
1 Stelle der Verg.Gr. Vc BAT

Stellenübertragung gem. § 8 Abs. 2 HG 2007 von Kap. 05 04:
1,5 Stellen der Verg.Gr. VIb BAT

S T E L L E N Ü B E R S I C H T 425 00

S t e l l e n ü b e r s i c h t

Leerstellen (Angestellte)

Verg. Gr.	Kennung	Stellen 2009	(2008)	
				Tarifliche Angestellte
VI b	(972)	2	(–)	Leerstelle(n) kw für (eine(n)) nach § 50 Abs. 1 BAT beurlaubte(n) Bedienstete(n)
		2	(–)	

E R L Ä U T E R U N G E N zur S T E L L E N Ü B E R S I C H T 425 00

Änderung der Stellenübersicht Leerstellen für Angestellte

Verg.Gr.	Kennung	Stellen lt. Haushaltsplan 2008	§ 50 LHO +	§ 50 LHO −	§ 10 HG +	§§ 8 u. 9 HG +	§§ 8 u. 9 HG −	Haushaltsvermerken +	Haushaltsvermerken −	neue/weggefallene Stellen 2009 +	neue/weggefallene Stellen 2009 −	Hebungen 2009 +	Hebungen 2009 −	Umsetzungen/ Umwandl. 2009 +	Umsetzungen/ Umwandl. 2009 −	Sonstige Veränderungen 2009 +	Sonstige Veränderungen 2009 −	Stellen lt. Haushaltsplan 2009
			Veränderungen aufgrund von / durch															
1	2	3	4		5	6		7		8		9		10		11		12
VI b	(972)	0,0			2,0													2,0
Versch.		0,0																0,0
Zusammen		0,0			2,0													2,0

Kapitel 05 09
Verwaltungsgerichtsbarkeit

S T E L L E N P L A N 422 00

S t e l l e n p l a n
für planmäßige Beamte und Richter

Bes. Gr.	Kennung	Stellen 2009	(2008)	
				Feste Gehälter
R 8	(002)	1		Präsident/in des Verwaltungsgerichtshofs Erhält eine Aufwandsentschädigung von jährlich 700 EUR.
R 4	(005)	1		Vizepräsident/in des Verwaltungsgerichtshofs
R 4	(006)	1		Präsident/in des Verwaltungsgerichts
R 3	(010)	9		Vorsitzender/de Richter/in am Verwaltungsgerichtshof
R 3	(011)	4		Präsident/in des Verwaltungsgerichts
				Aufsteigende Gehälter
R 2	(013)	27		Richter/in am Verwaltungsgerichtshof
R 2	(014)	37	(39)	Vorsitzender/de Richter/in am Verwaltungsgericht davon 4 kw
R 2	(502)	5		Vizepräsident/in des Verwaltungsgerichts Mit Amtszulage nach Fußnote 5 BBesG
R 1	(004)	95	(100,5)	Richter/in am Verwaltungsgericht davon 13 kw
A 15	(001)	2		Regierungsdirektor/in
A 14	(001)	3		Regierungsoberrat/rätin
A 12	(001)	6		Amtsrat/rätin
A 11	(001)	6		Amtmann/Amtfrau
A 10	(001)	2		Oberinspektor/in
A 9 AZ	(010)	3		Amtsinspektor/in
A 9 m.D.	(001)	6		Amtsinspektor/in
A 8	(001)	8		Hauptsekretär/in
A 7	(001)	7		Obersekretär/in davon 1 ku nach Bes.Gr. A 6 m.D. davon 1 kw im Haushaltsjahr 2011.
A 6 m.D.	(001)	–	(1)	Sekretär/in
A 6 e.D.	(004)	2		Erste/r Justizhauptwachtmeister/in
A 5	(003)	10		Erster/ste Justizhauptwachtmeister/in
A 4	(003)	1		Justizhauptwachtmeister/in
		236	(244,5)	

Die Planstellen für Richter können auch mit Richtern anderer Amtsbezeichnungen oder Staatsanwälten der gleichen Besoldungsgruppe des Einzelplans 05 besetzt werden.

Kapitel 05 09
Verwaltungsgerichtsbarkeit

E R L Ä U T E R U N G E N zum S T E L L E N P L A N 422 00

Änderung des Stellenplans (planmäßige Beamte und Richter)

Bes. Gr.	Kennung	Stellen lt. Haushaltsplan 2008	§ 50 LHO +	§ 50 LHO –	§ 10 HG +	§§ 8 u. 9 HG +	§§ 8 u. 9 HG –	Haushaltsvermerken +	Haushaltsvermerken –	neue/weggefallene Stellen 2009 +	neue/weggefallene Stellen 2009 –	Hebungen 2009 +	Hebungen 2009 –	Umsetzungen/ Umwandl. 2009 +	Umsetzungen/ Umwandl. 2009 –	Sonstige Veränderungen 2009 +	Sonstige Veränderungen 2009 –	Stellen lt. Haushaltsplan 2009
			Veränderungen aufgrund von / durch															
1	2	3	4		5	6		7		8		9		10		11		12
R 2	(014)	39,0							2,0									37,0
R 1	(004)	100,5					4,5		1,0									95,0
A 14	(001)	3,0							1,0						1,0			3,0
A 6 m.D.	(001)	1,0					1,0											0,0
Versch.		101,0																101,0
Zusammen		244,5					5,5		4,0						1,0			236,0

Zu Spalte 6: Stellenübertragung gem. § 8 Abs. 2 HG 2008 nach Kap. 05 03:
1,5 Planstellen der Bes. Gr. R 1 (Richter/in am Verwaltungsgericht) unter gleichzeitiger Umwandlung in Planstellen der Bes.Gr. R 1 (Staatsanwalt/anwältin)

Stellenübertragung gem. § 8 Abs. 2 HG 2008 nach Kap. 05 04:
1 Planstelle der Bes.Gr. R 1 (Richter/in am Verwaltungsgericht) unter gleichzeitiger Umwandlung in eine Planstelle der Bes.Gr. R 1 (Richter/in am Amts- und Landgericht)

Stellenübertragung gem. § 8 Abs. 2 HG 2008 nach Kap. 05 50:
2 Planstellen der Bes.Gr. R 1 (Richter/in am Verwaltungsgericht) unter gleichzeitiger Umwandlung in Planstellen der Bes.Gr. R 1 (Richter/in am Sozialgericht)
1 Planstelle der Bes.Gr. A 6 m.D. (Sekretär/in)

Zu Spalte 7: Stellenwegfall aufgrund Wirksamwerden von kw-Vermerken:
2 Planstellen der Bes.Gr. R 2 (Vorsitzender/de Richter/in am Verwaltungsgericht)
1 Planstelle der Bes.Gr. R 1 (Richter/in am Verwaltungsgericht)
1 Planstelle der Bes.Gr. A 14 (Regierungsoberrat/rätin)

Zu Spalte 10: Stellenumsetzung von Kap. 05 09 - 426:
1 Arbeiterstelle unter gleichzeitiger Umwandlung in eine Planstelle der Bes.Gr. A 14 (Regierungsoberrat/rätin)

Unter Berücksichtigung der Verordnung zu § 26 Abs. 4 Nr. 1 des BBesG in der Fassung vom 21.08.1992 (BGBl. I S. 1595) und der Verordnung zu § 26 Abs. 4 Nr. 2 des BBesG in der Fassung vom 21.08.1992 (BGBl. I S. 1597), beide zuletzt geändert durch Gesetz vom 21.06.2002 (BGBl. I S. 2138), jeweils i.V.m. § 1 des Gesetzes zur Ersetzung von Bundesrecht auf dem Gebiet der Beamtenversorgung und der Besoldung vom 06.06.2007 (GVBl. I S. 302) gliedern sich die Stellen des Stellenplans wie folgt:

Gehobener Dienst

Bes. Gr.	Kennung	§ 3 Nr. 1 der VO (Vorprüfungsbeamte)	restliche Stellen	Summe der Stellen
A 12	(001)	–	6	6
A 11	(001)	1	5	6
A 10	(001)	–	2	2
A 9 g.D.	(001)	–	–	–
Zusammen		1	13	14

Zu Spalte § 3 Nr. 1 der VO (Vorprüfungsbeamte):
Weitere Funktionsstellen bei Kap. 05 04, 05 40 und 05 50.

Kapitel 05 09
Verwaltungsgerichtsbarkeit

Mittlerer Dienst

Bes. Gr.	Kennung	§ 3 Nr. 4 der VO (Sachbearbeiter des mittl. Dienstes)	restliche Stellen	Summe der Stellen
A 9 AZ	(010)	3	–	3
A 9 m.D.	(001)	3	3	6
A 8	(001)	–	8	8
A 7	(001)	–	7	7
A 6 m.D.	(001)	–	–	–
Zusammen		6	18	24

Zu Spalte § 3 Nr. 4 der VO (Sachbearbeiter des mittl. Dienstes):
Weitere Funktionsstellen bei Kap. 05 03, 05 04, 05 05, 05 08, 05 40 und 05 50

Zu Spalte "Restliche Stellen" und Zeile A 7 (001):
1 Planstelle ku nach Bes.Gr. A 6 m.D. (001)

Kapitel 05 09
Verwaltungsgerichtsbarkeit

S T E L L E N P L A N 422 00

S t e l l e n p l a n
für Leerstellen (Beamte und Richter)

Bes. Gr.	Kennung	Stellen 2009	(2008)	
				Aufsteigende Gehälter
R 2	(971)	1		Leerstelle(n) kw für (eine(n)) nach § 7 a HRiG/§ 7 b HRiG beurlaubte(n) Bedienstete(n)
R 2	(981)	1		Leerstelle(n) kw für (eine(n)) in den Deutschen Bundestag/Hessischen Landtag/ das Europäische Parlament gewählte(n) Bedienstete(n)
R 2	(983)	1		Leerstelle(n) kw für (eine(n)) zur vorübergehenden Tätigkeit bei supranationalen/internationalen Einrichtungen beurlaubte(n) Bedienstete(n)
R 2	(984)	1		Leerstelle(n) kw für (eine(n)) zu einem anderen Dienstherrn abgeordnete(n) Bedienstete(n) - Richter/in am Hessischen Verwaltungsgerichtshof -
R 2	(986)	1		Leerstelle(n) kw für (eine(n)) Richter/in, der/die zu einer hessischen Verwaltungsbehörde abgeordnet ist/sind - Richter/in am Hessischen Verwaltungsgerichtshof -
R 2	(995)	1		Leerstelle(n) kw für Professoren/innen, denen ein Richteramt übertragen ist Weitere Leerstellen kw für Professoren/innen, denen ein Richteramt übertragen ist, können mit Zustimmung des HMdF ausgebracht werden.
R 2	(998)	1		Leerstelle(n) für Bedienstete, die bei obersten Landesbehörden oder Bundesbehörden beschäftigt sind und dort auf freien Planstellen geführt werden
R 1	(971)	1		Leerstelle(n) kw für (eine(n)) nach § 7 a HRiG/§ 7 b HRiG beurlaubte(n) Bedienstete(n) - Richter/in am Verwaltungsgericht -
R 1	(981)	–	(1)	Leerstelle(n) kw für (eine(n)) in den Deutschen Bundestag/Hessischen Landtag/ das Europäische Parlament gewählte(n) Bedienstete(n)
R 1	(984)	4	(3)	Leerstelle(n) kw für (eine(n)) zu einem anderen Dienstherrn abgeordnete(n) Bedienstete(n) - Richter/in am Verwaltungsgericht -
R 1	(986)	1		Leerstelle(n) kw für (eine(n)) Richter/in, der/die zu einer hessischen Verwaltungsbehörde abgeordnet ist/sind - Richter/in am Verwaltungsgericht
R 1	(992)	2		Leerstelle(n) kw für (eine(n)) Bedienstete(n) in Elternzeit/ Erziehungsurlaub - Richter/in am Verwaltungsgericht -
A 7	(976)	1	(–)	Leerstelle(n) kw für (eine(n)) nach § 92 a HBG/§ 85 a HBG beurlaubte(n) Bedienstete(n) - Obersekretär/in -
		16	(15)	

Kapitel 05 09
Verwaltungsgerichtsbarkeit

E R L Ä U T E R U N G E N zum S T E L L E N P L A N 422 00

Änderung des Stellenplans Leerstellen (Beamte und Richter)

Bes. Gr.	Kennung	Stellen lt. Haushaltsplan 2008	Veränderungen aufgrund von / durch § 50 LHO +	§ 50 LHO −	§ 10 HG +	§§ 8 u. 9 HG +	§§ 8 u. 9 HG −	Haushaltsvermerken +	Haushaltsvermerken −	neue/weggefallene Stellen 2009 +	neue/weggefallene Stellen 2009 −	Hebungen 2009 +	Hebungen 2009 −	Umsetzungen/Umwandl. 2009 +	Umsetzungen/Umwandl. 2009 −	Sonstige Veränderungen 2009 +	Sonstige Veränderungen 2009 −	Stellen lt. Haushaltsplan 2009
1	2	3	4		5	6		7		8		9		10		11		12
R 1	(981)	1,0							1,0									0,0
R 1	(984)	3,0			1,0													4,0
A 7	(976)	0,0			1,0													1,0
Versch.		11,0																11,0
Zusammen		15,0			2,0				1,0									16,0

S T E L L E N Ü B E R S I C H T 425 00

S t e l l e n ü b e r s i c h t
über den Bedarf an Angestellten (auch Auszubildende)

Verg. Gr.	Kennung	Stellen 2009	(2008)	
				Tarifliche Angestellte
II a	(001)	2		
IV b	(001)	1		
V c	(001)	47		
VI b	(001)	24		
				davon 2 kw im Haushaltsjahr 2011.
VI b	(000)	4	(2)	Altersteilzeitstelle/n kw
VII	(001)	56	(60)	
				davon 2 kw im Haushaltsjahr 2011.
VII	(000)	1	(2)	Altersteilzeitstelle/n kw
		135	(138)	

Im Falle des Bewährungsaufstiegs ist die höhere Vergütung aus der veranschlagten Stelle zu zahlen. Entsprechend ist zu verfahren, soweit in den Tätigkeitsmerkmalen der Anlagen 1 a und 1 b zum BAT die Eingruppierung in eine höhere Vergütungsgruppe ohne Änderung der Tätigkeit nach Ablauf einer Zeit der Berufsausübung oder der Bewährung von mehr als sechs Monaten vorgesehen ist.

Zu Verg. Gr. VII: Soweit es sich um Schreib- und Fernschreibkräfte handelt, sind sie ihren Tätigkeitsmerkmalen entsprechend nach den Verg. Gr. VII bis IX b BAT zu vergüten.

Kapitel 05 09
Verwaltungsgerichtsbarkeit

E R L Ä U T E R U N G E N zur S T E L L E N Ü B E R S I C H T 425 00

Änderung der Stellenübersicht für Angestellte (auch Auszubildende)

Verg.Gr.	Kennung	Stellen lt. Haushaltsplan 2008	§ 50 LHO +	§ 50 LHO −	§ 10 HG +	§§ 8 u. 9 HG +	§§ 8 u. 9 HG −	Haushaltsvermerken +	Haushaltsvermerken −	neue/weggefallene Stellen 2009 +	neue/weggefallene Stellen 2009 −	Hebungen 2009 +	Hebungen 2009 −	Umsetzungen/ Umwandl. 2009 +	Umsetzungen/ Umwandl. 2009 −	Sonstige Veränderungen 2009 +	Sonstige Veränderungen 2009 −	Stellen lt. Haushaltsplan 2009
			Veränderungen aufgrund von / durch															
1	2	3	4		5	6		7		8		9		10		11		12
VI b	(000)	2,0				2,0												4,0
VII	(001)	60,0					4,0											56,0
VII	(000)	2,0					1,0											1,0
Versch.		74,0																74,0
Zusammen		138,0				2,0	5,0											135,0

Zu Spalte 6: Stellenübertragung gem. § 8 Abs. 2 HG 2008 nach Kap. 05 50:
4 Stellen der Verg.Gr. VII BAT

S T E L L E N Ü B E R S I C H T 425 00

S t e l l e n ü b e r s i c h t

Leerstellen (Angestellte)

Verg. Gr.	Kennung	Stellen 2009	(2008)	
				Tarifliche Angestellte
V c	(972)	1		Leerstelle(n) kw für (eine(n)) nach § 50 Abs. 1 BAT beurlaubte(n) Bedienstete(n)
VI b	(972)	1		Leerstelle(n) kw für (eine(n)) nach § 50 Abs. 1 BAT beurlaubte(n) Bedienstete(n)
VII	(972)	8	(9)	Leerstelle(n) kw für (eine(n)) nach § 50 Abs.1 BAT beurlaubte(n) Bedienstete(n)
VII	(993)	1	(1,5)	Leerstelle(n) kw für (eine(n)) Bedienstete(n), dessen/deren Arbeitsverhältnis während der Gewährung einer Rente auf Zeit ruht
		11	(12,5)	

Kapitel 05 09
Verwaltungsgerichtsbarkeit

E R L Ä U T E R U N G E N zur S T E L L E N Ü B E R S I C H T 425 00

Änderung der Stellenübersicht Leerstellen für Angestellte

Verg.Gr.	Kennung	Stellen lt. Haushaltsplan 2008	Veränderungen aufgrund von / durch § 50 LHO +	§ 50 LHO −	§ 10 HG +	§§ 8 u. 9 HG +	§§ 8 u. 9 HG −	Haushaltsvermerken +	Haushaltsvermerken −	neue/weggefallene Stellen 2009 +	neue/weggefallene Stellen 2009 −	Hebungen 2009 +	Hebungen 2009 −	Umsetzungen/Umwandl. 2009 +	Umsetzungen/Umwandl. 2009 −	Sonstige Veränderungen 2009 +	Sonstige Veränderungen 2009 −	Stellen lt. Haushaltsplan 2009
1	2	3	4		5	6		7		8		9		10		11		12
VII	(972)	9,0							1,0									8,0
VII	(993)	1,5							0,5									1,0
Versch.		2,0																2,0
Zusammen		12,5							1,5									11,0

S T E L L E N Ü B E R S I C H T 426 00

S t e l l e n ü b e r s i c h t
über den Bedarf an Arbeitern

Lohngr.	Kennung	Stellen 2009	(2008)	
Arb.	(001)	4	(8)	Arbeiter/in
		4	(8)	

E R L Ä U T E R U N G E N 426 00

Änderung der Stellenübersicht für Arbeiter

Lohngr.	Kennung	Stellen lt. Haushaltsplan 2008	Veränderungen aufgrund von / durch § 50 LHO +	§ 50 LHO −	§ 10 HG +	§§ 8 u. 9 HG +	§§ 8 u. 9 HG −	Haushaltsvermerken +	Haushaltsvermerken −	neue/weggefallene Stellen 2009 +	neue/weggefallene Stellen 2009 −	Hebungen 2009 +	Hebungen 2009 −	Umsetzungen/Umwandl. 2009 +	Umsetzungen/Umwandl. 2009 −	Sonstige Veränderungen 2009 +	Sonstige Veränderungen 2009 −	Stellen lt. Haushaltsplan 2009
1	2	3	4		5	6		7		8		9		10		11		12
Arb.	(001)	8,0													4,0			4,0
Versch.		0,0																0,0
Zusammen		8,0													4,0			4,0

Zu Spalte 10: Stellenumsetzung nach Kap. 05 09 - 422:
1 Arbeiterstelle unter gleichzeitiger Umwandlung in eine Planstelle der Bes.Gr. A 14 (Regierungsoberrat/rätin)

Stellenumsetzung nach Kap. 05 03 - 422:
1,5 Arbeiterstellen unter gleichzeitiger Umwandlung Planstellen der Bes.Gr. A 13 g.D. (Oberamtsanwalt/anwältin)

Stellenumsetzung nach Kap. 05 04 - 422:
1 Arbeiterstelle unter gleichzeitiger Umwandlung in eine Planstelle der Bes.Gr. A 14 (Regierungsoberrat/rätin)

Stellenumsetzung nach Kap. 05 05 - 422:
0,5 Arbeiterstelle unter gleichzeitiger Umwandlung in 0,5 Planstelle der Bes.Gr. A 11 (Amtmann/Amtfrau)

Kapitel 05 09
Verwaltungsgerichtsbarkeit

S T E L L E N Ü B E R S I C H T 426 00

S t e l l e n ü b e r s i c h t

Leerstellen (Arbeiter)

Lohngr.	Kennung	Stellen 2009	(2008)	
Arb.	(993)	1		Leerstelle(n) kw für (eine(n)) Bedienstete(n), dessen/deren Arbeitsverhältnis während der Gewährung einer Rente auf Zeit ruht - Reinigungsdienst
		1	(1)	

Kapitel 05 40
Gerichte für Arbeitssachen

S T E L L E N P L A N 422 00

S t e l l e n p l a n
für planmäßige Beamte und Richter

Bes. Gr.	Kennung	Stellen 2009	(2008)	
				Feste Gehälter
R 6	(005)	1		Präsident/in des Landesarbeitsgerichts Erhält eine Aufwandsentschädigung von jährlich 700 EUR.
R 3	(303)	1		Vizepräsident/in des Landesarbeitsgerichts Mit Amtszulage nach Fußnote 3 BBesG
R 3	(012)	16		Vorsitzender/de Richter/in am Landesarbeitsgericht Ohne Amtszulage
R 3	(014)	1		Präsident/in des Arbeitsgerichts Frankfurt am Main
				Aufsteigende Gehälter
R 2	(403)	1		Vizepräsident des Arbeitsgerichts Mit Amtszulage nach Fußnote 4 BBesG
R 2	(303)	3		Direktor/in des Arbeitsgerichts Mit Amtszulage nach Fußnote 3 BBesG
R 2	(015)	2		Direktor/in des Arbeitsgerichts Ohne Amtszulage
R 2	(016)	3		Richter/in als der/die ständige Vertreter/in des/der Direktors/in des Arbeitsgerichts
R 2	(017)	1		Richter/in am Arbeitsgericht als weiterer/e aufsichtsführender/de Richter/in
R 1	(103)	6		Direktor/in des Arbeitsgerichts Mit Amtszulage nach Fußnote 1 BBesG
R 1	(005)	56,5		Richter/in am Arbeitsgericht Ohne Amtszulage
A 14	(000)	1	(–)	Altersteilzeitstelle/n kw
A 14	(001)	1		Regierungsoberrat/rätin
A 13 g.D.	(001)	3		Oberamtsrat/rätin davon 1 ku nach Bes. Gr. A 12 - Amtsrat/rätin
A 12	(001)	6		Amtsrat/rätin
A 11	(001)	10		Amtmann/Amtfrau
A 10	(001)	10		Oberinspektor/in
A 9 g.D.	(001)	4		Inspektor/in
A 9 AZ	(010)	1		Amtsinspektor/in
A 9 m.D.	(000)	–	(1)	Altersteilzeitstelle/n kw
A 7	(001)	2		Obersekretär/in
		129,5	(129,5)	

Die Planstellen für Richter können auch mit Richtern anderer Amtsbezeichnungen oder Staatsanwälten der gleichen Besoldungsgruppe des Einzelplans 05 besetzt werden.

Kapitel 05 40
Gerichte für Arbeitssachen

E R L Ä U T E R U N G E N zum S T E L L E N P L A N 422 00

Änderung des Stellenplans (planmäßige Beamte und Richter)

Bes. Gr.	Kennung	Stellen lt. Haushaltsplan 2008	Veränderungen aufgrund von / durch § 50 LHO +	§ 50 LHO –	§ 10 HG +	§§ 8 u. 9 HG +	§§ 8 u. 9 HG –	Haushaltsvermerken +	Haushaltsvermerken –	neue/weggefallene Stellen 2009 +	neue/weggefallene Stellen 2009 –	Hebungen 2009 +	Hebungen 2009 –	Umsetzungen/Umwandl. 2009 +	Umsetzungen/Umwandl. 2009 –	Sonstige Veränderungen 2009 +	Sonstige Veränderungen 2009 –	Stellen lt. Haushaltsplan 2009
1	2	3	4		5	6		7		8		9		10		11		12
A 14	(000)	0,0				1,0												1,0
A 9 m.D.	(000)	1,0					1,0											0,0
Versch.		128,5																128,5
Zusammen		129,5				1,0	1,0											129,5

Unter Berücksichtigung der Verordnung zu § 26 Abs. 4 Nr. 1 des BBesG in der Fassung vom 21.08.1992 (BGBl. I S. 1595) und der Verordnung zu § 26 Abs. 4 Nr. 2 des BBesG in der Fassung vom 21.08.1992 (BGBl. I S. 1597), beide zuletzt geändert durch Gesetz vom 21.06.2002 (BGBl. I S. 2138), jeweils i.V.m. § 1 des Gesetzes zur Ersetzung von Bundesrecht auf dem Gebiet der Beamtenversorgung und der Besoldung vom 06.06.2007 (GVBl. I S. 302) gliedern sich die Stellen des Stellenplans wie folgt:

Gehobener Dienst

Bes.Gr.	Kennung	§ 3 Nr.1 der VO (Vorprüfungsbeamte)	restliche Stellen	Summe der Stellen
A 13 g.D.	(001)	1	2	3
A 12	(001)	1	5	6
A 11	(001)	–	10	10
A 10	(001)	–	10	10
A 9 g.D.	(001)	–	4	4
Summe		2	31	33

Zu Spalte § 3 Nr. 1 der VO (Vorprüfungsbeamte) und Zeile A 13 g.D. (001):
1 Planstelle ku nach Bes. Gr. A 12

Mittlerer Dienst

Bes.Gr.	Kennung	§ 3 Nr. 4 der VO (Sachbearbeiter des mittl. Dienstes)	restliche Stellen	Summe der Stellen
A 9 AZ	(010)	1	–	1
A 7	(001)	–	2	2
Zusammen		1	2	3

Kapitel 05 40
Gerichte für Arbeitssachen

S T E L L E N P L A N 422 00

S t e l l e n p l a n
für Leerstellen (Beamte und Richter)

Bes. Gr.	Kennung	Stellen 2009	(2008)	
				Aufsteigende Gehälter
R 1	(971)	2	(3)	Leerstelle(n) kw für (eine(n)) nach § 7 a HRiG/§ 7 b HRiG beurlaubte(n) Bedienstete(n)
R 1	(984)	3		Leerstelle(n) kw für (eine(n)) zu einem anderen Dienstherrn abgeordnete(n) Bedienstete(n)
R 1	(986)	3	(2)	Leerstelle(n) kw für (eine(n)) Richter/in, der/die zu einer hessischen Verwaltungsbehörde abgeordnet ist/sind
R 1	(992)	4	(8)	Leerstelle(n) kw für (eine(n)) Bedienstete(n) in Elternzeit/ Erziehungsurlaub
A 11	(992)	1		Leerstelle(n) kw für (eine(n)) Bedienstete(n) in Elternzeit/ Erziehungsurlaub
A 10	(992)	1	(–)	Leerstelle(n) kw für (eine(n)) Bedienstete(n) in Elternzeit/ Erziehungsurlaub
		14	(17)	

E R L Ä U T E R U N G E N zum S T E L L E N P L A N 422 00

Änderung des Stellenplans Leerstellen (Beamte und Richter)

Bes. Gr.	Kennung	Stellen lt. Haushaltsplan 2008	Veränderungen aufgrund von / durch: § 50 LHO +	§ 50 LHO –	§ 10 HG +	§§ 8 u. 9 HG +	§§ 8 u. 9 HG –	Haushaltsvermerken +	Haushaltsvermerken –	neue/weggefallene Stellen 2009 +	neue/weggefallene Stellen 2009 –	Hebungen 2009 +	Hebungen 2009 –	Umsetzungen/ Umwandl. 2009 +	Umsetzungen/ Umwandl. 2009 –	Sonstige Veränderungen 2009 +	Sonstige Veränderungen 2009 –	Stellen lt. Haushaltsplan 2009
1	2	3	4		5	6		7		8		9		10		11		12
R 1	(971)	3,0			1,0			2,0										2,0
R 1	(984)	3,0			1,0			1,0										3,0
R 1	(986)	2,0			1,0													3,0
R 1	(992)	8,0			1,0			5,0										4,0
A 10	(992)	0,0			1,0													1,0
Versch.		1,0																1,0
Zusammen		17,0			5,0			8,0										14,0

Kapitel 05 40
Gerichte für Arbeitssachen

S T E L L E N Ü B E R S I C H T 422 00

S t e l l e n ü b e r s i c h t
für Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst

Bes. Gr.	Kennung	Stellen 2009	(2008)	
A 9 g.D.	(402)	6		Rechtspflegeranwärter/in
		6	(6)	

Soll ein/e Rechtspflegeranwärter/in nach Ablegen der Laufbahnprüfung in das Eingangsamt seiner/ihrer Laufbahn übernommen werden und steht eine entsprechende Planstelle nicht zur Verfügung, so gilt die seither in Anspruch genommene Anwärterstelle als in eine Planstelle des Eingangsamts seiner/ihrer Laufbahn umgewandelt. Eine Änderung der Stellenübersicht unterbleibt. Der Beamte/die Beamtin ist in die nächste freiwerdende verfügbare Planstelle zu übernehmen. Zum gleichen Zeitpunkt wird die freigewordene Stelle für beamtete Hilfskräfte wieder zu einer Anwärterstelle. Gleiches gilt für den im Rahmen einer PVS-Vermittlung erfolgreich abgeschlossenen Vorbereitungsdienst mit der Maßgabe, dass die/der Bedienstete auf einer freien Anwärterstelle geführt werden darf, die sich in eine erforderliche Planstelle der Laufbahn umwandelt.

S T E L L E N Ü B E R S I C H T 425 00

S t e l l e n ü b e r s i c h t
über den Bedarf an Angestellten (auch Auszubildende)

Verg. Gr.	Kennung	Stellen 2009	(2008)	
				Tarifliche Angestellte
IV a	(001)	1	(–)	
IV b	(001)	1		
V b	(001)	4	(5)	
V c	(001)	38		
V c	(000)	–	(1)	Altersteilzeitstelle/n kw
VI b	(001)	6		
				davon 1 ku nach Verg.Gr. VII BAT mit Ausscheiden des Stelleninhabers (§ 8 Abs. 3 HG 2005)
VII	(001)	137	(139)	
VII	(000)	1		Altersteilzeitstelle/n kw
Ang.	(001)	9		Auszubildende
		197	(200)	

Im Falle des Bewährungsaufstiegs ist die höhere Vergütung aus der veranschlagten Stelle zu zahlen. Entsprechend ist zu verfahren, soweit in den Tätigkeitsmerkmalen der Anlagen 1 a und 1 b zum BAT die Eingruppierung in eine höhere Vergütungsgruppe ohne Änderung der Tätigkeit nach Ablauf einer Zeit der Berufsausübung oder der Bewährung von mehr als sechs Monaten vorgesehen ist.

Zu Verg. Gr. VII: Soweit es sich um Schreib- und Fernschreibkräfte handelt, sind sie ihren Tätigkeitsmerkmalen entsprechend nach den Verg. Gr. VII bis IX b BAT zu vergüten.

Kapitel 05 40
Gerichte für Arbeitssachen

E R L Ä U T E R U N G E N zur S T E L L E N Ü B E R S I C H T 425 00

Änderung der Stellenübersicht für Angestellte (auch Auszubildende)

Verg.Gr.	Kennung	Stellen lt. Haushaltsplan 2008	Veränderungen aufgrund von / durch § 50 LHO +	§ 50 LHO –	§ 10 HG +	§§ 8 u. 9 HG +	§§ 8 u. 9 HG –	Haushaltsvermerken +	Haushaltsvermerken –	neue/weggefallene Stellen 2009 +	neue/weggefallene Stellen 2009 –	Hebungen 2009 +	Hebungen 2009 –	Umsetzungen/Umwandl. 2009 +	Umsetzungen/Umwandl. 2009 –	Sonstige Veränderungen 2009 +	Sonstige Veränderungen 2009 –	Stellen lt. Haushaltsplan 2009
1	2	3	4		5	6		7		8		9		10		11		12
IV a	(001)	0,0										1,0						1,0
V b	(001)	5,0											1,0					4,0
V c	(000)	1,0					1,0											0,0
VII	(001)	139,0					2,0											137,0
Ang.	(001)	9,0	1,0	1,0														9,0
Versch.		46,0																46,0
Zusammen		200,0	1,0	1,0			3,0					1,0	1,0					197,0

Zu Spalte 4: Stellenumsetzung gem. § 50 LHO von Kap. 03 01:
1 Stelle für Auszubildende
Die Zuweisung der Stelle erfolgt im Rahmen der Verbundausbildung nur für die Dauer der Ausbildung und die Stelle ist nach Beendigung der Ausbildung wieder dem Kap. 03 01 zuzuführen.

Stellenumsetzung gem. § 50 LHO nach Kap. 03 01:
1 Stelle für Auszubildende

Zu Spalte 6: Stellenübertragung gem. § 8 Abs. 2 HG 2008 nach Kap. 05 50:
2 Stellen der Verg.Gr. VII BAT

Zu Spalte 9: Stellenhebung:
1 Stelle der Verg.Gr. V b BAT nach Verg.Gr. IV a BAT

S T E L L E N Ü B E R S I C H T 425 00

S t e l l e n ü b e r s i c h t

Leerstellen (Angestellte)

Verg. Gr.	Kennung	Stellen 2009	(2008)	
				Tarifliche Angestellte
V c	(972)	1		Leerstelle(n) kw für (eine(n)) nach § 50 Abs. 1 BAT beurlaubte(n) Bedienstete(n)
VII	(993)	–	(0,5)	Leerstelle(n) kw für (eine(n)) Bedienstete(n), dessen/deren Arbeitsverhältnis während der Gewährung einer Rente auf Zeit ruht
		1	(1,5)	

Kapitel 05 40
Gerichte für Arbeitssachen

E R L Ä U T E R U N G E N zur S T E L L E N Ü B E R S I C H T 425 00

Änderung der Stellenübersicht Leerstellen für Angestellte

Verg.Gr.	Kennung	Stellen lt. Haushaltsplan 2008	Veränderungen aufgrund von / durch § 50 LHO		§ 10 HG	§§ 8 u. 9 HG		Haushaltsvermerken		neue/weggefallene Stellen 2009		Hebungen 2009		Umsetzungen/ Umwandl. 2009		Sonstige Veränderungen 2009		Stellen lt. Haushaltsplan 2009
			+	–	+	+	–	+	–	+	–	+	–	+	–	+	–	
1	2	3	4		5	6		7		8		9		10		11		12
VII	(993)	0,5							0,5									0,0
Versch.		1,0																1,0
Zusammen		1,5							0,5									1,0

Kapitel 05 50
Gerichte der Sozialgerichtsbarkeit

S T E L L E N P L A N 422 00

S t e l l e n p l a n
für planmäßige Beamte und Richter

Bes. Gr.	Kennung	Stellen 2009	(2008)	
				Feste Gehälter
R 8	(003)	1		Präsident/in des Landessozialgerichts Erhält eine Aufwandsentschädigung von jährlich 700 EUR.
R 4	(007)	1		Vizepräsident/in des Landessozialgerichts
R 3	(008)	7		Vorsitzender/de Richter/in am Landessozialgericht Ohne Amtszulage
R 3	(013)	1		Präsident/in des Sozialgerichts
				Aufsteigende Gehälter
R 2	(302)	4		Direktor/in des Sozialgerichts Mit Amtszulage nach Fußnote 3 BBesG
R 2	(402)	1		Vizepräsident/in des Sozialgerichts Mit Amtszulage nach Fußnote 4 BBesG
R 2	(009)	26		Richter/in am Landessozialgericht Ohne Amtszulage
R 2	(010)	2		Direktor/in des Sozialgerichts
R 2	(011)	4		Richter/in als der/die ständige Vertreter/in des/der Direktors/in des Sozialgerichts
R 2	(018)	1		Richter/in am Sozialgericht als weiterer/e aufsichtsführender/de Richter/in
R 1	(003)	60	(56)	Richter/in am Sozialgericht Ohne Amtszulage
A 14	(001)	1		Regierungsoberrat/rätin
A 13 g.D.	(001)	3		Oberamtsrat/rätin davon 1 Stelle ku nach Bes. Gr. A 11 Amtmann/Amtfrau
A 12	(001)	5	(4)	Amtsrat/rätin
A 11	(001)	12		Amtmann/Amtfrau
A 10	(001)	9	(10)	Oberinspektor/in davon 2 Stellen ku nach Bes.Gr. A 9 Inspektor/in.
A 9 m.D.	(001)	3		Amtsinspektor/in
A 8	(001)	2		Hauptsekretär/in davon 1 Stelle ku nach Bes.Gr. A 7 Obersekretär/in, wobei die zweite freiwerdene Stelle umzuwandeln ist.
A 7	(001)	2		Obersekretär/in
A 6 m.D.	(001)	2	(1)	Sekretär/in
A 6 e.D.	(002)	2		Oberamtsmeister/in
A 5	(001)	7,5		Oberamtsmeister/in
A 4	(001)	1		Amtsmeister/in
		157,5	(152,5)	

Kapitel 05 50
Gerichte der Sozialgerichtsbarkeit

Die Planstellen für Richter können auch mit Richtern anderer Amtsbezeichnungen oder Staatsanwälten der gleichen Besoldungsgruppe des Einzelplans 05 besetzt werden.

Kapitel 05 50
Gerichte der Sozialgerichtsbarkeit

E R L Ä U T E R U N G E N zum S T E L L E N P L A N 422 00

Änderung des Stellenplans (planmäßige Beamte und Richter)

Bes. Gr.	Kennung	Stellen lt. Haushaltsplan 2008	Veränderungen aufgrund von / durch § 50 LHO +	§ 50 LHO −	§ 10 HG +	§§ 8 u. 9 HG +	§§ 8 u. 9 HG −	Haushaltsvermerken +	Haushaltsvermerken −	neue/weggefallene Stellen 2009 +	neue/weggefallene Stellen 2009 −	Hebungen 2009 +	Hebungen 2009 −	Umsetzungen/Umwandl. 2009 +	Umsetzungen/Umwandl. 2009 −	Sonstige Veränderungen 2009 +	Sonstige Veränderungen 2009 −	Stellen lt. Haushaltsplan 2009
1	2	3	4		5	6		7		8		9		10		11		12
R 1	(003)	56,0				2,0								2,0				60,0
A 12	(001)	4,0										1,0						5,0
A 10	(001)	10,0											1,0					9,0
A 6 m.D.	(001)	1,0				1,0												2,0
Versch.		81,5																81,5
Zusammen		152,5				3,0						1,0	1,0	2,0				157,5

Zu Spalte 6: Stellenübertragung gem. § 8 Abs. 2 HG 2008 von Kap. 05 09:
2 Planstellen der Bes.Gr. R 1 (Richter/in am Verwaltungsgericht) unter gleichzeitiger Umwandlung in Planstellen der Bes.Gr. R 1 (Richter/in am Sozialgericht)
1 Planstelle der Bes.Gr. A 6 m.D. (Sekretär/in)

Zu Spalte 9: Stellenhebung:
1 Planstelle der Bes.Gr. A 10 (Oberinspektor/in) in eine Planstelle der Bes.Gr. A 12 (Amtsrat/rätin)

Zu Spalte 10: Stellenumsetzung von Kap. 05 50 - 426:
2 Arbeiterstellen unter gleichzeitiger Umwandlung in Planstellen der Bes.Gr. R 1 (Richter/in am Sozialgericht)

Im Registraturdienst sind tätig:

Beamte der Bes.Gr.	Planstellen
A 9	1
A 8	1
Zusammen	2

Unter Berücksichtigung der Verordnung zu § 26 Abs. 4 Nr. 1 des BBesG in der Fassung vom 21.08.1992 (BGBl. I S. 1595) und der Verordnung zu § 26 Abs. 4 Nr. 2 des BBesG in der Fassung vom 21.08.1992 (BGBl. I S. 1597), beide zuletzt geändert durch Gesetz vom 21.06.2002 (BGBl. I S. 2138), jeweils i.V.m. § 1 des Gesetzes zur Ersetzung von Bundesrecht auf dem Gebiet der Beamtenversorgung und der Besoldung vom 06.06.2007 (GVBl. I S. 302) gliedern sich die Stellen des Stellenplans wie folgt:

Gehobener Dienst

Bes. Gr.	Kennung	§ 3 Nr. 1 der VO (Vorprüfungsbeamte)	restliche Stellen	Summe der Stellen
A 13 g.D.	(001)	1	2	3
A 12	(001)	–	5	5
A 11	(001)	–	12	12
A 10	(001)	–	9	9
A 9 g.D.	(001)	–	–	–
Zusammen		1	28	29

Zu Spalte § 3 Nr. 1 der VO (Vorprüfungsbeamte) und Zeile A 13 g.D. (001):
1 Planstelle ku nach Bes.Gr. A 11
Zu Spalte restliche Stellen und Zeile A 10 (001):
2 Planstellen ku nach Bes.Gr. A 9 g.D.

Kapitel 05 50
Gerichte der Sozialgerichtsbarkeit

Mittlerer Dienst

Bes. Gr.	Kennung	§ 3 Nr. 4 der VO (Sachbearbeiter des mittl. Dienstes)	restliche Stellen	Summe der Stellen
A 9 m.D.	(001)	3	–	3
A 8	(001)	2	–	2
A 7	(001)	–	2	2
A 6 m.D.	(001)	–	2	2
Zusammen		5	4	9

Zu Spalte § 3 Nr. 4 der VO (Sachbearbeiter des mittl. Dienstes) und Zeile A 8 (001):
1 Planstelle ku nach Bes. Gr. A 7

S T E L L E N P L A N 422 00

S t e l l e n p l a n
für Leerstellen (Beamte und Richter)

Bes. Gr.	Kennung	Stellen 2009	(2008)	
				Aufsteigende Gehälter
R 2	(971)	–		Leerstelle(n) kw für (eine(n)) nach § 7 a HRiG/§ 7 b HRiG beurlaubte(n) Bedienstete(n)
R 2	(984)	2	(1)	Leerstelle(n) kw für (eine(n)) zu einem anderen Dienstherrn abgeordnete(n) Bedienstete(n)
R 2	(986)	2	(1)	Leerstelle(n) kw für (eine(n)) Richter/in, der/die zu einer hessischen Verwaltungsbehörde abgeordnet ist/sind
R 2	(995)	1		Leerstelle(n) kw für Professoren/innen, denen ein Richteramt übertragen ist Weitere Leerstellen kw für Professoren/innen, denen ein Richteramt übertragen ist, können mit Zustimmung des HMdF ausgebracht werden.
R 1	(971)	1		Leerstelle(n) kw für (eine(n)) nach § 7 a HRiG/§ 7 b HRiG beurlaubte(n) Bedienstete(n)
R 1	(984)	2	(1)	Leerstelle(n) kw für (eine(n)) zu einem anderen Dienstherrn abgeordnete(n) Bedienstete(n)
R 1	(986)	1		Leerstelle(n) kw für (eine(n)) Richter/in, der/die zu einer hessischen Verwaltungsbehörde abgeordnet ist/sind
R 1	(992)	5	(2)	Leerstelle(n) kw für (eine(n)) Bedienstete(n) in Elternzeit/ Erziehungsurlaub
R 1	(998)	1		Leerstelle(n) für Bedienstete, die bei obersten Landesbehörden oder Bundesbehörden beschäftigt sind und dort auf freien Planstellen geführt werden
		15	(9)	

Kapitel 05 50
Gerichte der Sozialgerichtsbarkeit

E R L Ä U T E R U N G E N zum S T E L L E N P L A N 422 00

Änderung des Stellenplans Leerstellen (Beamte und Richter)

Bes. Gr.	Kennung	Stellen lt. Haushaltsplan 2008	Veränderungen aufgrund von / durch § 50 LHO +	§ 50 LHO −	§ 10 HG +	§§ 8 u. 9 HG +	§§ 8 u. 9 HG −	Haushaltsvermerken +	Haushaltsvermerken −	neue/weggefallene Stellen 2009 +	neue/weggefallene Stellen 2009 −	Hebungen 2009 +	Hebungen 2009 −	Umsetzungen/ Umwandl. 2009 +	Umsetzungen/ Umwandl. 2009 −	Sonstige Veränderungen 2009 +	Sonstige Veränderungen 2009 −	Stellen lt. Haushaltsplan 2009
1	2	3	4		5	6		7		8		9		10		11		12
R 2	(971)	0,0			1,0			1,0										0,0
R 2	(984)	1,0			2,0			1,0										2,0
R 2	(986)	1,0			1,0													2,0
R 1	(984)	1,0			2,0			1,0										2,0
R 1	(986)	1,0			2,0			2,0										1,0
R 1	(992)	2,0			5,0			2,0										5,0
Versch.		3,0																3,0
Zusammen		9,0			13,0			7,0										15,0

S T E L L E N Ü B E R S I C H T 422 00

S t e l l e n ü b e r s i c h t
für Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst

Bes. Gr.	Kennung	Stellen 2009	(2008)	
A 9 g.D.	(401)	5		Inspektoranwärter/in
		5	(5)	

Kapitel 05 50
Gerichte der Sozialgerichtsbarkeit

S T E L L E N Ü B E R S I C H T 425 00

S t e l l e n ü b e r s i c h t
über den Bedarf an Angestellten (auch Auszubildende)

Verg. Gr.	Kennung	Stellen 2009	(2008)	
				Tarifliche Angestellte
IV b	(001)	1		
V b	(001)	2		
V c	(001)	35	(15)	
VI b	(001)	11	(8)	
VII	(001)	89	(101)	
				davon eine Stelle ku nach LohnGr. Arb. (Arbeiter/in) mit Ausscheiden des Stelleninhabers (Ziff. 9 der Verfahrensregelungen der PVS).
VIII	(001)	1		
Ang.	(001)	24		Auszubildende
		163	(152)	

Im Falle des Bewährungsaufstiegs ist die höhere Vergütung aus der veranschlagten Stelle zu zahlen. Entsprechend ist zu verfahren, soweit in den Tätigkeitsmerkmalen der Anlagen 1 a und 1 b zum BAT die Eingruppierung in eine höhere Vergütungsgruppe ohne Änderung der Tätigkeit nach Ablauf einer Zeit der Berufsausübung oder der Bewährung von mehr als sechs Monaten vorgesehen ist.

Zu Verg. Gr. VII: Soweit es sich um Schreib- und Fernschreibkräfte handelt, sind sie ihren Tätigkeitsmerkmalen entsprechend nach den Verg. Gr. VII bis IX b BAT zu vergüten.

Kapitel 05 50
Gerichte der Sozialgerichtsbarkeit

E R L Ä U T E R U N G E N zur S T E L L E N Ü B E R S I C H T 425 00

Änderung der Stellenübersicht für Angestellte (auch Auszubildende)

Verg.Gr.	Kennung	Stellen lt. Haushaltsplan 2008	§ 50 LHO +	§ 50 LHO −	§ 10 HG +	§§ 8 u. 9 HG +	§§ 8 u. 9 HG −	Haushaltsvermerken +	Haushaltsvermerken −	neue/weggefallene Stellen 2009 +	neue/weggefallene Stellen 2009 −	Hebungen 2009 +	Hebungen 2009 −	Umsetzungen/ Umwandl. 2009 +	Umsetzungen/ Umwandl. 2009 −	Sonstige Veränderungen 2009 +	Sonstige Veränderungen 2009 −	Stellen lt. Haushaltsplan 2009
			Veränderungen aufgrund von / durch															
1	2	3	4		5	6		7		8		9		10		11		12
V c	(001)	15,0										19,0		1,0				35,0
VI b	(001)	8,0												3,0				11,0
VII	(001)	101,0				6,0							19,0	1,0				89,0
Versch.		28,0																28,0
Zusammen		152,0				6,0						19,0	19,0	5,0				163,0

Zu Spalte 6: Stellenübertragung gem. § 8 Abs. 2 HG 2008 von Kap. 05 09:
4 Stellen der Verg.Gr. VII BAT

Stellenübertragung gem. § 8 Abs. 2 HG 2008 von Kap. 05 40:
2 Stellen der Verg.Gr. VII BAT

Zu Spalte 9: Stellenhebungen:
19 Stellen der Verg.Gr. VII BAT nach Verg.Gr. Vc BAT

Zu Spalte 10: Stellenumsetzung von Kap. 05 50 - 426:
1 Arbeiterstelle unter gleichzeitiger Umwandlung in eine Stelle der Verg.Gr. V c BAT
3 Arbeiterstellen unter gleichzeitiger Umwandlung in Stellen der Verg.Gr. VI b BAT

1 Arbeiterstelle unter gleichzeitiger Umwandlung in eine Stelle der Verg.Gr. VII BAT
- aufgrund erfolgter PVS-Vermittlung -

S T E L L E N Ü B E R S I C H T 425 00

S t e l l e n ü b e r s i c h t

Leerstellen (Angestellte)

Verg. Gr.	Kennung	Stellen 2009	(2008)	
				Tarifliche Angestellte
V c	(993)	1		Leerstelle(n) kw für (eine(n)) Bedienstete(n), dessen/deren Arbeitsverhältnis während der Gewährung einer Rente auf Zeit ruht
VII	(972)	3		Leerstelle(n) kw für (eine(n)) nach § 50 Abs.1 BAT beurlaubte(n) Bedienstete(n)
VII	(993)	1	(2)	Leerstelle(n) kw für (eine(n)) Bedienstete(n), dessen/deren Arbeitsverhältnis während der Gewährung einer Rente auf Zeit ruht
		5	(6)	

Kapitel 05 50
Gerichte der Sozialgerichtsbarkeit

E R L Ä U T E R U N G E N zur S T E L L E N Ü B E R S I C H T 425 00

Änderung der Stellenübersicht Leerstellen für Angestellte

Verg.Gr.	Kennung	Stellen lt. Haushaltsplan 2008	§ 50 LHO +	§ 50 LHO −	§ 10 HG +	§§ 8 u. 9 HG +	§§ 8 u. 9 HG −	Haushaltsvermerken +	Haushaltsvermerken −	neue/weggefallene Stellen 2009 +	neue/weggefallene Stellen 2009 −	Hebungen 2009 +	Hebungen 2009 −	Umsetzungen/ Umwandl. 2009 +	Umsetzungen/ Umwandl. 2009 −	Sonstige Veränderungen 2009 +	Sonstige Veränderungen 2009 −	Stellen lt. Haushaltsplan 2009
			Veränderungen aufgrund von / durch															
1	2	3	4		5	6		7		8		9		10		11		12
VII	(972)	3,0			1,0				1,0									3,0
VII	(993)	2,0							1,0									1,0
Versch.		1,0																1,0
Zusammen		6,0			1,0				2,0									5,0

S T E L L E N Ü B E R S I C H T 426 00

S t e l l e n ü b e r s i c h t
über den Bedarf an Arbeitern

Lohngr.	Kennung	Stellen 2009	(2008)	
Arb.	(001)	2	(10,5)	Arbeiter/in
		2	(10,5)	

E R L Ä U T E R U N G E N 426 00

Änderung der Stellenübersicht für Arbeiter

Lohngr.	Kennung	Stellen lt. Haushaltsplan 2008	§ 50 LHO +	§ 50 LHO −	§ 10 HG +	§§ 8 u. 9 HG +	§§ 8 u. 9 HG −	Haushaltsvermerken +	Haushaltsvermerken −	neue/weggefallene Stellen 2009 +	neue/weggefallene Stellen 2009 −	Hebungen 2009 +	Hebungen 2009 −	Umsetzungen/ Umwandl. 2009 +	Umsetzungen/ Umwandl. 2009 −	Sonstige Veränderungen 2009 +	Sonstige Veränderungen 2009 −	Stellen lt. Haushaltsplan 2009
			Veränderungen aufgrund von / durch															
1	2	3	4		5	6		7		8		9		10		11		12
Arb.	(001)	10,5												8,5				2,0
Versch.		0,0																0,0
Zusammen		10,5												8,5				2,0

Zu Spalte 10: Stellenumsetzung nach Kap. 05 50 - 422:
2 Arbeiterstellen unter gleichzeitiger Umwandlung in Planstellen der Bes.Gr. R 1 (Richter/in am Sozialgericht)

Stellenumsetzung nach Kap. 05 50 - 425:
1 Arbeiterstelle unter gleichzeitiger Umwandlung in eine Stelle der Verg.Gr. V c BAT
3 Arbeiterstellen unter gleichzeitiger Umwandlung in Stellen der Verg.Gr. VI b BAT

1 Arbeiterstelle unter gleichzeitiger Umwandlung in eine Stelle der Verg.Gr. VII BAT
- aufgrund erfolgter PVS-Vermittlung -

Stellenumsetzung nach Kap. 05 03 - 422:
1,5 Arbeiterstellen unter gleichzeitiger Umwandlung in Planstellen der Bes.Gr. A 13 g.D. (Oberamtsanwalt/anwältin)